

Sonderforschungsbereich 186: Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf: institutionelle Steuerung und individuelle Handlungsstrategien: Arbeits- und Ergebnisbericht 1997-1999

Veröffentlichungsversion / Published Version
Tätigkeitsbericht, Jahresbericht / annual report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Universität Bremen, SFB 186 Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf. (1999). *Sonderforschungsbereich 186: Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf: institutionelle Steuerung und individuelle Handlungsstrategien: Arbeits- und Ergebnisbericht 1997-1999*. Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-21053>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Sonderforschungsbereich 186

**Statuspassagen und Risikolagen
im Lebensverlauf**

**Institutionelle Steuerung
und individuelle
Handlungsstrategien**

**Arbeits- und Ergebnisbericht
1997 -1999**

Bremen, Juli 1999



Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeine Angaben	5
2.	Arbeits- und Ergebnisberichte der einzelnen Teilprojekte	
	Teilprojekt A1 Zwischen beruflichem Statusmanagement und Familiengründung: Fachkräfte 10 Jahre nach ihrem Schulabschluß	19
	Teilprojekt A3 Integrationsrisiken bildungsbenachteiligter junger Erwachsener – Erwerbsverlauf und Delinquenz nach der 2. Schwelle	47
	Teilprojekt A4 Berufsverläufe im sozialen Wandel – Optionen und Restriktionen (Risikopassage Berufseintritt III)	77
	Teilprojekt B1 Berufe im weiblichen Lebenslauf und sozialer Wandel	103
	Teilprojekt B6 Haushaltsdynamik und soziale Ungleichheit im internationalen Vergleich	129
	Teilprojekt C1 Institutionelle Steuerung und individuelle Verarbeitung gesundheitlicher Risikolagen – Ansätze zu einer Lebenslaufpolitik der Krankenkassen? (Institutionelle Regulierung im Wandel – Teil III)	157
	Teilprojekt C4 Abstiegskarrieren und Auffangpositionen IV: Erwerbsverläufe und „relative Gesundheit“	185

Teilprojekt C5	
Übergang vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase: Reaktionen auf die Einführung neuer sozialrechtlicher Regelungen (II): Frühverrentung versus Altersteilzeit	207
Teilprojekt D1	
Risikobiographie und Sozialversicherungsverfahren im gesellschaftlichen Wandel (1933-1957)	231
Teilprojekt D3	
Sozialhilfedynamik zwischen Lebenslaufpolitik und gesellschaftlichem Strukturwandel (Sozialhilfekarrieren IV)	259
Teilprojekt YE2	
„Sozialhilfedynamik in den neuen Bundesländern“	287
Teilprojekt Z	
Zentrale Geschäftsstelle und Bereich Methoden und EDV	317
3. Literaturverzeichnis	343

1. Allgemeine Angaben zum Sonderforschungsbereich

Der am 1. Juli 1988 an der Universität Bremen eingerichtete Sonderforschungsbereich 186 „Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf“ begann seine vierte Förderungsperiode am 1. Januar 1997 mit zwölf Teilprojekten, von denen das Projekt C4 „Erwerbsverläufe und relative Gesundheit“ (Behrens) und das Kooperationsprojekt YE2 „Sozialhilfedynamik in den neuen Bundesländern“ (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Olk) ihre Arbeit im Sfb zum 31. Dezember des Jahres 1998 beendeten. Das Kooperationsprojekt YE2 wird als Einzelprojekt weitergefördert und kooperiert weiterhin mit den Teilprojekt D3.

Auch in der vierten Forschungsphase haben im Sonderforschungsbereich Wissenschaftler(innen) aus sechs Fachbereichen der Universität Bremen zusammengearbeitet: Rechtswissenschaft, Soziologie, Psychologie, Arbeitswissenschaft und Berufsbildung, Ökonomie sowie Sozialpädagogik/Sozialpolitik.

Der Sonderforschungsbereich 186 ist in vier Projektbereiche gegliedert, die sich auf Lebensabschnitte und die jeweils relevanten sozialen Institutionen beziehen:

- A Übergänge vom Ausbildungs- in das Erwerbssystem
- B Statuspassagen zwischen Reproduktions- und Erwerbsarbeit
- C Statuspassagen innerhalb der Erwerbsarbeit
- D Übergänge zwischen Erwerbssystem und sozialer Sicherung

Es wurde darauf Wert gelegt, daß die Gliederung weder die Fachzugehörigkeit noch einen spezifischen forschungsmethodischen Zugang reproduziert. Dies hat es ermöglicht, daß in jedem Projektbereich aufeinander bezogene Forschungsfragen untersucht werden, die von unterschiedlichen fachwissenschaftlichen Blickrichtungen, aber mittels aufeinander bezogener Methodiken verfolgt werden.

Seit Herbst 1998 wird, u.a. als Folge der Zwischenbegutachtung, intensiv an einer Neustrukturierung des Sfb gearbeitet, die es ermöglichen soll, für die Abschlußphase 2000 – 2001, eine optimale Zusammenarbeit der Teil- und Verbundprojekte quer zu den bisherigen Projektbereichen und speziell zur Ertragssicherung des Sfb zu gewährleisten.

1.1 Die wissenschaftliche Entwicklung des Sonderforschungsbereichs

Die Gestaltung von Statuspassagen und Übergängen im Lebensverlauf ist auch in der 4. Forschungsphase am Schnittpunkt institutioneller Regulierungen und individueller Handlungsstrategien in Längsschnitterhebungen untersucht worden. Dabei stand das Verhältnis von Biographie und Institution bzw. zwischen Lebenslauf und Gesellschaftsstruktur im Mittelpunkt. Es hat sich gezeigt, daß das Lebenslaufkon-

zept zur sozialwissenschaftlichen Analyse von Prozessen des sozialen Wandels auf makrosozialer und mikrosozialer Ebene wesentliche Erkenntnisse beiträgt. Dabei wurden die Untersuchungen der Sfb-Projekte systematisch auf drei Strukturprinzipien von Lebenslauf und Biographie, nämlich: Sozialstaat, Geschlechterverhältnis und Beruf, bezogen.

Deutlicher wurden in der vergangenen Forschungsphase die Dimensionen der Lebenslaufpolitik, nämlich durch kontrastierende Analysen zwischen den alten und neuen Bundesländern, zwischen Deutschland, USA und Schweden, im Hinblick auf Delinquenz, Sozialhilfe und Haushaltsdynamik. Nicht nur an diesen Themen wurde dokumentiert, daß der durch Institutionen begleitete deutsche Lebenslauf sowohl soziale Kontinuität für Individuen als auch soziale Ungleichheitsstrukturen mit sich bringt. So richten sich die normativen Leitbilder und institutionellen Programme auf die Sequenzierung von Lebensläufen, während sich die Akteursstrategien auf die biographische Gestaltung von Verbindungslinien zwischen Institutionen und Gelegenheitsstrukturen beziehen. Die in den 90er Jahren, nicht zuletzt durch die Integration der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik, sich abzeichnenden Wandlungstendenzen im Spannungsfeld von Regulierung und Deregulierung sind in den Bereichen von Bildungs- und Familienpolitik, Berufsverläufen im Transformationsprozeß, Unterbrechungsmustern von Erwerbstätigkeit, verlängerten Übergängen zwischen Ausbildungssystem und Arbeitsmarkt, Veränderungen im Rentensystem und nicht zuletzt in der Steuerung von Sozialhilfeabhängigkeit und in der Gesundheitspolitik der Krankenkassen, empirisch sichtbar gemacht worden.

In der vergangenen Forschungsphase konnten also die übergreifenden Sozialstrukturprinzipien in ihrer jeweiligen institutionellen Verfaßtheit des Lebenslaufs, nämlich Sozialstaat, Geschlechterverhältnis und Beruf, empirisch durch Längsschnittstudien aufgezeigt werden. Dabei wurde deutlich, daß es sich im „deutschen Modell“ keineswegs um eine institutionelle Formgebung des Lebenslaufs geht, sondern um Interaktion und Aushandlung zwischen Individuen und Institutionen, die Grenzen und Möglichkeiten für die Gestaltung der eigenen Biographie einschließen. Von besonderer Bedeutung erwies sich hierbei, daß Lebensläufe über Geschlechterverhältnisse strukturiert und miteinander verflochten sind. Institutionen wie Berufsarbeit und Familie setzen diese Geschlechterdifferenzierung voraus und verstärken sie zugleich. In den empirischen Analysen wurde im Hinblick auf die Strukturierung von Lebensläufen deutlich, daß Kooperation über verschiedene „Bindestrich-Soziologien“ hinweg notwendig ist, um empirisch begründete Verbindungen, aber auch Konfliktlinien zwischen Bildungsstrukturen und Flexibilisie-

rungsprozessen auf dem Arbeitsmarkt, Arbeitsteilung in der Familie und Sozialpolitik oder auch zwischen Generationen im Betrieb und Krankenkassen und Versicherten herauszuarbeiten. Wie schon in den vorangegangenen Forschungsphasen erwies es sich als ein methodischer sowie theoretischer Gewinn, den institutionellen Ansatz, in Abgrenzung gegen Biographie-, Individualisierungs- und Reproduktionstheorien empirienah auszugestalten. Dabei gewann das Konzept der individuellen „agency“ neben dem der institutionellen Steuerung eine theoriestrategische Bedeutung, wie dies in verschiedenen Projekten anhand empirisch fundierter Akteurskonzepte herausgearbeitet worden ist.

Um diese mehrdimensionale Strukturierung von Lebensläufen angemessen zu analysieren, wurde die Kombination quantitativer und qualitativer Methoden in ihrer projektspezifischen Anwendung weiter ausgearbeitet. Diese in der Forschungsliteratur überwiegend programmatisch dargestellte Methodenintegration ist in den Forschungsarbeiten des Sfb exemplarisch entwickelt und systematisiert worden. Die Erfahrung des Sfb in der Praxis der Methodenkombination hat u.a. dazu geführt, daß die Sektion „Methoden empirischer Sozialforschung“ und die Arbeitsgruppe „Methoden der qualitativen Sozialforschung“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie am 15. und 16. Oktober 1999 eine Konferenz zum Thema „Validierungsstrategien in der quantitativen und qualitativen Sozialforschung“ an der Universität Bremen, organisiert vom Sfb 186, abhalten werden.

Bei der im Frühjahr 1998 an der Universität von Toronto durchgeführten Konferenz zum Thema „Restructuring Work in the Life Course“ hatten der Theorierahmen und die empirischen Ergebnisse des Sfb eine internationale Resonanz gefunden (s.a. S. 10).

Seit der Vorbegutachtung des Sfb im Oktober 1998 hat die projektübergreifende Diskussion zu einer Neustrukturierung der Kooperationsweise zwischen den Teilprojekten geführt. Hierbei sind die gemeinsamen Bezugspunkte die Theoriekonzepte Sequenzierung, Institutionalisierung und Verflechtung.

1.2 Die interne Kooperation im Sfb 186

Neben den eingespielten formellen und informellen Kooperationsstrukturen hinaus, die den Forschungsalltag im (räumlich integrierten) Sfb bestimmen, gibt es forschungspraktische Abstimmungen zwischen Teilprojekten, die neben ertragsbezogenen Synergieeffekten auch kostensparend sind. So haben z.B. die Projekte A4 und C5 den Leitfaden für die Experteninterviews und die Auswahl der Betriebe bei ihren Betriebsfallstudien so aufeinander abgestimmt, daß Auswertung gemeinsam

und zu gegenseitigem Nutzen vorgenommen werden konnte (s.a. 1.3). Die Verlaufsstudien der Projekt A1 und B1 sind in der vierten Forschungsphase bezogen auf den Übergang Familiengründung so weit konvergiert, daß die Datenbestände seit 1998 gemeinsam genutzt werden und die Projekte in der Abschlußphase ein Verbundprojekt bilden werden. Eine ähnliche Konvergenz ergibt sich zwischen den Projekten C1 und D1 in Bezug auf deren bisherige Erkenntnisse über Handlungskonzepte und -strategien in Einrichtungen der deutschen Sozialversicherung.

a) Sfb - Werkstatt

Aus der laufenden Forschungsarbeit der Projekte wurden folgende Vorträge zur Diskussion gestellt:

- Walter R. Heinz (Sprecher): „Von Statuspassagen zur Lebenslaufpolitik“
- Lutz Leisering/Helga Krüger (D3/B1): „Sozialstaat und Familie: zwei Institutionen am Rande der Lebenslaufforschung“
- Helga Krüger (B1): „Sozialstaat und Familie: zwei Institutionen am Rande der Lebenslaufforschung“ (2. Teil)
- Susann Kluge (Z-Meth): „Empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung“
- Andreas Timm (B6): „Bildungshomogamie in Westdeutschland und den USA - Eine Längsschnittanalyse der Partnerwahl im Lebenslauf „
- Rolf Müller (B6): „Scheidung im Wandel“
- Christian Erzberger (B1): „Zahlen und Wörter - Die Verbindung quantitativer und qualitativer Daten und Methoden im Forschungsprozeß“
- Monika Sniegs (D1): „Statistik als Steuerungsinstrument in der historischen Entwicklung der Invaliditäts- und Altersversicherung“
- Christiane Oswald (C5): „Der Übergang in die Nacherwerbsphase in Deutschland und Großbritannien - Erste Ergebnisse“
- Rainer George (C5): „Betriebliche Beschäftigungssituationen älterer Arbeitnehmer und interne Arbeitsmärkte“
- Susann Kluge/Diane Opitz (Z-Meth): „Archivierung und Analyse von Biographie- und Lebensverlaufsdaten mit dem Datenbanksystem ‚QBiQ‘ „

Im Rahmen der Sfb-Werkstatt wurden folgende Diskussionsveranstaltungen durchgeführt:

- „Institutionenpolitik und Lebenslauf“
- „Interdependenzen“ (Relational Life Courses)
- „Soziale Ungleichheit und Übergangsmuster im Lebenslauf“
- „Perspektiven für den Finanzierungsantrag 2000 – 2001“

b) Zusammenarbeit von Zentraler Geschäftsstelle und den Teilprojekten

Die Zusammenarbeit zwischen der Zentralen Geschäftsstelle und den Teilprojekten bezüglich der Koordination von wissenschaftlichen Aktivitäten des Sfb 186 wie z.B. Sfb-Publikationen und Konferenzen wird vom Sprecher in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführer geleistet.

Die verwaltungsbezogenen Vorgänge werden von der Verwaltungsleiterin und vom Geschäftsführer durchgeführt.

Die zentrale Geschäftsstelle koordiniert und betreut in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Sozialpolitik ein EDV-Netzwerk, an das alle Sfb-Projekte angeschlossen sind. Auf den zentralen Servern werden relevante Datensätze (wie z.B. SOEP, PSID, NSFH) zur Verfügung gehalten.

Seit Sommer 1996 ist der Sfb in deutscher und englischer Sprache mit einer Homepage im Internet vertreten (<http://www.sfb186.uni-bremen.de>). Neben allgemeinen Informationen, werden das Forschungsprogramm des Sfb und der Teilprojekte dargestellt. Weiterhin können die Sfb-Literaturliste und der Sfb-report eingesehen und ausgewählte Arbeitspapiere im download-Verfahren ausgedruckt werden.

1.3 Austausch mit der fachwissenschaftlichen Öffentlichkeit

a) Symposium „Restructuring Work and the Life Course“ in Toronto

Auf der Grundlage intensiver Diskussionen mit Gastwissenschaftlern im Sfb über den Bremer Ansatz der Lebenslaufforschung, vor allem mit Victor Marshall (University of Toronto) und bei Aufenthalt von Walter R. Heinz und Helga Krüger in Kanada, hat der Sfb 186 gemeinsam mit dem Institute for Human Development, Life Course and Aging an der University of Toronto vom 7. bis 9. Mai 1998 in Toronto ein internationales Symposium „Restructuring of Work and the Life Course“ veranstaltet. Die Tagung brachte 250 Lebenslaufforscher (von Singapur bis Norwegen, überwiegend aber aus Kanada und den USA) und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft zusammen, um Forschungsergebnisse über die Auswirkungen der Umstrukturierung von Arbeit auf den Lebenslauf zu präsentieren und Forschungs- sowie Politikperspektiven zu diskutieren. Zu den Sponsoren gehörten das Social Sciences and Humanity's Research Council of Canada, Labour Canada, Human Resources Development Canada und die University of Toronto.

In fünf Plenarveranstaltungen wurden die Themen „Arbeit und Lebenslauf“, „Übergänge von Bildung in Beschäftigung“, „Neue Strukturen im Verhältnis von Arbeit, Familie und Karriere“, „Politik- und Forschungsperspektiven“ vorgestellt.

In sechs Plenarveranstaltungen wurden Themen wie Arbeit und Geschlecht; staatliche, Unternehmens- und Gewerkschaftspolitik; Schichtarbeit und Gesundheit; Arbeit, Erwerbslosigkeit und Gesundheit; Berufsausbildung in Kanada und Deutschland; sowie Geschlecht, Rasse, ethnische Beziehungen und die Restrukturierung von Klassenbeziehungen diskutiert. Dazu kamen Referate in zwanzig Workshops bzw. Diskussionsforen zu ausgewählten Themen. Teilnehmer des Sfb waren: Victor Marshall, W. R. Heinz und Helga Krüger werden ein Buch mit ausgewählten Beiträgen 1999 bei der University of Toronto Press herausgeben.

b) IAB-Kontaktseminar im September 1997

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit hat zum zweiten Mal (nach 1989) die Fortbildung der im IAB tätigen Wissenschaftler/innen beim Sfb 186 durchgeführt. Das „IAB-Kontaktseminar“ fand vom 15. bis 19. September 1997 statt. In diesem Seminar stellten die zwölf Sfb-Projekte die Ergebnisse ihrer Forschung dar und diskutierten mit den Teilnehmer/innen. Ein Gastreferat wurde von Prof. Dr. Jutta Allmendinger (Universität München) gehalten. Weiterhin informierten sich die Seminarteilnehmer/innen über das Thema „Technologietransfer Universität – Wirtschaft in Bremen“. Den Abschluß bildete eine Podiumsdiskussion zum Thema „Schöne neue Arbeitswelt - Jobs statt Berufsverläufe?“, an der auch Arbeitsmarktexperten aus der Region Bremen teilnahmen.

Die Beiträge des Seminars wurden 1998 herausgegeben von Walter R. Heinz, Werner Dressel, Dieter Blaschke und Gerhard Engelbrech: „Was prägt Berufsbiographien?- Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik“. BeitrAB 215, Nürnberg: IAB.

c) Projektübergreifende Konferenzen und Workshops

- Die Tagung „**Generationenaustausch im Betrieb**“, 22. und 23. April 1999 wurde von den Projekten A4 und C5 durchgeführt.

Ziel der Tagung war es, eine Zwischenbilanz der bislang in Deutschland zunehmend beachteten dynamischen Austauschprozesse von Generationen am betrieblichen Arbeitsmarkt zu ziehen. Dabei konnte die Relevanz der für den Sfb zentralen lebenslauftheoretischen Perspektive unter Einbezug lebenslaufpolitischer Fragestellungen verdeutlicht werden. Führende Vertreter aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen stellten ihre empirischen Ergebnisse und theoretischen Überlegungen zu betrieblichen Ein-, Auf- und Ausstiege im Kontext demographischer, betrieblicher, rechtlicher und arbeitsmarktlicher Strukturen vor. Auf der Tagung referierten waren u.a. Stefan Bender (Nürnberg), Christoph Behrend

(Berlin), Friederike Behringer (Berlin), Hans Dietrich (Nürnberg), Thomas Hinz (München), Achim Huber (Saarbrücken), Annegret Köchling (Dortmund), Burkart Lutz (Halle), Werner Nienhüser (Essen); Joachim Rosenow (Lausitz); Werner Sesselmeier (Darmstadt). Die Teilprojekte A4 und C5 werden im Rahmen ihrer Arbeiten zur kohortenspezifischen Lebenslaufpolitik die Kooperationen mit den genannten Forschern intensivieren. Zu den Gästen der Tagung, die bundesweit starken Anklang fand, gehörten neben Vertretern der Wissenschaft auch Praktiker aus Verbänden, Beratungsinstituten und Großunternehmen. Die Tagungsbeiträge werden in überarbeiteter und integrierter Form einem breiten Publikum zugänglich gemacht (Rainer George/Olaf Struck: Generationenaustausch im Unternehmen. Voraussichtlich: München/Mehring 2000).

- **Workshop „Cross-National Analysis of Societal Contexts of Delinquency“**

In diesem Workshop, der vom 9. bis 11. Juli 1998 vom Sfb 186 veranstaltet wurde, diskutierten Forscher aus verschiedenen Teilprojekten mit im internationalen Vergleich erfahrenen KollegInnen ihre Ergebnisse.

Aus den Teilprojekten B6 stellte Karin Kurz Erfahrungen mit dem deutsch-amerikanischen Vergleich der Muster für Rückkehr von Müttern in Berufstätigkeit dar; Ralf Bohrhardt von D3 entwickelte ein differenziertes Bild der Unterschiede des Wohlfahrtssystems in den USA und Deutschland. Ausführlicher erörtert wurden erste Ergebnisse des Kooperationsprojekts „Vocational Training and Delinquency“, das das Teilprojekt A3 mit Wissenschaftlern der University of Colorado in Boulder durchführt.

Ein breiterer Kontext wurde hergestellt durch Berichte über ein britisch-deutsches Vergleichsprojekt zur Berufsausbildung (J. Bynner/W.R. Heinz), einen sechs EU-Städte betreffenden Vergleich des Drogenkonsums von Schülern (Quensel) und eine differenzierte, die Alltagskultur der USA und Deutschland vergleichende Analyse (Savelsberg). Daten aus Longitudinalstudien in Neuseeland und Pittsburgh (USA) über Wege in Arbeitslosigkeit (Caspi/Moffitt) sowie eine Gegenüberstellung deutscher und amerikanischer Befunde über die Bedeutung von Strafverfolgungsmaßnahmen bei Weichenstellungen in kriminelle Lebensläufe (Boers) ergänzten die Erörterung der Strukturierungen von Biographiephasen im internationalen Vergleich.

Die Diskussionen durchleuchteten sehr produktiv die Komplexität internationaler Vergleiche und konturierten Wege, wie durch Begrenzung von Fragestellungen und Vergleichsräumen (de Haan) komparative Forschung intern valide gemacht werden kann.

- Die Projekte B6 und C5 veranstalten am 19.-20. November 1999 eine internationale Tagung mit dem Titel „**Retirement in Household Context: Retirement Exits and Economic Well-Being**“.

d) Beteiligung des Sfb 186 am Kongreß für Soziologie 1998 in Freiburg

Neben zahlreichen Vorträgen von Sfb-Mitgliedern wurde die Forschungsarbeit des Sfb 186 durch einen umfangreichen Büchertisch und im Rahmen der Postersession durch die Ausstellung „10 Jahre Lebenslaufforschung in Bremen“ präsentiert.

e) Gastwissenschaftler/innen

Die eingeladenen Forscherinnen und Forscher hielten sich i.d.R. 14 Tage am Sfb auf und berieten bzw. diskutierten mit den Teilprojekten, die thematisch und methodisch mit ihren Arbeitsschwerpunkten korrespondieren. Sie hielten je einen universitätsöffentlichen Vortrag und ein Forschungsseminar für den Sfb.

- Prof. Victor Marshall (University of Toronto; 9. bis 25. November 1996)
- Prof. Pat Armstrong (Carlton University of Ottawa, 1. bis 15. Dezember 1996)
- Prof. Harvey Krahn (University of Alberta, Edmonton; 3. bis 17. Mai 1997)
- Prof. Michael Shanahan (Pennsylvania State University; 15. bis 30 März 1997)
- Prof. Antonio Cobalti (Università degli studi di Trento; 1. bis 14. September 1997)
- Prof. John Hagan (University of Toronto; 26. März bis und 10. April 1998)
- Prof. Angela O’Rand (Duke University; 24. Mai bis 26. Juni 1998)
- Prof. Phyllis Moen (Bronfenbrenner Life Course Center, Cornell University; 17. bis 29. Juni 1998)
- Prof. Nigel Fielding (University of Surrey; 14. bis 28. Februar 1999)
- Prof. Glen H. Elder, Jr. (University of North Carolina at Chapel Hill; 8. bis 21. Mai 1999)
- Prof. Julie Ann McMullin (University of Western Ontario, London, ca.; 29. Mai bis 12. Juni 1999)

f) Gastvorträge im Rahmen der Sfb-Werkstatt

- Dr. Jeroen Vermunt (Tilburg University): „Discrete Event History Models with Unobserved Heterogeneity, Measurement Error and Partially Missing Data“
- Lars Ove Seljestad (Univ. Bergen): „The safest is to go for apprenticeship training (first) - A qualitative longitudinal study of educational and occupational choice processes of Norwegian youth in three skilled trades“

- Prof. John Hagan (University of Toronto): „Rebellion Beyond the Classroom: A Life Course Capitalization Theory of Intergenerational Delinquency Causation“
- Prof. Angela O’Rand (Duke University): „Life After 40: The Growing Heterogeneity of Life Transitions in the Middle Passages of the Life Course“
- Prof. Phyllis Moen (Cornell University): „Success in the 1990s: The Case of Married Workers at Various Life Stages“
- Prof. Antonio Cobalti (Università di Trento): „Mobility Studies in Italy - Background for the First Italian Life Course Study“
- Prof. W. Norton Grubb (University of California, Berkeley): „Learning from Germany?: Implementing Work-Based Learning in the United States“
- Robert M. Blackburn (University of Cambridge): „Gender Segregation. The Reproduction of Social Inequality“
- Prof. Dr. René Levy (Universität Lausanne): „Geschlecht und Arbeitsmarktsegmentierung in der Schweiz“
- Prof. Harvey Krahn (University of Alberta, Edmonton): „Education for a ‘New World of Work’: The Discourse of School-Work Transitions in Canada“
- Prof. Jack Veugelers (University of Toronto): „Political Cleavages and the Resurgence of Far Right Parties“
- Prof. Dr. Bernd Balduß (University of Toronto): „Darwin und die Soziologen“
- Prof. Michael J. Shanahan (Pennsylvania State University): „Dynamic models of children in context: poverty and well-being in a latent growth model“
- Andreas Motel (Freie Universität Berlin): „Private intergenerationale Transfers - Ergebnisse der Berliner Altersstudie“
- Max Haller (Universität Graz): „Europa zwischen Wettbewerb und Versorgung“
- Prof. Timothy Hartnagel (University of Alberta, Edmonton): „Labour market problems and crime in the transition from school to work“
- Prof. Pat Armstrong (Carlton University, Canada): „Theorizing Women’s Work in the ‘90s. Old and New Questions“
- Prof. Victor Marshall (University of Toronto): „Generational Justice and the Generational Equity Debate“
- Prof. Victor Marshall (University of Toronto): „Restructuring work and restructuring the life course: Lessons from some American case studies“
- Prof. Wim van der Kloot (Universität Leiden): „Longitudinal Data Analysis by Means of Optimal Scaling Techniques“

- Prof. Nigel Fielding (University of Surrey): „Resistance and adaptation to criminal identity: using secondary analysis to evaluate classic studies of crime and deviance“
- Prof. Glen H. Elder, Jr. (University of North Carolina, Chapel Hill): „Talent, History and the Fulfillment of Promise“
- Prof. Glen H. Elder, Jr. (University of North Carolina, Chapel Hill): „Historical Times and Lives: A Journey through Time and Space“
- Prof. Julie McMullin (University of Western Ontario): „Patterns Continuity and Change in Multigenerational Families: Ties, Paid Work, and Social Status“
- Prof. Julie McMullin (University of Western Ontario): „Theorizing Structure and Agency in Life Course Research“

g) Bücher

Behrens, Johann; Braun, Bernard; Morone, James; Stone, Deborah (Hrsg.) 1996: Gesundheitssystementwicklung in den USA und Deutschland: Wettbewerb und Markt als Ordnungselemente im Gesundheitswesen auf dem Prüfstand des Systemvergleichs. Baden-Baden: Nomos.

Behrens, Johann; Voges, Wolfgang (Hrsg.) 1996: Kritische Übergänge. Statuspassagen und sozialstaatliche Institutionalisierung. Frankfurt a.M./New York: Campus.

Behrens, Johann; Westerholm, Peter (eds.) 1997: Occupational Health Policy, Practice and Evaluation. Copenhagen und Geneva: WHO.

Behrens, Johann (mit Ferber, Liselotte von) (Hrsg.) 1997: Public Health Forschung mit Gesundheits- und Sozialdaten – Stand und Perspektiven. Sankt Augustin: Asgard Verlag.

Blossfeld, Hans-Peter; Hakim, Catherine (eds.) 1997: Between Equalization and Marginalization. Women Working Part-time in Europe and the United States of America. Oxford: Oxford University Press.

Blossfeld, Hans-Peter; Prein, Gerald (eds.) 1998: Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis. Boulder: Westview Press.

Bohrhardt, Ralf 1999: Ist wirklich die Familie schuld? Familialer Wandel und soziale Probleme im Lebensverlauf. Opladen: Leske + Budrich.

Dietz, Gerhard-Uhland; Mariak, Volker; Matt, Eduard; Seus, Lydia; Schumann, Karl F. 1997: Lehre tut viel Münster: Votum.

Erzberger, Christian 1998: Zahlen und Wörter. Die Verbindung quantitativer und qualitativer Daten und Methoden im Forschungsprozeß. Vol. XI. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.

Heinz, Walter R.; Dressel, Werner; Blaschke, Dieter; Engelbrech, Gerhard (Hrsg.) 1998: Was prägt Berufsbiographien? Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik. (BeitrAB 215). Nürnberg: IAB.

Heinz, Walter R. (ed.) 1999: From Education to Work – Cross-National Perspectives. New York: Cambridge University Press.

Kluge, Susann 1999: Empirisch begründete Typenbildung. Zur Konstruktion von Typen und Typologien in der qualitativen Sozialforschung. Opladen: Leske und Budrich.

Kluge, Susann; Kelle Udo 1999: Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. Opladen: Leske und Budrich.

Kurz, Karin 1998: Das Erwerbsverhalten von Frauen in der intensiven Familienphase - Ein Vergleich zwischen Müttern in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Opladen: Leske und Budrich.

Leibfried, Stephan (mit Pierson, Paul) (Hrsg.) 1998: Standort Europa. Europäische Sozialpolitik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Leisering, Lutz; Walker, Robert (eds) 1998: The Dynamics of Modern Society. Poverty, Policy and Welfare. Bristol: The Policy Press.

Leisering, Lutz; Leibfried, Stephan 1999: Time, Life and Poverty. Social Assistance Dynamics in Germany. Cambridge: Cambridge University Press.

Ludwig, Monika 1996: Armutskarrieren. Zwischen Abstieg und Aufstieg im Sozialstaat. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Mariak, Volker; Kluge, Susann 1998: Zur Konstruktion des ordentlichen Menschen. Normierungen in Ausbildung und Beruf. Frankfurt a.M.: G.A.F.B.-Verlag.

Raszta, Matthias 1998: Transformation und Berufsmobilität. Pfaffenweiler: Centaurus.

Sackmann, Reinhold 1998: Konkurrierende Generationen auf dem Arbeitsmarkt. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Schmähl, Winfried 1998: Veränderung des Übergangs vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase in Deutschland – Empirische Befunde, Aufgaben und Änderungsvorschläge. Verhandlungen des 62. Deutschen Juristentages. München: Beck.

Struck, Olaf 1998: Individuenzentrierte Personalentwicklung. Konzepte und empirische Befunde. Frankfurt a.M.: Campus.

Voges, Wolfgang; Kazepov, Yuri (Hrsg.) 1998: Armut in Europa. Sozialpolitik in Europa. Schriften der Sektion Sozialpolitik der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Wiesbaden: Chiemlorz GmbH.

Weymann, Ansgar 1998: Sozialer Wandel. Theorien zur Dynamik der modernen Gesellschaft. Weinheim und München: Juventa.

h) Arbeitspapiere

- Nr. 39 Rasztar, Matthias; Struck-Möbbeck, Olaf; Sackmann, Reinhold; Weymann, Ansgar; Wingens, Matthias (1996): Berufliche Wechselprozesse in Ostdeutschland. Eine Längsschnittstudie über Berufswechselprozesse von ostdeutschen Berufs- und Hochschulabsolventen im Transformationsprozeß.
- Nr. 40 Dreyer-Tümmel, Anne; Schulz, Detlef; Behrens, Johann (1996): Möglichkeiten und Grenzen der Erforschung von Zusammenhängen zwischen Krankheit und Erwerbsverlauf mit Routinedaten der gesetzlichen Krankenversicherung.
- Nr. 41 Rentzsch, Doris; Buhr, Petra (1996): Im Osten nichts Neues? Sozialhilfeverläufe in Ost- und Westdeutschland im Vergleich.
- Nr. 42 Fratzczak, Ewa; Kowalska, Irena - in Zusammenarbeit mit Rohwer, Götz; Drobnic, Sonja; Blossfeld, Hans-Peter (1996): Polish Family an Fertility Survey. A User's Guide.
- Nr. 43 Blossfeld, Hans-Peter; Timm, Andreas (1997): Das Bildungssystem als Heiratsmarkt. Eine Längsschnittanalyse der Wahl von Heiratspartnern im Lebenslauf. Erschienen in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (1997), Jg. 49, Heft 3, S. 440-476.
- Nr. 44 Ernicke, Beate (1997): Datenaufbereitung aus dem Sozio-ökonomischen Panel: Erwerbsverlauf und Familiendaten.
- Nr. 45 Ostermeier, Marion; Blossfeld, Hans-Peter (1997): Wohneigentum und Ehescheidung. Eine Längsschnittanalyse über den Einfluß gekauften und geerbten Wohneigentums auf den Prozeß der Ehescheidung. Erschienen in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft (1998), Heft 1, Verlag Leske + Budrich Opladen, S. 39-54.
- Nr. 46 Blossfeld, Hans-Peter; Timm, Andreas; Dasko, Faith (1997): The Educational System as a Marriage Market. A Longitudinal Analysis in the Life Course.
- Nr. 47 Gangl, Markus (1997): Der Arbeitsmarkt als Weg aus der Sozialhilfe. Eine empirische Analyse auf der Grundlage der Bremer Längsschnitt-Stichprobe von Sozialhilfeakten.
- Nr. 48 Böhm, Uta Heide (1998): Soziale Herkunft und Schulerfolg Landjugendlicher. Eine Analyse des Bildungserfolges Jugendlicher aus ländlichen Regionen der neuen Bundesländer.
- Nr. 49 Struck, Olaf; Rasztar, Matthias; Sackmann, Reinhold; Weymann, Ansgar; Wingens, Matthias (1998): Die Generation der Wendezeit. Erfolgreich, nüchtern und enttäuscht.
- Nr. 50 Cramm, Cathleen; Blossfeld, Hans-Peter; Drobnic, Sonja (1998): Die Auswirkungen der Doppelbelastung von Familie und Beruf auf das Krankheitsrisiko von Frauen.
- Nr. 51 Buhr, Petra (1998): Armut im Wunderland. Wege in die und aus der Sozialhilfe in Schweden und Deutschland.
- Nr. 52 Voges, Wolfgang; Kazepov, Yuri (1998): Welfare Regimes and Welfare Use. Social Assistance Patterns as an Outcome of Minimum Income Support Policies in German and Italian Cities.

- Nr. 53 Rolf Müller; Thorsten Sommer; Andreas Timm (1999): Nichteheleiche Lebensgemeinschaft oder Ehe? Einflüsse auf die Wahl der Partnerschaftsformen beim ersten Zusammenzug im Lebenslauf.

Weitere Arbeitspapiere in Vorbereitung:

- Born, Claudia; Erzberger, Christian (1999): Räumliche Mobilität und Regionalstichprobe. Zum Zusammenhang von Regionalität und Repräsentativität in der Lebenslaufforschung.
- Bird, Katherine; Born, Claudia; Erzberger, Christian (1999): Ein Bild des eigenen Lebens zeichnen. Zum Einsatz eines Kalenders als Visualisierungsinstrument zur Erfassung individueller Lebensverläufe.
- Ernicke, Beate (1999): Berufsstruktureller Wandel auf dem Arbeitsmarkt und individuelle berufliche Mobilität.
- Erzberger, Christian (1999): Landkarten des Lebens. Lebensverläufe von Frauen im Blickfeld der Sequenzmusteranalyse.
- Kühn, Thomas (1999): Die Genese biographischer Pläne zur Familiengründung.
- Kühn, Thomas; Witzel, Andreas (1999): Computerunterstützte Auswertung biographischer Interviews mittels einer qualitativen Datenbank.
- Kurz, Karin (1999): Soziale Ungleichheiten beim Erwerb von Wohneigentum im Lebenslauf.
- Müller, Rolf (1999): Auf in die Moderne mit traditionellen Strukturen?
- Oswald, Christiane (1999): Patterns of labour market exit in Germany and the UK.
- Schaeper, Hildegard (1999): Verlaufsmuster von Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen – eine Anwendung der Optimal-Matching-Technik.
- Steinhage, Nicolei; Blossfeld, Hans-Peter (1999): Zur Problematik von Querschnittsdaten. Methodisch-statistische Beschränkungen von Querschnittstudien bei der empirischen Überprüfung von Theorien.
- Witzel, Andreas (1999): Analysemodell berufsbiographischen Handelns.
- Witzel, Andreas; Kühn, Thomas (1999): Berufsbiographische Gestaltungsmodi. Orientierungs- und Handlungsmuster beim Übergang in das Erwerbsleben.

i) Sfb-report

Um Ergebnisse der bisherigen Forschungsarbeit auch einem Leserkreis zugänglich zu machen, der über das wissenschaftliche Arbeitsfeld des Sfb hinausgeht, erscheint seit September 1993 der Sfb-report, von dem bisher sieben Ausgaben vorliegen (Auflage 1.300). Einzelne Artikel aus dem Sfb-report sind auch über das Internet zugänglich.

k) Literaturdokumentation

Die Literaturdokumentation aller Veröffentlichungen des Sfb 186 seit 1988 wird jährlich fortgeschrieben und ist auch über das Internet abrufbar.

1.4 Stellung des Sfb innerhalb der Hochschule und Förderung der Lehre

Die Stellung des Sfb innerhalb der Hochschule und die Förderung der Lehre wird im Finanzierungsantrag für die 5. Forschungsphase 2000 - 2001 unter Punkt 1. 3 ausführlich erläutert.

1.5 Förderung wissenschaftlicher Karrieren und des wissenschaftlichen Nachwuchses (Stand: Juli 1999)

a) Ehrenpromotion

Am 17. Mai 1999 wurde Prof. Glen H. Elder, Jr, (University of North Carolina at Chapel Hill) zum Ehrendoktor der Universität Bremen ernannt. Prof. Elder erhielt diese Auszeichnung für seine Verdienste um die Lebenslaufforschung und seiner Kooperation mit dem Sf 186, die seit 1989 besteht.

b) Berufungen

Abgelehnte Berufungen:

- Prof. Dr. Ansgar Weymann (A4): Universität Lüneburg
- Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld (B6): Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit, Direktor; Cornell University, USA;

Angenommene Berufungen:

- Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld (B6) (Universität Bielefeld)
- PD Dr. Lutz Leisering (D3) (Universität Bielefeld)
- Prof. Dr. Johann Behrens (C4) (Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg)
- Prof. Dr. Gerd Göckenjan (D2) (Universität Gesamthochschule Kassel)

Vertretungsprofessuren

- PD Dr. Reinhold Sackmann (A4) (Universität Saarbrücken, WS 1998/99)

c) Habilitationen

- PD Dr. Matthias Wings: „Wissenschaftliches Wissen und technisch-industrielle Innovationen“.
- PD Dr. Reinhold Sackmann: „Konkurrierende Generationen auf dem Arbeitsmarkt“.

d) Promotionen

- Dr. Johanna Mierendorff (A1)
- Dr. Christian Erzberger (B1)
- Dr. Matthias Rasztar (A4)
- Dr. Ralf Bohrhardt (D3)
- Dr. Lars Kaschke (D1)
- Dr. Susann Kluge (Z-Meth.)
- Katherine E. Nash, PhD. (University of Minnesota)

2. Arbeits- und Ergebnisberichte der einzelnen Teilprojekte

Teilprojekt A1

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts A1

**Thema: Zwischen beruflichem Statusmanagement und Familiengründung:
Fachkräfte 10 Jahre nach ihrem Schulabschluß**

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. Walter R. Heinz	(GA)	(Projektleiter)
Dr. Andreas Witzel	(GA)	
Dipl.-Psych. Thomas Kühn	(EA)	(seit 2/1997)
Dr. Hildegard Schaeper	(EA)	(seit 4/1997)
Dipl.-Soz. Jens Zinn	(EA)	

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Kenntnisstand bei Antragstellung und Ausgangsfragestellung
 - 2.1 Standardisierung und Diskontinuität von Berufsverläufen
 - 2.2 Wechselwirkungen zwischen Berufs- und Familienbiographie
3. Methodische Vorgehensweise
 - 3.1 Makropanel
 - 3.1.1 Entwicklung des Erhebungsinstruments und Durchführung der Befragung
 - 3.1.2 Standardisierte Erhebung der „berufsbiographischen Gestaltungsmodi“
 - 3.1.3 Analyse von Sequenzen
 - 3.2 Qualitative Analysen des biographischen Mikropanels
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1 Berufsbiographische Orientierungsmuster und Selbstsozialisation
 - 4.2 Berufsbiographische Gestaltungsmodi
 - 4.3 Tätigkeitsverläufe zwischen Gelegenheitsstrukturen und Handlungsorientierungen
 - 4.4 Familiengründung und Berufsverlauf
5. Außenaktivitäten
 - 5.1 Vorträge
 - 5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
6. Publikationen
 - 6.1 Veröffentlichungen in der laufenden Berichtsperiode
 - 6.2 Arbeitspapiere
 - 6.3 Dissertationen

1. Zusammenfassung

Wir haben in unserer quantitativen und qualitativen Längsschnittstudie sowohl die Institutionen Beruf und Familie als auch die Orientierungen und Handlungsstrategien junger Fachkräfte einbezogen und uns daher mit der Analyse von Biographien als Mikrodynamik individueller Bewegungen in Strukturen und mit Sequenzanalysen gesamter Berufsverläufe befaßt. Dazu kam die Analyse des Einflusses unterschiedlicher beruflicher Karrierechancen auf die berufsbiographischen Ziele unter Berücksichtigung der eingeschränkten Vereinbarungsmöglichkeiten von Familie und Erwerbsarbeit. In der vierten abschließenden Erhebungswelle (1997) des Makropanels haben wir neben der differenzierten Rekonstruktion der Berufs- und Familienverläufe auch die aus den qualitativen Analysen stammende Typologie der berufsbiographischen Gestaltungsmodi – nämlich als berufsbiographische Orientierungsmuster (BGM) – standardisiert rekonstruiert.

Die Ergebnisse verdeutlichen, daß die berufsbiographischen Orientierungen ebenso wie die Typen der BGM systematische Zusammenhänge mit Geschlecht, Ausbildungsberuf und Karriereverläufen aufweisen. Dabei zeigt sich beispielsweise, daß Aufstiegsorientierung und Chancenoptimierung eher ein männliches und Betriebsidentifizierung ein eher weibliches Orientierungsmuster darstellen. Die Verbindung zwischen qualitativen und quantitativen Analysen demonstriert den Gewinn einer wechselseitigen Validierung der jeweiligen Ergebnisse.

In einem weiteren Systematisierungsschritt konnten die sechs BGM drei übergeordneten Kategorien: Statusarrangement, Karriereambition und Autonomiegewinn zugeordnet werden. Insgesamt fällt bei den kontextbezogenen Verlaufsanalysen auf, daß die BGM über den untersuchten Zeitraum von acht Jahren eine hohe Konstanz aufweisen. Was die Tätigkeitsverläufe angeht, so läßt sich zeigen, daß seit Ausbildungsabschluß (1989) eine starke Ausdifferenzierung der Verlaufsmuster stattgefunden hat: Nur noch ein gutes Drittel der Befragten war im Beobachtungszeitraum durchgängig vollzeit erwerbstätig; erwartungsgemäß variieren die Anteile nach Geschlecht und Berufstypik. Die Ergebnisse dokumentieren also, daß Lebensverläufe durch sozialstrukturelle Faktoren und die an den jeweiligen Beruf gebundenen Handlungsressourcen und Mobilitätschancen geprägt werden.

Die Familiengründung, das zeigen die qualitativen Daten, ist für einen Großteil der Befragten ein plan- und entscheidbares Ereignis. In der neu entwickelten Typologie der Familienplanung wird der Prozeßcharakter vor dem Hintergrund unterschiedlicher Berufsverläufe transparent gemacht. Der Prozeß der Familiengründung ist bei den Befragten, die im Durchschnitt 28 Jahre alt waren (1997), noch nicht abgeschlossen. Es deutet sich jedoch an, daß die Planungshorizonte und die

Art der Integration familialer und beruflicher Lebensplanung mit den berufstypischen Handlungsbedingungen und Entwicklungschancen korrespondieren.

2. Kenntnisstand bei Antragstellung und Ausgangsfragestellung

2.1 Standardisierung und Diskontinuität von Berufsverläufen

Bis zur Mitte der 1990er Jahre war die Forschung über Berufsverläufe durch zwei gegensätzliche gesellschaftstheoretische Konzeptionen gekennzeichnet – dementsprechend bietet die Empirie ein widersprüchliches Bild. Mit der Konzeption der Individualisierung steht die These einer „Verzeitlichung sozialer Ungleichheit“ in enger Verbindung. Diese kann auf Befunde zurückgreifen, die für eine Zunahme der Heterogenität und Diskontinuität von Berufsverläufen im Kohortenvergleich sprechen (z.B. Berger, Sopp 1995). Demgegenüber nimmt die These der „Reproduktion sozialer Ungleichheit“ an, daß der Einfluß von sozialer Herkunft und Bildungsniveau auf soziale Plazierungen und Berufsverläufe weiterhin im Sinne einer relativ starken Standardisierung wirksam ist (z.B. Bertram 1991, Mayer 1995). Längsschnittstudien haben die Kumulation günstiger und ungünstiger Erwerbschancen im Lebensverlauf ebenso wie Veränderungen in Timing und Dauer von Übergängen dokumentiert. Nun zeigen aber Kohortenvergleiche, daß die Berufsbiographien auch in den 1990er Jahren weiterhin entlang der Segmentations- und Segregationslinien des deutschen Arbeitsmarkts verlaufen.

Die soziale Mobilität im Lebensverlauf wird vorwiegend mit ereignisanalytischen Verfahren analysiert. Untersuchungen von Ereignissequenzen fokussieren bislang vor allem auf die Häufigkeit bzw. Art des Wechsels zwischen Berufspositionen und beschränken sich – wegen der leicht unüberschaubaren Zahl von Sequenzmustern – auf wenige grobe Status (z.B. Berger 1995; Buchmann, Sacchi 1995). Ein solches Vorgehen wird aber den spezifischen Strukturierungseffekten nicht gerecht, die Berufe durch ihre institutionelle Steuerung und arbeitsorganisatorische Dynamik auf männliche und weibliche Lebensverläufe ausüben.

Es besteht also erheblicher empirischer Klärungsbedarf über das Ausmaß der Standardisierung und die Arten von Diskontinuität in den beruflichen Lebenswegen insbesondere der jüngeren Generation. Die im Rahmen der Individualisierungs- bzw. Reproduktionstheorie des sozialen Wandels durchgeführten Längsschnittstudien vernachlässigen jedoch nicht nur die institutionalisierten Selektionsmecha-

nismen und unterschiedlichen Handlungsspielräume, die sich für Frauen und Männer aus ihrer Berufszugehörigkeit ergeben, sondern auch die Orientierungen und Handlungsstrategien der Individuen selbst. Daher erweist sich die Untersuchung der „Mikrodynamik individueller Bewegungen in Strukturen“ (Berger, Sopp 1995: 11) als geeignetes Vorgehen, um die Lücke zwischen Strukturierungsprozessen beruflicher sowie familialer Lebensverläufe und individuellen Handlungsweisen zu schließen. Aus Ereignisabfolgen und Übergängen machen Individuen Sozialstrukturereferenzen, denen sie durch unterschiedliche Deutungsmuster und Handlungsstrategien Sinn verleihen können. Kontinuierliche bzw. unterbrochene Berufsverläufe hängen demnach mit Erwartungen, Handlungen und Bilanzierungen der Akteure zusammen. Bislang liegen in der Lebenslauf- und Biographieforschung überwiegend kompetenz- bzw. kontrolltheoretische Konzepte (vgl. Hoff 1992) oder rationale Entscheidungskonzepte (vgl. Esser 1990) vor, die gerade den selbst-reflexiven Anteilen der Akteure bei der Biographiegestaltung nicht gerecht werden können. Als Alternative wurde daher im Projekt A1 das sozialisationstheoretisch fundierte Konzept der berufsbiographischen Gestaltungsmodi auf Grundlage einer Sequenz qualitativer Interviews entwickelt (vgl. Heinz, Witzel 1995).

2.2 Wechselwirkungen zwischen Berufs- und Familienbiographie

Bis zur Mitte der 1990er Jahre wurden die Annahmen über einen Verfall der Institution Familie, die sich auf ansteigende Scheidungs- und sinkende Heiratsraten beziehen, anhand differenzierterer Daten relativiert (z.B. Huinink 1994). Die Wandlungstendenzen der vergangenen Jahrzehnte, die sich in einer Verschiebung des biographischen Timings der Familiengründung bis zum Ende des dritten Lebensjahrzehnts ausdrücken, bedeuten keineswegs einen Verlust der subjektiven Bedeutsamkeit von Ehe und Familie (vgl. Nave-Herz 1987). Vor allem die ausgedehnten Bildungs- und Ausbildungsphasen und die schwieriger gewordene Integration in das Beschäftigungssystem sind als Ursachen für die zeitliche Verschiebung von Heirat und Familiengründung zu nennen. Mit dem Berufsverlauf variieren die biographischen Muster und die Zeitpunkte, an denen eine Familiengründung geplant bzw. realisiert wird. Es besteht Übereinstimmung darin, daß Ehe und Elternschaft als Orientierungsrahmen für die Lebensplanung junger Erwachsener nicht an Stellenwert verloren haben (z.B. Vaskovics, Rupp 1995). In diesem Zusammenhang

sind Untersuchungen, die sich sowohl auf die Berufs- als auch auf die Familienverläufe beziehen, relativ spärlich. Sie konzentrieren sich entweder nur auf Frauen (Geissler, Oechsle 1994), oder auf Männer – mit Akzent auf die beruflichen Werdegänge – und Frauen – mit dem Akzent auf die Familienplanung (vgl. Kreher 1995).

Darüber, wie Arbeitserfahrungen und Erwerbsverläufe in ihrer subjektiven Bedeutung mit Überlegungen und Entscheidungen zur Familiengründung verbunden werden und in die Gestaltung weiblicher und männlicher Lebensverläufe einfließen, ist bislang wenig bekannt. Die vorliegenden spärlichen Längsschnittstudien informieren entweder über das Verhältnis von Berufsstart und dem Timing von Elternschaft (z.B. Tölke 1991) oder über die Dauer der Familiengründungsphase vor dem Hintergrund verschiedener Formen der Erwerbsbeteiligung (z.B. Vaskovics, Rost 1995). Inwieweit sich die berufsbiographischen Ziele und Pläne angesichts eingeschränkter Vereinbarkeitsoptionen von Familie und Erwerbsarbeit wandeln, ob und wie sie sich bei Frauen und Männern unter dem Eindruck von unterschiedlichen Karrierechancen verändern, ist erst durch eine Verbindung von Sequenz- und Biographieanalyse zu beantworten.

3. Methodische Vorgehensweise

3.1 Makropanel

In der laufenden Projektphase wurde eine vierte Erhebungswelle des quantitativen Makropanels durchgeführt.

3.1.1 Entwicklung des Erhebungsinstruments und Durchführung der Befragung

Zur Beschreibung und Erklärung berufs- und familienbiographischen Handelns als Resultat der Interaktion zwischen Handlungsbedingungen und Handlungsorientierungen wurde der Fragebogen gegenüber den vorangegangenen Erhebungswellen erheblich erweitert. Neben Kalendarien zur monatsgenauen Rekonstruktion der Tätigkeitsverläufe und Erwerbsbiographien und über detaillierte Fragen zu Weiterbildung und aktueller bzw. letzter Erwerbstätigkeit hinaus enthält das Erhebungsinstrument Skalen und Fragen zur Erfassung von berufs- und familienbiographischen Orientierungen, von Familiengründungsprozessen, familialer Arbeitsteilung und

Kinderbetreuung. Bei der Fragebogenentwicklung wurde zum einen auf etablierte und getestete Instrumente zurückgegriffen. Zum anderen bildeten die drei Wellen des qualitativen Mikropanels und die hieraus entwickelte Typologie „berufsbiographischer Gestaltungsmodi“ (BGM; s. 3.2) die Basis für eine standardisierte Erfassung der BGM-Typologie (s. 3.1.2) und für die Operationalisierung familienbiographischer Orientierungen und Planungen (vgl. ausführlicher Schaeper, Zinn 1999).

Tab. 1 Zusammensetzung der Stichprobe nach Ausbildungsberuf (abs. und in v.H.)

Ausbildungsberuf	Welle I (1989) ¹⁾		Welle II (1990/91) ¹⁾		Welle III (1994) ¹⁾		Welle IV (1997/98) ¹⁾	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Bankkaufleute	349	15,7	268	20,6	229	22,0	217	21,9
Bürokaufleute	636	28,5	427	32,7	320	30,8	325	32,9
Masch.schlosser	392	17,6	201	15,4	177	17,0	146	14,8
Kfz-Mechaniker	291	13,0	134	10,3	103	9,9	97	9,8
Friseurinnen	272	12,2	112	8,6	81	7,8	72	7,3
Einz.hand.kauffl.	290	13,0	162	12,4	130	12,5	132	13,3
insgesamt	2230	100,0	1304	100,0	1040	100,0	989	100,0

1) Nur auswertbare Fragebögen; über Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer hinaus, die den Fragebogen unzureichend ausgefüllt oder ihre Ausbildung nicht erfolgreich abgeschlossen haben, blieben in der ersten Welle weitere 181 Personen ohne Adressenangabe unberücksichtigt.

Die postalische Befragung fand im Winter 1997/98, d.h. ca. acht Jahre nach Ausbildungsabschluß, statt. Von den angeschriebenen 2.019 Befragten (Bruttostichprobe) kamen nach zweimaliger Erinnerung 989 auswertbare Fragebögen zurück; dieses entspricht einer Netto-Rücklaufquote von 49 %. Gegenüber der ersten Welle mit 2.230 auswertbaren Fragebögen beträgt der Ausschöpfungsgrad 41 %, gegenüber der dritten Welle (1.040 auswertbare Fragebögen) 95 %.

Auch wenn der Rücklauf insgesamt als sehr zufriedenstellend bezeichnet werden kann, deuten die Ergebnisse zur Zusammensetzung der Stichprobe nach Ausbildungsberuf und allgemeinem Bildungsabschluß auf systematische Ausfallprozesse

hin (s. Tab. 1). Dieser „bias by success“ ist allerdings kein Spezifikum unserer Untersuchung.

3.1.2 Standardisierte Erhebung der „berufsbiographischen Gestaltungsmodi“

Zentral für unseren theoretischen Ansatz ist die Annahme, daß biographische Handlungsorientierungen eine wichtige Vermittlerrolle zwischen sozialen Strukturen und Institutionen auf der einen Seite und individuellen Familien- und Karriereentscheidungen auf der anderen Seite spielen. Um diese mit dem qualitativen Material empirisch herausgearbeiteten Zusammenhänge auch in quantitativer Hinsicht generalisieren zu können, wurde in der vierten Welle des Makropanels versucht, die Typologie berufsbiographischer Gestaltungsmodi zu rekonstruieren. Ausgehend von den die Typologie aufspannenden Dimensionen (vgl. Kühn, Zinn 1998) wurden dazu gängige Skalen zur Messung von Arbeits- und Berufsorientierungen herangezogen. Darüber hinaus entwickelten wir weitere Items und Fragen, die den spezifischen Aspekten unseres Konzepts sowie der weiblichen Perspektive auf Arbeit und Beruf Rechnung tragen sollten.

Aufgrund unterschiedlicher Konzeptualisierung – die Konzeption der BGM schließt Realisierungsschritte mit ein, die standardisierte Reproduktion bezieht sich nur auf die Ebene der Orientierungen – war eine Deckungsgleichheit der BGM-Typologie mit der aus den quantitativen Daten ermittelten Typologie, die in Abgrenzung als Typologie „berufsbiographischer Orientierungsmuster“ (BOM) bezeichnet werden soll, nicht zu erwarten. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß der Konstruktion der BGM-Typologie ein dynamisches Modell zugrunde liegt (Witzel 1999), während die BOM-Klassifikation nur auf einmalig erhobene Orientierungsvariablen zurückgreifen konnte. Drittens ist bei der Frage, ob und wieweit eine Rekonstruktion der BGM gelingen konnte, der Zeitabstand in Rechnung zu stellen, der zwischen der letzten Welle des qualitativen Panels (1994) und derjenigen des Makropanels (1997/98) liegt. In dieser Zeitspanne haben viele Befragte berufliche Veränderungen und Entwicklungen erfahren sowie eine Familie gegründet. Dem Konzept der Selbstsozialisation (Heinz u.a. 1998) zufolge erfordern Statuspassagen auch eine Anpassung der Aspirationen an vorhandene Optionen und Gelegenheiten. Danach ist davon auszugehen, daß neue berufliche Erfahrungen und insbe-

sondere der gerade für Frauen so einschneidende Übergang in die Elternschaft die berufsbiographischen Handlungsorientierungen nicht unberührt lassen. Schließlich stellt sich die methodologische Frage, ob überhaupt eine Konvergenz der Resultate erwartet werden kann, wenn man in Rechnung stellt, daß jede Methode ihren Untersuchungsgegenstand in einer je spezifischen Weise konstituiert (Fielding, Fielding 1986 in ihrer Kritik an Denzins Konzept der Methodentriangulation). Trotz dieser eher für eine Divergenz denn für eine Konvergenz sprechenden Faktoren ergeben sich wesentliche Überlappungen zwischen den beiden Typologien (s. 4.1).

3.1.3 Analyse von Sequenzen

Eine sinnvolle Ergänzung zu der auf einzelne Übergänge fokussierten Perspektive der ereignisanalytischen „step-by-step methods“ (Abbott 1995: 104) stellen Ansätze dar, die die Gesamtheit von Verläufen, d.h. alle Informationen zu Dauer und Abfolge von Zuständen innerhalb eines Beobachtungszeitraumes, in den Blick nehmen. Diese „ganzheitliche“ Betrachtung ist vor allem dann naheliegend bzw. zu bevorzugen, wenn das Untersuchungsinteresse auf *Verlaufsmuster* oder *Verlaufstypen* gerichtet ist.

Als Möglichkeit, ganze Sequenzen zu analysieren, wird in der letzten Zeit häufiger die Optimal-Matching-Technik diskutiert. Das Verfahren ermöglicht die Bestimmung der Unähnlichkeit bzw. Ähnlichkeit von Sequenzen und – darauf aufbauend – die Identifizierung von Verlaufstypen mit Hilfe herkömmlicher klassifizierender Verfahren (vgl. Abbott, Hrycak 1990; Erzberger, Prein 1997). In der laufenden Forschungsphase wurde diese Technik angewandt, um typische Tätigkeitsverläufe nach Abschluß der Berufsausbildung zu ermitteln. Dabei wurden folgende Zustände unterschieden: Arbeitslosigkeit, Bildung (Aus-/Weiter-/Fortbildung, Schule, Studium), Vollzeitwerbstätigkeit (einschl. Wehr-/Zivildienst), Teilzeiterwerbstätigkeit (einschl. geringfügiger Erwerbstätigkeit), Haus-/Familienarbeit (einschl. Mutterschafts- und Erziehungsurlaub), Sonstiges (Auslandsaufenthalt, Krankheit, „Privatisieren“ u.ä.). Die Entscheidungen, die bei der Optimal-Matching-Technik und dem verwendeten Klassifikationsverfahren zu treffen sind, erfolgten aufgrund inhaltlicher/theoretischer Überlegungen, aber auch empirischer Evaluationen (vgl. Schaeper 1999). Insgesamt liegen von 986 der 989 Befragten lückenlose Angaben zum Tätigkeitsverlauf seit Abschluß der Berufsausbildung vor. Mit einer Stan-

dardabweichung von 3,2 Monaten liegt die durchschnittliche Sequenzlänge bei 100,4 Monaten.

3.2 Qualitative Analysen des biographischen Mikropanels

Die Datenbank für unstrukturierte Textdaten mit nunmehr ca. 770.000 Textzeilen (n=91 über drei Wellen, zusätzlich n=13 über zwei Wellen) wurde in der laufenden Projektphase auf der Basis der thematischen Erweiterung des Kodierkategoriensystems und umfangreicher und methodisch kontrollierter Kodierarbeiten fertiggestellt (vgl. Kühn, Witzel 1999).

Die Kodierung familienbiographischer Orientierungen in den Interviews der dritten Welle wurde mit den Interviewtranskripten der ersten und zweiten Welle fortgesetzt und für alle drei Wellen um die berufsbiographische Thematik auf der Basis der Vorarbeiten von Kühn (1996) ergänzt. Die aus der vorangegangenen Auswertungspraxis entwickelten und großflächig angelegten Codes für die Erwerbsbiographie ordnen die erfaßten Textsequenzen sowohl thematisch als auch chronologisch: Den Anforderungen des Längsschnittansatzes gemäß kodierten wir mit Hilfe der Heuristik unseres Handlungsmodells (Aspirationen, Realisationen und Bilanzierungen) (vgl. Witzel 1999) die Entwicklung des situationsspezifischen Handelns, um die realisierten beruflichen Optionen in der biographischen Abfolge rekonstruieren zu können. Damit werden Erwartungen, Entwürfe, Planungen, konkrete Handlungsschritte und Bewertungen der Entscheidungs- und Handlungsfolgen an die einzelnen biographischen Stationen (z.B. Ausbildung, Erwerbstätigkeit in einem bestimmten Betrieb, Schule, Studium) gebunden.

Neben unterschiedlichen Fallmerkmalen wurden durch paarweise Kodierung methodisch kontrolliert folgende thematische Codes angewandt, die sich noch in vielfache Unterpunkte aufgliedern (vgl. Kühn, Witzel 1999): Vorgeschichte (Berufsfindung), verworfene und gescheiterte Optionen, Arbeit und Beruf, soziales Netzwerk, Orientierungen/Einstellungen wie z.B. allgemeine Lebensvorstellungen oder explizite Aussagen zur Geschlechtsspezifität und Freizeit. Die ebenfalls umfangreich untergliederten Codes für das Themenfeld Familie und Partnerschaft konnten aus den Vorarbeiten unverändert übernommen werden.

Für die Analyse und Einordnung der Fälle auf der Basis der Typologiedimensionen wurden spezifische Suchstrategien mit Hilfe der Datenbankcodes organisiert. Weil wir eine prozessuale Typologie entwickelt haben, erwies sich insbesondere die Kodierung der Abfolge unterschiedlicher Stationen der Berufsbiographien als zentral für die Zuordnung zu den einzelnen Typen. Der Analyseprozeß diente zugleich der Validierung der Typendimensionen und -definitionen. Bis auf einige Präzisierungen und Ergänzungen der Definitionen und der Umbenennung zweier Typen aufgrund der Anwendung eines engeren Habitus-Begriffes hat sich die Typologie bewährt.

Bei der Analyse der komplexen Wechselbeziehung zwischen Beruf und Familie ist die Erstellung eines selektiven Retrievals, in dem verschiedene familien- und berufsthematische Codes miteinander verknüpft werden, hilfreich. Für einen detaillierten Fallvergleich, der die Grundlage für die Entwicklung der Typologie zur Genese biographischer Pläne zur Familiengründung bildete, wurden anhand der Kodierungen zunächst „compressed retrievals“ und sich auf diese stützend zusammenfassende Fallbeschreibungen angefertigt. Bei den „compressed retrievals“ handelt es sich um einen Zwischenschritt, um das umfangreiche Datenmaterial zu ausgewählten Codes zu paraphrasieren und reduzieren.

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

4.1 Berufsbiographische Orientierungsmuster und Selbstsozialisation

Aufgrund einer Clusteranalyse wurden die im folgenden stichwortartig beschriebenen berufsbiographischen Orientierungsmuster (BOM) unterschieden: *Berufszentrierte Aufstiegsorientierte* (12 %, n=123): hohe Aufstiegs- und Karriereorientierung, starke Berufszentrierung, unterdurchschnittliche Bewertung von streßfreier Arbeit und Freizeit, hohes materielles Anspruchsniveau; Überschneidungen mit dem BGM „Laufbahnoorientierung“. *Anspruchsvolle ganzheitlich Orientierte* (15 %, n=144): stark überdurchschnittliche Ausprägung fast aller in die Clusterbildung einbezogenen Merkmale; keine Ähnlichkeit dieser Gruppe mit einem der aus dem qualitativen Material entwickelten berufsbiographischen Gestaltungsmodi. *Betriebsidentifizierung* (12 %, n=116): hohe Bereitschaft zur Anpassungsweiterbildung, überdurchschnittliche Bedeutung des Betriebsklimas, starke Wertschätzung geringer Arbeitsintensität bei gleichzeitig stark unterdurchschnittlicher Bewertung

von Entlohnungs- und Karriereaspekten; entspricht in wesentlichen Punkten dem BGM „Betriebsidentifizierung“. *Desillusionierte Notwendigkeitsorientierte* (9 %, n=92): unterdurchschnittliche Ausprägung fast aller Aspekte, leicht stärker als im Mittel: Stellenwert der Berufstätigkeit gegenüber anderen Lebensbereichen und materielle Notwendigkeit der Erwerbstätigkeit; keine Entsprechung zur Typologie berufsbiographischer Gestaltungsmodi. *Durchschnittsprofil mit Akzentsetzung auf Arbeitsplatzsicherheit* (24 %, n=239): abgesehen von der hohen Bedeutung der Arbeitsplatzsicherheit durchschnittliche Ausprägung aller übrigen Aspekte; keine Entsprechung zur BGM-Typologie. *Lohnarbeiterhabitus* (16 %, n=154): Erwerbstätigkeit als notwendiges Übel, hoher Wert von ausreichend Freizeit, wenig Arbeitsbelastung und materieller Entlohnung, untergeordnete Rolle von arbeitsinhaltlichen Aspekten sowie Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten; weitgehende Übereinstimmung mit dem BGM „Lohnarbeiterhabitus“. *Chancenoptimierende Persönlichkeitsgestaltung* (12 %, n=120): geringe Betonung extrinsischer Arbeitsorientierungen, überdurchschnittlich hoher Stellenwert von Berufstätigkeit, arbeitsinhaltlichen Aspekten und Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten, niedriger Stellenwert von Arbeitsplatzsicherheit und Verdienstmöglichkeiten; Überlappungen mit den BGM „Persönlichkeitsgestaltung“ und „Chancenoptimierung“.

Berufsbiographische Orientierungen können ebenso wie die Typen berufsbiographischer Gestaltungsmodi als Resultat von Selbstsozialisationsprozessen aufgefaßt werden. Sie entwickeln sich zunächst in der Auseinandersetzung mit den Bedingungen, Anforderungen und Erfahrungen in Beruf und Arbeitsmarkt auf der Folie schon in der familialen und schulischen Sozialisation vorgeprägten Berufsinteressen und Karriereaspirationen.

Dementsprechend konnten auf Grundlage der qualitativen Interviews systematische Zusammenhänge zwischen den Typen berufsbiographischer Gestaltungsmodi und dem Ausbildungsberuf herausgearbeitet werden. Die in Tab. 2 dargestellten Ergebnisse zeigen, daß sich einige dieser Zusammenhänge – trotz unterschiedlichen methodisch-methodologischen und konzeptionellen Herangehens – auch mit den quantitativen Daten rekonstruieren lassen. Bankkaufleute z.B. gehören signifikant überdurchschnittlich dem Typus „berufszentrierte Aufstiegsorientierte“ und „chancenoptimierende Persönlichkeitsgestaltung“ an, Kfz-Mechaniker deutlich häufiger als im Mittel dem Typus „Lohnarbeiterhabitus“. Die Ergebnisse zeigen

auch, daß „Aufstiegsorientierung“ und „Chancenoptimierung“ ein typisch „männliches“ und „Betriebsidentifizierung“ ein typisch „weibliches“ Orientierungsmuster sind. Dieses verweist einerseits auf den prägenden Einfluß der auf die doppelte Vergesellschaftung ausgerichteten Sozialisation von Frauen. Daß Männer und Frauen aber unabhängig vom Ausbildungsberuf unterschiedliche Orientierungen aufweisen, kann andererseits auch als Resultat einer geschlechtsspezifischen beruflichen Förderung begriffen werden (vgl. Witzel, Zinn 1998).

Tab. 2 Binäre Logit-Modelle für berufsbiographische Orientierungsmuster (BOM) (Effektkoeffizienten exp(b); Effektkodierung)¹⁾

Kovariate	ausgewählte Schätzkategorien (vs. alle übrigen)							
	Aufstiegsorientierung		Betriebsidentifizierung		Lohnarbeiterhabitus		Chancenoptimierung	
	MI	MII	MI	MII	MI	MII	MI	MII
<u>Ausbildungsberuf</u>	***	***	***	**	**	**	***	***
Bankkaufleute	1,9 ^{***}	1,8 ^{***}	-1,5	-1,8 ^{**}	-1,4	-1,4	2,2 ^{***}	2,1 ^{***}
Bürokaufleute	-1,6 ^{**}	-1,2	1,6 ^{**}	-1,3	1,3	1,2	-1,0	1,2
Masch.schlosser	-1,2	-1,9 ^{**}	-1,1	3,0 ^{***}	-1,1	1,0	1,0	-1,3
Kfz-Mechaniker	-1,1	-1,7 [*]	-1,8	1,6	1,6 ^{**}	1,8 ^{**}	-2,1 [*]	-2,8 ^{**}
Friseurinnen	-1,3	1,5	1,1	-2,4 ^{**}	1,3	1,1	-1,5	-1,1
Einzelhandelskfl.	1,3	1,4	1,7 ^{**}	1,1	-1,8 ^{**}	-1,8 ^{**}	1,6 [*]	1,7 ^{**}
<u>Geschlecht/Kinder</u>		***		***		***		**
Frauen mit Kind		-5,2 ^{***}		3,0 ^{***}		1,6 ^{***}		-1,7 ^{**}
Frauen ohne Kind		1,6 ^{**}		1,4 ^{**}		-1,3 ^{**}		1,1
Männer		3,2 ^{***}		-4,2 ^{***}		-1,2		1,6 ^{***}
Pseudo-R ²	0,03	0,08	0,02	0,09	0,02	0,03	0,03	0,04

* p < 0,10; ** p < 0,05; *** p < 0,01

1) Koeffizienten < 1 sind mit ihrem Kehrwert (exp(-b)) aufgeführt und mit einem negativen Vorzeichen kenntlich gemacht; die Konstante ist nicht aufgeführt.

Statuspassagen, so das sozialisationstheoretische Argument, machen Modifikationen/Anpassungen von Orientierungen erforderlich. Da der Übergang in die Elternschaft für Frauen nicht nur eine familienbezogene Statuspassage, sondern in der weit überwiegenden Mehrzahl auch einen Einschnitt in der Erwerbsbiographie be-

deutet, überrascht es nicht, daß sich Mütter und kinderlose Frauen in ihren berufsbiographischen Orientierungen deutlich unterscheiden. Gegenüber Frauen, die die Statuspassage in die Elternschaft noch nicht vollzogen haben, sind Mütter deutlich weniger aufstiegsorientiert und gehören seltener dem Typus „Chancenoptimierung“ an; sehr viel häufiger dagegen sind sie in den Gruppen „Betriebsidentifizierung“ und „Lohnarbeiterhabitus“ vertreten (alle Unterschiede sind mindestens auf dem 10 %-Niveau signifikant). Auf der anderen Seite kann aber auch der Zeitpunkt der Familiengründung als abhängig von berufsbiographischen Orientierungen gesehen werden. Da diese nicht im Längsschnitt erhoben wurden, sind Ursache und Wirkung allerdings nicht eindeutig zu trennen.

Gleiches gilt für die hier nicht dargestellten Zusammenhänge zwischen berufsbiographischen Orientierungsmustern und Merkmalen der Bildungsbiographie sowie der aktuellen Erwerbssituation. Die Ergebnisse lassen sich aber zur gegenseitigen Validierung der qualitativen und quantitativen Daten heranziehen. So zeigt sich in Übereinstimmung mit den qualitativen Resultaten, daß aufstiegsorientierte Fachkräfte überdurchschnittlich und Befragte mit dem Orientierungsmuster „Betriebsidentifizierung“ und „Lohnarbeiterhabitus“ unterdurchschnittlich häufig eine Aufstiegsfortbildung absolvieren. Eine weitgehende Kongruenz der Ergebnisse ist auch beim Typus der „Chancenoptimierer“ festzustellen, der einen sehr hohen Anteil von Studierenden aufweist. Abweichend von der qualitativen BGM-Typologie sind in dieser Gruppe allerdings auch überdurchschnittlich häufig Befragte vertreten, die sich selbständig gemacht haben. Es liegt die Annahme nahe, daß dieser Typus nicht nur eine Mischform zwischen dem BGM „Chancenoptimierung“ und dem BGM „Persönlichkeitsgestaltung“ darstellt, sondern sich auch mit dem – relativ selten vorfindbaren – BGM „Selbständigenhabitus“ überlappt.

4.2 Berufsbiographische Gestaltungsmodi

Die nunmehr auf die Gesamtstichprobe der qualitativen Interviews im Längsschnitt angewandte Typologie „berufsbiographischer Gestaltungsmodi“ (BGM) zielt auf Erwartungen und Handlungen junger Fachkräfte, die sie aufgrund ihrer bildungs- und berufsbiographischen Erfahrungen und Handlungsfolgen entwickeln. Die Besonderheit dieser Konzeption gegenüber traditionellen Ansätzen besteht im Längs-

schnittansatz: Die Typen wurden auf der Basis eines individuellen Vergleichs berufsbiographischer Orientierungen und Handlungen in Übergängen, Statuswechseln oder Wechseln von Rollenkonfigurationen im Beobachtungszeitrahmen der Statuspassagen in Ausbildung und Beruf sowie in den ersten fünf Jahren der Erwerbstätigkeit konstruiert (vgl. Witzel, Kühn 1999).

Parallel zu der mit der erweiterten Datenbasis vollendeten Typenzuordnung erfolgte ein weiterer Validierungsschritt, der die Anzahl der Typen und deren Ausprägungen auf der Grundlage der Teilstichprobe (n=52) des qualitativen Samples weitgehend bestätigte. Den bei den Typenbezeichnungen ursprünglich vielfach verwendeten Begriff „Habitus“ haben wir auf „Sonderfälle“ der Identität von Habitus und Struktur (Bourdieu 1981: 171) eingeschränkt: Lohnarbeiterhabitus und Selbständigenhabitus verkörpern eingeschliffene Orientierungs- und Handlungsmuster, die sich auf die sozialen Existenzbedingungen der abhängigen bzw. selbständigen Erwerbstätigkeit beziehen.

Die ursprüngliche Aufteilung der BGM nach ihrem jeweiligen Eigenanteil bei der Gestaltung der Berufsbiographie haben wir nach weiteren Vergleichsanalysen modifiziert. Es gibt nun eine Gruppe von BGM, bei denen noch eine eher offene Biographiegestaltung und Bemühungen um eine Erweiterung von Handlungsspielräumen erkennbar sind. Daher fassen wir unter der Kategorie *Karriereambition* zwei BGM zusammen (vgl. Tab. 3): zum einen den BGM „Laufbahnorientierung“, bei dem sich die jungen Erwachsenen in der Wahrnehmung ihrer Optionen auf betriebliche Laufbahnmuster beschränken; zum anderen den BGM „Chancenoptimierung“, bei dem die Biographiegestaltung über die betrieblichen Handlungsspielräume hinausgeht und möglichst viele berufliche Wege offenhält. Der *Karriereambition* gegenüber steht die Kategorie des *Statusarrangements* mit den BGM-Ausprägungen „Betriebsidentifizierung“ und „Lohnarbeiterhabitus“. Bei diesen beiden BGM wird die Biographiegestaltung als weitgehend abgeschlossen betrachtet, eingeschränkte Handlungsspielräume werden eher als gegeben akzeptiert. Die dem BGM „Lohnarbeiterhabitus“ zugeordneten Akteure streben nach Kontinuität und arrangieren sich auf niedrigem beruflichen Niveau mit Bemühungen um ein günstiges Verhältnis von eigenem Aufwand und materiellem Ertrag (Einkommen, Arbeitsbedingungen). Beim Modus „Betriebsidentifizierung“ sehen sich die jungen Fachkräfte am Ende ihrer beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten angekommen

und hoffen durch Akzeptanz der betrieblichen Anforderungen eine Art Heimat mit persönlicher Integration und sicherem Arbeitsplatz gefunden zu haben. Mit der Kategorie *Autonomiegewinn* verweisen wir auf eine Besonderheit zweier weiterer Typenausprägungen hin: Die Akteure suchen berufliche Autonomie in Distanz zu abhängiger Beschäftigung. Subjektiver Maßstab der beruflichen Karriere ist zum einen die persönliche Weiter- und Selbstverwirklichung („Persönlichkeitsgestaltung“), zum anderen die Selbstbestimmung über die betriebliche Organisation („Selbständigenhabitus“).

Tab. 3 Berufsbiographische Gestaltungsmodi nach Ausbildungsberuf

BGM	Bank- kauf- leute	Büro- kauf- leute	Masch. schlos- ser	Kfz- Mecha- niker	Friseu- rInnen	Einzel- han- delskfl.	insg.
<i>Statusarrangement</i>							
– Betriebsidentifizierung	3	9	5	1	6	1	25
– Lohnarbeiterhabitus	0	0	5	8	2	4	19
<i>Karriereambition</i>							
– Laufbahnorientierung	8	2	1	4	2	2	19
– Chancenoptimierung	4	4	2	1	0	3	14
<i>Autonomiegewinn</i>							
– Persönl.keitsgestaltung	0	2	0	1	0	2	5
– Selbständigenhabitus	0	0	0	0	2	0	2
insgesamt	15	17	13	15	12	12	84

Anmerkung: In der Gesamtstichprobe von n=91 befinden sich n=7 BGM-Wechselfälle.

Insgesamt fällt eine hohe Konstanz der BGM über den untersuchten Zeitraum hinweg auf. In lediglich sieben (von 91) Fällen ist ein Wechsel festzustellen. Diese lassen sich in zwei Gruppen aufteilen: Zum einen legt ein eher spontaner *Kontextwechsel* einen neuen BGM nahe. Dieser Wechsel bestätigt die Abhängigkeit des BGM vom neuen beruflichen Kontext. Zum anderen führt ein *BGM-Wechsel* zur aktiven Veränderung des beruflichen Kontextes. Die neuen BGM beruhen auf einer negativen oder veränderten Bilanzierung der bisherigen beruflichen Erfahrungen. Die beruflichen Kontexte legen also einerseits Modi nahe, die zu den jeweiligen Anforderungsstrukturen passen; andererseits bieten sie den jungen Er-

wachsenen Handlungsspielräume oder veranlassen Kompensationsstrategien, die von den Akteuren mit unterschiedlichen Modi aufgegriffen werden.

Die dem theoretischen Konzept der „Dualität von Struktur“ (Giddens) entsprechenden Zusammenhänge von beruflichen Kontexten und BGM werden, beginnend mit den Bank- und Einzelhandelskaufleuten (vgl. Zinn 1999), bis zur Beendigung der laufenden Phase für alle sechs Berufe analysiert.

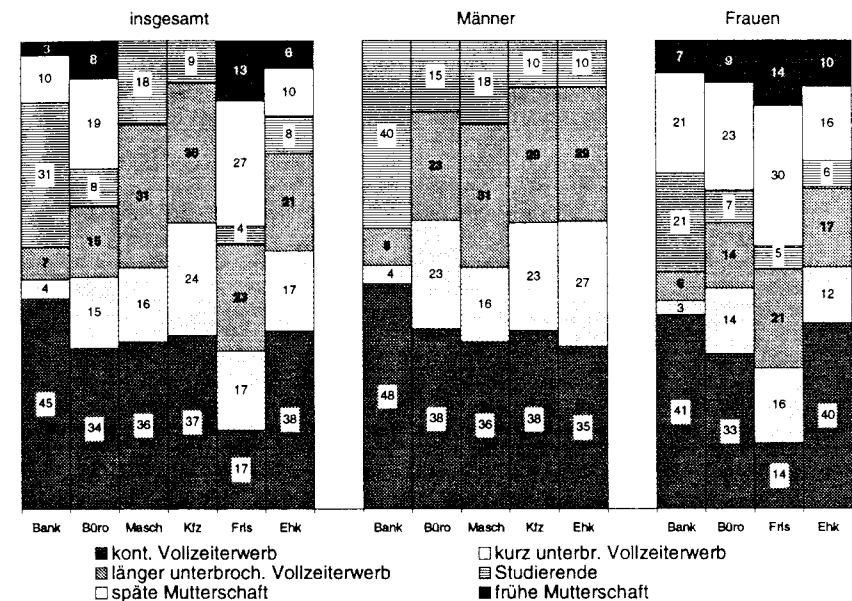
4.3 Tätigkeitsverläufe zwischen Gelegenheitsstrukturen und Handlungsorientierungen

Innerhalb des ersten Jahres nach Ausbildungsabschluß weisen die Tätigkeitsverläufe der befragten Fachkräfte eine relativ hohe Kontinuität bei vergleichsweise geringen berufsspezifischen Differenzen auf: Zählt man Wehr- und Zivildienst zur Vollzeitwerbstätigkeit, waren im Mittel 70 % der Befragten durchgängig vollzeit erwerbstätig (Friseurinnen: 63 %; Bürokaufleute: 72 %). In den acht Jahren nach Ausbildungsabschluß haben sich die Verlaufsmuster ausdifferenziert: Nurmehr 36 % (n=358) der Befragten waren im Beobachtungszeitraum durchgängig vollzeit erwerbstätig bzw. weisen neben Vollzeitwerbstätigkeitsepisoden nur Wehr- und Zivildienstzeiten auf (Verlaufstyp *kontinuierlich Vollzeitwerbstätige*). 14 % (n=139) haben die Vollzeitwerbstätigkeit nur kurz unterbrochen, hauptsächlich aufgrund von Arbeitslosigkeit, die im Mittel 3,8 Monate andauerte (Typ *kurz unterbrochene Vollzeitwerbstätigkeit*; Details zu den Verlaufstypen bei Schaeper 1999). 18 % (n=182) weisen neben Vollzeitwerbstätigkeit längere Phasen auf, die in anderen Tätigkeiten – insbesondere Arbeitslosigkeit mit einer mittleren Verweildauer von 10,3 Monaten und Bildungsaktivitäten mit einer durchschnittlichen Zustandsdauer von 20,2 Monaten – verbracht wurden (Verlaufstyp *länger unterbrochene Vollzeitwerbstätigkeit*). Einen Anteil von 14 % (n=142) stellt die Gruppe der *Studierenden*, die durch lange Bildungsphasen und kurze Perioden anderer Tätigkeiten gekennzeichnet ist. Ausschließlich Frauen sind unter den 116 Befragten (12 %) zu finden, die typischerweise direkt oder kurz nach Ausbildungsabschluß eine Vollzeitwerbstätigkeit aufnehmen, diese vergleichsweise lange ausüben und wegen der Geburt eines Kindes relativ spät eine Familienpause einlegen (*späte Mutterschaft*). Das zweite, mit einem Anteil von 5 % (n=49) sehr kleine „Müttercluster“ grenzt sich von dem vorhergenannten Typus u.a. durch den frühen

Übergang in die Mutterschaft, längere Familienarbeits- und kürzere Vollzeitwerbstätigkeitsphasen ab.

Wie Abb. 1 zeigt, haben sich die Verlaufsmuster im Beobachtungszeitraum nicht nur ausdifferenziert, auch ihre Geschlechtstypik und – insbesondere bei Frauen – ihre Berufstypik tritt deutlicher hervor.

Abb. 1 Verlaufsmuster nach Ausbildungsberuf und Geschlecht (in v. H.)



Welche Wege die untersuchten Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen nach ihrer Lehre einschlagen, hängt – dies sei exemplarisch an der Gegenüberstellung des Verlaufsmuster „Studierende“ mit allen übrigen Verlaufsmustern gezeigt – von den Handlungsbedingungen und Handlungsorientierungen ab (s. Tab. 4).

Tab. 4 Binäre Logit-Modelle für den Tätigkeitsverlauf bis ca. acht Jahre nach Ausbildungsabschluß (Effektkoeffizienten $\exp(b)$; Effektkodierung)¹⁾

Kovariate	Studierende vs. alle übrigen		
	Modell I	Modell II	Modell III
<u>Ausbildungsberuf²⁾</u>	***	***	***
Bankkaufleute	3,8 ***	2,0 ***	2,0 ***
Bürokaufleute	-1,4	-1,0	-1,1
Maschinenschlosser	1,8 ***	2,0 ***	2,4 ***
Kfz-Mechaniker	-1,2	-1,2	1,1
Friseurinnen	-2,8 **	-2,0	-1,8
Einzelhandelskaufleute	-1,5	-1,6	-2,5 **
Mann ²⁾		1,6 ***	1,5 ***
Hochschulreife vor Lehre ²⁾		2,9 ***	2,7 ***
Hochschulreife Eltern ²⁾		1,5 ***	1,5 ***
Übernahmeangebot ²⁾		-1,5 ***	-1,5 ***
Ausbildungsort Bremen ²⁾		1,1	1,1
BOM „Chancenoptimierung“ ⁽²⁾			2,7 ***
Pseudo-R ²	0,08	0,25	0,32

* $p < 0,10$; ** $p < 0,05$; *** $p < 0,01$

1) Koeffizienten < 1 sind mit ihrem Kehrwert ($\exp(-b)$) aufgeführt und mit einem negativen Vorzeichen kenntlich gemacht; die Konstante ist nicht aufgeführt.

2) Dichotome Variablen.

Eine entscheidende Bedingung für die Aufnahme eines Studiums ist die Hochschulzugangsberechtigung. Wird dieser Faktor (in Form der vor dem Ausbildungsabschluß erreichten Studienberechtigung) im Modell kontrolliert, so reduziert sich der für Bankkaufleute (die über höhere schulische Bildungsabschlüsse verfügen) und Friseurinnen (die zumeist nur einen Hauptschulabschluß erreicht haben) ausgewiesene Effekt erheblich. Der Einfluß der Maschinenschlosser-Ausbildung tritt dagegen etwas deutlicher hervor, und zwar deshalb, weil diese Qualifikationsgruppe häufig erst nach Ausbildungsabschluß die Hochschulreife erwirbt

Die soziale Herkunft wirkt zum größten Teil *indirekt* auf den Berufsverlauf, nämlich über die Wahl die Ausbildungsberufs. Ein soziale Benachteiligungen langfristig verstärkender Effekt dieses Ungleichheitsfaktors ist nicht festzustellen – mit einer Ausnahme: Befragte, die aus Elternhäusern mit hohen Bildungsressourcen und, damit zumeist einhergehend, hohem ökonomischen Kapital stammen, nehmen – *ceteris paribus* – deutlich überdurchschnittlich häufig ein Studium auf.

Von einer der Bildungsherkunft vergleichbaren Größenordnung sind die Effekte des Geschlechts und (negativ) des Übernahmeangebots des Ausbildungsbetriebs. Die Ausbildungsregion spielt zwar beim Berufseinstieg und in den ersten Berufsjahren eine nicht zu vernachlässigende Rolle (vgl. Schaeper, Kühn, Witzel 1999), verliert aber im weiteren Verlauf des Erwerbslebens an Bedeutung. Wie bei den anderen, hier nicht dargestellten Verlaufstypen hat die Ausbildungsregion keinen Einfluß auf die Zugehörigkeit zum Studierendencluster.

Die Ergebnisse zeigen exemplarisch, daß Lebensverläufe durch sozialstrukturelle Faktoren und den damit verbundenen Handlungsressourcen und -bedingungen geprägt werden. Ein Ende sozial differenzierter und die Durchsetzung individualisierter Lebensläufe zeichnet sich noch nicht ab. Sie zeigen auf der anderen Seite aber auch, daß diese Strukturen Spielräume belassen, in denen sich Individuen bewegen können. Dabei hängt die Bewegungsrichtung von den individuellen Zielen, Plänen, Aspirationen, Orientierungen und Dispositionen ab, die ihrerseits allerdings – im Sinne einer „strukturierten Individuierung“ (Roberts, Clark, Wallace 1994) – teilweise Produkt der sozialen Lage der Individuen sind.

Bezieht man in die Analyse der Tätigkeitsverläufe der Lehrabsolventinnen und -absolventen das BOM „Chancenoptimierung“ mit ein, dann erhöht sich die Erklärungskraft des Modells noch einmal merklich, und das Merkmal erweist sich als einer der einflußreichsten Einzelfaktoren. Bei den Befragten mit dem BOM „Chancenoptimierung“ ist die Wahrscheinlichkeit eines Studiums gegenüber der Wahrscheinlichkeit, keine Hochschule zu besuchen, um den Faktor 2,7 höher als im Mittel und um den Faktor 7,2 (d.h. um 620 %) höher als bei den übrigen Befragten.

4.4 Familiengründung und Berufsverlauf

Die Familie und Familiengründungsprozesse haben sich unzweifelhaft gewandelt. Dennoch haben Kinder und Familie nach wie vor einen hohen Stellenwert im Leben junger Erwachsener. 28 % (n=277) unserer Befragten (36 % der Frauen, 19 % der Männer) haben bis zum Befragungszeitpunkt den Übergang in die Elternschaft schon vollzogen (nur in 10 Fällen vor Abschluß der Berufsausbildung), 48 % planen mehr oder weniger konkret ein Kind ein, 16 % äußern einen unsicheren und 8 % keinen Kinderwunsch. 83 % stimmen der Aussage zu, daß es große Freude macht, Kinder im Haus zu haben und sie aufwachsen zu sehen, seltener allerdings sind Kinder selbstverständlicher und unhinterfragbarer Bestandteil des Lebens (62 % Zustimmung zur Aussage, Kinder gehörten einfach zum Leben dazu). Die Familiengründung stellt sich für einen nicht unerheblichen Teil der Fachkräfte als ein plan- und entscheidbares Ereignis dar.

Auch viele Untersuchungen von Familiengründungsprozessen gehen von rationalen Akteuren aus, die die Entscheidung über Elternschaft und deren Zeitpunkt aufgrund von Kosten-Nutzen-Erwägungen treffen (vgl. Blossfeld, Huinink 1991; Brüderl, Klein 1991). Unsere quantitativen Ergebnisse zum Übergang von Frauen in die Mutterschaft stehen zunächst weitgehend im Einklang mit diesen familienökonomisch argumentierenden Studien (s. Tab. 5 und Kühn, Schaeper 1999).

Daß derartige Ergebnisse zu den Zusammenhängen zwischen Einkommenschancen, Karriereentwicklung und Humankapitalressourcen einerseits und Mutterschaft andererseits als Bestätigung der familienökonomischen Theorie herangezogen werden, ist üblich, wird aber auch kritisch gesehen (vgl. Burkart 1994). Der Effekt der Ausbildungsregion kann im Sinne dieser Kritik interpretiert werden: Der regionale Kontext bietet nicht nur je spezifische Opportunitätsstrukturen, sondern stellt darüber hinaus ein sozio-kulturelles Umfeld mit je eigenen Normen, Werten und Haltungen dar, die auch für familiäre Entscheidungen von Bedeutung sind (vgl. Nauck 1995).

Unsere qualitative Längsschnittstudie bietet nun die Möglichkeit, den familialen Planungs- und Entscheidungsprozeß und dessen Abstimmung mit beruflichen Erfahrungen und Vorstellungen genauer zu untersuchen und somit einen Beitrag zur

Klärung der Frage zu leisten, in welchem Sinn von (rationaler) Familienplanung die Rede sein kann (vgl. Kühn, Schaeper 1999).

Tab. 5 Ratenmodelle für den Übergang in die Mutterschaft nach Abschluß der Berufsausbildung (Exponentialmodelle mit monatlichem Episodensplitting)

Kovariate	Modell I (Alpha-Koeff. in %)	Modell II (Alpha-Koeff. in %)
<u>Ausbildungsberuf</u>		
Bankkauffleute	-3	24
Bürokauffleute	13	0
Maschinenschlosser	—	—
Kfz-Mechaniker	—	—
Friseurinnen	100 ***	98 **
Einzelhandelskauffleute	Ref.kat.	Ref.kat.
in Ausbildung (zeitveränderlich) ¹⁾		-87 ***
Hochschulabschluß ¹⁾		-77 **
Abschluß Aufstiegsfortbildung		-30
Arbeitslos.dauer (9 Monate zuvor; zeitveränderlich) ²⁾		17 ***
Berufsprestige (9 Monate zuvor; zeitveränderlich) ³⁾		-1
Alter (zeitveränderlich)		12 ***
München ¹⁾		29 *
<u>BOM¹⁾</u>		
Aufstiegsorientierung		-85 ***
Chancenoptimierung		-43 **
Konstante (Beta-Koeff.)	-9,5	-11,6
Log-Likelihood	-1912,8	-1875,2
LR-Test	vs. Konst.mod.: Chi ² = 9,7; df = 3; p < 0,03	vs. Modell I: Chi ² = 75,2; df = 9; p < 0,00
Anzahl der Ereignisse / Personen / Episoden	185 / 517 / 45527	

1) Referenzkategorie: alle übrigen

2) pro Arbeitslosigkeitsepisode getrennt; nicht arbeitslos = 0

3) Wegeners Magnitude-Prestige-Skala; nicht erwerbstätig: Berufsprestige des Ausbildungsberufs

Unter Rückgriff auf die von uns entwickelte Längsschnitt-Typologie zur Genese biographischer Pläne zur Familiengründung (vgl. Kühn 1999) läßt sich empirisch zeigen, daß die von uns befragten jungen Fachkräfte teilweise sehr genaue, den beruflichen und familialen Lebensbereich umfassende Zukunftsvorstellungen haben. Familiengründung stellt sich für die Mehrheit unseres Samples in der Tat als ein plan- und entscheidbares Ereignis dar.

Abb. 2 Typen der Familienplanung

PLANUNGSTYPEN	Entwicklung der familialen Orientierungen und Handlungen
„frühzeitige doppelte Planung“	kontinuierlich, dauerhaft: Es kommt im Verlauf von 5 Jahren nicht zu grundlegenden Veränderungen der familiengründungsrelevanten Orientierungen, die kurz nach Ende der Berufsausbildung bestehen
„frühzeitige Familienplanung“	
„dauerhafter Aufschub der Familienplanung“	
„erst Aufschub von Familienplanung, dann doppelte Planung“	Berufliche oder persönliche Entwicklung ist Voraussetzung für und führt zur Konkretisierung der familiengründungsrelevanten Orientierungen
„erst Aufschub der Familienplanung, dann Familienplanung ohne systematischen Berufsbezug“	
„ungeplante Familiengründung“	Brüche in den Orientierungen, familiales Handeln erfolgt anders als ursprünglich vorgesehen
„ungeplante Nicht-Familiengründung“	

Bezüglich der Entwicklung der familialen Orientierungen und Handlungen im Längsschnitt der Befragung lassen sich die Typen (Abb. 2) in drei Gruppen unterteilen: Die erste Gruppe ist dadurch gekennzeichnet, daß es im Verlauf der Längsschnittuntersuchung nicht zu grundlegenden Veränderungen der familiengründungsrelevanten Orientierungen kommt. Entweder haben die Akteure schon eine recht konkrete Familienplanung ausgearbeitet oder sich für einen mehrjährigen Aufschub derselben entschieden. Bei der zweiten Gruppe dagegen führt erst die berufliche oder persönliche Entwicklung nach Abschluß der Berufsausbildung dazu, daß es zu einer Konkretisierung der Orientierungen bezüglich Familiengründung kommt. Nicht planungsgemäß oder ungeplant handeln die Typen 6 und 7, bei

denen es im Verlauf der ersten Jahre nach Ausbildungsende zu Brüchen in den Orientierungen kommt bzw. das familiale Handeln anders als ursprünglich vorgesehen erfolgt.

Die einzelnen Typen unterscheiden sich außerdem in der Art und Weise ihres „Planungshorizontes“ sowie der Integration der familialen und beruflichen Planungen (vgl. Kühn 1999). Bei einigen Typen werden familiale und berufliche Pläne eng miteinander verwoben, bei anderen steht zunächst die Planung der Erwerbskarriere im Vordergrund, wenige Akteure konzentrieren sich frühzeitig auf die baldige Familiengründung und verzichten auf eine eigene langfristige Berufsplanung. Die Vorstellungen zur Familiengründung sind bei einigen Typen eher konkret, bei anderen eher vage.

Der Prozeß der Familiengründung ist bei den Befragten unseres Samples, die zum Zeitpunkt der vierten quantitativen Welle im Schnitt 28 Jahre alt sind, noch nicht abgeschlossen; bei Männern befindet er sich aufgrund ihres höheren Eintrittsalters in die Elternschaft sogar noch im Anfangsstadium. Aussagen über eine dauerhafte Kinderlosigkeit und deren Determinanten können auf Grundlage der bislang vorgestellten Analysen nicht gemacht werden. Weiteren Aufschluß über diese Frage verspricht aber die Betrachtung des geäußerten Kinderwunsches. Auch die diesbezüglichen, bei Kühn und Schaeper (1999) diskutierten Ergebnisse verweisen auf die Notwendigkeit der Integration verschiedener theoretischer Ansätze, um familiale Entscheidungsprozesse realitätsgerecht modellieren zu können.

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge

Heinz, Walter R. „Lifelong Learning: Learning for Life? Some Cross-National Observations“. Konferenz des ESRC Learning Society Programme, University of Bristol/UK, 14.–15.10.1997

Heinz, Walter R.: „Work and the Life Course: A Cosmopolitan-Local Perspective“. Konferenz „Restructuring Work and the Life Course“, University of Toronto; 04.–09.05.1998

Heinz, Walter R.: „Neue Formen der Arbeit“. Evangelische Akademie Tutzing; 23.05.1998

- Heinz, Walter R.: „Institutions and the Transitions Between Education and Employment“. International Sociological Association, World Congress, Montreal/Kanada, 27.07.–02.08.1998
- Heinz, Walter R.: „School-to-Work Transitions: Social Reproduction and Agency“. Bronfenbrenner Life Course Centre, Cornell University, Ithaca, NY; 19.–20.10.1998
- Heinz, Walter R.: „What do Life Course Centres do?“ Institute for Human Development, Life Course and Aging, University of Toronto/Kanada, 30.11.1998
- Heinz, Walter R.: „Regionalisierung von Arbeit“. Workshop der Sozialforschungsstelle Dortmund und des ISO, Dortmund, 14.06.1999
- Heinz, Walter R.: „Arbeitsmarkt und Beruf im Wandel: Berufsbildung im Umbruch?“ Universitätsgesellschaft Delmenhorst, 21.06.1999
- Kelle, Udo; Witzel, Andreas: „Institutionen und Märkte als Strukturgeber beruflicher Sozialisationsprozesse“. Ad-hoc-Gruppe „Sozialstrukturelle Sozialisationsforschung“ auf dem 28. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Dresden, 10.10.1996
- Kühn, Thomas: Postersession „Zwischen beruflichem Statusmanagement und Familiengründung: Statuspassagen in die Erwerbstätigkeit“. 2. Europäischer Kongreß für Familienforschung, Wien, 10.–12.06.1997
- Kühn, Thomas; Zinn, Jens: „Reproduziert oder differenziert das Duale System soziale Ungleichheit? Berufliche Wege nach der Ausbildung“. IAB-Kontaktseminar am Sfb 186 der Universität Bremen, Bremen, 15.–19.09.1997
- Schaeper, Hildegard: „Reichweite, Grenzen und Verhältnis von quantitativen und qualitativen Methoden in der Sozialforschung“. Graduiertenkolleg „Geschlechterverhältnis und sozialer Wandel“ der Universität Dortmund, Dortmund, 07.02.1997
- Schaeper, Hildegard: „Bridging the Gap between Quantitative Life Course Research and Qualitative Biographical Research: Methodological Suggestions and Research Examples“. International Research Seminar „Life Course and Biographical Research in Sociology“, Bergen/Norwegen, 04.–06.12.1997
- Schaeper, Hildegard: „Realität und gesellschaftliche (Be)Deutung sozialer Ungleichheit“. Herbstakademie des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Volterra/Italien, 22.–29.08.1998
- Schaeper, Hildegard: „The Transition from Vocational Training to Employment in Germany: Homogeneous Patterns or Regional Variations?“ Annual Workshop of the European Research Network on Transitions in Youth, Edinburgh/UK, 10.–13.09.1998
- Schaeper, Hildegard: „Über den Umgang mit der Lehre – was Lehrende tun und was Studierende erwarten“. Hochschuldidaktische Tagung an der Universität Dortmund, Dortmund, 28.09.1998

- Schaeper, Hildegard; Kühn, Thomas: „Status Passages from Education to Employment: The German ‚Dual System‘ and the Role of Space“. International Symposium „Restructuring Work and the Life Course“, University of Toronto, 07.–09.05.1998
- Zinn, Jens: „School-to-Work Transitions and Social Inequality in the Life Course in Germany“. European Workshop „Transitions in Youth“, Dublin, 18.–21.09.1997
- Zinn, Jens: „Abgekühlt oder motiviert? Berufsverläufe und berufsbiographische Umgangsweisen junger Erwachsener in den ersten Berufsjahren“. Workshop des Kooperationsbereichs Universität-Arbeiterkammer (KUA) und dem Institut für Technik und Bildung (ITB) „Die Zukunft der Metallberufe in Industrie und Handwerk. Beschäftigungsperspektiven. Karrierechancen. Berufswahlverhalten“, Bremen, 28.04.1999
- Zinn, Jens: „Zwischen strukturellen Zwängen und Handlungsfreiheit. Wie gestalten junge Erwachsene ihre ersten Berufsjahre?“ Workshop „Jugend, Arbeit und Gesundheit“ im Zentrum für Sozialpolitik (ZeS) der Universität Bremen, Bremen, 20.05.1999

5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

- Heinz, Walter R.: Mitglied des Executive Board des Western Research Network on Education and Training, University of British Columbia, Vancouver/Kanada
- Heinz, Walter R.: Berater des Research Network on Successful Pathways through Middle Childhood der MacArthur Foundation Chicago
- Heinz, Walter R.: Mitglied des Herausgeberkreises der Zeitschrift DISKURS beim Deutschen Jugendinstitut
- Heinz, Walter R.: Mitherausgeber des Jahrbuchs „Bildung und Arbeit“
- Schaeper, Hildegard: Mitglied der Arbeitsgruppe „Youth Employment and Unemployment“ der europäischen konzertierten Forschungsaktion „COST A 13“ (COST: Cooperation in the Field of Scientific and Technical Research“, Action 13: „Changing Labour Markets, Welfare Policies and Citizenship“)
- Schaeper, Hildegard: Referentin des Methodenseminars des Hochschul-Information-Systems (HIS), Hannover, 23. April 1998
- Witzel, Andreas: Referent der Werkstatt der Methoden qualitativer Interviewauswertung für Promovenden der Hans-Böckler-Stiftung, 03.06.–05.06.1998 in Hattingen
- Witzel, Andreas: Referent des Seminars: Methoden qualitativer Interviewauswertung für Promovenden der Hans-Böckler-Stiftung, 26.04.–28.04.1999 in Hattingen

6. Publikationen

6.1 Veröffentlichungen in der laufenden Berichtsperiode

- Heinz, Walter R. (1996): Status Passages as Micro-Macro Linkages in Life-Course Research. In: Weymann, A.; Heinz, W.R. (Hrsg.): *Society and Biography*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, 51-65
- Heinz, Walter R. (1997): Youth, Education and Work in Germany – Compared to Canada and USA. In: Zimmer, M. (Hrsg.): *Germany Today: Politics, Economy, Society*. Edmonton: University of Alberta Press, 229-248
- Heinz, Walter R.; Dressel, Werner; Blaschke, Dieter; Engelbrech, Gerhard (Hrsg.) (1998): Was prägt Berufsbiographien? Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik. Nürnberg: IAB
- Heinz, Walter R.; Kelle, Udo; Witzel, Andreas; Zinn, Jens (1998): Vocational Training and Career Development in Germany – Results from a Longitudinal Study. In: *International Journal for Behavioral Development* 22, 77-101
- Heinz, Walter R.; Lappe, Lothar (Hrsg.) (1998): *Jugend und Arbeit; Diskurs-Themenheft 1*, München: DJI
- Heinz, Walter R. (1999): Job-Entry Patterns in a Life-Course Perspective. In: Heinz, W.R. (Hrsg.): *From Education to Work: Cross-National Perspectives*. New York: Cambridge University Press, 214-231
- Kelle, Udo; Zinn, Jens (1998): School-to-Work Transition and Occupational Careers: Results from a Longitudinal Study in Germany. In: Lange, Thomas (Hrsg.): *Understanding the School-to-Work Transition: An International Perspective*. Commack, New York: Nova Science Publishers, 71-89
- Kühn, Thomas (1996): *Gestaltungsweisen von Berufsbiographien. Eine kategoriale Analyse qualitativer Interviews*. Bremen: Diplomarbeit im Fach Psychologie
- Kühn, Thomas; Zinn, Jens (1998): Zur Differenzierung und Reproduktion sozialer Ungleichheit im Dualen System der Berufsausbildung. In: Heinz, Walter R.; Dressel, Werner; Blaschke, Dieter; Engelbrech, Gerhard (Hrsg.): *Was prägt Berufsbiographien? Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik*. (BeitrAB; 215). Nürnberg: IAB, 54-88
- Schaeper, Hildegard; Kühn, Thomas; Witzel, Andreas (1999): The Transition from Vocational Training to Employment in Germany: Homogeneous Patterns or Regional Variations? In: Marshall, Victor W.; Heinz, Walter R.; Krüger, Helga; Verma, Anil (Hrsg.): *Restructuring Work and the Life Course*. Toronto: University of Toronto Press (in press)

- Schaeper, Hildegard; Zinn, Jens (1999): Berufsausbildung und Berufseinmündung: Die Verbindung qualitativer und quantitativer Forschungsstrategien. In: Lauterbach, Uwe, Burkhart Sellin (Hrsg.): *Vergleichende Berufsbildungsforschung in Europa. Ansätze, Politikbezüge, Innovationstransfer*. Thessaloniki: Cedefop (im Druck)
- Witzel, Andreas (1998): Ein Modell zur Rekonstruktion berufsbiographischer Handlungen. In: *Sfb 186 report 1998, Nr. 7*, 18-22
- Witzel, Andreas; Zinn, Jens (1998): Berufsausbildung und soziale Ungleichheit. Sozialstruktur und Biographie beim Übergang von der Schule in die Erwerbstätigkeit. In: *Diskurs 1/98 „Strukturwandel der Arbeit – Orientierungswandel der Jugend?“*, 28-39

6.2 Arbeitspapiere

- Kühn, Thomas; Schaeper, Hildegard (1999): *Familiengründung als rationaler Planungsprozeß? Diskussion und Integration theoretischer Ansätze im Lichte qualitativer und quantitativer Befunde*. Unveröff. Ms.

Weitere Arbeitspapiere in Vorbereitung:

- Kühn, Thomas (1999): *Die Genese biographischer Pläne zur Familiengründung*. Arbeitspapier des Sfb 186
- Kühn, Thomas; Witzel, Andreas (1999): *Computerunterstützte Auswertung biographischer Interviews mittels einer qualitativen Datenbank*. Arbeitspapier des Sfb 186
- Schaeper, Hildegard (1999): *Verlaufsmuster von Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen – eine Anwendung der Optimal-Matching-Technik*. Arbeitspapier des Sfb 186
- Witzel, Andreas (1999): *Analysemodell berufsbiographischen Handelns*. Arbeitspapier des Sfb 186
- Witzel, Andreas; Kühn, Thomas (1999): *Berufsbiographische Gestaltungsmodi. Orientierungs- und Handlungsmuster beim Übergang in das Erwerbsleben*. Arbeitspapier des Sfb 186

6.3 Dissertationen

- Zinn, Jens (1999): *Die Statuspassage in den Beruf. Erwerbsverläufe und berufsbiographische Gestaltungsmodi in den ersten Berufsjahren*
- Kühn, Thomas: *Die Entwicklung und Verknüpfung von Orientierungen zu Familiengründung und Beruf* (Arbeitstitel)

Teilprojekt A3

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts A3

Thema: Integrationsrisiken bildungsbenachteiligter junger Erwachsener an der zweiten Schwelle: Berufsverlauf und Devianz

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. Karl F. Schumann	(GA) (Projektleiter)
Dr. Andreas Böttger	(EA) ab 15.08.1998
Dipl. Soz. Gerhard-Uhland Dietz	(EA) bis 31.07.1998
Dipl. Soz. Beate Ehret	(EA) ab 01.08.1997
Dr. Volker Mariak	(GA) bis 31.04.1997
Dr. Eduard Matt	(EA) bis 30.04.1998
Dipl. Soz. Fred Othold	(EA) ab 01.06.1999
Dr. Gerald Prein	(GA) ab 15.05.1997
Dr. Lydia Seus	(GA)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung
3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen
 - 3.1 Forschungsablauf im Mikro-Panel
 - 3.2 Forschungsablauf im Makro-Panel
 - 3.3 Bundeszentralregister-Anfrage
 - 3.4 Forschungsarbeiten im Kooperationsprojekt A3 - DYS
4. Ergebnisse:
 - 4.1 Deskriptive Analysen
 - 4.2 Stigmatisierung
 - 4.3 Abkehr von Delinquenz („desistance“)
 - 4.4 Berufsverlauf und Delinquenz
 - 4.5 Cliques – Banden – soziale Deutungsmuster
 - 4.6 International-komparative Analysen
5. Außenaktivitäten
 - 5.1 Vorträge
 - 5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
6. Publikationen (laufende Berichtsperiode)

1. Zusammenfassung

Das Teilprojekt A3 hat mit der vierten Befragung des Makropanels und der fünften Welle des Mikropanels die Klärung der zentralen Fragestellung vorangetrieben: Trägt die Etablierung im Berufsleben zum Rückgang der delinquenten Handlungen bei? Das Datenmaterial aus den 4 Wellen des Makro-Panels und 5 Wellen des Mikro-Panels (sowie der updates zu BZR-Daten) wurde zur Bildung komplexer *Verlaufsmodelle* herangezogen, um einerseits die Langzeitwirkung bestimmter Selektionen in der Berufsausbildung und beim Berufseintritt zu prüfen, andererseits die Eignung eines *phasenbezogenen* Erklärungsansatzes (statt der Vorstellung einer *Kontinuität* delinquenten Handelns) zu testen.

Als Lebensphase stand insbesondere die Bewältigung der 2. Schwelle und die Etablierung im Berufsleben bzw. die Verarbeitung von Erwerbslosigkeit im Vordergrund. Von besonderem Interesse war, ob unser bisheriger Hauptbefund, daß sich ein Zusammenhang zwischen Mißerfolg bei der Berufsqualifikation und Berufseinmündung mit Delinquenz empirisch nicht nachweisen läßt, auch im weiteren Lebensverlauf Gültigkeit besitzt. Verschiedene, z.T. völlig neue Analysetechniken haben in der Tat erneut die Konsistenz dieses Befundes erwiesen. Wir können also davon ausgehen, daß der Befund relativ robust ist.

Zur Kontrolle wurden verschiedene Faktoren miteinbezogen, die intervenierend in die Zusammenhänge zwischen dem Verlauf der beruflichen Qualifikation und des Berufseintritts und Delinquenz hineinwirken können: insbesondere Stigmatisierungseffekte, ausgelöst durch Strafverfolgung von abweichendem Verhalten, Mitgliedschaft in delinquenten Cliques bzw. Einflüsse von peers und Geschlecht.

Der Vergleich mit dem Denver Youth Survey zeitigte Ergebnisse, die mit dem Bremer Befund nur teilweise konsistent sind. Für das Jahr 1991 fehlen in Denver wie in Bremen Effekte von Qualifizierung auf Delinquenz; wird der Fokus auf die spätere Lebensphase gelegt, gibt es – erstmals – Zusammenhänge.

2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung

Der Zusammenhang zwischen beruflicher Qualifikation und der Einmündung in eine stabile berufliche Existenz (Normalarbeitsverhältnis) bzw. dem partiellen oder völligen Mißlingen dieser beruflichen Integration und der Entwicklung kriminalisierbaren Verhaltens war auch zu Beginn dieser Förderungsphase nicht besser empirisch aufgeklärt als in den früheren Förderungsperioden. Zwar wurden von Wilson in „When Work Disappears“ (1996) sowie von Hompesch u.a. in „Verarmung – Abweichung – Kriminalität“ (1996) interessante Hypothesen zu dem Zusammenhang diskutiert, da aber weiterhin keine empirische Untersuchung publiziert wurde, gilt weiterhin die Bilanz von Walter: Abgesehen von den Wirkungen

der Arbeitslosigkeit auf Delinquenz sei die Relevanz der beruflichen Integration für Delinquenz praktisch unerforscht (1995, S.65ff.).

Eine ähnliche Lücke war übrigens auch bei dem zweiten Schwerpunktthema dieser Förderungsphase zu konstatieren: den Effekten justitieller Reaktionen auf den Lebensverlauf der Jugendlichen. Zwar hatten Paternoster und Iovanni schon 1989 dazu eingeladen, mit differenzierten analytischen Designs, die auch informelle Sanktionsfolgen einbezogen, die Auswirkungen von Sanktionierungen zu untersuchen, um die – vom labeling approach selbst, aber auch von seinen Kritikern unterstellte – Deutlichkeit ihrer Stigmatisierungswirkungen auf ein angemessen gemäßigeres Erwartungsniveau zu reduzieren. Diese Aufmunterung wurde aber kaum aufgenommen. Im deutschen Sprachraum gehört zweifellos die Studie von Crasmöller (1996) zu den wenigen Ausnahmen. Sie zeigt den aus den USA bekannten Befund (vgl. Lundmann 1984), daß Diversion im Vergleich zu formeller Jugendstrafrechtspraxis weder auf selbstberichtete, noch auf registrierte Delinquenz einen mildernden Effekt hat (S.141). Zugleich kann er aber zeigen, daß sich spezifische zeitliche und kontextuelle Muster für die Wirkungen der jeweiligen Interventionsformen vermuten lassen (S.144f.) Zurecht empfiehlt Crasmöller für weitere Analysen, die Effekte nicht in pauschalem Panelvergleich, sondern kontextbezogen, oder, wie wir sagen würden, lebenslaufphasenbezogen zu untersuchen.

Eine Variante der verbreiteten Überzeugung, berufliche Qualifikation habe kriminalpräventive Wirkungen, fand sich auch in der US-amerikanischen Debatte über die Übernahme von Elementen des dualen Systems in das US-Bildungssystem. Sehr deutlich kritisierte etwa das Panel on High Risk Youth in seinem Report „Losing Generations“ (1993, S.8): Weil es nach Ende der High School für die meisten Jugendlichen keine Übergangsstruktur in den Arbeitsmarkt gäbe, würden sie zwischen Arbeitslosigkeit und billig bezahlten Jobs ohne Aufstiegschancen „umhertaumeln“ (flounder) und in ökonomische Unsicherheit geraten. Deshalb hätte jeder dritte Amerikaner bis zum Alter von 30 Jahren nie Arbeit gehabt, die länger als ein Jahr dauerte; die korrespondierende Ziffer für Deutschland sei 9,5% (Osterman 1995, S.392). Die Kritik an der fehlenden Strukturiertheit des Übergangs von der Schule in den Beruf in den USA veranlaßte Präsident Clinton, am 4.5.1994 den School to Work Opportunities Act zu erlassen, in dem viele Berufssoziologen einen Schritt in Richtung duales System sehen (Lerman 1996, S.136).

Es wurde vermutet, daß diese Übergangshilfen zugleich die Jugenddelinquenz reduzieren können, indem sie berufliche Stabilität vermitteln. Da bislang empirische Untersuchungen fehlen, versucht A3 in Kooperation mit dem Denver Youth Survey diese Lücke zu füllen.

3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen

Das Forschungsdesign vereinte Erhebungen und Analysen von qualitativen und quantitativen Daten, Erhebungen auf individueller (Mikro-/Makro-Panel) und institutioneller Ebene (Erhebung/Auswertung von Bundeszentralregister-Daten), sowie den Datensatz der Bremer Studie mit dem des Denver Youth Survey.

3.1 Forschungsablauf im Mikro-Panel

Im zweiten Halbjahr 1997 (T5) wurde die 5. qualitative Erhebung durchgeführt. Es wurden n=52 Personen (30 Männer; 22 Frauen) interviewt. Dabei konnten von den 57 an der 4. Welle Beteiligten 8 nicht wieder befragt werden. Dank der guten Panelpflege konnte aber die grundlegende Zusammensetzung der „Stammgruppe“ des Mikro-Samples erhalten bleiben. Nach der nunmehr 8jährigen Laufzeit konnten damit 36 „echte“ Längsschnittfallstudien erstellt werden. (17 Frauen; 19 Männer). Zusätzlich haben wir die Biographien der 11 NachrückerInnen, bei denen Informationen über Schulzeit und weiteren Verlauf nacherhoben worden waren, womit sich die Zahl der Längsschnittfälle über 8 Jahre auf insgesamt 47 erhöht. Von 8 Personen (4 Frauen; 4 Männer) liegen Interviews aus 4 Wellen vor.

Mit den Befragten wurden auf Kassetten mitgeschnittene problemzentrierte Interviews zu ihrem Werdegang seit der 4. Erhebung geführt. Es wurde ein komplexer Leitfaden entworfen, der aus einzelnen Modulen bestand, mit denen die InterviewerInnen auf die unterschiedlichen Biographien reagieren konnten. Alle Befragten wurden zudem um Angaben zu den von ihnen in 1995 und 1996 begangenen Delikten sowie Kontakte mit Polizei und Justiz gebeten.

Die Leitfäden waren modifizierte Fassungen der in den früheren Wellen verwendeten Instrumente. Ein zusätzlicher thematischer Schwerpunkt war diesmal „Reflexionen zur Konstruktion von Weiblichkeiten und Männlichkeiten“, Inhalte, die sich im wissenschaftlichen Diskurs als „gemacht“ rekonstruieren lassen, in der Alltagserfahrung der Menschen jedoch eine fraglose Gegebenheit darstellen, über die sie selten reflektieren.. Ein weiterer Schwerpunkt war die Bilanzierung der Delinquenzerfahrungen seit dem 14. Lebensjahr. Die jungen Erwachsenen erzähl-

ten über das Ausmaß der begangenen Straftaten, über Opfererfahrungen, welchen Stellenwert delinquente Aktivitäten und/oder Zugehörigkeit zu delinquenten Cliques in ihrem Leben hatten. Zur Sprache kamen ihre subjektive Sicht des Reizes von Abweichung, aber auch damit verbundene schmerzhaft und stigmatisierende Erfahrungen. Diejenigen, die ihre Delinquenz aufgegeben haben, erzählten ihre Gründe für diese „desistance“, die anderen berichteten, wie und warum sie legale und illegale Aktivitäten in ihrem Erwachsenendasein integrierten oder warum sie es nicht geschafft haben, ihre marginalisierte Lebensführung zu beenden.

Die Auswertung wurde so fortgesetzt, daß für jede Person eine komplexe Fallstudie über alle 5 Wellen erstellt wurde. Neben der Beschreibung der äußeren Struktur der beruflichen und privaten Lage und des Delinquenzverlaufs in chronologischer Reihenfolge stehen Erfahrungen und subjektive Verarbeitungsmuster von Konfliktkonstellationen wie Erwerbslosigkeit, Stigmatisierungserfahrungen, Probleme in Partnerschaft und Familie im Mittelpunkt. Die Fallanalysen für den Zeitraum T1 bis T4, Teile des zu T5 erhobenen Materials sowie die Angaben zur selbstberichteten Delinquenz im Gesamtzeitraum (T1-T5) wurden in Rekonstruktionen der individuellen Verläufe integriert. Das so gewonnene Verständnis für die Besonderheit eines jeden Verlaufs resultierte in einem Fazit, in dem ein Fall bzgl. seiner relevanten Merkmale unter Herstellung theoretischer Bezüge charakterisiert wurde. Auf dieser Basis wurde eine vergleichende Durchsicht aller in den Fallanalysen herausgearbeiteten (individuellen) Grundmuster von Kontext und Verlauf unter den zentralen Projektfragestellungen begonnen. Ziel war und ist u.a. die Identifizierung überindividueller Muster (Typen) von Zusammenhängen zwischen Berufsverläufen und Prozessen der Selektion/Kriminalisierung. Zur Absicherung der intersubjektivität der Interpretationen sind für jede Fallstudie zwei MitarbeiterInnen zuständig. Der jeweils zweiten Person obliegt primär die Prüfung der Sorgfalt und Stichhaltigkeit der gezogenen Schlußfolgerungen. Die systematische Auswertung des Wandels von Biographie und deren Deutung wird erst in der folgenden Förderungsphase abgeschlossen werden können.

3.2 Forschungsablauf im Makro-Panel

Von Juli bis Dezember 1997 wurde die vierte standardisierte Erhebungswelle durchgeführt. Dabei sollten (1) die in Welle III befragten 376 Personen wieder

erreicht sowie (2) von den 22 Befragten, die nach der zweiten Welle nicht erreichbar gewesen waren, Delinquenz- sowie Biographiedaten nacherhoben werden. 28 expliziten Verweigerungen wurde nicht weiter nachgegangen. Da das Erhebungsinstrument weitgehend mit dem der dritten Welle identisch war (mit Ausnahme geringfügiger Einfügungen, die aufgrund von Abstimmung mit dem Kooperationsprojekt des Denver Youth Survey notwendig geworden waren), konnte auf einen Pretest verzichtet werden. Wieder wurde die Erhebung als „face-to-face“-Interviews mit geschulten InterviewerInnen durchgeführt; lediglich die Angaben zur selbstberichteten Delinquenz wurden mittels der bewährten „sealed-envelope“-Technik erhoben.

370 Interviews wurden insgesamt durchgeführt; 361 davon mit Personen, die auch an der dritten Erhebungswelle teilgenommen hatten, 9 Fälle wurden nacherhoben. Die Attrition-Rate betrug nur vier Prozent. Somit liegen nun 370 im Längsschnitt auswertbare Interviews vor. Aufgrund der geringen Ausfallquote sind die Ergebnisse hinsichtlich der Repräsentativität der Untersuchungsgruppe unverändert.

Um die Verlaufsinformationen für dynamische Auswertungs- und Modellierungsverfahren zugänglich zu machen, wurden die Kalendarien zu Ausbildungs- und Erwerbsverlauf und Wohnformen aus den Erhebungswellen II bis IV in ein einheitliches Episoden-Datenformat transferiert sowie die Angaben zu selbstberichteter Delinquenz als Sequenzdatensatz kodiert, so daß explorative Sequenzanalysen sowie Modelle mit diskreter Zeit gerechnet werden konnten.

3.3 Bundeszentralregister Anfrage

Da die im Jahre 1994 durchgeführte Erhebung der Auszüge aus dem Bundeszentralregister nur einen kleinen Teil des jetzt vorliegenden Beobachtungsfensters abdeckte, wurde im Januar 1999 ein update der BZR-Auszüge angefordert. Die jetzt vorliegenden Daten wurden umkodiert und in aggregierter Form dem vorhandenen Verlaufsdatensatz angefügt.

3.4 Forschungsarbeiten im Kooperationsprojekt A3 – Denver Youth Survey

Die Methode der Vergleichsstudie besteht darin, aus den Längsschnittdatensätzen des Denver Youth Survey und der Bremen-Kohorte einen neuen, gemeinsamen Datensatz durch vielschichtige Selektion herzustellen. Dies geschah in folgenden

Schritten: Aus dem DYS Sample wurden die Geburtsjahrgänge 1972 und 1974 ausgewählt, die der Bremer Kohorte entsprachen. Die Datensätze wurden auf die Jahre reduziert, für die an beiden Orten Messungen für Delinquenz und die Hintergrundvariablen vorlagen. Die selbstberichtete Delinquenz wurde nur für Straftaten erfaßt, die in beiden Ländern ähnlicher Natur waren; so mußte z.B. Schwarzfahren entfallen, da in den USA der öffentliche Nahverkehr gering entwickelt und durch technische Prävention vor Devianz geschützt ist. Anschließend wurden vier Indizes (Gewalt, Eigentum und Drogen sowie alle Delikte) gebildet. Alle übrigen Variablen in allen eingesetzten Fragebögen wurden, nachdem eine englische Fassung vorlag, auf Äquivalenz überprüft. Etwa 120 Variablenmessungen „überlebten“ diese sorgfältige Selektion entweder als paralleles oder äquivalentes Instrument. Daß es gelang, für fünf Jahre verkürzte, aber völlig analoge Datensätze für beide Längsschnittstudien zu erstellen, geht darauf zurück, daß beide Studien in vergleichbarer Weise den aktuellen Theoriestand der Kriminologie verwerteten (wenn auch mit verschiedener Schwerpunktsetzung) und daß seit 1995 eine immer intensivere Kooperation zwischen beiden Projekten bestand. Die Vorbereitungsarbeiten fanden bei mehrwöchigen Treffen des kooperativen Teams in Boulder und Bremen statt, vor allem aber während einer 8-monatigen Arbeitsphase von Beate Ehret in Boulder. Die Auswertungsstrategien umfaßten übliche Inferenzstatistik, multiple Regressionen und ereignisanalytische Modellbildung.

4. Ergebnisse

4.1 Deskriptive Analysen

Seit Beginn des Projektes werden unterschiedliche Modellierungsverfahren genutzt, um Informationen zur Dynamik von Ausbildungs- und Berufsverläufen verlustarm bei Analysen der Delinquenzentwicklung einzubeziehen. Nachdem bislang mit multipler Regression und Lisrel gearbeitet wurde, was dem bisherigen Panel-design (auch bei drei Wellen) angemessener war, wurde nun zur Exploration der Berufsbiographien der Versuch gemacht, typische Berufsverlaufsmuster zu identifizieren, um deren Varianz zu einer Grundlage der Betrachtung von Delinquenzentwicklungen zu machen.

Hierzu wurden mit „Optimal Matching“ sowie Clusteranalysen Prototypen für eine solche Kategorisierung gebildet. Da es bei der automatischen Klassifikation zu einem geringen Anteil an Fehlzuordnungen kam, wurden aufgrund dieser Prototy-

pen als Grundlage für die Entwicklung empirisch begründete Zuordnungskriterien definiert und die Fälle folgenden Gruppen zugeordnet:

Tabelle 1: Gruppierete Erwerbsverlaufstypen in Prozent nach Geschlecht (356 Verläufe, davon 12 wegen Lücken nicht klassifizierbar)

Berufsverlauf	Typ	Männer (n=195)	Frauen (n=149)	Gesamt (n=344)
Erfolgreiche Erwerbsbiographie	1	52,82	42,28	48,26
Erfolgreiche Ausbildung, keine dauerhafte qualifizierte Tätigkeit	2	26,67	30,87	28,49
Ohne Ausbildung, unqualifizierte Tätigkeiten	3	8,72	9,40	9,10
Abgebrochene Ausbildung, diskontinuierliche Erwerbsbiographie	4	11,79	17,45	14,24

Eine erste Gruppe zeichnet sich durch einen relativ ungebrochenen, erfolgreichen Ausbildungs- und Berufsverlauf aus, d.h. eine erfolgreich absolvierte, qualifizierende Berufsausbildung mit anschließender länger andauernder Berufstätigkeit in einem qualifizierten Beruf. Diese umfaßt 39% der Männer, dagegen nur 32% der Frauen. Es zeigt sich, daß trotz vielfältiger soziologischer Diskurse vom Ende der Arbeitsgesellschaft das normative Grundmuster der - primär männlichen - Normalbiographie keine Fiktion ist, sondern daß ein gutes Drittel der Befragten diesen Weg geht. Weitere vier Prozent befanden sich auch acht Jahre nach Schulabschluß noch in Ausbildungen. Daß der Weg einer „Normalbiographie“ mitunter schwierig zu beschreiten ist, zeigt ein Anteil von 9% der jungen Erwachsenen, der die Ausbildung erst nach Unterbrechungen und Wechseln erfolgreich abschließen konnte. Insgesamt haben also etwa 48 % der Jugendlichen einen Berufsverlauf, der als relativ erfolgreich angesehen werden kann (s. Tabelle 1 Typ 1) - wobei zwischen Männern und Frauen eine deutliche Prozentsatzdifferenz von über 10% besteht. Daß der Begriff „erfolgreich“ relativiert werden muß, zeigt allerdings ein Blick auf die Einkommensverteilung: 1997 lag der Median des eigenen monatlichen Nettoeinkommens der Männer zwischen 2000 und 2500 DM, das der Frauen nur zwischen 1000 und 1500 DM; der Median der Haushaltsnettoeinkommen liegt bei 2500 bis 3000 DM für beide Geschlechter.

28% der jungen Erwachsenen haben ihre Ausbildung zwar erfolgreich beendet, konnten sich jedoch nicht längerfristig in qualifizierter Beschäftigung etablieren. 23% der Frauen und 18% der Männer sind dieser Gruppe zuzuordnen (s. Tabelle 1 Typ 2) - was in dieser Gruppe ein Übergewicht an Frauen bedeutet. Etwa 70% in dieser Gruppe sind nach der Ausbildung weitgehend erwerbslos oder nur sporadisch beschäftigt, der Rest weitgehend ungelern tätig.

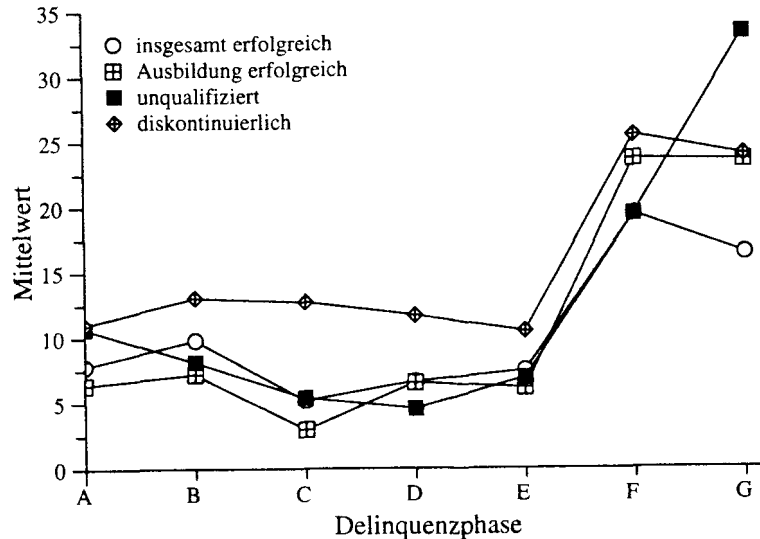
Ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung, sei es, weil keine Berufsausbildung aufgenommen wurde (5%) oder weil sie abgebrochen wurde (18%), verbleiben 26% der Frauen und 21% der Männer im Sample. Etwa einem Drittel dieser Gruppe (Typ 3 in Tabelle 1) gelingt zwar die Etablierung in unqualifizierten Berufen; die Mehrheit, in der Frauen überproportional vertreten sind, kann sich hingegen nicht dauerhaft im Erwerbsleben etablieren (Gruppe 4 in Tabelle 1). Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Frauen häufiger in den als ungünstig zu bezeichnenden Berufsverlaufsmustern wiederzufinden sind als Männer, deren Berufsausbildung häufiger in eine Etablierung in qualifizierte Beschäftigung mündet.

Auf der Basis der entwickelten Berufsverlaufstypen läßt sich die Entwicklung der Delinquenzbelastung in Form der Mittelwerte der Gesamtdelinquenz sowie der einzelnen Delinquenzkategorien (Gewalt, Eigentumsdelikte, Drogendelikte, Rest) betrachten.

Die Differenzierung zwischen den verschiedenen berufsbiographischen Mustern ist nur in sehr geringem Umfang erklärungsträchtig (vgl. Graphik 1): Insbesondere die Gruppe der Erfolgreichen befindet sich bei allen Deliktarten über den gesamten Verlauf i.d.R. im „Mittelfeld“. Auch ist die Varianz der Mittelwerte zwischen den Gruppen zu den jeweiligen Meßzeitpunkten so gering, daß eine „Erklärung“ von Delinquenz auf der Basis von Berufsverläufen als unplausibel angesehen werden muß. Die Gruppe derer, die nach Abbruch einer Ausbildung im Erwerbssystem nicht Fuß fassen können und eine diskontinuierliche Berufskarriere aufweisen, befindet sich allerdings durchgängig unter den am stärksten Belasteten. Daher wurde in Anlehnung an die Theorie von Sampson und Laub (1997) in einem weiteren Schritt geprüft, inwieweit es evtl. Kumulationen von Exklusionsprozessen auf dem Arbeitsmarkt sind, die delinquentes Handeln fördern bzw. es verfestigen. Dies konnte ansatzweise im Rahmen dynamischer Verlaufsmodelle bestätigt werden (s.4.4) Auch zeigt sich in der letzten Phase eine deutliche „Schere“ zwischen den Gruppen der Erfolgreichen (Typ 1) und dem Rest der Untersuchten. Darin könnte

der Effekt einer beruflichen Etablierung sichtbar werden. Ob sich dieser Trend stabilisiert, kann allerdings erst mit den Daten der nächsten Erhebung festgestellt werden.

Graphik 1: Delinquenz nach Berufstypen



Insgesamt ist die in internationalen Studien oft aufgezeigte Tendenz, daß die „age-crime-curve“ nach etwa dem 17. Lebensjahr absinkt, nicht erkennbar. Zwar nimmt die Anzahl der Gewaltdelikte stark ab, dies wird jedoch durch die hohe Zunahme von Drogendelikten (insbesondere: Konsum) zum Ende des Beobachtungsfensters zumindest ausgeglichen. Hinzu kommt, daß Eigentumsdelinquenz über den gesamten Verlauf einen uneinheitlichen Trend aufweist, wobei eine geringfügige Abnahme erkennbar ist. Hieraus wird deutlich, daß die Annahme einer allgemeinen Delinquenzbelastung zumindest empirisch problematisch ist. Dies bedeutet auch, daß eine Untersuchung von Ausstiegsprozessen („desistance“) deliktartspezifisch vorgehen muß. Unter den oben skizzierten Voraussetzungen zeigt sich ein weiterer, deutlicher Trend: Frauen weisen in der Regel eine weit geringere Delinquenzbelastung auf als Männer und zwar in allen betrachteten Deliktbereichen.

Die hier vorgenommene Auswertung der Beziehung zwischen Delinquenz und Erwerbsverlauf stellt eine Visualisierung der Assoziation und wechselseitigen Beeinflussung zweier paralleler Prozesse „Delinquenzentwicklung“ und „Erwerbsverlauf“ dar. Sie darf allerdings nicht kausal interpretiert werden, da der Verlauf ex post facto aufgrund der Angaben zum gesamten Beobachtungsfenster kategorisiert wurde und damit jedenfalls wechselseitige Einflüsse gegeben sind. Um dieses Problem zu klären, wurde die Analyse durch ereignisanalytische Modelle ergänzt (s. 4.4)

4.2 Stigmatisierung

Bereits die Cambridge Study in Delinquent Development hat den stigmatisierenden Effekt von Instanzenzugriffen untersucht (vgl. Farrington et al. 1978). Sie kommt zum Ergebnis, daß eine Verurteilung eher zu einer Erhöhung der Delinquenzbelastung führt. Um mit unseren Daten eine vergleichbare Analyse durchführen zu können, wurde jeweils die Differenz der Delinquenzbelastungen für aufeinanderfolgende Phasen (etwa zwischen Phase B und C, ... , F und G) gebildet. Sodann wurde ein Subsample aus all den Personen gebildet, die in der früheren Phase (im Beispiel: B) von mindestens einem begangenen Delikt berichtet hatten. In diesem Subsample hatten einige Personen daraufhin Kontakte zu Kontrollinstanzen (gemäß den Einträgen in das BZR), andere nicht. Mittels einer multiplen Regression wurde dann die Differenz der Delinquenzindizes geschätzt, um den Effekt dieser Instanzenkontakte zu bestimmen. Als Prädiktoren wurden in die Modelle einbezogen: *Delinquenzbelastung* der früheren Phase als Summe der begangenen Delikte, da eine hohe Belastung eine weitere Steigerung unwahrscheinlich bzw. ein Absinken wahrscheinlich macht, sowie als Dummy-Variablen *Geschlecht* (R=Mann), *frühere Instanzenkontakte* (im Beispiel: bis inkl. Phase A), *einmaliger* und *erstmaliger Instanzenkontakt*, *mehrfacher Instanzenkontakt* (R=nein). Die Ergebnisse zeigt Tabelle 2.

Tabelle 2: Unstandardisierte Koeffizienten der OLS-Schätzung der Belastungsdifferenz nach Phase (signifikante Effekte auf dem 5%-Niveau fett):

Koeffizient	Phasen				
	B/C	C/D	D/E	E/F	F/G
Konstante	5,51	6,36	0,52	0,25	5,94
Delinquenzbelastung	-0,82	-0,53	0,04	-0,27	-0,21
Einmaliger und erstmaliger Instanzenkontakt	-3,59	2,79	13,41	34,27	3,84
Mehrmaliger Instanzenkontakt	10,62	50,43	-0,21	14,62	-39,08
Frühere Instanzenkontakte	-1,03	4,19	-0,50	2,82	15,05
Frau	-0,78	-6,2	-2,35	0,08	-4,67
N/Instanzenkontakte	191/38	161/13	200/19	174/7	167/17

Hier zeigt sich insgesamt, daß Instanzenkontakte insbesondere in der Jugendphase eher zu einer Erhöhung der Delinquenz in der Folgezeit beitragen. Interessant ist dabei, daß in den beiden ersten Modellen (Phasen B/C und C/D) einmalige Instanzenkontakte keine nennenswerten bzw. sogar negative Effekte haben, mehrfache allerdings zu einer drastischen Erhöhung der Delinquenzbelastung führen. Für die beiden folgenden Phasen D/E und E/F sind hingegen die Effekte einfacher Instanzenkontakte nachweisbar, beim Modell D/E allerdings nicht mehr der Effekt eines mehrfachen Kontaktes. Allen anderen Modellen entgegengesetzt ist der letzte Vergleich, denn hier wechseln die Effekte das Vorzeichen und lassen bei Kontakten zu Strafverfolgungsinstanzen sogar eine Verringerung der nachfolgenden Delinquenzhäufigkeit vorhersagen. Ein Effekt von Stigmatisierungserfahrungen scheint daher insgesamt nachweisbar zu sein; allerdings zeigen sich möglicherweise Spezifika bestimmter biographischer Besonderheiten, denen noch nachzugehen ist. Hierbei soll dann insbesondere die Frage im Zentrum stehen, welche Rolle Instanzeneingriffe bei der Verfestigung delinquenter Karrieren besitzen bzw. umgekehrt welche Faktoren eine Rolle spielen, damit Delinquenz eine Episode bleibt.

4.3 Abkehr von Delinquenz („desistance“)

Ein Fokus der Analysen des qualitativen Materials über 5 Wellen lag auf der genauen Nachzeichnung einzelner Prozesse einer Abkehr von delinquenten Handlungen nach einer längeren devianten Phase, im englischen Sprachraum unter dem

Begriff „desistance“ diskutiert (vgl. Warr 1998; Farall/Bowling 1999). Die Auswertungen erfolgten im Zusammenhang mit der für das Makro-Sample nachgewiesenen Delinquenzentwicklung, die in weiten Bereichen keinen Rückgang devianter Handlungen in höherem biographischen Alter im Sinne der „age-crime-curve“ zeigt (vgl. 4.1), und setzten an den Fällen des Typs „Episode“ (Dietz u.a. 1997, S. 254ff.) im Mikro-Sample an, der sich gerade durch ein Unterlassen delinquenten Handelns von einem bestimmten biographischen Zeitpunkt an auszeichnet. Diese Analysen, die sich auf die Mikrostruktur der Desistance-Prozesse genauso bezogen wie auf zugrunde liegende Ursachen, Bedingungen und Motive, erfolgten als „Probeauswertung“ zunächst mit einem Viertel des Mikro-Samples.

Desistance wurde dabei nicht im Sinne einer festgelegten Dauer definiert, für die nach der devianten Phase auf das Ausüben delinquenten Handelns verzichtet wird. Vielmehr war von Bedeutung, ob die subjektive Intention, delinquentes Handeln zu unterlassen, sowie die Umsetzung dieser Intention über eine längere Zeit unter relativ konstanten sozialen Bedingungen zu dem Effekt führt, daß die entsprechende Person ein Selbstkonzept entwirft und interaktiv vertritt, zu dem nicht mehr delinquente Handlungen gerechnet werden, sondern gerade ihr Unterlassen. In unserem Material fanden sich verschiedene Beispiele, in denen ein solcher Identitätswurf auch im Interviewdialog vertreten wurde.

Bei der Probeauswertung bestätigte sich erneut, daß in einigen Biographien offensichtlich der Rückzug in eine intime Partnerschaft bzw. Familie dazu beitrug, daß die Befragten sämtliche delinquenten Aktivitäten nahezu abrupt abbrachen (Schumann/Prein/Seus 1998, S.1127ff.).

Auch ein weiterer in unserer Studie identifizierter Grund für desistance wird bereits seit längerer Zeit diskutiert: Haben sich Jugendliche bereits beruflich etabliert, so riskieren sie mit Straftaten, die polizeibekannt werden, neben der Strafe eventuell auch ihre berufliche Existenz. Dieser Grund für desistance betrifft in unserem Mikro-Sample besonders den Verlaufstyp des Doppellebens (vgl. Dietz u. a. 1997, S. 247ff.). Mit jeder Stuserhöhung im Sinne gesellschaftlicher Erwartungen steigen prinzipiell die *möglichen Kosten delinquenten Handelns*. Vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, daß manche der Befragten als Grund für ihren „Ausstieg“ aus Delinquenz schlicht angaben, sie seien „zu alt geworden“. In einigen dieser Fälle erscheint das Unterlassen kriminalisierbarer Handlungen nach längerer delinquenter Phase als Ergebnis einer bewußt getroffenen *kognitiven*

Entscheidung (vgl. hierzu auch Farral/Bowling 1999, S. 260), der ein unter Umständen längerer Prozeß des Abwägens der Vor- und Nachteile (z. B. in der Form einer Kosten-Nutzen- bzw. Risiko-Nutzen-Gegenüberstellung) vorausgegangen ist. Wenig Einfluß auf desistance scheinen demgegenüber einmalige leichte Eingriffe bzw. Sanktionen durch soziale Kontrollinstanzen zu haben. Solche Interventionen wurden zwar bisweilen als peinlich oder auch erniedrigend erlebt und führten auch gelegentlich zu dem Vorsatz, kriminalisierbare Handlungen zukünftig zu unterlassen, in keinem der bisher analysierten Fälle jedoch hielt der als Konsequenz einer solchen Intervention gefaßte Vorsatz lange an, und häufig kam es sogar zu noch schwereren Delikten im weiteren Lebenslauf.

4.4 Berufsverlauf und Delinquenz

Die in 4.1 und 4.2 dargestellten Analysen lassen vermuten, daß die aktuelle Platzierung im Erwerbssystem bestenfalls nichtlineare und differenzierte Effekte auf den Delinquenzverlauf hat und daß Eingriffe sozialer Kontrollinstanzen sowie die Kumulation von Ausgrenzungserfahrungen hingegen eher Delinquenz zu verfestigen scheinen. Um zu überprüfen, ob diese Zusammenhänge auch unter wechselseitiger Kontrolle der Effekte sowie unter Einbeziehung von Parametern zum Bereich informeller sozialer Kontrolle bestehen bleiben, wurde auf der Grundlage der vorliegenden Längsschnittdaten dynamische Modelle über alle verfügbaren Wellen geschätzt. Dabei wurde einerseits methodisch konservativ die Gesamtprävalenz modelliert andererseits auch deliktbereichsspezifische Modelle für Gewalt- und Eigentumsdelikte geschätzt (Prein/Seus 1999a,b). Für letztere wurde in enger Kooperation mit dem Bereich „Methoden“ ein Verfahren zur dynamischen Modellierung von ordinalskalierten abhängigen Variablen entworfen und erprobt. Dabei wurde unterschieden zwischen zwei unterschiedlichen Fragen und Prozessen: (1) Welche Faktoren führen zum Anstieg der Delinquenzbelastung? (2) Welche Faktoren führen dazu, daß Jugendliche und junge Erwachsenen delinquentes Verhalten reduzieren bzw. aufgeben? Hierzu wurden folgende Variablen kontrolliert: Geschlecht, Cliquenzugehörigkeit, Wohnformen als Proxy Variable für unterschiedliche Arten und Intensitäten informeller sozialer Kontrolle, Alter, höchste bisherige Belastung in den einzelnen Deliktgruppen (Drogen, Eigentums-, Gewalt- und Restdelikte), Instanzenkontakte („kein Eintrag“, „Verfahrenseinstellung durch die Staatsanwaltschaft“, „Verfahrenseinstellung durch das Gericht“ und „Verurtei-

lung“), aktueller Erwerbsstatus sowie kumulierte Dauer von Nichterwerbstätigkeit als Proxy für die Kumulation von Ausgrenzungserfahrungen vom Arbeitsmarkt.

Tabelle 3: Ordinalmodell Gewaltdelinquenz (vgl. Prein/Seus 1999a)

Parameter		Anstieg		Abnahme	
		β	p	β	p
Konstante	>0 / <1	-2,238	0.000	-0,887	0.048
	>1 / <2	-3,309	0.000	-0,239	0.601
	>4 / <5	-5,112	0.000	0,874	0.070
	>10	-6,347	0.000	-	-
Frau		-1,416	0.000	1,647	0.012
Alter		-0,335	0.000	0,426	0.011
max. frühere	Gewalt	0,061	0.001	-0,024	0.291
	Drogen	-0,005	0.669	0,035	0.013
Delinquenz	Eigentum	-0,004	0.611	0,004	0.735
	Rest	0,003	0.668	0,000	0.996
Instanzenkontakte	Einstellung Staatsanw.	0,281	0.302	-0,166	0.754
	Richter	1,167	0.000	0,327	0.499
	verurteilt	1,101	0.011	-1,742	0.019
Cliquenzugehörigkeit		1,014	0.000	-0,837	0.030
Wohnform	Single	0,206	0.465	-1,076	0.036
	mit Partner	-0,274	0.453	1,138	0.211
Erwerbsstatus	erwerbslos	-0,027	0.942	0,610	0.317
	Hausarbeit	1,350	0.030	-1,202	0.315
	Maßnahme	-0,075	0.864	0,674	0.580
	unqualif.	0,048	0.880	0,335	0.544
	qualifiziert	-0,511	0.202	-3,537	0.019
Sonstiges		0,294	0.459	-0,056	0.932
kumul. Arbeitslosigkeit		0,200	0.397	-0,786	0.034

Auch in diesen Modellen zeigte sich durchgehend, daß die aktuelle Platzierung im Erwerbssystem keine oder nur geringe und nichtlineare Wirkungen auf Delinquenz

zu haben scheint. Fortgesetzte Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt hingegen scheint den Ausstieg aus der Delinquenz (insbesondere bei Gewaltdelikten) zu verzögern. Das Nachlassen informeller sozialer Kontrolle in bestimmten Lebensphasen junger Erwachsener und insbesondere die Orientierung an Peer-Groups erklärt eher Prozesse der Ab- und Zunahme von Delinquenzbelastung. Ebenso wirkt der Eingriff formaler Kontrollinstanzen eher stigmatisierend, da i.d.R. im folgenden eine Delinquenzzunahme wahrscheinlicher ist als ein Absinken. Beispielhaft zeigt Tabelle 3 das logistische Regressionsmodell für ordinale Verlaufsdaten zu Gewaltdelinquenz.

Die alltagstheoretische Annahme, daß berufliches Scheitern zu Delinquenz führe, verliert ihre Plausibilität, wenn man die biographische Selbstdeutung der Erwerbslosen in den Mittelpunkt stellt. Je nach subjektiver Deutung reichten die Verarbeitungsmuster für Scheitern in der beruflichen Qualifikation oder Erwerbslosigkeit von Resignation, Anpassung, Zufriedenheit bis Widerstand; Delinquenz war nur eines unter vielen.

Auch bei Kontrolle aller o.g. Faktoren zeigte sich bei Anstieg und Abnahme ein deutlicher Geschlechtseffekt. Der größere Frauenanteil an Erwerbslosigkeit und geringem Einkommen und ihre gleichzeitig geringere Delinquenzbeteiligung ist Ausdruck der geschlechtsspezifisch divergenten Struktur des Bildungswesens und der Mechanismen sozialer Kontrolle. Frauen erlebten Ausbildungsabbruch und Erwerbslosigkeit oft als Erleichterung, da die konkrete Berufseinmündung nicht ihren Berufswünschen entsprach. Die Perspektivlosigkeit zwang sie, ihren Lebensentwurf neu zu überdenken. Der Rückzug ins Private, die Familiengründung, bewahrte sie vor sozialer Ausgrenzung, verwies sie andererseits aber auf das wirksame informelle Kontrollsystem der privaten Sphäre. Die Konstruktion traditioneller Weiblichkeit führte einerseits zu hoher Konformität, reproduzierte aber gleichzeitig eine dauerhafte Abhängigkeit und Benachteiligung (Schumann/Prein/Seus 1998).

Bei Männern, die stärker der Norm der lebenslangen, kontinuierlichen Erwerbsarbeit ausgesetzt sind, war Erwerbslosigkeit stärker mit einer existentiellen Angst verbunden, die zu großen Anstrengungen bei der Jobsuche und einer hohen Anpassungsbereitschaft führten. Kurze Episoden von Erwerbslosigkeit verloren ihre Bedrohung, weil sie als transitorische Phase gedeutet wurden, und eine optimistische Orientierung vorherrschte. Dies änderte sich mit zunehmendem Alter der Betrof-

fenen sowie Dauer der Ausgrenzung. Lange Phasen von Erwerbslosigkeit und Delinquenz als Folge der Kumulierung sozialer Belastungen und Benachteiligungen trugen wechselseitig zu ihrer Verfestigung bei. Vorhandene Konflikte in der Biographie der Jugendlichen potenzierten sich zu Risikolagen, zu einem insgesamt abweichenden Lebensstil, oft verbunden mit Drogenabhängigkeit, der eine Rückkehr in die sogenannte „bürgerliche Arbeitsgesellschaft“ immer schwieriger machte (vgl. Matt/Prein/Schumann 1998).

Daß die aktuelle berufliche Plazierung nur geringe und keinesfalls lineare Auswirkungen auf Delinquenz hat, widerspricht der Alltagstheorie, daß benachteiligte Jugendliche aus wirtschaftlicher Not zu illegalen Mitteln der Geldbeschaffung greifen. Demgegenüber schienen vor allem junge Männer Schlägereien und Diebstähle nicht als Antwort auf Frust und Versagen im Beruf aufzufassen sondern als Spaß und action, als Nervenkitzel und lustbetonte Männlichkeitsdarstellungen, oft in der Clique (siehe 4.5). Ein weiteres Phänomen war das sogen. „Doubling up“, die Koexistenz konventioneller und abweichender Normen in bezug auf Arbeit. Ein Teil der jungen Erwachsenen beschrieb beim 5. Interview eine neue Form des Umgangs mit Arbeit. Der Arbeitslohn oder die Sozialhilfe wurden durch illegale Aktivitäten (Schwarzarbeit, Hehlerei, Dealen) aufge bessert. Diese sind vorläufige Befunde darüber, wie die Grenze zwischen legaler und illegaler Arbeit verwischt wird. Sie deuten eine Entwicklung an, wie sie in den USA schon länger konstatiert wird (Prein/Seus 1999a). Durch diese neue Sichtweise, in der legale und illegale Arbeit nicht als Gegensätze sondern als komplementäre Strategien erscheinen, wird das Verständnis der Beziehung zwischen Delinquenz und Arbeit komplexer und dynamischer.

4.5 Cliques, Banden, soziale Deutungsmuster

Kriminologische Forschungsergebnisse betonen international die Relevanz der Gleichaltrigengruppe für jugendliche Delinquenz. Den *peer groups* kommt ebenso bei der Bewältigung der Integration in die Erwachsenenengesellschaft eine bedeutende Rolle zu. Die ausgeprägteste Form stellt die Clique dar; durchschnittlich 55% der Jugendlichen im Sample gehören Jahr für Jahr einer solchen Gruppe an. Wichtige Funktionen der Peer group sind die Möglichkeit des Statuserwerbs innerhalb der Gruppe, Hilfe bei der Verarbeitung von Statusunsicherheiten, die außerhalb der peer group erlebt werden, beispielsweise durch mangelnden beruflichen

Erfolg und die Bereitstellung eines Umfeldes, in dem neue Rollen gefahrlos ausprobiert werden können. Die Zugehörigkeit zu delinquenten Cliques bietet beiden Geschlechtergruppen Gelegenheit, Stärke und Solidarität zu erleben und sich schwierigen familiären Verhältnissen zu entziehen, dies überwiegend für junge Frauen. Vor allem aber ging es darum, Spaß zu haben, der Langeweile zu entgehen, sich vom Erwachsensein abzugrenzen, wobei die Abgrenzung verschiedene Ausprägungen annahm. Bei jungen Männern lag der Schwerpunkt auf der Betonung der Jugendlichkeit, während die jungen Frauen die Ablehnung bürgerlicher Normen und Werte betonten. Geschlechtsbezogene Muster von Delinquenz waren nicht statisch, sondern variierten situationsabhängig. Je nach spezifischem sozialen und kulturellen Kontext wurden vielfältige Männlichkeits- und Weiblichkeitsentwürfe realisiert (Seus 1998b).

Eine besondere Form von peer group Verhalten stellt die Bande dar, deren Mitglieder bis auf wenige Ausnahmen junge Männer waren; 1990 gaben 10 junge Frauen an, einer Bande anzugehören. Sie nimmt sich selbst als abweichend wahr – was sich u.a. auch in ihren Namen widerspiegelt, – (Radikale Onkelz Liga; Lawless Rebels) und wird auch von ihrer Umwelt, z. B. von ihrem Wohnumfeld, Polizei und Gericht, so bezeichnet. Delinquenz spielt eine Rolle als Mittel zur Abgrenzung nach außen und als Möglichkeit zur Erzeugung von Zusammenhalt und Status bei einzelnen Gruppenmitgliedern. Trotz ihres kleinen Anteils am Sample ist der Beitrag der Bandenmitglieder zu den insgesamt begangenen Delikten groß. So waren die 13% der Jugendlichen, die zwischen 1990 und 1994 einer Bande angehörten für 30% aller berichteten Delikte in diesem Zeitraum verantwortlich. Bei den Straftaten entstand eine Gruppendynamik, bei der Wettbewerb um Prestige und die soziale Unterstützung für illegale Aktivitäten zu Schlüsselmerkmalen werden. Delinquentes Gruppenhandeln, das Gewalt einschloß, war bei Frauen eher untypisch. Wichen sie in Aussehen und Verhalten von traditionellen Vorstellungen ab, wurde ihnen ihre „Weiblichkeit“ abgesprochen. Dagegen spielen Schlägereien bei den delinquenten Männercliques eine entscheidende Rolle. Auf Anmache nicht zu reagieren, deuteten die jungen Erwachsenen als Feigheit, durch Prügeln wahrten sie ihr Gesicht, zeigten sich standhaft (Matt 1999a).

Der delinquenzverstärkende Einfluß von Bandenmitgliedschaft konnte für das Auftreten von Gewalt über logistische Regressionen belegt werden (Othold 1999).

Hinzu kam, daß die jungen Männer im öffentlichen Raum erhöhter polizeilicher Kontrolle ausgesetzt waren.

Im Jahr 1990 bezeichneten sich 9,2% der Jugendlichen, als Bandenmitglieder; im Jahre 1996 betrug der Anteil nur noch 2,2%. Der starke Rückgang der selbstberichteten Bandenmitgliedschaft in der Stichprobe wirft die Frage auf, ob diese Gesellungsform als ein auf die Jugend, möglicherweise gar auf die Schul- und Ausbildungszeit beschränktes Phänomen zu verstehen ist.

4.6 International-komparative Analysen

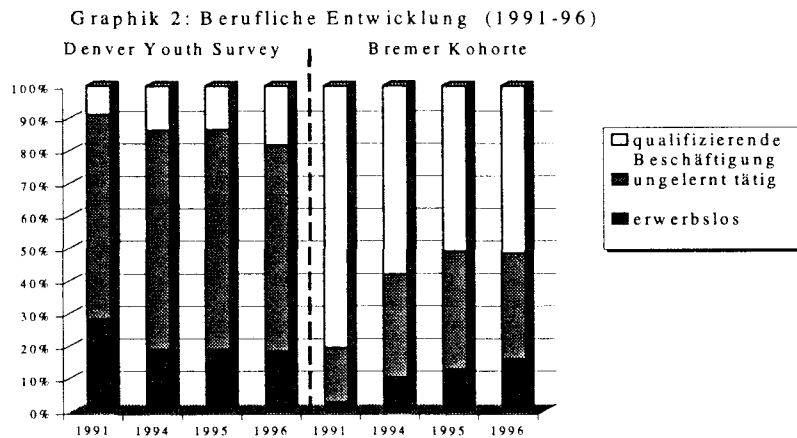
Die internationale Vergleichsstudie kontrastiert die institutionelle Steuerung des Lebenslaufs in Deutschland, in der Lebensphase „Übergang von der Schule in den Beruf“, durch das duale System der Berufsausbildung, mit einer nicht-regulierten Form dieser Statuspassage in den USA. Hat der dort gegebene unregelmäßige Übergang von der Highschool in den Beruf insbesondere bei denen, die nicht das College besuchen, Auswirkungen auf den Delinquenzverlauf? Hierbei muß das Problem gelöst werden, wie der Einfluß einer Institution auf individuelle Lebensläufe komparativ untersucht werden kann, wenn es kein wirkliches „strukturelles Äquivalent“ in der Kontrast-Gesellschaft gibt.

In den USA beginnen Jugendliche schon während der letzten Jahre der Highschool auf dem sogenannten „Jugendarbeitsmarkt“ neben der Schule Geld zu verdienen. Dieser bietet nur geringe Qualifizierungsmöglichkeiten. Hohe Fluktuation und damit einhergehend hohe Arbeitslosigkeitsrisiken zeichnen ihn aus, was vor allem für die Zeit nach Schulabgang gilt. Der Anteil von Jugendlichen, die Lehren („apprenticeships“) absolvieren, geht beständig zurück und liegt bei 3% der Jungen und 0,5% der Mädchen (Lynch 1993, S. 1293). Ein Vergleich der Auswirkungen der unterschiedlichen institutionellen Steuerung der Transition von der Schule in den Beruf kann zwei Fragen untersuchen:

1. Bestehen Unterschiede hinsichtlich der Delinquenzverläufe zwischen deutschen und amerikanischen Jugendlichen?
2. Lassen sich Unterschiede jeweils in beiden Ländern finden zwischen jenen Jugendlichen, die eine qualifizierende/qualifizierte („skilled“) Beschäftigung ausüben gegenüber den ungelern Tätigen?

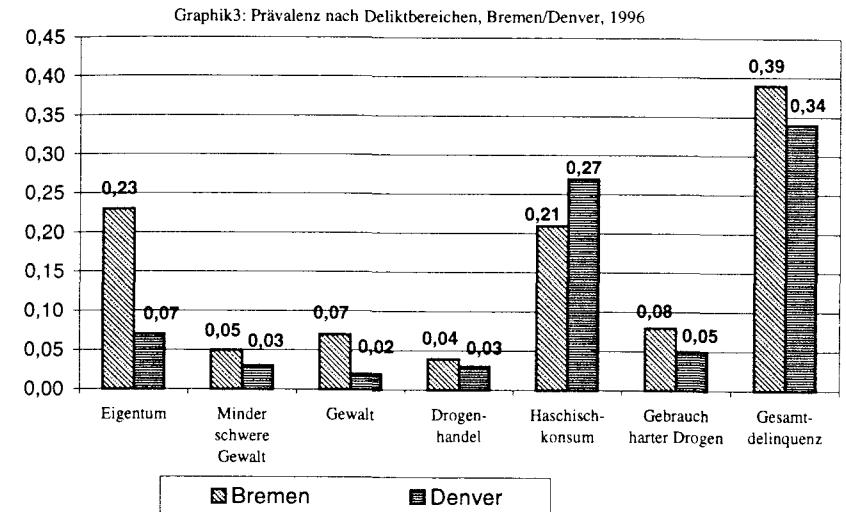
Bei Frage (1) fungiert die Teilkohorte des Denver Youth Surveys (DYS) (Geburtsjahre 1972 und 1974) als Vergleichsgruppe, bei der ein Einfluß der interessierenden Variablen „Berufsbildungssystem“ auf ihre Lebensverläufe – im

Gegensatz zu Bremen - nicht gegeben ist. Zu (2) muß eine Vergleichsgruppe erst „konstruiert“ werden, die ein Äquivalent zu den deutschen Lehrlingen bzw. nach Abschluß den GesellInnen darstellen könnte. Dafür wurde für beide Länder eine äquivalente Erwerbsstatusvariable, die relativ grob die drei Gruppen: „erwerbslos“, „ungelehrt tätig“ und „qualifizierend/qualifiziert tätig“ unterscheidet, definiert. Für das Bremer Sample entspricht letztere den deutschen Lehrlingen/GesellInnen. Diffiziler war die Aufgabe, das amerikanische Pendant dazu zu finden und anhand der „Jobcodes“ und Berufsbeschreibungen eine klare definitorische Unterscheidung zwischen ungelerten -“unskilled“- und qualifizierenden/qualifizierten -“skilled“- Beschäftigungen zu entwickeln. Als „skilled“ wurden dabei lediglich Tätigkeiten eingestuft, für die nicht nur im deutschen Dualen System eine Ausbildung existiert, sondern die auch gewisse Grundfertigkeiten voraussetzen oder die Möglichkeit bieten, Qualifikationen zu erwerben. Ausgehend von diesen Kriterien gelang man für die beiden Samples zu folgenden Verteilungen:



Die Bremer Jugendlichen befinden sich, wie zu erwarten war, zur überwiegenden Mehrheit in Lehren bzw. später in ausbildungsnahen Beschäftigungen („skilled jobs“) (1991 fast 90% und 1996 noch ca. die Hälfte). Ganz anders die Jugendlichen in Denver: Hier befindet sich das Gros in ungelerner Arbeit und zwar über einen Zeitraum von sechs Jahren nahezu konstant; die „skilled“ Gruppe nimmt nur minimal zu. Aufgrund dieser differenzierten Beschäftigungssituation wäre anzu-

nehmen, daß sich auch die Delinquenz in den beiden Ländern höchst unterschiedlich entwickelt. Zur Veranschaulichung soll hierzu die Prävalenz der verschiedenen Deliktbereiche: Eigentum, Gewalt und Drogen (1996) im Vergleich Bremen/Denver gegenübergestellt werden.



Es zeigt sich: Überraschenderweise ist im Jahre 1996 ein kleinerer Anteil der DYS-Kohorte noch delinquent (34%) als in der Bremer Kohorte (39%). Zu frühen Meßzeitpunkten war noch die Prävalenz der Amerikaner größer: (1991: 41% : 34%; 1994: 42% : 39%). Dies könnte teilweise daran liegen, daß von den Denver Jugendlichen 1991 noch viele zur Schule gingen und nur Nebenjobs innehatten; 1994 gingen nur noch wenige zur Schule, 1996 praktisch keine mehr. Die Umkehrung der Relation geht vor allem auf Eigentumsdelikte zurück. In Bremen stagniert dieser Täteranteil bei 23%, in Denver sinkt er von 20% auf 7%. Daneben bleibt Drogengebrauch in Denver relativ stabil (22-27%), in Bremen gibt es dagegen einen Anstieg der Konsumenten von 13 auf 21%. Ganz gegen die Erwartung hat die relativ unstrukturierte Transition in den USA keineswegs die Nachteile gezeigt, die nach Meinung vieler Experten (z.B. Hamilton 1990) damit verbunden sind. Allerdings ist dieser Vergleich zu pauschal; viele andere Einflußgrößen können eine Rolle spielen, was in den dynamischen Modellen zu Tage tritt.

Frage (2) betrifft den Effekt von skilled vs. unskilled work. Hinsichtlich der Beteiligung an delinquenten Handlungen zeigt sich, daß von den ungelernt Tätigen, im Jahr 1991 sowie über den gesamten Zeitraum von 1994 bis '96, durchweg der höchste Anteil delinquent war. Signifikant verschieden sind die Prävalenzwerte für diese beiden Gruppen jedoch nur im Jahr 1994 in beiden Samples und 1996 ausschließlich in Denver. Dieser Unterschied kommt hauptsächlich durch einen höheren Anteil an Haschischkonsumenten bei den ungelernt Tätigen zustande. Der Blick auf die Delikthäufigkeit bestätigt dies und eröffnet zusätzlich, daß sie auch eine signifikant höhere Anzahl von Eigentumsdelikten begehen (in Denver 1994 und '95/ in Bremen 1996).

Die Analyse zeitgleicher Zusammenhänge ist möglicherweise zu statisch und zu kurzfristig gedacht. Qualifizierung könnte sich erst längerfristig auswirken (z.B. häufige Stellenwechsel ersparen) sowie Arbeitsmarktrisiken abfedern. Im Vergleich dazu dürfte bei den amerikanischen Jugendlichen davon ausgegangen werden, daß sie den Härten des sogenannten „Jugendarbeitsmarktes“ über einen Zeitraum von mehreren Jahren nach Schulabgang ausgesetzt sind. Aus diesen Gründen wurden dynamische Modelle zur Delinquenzentwicklung berechnet.

Tabelle 4: Logistische Regression zum Delinquenzanstieg (dynamisches Modell)

Parameter	Bremen		Denver	
	β	<i>p</i>	β	<i>p</i>
Konstante	-2,41	0,00	-1,69	0,00
Zeit	-0,14	0,16	-0,09	0,32
Vordelinquenz	-0,00	0,55	-0,01	0,00
Mann	0,61	0,00	0,26	0,10
Erwerbslos	0,29	0,31	0,47	0,11
Ungelernt	0,34	0,06	0,56	0,03
Delinquente Freunde	0,07	0,00	0,23	0,00

Geschätzt wurde die Wahrscheinlichkeit eines Delinquenzanstiegs über die Jahre 1991 bis 1996. Dabei wurde die Untersuchungsgruppe der „skilled“ Tätigen als Referenzkategorie genommen. Wenn Qualifizierung – auch „on the job“ – und berufliche Integration delinquente Handlungen verhindern, so wäre das bei Erwerbslosen oder Ungelernten nicht gegeben. Eine Reihe weiterer Einflußfaktoren

wie biographisches Alter, Vordelinquenz, Geschlecht sowie delinquente Freunde, wurden mitberücksichtigt. Zur Optimierung der Vergleichbarkeit mußten allerdings einige Restriktionen hinsichtlich anderer theoretisch relevanter Kontrollvariablen, wie z.B. der sozialen Kontrolle sowie zur Dauer von Arbeitslosigkeitsphasen, in Kauf genommen werden.

Die Modelle für Bremen und Denver ähneln sich frappierend. Außer der Vordelinquenz sind die gleichen Variablen signifikante Einflußfaktoren und die Richtung der Vorzeichen stimmt überein. Vor allem erweist sich in beiden Samples eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit eines Delinquenzanstiegs bei den ungelernt Tätigen oder anders ausgedrückt: Jugendliche in qualifizierenden Tätigkeiten haben sowohl in Bremen als auch in Denver ein vermindertes Risiko ihre Delinquenz noch zu steigern. Hierzu muß jedoch angemerkt werden, daß nahezu ein Drittel der Bremer Gruppe der Ungelernten junge Männer stellen, die gerade ihren Wehrdienst ableisten und überdurchschnittlich delinquent sind. Dieses Ergebnis kann zudem lediglich als vorläufig angesehen werden, da weitere Einflußfaktoren wie etwa formelle soziale Kontrolle kontrolliert werden müssen und die differenzierteren Bremer Modelle, bei Integration derartiger Kontextvariablen, diesen Befund relativieren.

Zwei weitere international vergleichende Auswertungen bzw. Analysepläne seien ergänzend erwähnt. Für eine 1998 konstituierte Arbeitsgruppe „Gangs in Europa“ (Eurogang) wurde ein vergleichendes Profil der Gangmitglieder in Denver und Bremen hergestellt. Ein ähnlich hoher Anteil der Kohorten (Bremen 13% : Denver 14%) war irgendwann in einer Bande (gang); der Beitrag dieser Mitglieder zur Gesamtkriminalität war in beiden Städten erheblich: z.B. Gewalt: 44% in Bremen, 64% in Denver; ähnliche Relationen auch bei anderen Delikten. Der entscheidende Unterschied bestand im Beitrag zum Drogenhandel: Bremen 9%, Denver 91%. Es gelang also, eine wesentliche Differenz zwischen deutschen und amerikanischen Jugendbanden herauszufinden: sie sind in Deutschland praktisch nicht im Drogenhandel tätig, was ihren Charakter zweifellos unterschiedlich macht.

Erwähnung verdient ferner, daß David Huizinga (DYS) und Karl F. Schumann (A3) sich erfolgreich an einem Wettbewerb um Förderung eines Vergleichsprojekts über Auswirkungen des Jugendstrafrechts auf die Lebensläufe Jugendlicher in beiden Ländern beteiligten. Der im September 1998 beim National Institute of Justice (Washington, D.C.) eingereichte Antrag erhielt im April 1999 den

Zuschlag. Damit ist zumindest die Förderung des amerikanischen Teilteams (A.Elliott, D.Huizinga) für 10/1999 – 09/2001 für den Vergleich mit Bremen gewährleistet.

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge

Andreas Böttger

- „Jugendgewalt - die Folge einer Winner-Loser-Kultur?“. 24. Deutscher Jugendgerichtstag, Hamburg, 19.09.1998
- „Wenn einer von uns angemacht wurde, dann standen wir hinter dem.“ *Gewalttätige Jugendgruppen - Ergebnisse eines qualitativen empirischen Forschungsprojekts.* 56. Tagung der Arbeitsgruppe für Empirische Pädagogische Forschung (AEPF), Mannheim, 25.09.1998
- „Varianten illegaler und legaler Gewalt Jugendlicher“. Bremer Institut für Kriminalpolitik, Bremen, 25.11.1998
- „‘Männliche’ und ‘weibliche’ Gewalt? Geschlechtstypische Unterschiede bei Jugendlichen“. Universität Bremen, 25.01.1999 (mit M. Silkenbeumer)
- „Lebensgeschichten junger Gewalttäter/innen. Ergebnisse einer qualitativen empirischen Untersuchung.“ Justus-Liebig-Universität Gießen, 26.01.1999
- „Die Rolle der Theorie in der qualitativen Sozialforschung - dargestellt am Beispiel des ‚rekonstruktiven Interviews‘“. 57. Tagung der Arbeitsgruppe für Empirische Pädagogische Forschung (AEPF), Erfurt, 09.03.1999
- „Gewalthandlungen Jugendlicher - Formen, Ursachen und Motive“. Präventionsrat Linden/Limmer, Hannover, 07.09.1998
- „Biographien junger Gewalttäter - am Beispiel Jugendlicher aus gewalttätigen Gruppen“. Tagung „Straftaten Jugendlicher und Gewalt“ der Schöffengerichtakademie im Haus Neuland, Bielefeld, 31.10.1998
- „Die ganze Schule hatte Angst gehabt ...“. *Jugendgruppen und Gewalt - Ergebnisse eines qualitativen empirischen Forschungsprojekts*“ Tagung „Jugendgewalt - und kein Ende?“ Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen, Hannover, 10.11.1998
- „Formen und Verläufe jugendlicher Devianz. Erste Ergebnisse einer Längsschnittstudie. Ein Werkstattbericht“. Tagung des Norddeutschen Kriminologischen Gesprächskreises, Betzendorf, 23.04.1999

Beate Ehret

Problems and solutions in comparing the effect of the educational/vocational training system on delinquency and the life course. Internationaler Bremer Workshop zu „Cross National Analysis of Societal Contexts of Delinquency“, 09.07. bis 11.07.1998, (mit K. F. Schumann, D. Huizinga)

Effects of the Transition from School to Work on Delinquency and Drug Use. A Comparative International Research Project. Jahrestagung der American Society of Criminology, Washington, DC, 11.11.1998: (mit A. Elliott, D. Huizinga, K.F. Schumann)

Eduard Matt

- Zwischen Normativität und Normalisierung: Zum alltäglichen und strafrechtlichen Umgang mit Regelverletzungen.* 5. Tagung der Initiative junger WissenschaftlerInnen aus den Bereichen Rechtsphilosophie, Rechtstheorie und Rechtssoziologie, Wien, 01.-03.05.1997
- Jugenddelinquenz aus jugendsoziologischer Sicht.* Kontaktstudium Kriminologie (Seminar: Probleme der Jugend), Hamburg, 02.12.1997

Gerald Prein

- Drogenkonsum und Delinquenz als Risikoverhalten im Jugendalter.* IAB- Kontaktseminar, Bremen, 15.-19.09.1997, (mit E. Matt; K.F. Schumann.)
- Limitations of Rational Choice Theory in Criminological Research.* ECSR-Konferenz über „Rational Action Theories in Social Analysis: Applications and New Developments“, Stockholm, 16.-19.10.1997.
- Längsschnittanalysen bei der Erforschung von Risiken im Lebensverlauf.* Längsschnittwerkstatt Berlin-Brandenburg, Berlin. 08.06.1998, (zus. mit P. Buhr)
- „Müßiggang ist aller Laster Anfang.“ Tagung des Norddeutschen Kriminologischen Gesprächskreises, Betzendorf, 14.-16.05.1998 (mit L. Seus)
- „Ent-grenzte Kontrolle, Be-grenzte Kontrolle?“ Kongreß für Soziologie, Sektion: „Soziale Probleme, Soziale Kontrolle“, Freiburg, 17.10.1998 (mit L. Seus).

Karl F. Schumann

- „Problems and solutions in comparing the effect of the educational/vocational training system on delinquency and the life course“ Internationaler Bremer Workshop zu „Cross National Analysis of Societal Contexts of Delinquency“, 09.07.-11.07.1998 (mit B. Ehret, D. Huizinga)
- Gangs in Denver and Bremen – first results*“ Eurogang-Workshop, Ev. Akademie Arnoldshain, 01.10.1998
- Experimente zur Delinquenzprävention,* ZiF Bielefeld, Tagung über Gewaltprävention, 04.10.1998
- Effects of the Transition from School to Work on Delinquency and Drug Use. A Comparative International Research Project.* Jahrestagung der American Society of Criminology, Washington, DC, 11.11.1998: (mit B. Ehret, A. Elliott, D. Huizinga)

Lydia Seus

- „Frauen im Abseits – ein kriminologischer Blick auf Hauptschülerinnen im Ausbildungssystem“. Vortragsreihe „Fragen und Ergebnisse der Frauenforschung“ zum Thema „Lebensentwürfe und Alltag“, Bremen, 12.03.1997
- „Men's Theories and Womens' Lives. Umsetzung der Prämissen für eine geschlechtergerechte Forschung“ „Gewalt im Alltag und organisierte Kriminalität“ Methodenseminar „Gender“, Aarau, Schweiz, 21./22.08.1997
- „Soziale Konstruktion von Geschlecht und Abweichung.“ Tagung der Sektion „Feministische Kriminologie“ der GIWK, Bremen, 25.10.1997
- „Kinderkriminalität „ und die Konstruktion von sozialer Geschlechtszugehörigkeit. 21. Tübinger Sozialpädagogentag: „Kinder, Kriminalität und Pädagogik“, Tübingen, 21.-22.11.1997
- „Wohin orientieren wir HauptschülerInnen?“, Evang. Kirche, Bremen, 22.01.1998
- „Müßiggang ist aller Laster Anfang.“ Tagung des Norddeutschen Kriminologischen Gesprächskreises, Betzendorf, 14.-16.05.1998 (mit G. Prein)
- „Mädchenkriminalität.“ Ringvorlesung: „Kriminelle Jugend?“ Eberhard-Karls-Universität Tübingen, 18.05.1998
- „Ent-grenzte Kontrolle, Be-grenzte Kontrolle?“ Kongreß für Soziologie, Sektion: „Soziale Probleme, Soziale Kontrolle“, Freiburg, 17.10.1998 (mit G. Prein).
- „Mit 18 vor dem Nichts.“ Evangelische Diakonie, Bonn, 04.11.1998
- „Jenseits justitieller Regelungen: Soziale Kontrolle von Frauen.“ Feministischer Juristinnentag, Bremen, 07.-09.05.1999
- „Bravsein hat seinen Preis: Mädchen zwischen Anpassung und Widerstand...“ Tagung der Sektion Südbayern der DVJJ in Fischbachau, 18.-20.06.1999

5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

a) Organisation von Tagungen:

- Norddeutscher Kriminologischer Gesprächskreis. Betzendorf, Mai 1998 (A. Böttger zus. mit T. Ohlemacher)
- Internationaler workshop: „Cross National Analysis of Societal Contexts of Delinquency“. Bremen, Juli 1998 (K.F. Schumann)
- *Experimente zur Delinquenzprävention.* ZiF Bielefeld, Tagung über Gewaltprävention. Oktober 1998 (K.F. Schumann)
- „Jugendgewalt - und kein Ende?“ Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen, Hannover, November 1998 (A. Böttger zus. mit A. Buskotte)
- Norddeutscher Kriminologischer Gesprächskreis. Betzendorf, April 1999 (L. Seus zus. mit S. Quensel);

b) Kooperationsprojekte mit

- D.Huizinga (Boulder, Colorado): Durchführung zweier gemeinsamer Projekte:
(1) Training for the Labour Market and Delinquency
(2) The Effect of Juvenile Justice System Processing on Subsequent Delinquent Behavior: A Cross- National Comparison
- Eurogang workshop (Leitung: Malcolm Klein, Los Angeles) Tagungsserie zur Deskription von „gangs“ in europäischen Ländern
- Nigel Fielding, University of Surrey, Großbritannien

d) Rezensionen

- zu Dietz, G.-U./Matt, E./Schumann, K.F./Seus, L. (1997): „Lehre tut viel...“ Berufsbildung, Lebensplanung und Delinquenz bei Arbeiterjugendlichen. Münster:
- Dirk Michel (1998): In: *Sozialwissenschaftliche Literaturreisenschau*, Heft 37, 21. Jg., S. 108-111
 - Johannes Stehr (1998): In: *Neue Kriminalpolitik*, Heft 4, S. 41
 - Georg Antor (1999): In: *Kriminologisches Journal*, 31. Jg., H. 3, (im Druck)
 - Stephan Quensel (1999): In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 82. Jg., H. 2, S. 141

6. Publikationen (laufende Berichtsperiode)

6.1 Monographien und Sammelwerke

- Blossfeld, H.-P./Prein, G. (Hrsg.) (1998): *Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis*. Boulder: Westview
- Böttger, A. (1998): *Gewalt und Biographie. Eine qualitative Analyse rekonstruierter Lebensgeschichten von 100 Jugendlichen*. Baden-Baden: Nomos
- Dietz, G.U./Matt, E./Seus, L./Schumann, K.F. (1997): „Lehre tut viel ...“. *Berufsbildung, Lebensplanung und Delinquenz bei Arbeiterjugendlichen*. Münster: Votum
- Mariak, V./Kluge, S. (1998): *Konstruktion des ordentlichen Menschen. Normierungen in Ausbildung und Beruf*. Frankfurt/M.: G.A.F.B. Verlag

6.2 Artikel, Aufsätze, Handbücher - und Lexikonbeiträge

- Böttger, A. (1998): „Mein Vater hat mir auch einiges beigebracht“ Ergebnisse eines qualitativen Forschungsprojektes zu Biographien gewalttätiger Jugendlicher. DVJJ-Journal, Heft 3, S. 224-235
- Böttger, A. /Ohlemacher, T./ Wachtel, H. (1999): Bericht über das 1998er Treffen des Norddeutschen Kriminologischen Gesprächskreises. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 82. Jg., Heft 1, S. 24-33
- Böttger, A. (1999a): Die Gewalt der Hooligans - eine Folge moderner gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse? In: Rössner, D./ Jehle, J.-M. (Hrsg.) *Kriminalität - Prävention - Kontrolle*. Neue Kriminologische Schriftenreihe. Heidelberg, S. 327-342

- Böttger, A. (1999b): Das rekonstruktive Interview. Methodologischer Hintergrund, methodische Konzeption und Möglichkeiten der computergestützten qualitativen Auswertung. In: Bolscho, D./Michelsen, G. (Hrsg.): Methoden der Umweltbildungsforschung. Opladen, S. 63-78
- Böttger, A. (1999c): Jugendgewalt - Folge einer „Winner-Loser-Kultur“? Empirische Forschungsergebnisse zu einer sozialwissenschaftlichen Metapher. In: DVJJ (Hrsg.): Kinder und Jugendliche als Opfer und Täter. Prävention und Reaktion. Dokumentation des 24. Deutschen Jugendgerichtstages vom 18. bis 22. September 1998 in Hamburg. Bonn. (Im Druck)
- Böttger, A. (1999d): Die Rolle der Theorie im rekonstruktiven Interview. In: Finkbeiner, C./ Schnaitmann, G. W. (Hrsg.): Lehren und Lernen im Kontext empirischer Forschung und Fachdidaktik. Donauwörth. (in Vorbereitung)
- Böttger, A. (1999e): „Die ganze Schule hatte Angst gehabt Jugendgruppen und Gewalt. In: Buskotte; A./Böttger, A. (Hrsg.): Jugendgewalt - und kein Ende? Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen (in Vorbereitung)
- Erzberger, Chr./Prein, G. (1997a): Triangulation: Validity and empirically-based hypothesis construction. In: Quality & Quantity, Heft 31, S. 141-154.
- Erzberger, Chr./Prein, G. (1997b): Optimal-Matching-Technik: Ein Analyseverfahren zur Vergleichbarkeit und Ordnung individuell differenter Lebensverläufe. In: ZUMA Nachrichten 40, S. 52-80.
- Huizinga, D./Schumann, K.F. (1999): Youth gangs in German and American metropolitan areas – a comparative longitudinal study of youth cohorts in Bremen and Denver, CO. In: Klein, M./Kerner, H.J./Weitekamp, E. (eds.): The Eurogang-Paradox. Thousand Oaks: Sage (im Druck).
- Matt, E. (1996): Strafe, Erziehung und Wiedergutmachung. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens, 44, S. 256-271
- Matt, E. (1997): Täter-Opfer-Ausgleich und 'reintegration ceremony'. Auf der Suche nach einer angemessenen Reaktion auf Jugenddelinquenz. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 80, S. 255-267
- Matt, E. (1999a): Jugend, Männlichkeit und Delinquenz. Junge Männer zwischen Männlichkeitsritualen und Autonomiebestrebungen. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, Heft 19, S. 259-276
- Matt, E. (1999b): Mediation statt Strafrecht? Für eine „restorative justice“. In: DVJJ-Journal, Heft 1, S. 44-49
- Matt, E./Seus, L./Schumann, K.F. (1997): Health risks and deviance in the transition from school to work. In: J. Schulenberg/Maggs, J.L./Hurrelmann, K. (eds.): Health Risks and Developmental Transitions During Adolescence. Cambridge, S. 372-391
- Matt, E./Prein, G./Schumann, K.F. (1998): Delinquenz und Berufsbildung: Illegale Drogen als Risiko beim Übergang in das Erwerbsleben. In: Heinz, W.R. u. a. (Hrsg.): Was prägt Berufsbiographien? - Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 215. Nürnberg, S. 169-195
- Othold, F. (1999): Peers-Gangs-Gewalt. Informelle Gruppen als Risikofaktor für Gewalt bei Jugendlichen. Bremen, unver. Diplomarbeit
- Prein, G./Buhr, P. (1998): Does welfare lead to dependency? Effectiveness and undesirable side-effects of welfare institutions. In: Flösser, G./Otto, H.U. (eds.): Toward More Democracy in Social Services. Models of Culture and Welfare. Berlin: de Gruyter, S. 75-89
- Prein, G. (1998): Übersetzung der Buchbesprechung: Hebberecht, P./Sack, F. (Hrsg.): La prévention de la délinquance en Europe, nouvelles stratégies. von Frédéric Ocqueteau. In: Kriminologisches Journal, 30. Jahrgang, 1998, Heft 4, S. 314- 316.
- Prein, G./Seus, L. (1999a): „Müßiggang ist aller Laster Anfang?“ – Beziehungen zwischen Erwerbslosigkeit und Delinquenz bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Soziale Probleme, H. 1 (im Druck)
- Prein, G./Seus, L. (1999b): „The devil finds work for idle hands to do“ The relationship between unemployment and delinquency. In: Clarke, A./Fielding, N./Witt, R.: The Economic Dimensions of Crime. Houndmills Basingstoke: Macmillan (im Druck)
- Schumann, K.F. (1997): Visionen zum Umgang mit Jugendkriminalität. In: DVJJ (Hrsg.): Sozialer Wandel und Jugendkriminalität. Verhandlungen des 23. Dt. Jugendgerichtstag, Potsdam. Bad Godesberg, S. 657-670
- Schumann, K.F./Prein, G./Seus, L. (1998): Lebensverlauf und Delinquenz in der Jugendphase - Ergebnisse der Bremer Längsschnittstudie über AbgängerInnen aus Haupt- und Sonderschulen. In: Internationale Perspektiven in Kriminologie und Strafrecht. Festschrift für Günther Kaiser zum 70. Geburtstag. Hrsg. von H.-J. Albrecht u.a.. Berlin, S. 1109-1137
- Schumann, K.F./Ehret, B. (1998): Jugenddelinquenz in der Phase beruflicher Qualifikation in Deutschland und den USA – komparative Verknüpfung zweier prospektiver Längsschnittstudien. In: Sfb-report Nr. 7, S. 11-17
- Schumann, K.F. (1999) Experimente mit Delinquenzprävention, in: Albrecht, G./Backes, O (Hrsg.) Prävention von Gewalt, Frankfurt: Suhrkamp (im Druck)
- Seus, L. (1997a): Hauptschulabgängerinnen im Abseits. Ein kriminologischer Blick auf Selektionsprozesse im beruflichen Ausbildungssystem. In: Diskurs 7 (2), S. 82-87
- Seus, L. (1997b): Straffälligkeit als Rebellion gegen die Frauenrolle. In: Zweiwochendienst, 11. Jg., Nr. 4-5, S. 14
- Seus, L. (1998a): „Men´s theories and women´s lives“ Geschlechtsspezifische Auswirkungen der sozialen Kontrolle. In: Nationales Forschungsprogramm 40: Bulletin Nr. 2. Bern, S. 30-64
- Seus, L. (1998b): Böse Jungen - brave Mädchen. Abweichendes Verhalten und die soziale Konstruktion von Geschlecht. In: Müller, S/Peter, H. (Hrsg.): Kinderkriminalität. Opladen, S. 139-160
- Seus, L./v.d. Boogaart, H. (1998c): Vom 'bösen' Kind. In: Die Zeitschrift des Deutschen Kinderschutzbundes E.V., Heft 2, S. 6-8
- Seus, L. (1998d): Labeling Approach. In: Grubitzsch, S./Weber, K. (Hrsg.): Psychologische Grundbegriffe. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg, S.306-308

Teilprojekt A4

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojektes A4

Thema: Berufsverläufe im sozialen Wandel – Optionen und Restriktionen

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. Ansgar Weymann	(GA) (Projektleiter)
PD Dr. Reinhold Sackmann	(GA) (Projektleiter)
PD Dr. Matthias Wiggins	(GA)
Dr. Olaf Struck	(EA)
Dipl. Soz. Matthias Rasztar	(EA) bis 31.5.98
MA Michael Windzio	(EA) ab 1.09.98
Dipl. Pol. Susanne Falk	(EA) ab 1.10.98

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung
3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen
 - 3.1 Berufsverlaufsstudie Ostdeutschland
 - 3.2 Betriebsfallstudien
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1 Berufliche Verläufe im Transformationsprozeß
 - 4.1.1 Arbeitslosigkeitsrisiken und Wiederbeschäftigungschancen
 - 4.1.2 Erwerbschancen und berufliche Qualifizierung
 - 4.1.3 Berufliche Mobilität und makrosozialer Wandel
 - 4.1.4 Arbeitsmarktwandel und Familiengründungsverhalten
 - 4.2 Betriebliche Lebenslaufpolitik
5. Außenaktivitäten
 - 5.1 Vorträge
 - 5.2 Beitrag zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
6. Publikationen
 - 6.1 Veröffentlichungen (laufende Berichtsperiode)
 - 6.2 Arbeitspapiere

1. Zusammenfassung

Das Teilprojekt untersucht als Längsschnittstudie im Kohortendesign die Berufs- und Lebensverläufe ostdeutscher Akademiker und Lehrabsolventen der Abschlußkohorten 1985, 1990 und 1995 im Transformationsprozeß. Die Ergebnisse der dritten Förderphase lassen sich in fünf Thesen zusammenfassen:

- a) Zwei Jahre nach ihrem Berufseinstieg zeichnet sich die Absolventenkohorte 1995 im Vergleich mit den beiden anderen Kohorten durch eine hohe Einstiegsarbeitslosigkeit, durch deutlich niedrigere Familiengründungsraten und durch eine Mobilitätsrate, die zwischen der niedrigen Rate der DDR-Kohorte 1985 und der hohen Rate der Turbulenzkohorte 1990 liegt, aus.
- b) Die im Transformationsprozeß umfangreich finanzierte Weiterbildungsförderung in Form von Umschulungen verbessert nicht die Wiederbeschäftigungschancen von Arbeitslosen – sie verschlechtert sie aber auch nicht.
- c) Mehr noch als das „Gelegenheitsfenster“ der Jahre 1990-1992 führt die berufsstrukturelle Tertiarisierung zu einer Zunahme von Prozessen der beruflichen Mobilität im Transformationsprozeß.
- d) Nach einem schockreaktiven Geburtenrückgang in der „heißen“ Transformationsphase setzt sich kohortenförmig über eine Rekonstitution der familienrelevanten Bedeutung einzelner Phasen des Lebenslaufs eine dauerhafte Veränderung des generativen Verhaltens durch.
- e) Die betriebliche Lebenslaufpolitik ostdeutscher Unternehmen bedingt eine zunehmende Schließung betrieblicher Arbeitsmärkte.

2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung

Die Fragestellung des Teilprojekts richtet sich auf die Neukonstitution des ostdeutschen Arbeitsmarktes, die Heterogenisierung beruflicher Verläufe und daraus resultierende Prozesse sozialer Differenzierung. Die Leitfrage bezieht sich auf eine inter- oder intragenerationale Prozedierung dieses sozialen Wandels. Für Westdeutschland hatte die längsschnitorientierte Lebenslaufforschung gezeigt, daß der Eintrittsjob eine verlaufsprägende Wirkung entfaltet (Müller 1978; Blossfeld 1985, 1989). Nach wie vor ist strittig, ob diese These auch unter den diskontinuierlichen

Bedingungen des Transformationsarbeitsmarktes gültig bleibt (Berger 1991). In der lebenslauftheoretischen Arbeitsmarktsoziologie wird diskutiert, ob eine Verzeitlichung und Individualisierung beruflicher Verläufe zu konstatieren ist (Berger 1990, 1995; Berger/Sopp 1995; Buchmann/Sacchi 1995), oder ob die Varianzen beruflicher Verläufe weitgehend konstant geblieben sind (Mayer 1995). Werden wesentliche Wandlungsprozesse intrakohortenförmig vorgenommen, d.h. Diskontinuitätsleistungen wesentlich auch von den bereits in DDR-Zeiten im Erwerbsleben Befindlichen erbracht (Verzeitlichungsthese; Berger 1991), oder erfolgen entscheidende Entwicklungssprünge erst über den Kohortenaustausch (entry-job-These; Mayer 1994)? In Bezug auf diese Leitfrage konnte anhand der bislang untersuchten Kohorten 1985 und 1990 kein eindeutiges Prozedierungsmuster des Strukturwandels festgestellt werden. Um die Frage zu klären, ob die bisherigen Projektergebnisse das unmittelbare Umbruchgeschehen im Sinne eines Periodeneffektes widerspiegeln, ob sie Strukturkontinuität (Intergenerationsaustausch) indizieren oder eine Strukturveränderung (zunehmende Verzeitlichung) anzeigen, wurde für die aktuelle Förderphase die Absolventenkohorte 1995, die erstmals schon ihre Ausbildungsentscheidungen unter den veränderten Systembedingungen treffen konnte, in die Untersuchung einbezogen.

Generell dominiert in den arbeitsmarktsoziologischen Untersuchungen zum Transformationsprozeß eine Beschäftigung mit dem Einfluß personaler Merkmale (Alter, Geschlecht, Bildungsniveau) auf die Beschäftigungschancen und sozialen Plazierungen von entsprechend gruppierten Personen. Vergleichsweise wenig erforscht ist demgegenüber die institutionelle Rahmung von Erwerbschancen und beruflichen Verläufen durch die Institution „Betrieb“. Nach der „Wende“ ließ der Zwang zum Personalabbau - und in Teilbereichen der Zwang zur schnellen Personalrekrutierung - keinen Spielraum für eine geordnete und vorausschauende Personalpolitik. Vor dem Hintergrund von Bestandsschutz stellte sich die Frage, inwieweit „überalterte“ Verbleibsbelegschaften Zugänge für Neueinsteiger in Betriebe verschließen (Lutz 1995; Staudt/Voß 1994; Steinhöfel/Stieler/Trügel 1992), oder ob die betriebliche Personalpolitik jüngeren berufsfachlich qualifizierten Personen Chancen am Arbeitsmarkt zuweisen würde. Zur Beantwortung dieser Frage wurden in der aktuellen Förderphase Betriebe im Hinblick auf die Verfolgung und

Umsetzung einer chancengenerierenden, kohortenspezifischen „Lebenslaufpolitik“ untersucht.

3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen

Das Teilprojekt A4 hat in dieser Förderphase zum einen seine quantitative Längsschnittstudie durch eine zweite Erhebungswelle fortgesetzt (Berufsverlaufsstudie Ostdeutschland). Zum zweiten wurden mittels Betriebsfallstudien institutionelle Rahmenbedingungen beruflicher Verlaufsrisiken und –chancen in Form betrieblicher Alterspolitiken erhoben.

3.1 Berufsverlaufsstudie Ostdeutschland

Kernstück der dritten Förderphase war die postalische Retrospektivbefragung der Lehr- und Hochschulabsolventen der Abschlußjahrgänge 1985, 1990 und 1995. Zusätzlich zu den bereits in der Basiserhebung befragten Absolventenkohorten 1985 und 1990 wurde in dieser zweiten Erhebungswelle der Berufsverlaufsstudie Ostdeutschland erstmals die Absolventenkohorte 1995 in die Untersuchung einbezogen. Differenziert nach Abschlußkohorten, Qualifikationsniveau und Ausbildungsort ergab sich für die Längsschnittstudie (Berufsverlaufsstudie Ostdeutschland, 2. Erhebungswelle) das folgende Analysesample (Tab.1):

Tab. 1: Analysesample der Berufsverlaufsstudie Ostdeutschland (abs. Zahlen)

	Kohorte 1985	Kohorte 1990	Kohorte 1995	Gesamt
Abschlußart				
Lehre	246	297	591	
Studium	419	496	1055	
Spalte gesamt	665	793	1646	3104
Ausbildungsort				
Rostock	332	376	815	
Leipzig	333	417	831	
Spalte gesamt	665	793	1646	3104

Mit der Samplegröße von 3104 Personen wurde insgesamt eine hohe Fallzahl erreicht, die eine genaue Modellierung einzelner Subpopulationen erlaubt; so ist z.B. nicht nur eine kohortenvergleichende Analyse differenter Qualifikationsniveaus, sondern auch eine Feindifferenzierung nach einzelnen Fach- und Berufsgruppen

methodisch möglich. Für die in der nächsten Förderphase geplante abschließende Erhebung im Jahr 2000 stellt die in dieser zweiten Erhebungswelle realisierte Gesamtzahl von 3104 Personen eine ausreichende Stichprobengröße bereit.

Nach Zusammenführung der Daten aus der Basiserhebung und der zweiten Erhebungswelle der Berufsverlaufsstudie Ostdeutschland lagen die Berufs- und Lebensverläufe der Personen des Analysesamples detailliert vom Zeitpunkt ihres jeweiligen Ausbildungsabschlusses bis zum Erhebungszeitpunkt 1997 vor. Für die Absolventenkohorte 1985 ergab sich ein Beobachtungsfenster von ca. zwölf Jahren, für die 1990er Absolventen von ca. sieben Jahren und für die Abschlußkohorte 1995 von ca. zwei Jahren. Neben einer Beschreibung der Berufsverläufe der drei Absolventenkohorten in ihrem jeweiligen Beobachtungszeitraum waren damit auch kohortenvergleichende Analysen für die ersten beiden Jahre nach Ausbildungsende möglich.

3.2 Betriebsfallstudien

Eine zweite Zielsetzung des Projekts war die Erhebung kohortenspezifisch wirksamer institutioneller Rahmenbedingungen beruflicher Verläufe in Form betrieblicher Alterspolitiken. Diese Erhebung erfolgte in Betriebsfallstudien (vgl. Boos 1993) mittels Experteninterviews mit personalverantwortlichen Akteuren ostdeutscher Unternehmen. Die Auswahl der Betriebsfälle erfolgte nach dem Verfahren des „dimensional sampling“ (vgl. Arnold 1970; Yin 1987), bei dem zunächst die Dimensionen bestimmt werden, auf denen die (Unternehmens-)Fälle variieren. Dabei wurden zwei für personalpolitische Strategien und Entscheidungen eines Unternehmens zentrale Dimensionen unterschieden: erstens das Marktumfeld und zweitens die Unternehmensgröße. Im Hinblick auf das Marktumfeld wurde zwischen expandierenden, kontraktierenden und regulierten Märkten unterschieden. Als Branchenbeispiel für expandierende Märkte wurde der als beschäftigungspolitischer „Hoffnungsträger“ geltende Finanzdienstleistungssektor (vgl. Struck 1998) gewählt, während die in besonders starkem Maß vom Strukturwandel betroffene Chemiebranche als Beispiel für kontraktierende Märkte fungierte; als auf regulierten, d.h. in der Nachfrageentwicklung aufgrund staatlicher Rahmungen relativ sicher zu kalkulierenden Märkten agierende Unternehmen wurden Betriebe im Be-

reich der Kranken- und Pflegeversicherung gewählt. Die Unternehmensgröße als zweite wichtige Dimension betrieblicher Personalpolitik wurde mit der Differenzierung zwischen groß- und kleinbetrieblichen Strukturen berücksichtigt. Aufgrund dieser beiden Auswahldimensionen ergab sich folgendes Schema (Tab. 2):

Tab. 2: Auswahldimensionen der Wirtschaftszweige für Betriebsfallstudien

Marktstellung	Unternehmensgröße	
	großbetriebliche Struktur	kleinbetriebliche Struktur
expandierender Markt	Banken/Sparkassen	Steuer-/Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater
kontraktierender Markt	Chemieindustrie	Chemielabors, insb. der Umweltanalyse
regulierter Markt	Krankenversicherungen	ambulante Pflegedienste

Mit der Auswahl der Regionen Rostock und Leipzig als weiterer Dimension wurde regional unterschiedlichen Bedingungen Rechnung getragen.

In den so ausgewählten, in den genannten Dimensionen variierenden 36 Unternehmen wurden Experteninterviews (vgl. Meuser/Nagel 1991) mit Personalverantwortlichen durchgeführt. Kern der Experteninterviews war die Frage nach betrieblichen Alterspolitiken, d.h. wie personalverantwortliche Akteure ihre Wahrnehmung struktureller Bedingungen mit ihren Handlungspräferenzen in Bezug auf kohortenspezifische Personalentscheidungen abstimmen. Die Interviewführung erfolgte standardisiert. Nach Erhebung relevanter Grunddaten des Unternehmens wurden Fragen zu Berufs- und Qualifikationspfaden, zur beruflichen Ausbildung, zur Übernahme von Lehrabsolventen aus anderen Unternehmen, zur Einstellung von Hochschulabsolventen und von berufserfahrenen Beschäftigten, zu Entlassungen und freiwilligen Austritten sowie zur Verrentungspraxis gestellt. Abschließend wurden generelle Leitbilder der Lebenslaufpolitik des Unternehmens thematisiert.

In der Auswertung wurde zunächst anhand von Einzelfallinterpretationen ein Interpretationsrahmen entwickelt, der die Festlegung interviewnaher Auswertungskategorien ermöglichte. Diese Auswertungskategorien dienten der validierten Vercodung der transkribierten Interviewtexte. Das Texthandling wurde mittels des Computerprogramms „WinMax“ (vgl. Kuckartz 1995) vorgenommen. Die so vor-

strukturierten Textteile dienten der Formulierung erster Hypothesen zur betrieblichen Lebenslaufpolitik, die dann in rekursiven Auswertungsschritten überprüft und reformuliert wurden. Auf diese Weise konnten qualifikations- und altersgruppenspezifische betriebliche Übergangsstrukturen und Typen betrieblicher Lebenslaufpolitik herausgearbeitet werden.

Über Sekundärdatenanalysen mit dem repräsentativen Betriebspanel Sachsen-Anhalt (vgl. Wiener 1995) und den Daten des „Mikrozensus Ostdeutschland“ wurden die in den Betriebsfallstudien gefundenen Ergebnisse auf ihre Generalisierbarkeit hin überprüft.

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

4.1 Berufliche Verläufe im Transformationsprozeß

Die Analysen der Berufsverlaufsstudie Ostdeutschland setzen die Untersuchungen der vorigen Förderphase zur Rekonstitution des ostdeutschen Arbeitsmarktes und zum berufsstrukturellen Wandels, zu Arbeitsmarktchancen und Prozessen sozialer Differenzierung fort. Mit der in der zweiten Erhebungswelle erfolgten Einbeziehung der Absolventenkohorte 1995 richtet sich der Blick auf systematische Differenzen zwischen dieser jüngsten Kohorte einerseits und den beiden älteren Kohorten andererseits.

4.1.1 Arbeitslosigkeitsrisiken und Wiederbeschäftigungschancen

In der DDR verlief der Berufseintritt als risikofreie Statuspassage, d.h. Arbeitslosigkeit war für die Kohorte 1985 unbekannt. Während von dieser rechtlich garantierten und institutionalisierten Berufseinmündung auch die Absolventenkohorte 1990 noch profitieren konnte, trat Arbeitslosigkeit zu Beginn des Erwerbslebens bei der Absolventenkohorte 1995 massiv auf.

Im Rahmen des bis 1997 erweiterten Beobachtungsfensters wurde die Differenzierung der Arbeitsmarktchancen im Transformationsprozeß mit multivariaten Analysen untersucht. In dynamischer Perspektive ist Arbeitslosigkeit analytisch aufzugliedern in den Prozeß des Eintretens in Arbeitslosigkeit (Arbeitslosigkeitsrisiko) einerseits und die Verweildauer in Arbeitslosigkeit (Wiederbeschäftigungschance)

andererseits. Für das Arbeitslosigkeitsrisiko und die Wiederbeschäftigungschance ergab die Analyse unterschiedliche Wirkungsmechanismen (Tab. 3).

Tab. 3: Arbeitslosigkeitsrisiko und Wiederbeschäftigungschance

Arbeitslosigkeitsrisiko (ab 1990)			Wiederbeschäftigungschance		
bis 6 Monate	0,0034	***	bis 3 Monate	0,1735	***
6 – 12 Monate	0,0047	***	3 – 6 Monate	0,2633	***
12 – 18 Monate	0,0036	***	6 – 9 Monate	0,1990	***
18 – 24 Monate	0,0031	***	ab 9 Monate	0,1229	***
24 – 30 Monate	0,0026	***			
30 – 36 Monate	0,0017	***			
ab 36 Monate	0,0010	***			
Kohorte 1985	- 21%	**	Kohorte 1985	-5%	
Kohorte 1995	- 20%	**	Kohorte 1995	18%	**
Arbeitslosenrate	5%	***	Arbeitslosenrate	- 2%	***
Berufserfahrung	0,35%	**	Berufserfahrung	0,20%	
			Berufserfahrung* Kohorte 1985	- 0,42%	***
Ausbildungsabschluß: Lehre	111%	***	Ausbildungsabschluß: Lehre	-26%	***
Frau	6%		Frau	- 17%	***
Frau mit Kind unt. 6 J.	12%		Frau mit Kind unt. 6 J.	- 48%	***
Log-likelihood	-7708,72		Log-likelihood	-6046,35	
Episoden	21399		Episoden	4604	
Personen	3643		Personen	1703	

statistische Signifikanz: *** = 1%-Niveau; ** = 5%-Niveau; * = 10%-Niveau

Bei einer kohortenspezifischen Betrachtung, die der Abhängigkeit der Arbeitsmarktchancen vom Zeitpunkt des Eintritts in den Arbeitsmarkt Rechnung trägt, zeigte sich sowohl beim Arbeitslosigkeitsrisiko als auch für die Wiederbeschäftigungschancen eine schwache Kohortendifferenzierung. Die Absolventen der Jahre 1985 wie auch 1995 waren besser vor Arbeitslosigkeit geschützt als die Referenzgruppe der Absolventenkohorte 1990, die während der unmittelbaren „Wende-Turbulenzen“ in den Arbeitsmarkt eintrat. Für die jüngste Absolventenkohorte waren auch die Wiederbeschäftigungschancen signifikant besser als für die Referenzkohorte.

Neben der chancenmindernden Wirkung einer hohen Arbeitslosenrate beim Berufseintritt zeigte sich ein starker Periodeneffekt der Arbeitslosenrate; deren Anstieg um einen Prozentpunkt erhöhte das Arbeitslosigkeitsrisiko um 5% bzw. senkte die Wiederbeschäftigungschance um 2%. Neben der Kohortenzugehörigkeit und dem Periodeneffekt zunehmender Arbeitslosenraten wurde der Zeitabhängigkeit des Karriereprozesses im Rahmen einer APK-Analyse dahingehend Rechnung getragen, als auch die Berufserfahrung Eingang in die Analysen fanden. Durch den starken Periodeneffekt wirkte die Berufserfahrung konträr zur humankapitaltheoretischen und segmentationstheoretischen Annahme einer mit wachsender Berufserfahrung zunehmenden Beschäftigungsstabilität. Die Berufserfahrung der Absolventenkohorte 1985 führte zu signifikant schlechteren Wiederbeschäftigungschancen, was eine Entwertung des vor der „Wende“ erworbenen Humankapitals indiziert.

Mit der „nachholenden Tertiärisierung“ vollzog sich ein wirtschaftsstruktureller Wandel, in dessen Folge die veraltete ostdeutsche an die westdeutsche Berufsstruktur angepaßt wurde. In Phasen raschen ökonomischen Strukturwandels, in der veränderte Qualifikationsanforderungen nicht über den Kohortenaustausch kompensiert werden können, besteht die Gefahr eines „Mismatch“. Das Qualifikationsniveau erwies sich als eindeutig stärkster Erklärungsfaktor beim Arbeitslosigkeitsrisiko. Akademische Berufe verzeichneten eine größere Beschäftigungsstabilität als Lehrberufe. Bei den Wiederbeschäftigungschancen zeichneten sich sowohl in Bezug auf das Qualifikationsniveau als auch die Sektorenzugehörigkeit qualifikatorische Differenzen weniger stark ab. Ein dauerhaftes „Mismatch“ in Form einer qualifikatorischen Inkongruenz von Arbeitsangebot und -nachfrage konnte aufgrund der geringeren Differenzierung der Berufsgruppen bei den Wiederbeschäftigungschancen nicht festgestellt werden (Falk 1999).

Geschlechtsspezifische Ungleichheitsmechanismen traten stärker bei den Wiederbeschäftigungschancen als beim Arbeitslosigkeitsrisiko auf. Gerade am Problem der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit nach Arbeitslosigkeit zeigte sich auch, daß geschlechtsspezifische Arbeitsmarktchancen nicht nur vermittelt über die familiäre Einbindung der Frauen als Mütter von Klein- und Vorschulkindern

auftraten, sondern auch unabhängig von familiären Einflußfaktoren aufgrund wachsender (statistischer) Diskriminierung.

Um ein Jahrzehnt nach der „Wende“ die Frage nach einer Konvergenz der Arbeitsmarktchancen in Ost- und Westdeutschland beantworten zu können, wurde ein Vergleich mit einer der Kohorten- und Qualifikationsstruktur der Berufsverlaufsstudie Ostdeutschland entsprechenden West-Stichprobe des „SOEP“ durchgeführt. Diese vergleichende Sekundärdatenanalyse ergab, daß sich neben Annäherungstendenzen an Westdeutschland auch transformationsbedingte Eigenheiten für die Arbeitsmarktchancen in Ostdeutschland herausgebildet haben. So zeigten sich in West- wie in Ostdeutschland geringere Wiederbeschäftigungschancen für Frauen mit Vorschulkindern; Diskriminierungstendenzen arbeitsloser Frauen in Bezug auf Wiederbeschäftigungschancen konnten jedoch nur für Ostdeutschland nachgewiesen werden. Weiterhin kam dem Ausbildungsberuf in Ostdeutschland ein viel höheres Gewicht für Beschäftigungsstabilität zu.

4.1.2 Erwerbchancen und berufliche Qualifizierung

Die „Schock-Transformation“ des ökonomischen Systems der DDR führte zu historisch beispiellosen Wirtschafts- und Beschäftigungsproblemen in den neuen Bundesländern. In Reaktion auf diese Situation kam es zu massiven arbeitsmarktpolitischen Interventionen. Die Anpassung der individuellen Angebotsstruktur an die im wirtschaftsstrukturellen Wandel geforderten beruflichen Qualifikationen sollte über umfangreiche Maßnahmen beruflicher Weiterbildung erreicht werden: mehr als die Hälfte der ostdeutschen Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter hatte bis Ende 1994 an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen teilgenommen (vgl. Bielenski/Brinkmann/Kohler 1997). Die staatliche Weiterbildungsförderung gemäß AFG hatte sich bis Ende 1994 auf 34132 Mio. DM summiert (vgl. Müller/Plicht 1997). Sie richtete sich fast ausschließlich auf Arbeitslose. Wurden deren Arbeitsmarktchancen durch staatlich geförderte Qualifizierungsmaßnahmen verbessert?

Die nur wenigen empirischen Untersuchungen zur arbeitsmarktpolitischen Effektivität beruflicher Qualifizierungsmaßnahmen im ostdeutschen Transformationsprozeß liefern äußerst heterogene Ergebnisse. Daß eine solide Effektivitäts-

beurteilung bislang nicht möglich ist, wird vor allem auf das Fehlen ausreichender und informativer Datenbasen für entsprechende Evaluationsstudien zurückgeführt (vgl. Lechner 1998; Fitzenberger/Prey 1998). In dieser Hinsicht stellt die Berufsverlaufsstudie Ostdeutschland eine solide Datenbasis für Evaluationsstudien bereit (ausreichende Stichprobengröße; komplett zeitbezogen vorliegende Informationen; identischer Datensatz für Teilnahme- und Kontrollgruppe).

Rein deskriptiv zeigte sich, daß 78% der Weiterbildungsteilnehmer irgendwann nach Beendigung der Maßnahme wieder erwerbstätig geworden und 22% weiterhin arbeitslos waren. In der Kontrollgruppe der Arbeitslosen ohne Weiterbildung waren demgegenüber 87% wieder erwerbstätig geworden und nur 13% arbeitslos geblieben. Allerdings besagt ein solch deskriptiver Befund wenig über die Effektivität der AFG-finanzierten Weiterbildung, denn das für die Evaluation entscheidende Erfolgskriterium ist nicht, daß irgendwann nach Beendigung der Maßnahme wieder eine Erwerbstätigkeit aufgenommen wurde, sondern wie lange es bis zu dieser Wiederbeschäftigung dauerte. Dementsprechend wurde eine Ereignisdatenanalyse durchgeführt (Tab. 4).

Tab. 4: Weiterbildungseffekt auf Wiederbeschäftigungschancen

Übergangsrate < 6 Mon.	0,3018 ***
Übergangsrate 6 - 12 M.	0,3350 ***
Übergangsrate > 12 Mon.	0,1715 ***
Kohorte 1985	- 37% ***
Kohorte 1990	- 6%
Geschlecht: Mann	17% ***
Bildungsabschluß: Lehre	- 22% ***
Weiterbildung	4%
Berufserfahrung	0,03%
Arbeitslosenrate (in %)	- 3% ***
Log-likelihood	- 4542,99
Anzahl der Episoden	2759
Anzahl der Ereignisse	1605
Anzahl der Personen	1388

statistische Signifikanz: *** = 1%-Niveau; ** = 5%-Niveau; * = 10%-Niveau

Die ostdeutsche Arbeitslosenrate als Indikatorvariable sich wandelnder struktureller Arbeitsmarktbedingungen reduzierte die Reintegrationssichten. Bei einem Anstieg der Arbeitslosenrate von 5,3% im Jahr 1990 um 14,2% bis zum Erhebungszeitpunkt 1997 ergab sich daraus eine Verschlechterung der Wiederbeschäftigungschancen um 34%. Angesichts des raschen Anstiegs der Arbeitslosenrate bereits in den ersten beiden Jahren nach der „Wende“ (1992: 14,8%) deutet dies auf ein schmales, nur bis gegen Ende 1992 geöffnetes „Gelegenheitsfenster“ der Neuverteilung beruflicher Chancen (vgl. Lutz 1997) hin.

Eine Teilnahme an Weiterbildung – und dieses Hauptergebnis bestätigt sich in allen Modellen – hatte keinen signifikanten Einfluß auf die Wiederbeschäftigungschancen. Weiterbildung hat im Transformationsprozeß entgegen der mit ihrem Einsatz verknüpften arbeitsmarktpolitischen Intentionen die Aussichten der Arbeitslosen, wieder eine Beschäftigung aufzunehmen, nicht verbessert. Allerdings kann auch keine Rede von einer „Qualifizierungsfalle“ (vgl. Diewald/Solga 1997) sein; die Reintegrationschancen Arbeitsloser wurden durch Weiterbildungsteilnahme nicht reduziert.

4.1.3 Berufliche Mobilität und makrosozialer Wandel

In den Analysen zur beruflichen Mobilität richtete sich das Untersuchungsinteresse auf den Einfluß makrosozialer Wandlungsprozesse: zum einen auf den andauernden Prozeß der „nachholenden Tertiarisierung“, zum anderen auf die als „Fenster der Gelegenheiten“ bezeichnete Anfangs- bzw. Sonderphase der Transformation zwischen 1990-1992. Die Tertiarisierungsthese betont gegen den ökonomischen Reduktionismus der Humankapitaltheorie (Beschränkung auf Ressourcenausstattung der Angebotsseite) in soziologischer Perspektive die nachfrageseitige dynamische Ausweitung der Gelegenheitsstruktur als wesentliche Mobilitätsdeterminante. Dem liegt die Annahme zugrunde, daß Positionen im Dienstleistungssektor insgesamt mit höheren Qualifikationsanforderungen und höherem Prestige einhergehen. Die These vom „Gelegenheitsfenster“ behauptet eine nur kurzzeitig erhöhte, dann aber infolge wachsender Schließungsprozesse im Arbeitsmarkt beendete Transitionsphase.

Vergleichende Mobilitätsanalysen der jeweils ersten fünf Berufsjahre der Absolventenkohorten 1985 und 1990 zeigten eine erhöhte Mobilität der Kohorte 1990. Dies ist als „Systemeffekt“ zu interpretieren: die deutlich höhere Mobilität der 1990 vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem eintretenden Kohorte indiziert die nicht länger planwirtschaftlich, sondern mit der „Wende“ nach marktförmigen Rationalitätskriterien erfolgenden Allokationsprozesse im Arbeitsmarkt. Eine Analyse der beruflichen Verläufe beider Kohorten seit der „Wende“ ergab, daß sowohl berufliche Auf- als auch Abstiege am häufigsten zwischen 1990 und 1992 auftraten; im Jahre 1991 war die Mobilitätsrate mit Prestigeveränderung insgesamt am höchsten.

Unter Einbeziehung der erstmals erhobenen Absolventenkohorte 1995 wurden die ersten beiden Berufsjahre für alle drei Kohorten untersucht. Dabei zeigten sich hinsichtlich beruflicher Aufstiegsprozesse deutliche Kohortendifferenzen in den Survivorfunktionen für diese Berufseinstiegsphase. Während zwei Jahre nach Berufseintritt erst 5% der Kohorte 1985 einen Aufstieg verzeichnen konnten, war der entsprechende Anteil bei den während der unmittelbaren „Wendeturbulenzen“ in den Arbeitsmarkt eintretenden 1990er-Absolventen mit fast 15% etwa dreimal so groß. Genau dazwischen lag die Kurve der bereits unter stabilisierten ökonomischen Bedingungen in das Erwerbssystem eingestiegenen Absolventen des Jahrgangs 1995, von denen zwei Jahre später knapp 10% einen beruflichen Aufstieg erfahren hatten. Multivariate Ereignisanalysen (Tab. 5) zum gesamten Berufsverlauf der drei Kohorten ergaben zwar, daß die beiden älteren Kohorten im Vergleich zur Referenzkategorie der 1995er-Absolventen deutlich höhere Aufstiegs-, allerdings auch deutlich höhere Abstiegsraten verzeichneten.

In Bezug auf die Tertiarisierung und das „Gelegenheitsfenster“ ergab sich als Hauptresultat, daß der Tertiarisierungsprozeß auch nach Kontrolle der Sonderperiode des „Gelegenheitsfensters“ entscheidenden Einfluß auf die berufliche Auf- und Abstiegsmobilität hatte. Beide Periodeneffekte erwiesen sich als höchst signifikant: erhöht sich der Anteil der im tertiären Sektor Beschäftigten um einen Prozentpunkt, so steigen die Auf- bzw. Abstiegsrate um 15% bzw. 16%. Innerhalb des „Gelegenheitsfensters“, d.h. während der Periode 1990-92 erhöhten sich diese Raten gegenüber allen anderen Jahren um 57% bzw. 96%. Der Einfluß der

Tertiarisierung während derselben Periode (Anstieg um 7,97%-Punkte) hingegen hat zu einer deutlich stärkeren Erhöhung der Auf- bzw. Abstiegsrate geführt, nämlich um 206% bzw. 228%.

Tab. 5: Berufliche Auf- und Abstiege der Kohorten 1985, 1990 und 1995 im Gesamtverlauf

Variablen	Zielzustand	
	Aufstieg	Abstieg
Übergangsrate		
0-12 Monate	0,00004 **	0,0000060 **
12-24 Monate	0,00005 **	0,0000001 **
24-36 Monate	0,00005 **	0,0000011 **
36-48 Monate	0,00005 **	0,0000011 **
48-60 Monate	0,00007 **	0,0000009 **
> 60 Monate	0,00009 **	0,0000012 **
Kohorte 1985	775,15% **	1269,79%**
Kohorte 1990	182,99% **	158,18% **
Prestige (MPS)	-3,84% ***	0,23%
Abschluß: Lehre	-73,15% **	-8,01%
Geschlecht: Frau	14,84%	-9,25%
Kind u. 6 Jahren	37,15% **	1,25%
Berufserfahrung	-4,04% **	-4,22% **
nachträgl. studiert	112,01% **	-58,62% **
Interaktionseffekte		
Frau*Kind unter 6	-61,1% **	-28,44% *
Periodeneffekte		
Tertiarisierung	15,07% **	16,05% **
Periode 1990-1992	57,02% **	95,61% **
Personen	3490	3490
Subepisoden	26735	26735
Ereignisse	909	719
Log-likelihood	-9539,5378	-9539,5378

statistische Signifikanz: *** = 1%-Niveau; ** = 5%-Niveau; * = 10%-Niveau

Damit scheinen sich trotz des massiven Beschäftigungsabbaus in Ostdeutschland für die im Erwerbssystem befindlichen Arbeitskräfte Allokations- und Karrieremechanismen herauszubilden, die den für Westdeutschland ermittelten vergleichbar

sind. Mit dem Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft einher ging einerseits eine Ausweitung der Gelegenheitsstruktur für Aufstiege, andererseits aber auch ein erhöhtes Risiko von Prestigeverlusten. Insgesamt ist die ostdeutsche Gesellschaft damit im Zuge der Transformation und der damit einhergehenden „nachholenden Tertiarisierung“ deutlich mobiler geworden. Überdies zeichnete sich ein mit dem wirtschafts- und berufsstrukturellen Wandel einhergehender Wandel der Nachfragestruktur ab, der sich wiederum in unterschiedlichen Karrierechancen zwischen den Ausbildungsberufen niedergeschlagen hat.

4.1.4 Arbeitsmarktwandel und Familiengründungsverhalten

In Ostdeutschland sank die Geburtenrate nach der Wiedervereinigung bis 1994 auf den weltweit niedrigsten Stand. Dieser drastische Rückgang der Fertilität ist ein wesentliches Kennzeichen der Transformationskrise im Gefolge des Systemwechsels. Ob es sich dabei um einen nur kurzzeitigen oder anhaltenden Fertilitätsrückgang handelt, ob die Geburtenrate wieder „DDR-Niveau“ erreicht, weiterhin unter der Westdeutschlands verbleibt oder ob es zur Angleichung an das westdeutsche generative Verhaltensmuster kommt, ist eine für sozial- und bildungspolitische Planungen wichtige Frage.

Die unterschiedliche historische Lage der drei Kohorten impliziert unterschiedliche gesellschaftliche Kontexte des Gebärverhaltens. Auffällig ist die diesbezügliche kohortenspezifische Veränderung des Alters der Absolventinnen bei der Erstgeburt: Während im Alter von 25 Jahren bereits 52% der Absolventinnen 1985 ein Kind hatten, waren es bei der Kohorte 1990 nur noch 28% und bei der Kohorte 1995 nur mehr 12%, d.h. der Anteil hat sich von Kohorte zu Kohorte jeweils ungefähr halbiert. Diese kohortenspezifische massive Veränderung des Alters bei der Erstgeburt ließ sich sowohl bei den Akademikerinnen als auch bei den Lehrabsolventinnen beobachten. Da die Familiengründungsentscheidungen der jüngsten Kohorte nicht mehr unter dem „Wende-Schock“ erfolgten, ist von einer durch den Systemwechsel bedingten dauerhaften Veränderung des lebenszyklischen Timings von Erstgeburten auszugehen. Bei der Fertilitätskrise in Ostdeutschland handelt es sich nicht nur um einen (kurzfristigen) Einbruch der Fertilität,

sondern um eine (wahrscheinlich dauerhafte) Veränderung des generativen Musters im Lebensverlauf.

Die Möglichkeiten der biographischen Verknüpfung von Phasen der Ausbildung und Erwerbsarbeit mit einer Familiengründung unterschieden sich in der DDR und BRD erheblich. Aufgrund ganz anderer Opportunitätsstrukturen war in der DDR die Zahl der Frauen, die bereits während des Studiums ihr erstes Kind bekamen, sehr viel höher als in Westdeutschland (vgl. Huinink 1997). Während 40% Absolventinnen 1985 zum Zeitpunkt des Studienabschlusses bereits ihr erstes Kind hatten, lag der Anteil in der 95er-Kohorte schon unter 10%. Innerhalb kurzer Zeit hat hier eine Verhaltensangleichung an die Sanktionen und Anreize westdeutscher Strukturen stattgefunden. Die meisten Erstgeburten bei DDR-Akademikerinnen erfolgten im ersten Jahr nach Studienende. Auch dieses bei den Kohorten 1985 und 1990 erkennbare Muster ist bei der Kohorte 1995 verschwunden, da deren Berufseinstieg marktförmig und damit riskant erfolgte.

Nach der „Wende“ erfolgte eine schnelle Angleichung der Bildungsabschlüsse von Ost- an Westdeutschland. In multivariaten Ereignisanalysen wurde insbesondere der Einfluß der Bildungsvariable, der zeitveränderlich in einen „Niveau-“ und einen „Institutioneneffekt“ zu zerlegen ist, auf den Familiengründungsprozeß geprüft. Für Westdeutschland hatte sich weniger die Erhöhung des Bildungsniveaus als vielmehr die infolge der Bildungsexpansion längere Verweildauer in Bildungsinstitutionen als entscheidender Faktor der lebensalterlichen Verzögerung von Familiengründungen erwiesen (vgl. Blossfeld/Jaenichen 1993). Sollte der „Institutioneneffekt“ auch in Ostdeutschland wirksam sein, dürfte es allein wegen der schnellen Veränderung der Bildungszusammensetzung jüngerer Kohorten zu einer deutlichen Veränderung des Fertilitätsverhaltens kommen, die nicht nur kurz, sondern auch mittelfristig zu keiner Wiederannäherung an das DDR-Geburtenniveau führt.

Die Übergangsraten zeigen, daß die Wahrscheinlichkeit einer Erstgeburt mit 26-28 Jahren ihren Höhepunkt erreichte und danach abfiel. Ein starker Periodeneffekt der „Wende“ führte zu einem Absinken der Erstgeburtswahrscheinlichkeit um 54%. Der zunächst ebenfalls hochsignifikante „Niveaueffekt“ des Ausbildungsab-

schlusses erwies sich nach Kontrolle des „Institutioneneffekts“ als nur mehr schwach signifikant. Dieser starke und hochsignifikante Effekt des Besuchs einer Ausbildungsinstitution senkte die Wahrscheinlichkeit einer Erstgeburt um 51%. Der „Institutioneneffekt“ auf das generative Verhalten läßt sich also auch für die Zeit des Umbruchs in Ostdeutschland nachweisen. In der Kohortenabfolge zeigte sich ein ausgeprägt rückläufiges Fertilitätsverhalten. Die Familiengründungsbereitschaft war bei der Kohorte 1985 um 129% und bei der Kohorte 1990 um 60% höher als bei der Referenzkohorte 1995.

4.2 Betriebliche Lebenslaufpolitik

Betriebliche Lebenslaufpolitik ist mehr als eine bloße Exekution gesetzgeberischer Intentionen unter Berücksichtigung von Marktzwängen. Betriebliche Lebenslaufpolitik richtet sich auf die Altersstruktur des Unternehmens (jugend-, alterszentrierte, homogene Beschäftigtenstruktur; vgl. Nienhäuser 1998), und damit auf Fragen des Personalaustauschs und betrieblicher Verweilzeiten. Als Ergebnis von Einzelhandlungen personalverantwortlicher Akteure des Unternehmens schlägt sie sich in betrieblichen Übergangsstrukturen nieder, die einen systematischen Einfluß nicht nur auf die beruflichen Verläufe von Organisationsmitgliedern, sondern auch auf die beruflichen Chancen von Nicht-Mitgliedern ausüben.

Nach einer dynamischen Auf- und Umbauphase zeigt sich mit zunehmender Konsolidierung des ostdeutschen Arbeitsmarktes eine wachsende Verberuflichung und Verbetrieblichung. In dem vom Beschäftigungsabbau massiv betroffenen produktiven Sektor wurde weitgehend auf Neueinstellungen verzichtet, so daß arbeitsorganisatorische und technologische Veränderungen mit den „Bleibebelegschaften“ bewältigt werden mußten. Im Dienstleistungssektor, in dem sich der Abbau vor allem auf durch staatliche Sonderregelungen geförderte Altersübergänge konzentrierte, kam es auch zu Neueinstellungen, wobei insbesondere im Finanzdienstleistungssektor jüngere berufserfahrene und berufsfremde Arbeitskräfte eingestellt wurden, die in aufwendigen Qualifizierungsmaßnahmen nachgeschult wurden.

Insgesamt war die Übergangspolitik der Personalverantwortlichen auf enge Einstiegspfade von Berufsanfängern, auf dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse der „Geblienenen“ sowie auf Austrittspfade für ältere Arbeitnehmer beschränkt. In

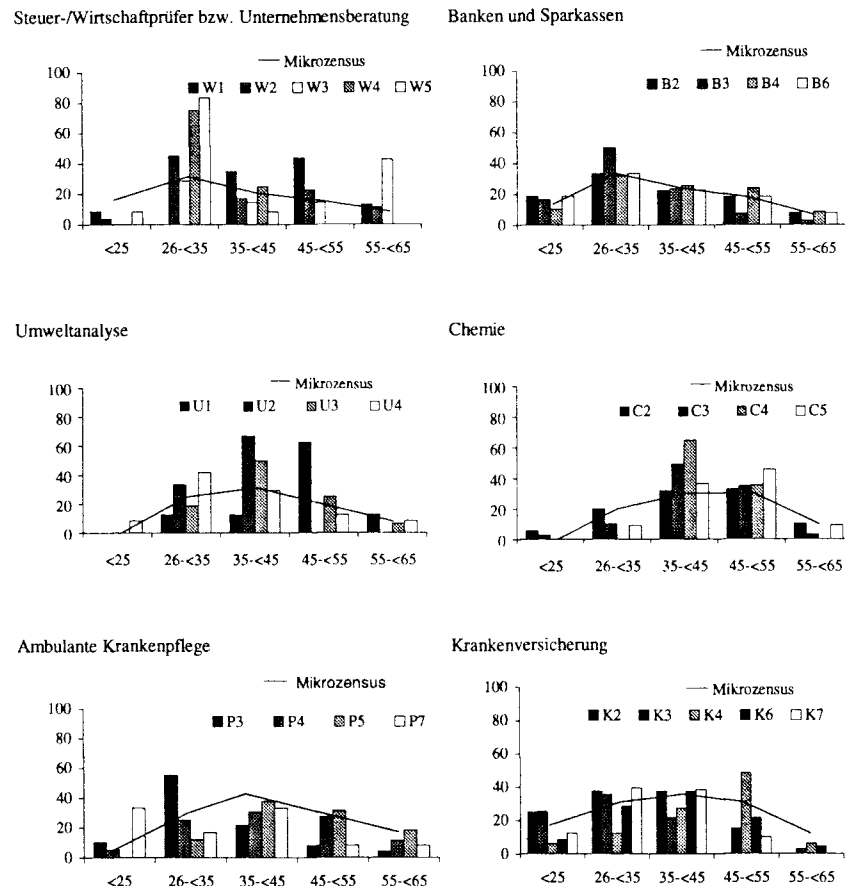
nahezu allen Unternehmen zielte die Personalpolitik auf die Herstellung stabiler Beschäftigungsverhältnisse zwecks Qualifikations- und Wissenssicherung. Je wichtiger für Unternehmen eine hohe betriebliche Verbleibsdauer der Beschäftigten zwecks optimaler Nutzung ihrer (betriebsspezifischen) Qualifikationen ist, desto notwendiger wird ein ausgeglichener Altersaufbau der Belegschaft, ein kontinuierlicher Verlauf innerbetrieblicher Karrieren und ein gewisses Maß an intergenerationaler Fluktuation. Nur so kann ein Unternehmen nämlich „qualifizierte Mobilitätsketten“ (vgl. Piore 1978) aufbauen, d.h. Nachwuchskräfte in ausreichender Zahl und Qualität gewinnen und in die Unternehmensstruktur integrieren und zugleich den angestrebten Qualifikations- und Wissenserhalt sichern. Die folgende Abbildung gibt einen Gesamtüberblick über die Altersstruktur in den untersuchten Wirtschaftszweigen. In den Säulendiagrammen sind die Altersstrukturen der befragten Unternehmen und in der Kurve die Altersverteilungen der jeweiligen ostdeutschen Wirtschaftszweige nach dem „Mikrozensus Ostdeutschland“ prozentual dargestellt (Abb. 2).

In den auf expandierenden Märkten tätigen Unternehmen hat sich eine deutlich jugendzentrierte Altersstruktur herausgebildet, weil das Personalwachstum weitestgehend durch Berufsanfänger gedeckt wurde. Angesichts dieser Dominanz der Altersgruppen bis 35 Jahre ist im Fall eines Ausbleibens weiteren Personalwachstums und/oder erhöhter Fluktuation künftig mit Problemen bei der Nachwuchsrekrutierung zu rechnen. Diese Probleme stellen sich aktuell schon für die auf kontraktierenden Märkten agierende Chemiebranche. Deren Altersstruktur ist durch die Dominanz der berufserfahrenen „Leistungsträger“ der mittleren Jahrgänge und durch eine flexibilitätsmindernde Unterbesetzung älterer Jahrgänge gekennzeichnet. Demgegenüber haben die auf regulierten Märkten agierenden Unternehmen eine ausgeglichene Altersstruktur aufgebaut und neben Berufsanfängern auch berufserfahrene Beschäftigte sowie Umschüler rekrutiert.

In der Gestaltung betrieblicher Übergangsstrukturen lassen sich zwei Typen von Lebenslaufpolitik der Unternehmen feststellen: Unternehmen mit souveräner Gestaltungsleistung stellten fast ausschließlich eigene Auszubildende und/oder Hochschulabsolventen ein; am externen Arbeitsmarkt mußten Personalbedarfe lediglich direkt nach der „Wende“ gedeckt werden. Der berufliche Abschluß fungierte nur

als schwaches Signal für zukünftige Arbeitsleistungen, d.h. der Einstieg ins Unternehmen wurde von besonderen Integrations- und Qualifizierungsprogrammen begleitet. Qualifizierungsoffensiven richteten sich z.T. auch auf übernommene Beschäftigte. In einer vorausschauenden Ausstiegspolitik gelang den „Souveränen“, die Ausgliederung der älteren Beschäftigtenkohorten mit dem Ziel zu verbinden, personalpolitischen Spielraum für jüngere Arbeitskräfte zu schaffen. Die lebenslaufpolitische Gestaltungskraft der „souveränen“ Unternehmen findet ihren Niederschlag in einer momentan noch ausgeglicheneren und jüngeren betrieblichen Altersstruktur.

Abb. 2: Altersstruktur der befragten Unternehmen sowie der entsprechenden Wirtschaftszweige in Ostdeutschland



In einer „opportunistischen“ Lebenslaufpolitik tritt die autonome Übergangsgestaltung hinter eine bloße Umfeldanpassung zurück. Entsprechend agierende

Unternehmen richteten ihre Suchbemühungen weitestgehend auf berufsfachlich qualifizierte und berufserfahrene Beschäftigte, obwohl ein prinzipieller Bedarf an jüngeren Nachwuchskräften eingeräumt wurde. Qualifikatorische Anpassungsprobleme mußten ohne besondere Qualifizierungsprogramme mit den gegebenen Fachqualifikationen und dem Erfahrungswissen der Belegschaft gemeistert werden. Auch in Bezug auf Ausstiege sind eigene Gestaltungsleistungen kaum erkennbar. Ausstiegspolitik wird nicht mit dem Ziel verknüpft, personalpolitischen Spielraum zu gewinnen. Eine „opportunistische“ Lebenslaufpolitik schlägt sich in einer auf ältere Beschäftigte zentrierten Altersstruktur der Unternehmen nieder und macht sich hinsichtlich der betrieblichen Qualifikationsstruktur abhängig vom am Markt vorhandenen Angebot an qualifizierten Arbeitskräften.

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge

Falk, S.: *Arbeitsmarktchancen in Ostdeutschland*. Tagung der Sektion „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ der DGS; Chemnitz, 14./15. 5. 1999.

Sackmann, R.: *Transformation und Generationen. Am Beispiel Ostdeutschlands*. Konferenz „Gesellschaftliche Transformation als Epochenbruch in Mittel- und Osteuropa“; Magdeburg, 26.-28.11.1998

Sackmann, R.: *Neues für den Haushalt: Theorie und Empirie der Technikeinführung*. Workshop des Graduiertenkollegs „Technisierung und Gesellschaft“; Darmstadt, 20.11.1998

Sackmann, R.: *Gerechtigkeit und Generationsverhältnis*. Kolloquium des Instituts für Soziologie; Heidelberg, 30.6.1998

Sackmann, R.: *Berufliche Verläufe von Hochschulabsolventen in Ostdeutschland*. Expertenanhörung der Arbeitsgruppe „Hochschulstudium und Arbeitsmarkt“ des Wissenschaftsrates; Köln, 27./28.4.1998

Sackmann, R.: *Sozialpolitik und intergenerationale (Un-) Gerechtigkeit. Am Beispiel der gesetzlichen Rentenversicherung*. Tagung der DGS Sektionen „Sozialpolitik“ und „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“; Dresden, 27./28.3.1998

Sackmann, R.: *Das Konzept „Beruf“ im lebenslaufsoziologischen Ansatz*. Kontaktseminar des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Bremen, 15.-19.9.1997

- Sackmann, R.: *School to Work Transition after the Reunification*. 2nd ILM Conference "Understanding the School-to-Work Transition"; Aberdeen, 16./17.6.1997
- Sackmann, R.: *Der Einfluß von Verrentungs- und Mobilitätsprozessen auf die Arbeitsmarktrisiken von Berufseinsteigern*. 1. IABS-Nutzerworkshop; Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim, 7./8.2.1997
- Struck, O.: *Inclusion and Exclusion in a Biographical Perspective*. ESA-Conference „20th Century Europe: Inclusion/Exclusions“; Colchester, 27.-30. 8. 1997
- Struck, O.: *Biographie und Selbständigkeit in Ostdeutschland*. Tagung der Sektion „Biographieforschung“ der DGS; Frankfurt, 29.-31. 3. 1998.
- Struck, O. u.a.: *Hoffnungsträger: Die Generation der Wendezeit*. Wissenschaftliches Ergänzungsprogramm zum Funkkolleg „Deutschland im Umbruch“; Bremen, 1. 4. 1998.
- Struck, O.: *Entgrenzung von Individuen – Begrenzung von Solidarität?* 29. Kongress für Soziologie; Freiburg, 14.-19.9.1998
- Struck, O.: *Übergänge ins Erwerbsleben*. Tagung des Sfb 186; Bremen, 22./23. 4. 1999
- Struck, O.: *Stability and Change in Biographies under Conditions of Systemic Transformation*. 4th European Conference of Sociology; Amsterdam, 18.-21.8.1999
- Weymann, A.: *From Education to Employment*. American Sociological Association, Annual Meeting, Regular Session; Toronto, 9.-13.8.1997
- Weymann, A.: *Die Zukunft der Bildungssoziologie*. Tagung der Sektion „Bildungssoziologie“ der DGS; 30-Jahr-Feier der Sektion; Wittenberg, Leucorea, 25./26.9.1997
- Weymann, A.: *Education and Employment*. International Symposium „Restructuring Work and the Life Course“; Toronto, 7.-9. Mai 1998
- Weymann, A.: *Informationsexplosion und Bildungswesen*. 29. Kongreß für Soziologie; Freiburg, 14.-19.9. 1998
- Weymann, A.: *Bildung, Ungleichheit und Gerechtigkeit - Aufgaben der Bildungspolitik*. 29. Kongreß für Soziologie; Freiburg, 14.-19.9. 1998
- Windzio, M.: *Intragenerational Occupational Mobility*. Conference „Recent Trends and Methods of Social Stratification Research“; Potsdam, 2.-4. 5. 1999
- Windzio, M.: *Intragenerationale Berufsmobilität*. Tagung der Sektion „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ der DGS; Chemnitz, 14./15. 5. 1999

- Wingens, M.: *Übergänge*. Seminar des Cusanus-Werks; Brixen, 21.-27. 7. 1997
- Wingens, M.: *Determinanten beruflicher Verläufe ostdeutscher Hochschulabsolventen*. Tagung „Hochschulforschung und Hochschulpolitik“; Kassel, 3./4. 6. 1998
- Wingens, M.: *Wissensgesellschaft und gesellschaftliche Wissensproduktion*. 29. Kongress für Soziologie; Freiburg, 14.-19.9.1998

5.2 Beitrag zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

Organisation der Tagung „Generationenaustausch im Betrieb“ im April 1999 in Bremen. (O. Struck/R. George).

6. Publikationen

6.1 Veröffentlichungen (laufende Berichtsperiode)

- Falk, S.: *Wege in und aus Arbeitslosigkeit*. In R. Sackmann/A. Weymann/M. Wingens (Hg.), *Die Generation der Wende* (im Ersch.)
- Rasztar, M.: *Transformation und Berufsmobilität*. Pfaffenweiler: Centaurus 1999
- Sackmann, R.: *Ist ein Ende der Fertilitätskrise in Ostdeutschland absehbar?* In *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 25, 1999 (im Druck)
- Sackmann, R.: *Generationsverhältnisse am Arbeitsmarkt. Institutionen und die Verteilung von Arbeitslosigkeit auf Altersgruppen*. In *Zeitschrift für Sozialreform* 45, 1999
- Sackmann, R.: *Stichwort: Wandel der Arbeitsgesellschaft – Folgen für Erziehung und Bildung*. In *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 1, 1998
- Sackmann, R.: *Konkurrierende Generationen auf dem Arbeitsmarkt. Altersstrukturierung in Arbeitsmarkt und Sozialpolitik*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1998
- Sackmann, R./Rasztar, M.: *Das Konzept „Beruf“ im lebenslaufsoziologischen Ansatz*. In W. Heinz u.a. (Hg.), *Was prägt Berufsverläufe? Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik*. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 215. Nürnberg 1998
- Sackmann, R.: *Generationsverhältnis und Gerechtigkeit – das Beispiel Rentenversicherung*. In *Gewerkschaftliche Monatshefte* 49, 1998
- Sackmann, R.: *Der Einfluß von Verrentungsprozessen und Mobilitätsprozessen auf die Arbeitsmarktrisiken von Berufseinsteigern*. In *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 30, 1997

- Struck, O.: *Trajectories of Coping Strategies in a Post-Socialist Society*. In V Voronkov/E. Zdravomyslova (eds.), *Biographical Perspective on Post-Socialist-Societies*. St. Petersburg: Centre for Independent Social Research 1997
- Struck, O. (mit J. Deml): *Die Regulierung atypischer Beschäftigung*. SPW 98, 1997
- Struck, O.: *Transformation und Modernisierung im ostdeutschen Einzelhandel*. In H. Nickel/H. Hüning (Hg.), *Großbetrieblicher Dienstleistungssektor*. Opladen: Leske+Budrich 1997
- Struck, O.: *Banken, Sparkassen und Versicherungen*. In H. Nickel/H. Hüning (Hg.), *Großbetrieblicher Dienstleistungssektor*. Opladen: Leske+Budrich 1997
- Struck, O.: *Akteure des Transformationsprozesses*. In H. Nickel/H. Hüning (Hg.), *Großbetrieblicher Dienstleistungssektor*. Opladen: Leske+Budrich 1997
- Struck, O.: *Individuenzentrierte Personalentwicklung*. Frankfurt: Campus 1998
- Struck, O.: *Aufbruch im Umbruch*. In *Zeitschrift für Personalforschung* 12, 1998
- Struck, O. (mit H. Nickel u.a.): *Finanzmetropole Berlin*. Opladen: Leske+Budrich 1998
- Struck, O. (mit J. Deml): *Formen flexibler Beschäftigung*. Hamburg: VSA 1998
- Struck, O.: *Biographie und neue Selbständigkeit in Ostdeutschland*. In D. Bögenhold/D. Schmidt (Hg.), *Unternehmensgründungen und Dezentralität*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1999
- Struck, O.: *Entgrenzung von Individuen – Begrenzung von Solidarität*. In C. Honegger/S. Hradil/F. Traxler (Hg.), *Grenzenlose Gesellschaft?* Opladen: Leske+Budrich 1999
- Struck, O.: *Betriebliche Lebenslaufpolitik*. In R. Sackmann/A. Weymann/M. Wingers (Hg.), *Die Generation der Wende* (im Ersch.)
- Struck, O.: *Risikolagen und Handlungsspielräume in biographischer Perspektive*. In R. Sackmann/A. Weymann/ M. Wingers (Hg.), *Die Generation der Wende* (im Ersch.)
- Weymann, A.: *Sozialer Wandel. Theorien zur Dynamik der modernen Gesellschaft*. München: Juventa 1998
- Weymann, A./Sackmann, R.: *Technikgenerationen*. In *Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung* 42, 1998

- Weymann, A.: *From Education to Employment. Vocational Careers in the Transition Process of East Germany*. In W. Heinz (ed.), *From Education to Work. Cross-National Perspectives*. Cambridge: Cambridge University Press 1999
- Weymann, A.: *Gesellschaft/Gesellschaftstheorie*. In H.J. Sandkühler (Hg.): *Enzyklopädie der Philosophie*. Hamburg: Felix Meiner 1999 (im Druck)
- Weymann, A.: *Sozialer Wandel, Generationsverhältnisse und Technikgenerationen*. In M. Kohli/M. Szydlík (Hg.), *Gesellschaftliche Generationen, familiäre Generationen*. Opladen: Leske+Budrich 1999 (im Druck)
- Weymann, A.: *Interaktion und Sozialstruktur*. In H. Joas (Hg.), *Soziologie*. Ein Lehrbuch. Frankfurt: Campus (im Druck)
- Windzio, M./Weymann, A.: *Berufliche Mobilität im Transformationsprozeß*. In W. Glatzer/I. Ostner (Hg.), *Deutschland im Wandel*. Opladen: Leske+Budrich 1999
- Windzio, M.: *Transformation als Experiment sozialen Wandels*. In R. Sackmann/A. Weymann/ M. Wingers (Hg.), *Die Generation der Wende* (im Ersch.)
- Windzio, M./Raszta, M.: *Intragenerationale berufliche Mobilität im Transformationsprozeß Ostdeutschlands*. In R. Sackmann/A. Weymann/ M. Wingers (Hg.), *Die Generation der Wende* (im Ersch.)
- Wingers, M.: *Wissensgesellschaft und Industrialisierung der Wissenschaft*. Wiesbaden:Deutscher Universitätsverlag 1998
- Wingers, M.: *Ostdeutsche Akademiker – Berufseinstieg und berufliche Verläufe nach der „Wende“*. In *Das Hochschulwesen* (im Ersch.)
- Wingers, M.: *Der „gelernte DDR-Bürger“: planwirtschaftliche Semantik, Gesellschaftsstruktur und Biographie*. In R. Sackmann/A. Weymann/ M. Wingers (Hg.), *Die Generation der Wende* (im Ersch.)
- Wingers, M./Grotheer, M.: *Berufliche Qualifizierung – Evaluation AFG-finanzierter Weiterbildung*. In R. Sackmann/A. Weymann/ M. Wingers (Hg.), *Die Generation der Wende* (im Ersch.)
- Wingers, M./Sackmann, R./Grotheer, M.: *Arbeitslosigkeit und Qualifizierung*. In *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (im Ersch.)

6.2 Arbeitspapiere

- Struck, O., u.a.: *Die Generation der Wendezeit - Erfolgreich, nüchtern und enttäuscht*. Sfb 186, Arbeitspapier Nr. 49. 1998

Teilprojekt B1

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojektes B1

Thema: "Berufe im weiblichen Lebenslauf und sozialer Wandel"

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. Helga Krüger	(GA) Projektleiterin
BA Katherine Bird	(EA)
Dr. Claudia Born	(GA) Projektleiterin
Dr. Christian Erzberger	(EA)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Kenntnisstand zu Beginn des Projektes und Ausgangsfragestellung
3. Anlage der Untersuchung und methodisches Vorgehen
 - 3.1 Berufe als Grundlage des Auswahlprozesses: Das Sample
 - 3.2 Durchführung der Erhebung
 - 3.3 Stichprobengüte
 - 3.4 Eingesetzte Analysemethoden
4. Darstellung und Diskussion der Ergebnisse
 - 4.1 Veränderungen über die Zeit
 - 4.1.1 Frauenberufe: Berufskonzentration und Geschlechtersegregation
 - 4.1.2 Periodeneffekte: Hintergrundwissen für den Kohortenvergleich.
 - 4.1.3 Regionalitätsbezug: Auflösung durch räumliche Wanderung
 - 4.2 Erwerbsarbeit im Lebenslauf
 - 4.2.1 Strukturierungsprinzip Erstberuf
 - 4.2.2 Teilzeit
 - 4.2.3 Erwerbsarbeitsmuster: Ähnlichkeit und Differenz
 - 4.2.4 Bündelungsprinzipien
 - 4.3 Muster versus Ereignis: Divergenz oder Komplementarität
5. Publikationen und Fachkontakte
 - 5.1 Veröffentlichungen im Projektzeitraum
 - 5.2 Außenaktivitäten und Fachkontakte

1. Zusammenfassung

Thematisch beschäftigt sich der B1 Projektzyklus mit Fragen des sozialen Wandels geschlechtsspezifischer Lebensführungen und der Gestaltungsmacht der Berufe im weiblichen Lebenslauf. Richtete sich in den beiden letzten Phasen der Fokus auf die von Erwerbseinbindungsmustern der Frauen ausgehenden Veränderungsimpulse für Familienbeziehungen zwischen (familial verbundenen) Generationen und Genusgruppen, so rückte in der jetzt abzuschließenden Phase wieder der Beruf in das Zentrum des Interesses. Wir fragten nach der Bedeutung der Ausbildung auf Facharbeiter/-angestellteniveau in der Sozialstruktur des weiblichen Lebenslaufs. Ausgewählt wurden identische Berufe der Abschlußjahrgänge 1960, '70 und '80, die pro Kohorte rund 70% der insgesamt auf diesem Niveau ausgebildeten Frauen einschlossen. Über die Adressen-Ziehung aus Prüfungsunterlagen der Kammern, ausgewählt als Flächenstichprobe mit städtischen und ländlichen Einzugsgebieten, wurden insgesamt 6240 Adressen aktualisiert. Der auswertbare Rücklauf der standardisierten Befragung betrug 34,1% (= 2130 Frauen).

Über drei komparativ eingesetzte Auswertungsverfahren (Budget-, Sequenz-, Ereignisanalyse) wurde geklärt, wieweit der Erstberuf für den Lebensverlauf von Frauen institutionellen Charakter hat. Aktuell wird geprüft, ob sich Einzelberufe nach Kriterien der Ähnlichkeit oder Differenz zu Berufsgruppen bündeln lassen. Als relevante wurden vermutet: Arbeitszeitflexibilisierung, geschlechtstypische Berufs-Sackgassen, Weiblichkeitsnormen, Konjunkturabhängigkeit.

Die Befunde belegen, daß dem Einzelberuf auf Facharbeiter/-angestellteniveau signifikante chancenungleichheitswirksame Funktion zuzusprechen ist. In allen Kohorten zeigen sich gravierende, berufsspezifische Unterschiede, sei es gemessen an der Dauer der ersten Episode im gelernten Beruf, sei es an dem weiteren Verlauf des Erwerbsarbeitslebens insgesamt.

Festzuhalten ist, daß sich in der Tat auch signifikante Bündelungen zwischen Berufen zeigen, sich diese aber nicht mit den o.g. vermuteten Berufstypiken erklären lassen. Höchste berufliche Erwerbsanteile im Lebenslauf finden sich sowohl bei den Bankkauffrauen (wie erwartbar, da geschlechtsgemischter Beruf mit relativ guten Aufstiegswegen), aber auch bei den Krankenschwestern (nicht erwartet, da zu über 90% weiblich besetzter Sackgassenberuf). Andere führen über alle Kohorten hinweg (immer wieder) zu schnellen Um- und Ausstiegen, jedoch mischen sich die vermuteten Ähnlichkeitskriterien erneut. Dies veranlaßt uns die Arbeit an diesen Fragen auch über diesen Berichtszeitraum im Verbundprojekt A1/B1 fortzuführen.

2. Kenntnisstand zu Beginn des Projektes und Ausgangsfragestellung

Im aktuellen Projekt schlossen wir an zentrale, wenn auch keineswegs erwartete Ergebnisse der ersten Projektphase (1988-91) an, die die damals in die Untersuchung einbezogenen fünf Berufe als erstaunlich gestaltungsmächtig für die Sequenzmuster zwischen Erwerbs- und Familienarbeit von Frauen auswiesen. Untersucht hatten wir die Lebensläufe solcher Frauen, die sämtlich Ende der 40er Jahre mit einer auf Facharbeiter/-angestellteniveau liegenden, abgeschlossenen beruflichen Ausbildung in den Arbeitsmarkt getreten sind. Alle Frauen hatten eine Familienkarriere (Ehe und Mutterschaft) realisiert und standen zum Befragungszeitpunkt am Übergang in das Rentenalter. Bei den fünf Berufen handelte es sich um solche, die hinsichtlich ihrer Besetzungshäufigkeit bei Frauen die damals ranghöchsten darstellten, so daß die entdeckte Unterschiedlichkeit der Erwerbsarbeitsmuster aufgrund der ansonsten bestehenden sozialstrukturellen und soziodemographischen Ähnlichkeit des Samples als berufstypische Effekte zu interpretieren waren (Born u.a. 1996). Die bis dahin bestehende quasi als Gewißheit gehandelte Annahme, für den weiblichen Lebenslauf dem familialen Bereich zuzurechnende Ereignisse als strukturgebend zu betrachten, wurde mit diesem Ergebnis erstmals relativiert. Es weist auf die Bedeutung der horizontalen Gliederung von niveaugleichen Qualifikationsspektren innerhalb des Frauen-Ausbildungssegments, der bislang in der Lebenslaufforschung wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Diese Differenzen beeinflussen zudem Aushandlungsprozesse zwischen den Geschlechtern um weibliche Erwerbsbeteiligung und wirken gerade bei zunehmender formaler Bildungshomogamie zwischen den Partnern, indirekt und graduell Ungleichheit produzierend, auf das Geschlechterverhältnis ein (Krüger 1999).

Innerhalb dieses Spektrums chancenungleichheitswirksamer und in die Berufsschneidungen inkorporierter Berufskonstrukte kommen, so die seinerzeitigen Ergebnisse, unterschiedliche Dimensionen wie: Konjunkturzyklen des Arbeitsmarkts; Möglichkeiten der Arbeitszeitflexibilisierung (Vereinbarkeitsproblematik); nach Unterbrechungen rekrutierungsrelevante Bindungen des Berufs an Weiblichkeitsnormen; berufsspezifische Sackgassen, für deren Langfristnutzung im weiblichen Lebenslauf zur Geltung. Alle vier Dimensionen können sich kombinieren,

differieren aber in typischer Relevanz pro Beruf im weiblich dominierten Arbeitsmarktsegment.

Der Frage nach der Bedeutung des Ausbildungsberufs im weiblichen Lebenslauf nun genereller, umfassender und genauer nachzugehen, bedeutete, bei Beibehaltung der Konzentration auf typische Frauenberufe und der obigen Annahmen zur Erklärung von Verwertbarkeitsdifferenzen zwischen diesen Berufen gleichzeitig Ausweitungen vorzunehmen. Zum einen schien es unverzichtbar, auch nicht familial gebundene Frauen einzubeziehen; Frauen also, die ihre Existenz qua eigener Erwerbsarbeit sichern müssen und bei denen die Wahrnehmung beruflicher Aufgaben nicht mit familialen interferiert. Auch jüngere Kohorten waren vor dem Hintergrund zu betrachten, daß die Akzeptanz der Erwerbsarbeit von Frauen in der uns über den gesamten Projektzyklus beschäftigenden historischen Zeit der letzten 50 Jahre – vom Ende des 2. Weltkrieges bis heute – gestiegen ist. Es galt schließlich zu prüfen, ob berufstypische, chancenungleichheitswirksame Verlaufseffekte sich durch berufsinterne soziale Wandlungsprozesse abgeschwächt oder neutralisiert haben.

Hinweise dafür sind die auf unterschiedlichen Ebenen zu konstatierenden, die Erwerbsarbeit von Frauen erleichternden Bedingungen wie: die generellen Einstellungsänderungen gegenüber der Frauenerwerbsarbeit; die Zunahme der Arbeitszeitflexibilisierungen; das wachsende Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen; das zunehmende Selbstverständnis ihrer Inanspruchnahme und das historisch neue sozial- und familienpolitische Instrument des Erziehungsurlaubs. Neben der Ausweitung des einzubeziehenden Berufsspektrums auf jene gemeinsamen Frauenberufe in den Kohorten der Berufsabschlußjahrgänge 1960, '70 und '80, die rund je 70% der Frauen mit Facharbeiter-/angestellteniveau erfassen, nahmen wir zudem eine räumliche Vorverschiebung vor, um regionale Differenzen auszuschließen, die sich allerdings schon in der ersten Untersuchung, in der wir das Sample aus einer städtisch-protestantischen und einer katholisch-ländlichen Region ausgewählt hatten, als nicht relevant erwiesen hatten.

Das aus dem ersten B1-Projekt gewonnene Ergebnis legte es nachdrücklich nahe, der jeweiligen Erstberufsausbildung forschungssystematisch Aufmerksamkeit für den weiteren Lebensverlauf zu schenken. Die Aufarbeitung vorhandener Studien

sowie der repräsentativen Datensätze zeigte – geprüft wurden die IAB-Beschäftigtenstichprobe, die IAB-Erhebung über Qualifikation und Berufsverlauf 1979, 1985, 1991/92, die Erhebung über erwerbstätige/nicht erwerbstätige Frauen 1986, das Sozioökonomische Panel, die Lebenslaufstudie des MPI, der Fertility and Family Survey des Bundesinstitutes für Bevölkerungsforschung –, daß der Beantwortung der uns interessierenden Fragen sekundäranalytisch nicht beizukommen ist, weil die gewählten Aggregationen, die Beobachtungsfenster und die unterschiedliche Benutzung des Berufsbegriffs die Verlaufs-Rekonstruktion auf Basis der Berufsausbildung für die zur Diskussion stehende Zeitspanne ausschließt. Um also eine berufs-, kohorten- und familienstandsvergleichende Analyse mit dem Ziel durchzuführen, Verhältnis und Wandel von berufsspezifischen, den weiblichen Lebenslauf strukturierenden Elementen/Merkmalen genauer bestimmen zu können, war eine eigene und erwartbar sehr zeitaufwendige Erhebung unerlässlich.

3. Anlage der Untersuchung und methodisches Vorgehen

3.1 Berufe als Grundlage des Auswahlprozesses: Das Sample

Die quantitativ-standardisierte Erhebung zur Analyse von weiblichen Lebensläufen dreier Kohorten auf Basis von Ausbildungsberufen gleichen Qualifikationsniveaus machte a) die Bestimmung der aufzunehmenden Berufsausbildungen, b) die Auswahl der Ausbildungsträger der ausgewählten Berufe und c) Maßnahmen zur Adressen-Aktualisierung notwendig.

a) Auswahl der Berufe

Befragt werden sollten Facharbeiterinnen bzw. –angestellte, die ihre Berufsausbildung 1960, '70 und '80 in den von Frauen am häufigsten besetzten Berufen abgeschlossen hatten. Dazu sollten jene Berufe ausgewählt werden, die sich in allen drei Kohorten finden und pro Kohorte je rund 70% aller weiblichen Ausbildungs-Abschlußjahrgänge umfaßten.¹ Die Sichtung statistischer Daten zur

¹ Basis für die Berechnung sind die unter Tab. 1 aufgeführten Statistiken. Aufgrund fehlender Daten konnten Berufe des vollzeitschulischen Bildungssystems nicht berücksichtigt werden.

Verteilung der gewählten Ausbildungsabschlußkohorten, differenziert nach absoluten Zahlen und Rangplatzbelegung pro Kohorte, führte zu folgender Auswahl:

Tabelle 1: Rangfolge der aufgenommenen Ausbildungsberufe

Beruf	n (60)	Rang ⁶	n (70)	Rang ⁶	n (80)	Rang ⁶
1 Kauf. Einzelh./Verkäuf. (ein)	163113	1	90400	1	102043	1
2 Friseurin (fri)	43697	2	47115	2	67690	2
3 Kauf. Industrie (ind)	39847	3	38955	3	35990	6
4 Bankkauffrau (ban)	6781	14	20882	8	24430	9
5 Arzthelferin (arz)	- ¹	- ¹	19273	9	35662	7
6 Bürokauffrau (bür)	20149 ²	6 ²	31889	6	41712	5
7 Kauf. Nahrung (nah)	17234 ³	9 ³	13922	10	43690	4
8 Kauf. Groß/Außenhandel (gro)	35033	5	24978	7	20840	11
9 Hotel/Gaststättengehilfin (hot) ⁵	1788	24(25)	3099	20(21)	8422	19(20)
10 Krankenschwester (kra) ⁷	21648 ⁴	(4) ⁴	30110	(4)	48017	(3)

Daten aus: Lempert 1966; Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1961, 1971; Wirtschaft und Statistik 1, 1986; (eigene Berechnungen)

- ¹ 1960 nur in einigen Bundesländern, daher nicht in Statistik
² 1960 keine Bürokauffrauen, nur Bürogehilfinnen
³ 1960 Differenzierung in Bäcker (7650), Fleischer (7505), Konditor (2079) – hier adiert, da 1970 und 1980 nur noch 'Verkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk'
⁴ nur Daten ab 1966
⁵ Der Beruf der Hotel- und Gaststättengehilfin wurde in die Betrachtung mit einbezogen, da sich a) ab Rangplatz 12 in allen Kohorten die Besetzungszahlen nur geringfügig voneinander unterscheiden und b) dort, wo berufsstrukturelle Ähnlichkeiten zwischen Berufen auf den vorderen Rangplätzen auf der Hand lagen diese deshalb nicht aufgenommen wurden (z.B. Zahnarzthelferin zu Arzthelferin oder Renogehilfin zu Bürogehilfin/-Bürokauffrau.
⁶ Der Rangplatz bezieht die hier nicht aufgeführten Berufe mit ein.
⁷ Nicht Teil der dualen Ausbildung, daher gesondert aufgeführt und Rangplatz nach absoluten Zahlen berechnet.

Diese Berufe erfassen 1960: 75,3% aller weiblichen Personen mit Abschluß auf Facharbeiter/-angestellteniveau, 1970: 72% und 1980: 70%.

b) Auswahl der Ausbildungsträger

Als Zugang zu den für die standardisierte Befragung benötigten Adressen bieten sich die Ausbildungsträger an, in denen die Prüfungsunterlagen pro Beruf archiviert sind. Für die Einzelhandels-, Industrie-, Bank-, Büro-, Groß- und Außenhandelskauffrauen und Hotel- und Gaststättengehilfinnen sind dies die insgesamt 69 Industrie- und Handelskammern (IHK); für die Friseurinnen und Verkäuferinnen im Nahrungsmittelhandwerk die insgesamt 42 Handwerkskammern (HK), für die Arzthelferinnen die insgesamt 255 Ärztekammern (ÄK). Die Berichte für die Krankenschwestern finden sich in den zahlreichen Gesundheitsbehörden (GESU).

Anfragen zum Stand der Datenarchivierung und –aufbereitung führte zum Ausschluß der Bezirke mit Sitz in: Kiel, Lübeck, Oldenburg, Hannover, Münster, Kassel, Düsseldorf, Köln, Frankfurt am Main, Darmstadt, Freiburg, Stuttgart, Tübingen, München, Bayreuth, Gießen. Aus den Bezirken, die über entsprechende Daten verfügten, wurde in Anlehnung an Verfahren der Flächenstichprobe in Kombination mit Ziehungsverfahren nach der 'Probability Proportional to Size' (PPS) Methode (vgl. Graham 1983, Seymor 1976), d.h. unter Berücksichtigung von ländlichen und städtischen Einheiten, acht Bezirke ausgewählt, in denen die Einzugsgebiete weitgehend identisch waren.

Tabelle 2: Ausgewählte Samplebezirke

Nr	Bezirk	Kammer/Behörde	Charakterisierung
1	Berlin	IHK, HK, GESU	Städtisch
2	Hamburg	ÄK	Städtisch
3	Bremen	IHK, HK, GESU, ÄK	Städtisch
4	Koblenz	IHK, HK, GESU	Ländlich
5	Mainz	ÄK	Ländlich
6	Karlsruhe	GESU	Ländlich
7	Heilbronn	HK	Ländlich
8	Augsburg	IHK	Ländlich

c) Adressenauswahl und -aktualisierung

Aufgrund der Annahme, daß bei Frauen (Namenswechsel/Umzüge) mit hohen Ausfällen bei Adressen-Aktualisierungen gerechnet werden muß, wurde entschie-

den, zur Sicherung einer hohen Ausgangslage insgesamt 9000 Adressen (300 pro Beruf und Kohorte) aus den Unterlagen der Ausbildungsträger zu ziehen. In die Berechnung des Auswahlumfangs ging die angestrebte Samplegröße je Träger, der real ermittelte Umfang dieser Größe und die Anzahl der ermittelten Abschlüsse pro Bezirk und Ausbildungsträger mit ein (vgl. Böltken 1976, S. 251f.). Um in jedem Fall genügend Adressen zur Auswahl zu bekommen, wurde zudem das Erhebungsfenster pro Kohorte um ein Jahr vor und nach den Stichjahren vergrößert (statt 1960 die Abschlußjahrgänge 1959 bis 1961 usw.).

Entsprechend des ermittelten Auswahlumfangs wurden bei den Ausbildungsträgern die Adressen anhand eines Zufallszahlengenerators gezogen und in ein Datenbanksystem eingetragen. Von den anvisierten 9000 Adressen konnten auf diese Weise 8814 (97,9%) gezogen werden.²

Die Aktualisierung der ermittelten Adressen (Name/Wohnort zum Zeitpunkt des Ausbildungsendes, Geburtsdatum) erfolgte über die Einwohnermeldeämter. Dieser Prozeß gestaltete sich insgesamt als extrem zeitaufwendig, da die eingeschalteten Meldeämter uns bei Umzug der Person den neuen Zuständigkeitsbereich mitteilten, und das neue Einwohnermeldeamt erneut um Mithilfe ersucht werden mußte. Die Vielzahl der dadurch entstandenen ca. 2500 Meldeamtsanfragen konterkarieren Annahmen zur Bedeutung regionaler Adressenziehungen hinsichtlich ihrer Relevanz für den weiteren weiblichen Lebenslauf (vgl. 4.1.3).

Insgesamt konnten von den 8814 bei den Kammern gezogenen Adressen 6240 (70,7%) aktualisiert werden.

3.2 Durchführung der Erhebung

Zu erheben waren Daten zum Bildungsverlauf, zu Familienereignissen und zu Dauer und Lage unterschiedlicher Phasen im Lebenslauf. Um angesichts eines

² Der Adressenzugang unterliegt strengen datenschutzrechtlichen Auflagen, deren Einhaltung mit jeder der Institutionen im einzelnen geklärt wurden. Die dann vereinbarte Zusammenarbeit verlief überaus reibungslos und kooperativ. Dennoch ließen sich 186 Adressen aufgrund einiger unübersichtlicher Datenarchivierungen bei den Ausbildungsträgern nicht ermitteln.

Fragebogens, der für die älteste Kohorte immerhin 37 Lebensjahre umfaßt, die Ausfallquote so gering wie möglich zu halten, wurde ein Erhebungsinstrument konzipiert, das die Befragten zunehmend an der Rekonstruktion des eigenen Lebens interessiert (vgl. Dillman 1983). Gewählt wurde ein relativ kurzer Fragebogen, der alle interessierenden Ereignisse (Ausbildungsberuf, - abschlußjahr und -ort³, Heiraten, Scheidungen, Kindgeburten) erhebt; deren Übertragung auf die biographische Zeitleiste eines ebenfalls zugesandten Kalenders erleichtert es den Befragten, die Dauer und Lage von Phasen des Lebenslaufs in die dort dafür vorgesehenen Rubriken einzuzeichnen. Dies waren: a) *Erwerbsverlauf*: Arbeit im erlernten Beruf und in ausbildungsfremden Bereichen (jeweils: vollzeit/teilzeit/geringfügig), Arbeitslosigkeit und Weiterbildungsphasen; b) *Familienverlauf* nach Familientätigkeiten und Betreuung von Abhängigen. Die erzeugte grafische Darstellung im Kalender, auf Halbjahresbasis erfaßt, vermittelt den Befragten nicht nur eine Übersicht über den eigenen Lebensverlauf vom Ausbildungsabschluß bis zum Erhebungszeitpunkt (vgl. Freedman u.a. 1988), sondern die Visualisierung erzeugte zugleich das von den Befragten bekundete Interesse an sichtbar werdenden Beziehungen zwischen den einzelnen Ereignissen und Dimensionen (vgl. Bird u.a. 1999). Zudem führte das zweimalige Eintragen von Ereignissen (Fragebogen und Kalenderleiste) zur Überprüfung der Zeitzuordnungen von Phasen und Ereignissen durch die Personen selbst.⁴

Bei zweimaliger Erinnerung im Abstand von sechs Wochen ist angesichts der Komplexität des Fragebogens der so erzielte Rücklauf mit 2130 (34,1%) auswertbaren Fällen als erfreulich hoch zu benennen.

Damit liegt ein Datenpool vor, der typischerweise nur in Ländern mit ähnlicher Registrierpraxis von Ausbildungsberufen zusammengestellt werden kann, aber

³ Es sind dies durch das Anonymisierungsverfahren (s. u.) weggefallene Informationen, da aus Datenschutzgründen die Erhebungsunterlagen durch eine Versandfirma verschickt wurden.

⁴ Die Richtigkeit dieser Annahme bestätigte sich durch Telefonkontakte mit jenen Personen, die von dem Angebot im Fragebogen Gebrauch machte, das Forscherteam nachträglich zu kontaktieren.

selbst hier angesichts des Erhebungsaufwandes als kostbares Gut einzuschätzen ist und vermutlich auch längerfristig einmalig bleiben wird.

3.3 Stichprobengüte

Schon durch das PPS-Design des Auswahlprozesses wurde - bezogen auf die interessierenden Berufe - ein möglichst repräsentatives Sample gewonnen. Darüber hinaus wurden die sozio-demographischen Daten dieses Samples auf Besonderheiten/Übereinstimmungen mit hierzu vorliegenden externen, repräsentativ erhobenen Datensätzen geprüft. Als externer Datensatz zeigte sich das Familien-Survey des Deutschen Jugendinstitutes (Welle 1988 und 1994) als geeignet, da hiermit ein Vergleichssample auf der Basis von Facharbeiter- und Angestelltenberufen zusammengestellt werden konnte. Hinsichtlich der Verteilungen der Variablen "Anteil der Frauen mit einer ersten Heirat", "Alter bei der Geburt des ersten Kindes", "Anzahl der Kinder im Alter von 37 Jahren", "Alter bei der Heirat", "Alter bei der ersten Scheidung", "Alter bei der ersten Verwitwung", "Anteil der Verwitwungen" und "Anteil der Scheidungen" konnten - beurteilt mit dem χ^2 -Anpassungstest (vgl. Blossfeld 1989) - keine signifikanten Unterschiede zwischen den Daten des Familien-Surveys und den von uns erhobenen Daten festgestellt werden.⁵ Lediglich hinsichtlich der Schulbildung zeigten sich Unterschiedlichkeiten. Die 80er Kohorte unseres Samples wies eine deutlich höhere Allgemeinbildung auf.

3.4 Eingesetzte Analysemethoden

Zur Analyse der Daten wurden drei unterschiedliche Methoden eingesetzt.

1. Einfache Häufigkeitsauszählungen und budgetanalytische Verfahren zum Vergleich von Verweilzeiten in unterschiedlichen Erwerbstätigkeitsformen nach Kohorten und Berufen.

⁵ Insgesamt konnten 1120 Frauen aus dem Familien-Survey zum Vergleich herangezogen werden. Um die ungleiche Besetzung der Berufe im Sample des Teilprojektes B1 auszugleichen, wurde eine Zufallsauswahl von 100 Frauen je Beruf gezogen. Zum Vergleich mit dem Familien-Survey standen damit 1000 Befragte zur Verfügung.

2. Sequenzanalyse als exploratives Instrument mittels "Optimal-Matching-Technik" als Kombination von Distanzberechnungen zwischen unterschiedlichen Lebensverlaufsmustern (Art, Länge und Lage von Statuspositionen) und Clusterung dieser Distanzen zur Ermittlung homogener Sequenzmustergruppen (vgl. Sankoff/Kruskal 1983; Abbot/Hrycak 1990).
3. Ereignisanalyse als Instrument zur Analyse der Bedeutung einzelner, unabhängiger Ereignisse für den Lebensverlauf (vgl. Blossfeld/Rohwer 1995). Geschätzt wurden Survivorfunktionen, Piecewise Constant und Competing Risks Modelle, um den Einfluß verschiedener zeitabhängiger und zeitkonstanter Kovariablen auf die Dauer in der ersten Vollzeitepisode im erlernten Erstberuf sowie die Übergangsraten in unterschiedliche Zielzustände am Ende dieser Episode zu ermitteln.

Die Verwendung von Sequenz- und Ereignisanalyse erfolgte in Abhängigkeit von einzelnen Fragestellungen. Es sollte zudem der Frage nachgegangen werden, wie weit die unterschiedlichen Perspektiven der Methoden zu einer Erweiterung des Blickes beitragen (vgl. 4.3).

4 Darstellung und Diskussion der Ergebnisse

4.1 Veränderungen über die Zeit

4.1.1 Frauenberufe: Berufskonzentration und Geschlechtersegregation

Die Entscheidung, für unsere Untersuchung das einzubeziehende Spektrum der Berufe so auszurichten, daß in jeder Kohorte - 1960, '70, '80 - mindestens 70% der Frauen erfaßt sind, zeigte nach der dazu erforderlichen Durchsicht und Aufbereitung unterschiedlichster Statistiken Verschiebungen in der Konzentration auf Berufe über die Kohorten (vgl. Tab.1). In der Berufsabschlußkohorte 1960 erfassen wir mit nur drei Berufen schon 50% der Frauen, in der 70er Kohorte wird diese Marke nach 5 und in der 80er nach sieben Berufen erreicht. Die angestrebte 70% -Marke umfaßt in der 60er Kohorte 5, in der 70er 7 und in der 80er Kohorte 15 Berufe. Trotz dieser Ausweitung des *Spektrums* kann jedoch, - so zeigen die absoluten Zahlen (s. 3.1) - nicht die Rede davon sein, daß sich die Frauen nun gleichmäßiger zwischen den Berufen verteilen. Die Spannweite der Besetzungszahlen reicht nach wie vor von über Hunderttausend zu wenigen Tausend pro Be-

rufsausbildung und die fünf am häufigsten von Frauen besetzten Berufe bleiben über die drei im 10-Jahresabstand liegenden Ausbildungsabschlußkohorten die gleichen.

Mit der Ausweitung des Spektrums der Berufe lohnt sich der Blick auf die Geschlechterrelation. Im Gesamt der von uns ausgewählten Berufe betrug der Frauenanteil in der 60er Kohorte 70,4%, in der 70er 65,6 %, und in der 80er 76,2 %. Daß dieses Insgesamtmaß zugleich aber wenig aussagekräftig ist zur Beurteilung der Geschlechtersegregation, zeigt der Blick auf die einzelnen Berufe (vgl. auch Heintz u.a. 1997). Es finden sich innerhalb dieses Spektrum solche, die über die Kohorten durchgehend mit über 90% von Frauen besetzt sind (nämlich die Arzthelferinnen, Friseurinnen, Krankenschwestern, Nahrungsmittelverkäuferinnen und Hotel- und Gaststättengehilfinnen) und damit als eindeutig weiblich dominierte gelten können. Neben den Einzelhandelskauffrauen, die nach der gängigen Definition als überwiegend mit Frauen besetzt zu bezeichnen sind (60-80%), gibt es jedoch einige, die durch einen Frauen- bzw. Männeranteil zwischen 40 und 60% als geschlechterintegrierte gelten können (die Bank-, Groß/Außenhandels- und Industriekauffrauen). Die Berufsgruppe der Bürokauffrauen wandert zwischen den Kohorten *zurück* in die Gruppe der vollständig weiblich dominierten Berufe (1960 lag der Frauenanteil über 90%, '70 bei 75% und '80 bei 81%). Dies sind Ergebnisse, die es bei der Frage der Strukturierungsfunktion der Berufe für den Lebenslauf von Frauen zu beachten gilt und die gleichzeitig auf Periodeneffekte weisen.

4.1.2 Periodeneffekte: Hintergrundwissen für den Kohortenvergleich

Aus dem Bereich der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse sind, bezogen auf die uns interessierende Fragestellung nach der lebenslaufstrukturierenden Funktion der Erstausbildung, solche in Betracht zu ziehen, die im Zusammenhang stehen mit dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einerseits und dem Familienbereich andererseits. Sie nehmen je nach Lebensalter der davon betroffenen Kohorten unterschiedlichen Einfluß auf die Lebensverlaufsgestaltung.

Die Arbeitsmarktentwicklung, gemessen an der Arbeitslosenquote, zeigt eine durchaus unterschiedliche Lage: war sie 1966 mit 0.9% äußerst gering, lag sie 10 Jahre später bei 7.3% und erreichte 1986 einen Stand von 9.0% (Statistisches Bundesamt 1987). Vor diesem Hintergrund ist das Ergebnis der Ereignisanalyse zu

sehen: es zeigt für die 80er Kohorte, daß die Übergangswahrscheinlichkeit in die Arbeitslosigkeit signifikant höher als in den anderen Kohorten ist.

Auch bezüglich des Ausbildungsmarktes sind Veränderungen zu konstatieren (Konietzka 1997). Hier traf die 70er Kohorte auf eine ausgesprochen entspannte Situation, ersichtlich daran, daß in dieser Kohorte trotz des sich insgesamt erhöhenden Allgemeinbildungsniveaus mehr Befragte unseres Samples ihren Ausbildungsplatz allein auf Hauptschulniveau erhalten hatten als in der 60er Kohorte. Daß die Angehörigen der 80er Kohorte hingegen zu einem hohen Prozentsatz mit dem Abitur in die Ausbildung gingen, ist Resultat der in beiden Bereichen stattgefundenen Entwicklungen. Die allgemein-gesellschaftliche Norm, einen möglichst hohen Allgemeinbildungsabschluß zu erreichen, fällt hier zusammen mit einem gleichzeitig angespannt zu nennenden Ausbildungsmarkt. Aus diesen Veränderungen resultiert gleichzeitig die zunehmende Inanspruchnahme von zweiten bzw. dritten Ausbildungen, die sich erwartungsgemäß auch in unserem Sample zeigt (in der 60er Kohorte 15%, in der 80er Kohorte 23%).

Diese Veränderung der Vorqualifikation hat Einfluß auf zwei weitere, allgemein festzustellende und in unserem Sample wiederzufindende Ergebnisse. Das Alter bei Arbeitsmarkteintritt steigt entsprechend für die 80er Kohorte, ebenso das Heiratsalter. Hier zeigen sich zudem die mit dem Begriff der ‚Pluralisierung privater Lebensformen‘ generell bekannten Entwicklungen: die Zahl der Eheschließungen sinkt von 94% in der 60er, auf 92,3% in der 70er und 84,7% in der 80er Kohorte.

Der 1986 eingeführte Erziehungsurlaub hat als Periodeneffekt einen ausgeprägten Einfluß auf die jüngste Kohorte: Noch zwei Jahre nach Geburt ihres ersten Kindes sind von den befragten Frauen der ältesten, der 60er Kohorte 25% erwerbstätig, in der 70er Kohorte ist der Anteil auf beachtliche 31,5% gestiegen; in der 80er Kohorte fällt er auf 8,3% ab.

4.1.3 Regionalitätsbezug: Auflösung durch räumliche Wanderung

Die zur Befragung notwendige Aktualisierung der Adressen über die Einwohnermeldeämter offenbarte, daß die zum Ausbildungszeitpunkt nur auf acht Regionen beschränkten Adressen (s. 3.1) zum Erhebungszeitpunkt über die gesamte Fläche der "alten" Bundesrepublik streuen (vgl. Born/Erzberger 1999). Fast jede siebte Befragte zog aus ihrem Ausbildungs-Bezirk fort, wobei hier nur die von den Ein-

wohnermeldeämtern angezeigten Fernwanderungen über die Kammergrenzen hinaus berücksichtigt sind. Auch aus der Gruppe der Restlichen wissen wir von zwischenzeitlichen Ortswechseln, so z.B. von den Krankenschwestern, deren angegebene Eltern-Adressen schon zum Zeitpunkt des Ausbildungsabschlusses in der Regel nicht innerhalb der Bezirksgrenzen lagen, wo sie in (Schwestern)Wohnheimen untergebracht waren. Ebenfalls unberücksichtigt sind die häufigen – auch mehrjährigen – Auslandsaufenthalte der Hotel- und Gaststättengehilfinnen, die zwar in den verschickten Kalendarien vermerkt waren, von den Einwohnermeldeämtern jedoch nicht erfaßt sind. Unberücksichtigt bleiben zudem die zwischen Ausbildungsende und Befragungszeitpunkt liegenden Fort- und Umzüge innerhalb der Kammerbezirksgrenzen oder Wiederzuzüge in die alten, i.d.R. elterlichen, Wohnorte. Aus der Literatur wissen wir, daß diese Anzahl gerade bei Frauen (geschiedene jüngere mit kleinen Kindern; ältere, zur Pflege ihrer alten Eltern) nicht unbedeutend ist (vgl. zus. Lauterbach 1998).

Nach *Regionen* geschaut, liegen in den Abwanderungsraten Hamburg und Koblenz mit 24,5% bzw. 17% an der Spitze, während Heilbronn mit 7,4% am unteren Ende rangiert. Die anderen Bezirke unterscheiden sich vom Mittel nur unwesentlich.

Eine Differenzierung nach *Berufen* läßt erkennen, daß es in allen Kohorten vor allen Dingen die Bankkauffrauen, die Hotel- und Gaststättengehilfinnen und die Krankenschwestern sind, die aus den Bezirken fortziehen, wobei der Anteil der Hotel- und Gaststättengehilfinnen von 6,8% (60er Kohorte) auf 15,9% (80er Kohorte) steigt. Interessant ist, daß, wie unsere Analysen zeigen (vgl. 4.2.1), Unterbrechungen durch räumliche Mobilität offensichtlich die Berufsarbeitschancen nicht per se verringern.

4.2 Erwerbsarbeit im Lebenslauf

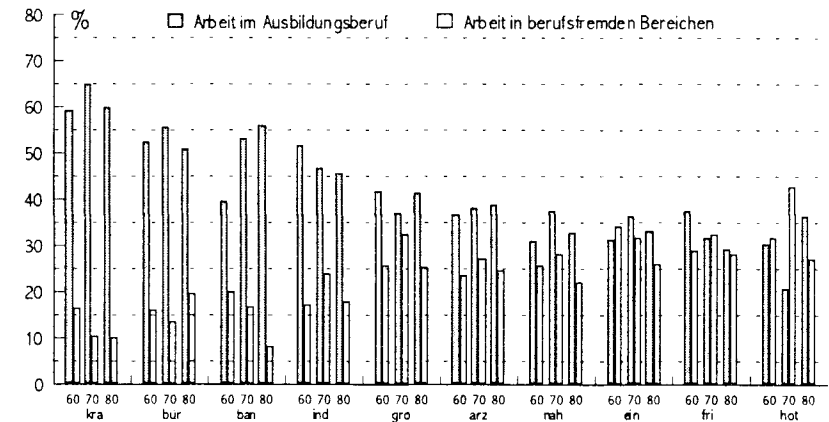
4.2.1 Strukturierungsprinzip Erstberuf

Der Blick auf die Kumulation von Erwerbsarbeitszeiten über das Gesamt des vorliegenden Lebensverlaufs zeigt, daß Erwerbsarbeit im erlernten Beruf mit 61,8% gegenüber berufsfremden Tätigkeiten mit 30,5% den größten Anteil am Er-

werbsumfang ausmacht.⁶ Es dominieren zudem die Vollzeitstätigkeiten mit 64,6% gegenüber Teilzeit mit 27,7%, die, kohortendifferenziert, über den vergleichbaren Zeitraum der ersten 17 Jahre nach Ausbildungsabschluß nur um 2% zunimmt.

Über die Budgetanalyse (Aufsummierung der Jahre in den unterschiedlichen Erwerbsarbeitsformen: Berufsarbeit/berufsfremde Tätigkeit, berechnet als Anteile an der potentiellen Erwerbszeit) bestätigt sich die Annahme berufsspezifischer Differenzen. Diese sind zudem über alle Kohorten erstaunlich stabil:

Grafik 1: Anteile von Berufsarbeit und berufsfremder Arbeit nach Kohorten und Berufen



Der Mittelwertvergleich zeigt signifikante Unterschiede hinsichtlich der Dauern der Arbeit im Ausbildungsberuf zwischen den Berufen in den einzelnen Kohorten. Die viele Jahre im Beruf kumulierenden Krankenschwestern, Büro-, Industrie- und Bankkauffrauen weisen hoch signifikante Unterschiede im Umfang der Berufsarbeit verglichen mit den Friseurinnen, Einzelhandelskauffrauen, Nahrungsmittelverkäuferinnen und den Hotel- und Gaststättengehilfinnen auf ($\alpha < .01$). Zu den Arzthelferinnen und Groß- und Außenhandelskauffrauen bestehen signifikante Beziehungen ($\alpha < .05$).

⁶ Die Definition einer Tätigkeit als berufsfremd/berufsbezogen erfolgt nach der Klassifizierung/Selbsteinschätzung der Befragten.

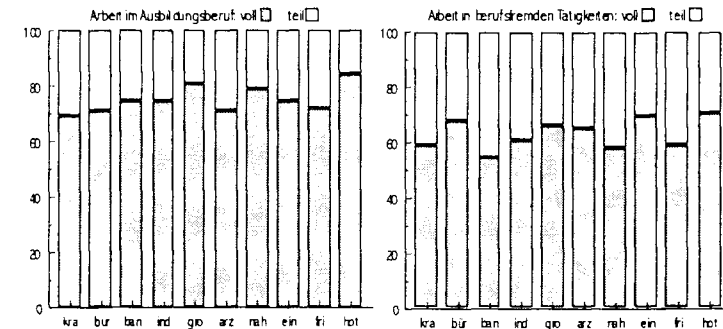
Das Piecewise Constant Modell zeigt, daß diese Tendenz sich schon in der ersten Episode der Berufsarbeit abzeichnet: Über alle Kohorten hinweg ergeben sich entsprechende Differenzen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit eines Spät- bzw. Frühausstiegs aus dieser Episode. Zur ersten Gruppe (Spätausstieg) gehören die Krankenschwestern und die Bank-, Büro-, Industrie- und Groß/Außenhandelskauffrauen. Zur zweiten gehören die Arzthelferinnen, Nahrungsmittelverkäuferinnen, Einzelhandelskauffrauen, Friseurinnen und die Hotel- und Gaststättengehilfinnen.

Auch der Blick auf die Gruppe der kinderlosen Frauen (21,4%) führte zu ähnlichen Ergebnissen. Obwohl sie wie erwartet verstärkt einer Erwerbstätigkeit nachgehen - der Anteil der Erwerbsarbeit an der potentiell zur Verfügung stehenden Zeit beträgt 92,3 % - zeigt die Budgetanalyse ihrer Erwerbsarbeit, daß sich bei geringen kohortenspezifischen Unterschieden die Berufsdifferenzen im Gesamt des Erwerbsverlaufs verstärken. Wiederum sind es die Krankenschwestern, Industrie-, Bank- und Bürokauffrauen, die sich durch viel Erwerbsarbeit im Beruf auszeichnen. Auch bei den kinderlosen Frauen gibt es die Differenzierung zwischen solchen Berufen, die eher eine dauerhafte Arbeit im Ausbildungsberuf nahelegen und solchen, die das nicht tun.

4.2.2 Teilzeitarbeit

Die obigen Ergebnisse differenzieren zwischen Arbeit im Ausbildungsberuf und der in ausbildungsfremden Bereichen. Nicht unterschieden wurde zwischen Voll- und Teilzeitarbeit. Diese jedoch gilt als wichtigster Indikator für Änderungen des Erwerbsverhaltens von Frauen. Anzunehmen ist, daß sich die oben erkennbare Differenz zwischen langen und kurzen Berufsarbeitszeiten über das berufsspezifisch unterschiedliche Angebot an Teilzeitmöglichkeiten und/oder deren Inanspruchnahme erklärt, Frauen in Berufen mit ungünstigen Vereinbarkeitmöglichkeiten also in berufsfremde Tätigkeiten mit guten Teilzeitmöglichkeiten umsteigen. Dies ist jedoch nicht der Fall, wie folgende Grafik belegt.

Grafik 2: Anteil der Teilzeit an der Berufsarbeit und berufsfremden Tätigkeiten nach Berufen



Die Ähnlichkeit in der Inanspruchnahme dieser Arbeitsform in allen Ausbildungsberufen ebenso wie die in berufsfremden Tätigkeiten kann den Wechsel nicht als Sogeffekt von Teilzeit erklären, denn es lösen sich hier die Berufsdifferenzen auf: mit ca. 29% haben Krankenschwestern einen ebenso großen Teilzeitanteil wie die Friseurinnen, Arzthelferinnen und Bürokauffrauen. Einzelhandels-, Bank- und Industriekauffrauen kommen jeweils gleichermaßen auf etwa 25%.

Auch bei der Inanspruchnahme von Teilzeit in berufsfremden Tätigkeiten, die bei durchschnittlich 37% liegt, zeigen sich kaum nennenswerte berufsspezifische Differenzen. Selbst an der Gruppe der Hotel- und Gaststättengehilfinnen, die deutlich unterhalb des durchschnittlichen Teilzeitverhaltens im gelernten Beruf liegen, zeigt sich, daß die oben identifizierten Berufsspezifika und Differenzen nicht mit dem Teilzeitargument erklärt werden können: Sie haben sowohl im berufsbezogenen (mit 15%) als auch im berufsfremden Bereichen (29,7%) den jeweils geringsten Teilzeitanteil.

Dasselbe gilt in bezug auf die Kohorten. Eine entsprechende Differenzierung zeigt zwar in dem einen oder anderen Fall Verschiebungen, grundsätzliche Berufsspezifika lassen sich aber auch hier nicht erkennen. Zum einen bleiben die Anteile in den Berufen über die Kohorten zum Teil konstant (z.B. Krankenschwestern: durchgängig hoher Berufsanteil von ca. 60% – davon gleichbleibend etwa 30% Teilzeit) oder aber eine Ausweitung des Berufsanteils geht einher mit einer Ab-

nahme des Teilzeitanteils (z.B. Bankkauffrauen: Steigerung des Anteils an Berufsarbeit von 38% auf 56% - und Abnahme des Teilzeitanteils von 29% auf 19%).

Der Wunsch nach Teilzeit und dessen nicht vorhandene Realisierbarkeit im Ausbildungsberuf kann also nicht das maßgebliche Kriterium für den Wechsel sein.

4.2.3 Erwerbsarbeitsmuster: Ähnlichkeit und Differenz

Die gefundene Unterschiedlichkeit des Umfangs an Erwerbs- und Berufsphasen im Lebensverlauf ist ein wichtiger Beleg für berufsspezifische Strukturmerkmale. Damit aber ist die Frage der Lage von Erwerbsarbeitsphasen, die besonders im Frauenleben durch Diskontinuitäten, Aus- und Wiedereinstiege etc. eine wesentliche Rolle spielen, nicht berücksichtigt. Diese erzeugen - durch die unterschiedliche Anordnung von Sequenzen im Verlaufe des Lebens - Muster, deren Bezug zu Erstausbildung und Familie zu klären ist.

Die hierzu unabhängig von den Ausbildungsberufen durchgeführte Sequenzanalyse erbrachte drei unterschiedliche Gruppen von Verlaufsmustern, die nicht mit den üblichen Phasierungen rund um Kindgeburten zu erklären sind (vgl. Erzberger 1999) und sich wie folgt beschreiben lassen:

- a) In der ersten Gruppe werden viele Jahre im Ausbildungsberuf akkumuliert. Treten Unterbrechungen auf, so gelingt der Wiedereinstieg in der Regel in einer Beschäftigung auf der Basis des erlernten Erstberufes. Innerhalb dieser Gruppe finden sich die Bank-, die Büro-, die Industriekauffrauen und die Krankenschwestern. Letzterer Beruf ist zusätzlich dadurch gekennzeichnet, daß der erste Ausstieg zwar relativ schnell erfolgt, aber im weiteren Lebensverlauf noch viel Berufsarbeit kumuliert wird. Die Bankkauffrau hingegen erobert sich ihren Platz in dieser Gruppe erst allmählich über den Lebenslauf. In der 60er Kohorte fällt sie eher in die Gruppe 'c' (s.u.). Für die Industriekauffrau dagegen verbläßt die Dominanz der Erstberufsausbildung über die Kohorten. Sie ist vor allen Dingen in der 70er Kohorte in die Gruppe 'b' einzuordnen.
- b) In der zweiten Gruppe dominieren berufsfremde Tätigkeiten. Entweder findet ein direkter Wechsel von der Berufsarbeit in den berufsfremden Sektor statt (i.d.R. vor Geburt des ersten Kindes) oder er wird nach einer Unterbrechung

beim Wiedereinstieg in Bereiche vollzogen, die nicht mit dem Ausbildungsberuf verbunden sind. Hier finden sich vor allem die Groß- und Außenhandelskauffrauen, Arzthelferinnen und die Hotel- und Gaststättengehilfinnen.

- c) Die dritte Gruppe wird geprägt durch insgesamt kurze Erwerbsspannen, verteilt auf wenig Berufsarbeitsanteile und relational viel Arbeit in berufsfremden Bereichen und solche unterhalb der Rentenversicherungspflicht. Die Einzelhandelskauffrauen, Friseurinnen und Nahrungsmittelverkäuferinnen weisen diese Verlaufsscharakteristik auf.

Ein Competing Risks Modell der ersten Vollzeitepisode im Erstberuf kommt hinsichtlich der Übergangsraten in verschiedene Zielzustände (z.B. Berufswechsel, Familie) zu weitgehend identischen berufsspezifischen Gruppierungen.

Zusammenfassend: Damit zeigen sich die gleichen Ähnlichkeiten/Differenzen zwischen den Berufen sowohl hinsichtlich der akkumulierten Erwerbsarbeitsjahre als auch der Verlaufsscharakteristika. Diese Ergebnisse stützen die Erkenntnis, daß sich formal gleiche Ausbildungsniveaus im weiblichen Lebenslauf über die Berufe als ungleiche Lebenslaufressourcen darstellen. Hinsichtlich der Bündelungsprinzipien allerdings tun sich Fragen auf.

4.2.4 Bündelungsprinzipien

Das Auffinden erklärender struktureller Prinzipien, die Einzelberufe großräumig zusammenfassen und sich auf andere Berufe verallgemeinern lassen, wird notwendig, wenn ernsthaft über die ‚Zukunft von Berufen‘ und diesbezüglichen ‚Einschätzungen zu den Chancen von Frauen (vgl. Alex, Stooß 1996) Erkenntnisse gewonnen werden sollen. Empirisch bündeln sich die von uns untersuchten Berufe hinsichtlich ihres vorhandenen berufsspezifischen Erwerbsverlaufsmusters sehr eindeutig. Denn: Gemessen an der Dauer in der ersten Episode der Erwerbsarbeit, der im Ausbildungsberuf insgesamt gearbeiteten Zeit, der Erwerbsarbeit in ausbildungsfremden Bereichen, dem Verlassen des Arbeitsmarktes, bzw. der Beschäftigung in nicht versicherungspflichtiger Tätigkeit gruppieren sie sich nach dem Merkmal der Ähnlichkeit/Differenz zu solchen mit hohen Verweildauern im gelernten Beruf und solchen mit hoher Ausstiegs- und Berufswechselwahrscheinlichkeit. Gleichzeitig finden wir Berufe, die – im Kohortenvergleich – quasi ihre

Gruppe wechseln, sich also in bezug auf ihre strukturierende Funktion und damit in ihren Ähnlichkeiten zu anderen Berufen eher als labil denn als stabil erweisen.

Belegt ist, daß jene bislang als gestaltungsmächtigen Merkmale wie Teilzeit und Mutterschaft als Verursachungsfaktoren für diese Differenzierungen auszuschließen sind. Nicht jedoch gelungen ist es, die Prinzipien zu extrahieren, die die jeweilige Gruppenzusammensetzung, bzw. die Bündelungen erklären können. Jene Kriterien, die wir als Annahmen zugrundegelegt hatten, nämlich Arbeitszeitlage (Normalarbeitstag, davon abweichende, flexible bzw. wechselnde Arbeitszeitlagen und Schichtarbeit), quantitative Berufsentwicklung (schrumpfend, stagnierend, steigend), Positionierung in bezug auf die Geschlechterrelation (geschlechtstypisch; überwiegend geschlechtsspezifisch; geschlechterintegriert) erklären nicht die empirisch gefundenen Gruppierungen. Berufe, die in bezug auf die oben genannten Kriterien Ähnlichkeiten untereinander aufweisen (z.B. die Krankenschwestern und Hotel- und Gaststättengehilfinnen hinsichtlich der Arbeitszeitlage; die Industrie- und Bankkauffrauen als beiderseits geschlechterintegrierte Berufe) finden sich nicht in der gleichen Gruppe. Die zusätzlich durchgeführte Einkommensüberprüfung (Tariflohn im 1. und 4. Berufsjahr) gruppiert ebenfalls nicht entsprechend.

Eine erste grobe, allerdings noch unsystematische Durchsicht der individuellen Tätigkeitsangaben läßt vermuten, daß die Breite der berufsinhaltlichen Qualifikationen und daraus resultierende, damit verbundene Umstiege in andere Bereiche, als Ab- oder Aufstiege, hierbei eine weit größere Rolle spielen als bislang vermutet. Es ist deshalb geplant, dieser Frage durch systematische Analysen des hierzu erfaßten Materials im Verbundprojekt A1/B1 weiter nachzugehen.

4.3 Muster versus Ereignis: Divergenz oder Komplementarität

Diskussionen zum methodischen Umgang mit Längsschnittdaten waren der Auslöser, neben der Beantwortung inhaltlicher Fragestellungen die sequenzanalytische, explorative "Optimal-Matching-Technik" und die episodensbasierte, überprüfende Ereignisanalyse vergleichend einzusetzen (vgl. Abbot 1992, 1995). Die "Optimal-Matching-Technik" fertigt großflächige Landkarten der Lebensverläufe an. Durch ihre Ausrichtung auf Muster von Sequenzen mißt sie Ereignisabfolgen und deren

altersbiographischer Lage wenig Bedeutung zu. Die Ereignisanalyse rückt den Einfluß von Ereignissen zur Erklärung kausaler Zusammenhänge in den Mittelpunkt. Sie blendet den weitgespannten Horizont der Lagen von unterschiedlichen Sequenzen aus. Die Fokussierung dieser differenten Perspektiven findet sich entsprechend in den Ergebnissen der jeweiligen Methoden zueinander und genau hier liegt auch die Stärke der Kombination beider Verfahren.

Sehr heterogene Lebensverläufe, wie sie bei Frauen vorliegen durch deren Einbindung in sechs Typen von Erwerbsarbeit (berufsbezogen/berufsfremd, jeweils Vollzeit, Teilzeit, nicht versicherungspflichtig) und zwei Typen von Familienarbeit (ausschließlich oder in Kombination mit einer der sechs Typen von Erwerbsarbeit) erfordern zeitökonomische Analyseverfahren. Die Sequenzanalyse, so zeigen unsere Auswertungen und Ergebnisse, kommt relativ schnell spezifischen Mustern auf die Spur, kann die Anordnungen von Phasen über Distanzen zwischen den Einzelverläufen berechnen und über unabhängige Variablen Hinweise auf Korrelationen geben. Die Ereignisanalyse dagegen benötigt angesichts zahlreicher Arten von Episoden sehr viel mehr Zeit für die Datenaufbereitung und Prüfdurchläufe in der Modellierung. Der naheliegende Rückgriff auf Standardvariablen und –annahmen bleibt aber, so zeigt sehr schnell die Sequenzanalyse, bei der vorliegenden komplexen Datenstruktur unbefriedigend.

Die Sequenzanalyse, dieses zeigte der Vergleich ebenfalls, gibt darüber hinaus Hinweise darauf, ob Ereignisse überhaupt als Ereignisse mit eindeutiger biographischer Verortung und entsprechenden Folgewirkungen klassifiziert werden können oder ob diese Ereignisse eher einen Prozeßvorlauf haben, der seine Schatten wirft: So z.B. besteht zwar eine genaue zeitliche Verortung einer Scheidung, die Bedeutung dieses Ereignisses als Platzierung des Datums aber ist häufig minimal, da die schleichende Trennung der Partner – und damit auch die Auswirkung auf den Lebensverlauf – in der Regel wesentlich früher auftritt. Ereignis und Folge treten auseinander. Die Sequenzanalyse kann damit einerseits die Ermittlung von Voraussetzungen zum optimalen Einsatz der Ereignisanalyse hinsichtlich der Modellierung eines kausalen Zusammenhanges erleichtern; sie kann andererseits zudem selbst dort die Verschiebung von Ablaufmustern erfassen, wo diese nicht über Ereignisse datierbar sind. Die Ergebnisse der unterschiedlichen Analysen

können daher zum einen vielfach aufeinander beziehbar und füreinander fruchtbar sein, sie können aber andererseits auch zur Erweiterung der Perspektive beitragen.

5. Publikationen und Fachkontakte

5.1 Veröffentlichungen im Projektzeitraum

Bird, K. (1999) (zus. mit Born, C.; Erzberger, C.): Ein Bild des eigenen Lebens zeichnen. Zum Einsatz eines Kalenders als Visualisierungsinstrument zur Erfassung individueller Lebensverläufe. Sfb 186, Arbeitspapier Nr. 55. Universität Bremen (im Erscheinen).

Born, C. (1997): Das Ei vor Kolumbus. Frauen und Beruf in der Bundesrepublik Deutschland. In: Budde, G.-F. (Hg.): Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945. Göttingen, 46-61. **Dies.** (1997): Individualisierungs- und Chancengleichheitsmythos: Geschlecht als Strukturkategorie im westdeutschen Berufsbildungssystem. In: Rehberg, K.-S. (Hg.): 28. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, "Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften". Kongreßband II. Opladen, 33-38. **Dies.** (1998): Bildung und Beruf - für Männer und Frauen gleiche Kategorien? In: Heinz, W. R.; Dressel, W.; Blaschke, D.; Engelbrech, G. (Hg.): Was prägt Berufsbiographien? Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik. Nürnberg, BeitrAB 215, 89-108. **Dies.** (1999) (zus. mit: Erzberger, C.): Räumliche Mobilität und Regionalstichprobe. Zum Zusammenhang von Regionalität und Repräsentativität in der Lebenslaufforschung. Sfb 186, Arbeitspapier Nr. 54. Universität Bremen (im Erscheinen). **Dies.** (1999) (zus. mit: Krüger, H.): Vom patriarchalen Diktat zur Aushandlung. Facetten des Wandels der Geschlechterrollen im familialen Generationenverbund. In: Kohli, M., Szydlik, M. (Hg.): Gesellschaftliche Generationen, familiale Generationen. (im Erscheinen). **Dies.** (1999) (zus. mit: Krüger, H.): Vaterschaft und Väter im Kontext sozialen Wandels. Über die Notwendigkeit der Differenzierung zwischen strukturellen Gegebenheiten und kulturellen Wünschen. In: Walter, H. (Hg.): Männer als Väter. Konstanz (im Erscheinen).

Erzberger, C. (1997) (zus. mit: Prein, G.): Triangulation: Validity and empirically based hypothesis construction, *Quality & Quantity* 31, No.2, 141-154. **Ders.** (1998) Zahlen und Wörter. Die Verbindung quantitativer und qualitativer Daten und Methoden im Forschungsprozeß. Weinheim. **Ders.** (1998) (zus. mit: Kelle, U.): Qualitativ vs. Quantitativ? Wider den Traditionalismus methodologischer Paradigmen, *Soziologie* 3, 45-54. **Ders.** (1999): Relevanz und Redundanz: Das Problem der Zuverlässigkeit bei der Kodierung von Textsegmenten unter zeitlichen

Ressourcen. In: Schwengel, H. (Hg.): Grenzenlose Gesellschaft. Band 2. Pfaffenweiler (im Erscheinen). **Ders.** (1999): Landkarten des Lebens. Lebensverläufe von Frauen im Blickfeld des Sequenzmusteranalyse. Sfb 186, Arbeitspapier Nr. 56. Universität Bremen (im Erscheinen). **Ders.** (1999) (zus. mit: Kelle, U.): Integration qualitativer und quantitativer Methoden: methodologische Modelle und ihre Bedeutung für die Forschungspraxis. Erscheint in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*.

Krüger, H. (1997): Familie und Generation. Der Gender Gap in den Paarbeziehungen. In: Mansel, J.; Rosenthal, G.; Tölke, A. (Hg.): Generationen-Beziehungen, Austausch und Tradierung. Opladen, 31-42. **Dies.** (1997): Arbeit und Familie. In: Kahsnitz, D.; Ropohl, G.; Schmid, A. (Hg.): Handbuch zur Arbeitslehre. München/Wien, 41-57. **Dies.** (1997): Das Unpäßliche an der Familie. Zum Counterpart einer Institution in Bildungs- und Berufskarrieren. In: Hradil, S. (Hg.): Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Frankfurt/New York, 971-984. **Dies.** (1997): Frauenberufe und das "Mehr" an Bildung. Professionalisierungsdilemma in der Pflege. In: Themen aus der Frauenforschung, Band 7, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, 75-89. **Dies.** (1998): Les sexes "mixtes" et la structure des institutions. In: Mosconi N. (ed.): Égalité des sexes en éducation et formation. Éducation et Formation, biennales de l'éducation, Paris, 179-183. **Dies.** (1998): Geschlechtersensible Chancenforschung. In: WSI-Mitteilungen Nr. 2/1998, 51. Jahrgang, 143-152. **Dies.** (1998): Die Zukunft der Stadt – eine Frage von Zeitgestaltung und Geschlecht. In: Mückenberger, U. (Hg.): Zeiten der Stadt: Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftlichen Gestaltungsfeld, Bremen, 43-50. **Dies.** (1999): Gender and Skills. In: Culpepper, P.D.; Finegold, D.: The German Modell of Skill Provision in Comparative Perspective. Oxford (UK)/ Providence (USA), 189-227. **Dies.** (1999): Social Change in Two Generations. Employment Patterns and Their Costs for Family Life. In: Marshall, V. W.; Heinz, W. R.; Krüger, H.; Verma, A. (Hg.), *Restructuring Work and the Life Course*. Toronto: University Press (im Erscheinen). **Dies.** (1999): Geschlecht – eine schwierige Kategorie. Methodisch-methodologische Fragen der 'gender'-Sensibilität in der Forschung. In: Neusel, A.; Wetterer, A. (Hg.): Vielfältige Verschiedenheiten. Geschlechterverhältnisse in Studium, Hochschule und Beruf. Frankfurt (im Erscheinen). **Dies.** (1999) (zus. mit: Baldus, B.): Gender, Institutions and the Life Course: Social Construction and Individual Experience. In: *The Canadian Journal of Sociologie*, Issue 24, No.3, 27-56.

5.2 Außenaktivitäten und Fachkontakte

Konferenzen/Vorträge

Katherine Bird: 'Typical Female Occupations: Three Phases in the Life Course of German Women'. Lecture im Rahmen des Studienprogramms "Family Studies" an der City University London vom 27.4.1998 – 1.05.1998. **Dies.** zus. m. Christian Erzberger: 'Practical Interviewing'. Lecture im Rahmen des Studienprogramms "Family Studies" an der City University London vom 27.4.1998 – 1.05.1998.

Claudia Born: 'Bildungsniveau und Beruf. für Männer und Frauen gleiche Kategorien?' IAB-Kontaktseminar. Bremen, 16.09.1997. **Dies.:** 'Lebenslaufstrukturelle und berufssozialisatorische Aspekte von Beruf: Für Frauen und Männer das gleiche?' Institut für berufliche Bildung Hochschulbildung und Weiterbildungsforschung, TU Berlin, 14.01.1998, Berlin. **Dies.:** 'Family Biographies: Two Generations – one Family'. Lecture im Rahmen des Studienprogramms "Family Studies" an der City University London vom 27.4.1998 – 1.05.1998. **Dies.:** 'The Future of the Family'. Lecture im Rahmen des Studienprogramms "Family Studies" an der City University London vom 27.4.1998 – 1.05.1998. **Dies.:** 'The Importance of Gender for the Concept of Lifelong Learning'. Konferenz "Lifelong Learning in Europe II: Differences and Divisions- Strategies of Social Integration and Individual Learning Biographies". 14.- 16.05.1998, Lissabon. **Dies.:** 'Wie lange trägt eine Lehre? Zur Bedeutung der Berufsausbildung für den weiblichen Lebensverlauf. Ein Kohortenvergleich'. Projekt "Traumberuf und mehr", Volkshochschule Ammerland, Westerstede, 24.09.1998. **Dies.:** 'Berufswahlprozesse von Mädchen und ihre Auswirkungen auf den Lebenslauf. Berufsbildungswerk Marburg, 02.03.1999. **Dies.:** 'Berufliche Arbeit im Frauenleben. Vorstellungen und Realisierungschancen gestern und heute'. Frauennetzwerke und Existenzgründung, Bremen, 27.04.1999. **Dies.:** 'Arbeit im Frauenleben- Frauenarbeit im Leben. Zur Bedeutung von Beruf und Berufsausbildung'. Fortbildungslehrgang für Beauftragte für Frauenbelange des Landesarbeitsamtes Hessen, Oberursel, 25.05.1999.

Christian Erzberger: 'Analysis of Family Generations with "Optimal Matching Technique"'. Lecture im Rahmen des Studienprogramms "Family Studies" an der City University London vom 27.4.1998 – 1.05.1998. **Ders.:** 'Describing and Interpreting Family Structure'. Lecture im Rahmen des Studienprogramms "Family Studies" an der City University London vom 27.4.1998 – 1.05.1998. **Ders.:** 'Relevanz und Redundanz: Das Problem der Zuverlässigkeit bei der Kodierung von Textsegmenten unter zeitlichen Restriktionen'. Soziologentag, (Sektion Methoden), Freiburg 14-18.9.1998.

Helga Krüger: 'Asynchronien im Geschlechterverhältnis und familialer Wandel. Zur Analyse sich verändernder Beziehungsmuster im Generationenabstand.' Vortragsreihe des Forschungsschwerpunkts "Gesellschaft und Familie" der Universität Konstanz, 28.1.1997. **Dies.:** 'City Times and Gender Questions'. Internationale Tagung zu 'Politice degli horati scolastici', Universität Mailand, Italien, 21.3.-22.3.1997. **Dies.:** 'Zwischen Optionen und Chancen: Beruf als Strukturierungs-Marker des weiblichen Lebenslaufs.' Symposium: Frauenpolitik - Erfahrungen und Perspektiven. München, Deutsches Jugend-Institut, 11.7.1997. **Dies.:** 'Gender, Skills and Inter-Generational Change in the German Training System'. Dept. of Sociology, University of Alberta, Edmonton/Kanada, 10.9.1997. **Dies.:** 'Perceptions vs. Realities of the Gendered Life Course: The School to Work Transition'. Dept. of Sociology, University of Minneapolis, Minnesota, USA, 20.10.1997. **Dies.:** 'Missing Pieces. Analyzing the Gendered Life Course'. Center for Advanced Feminist Studies, University of Minneapolis/Minnesota/USA, 3.11.1997. **Dies.:** 'Gendering the Life Course: The Frozen Power of History'. Vortragsreihe 'Comparative Women's History', Dept. of History, University of Minnesota/Minneapolis/USA, 18.11.1997. **Dies.:** 'Social Change in a Gendered World: Linearity and Complexity in the Life Course'. Institute of Human Development, Life Course, and Aging' und Dept. of Sociology, University of Toronto/Ontario/Canada, 24.11.1997. **Dies.:** 'Lebensentwürfe im weiblichen Lebenszusammenhang'. Fachtagung: 'Zur Verortung weiblicher Lebensläufe in der Geschlechterforschung', Deutsches Jugend-Institut (DJI) München, 24.4.1998. **Dies.:** 'Social Change in Two Generations. Employment Patterns and Their Costs for Family Life'. Internationale Konferenz zu: 'Restructuring Work and the Life Course', Toronto/Kanada, 7.5-9.5.1998. **Dies.:** 'Methodisch-methodologische Fragen der 'gender'-Sensibilität in der Forschung.' Tagung: 'Frauen in Hochschule und Beruf'. 20-jähriges Jubiläum des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung der GSH, Kassel, 4.6.1998. **Dies.:** 'Professionalisierungsstrategien in der Pflege. Curriculum-Konstruktion und pflegerische Handlungskonzepte'. Fachtagung zu: Professionalisierung der Ausbildung in der Pflegepädagogik. Wien/Oesterreich, 29.6.1998. **Dies.:** 'Das Ungleichheitsdilemma der Geschlechter im Lebenslauf – eins der Normen, eins der Institutionen, eins der soziologischen Forschung?'. Fachtagung: 'Geschlechterdifferenz und soziale Ungleichheit', Universität Mainz, 8.10-10.10.1998. **Dies.:** 'Ressourcen, Amortisierungschancen und Geschlechterverhältnis. Kategorien der Ungleichheitsforschung auf dem Prüfstand'. Vortragsreihe des Instituts für Soziologie der Universität Mainz, 11.11.1998. **Dies.:** 'Die Geschlechterfrage in der Lebenslaufforschung und der Beitrag angrenzender Spezialgebiete in der Soziologie', Soziologisches Institut, Universität Hannover, 8.2.1999. **Dies.:** 'Neue Selbstbilder junger Frauen – alte

Teilprojekt B1
Krüger/Born u.a.

Übergangswege in den Beruf. Zum Spannungsverhältnis von Wandel und Behar-
rung im Geschlechterverhältnis in Deutschland'. Symposium des Deutschen Insti-
tuts für Japanstudien (DIJ) zu: Andere Welten? Jugend in Japan und Deutschland
im Vergleich, Tokyo/Japan, 27.4.-28.4.1999.

Fachkontakte

Prof. Kathleen Gerson, New York University
Prof. Jeylan Mortimer, University of Minnesota
Prof. Margrit Eichler, University of Toronto
Prof. Willem A. van der Kloot, Universiteit Leiden
Prof. Julie McMullin, University of Western Ontario
Prof. Victor Marshall, University of Toronto
Prof. Phyllis Moen, Cornell University, Ithaca
Prof. Angela O'Rand, Duke University, North Carolina
Prof. Susan Yeandle, Sheffield University

Teilprojekt B6

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts B6

Thema: Haushaltsdynamik und soziale Ungleichheit im internationalen Vergleich

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld	(GA) Projektleiter
Dr. Sonja Drobnič	(GA)
Dr. Karin Kurz	(GA) bis 9/98
Dipl. Inf. Beate Ernicke	(GA)
Dipl.-Soz.-Wiss. Andreas Timm	(EA)
Dipl.-Soz. Nikolei Steinhage	(EA) ab 12/98
Dipl.-Soz. Rolf Müller	(EA)
Dipl.-Soz. Thorsten Sommer	(EA) 5/97-9/98

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Kenntnisstand bei der Antragstellung
3. Angewandte Methoden
4. Ergebnisse und ihre Bedeutung
 - 4.1 Auflösung ehelicher und nichtehelicher Lebensgemeinschaften
 - 4.2 Erwerb von Wohneigentum als Statuspassage
 - 4.3 Koordinierte Verrentung im Haushaltskontext
 - 4.4 Integration von Rational Choice Theorie und Sozialstrukturanalyse
 - 4.5 Forschungsmethoden
5. Außenaktivitäten und Fachkontakte
 - 5.1 Vorträge, Konferenzbeiträge und Leitung von Workshops
 - 5.2 Fachkontakte und -kooperationen
6. Veröffentlichungen

1. Zusammenfassung

In der zurückliegenden Forschungsphase haben sich die Arbeiten des Projekts vor allem auf die Analyse der folgenden drei Fragen konzentriert: (1) Wie wirkt sich die Homogenität/Heterogenität in den Bildungsniveaus der Partner auf deren Trennungsneigung in nichtehelichen und ehelichen Gemeinschaften aus? (2) In welchen Lebensphasen, insbesondere in welchem Familien- und Haushaltskontext, wird Wohneigentum erworben und welche Auswirkungen hat dies auf zukünftige Ereignisse in der Partnerschaft und in der Erwerbskarriere der Ehepartner? (3) Wie sind in modernen Gesellschaften die Übergänge in die Verrentung innerhalb von Partnerschaften organisiert und wie beeinflussen sich die Lebensläufe der Partner dabei wechselseitig?

Folgende Resultate der empirischen Analysen sind hervorzuheben:

- a) Eheliche und nichteheliche Partnerschaften werden zunehmend durch eine Trennung beendet. Besonders häufig sind solche Trennungen/Scheidungen, wenn die Frauen mit einem geringer gebildeten Mann zusammenleben. Allerdings heiraten besonders höher gebildete Frauen insgesamt weniger. Geringer gebildete Männer sind die Verlierer auf dem Heirats- und Partnerschaftsmarkt. Sie werden insgesamt seltener als Partner gewählt, und wenn sie mit einer Partnerin zusammenleben, ist die Trennungsneigung sehr hoch.
- b) Arbeitnehmerhaushalte in der Bundesrepublik erwerben, anders als in einigen westlichen Nachbarländern, ähnlich häufig wie Angestellten-/Beamtenhaushalte Wohneigentum. Innerhalb der Arbeiterschaft realisieren un- und angelernte Arbeiter und ihre Haushalte weit seltener Wohneigentum. Die gute Chance von Arbeitern zum Häuserwerb resultiert zum Teil daraus, daß sie häufiger in ländlichen Gemeinden wohnen, wo die Baulandpreise niedriger und unterstützende familiäre Netzwerke verbreiteter sind. Von großer Bedeutung für die Bildung von Wohneigentum sind intergenerationale Transfers in der „Mitte“ des Lebens. Wohneigentum scheint generell einen stabilisierenden Einfluß auf Ehen zu haben – insbesondere dann, wenn es sich um ein geerbtes Haus handelt.
- c) Wenn beide Ehepartner bis ins Alter hinein erwerbstätig waren, hat der Haushaltskontext einen Einfluß auf den Zeitpunkt des Renteneintritts. Je höher das Haushaltseinkommen und je mehr Männer selbst zu diesem Einkommen durch die Erwerbsarbeit beitragen, desto länger bleiben sie erwerbstätig. Auch für

Frauen verringert ein hoher Beitrag zum Haushaltseinkommen die Wahrscheinlichkeit, früh in die Rente zu gehen, aber ebenso beeinflussen das Erwerbsverhalten des Partners, Kinder und die finanzielle Situation im Haushalt ihren Ruhestandzeitpunkt. Unterschiedlich hohe Investitionen in die Berufskarriere haben keinen Einfluß auf die koordinierte Verrentung.

Das Projekt hat sich darüber hinaus theoretisch damit beschäftigt, makro- und mikrosoziologische Ansätze zur Erklärung der Dynamik von Haushalten und Familien zu integrieren. In statistisch-methodischer Hinsicht hat das Projekt in der letzten Antragsphase vor allem Lösungsvorschläge entwickelt, wie auf sinnvolle Weise Übergangsratenmodelle geschätzt werden können, wenn die relevanten Ereigniszeitpunkte nur ungenau bekannt sind. Schließlich ist durch eine im Projekt entwickelte Software (TACOS) die Datenaufbereitung für komplexe Längsschnittanalysen mit mehreren zeitabhängigen Kovariablen beträchtlich vereinfacht und zeitlich verkürzt worden.

2. Kenntnisstand bei der Antragstellung

Auch wenn die Zahl der Längsschnittuntersuchungen in den letzten Jahren gestiegen ist, konzentrieren sich diese meist auf individuelle Lebensläufe und übersehen dabei die Folgen, die sich aus den Relationen im Haushalts- und Familienkontext ergeben. Das Projekt betrachtet die Entwicklungen im Lebenslauf hingegen als interdependente Prozesse. Erst die wechselseitige Abhängigkeit multipler Karrieren (z. B. von Partnerschafts- und Erwerbskarrieren) sowie die Verknüpfung multipler Lebensläufe im Haushaltskontext erlauben es, die verschiedenen Formen von sozialer Ungleichheit zu identifizieren und deren internationale Unterschiede besser zu verstehen.

Auf dieser Grundlage haben sich die inhaltlichen Arbeiten in der vergangenen Forschungsphase vor allem auf die empirische Untersuchung der folgenden drei inhaltlichen Teilfragen konzentriert: (1) Wie wirkt sich die Homogenität/Heterogenität in den Bildungsniveaus der Partner auf deren Trennungsneigung in nichtehelichen und ehelichen Gemeinschaften aus? (2) In welchen Lebensphasen, insbesondere in welchem Familien- und Haushaltskontext, wird Wohneigentum erworben und welche Auswirkungen hat dies auf zukünftige Ereignisse in der Partnerschaft und in der Erwerbskarriere der Ehepartner? (3) Wie sind in modernen Gesellschaften die Übergänge in die Verrentung innerhalb von Partnerschaften organisiert und wie beeinflussen sich die Lebensläufe der Partner dabei wechselseitig?

Homogamie und die Auflösung ehelicher und nichtehelicher Lebensgemeinschaften: Das Ausmaß bildungshomogener Partnerschaften wird vielfach als Indikator sozialer Schließung in einer Gesellschaft interpretiert. Die Bildungsdifferenz bei der Partnerwahl zeigt zudem, inwieweit sich eine traditionelle Rollenverteilung, die sich aus rein ökonomischen Überlegungen heraus ergibt, bei Beginn der Partnerschaft bereits abzeichnet.

Während in früheren Studien stets der Status des Ehemannes mit dem Status des Schwiegervaters verglichen wurde, werden heute vermehrt die Merkmale der Frauen selbst mit denen ihrer Männer verglichen. Eine Messung der Bildungshomogamie erfolgte dabei fast ausschließlich auf der Grundlage von Querschnittanalysen, die zwar beschreibend sind, aber die Dynamik der Partnerwahl nicht erklären können. Längsschnittanalysen zum Thema Bildungshomogamie konzentrieren sich, mit wenigen Ausnahmen, nur auf den Prozeß der Eheschließung und vernachlässigen den Prozeß in vorhergehenden nichtehelichen Lebensgemeinschaften.

Die Trennung von Partnerschaften, d.h. von Ehen *und* nichtehelichen Lebensgemeinschaften, ist bisher noch nicht unter dem Aspekt der Bildungsungleichheit und der sozialen Schließung untersucht worden. Dabei bietet gerade dieser Übergang hervorragende Möglichkeiten, die Partnerschaftsentscheidungen handlungstheoretisch zu erklären.

Das Ziel in der letzten Antragsphase ist es gewesen, Partnerschaftsentscheidungen, insbesondere die Entscheidung zur Auflösung der Partnerschaft, vor dem Hintergrund der sozialen Öffnung bzw. Schließung und der Rollenverteilung in der Partnerschaft zu beurteilen.

Erwerb von Wohneigentum als Statuspassage: Die wenigen bekannten Studien zu den Bedingungen und Konsequenzen des Erwerbs von Wohneigentum konzentrierten sich primär auf die wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen des Eigentumserwerbs, auf qualitative Untersuchungen zu den Bedingungen und Strategien des Eigentumserwerbs in spezifischen Subpopulationen und schließlich auf deskriptive Analysen zu sozialen Ungleichheiten des Wohnens.

Zwei Aspekte sind in bisherigen Studien vernachlässigt worden: (1) An welche Bedingungen im Lebenslauf der Erwerb von Wohneigentum gebunden ist bzw. welche Effekte die Entscheidung für Wohneigentum auf die Lebensläufe der be-

teiligten Individuen bzw. Paare hat; und (2) inwieweit arbeitsmarktproduzierte *soziale Ungleichheitsstrukturen* sich darauf auswirken, daß Personen mit guter Arbeitsmarktposition höhere Chancen auf eine Erbschaft oder Schenkung haben.

Darüber hinaus ist für die alte Bundesrepublik festzustellen, daß die Verteilung von Wohneigentum weniger stark Arbeitsmarktungleichheiten folgt, als zu erwarten wäre. So verfügten bis in die 80er Jahre Haushalte der Arbeiterschicht in ähnlich großem (oder sogar größerem) Ausmaß über Wohneigentum wie Angestellten- und Beamtenhaushalte. Zur Erklärung dieses Tatbestandes gibt es nur wenige aussagekräftige (quantitative) Studien.

Ziel des beantragten Projektes war es deshalb, ein besseres Verständnis der unterschiedlichen Chancen auf Eigentumbildung zwischen den sozialen Schichten zu gewinnen sowie die Relevanz intergenerationaler Vermögenstransfers bei der Bildung von Wohneigentum zu untersuchen. Zum anderen sollten die Bedingungen und Konsequenzen der Eigentumbildung auf die miteinander verknüpften Lebensläufe von Paaren herausgearbeitet werden.

Koordinierte Verrentung im Haushaltskontext: Der Übergang in den Ruhestand ist im überwiegenden Teil der bisherigen Forschung als isolierte Erfahrung behandelt worden, die sich durch Merkmale der Individuen, Arbeitsmarktbedingungen und institutioneller Strukturen, wie sie die Renten- und Sozialversicherungssysteme darstellen, erklären läßt. Die Forschung war zum einen auf diesem Gebiet durch ihren Fokus auf wachsende Arbeitslosigkeit und die Einführung von Vorruhestandsregelungen geprägt, zum anderen lag der Schwerpunkt auf der Altersvorsorge, dem Alterssicherungssystem sowie den spezifischen Regelungen im Rentenversicherungssystem. Dazu wurden Berufsausgliederungsprozesse in Deutschland fast ausschließlich im männlichen Lebenszusammenhang für wichtig erachtet und analysiert. Hierbei fehlte es meist an einer längerfristigen Lebenslaufperspektive.

In der deutschen empirischen Sozialforschung wird meist davon ausgegangen, daß der Zeitpunkt des Austritts aus dem Erwerbsleben sich aus gesetzlichen Altersgrenzen und betriebsspezifischen Besonderheiten dieser Altersgrenzen ergibt. In der amerikanischen Soziologie werden Lebensläufe seltener als Ergebnis institutioneller Vorgaben gesehen; dagegen wird eher nach den individuellen Gründen gefragt. Die wenigen Untersuchungen des Ruhestandsverhaltens im Haushalts-

kontext, die sich auf die Lebenslaufperspektive von Individuen konzentrierten, haben aber die Wechselwirkungen im Ruhestandsmuster zwischen den Ehepartnern auch für Deutschland gezeigt (Allmendinger 1990; Pischner und Wagner 1992). Die Frage für das Teilprojekt B6 war, wie der familiäre Kontext, haushaltsbezogene und paarbezogene Merkmale die Austrittszeitpunkte von Ehepaaren beeinflussen, wenn individuelle Lebenslauf- und Tätigkeitsmerkmale sowie Gesundheit berücksichtigt werden.

3. Angewandte Methoden

Das Projekt verfolgt bei der Untersuchung der Dynamik von Haushalten einen Längsschnitt- und Kohortenansatz. Im Unterschied zu den meisten Lebenslauforschungen betrachtet das Projekt deswegen nicht die einzelnen Individuen für sich, sondern versucht, die Statuspassagen der Individuen vor allem in Verbindung mit Familienzusammenhängen und Haushaltsgemeinschaften zu sehen. Mit der Methode der Ereignisanalyse werden Veränderungen im Lebenslauf in den interdependenten Prozessen modelliert und bieten uns einen Einblick in die Dynamik der Zusammenhänge.

Eine weitere wesentliche Methode des Projekts bestand im internationalen Vergleich. Solche Vergleiche bilden eine besonders wichtige Grundlage – nicht nur, um Einsichten in nationale Besonderheiten zu gewinnen, sondern auch, um valide Aussagen über strukturelle Rahmenbedingungen und Prozesse sozialen und institutionellen Wandels machen zu können. Dies betrifft beispielsweise unterschiedliche Formen des Bildungssystems, der Organisation von Arbeitsmärkten und von sozialen Sicherungssystemen. Das Projekt hat deswegen in der letzten Antragsphase kontinuierlich an der Erweiterung, Dokumentation und Nutzung seiner Datengrundlagen gearbeitet.

Für Deutschland sind die folgenden drei Datensätze übernommen, aufbereitet und ausgewertet worden: (1) die Lebensverlaufsstudie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin, (2) die Daten des Sozio-ökonomischen Panels des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, und (3) die Daten des deutschen Family and Fertility Surveys aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungswissenschaft in Wiesbaden.

Für den internationalen Vergleich wurden mehrere Längsschnittdatensätze herangezogen, die dem Projekt in Bremen direkt zur Verfügung stehen und/oder vom Projekt gemeinsam mit Kooperationspartnern aufbereitet und bearbeitet werden:

- USA: (1) die zwei National Surveys of Families and Households aus Madison (WI) und (2) die Panel Study of Income Dynamics aus Ann Arbor (MI), die alle drei vom Projekt in Bremen ausgewertet werden; (3) schließlich die Cornell Retirement and Well-Being Study, die von Phyllis Moen und Shin-Kap Han im Zusammenarbeit mit dem Projekt analysiert wurde;
- Slowenien: der Quality of Life Survey, der ebenfalls in Bremen verfügbar ist – Kooperationspartner sind hier Ivan Svetlik und Nevenka Černigoj Sadar aus Laibach;
- Polen: der polnische Family and Fertility Survey aus Warschau, der dem Projekt in Bremen zur Verfügung steht – Kooperationspartner sind hier Irena Kowalska und Ewa Fraczak aus Warschau;
- Dänemark: (1) ein vom Dänischen Statistischen Amt zugänglich gemachter Längsschnittdatensatz (IDA), der gemeinsam mit Sören Leth-Sørensen, Århus, bearbeitet wurde;
- Niederlande: der Dutch Family Survey (NFS) und der Family Survey of the Dutch Population (FSDP), die in Kooperation mit Wout Ultee, Nan Dirk de Graaf, Wilma Smeenk und John Hendrickx in Nijmegen sowie Wim Bernasco in Utrecht vergleichend ausgewertet wurden;
- Belgien: Panel Study of Belgian Households (PSBH), der in Kooperation mit Martine Corijn bearbeitet und ausgewertet wurde;
- Italien: der National Fertility Survey und der Italian Household Longitudinal Survey, die von Fabrizio Bernardi in Kooperation mit dem Teilprojekt bearbeitet wurden;
- Schweden: Swedish Family Survey - Kooperationspartner sind Ursula Henz und Marianne Sundström; Swedish Level of Living Survey (LNU), der von Ursula Henz und Jan O. Jonsson gemeinsam mit dem Projekt ausgewertet wurde;
- Ungarn: Social Mobility and Life History Survey wurde von Peter Róbert und Erzsébet Bukodi in Zusammenarbeit mit dem Projekt ausgewertet;

- Spanien: Sociodemographic Survey, der von María José González Lopez in Zusammenarbeit mit dem Projekt ausgewertet wurde;
- Großbritannien: British Household Panel Study (BHPS); Kooperationspartner des Projekts sind hier Shirley Dex (Cambridge), Andrew McCulloch, Brendan Halpin und Tak Wing Chan (alle Essex University);
- Frankreich: French Survey on Education and Qualifications (FQP), der von Dominique Goux und Eric Maurin in Kooperation mit dem Projekt ausgewertet wurde;
- Israel: die Volkszählungen von 1993 und 1995, die von Haya Stier und Yossi Shavit gemeinsam mit dem Projekt ausgewertet wurden.

4. Ergebnisse und ihre Bedeutung

Im Folgenden sollen nur summarisch die wichtigsten inhaltlichen Projektergebnisse dargestellt werden.

4.1. Auflösung ehelicher und nichtehelicher Lebensgemeinschaften

Die meisten Studien über die Beendigung von Partnerschaften beziehen sich zum einen auf Ehen und betrachten zum anderen den Scheidungszeitpunkt als das signifikante Ereignis. In der heutigen Zeit ist es aber in Anbetracht der ständig steigenden Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften sicherlich notwendig, diese Form der Partnerschaft bei der Analyse von Trennungen mit einzubeziehen. Zum anderen ist es aus theoretischen Gesichtspunkten heraus problematisch, den Scheidungsstermin als den Zeitpunkt der Auflösung ehelicher Partnerschaften zu verwenden. Mindestens zwei Argumente sprechen dafür, in den Analysen den Trennungszeitpunkt zu verwenden: (1) Die eheliche Gemeinschaft ist bereits mit der Auflösung der häuslichen Gemeinschaft aufgehoben und nicht erst mit der förmlichen Scheidung. Auch die finanzielle Versorgungspflicht ist im Trennungsjahr in gleicher Weise gegeben wie nach einer Scheidung. Daher ist es angebracht sich auf das Ereignis zu konzentrieren, das eher eintritt, und das ist in aller Regel das Trennungseignis. (2) Will man nichteheliche Lebensgemeinschaften und Ehen miteinander vergleichen, dann ist es erforderlich, für beide Partnerschaftsformen die gleichen Definitionen zu verwenden. Auch deshalb beziehen sich die Studien in diesem Projekt auf Trennungseignisse und nicht auf Scheidungseignisse.

In Fortsetzung der Analysen zu den bildungshomogenen Eheschließungen sollte vor allem untersucht werden, ob sich ähnliche Trends zur sozialen Schließung bei den Übergängen von nichtehelichen Lebensgemeinschaften zur Eheschließung und bei der Trennung von Paaren zeigen. Dabei liegen dieser Analyse drei unterschiedliche theoretische Fragen zugrunde: (1) Haben sich die Partnerschaften zunehmend enttraditionalisiert? (2) Sind die Partnerwahlprozesse ein Resultat struktureller Gegebenheiten oder aber sind sie eher handlungstheoretisch zu erklären? (3) Inwieweit kommt es durch die Partnerschaftsentscheidungen zur Öffnung oder Schließung sozialer Kreise?

Der Anteil verheirateter Personen im Alter von 20 bis 40 nimmt über die Kohorten hinweg rapide ab. Gleichzeitig bleibt der Anteil der Personen in dieser Altersklasse, die in eheähnlichen Lebensgemeinschaften leben, relativ konstant. Damit verändert sich das Verhältnis von eheähnlichen Lebensgemeinschaften zu Ehen beträchtlich. Die Ehe als die traditionelle Partnerschaftsform verliert zumindest in dieser Lebensphase an Bedeutung.

Zu den besonderen Merkmalen traditioneller Partnerschaften gehört es, daß die Paare verheiratet sind. Der traditionelle Inhalt der Ehe wird dabei in der Zeugung und Erziehung von Kindern und in der gegenseitigen Unterstützung in der typischen geschlechtsspezifischen Rollenverteilung gesehen. Die Reproduktionsfunktion der Ehe wird aber zum einen durch einen steigenden Anteil von Frauen ohne Kinder und zum anderen durch eine abnehmende Anzahl von Kindern pro Frau in modernen Ehen immer mehr in Frage gestellt. Zudem zeigt sich an Hand erhöhter Raten außerehelicher Geburten und erhöhter Scheidungsziffern, daß sich die Reproduktion mehr denn je auch außerhalb der ehelichen Familie vollzieht.

Unsere Ergebnisse für Deutschland zeigen, daß trotz dieser Entwicklung die Partner für eine Ehe auch heute noch so gewählt werden, daß die traditionelle Rollenverteilung zwischen den Partnern zumindest erleichtert wird. Dabei korrigiert das Trennungsmuster die traditionelle Partnerwahl nicht, sondern verstärkt noch den Prozeß traditioneller Orientierungen, weil Partnerschaften, in denen der Mann eine niedrigere Bildung hat als die Frau, einem höheren Trennungsrisiko unterliegen. Der hohe Anteil an Aufwärtsheiraten von Frauen und bildungshomogenen Eheschließungen ist daher wohl nicht nur strukturell – also durch die jeweils gegebene

Bildungsverteilung junger Männer und Frauen – bedingt, sondern scheint auch aus traditionellen Orientierungen hervorgegangen zu sein. Darüber hinaus ist die Tatsache, daß niedriger gebildete Frauen eher eine Ehe oder Partnerschaft eingehen, ein Zeichen dafür, daß das traditionelle Bild der Ehe als Versorgungsinstitution für verschiedene Gruppen weiterhin Bestand hat. Dennoch muß festgestellt werden, daß heute die Ehe nicht als alleinige Quelle der Versorgung angesehen wird. Denn Frauen verlassen sich heute weniger denn je darauf, daß sie von einem potentiellen (männlichen) Partner versorgt werden, sondern sie sichern sich zunehmend durch eine höhere Ausbildung und eigene Erwerbstätigkeit ab, wodurch sie dann auch eher ohne Partner ökonomisch und sozial auf eigenen Beinen stehen können. Die Ausbildung ist also für Frauen ein zunehmend wichtiger Bestandteil des Lebenslaufs und ein Grundstein zur finanziellen Unabhängigkeit geworden. Die eigene Selbständigkeit hat in vielen europäischen Ländern heute zunächst Vorrang vor familialen Entscheidungen.

Insgesamt konnte im Projekt festgestellt werden, daß eheähnliche Lebensgemeinschaften bezüglich der Bildungsunterschiede der Partner eine Selektionsschwelle für die darauffolgende Eheschließung darstellt. Dabei läuft der Selektionsprozeß nicht direkt über die Heiratsrate, sondern über die Trennungsrate. Durch die erhöhte Trennungsrate bei Paaren, in denen der Mann eine geringere Bildung hat als die Frau, bleiben weniger Paare übrig, die dann eine Ehe eingehen können. Die eheähnliche Lebensgemeinschaft fungiert also hinsichtlich der sozialen Schließung/Öffnung ein wenig wie eine 'Probeehe'.

Die eheähnliche Lebensgemeinschaft ist aber auch heute in vielen modernen Gesellschaften noch immer kein „Ersatz“ für die Ehe, denn dann, wenn in einer nichtehelichen Gemeinschaft eine Schwangerschaft ins Spiel kommt, gibt es, trotz steigender Zahlen außerehelicher Geburten, noch immer einen starken Druck zur Eheschließung. Besonders in Deutschland werden Geburten heute noch durch eine „vorgezogene“ Eheschließung „legalisiert“. Traditionelle Strukturen verschwinden deswegen weniger innerhalb von Partnerschaften, sondern vielmehr dadurch, daß zumindest zeitweilig bestimmte Partnerschaften vermieden werden.

Die soziale Schließung bzw. Öffnung durch Partnerwahl ist ein komplexes Phänomen und wird durch vielerlei Faktoren beeinflusst: Einerseits entsteht über die

Partner(ab)wahlen eine Tendenz zur sozialen Schließung, da sich die Paare mit gleichen Bildungsniveaus eher finden und ihre Partnerschaften zudem stabiler sind. Andererseits sind Partnerschaften insgesamt viel instabiler geworden und Partnerschaften werden später eingegangen, so daß es zumindest in den jungen Jahren sehr viel „Lebenszeit“ ohne Partnerschaft gibt. Hiervon sind insbesondere Männer mit niedrigem und Frauen mit hohem Bildungsabschluß betroffen. Männer mit niedrigerer Bildung werden systematisch von Partnerschaften ausgeschlossen, da sie aus traditioneller und ökonomischer Sicht auf dem „Partnermarkt“ weniger attraktiv sind. Frauen mit hoher Bildung, scheinen sich zum Teil selber auszuschießen, da sie aus einer Partnerschaft einen „geringeren“ Nutzen erzielen können als weniger gebildete Frauen und es für sie aufgrund sozialer Normen noch immer schwer ist, einen geringer qualifizierten Mann als Partner zu wählen. Das heißt, daß die soziale Ungleichheit durch die Partnerschaftsentscheidungen zumindest nicht verstärkt oder abgeschwächt wird, da höher gebildete Frauen und niedrig gebildete Männer ihre Ressourcen weder mit einem Partner kumulieren noch ausgleichen.

Mitte Dezember 1999 wird vom Projekt B6 eine internationale Konferenz zum Thema „Bildungshomogenität und Auflösung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften und Ehen“ durchgeführt. Forscher aus 12 Ländern werden dort vergleichbare Analysen vorstellen und die Generalisierbarkeit der in diesem Projekt gefundenen Ergebnisse anhand empirischer Daten aus anderen Ländern überprüfen.

4.2 Bedingungen und Konsequenzen des Erwerbs von Wohneigentum

Im Rahmen des Projektes wurde in quantitativen Längsschnittanalysen den folgenden beiden Problemkomplexen nachgegangen: (1) den Mechanismen der Produktion sozialer Ungleichheiten beim Erwerb von Wohneigentum bei Ehepaaren (Kurz 1998; 1999a; 1999b); und (2) den Konsequenzen des Erwerbs von Wohneigentum auf die Lebensläufe von Ehepaaren am Beispiel der Scheidung (Ostermeier und Blossfeld 1998).

In den Untersuchungen zu den Zusammenhängen zwischen sozialer Ungleichheit und dem Erwerb von Wohneigentum wurde zunächst deutlich, daß in Westdeutschland bis Anfang der 80er Jahre Wohneigentum ganz eindeutig eine Domäne von Ehepaaren war (Kurz 1998). Dies ist zum Teil der Tatsache geschuldet, daß

der Erwerb von Wohneigentum für die meisten Haushalte erhebliche finanzielle Anstrengungen impliziert, die noch am ehesten in (langfristig ausgerichteten) Paarhaushalten bewältigt werden können.

Bei den Analysen für Ehepaare der Geburtskohorten 1930, 1940 und 1950 lag der Fokus auf der Erklärung des überraschenden Querschnittbefundes, daß Arbeiterhaushalte in der alten Bundesrepublik ähnlich häufig in den eigenen vier Wänden leben wie Angestellten- und Beamtenhaushalte (Kurz 1999b). Als erstes stellte sich heraus, daß sich der Prozeß der Eigentumsbildung zwischen den Geburtskohorten kaum verändert hat. Bezüglich der Arbeiterschicht ließ sich feststellen, daß es erhebliche Differenzen in den Übergangsraten zu Wohneigentum gibt: Während Facharbeiter und Meister ähnliche Chancen auf Wohneigentum haben wie Angestellte und Beamte, haben un- und angelernte Arbeiter deutlich schlechtere Chancen als alle anderen beruflichen Gruppen. Daß im Aggregat schließlich nur geringfügige Unterschiede zwischen den Arbeitern insgesamt und den Angestellten/Beamten erscheinen, ist im wesentlichen auf einen Kompositionseffekt zurückzuführen: Arbeiter wohnen häufiger auf dem Land, wo die Baulandpreise niedriger und unterstützende soziale Netzwerke verbreiteter sind.

Keine Belege fanden sich für die Hypothese, daß Arbeiterhaushalte in besonderem Maße die Strategie einsetzen, über die zusätzliche Berufstätigkeit der Ehefrau das Haushaltseinkommen zu steigern, um die Eigentumsbildung zu erleichtern. Erwerbstätigkeit der Frau erhöht in *allen* sozialen Schichten die Wahrscheinlichkeit, daß ein Übergang zu Wohneigentum stattfindet. Hingegen fanden sich Indizien für die Bedeutung sozialer Netzwerke in der Arbeiterschicht, womit die Eigentumsbildung trotz niedrigerer Einkommen erleichtert wird: Vor allem die am stärksten benachteiligte Gruppe, die Haushalte der un- und angelernten Arbeiter, scheint in dörflichen Strukturen ihre Chance auf Wohneigentum stärker verbessern zu können als andere Gruppen. Gleichzeitig gilt, daß dann, wenn der Befragte selbst aus einem Arbeiterhaushalt stammt, eher Wohneigentum gebildet wird – und zwar unabhängig davon, ob schon in der Herkunftsfamilie Eigentum vorhanden war oder nicht.

Klare Hinweise gab es auf die Bedeutung von intergenerationalen Transfers. Wohneigentum der Eltern erhöht in allen sozialen Schichten die Wahrscheinlichkeit der

eigenen Eigentumsbildung – in besonderem Maße aber in Haushalten mit eher schlechter Einkommenssituation (bei Arbeitern sowie bei einfachen und mittleren Angestellten/Beamten). Wie in anderen Studien festgestellt wurde, gilt aber gleichzeitig, daß genau diese Gruppen seltener Vermögenstransfers erhalten (Lauterbach/Lüscher 1996; Szydlík 1999). Damit deutet sich eine Kumulation von Nachteilen für diese Haushalte an.

Wohneigentum und soziale Ungleichheit ist auch das Thema einer internationalen Konferenz, die am 3.-4. Dezember 1999 vom Projekt B6 durchgeführt wird. Dort sollen von Forschern aus 13 Ländern vergleichbare Analysen zu der im Projekt durchgeführten vorgestellt werden, um genaueren Aufschluß darüber zu gewinnen, wie unterschiedliche nationale Kontexte die Wohneigentumsbildung und die damit verbundenen Prozesse sozialer Ungleichheit beeinflussen.

Eine weitere Arbeit hat sich mit den Konsequenzen des Erwerbs von Wohneigentum auf die Lebensläufe von Ehepaaren am Beispiel der Scheidung konzentriert (Ostermeier und Blossfeld 1998). Die Analysen zu den Auswirkungen von Wohneigentum bauten dabei auf einer familienökonomischen Interpretation von Wohneigentum als ehespezifische Investition auf (Becker/Landes/Michael 1977). Es zeigte sich, daß Ehepartner mit Wohneigentum in ihren Lebensläufen in stärkerem Maße „aneinander gekettet“ sind als jene ohne Wohneigentum. Die hohen Kosten bei Auflösung des gemeinsamen Eigentums machen eine Scheidung unattraktiver. Daneben wurde die Hypothese aufgestellt, daß im Falle einer Erbschaft die Ehestabilität größer sein sollte, als wenn das Haus gekauft oder gebaut wurde. Mit einem geerbten Haus wird eine stärkere Einbindung in das familiäre und verwandtschaftliche Netzwerk und ein höherer Symbolcharakter des Hauses verbunden. Es wird also bei geerbtem Hauseigentum von einem höheren Nutzen als bei einem gekauften oder gebauten Haus ausgegangen, wodurch die Ehestabilität tendenziell erhöht werden sollte. Die Analysen mit den Daten des sozioökonomischen Panels, in denen auch weitere zentrale Determinanten der Ehestabilität berücksichtigt wurden, stützten beide Hypothesen. Wohneigentümer und insbesondere Eigentümer eines geerbten Hauses scheinen tatsächlich stabilere Ehen zu führen als Paare, die zur Miete wohnen.

4.3 Koordinierte Verrentung im Haushaltskontext

Bei den vorliegenden Untersuchungen des Ruhestandsverhaltens in der deutschen empirischen Sozialforschung wird meist davon ausgegangen, daß sich der Zeitpunkt des Austritts aus dem Erwerbsleben aus gesetzlichen Altersgrenzen und anderen institutionellen Vorgaben ergibt, z. B. betriebspezifischer Personalpolitik. In der Forschungsliteratur über den Eintritt in den Ruhestand werden als wichtige Faktoren für die Wahl des Ruhestandszeitpunktes das Lebensalter, die Gesundheit und die berufliche (finanzielle) Situation benannt. Dem Haushaltskontext wird aber nur geringe Aufmerksamkeit gewidmet.

In diesem Projekt wurde der Übergang in den Ruhestand als ein Ereignis am Ende der Erwerbskarriere angesehen, das in eine neue Phase im Lebensverlauf führt. Eines der wichtigsten Postulate der Lebenslauftheorie ist der Zusammenhang zwischen frühen und späten Übergängen im Lebenslauf. Es war deshalb zu vermuten, daß frühe familiäre Ereignisse und geschlechtsspezifische Rollen innerhalb der Ehe einen Einfluß auf spätere Übergänge – einschließlich des Zeitpunktes der Verrentung – haben. In diesem Sinne ist die Verrentung als ein Übergang im Lebenslauf sequentiell mit früheren Ereignissen und der Erwerbstätigkeitsdynamik verbunden. Die Lebenslauftheorie betont auch die wechselseitige Abhängigkeit der Lebensgeschichte der Familienmitglieder. Wenn man untersucht, wie ältere Paare ihre Verrentung koordinieren, sollten auch die Charakteristika von Partnern und deren Erwerbsmuster berücksichtigt werden. Ausgehend von diesen Überlegungen wurden nicht nur die späten Familienmuster, sondern auch die lebenslange Arbeitsaufteilung und Erwerbsmuster innerhalb der Ehe untersucht.

Bei der Analyse von Ehepaaren, bei denen im Alter von 50 Jahren beide erwerbstätig waren, wurde die Wichtigkeit der „üblichen“ Faktoren bestätigt: Alter, Bildungsniveau, berufliche Stellung, Firmengröße und Gesundheit spielen beim Ruhestandszeitpunkt eine wichtige Rolle. Darüber hinaus ist aber auch der Haushaltskontext von Bedeutung, insbesondere für Frauen. Für Männer ist hauptsächlich die Höhe des Haushaltseinkommens und ihr eigener Anteil daran entscheidend. Je höher das Haushaltseinkommen und je mehr sie selbst zu diesem Einkommen durch die Erwerbsarbeit beitragen, desto länger bleiben Männer erwerbstätig. Auch für Frauen verringert ein hoher Beitrag zum Haushaltseinkommen die

Wahrscheinlichkeit früh in die Rente zu gehen. Aber ein gut verdienender Ehemann und ein eigener niedriger Beitrag zum Erwerbseinkommen beschleunigen die Verrentung der Ehefrau. Ein erwerbstätiger Ehemann und die Zahl der Kinder zeigen einen signifikant späteren Rentenzugang der Ehefrau an. Wir interpretieren dies als den Versuch, sich an den späteren Rentenzugang des Ehemannes anzunähern; der Effekt der Kinder wird als kontinuierliche finanzielle Belastung des Ehepaares interpretiert, was den Übergang von Müttern in die Rente verschiebt.

Frauen reagieren empfindlicher auf die Arbeitsmarktsituation als Männer. Auch wenn sie nicht unmittelbar vor der Verrentung arbeitslos sind, hat die kumulative Arbeitslosigkeit in ihrer Erwerbskarriere einen Einfluß auf frühere Verrentung. Auch bei gesundheitlichen Faktoren wurden subtile Unterschiede zwischen Männern und Frauen gefunden: Bei Männern wirkt sich nicht nur der aktuelle Gesundheitszustand auf den Verrentungszeitpunkt aus, sondern auch die langfristig schlechte Gesundheit, die durch Kuren und den Erwerbsunfähigkeitsstatus gekennzeichnet ist. Bei den Frauen hingegen sind diese Indikatoren von länger andauernden gesundheitlichen Beschwerden nicht signifikant. Es liegt die Vermutung nahe, daß Frauen mit ernstesten gesundheitlichen Problemen schon früher aus dem Arbeitsmarkt aussteigen und deswegen in unserer Analyse nicht repräsentiert sind.

Ferner wurde die spezifische Frage nach den dynamischen Wechselwirkungen der Partnerkarrieren beim Übergang in die Verrentung (Synchronisierungsthese) überprüft. Dabei wurden Ehepaare berücksichtigt, die innerhalb von 18 Monaten in Rente gehen. Es wurde die Hypothese bestätigt, daß ein institutionell günstiger Altersabstand (älterer Ehemann) aber auch größere Bildungsdifferenzen (Ehemann mit höherem Bildungsniveau) den gemeinsamen Rentenzugang begünstigen. Der Status als Selbständiger hat keinen Einfluß auf die Verschiebung des Rentenzeitpunktes; es läßt sich vermuten, daß die Eheleute, die in einem gemeinsamen Familienbetrieb arbeiten, den Ausstieg aus dem Erwerbsleben gemeinsam planen. Keine Belege fanden sich für die Hypothese, daß koordinierte Verrentung besonders bei den Paaren vorkommt, wo beide Partner innerhalb der Ehe in ihre Berufskarriere investiert haben, d. h., wenn die Frau ähnliche Berufsressourcen aufweist wie ihr Ehemann und langfristig im Arbeitsmarkt integriert war. Im Gegenteil, je länger

Frauen erwerbstätig waren, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, mit dem Ehepartner gemeinsam in die Rente zu gehen. Das gilt insbesondere für Frauen, die länger in Teilzeit gearbeitet haben. Ferner zeigt sich die Tendenz, daß bei der synchronen Verrentung die gesundheitlichen Faktoren und die berufliche Situation eine geringere Rolle spielen als beim Ruhestandzeitpunkt im allgemeinen.

Diese Analyse ist auf verheiratete Paare beschränkt, bei denen beide Partner bis ins Alter hinein erwerbstätig waren. Diese Situation betrifft allerdings nur einen kleinen Teil der älteren Population. Da aber die Gruppe der langjährig erwerbstätigen Ehefrauen zunimmt – auch im Hinblick auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den neuen Bundesländern – dürfte künftig mit einer größeren sozialpolitischen Relevanz des Rentenzugangsverhaltens im Haushaltskontext zu rechnen sein.

In Kooperation mit dem Projekt C5 wird am 19.-20. November 1999 eine internationale Tagung mit dem Titel „Retirement in Household Context: Retirement Exits and Economic Well-Being“ veranstaltet.

4.4 Integration von Rational Choice Theorie und Sozialstrukturanalyse

Innerhalb des Projekts wurde versucht, den theoretischen Ansatz der Rational Choice Theorie in die empirischen Sozialstrukturanalyse zu integrieren (Blossfeld/Prein 1998). Die Ausgangsthese war, daß sich nur wenige empirische Sozialstrukturanalysen allein auf makrosoziologische oder mikrosoziologische Argumente stützen können. Vielmehr muß eine theoretisch gehaltvolle empirische Sozialstrukturanalyse die strukturelle mit der individuellen Ebene kombinieren.

Zum einen gehört zu diesem Ansatz, daß die jeweiligen historischen Bedingungen und Prozesse identifiziert werden, die die Veränderungen auf der strukturellen Ebene dominieren. Zum anderen müssen die Mechanismen benannt werden, die es uns erlauben, das Zusammentreffen intentional handelnder Individuen mit dem sozialen Wandel als eine Folge von Wahlprozessen zeitbezogen zu rekonstruieren.

Will man den sozialen Wandel verstehen, so muß man bei den Prozessen die Funktion der Zeit berücksichtigen. Die Funktion der Zeit besteht darin, daß sie einen sich kontinuierlich verändernden Bezugspunkt liefert. Insbesondere für das kausale Verständnis ist es wichtig, vorhergehende Ereignisse von nachfolgenden Ereignissen zu differenzieren.

Die Form der statistischen Analyse, die den Ansprüchen der Integration von individueller Handlungstheorie und Sozialstrukturanalyse am ehesten genügt, ist die Längsschnittdatenanalyse mit integrierter Kohortenanalyse. Mit diesem empirisch-theoretischen Ansatz lassen sich sowohl individuelle als auch strukturelle Einflußfaktoren dynamisch in ein Modell integrieren, wobei die kausale Ordnung durch die Dimension der Zeit berücksichtigt wird.

Einerseits kann die Rational Choice Theorie nicht ohne Sozialstrukturanalyse existieren, da diese die Rahmenbedingungen beschreibt, innerhalb derer Individuen handeln. Andererseits erwacht die Sozialstrukturanalyse erst dann zum Leben, wenn individuelle Handlungsstrategien zum Verständnis integriert werden. Wir plädieren daher für eine Integration von handlungstheoretischen Modellen mit der Sozialstrukturanalyse im Längsschnitt- und Kohortendesign als empirisches Komplement.

4.5 Forschungsmethoden

Die empirischen Untersuchungen des Projekts haben sich wesentlich auf Längsschnittdaten gestützt. In erster Linie werden im Projekt statistische Methoden der Ereignisanalyse verwendet. Zu deren Weiterentwicklung hat das Projekt in der letzten Antragsphase das Folgende beigetragen:

(1) Im Projekt wurde die Frage behandelt, wie auf sinnvolle Weise Übergangsratenmodelle geschätzt werden können, wenn die relevanten Ereigniszeitpunkte nur ungenau bekannt sind (Steinhage im Erscheinen). Es wurde die Problematik eines „Zeitaggregationsbias“ herausgearbeitet und auf das Problem kurzer Verweildauern, welches mit diesem meist einhergeht, hingewiesen. Insbesondere hat das Projekt einen Ansatz zur Verminderung des Zeitaggregationsbias vorgeschlagen und anhand von Simulationen herausgearbeitet, unter welchen Bedingungen Zeitaggregation und das „Short Spell“-Problem zu einem gravierenden Bias in den Modell-schätzungen führen können (Steinhage im Erscheinen).

(2) Mit zunehmender Verbreitung ereignisanalytischer Methoden treten verstärkt Probleme der Datenaufbereitung in den Vordergrund. Gerade die Aufbereitung von Längsschnittdaten stellt Anforderungen, die herkömmliche Standardstatistiksoftware nicht erfüllen kann. Es wurde deswegen im Projekt ein Computerprogramm (TACOS) entwickelt, welches Probleme und Schwierigkeiten, die sich bei

der Aufbereitung von Längsschnittdaten ergeben, zu lösen vermag (Steinhage 1999). Hierzu gehören: (1) Transformation von Ereignisdaten in andere Datenformen wie zum Beispiel Paneldaten und Sequenzdaten; (2) Simulation von Beobachtungsdesings; (3) Prozeduren zur Korrektur überlappender Episoden und zum Füllen von Lücken; (4) Integration von zeitveränderlichen Makrodaten; (5) Multi-File-Multi-Episode-Matching, welches die Aufbereitung zeitveränderlicher Daten vereinfacht und modulare Datenaufbereitung ermöglicht, was eine Wiederverwendung bereits aufbereiteter Daten vereinfacht und so einen Zeitgewinn verspricht; (6) einige statistische Prozeduren und weitere aufbereitungsbezogene Prozeduren. Hierdurch wird ein enormer Zeitgewinn bei der Aufbereitung von Episodendaten erreicht und die Nutzung bereits aufbereiteter Datenbestände vereinfacht.

5. Außenaktivitäten und Fachkontakte

5.1 Vorträge, Konferenzbeiträge und Leitung von Workshops

1997

Blossfeld: Visiting Professor, Nuffield College, Oxford, England, März 1997.

Blossfeld: Leitung eines Workshops „Event History Analysis“, European University Institute, Florenz, Italien Oktober 1997.

Blossfeld: Vortrag zum Thema „Das Bildungssystem als Heiratsmarkt“, Universität Wien, Österreich, November 1997.

Blossfeld und Drobnič: Leitung und Durchführung eines Workshops zum Thema „Couples' Careers in a Dynamic Perspective“, Sonderforschungsbereich 186, Universität Bremen, Bremen, 20.-21. Juni 1997.

Drobnič: Labour Market Dynamics in Slovenia: Exits from Unemployment, Vortrag auf der PHARE-ACE Konferenz „Labour Market Policies, Income support, and Work Incentives in Transition Economies“, Ljubljana, 21-22 Februar 1997.

Drobnič: Employment Patterns: A Crossroad Between Class and Gender, Vortrag auf der Konferenz „Couples' Careers in a Dynamic Perspective“, Universität Bremen, 20.-21. Juni 1997.

Müller: Über die Anwendbarkeit von Längsschnittanalysen für die Sozialberichterstattung, Vortrag auf dem Seminar „Armutskarrieren in Bremen und Südtirol“, Amt für Senioren und Sozialsprengel, Bozen, Italien, 12.-13. Juni 1997.

Müller: Data Preparation of International Social Assistance Data, Vortrag auf der Konferenz im Rahmen des ESOP-Projekts „Evaluation of Social Policies at the Urban Level: Income Support for the Able Bodied“, Zentrum für Sozialpolitik, Bremen, 20.-22. Juni 1997.

Müller: Duration in Social Assistance for several Target Groups, Vortrag auf der Konferenz im Rahmen des ESOP-Projekts „Evaluation of Social Policies at the Urban Level: Income Support for the Able Bodied“, Universität von Barcelona, Spanien, 24.-26. Oktober 1997.

Timm: Homogamie im internationalen Vergleich, Vortrag auf dem Kontaktseminar beim Sfb 186 mit dem IAB, Bremen, 15.-19. September 1997.

1998

Blossfeld: Vortrag zum Thema: „Educational Homogamy in Cross-national Perspective“, Cornell University, Januar 1998

Blossfeld: Vortrag zum Thema: „Coupled Careers in Modern Societies“, Cornell University, Januar 1998

Blossfeld: Leitung eines Workshops zum Thema „Event History Analysis“, Nuffield College, Oxford, England, März 1998.

Blossfeld: „Gleich und gleich gesellt sich gern: Homogamieprozesse in modernen Gesellschaften“, Antrittsvorlesung, Universität Bielefeld, Oktober 1998.

Blossfeld und Drobnič: Between Traditionalism and Emancipation: A Comparison of Employment Patterns of Couples in Modern Societies, Vortrag auf der European Research Conference „Inequality and Social Exclusion in Europe: The Role of the Family and Social Networks“, Castelvecchio Pascoli, Italy, 3.-4. April 1998.

Blossfeld und Timm: Leitung und Durchführung eines Workshops zum Thema „Assortative Mating“, Sonderforschungsbereich 186, Universität Bremen, Bremen, 21.-22. November 1998.

Blossfeld und Timm: Who Marries Whom in Germany, Vortrag auf dem „Workshop on Assortative Mating“, Universität Bremen, Bremen, 21.-22. November 1998.

Blossfeld und Timm: Who Marries Whom in the United States, Vortrag auf dem „Workshop on Assortative Mating“, Universität Bremen, Bremen, 21.-22. November 1998.

Drobnič: Retrospective Data as a Basis for Life Course Research: A study on Employment Strategies of Married and Lone Mothers in the USA and Germany, Vortrag auf der „Frühjahrstagung 1998“ der Sektion Methoden der empirischen Sozialforschung der deutschen Gesellschaft für Soziologie, DJI, München, 27.-28. März 1998.

Drobnič: Combining Job and Family. Employment Strategies of Married and Lone Mothers in the USA and Germany, Vortrag auf der European Research Conference „Inequality and Social Exclusion in Europe: The Role of the Family and Social Networks“, Castelvecchio Pascoli, Italien, 3.-4. April 1998.

Drobnič: Theoretical and Methodological Issues on Comparative Gender Research Within the Life course Perspective, Vortrag auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Freiburg, 14.-18. September 1998.

Drobnič: Who Marries Whom in Slovenia, Vortrag auf dem „Workshop on Assortative Mating“, Universität Bremen, Bremen, 21.-22. November 1998.

Ernicke: Berufsstruktureller Wandel auf dem Arbeitsmarkt und individuelle berufliche Mobilität, Vortrag beim ZUMA, Mannheim, 8. – 9. Oktober 1998.

Kurz: Wohnen im Lebenslauf. Theoretische Überlegungen, Vortrag am Institut für empirische und angewandte Sozialforschung (EMPAS), Universität Bremen, Januar 1998.

Kurz: Cross-national Research in the Domain of Family Structures and Female Employment. Strategies and Methodological Problems, Vortrag auf der Konferenz „Cross National Analysis of Societal Contexts of Delinquency“, Sonderforschungsbereich 186, Universität Bremen, Juni 1998.

Kurz: Zur Validität von Fragen in standardisierten Erhebungen. Ergebnisse des Einsatzes eines qualitativen Pretestinterviews, Vortrag auf dem „Kongress für Soziologie“, Freiburg i. Breisgau, September 1998.

Kurz: Soziale Ungleichheiten des Erwerbs von Wohneigentum im Lebenslauf, Vortrag auf der MPI/LWBB-Konferenz „Polarisierung von Berufs- und Lebenschancen – Bekommt Deutschland seine Underclass?“, MPI für Bildungsforschung, Berlin, Oktober 1998.

1999

Blossfeld: Visiting Professor, Department of Demography, University of Groningen, Niederlande Januar 1999.

Blossfeld: Visiting Professor, Department of Sociology, University of Trento, Italien März 1999.

Blossfeld: Causal Inference Based on Observational Studies: Challenges and Limitations, „Meeting of the International Statistical Institute“, Univesität Oslo, Norwegen, August 1999.

Blossfeld: Visiting Professor, Universität St. Petersburg, Russland, 1.-21. September 1999.

Blossfeld: Diskussionsleitung zum Thema „Migration and Return Migration“, European Research Conference, Obernai, Frankreich, 23-28. September 1999.

Blossfeld: Leitung der Arbeitsgruppe zum Thema „Event History Modelling in Comparative Research“, ECSR Graduate School, Mannheim, September/Oktober 1999.

Blossfeld: Vortrag zum Thema: Causal Inference in Event History Models, Population Studies Centre of the University of Western Ontario, London, Kanada, Oktober 1999.

Blossfeld: Event History Workshop, Università di Torino, Italien, November 1999.

Drobnič und Blossfeld: Couples' Careers in European Context, Vortrag auf der American Sociological Association Konferenz „Transitions in World Society“, Chicago, 6-10 August 1999.

Drobnič: Leitung der Session „Standard of Living“, Program Stream „Inequalities: Changing Patterns of Stratification“ auf der „4th European Sociological Association Conference of Sociology“, Amsterdam, August 1999.

Drobnič und Sadar: Marriage Homogamy in Slovenia: Cumulation of Social Inequalities?, Vortrag auf der European Conference of Sociology „Will Europe Work?“, Amsterdam, 18-21 August 1999.

Kurz: Session on Education; Program Stream: Inequalities: Changing Patterns of Stratification, Vortrag auf der 4th European Conference of Sociology „Will Europe Work?“, European Sociological Association, Amsterdam, August 1999.

Kurz: Social Inequalities and Home Ownership over the Life Course, Vortrag auf der 4th European Conference of Sociology „Will Europe Work?“, European Sociological Association, Amsterdam, August 1999.

Kurz und Drobnič: Leitung des ECSR Workshops „Family/Work in Comparative Perspective“, Universität Mannheim, Oktober 1999.

Steinhage: Gesundheit, Querschnitt und Prozesse. Kritik der querschnittlichen Gesundheitsforschung und Vorstellung von Alternativen, Vortrag auf dem Workshop „Soziale Ungleichheit und Gesundheit“, Zentrum für Sozialpolitik, Bremen, 11.-12. März 1999.

5.2. Fachkontakte und -kooperationen

Das Projekt B6 hat in der Berichtsphase bisher zwei internationale Tagungen organisiert:

1. „Couples' Careers in a Dynamic Perspective“, 20-21 Juni 1997. Die Teilnehmer außerhalb des Sfbs 186 waren: Martine Corijn (Brüssel), Paul M. De Graaf und John Hendrickx (Nijmegen), Fabrizio Bernardi (Trento), Francesco Billari (Padova), Ewa Frątczak (Polen), Péter Róbert (Budapest), Ursula Henz (Stockholm), Søren Leth Sørensen (Århus), Andrew McCulloch (London), Phyllis Moen (USA). Als Ergebnis dieser gemeinsamen Forschungsanstrengungen wird Anfang 2000 ein international vergleichendes Buch erscheinen: Hans-Peter Blossfeld and Sonja Drobnič (Hrsg.): *Between Traditionalism and Emancipation: A Comparison of Couples' Employment Patterns in Modern Societies*. Oxford University Press.

2. „Assortative Mating“, 21-22 November 1998. Die Teilnehmer außerhalb des Sfbs 186 waren: Fabrizio Bernardi (Bielefeld), Erzsebet Bukodi (Budapest), Nevenka Černigoj Sadar (Ljubljana), Tak Wing Chan (Guildford), Martine Corijn (Brüssel), María José González (Florenz), Nan Dirk De Graaf (Nijmegen), Brendan Halpin (Colchester), Ursula Henz (Stockholm), Eric Maurin (Paris), Péter Róbert (Budapest), Søren Leth Sørensen (Århus), Haya Stier (Tel Aviv), Wout Ultee (Nijmegen). Das Ergebnis dieser Zusammenarbeit wird ein international vergleichendes Buch sein, das ebenfalls Anfang nächsten Jahres erscheinen wird: Hans-Peter Blossfeld and Andreas Timm (Hrsg.): *Who Marries Whom? Educational Systems as Marriage Markets in Modern Societies*. Oxford University Press.

Das Projekt ist stark international vergleichend orientiert und hat zahlreiche Kooperationskontakte zu Forschungsinstitutionen und Wissenschaftlern im In- und Ausland: (1) Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden (Dr. Gert Hullen); (2) Centre for Labour Market and Social Research in Århus (DK) (Prof. Søren Leth-Sørensen); (3) Catholic University of Nijmegen (NL) (Prof. Wout Ultee, Dr. Nan Dirk De Graaf); (4) School of Social Work, Lund University (S) (Anders Giertz); (5) Institutionen för Socialt Arbeite, Göteborgs Universitet (S) (Björn Gustafsson); (6) Dipartimento di Scienze Sociali (I) (Prof. Chiara Saraceno); (7) Universidad del País Vasco (E) (Imanol Zubero); (8) CISEP - Centro de Investigação Sobre Economia Portuguesa (PT) (Dr. Ricardo Mamede); (9) Dipartimento di Sociologia, Università di Milano (I) (Dr. Yuri Kazepov); (10) Swedish Institute for Social Research, Stockholm (S) (Prof. Jan O. Jonsson, Dr. Ursula Henz); (11) University of Warsaw (PL) (Prof. Ewa Frątczak); (12) University of Ljubljana (SLO) (Dr. Sadar Nevenka Černigoj); (13) Department of Sociology, University of Surrey (UK) (Dr. Tak Wing Chan); (14) ZUMA in Mannheim (Dr. Bernhard Schimpl-Neimanns); (15) University of Duke (USA) (Prof. Thomas A. DiPrete);

(16) University of Stockholm (S) (Prof. Michael Tåhlin); (17) Institute for Social and Economic Research, University of Essex (UK) (Prof. Brendan Halpin); (18) Faculty of Sociology, University of Bielefeld (Dr. Fabrizio Bernardi); (19) University of Nijmegen (NL) (Prof. Paul M. DeGraaf); (20) Departments of Sociology & Anthropology, University of Tel Aviv (IL) (Prof. Yossi Shavit, Dr. Haya Stier, Prof. Noah Lewin-Epstein); (21) Centre de Recherche en Economie et Statistique, INSEE (F) (Prof. Dominique Goux, Prof. Eric Maurin); (22) Centre for Population and Family Studies (B) (Dr. Martine Corijn); (23) Department of Methodology of the Faculty of Social and Behavioral Sciences, University of Tilburg (NL) (Prof. Ruud Luijkx); (24) European University Institute, Department of Political and Social Sciences (I) (Dr. María José González López); (25) Department of Social Statistics, Central Statistical Office (H) (Dr. Erzsébet Bukodi); (26) Institute of Sociology, ELTE University of Budapest (H) (Prof. Péter Róbert); (27) Institut national d'études démographiques (INED) (F) (Prof. Daniel Courgeau); (28) University of Barcelona (E) (Prof. Ann Cabré); (29) Norwegian Social Research, Oslo (NOVA)(N) (Dr. Lars Gulbrandsen); (30) Urban Research Centre, Utrecht University (NL) (Clara Mulder).

6. Veröffentlichungen¹

Bücher:

- Blossfeld, Hans-Peter; Hakim, Catherine* (Hrsg.) (1997): *Between Equalization and Marginalization. Women Working Part-Time in Europe and the United States of America*, Oxford University Press, Oxford.
- Blossfeld, Hans-Peter; Prein, Gerald* (Hrsg.) (1998): *Rational Choice Theory and Large Scale Data Analysis*. Boulder: Westview Press.
- Kurz, Karin* (1998): *Das Erwerbsverhalten von Frauen in der intensiven Familienphase - Ein Vergleich zwischen Müttern in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika*. Opladen: Leske + Budrich.
- Blossfeld, Hans-Peter, Stockmann, Reinhard* (1999 im Erscheinen): *Globalization and changes in vocational training systems in developing and advanced industrialized societies*, Vol. 1-III, Armonk, N.Y./London: Sharpe.
- Blossfeld, Hans-Peter; Drobnič, Sonja* (Hrsg.) (im Erscheinen): *Between Traditionalism and Emancipation: A Comparison of Couples' Employment Patterns in Modern Societies*. Oxford University Press.

¹ Projektautoren kursiv

Blossfeld, Hans-Peter; Timm, Andreas (Hrsg.) (im Erscheinen): Who Marries Whom? Educational Systems as Marriage Markets in Modern Societies. Oxford University Press.

Aufsätze in anerkannten Fachzeitschriften:

Blossfeld, Hans-Peter; Drobnič, Sonja; Rohwer, Götz (1998): Les trajectoires professionnelles des couples mariés en Allemagne. Une étude longitudinale de long terme de carrières des époux en Allemagne de l'Ouest. In: *Revue française de sociologie*, 39, 2, 305-351

Blossfeld, Hans-Peter; Klijzing, Eric; Pohl, Katharina; Rohwer, Götz (im Erscheinen): Modeling Parallel Processes in Demography: An Application Example of the Causal Approach to Interdependent Systems. *Quality & Quantity*.

Blossfeld, Hans-Peter; Müller, Rolf (1997): Sozialstrukturanalyse, Rational Choice Theorie und die Rolle der Zeit. Ein Versuch zur dynamischen Integration zweier Theorieperspektiven. In: *Soziale Welt*, 47, 4, 382-410.

Blossfeld, Hans-Peter; Rohwer, Götz (1997): Causal Inference, Time and Observation Plans in the Social Sciences. In: *Quality & Quantity*, 31, 361-384.

Blossfeld, Hans-Peter; Timm, Andreas (1997): Der Einfluß des Bildungssystems auf den Heiratsmarkt. Eine Längsschnittanalyse der Wahl des ersten Ehepartners im Lebenslauf, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 49, Heft 3, 440-476.

Blossfeld, Hans-Peter; Stockmann, Reinhard (1999): The German Dual System in Comparative Perspective. In: *International Journal of Sociology*, Vol. 28, 3-28.

Cramm, Cathleen; Blossfeld, Hans-Peter; Drobnič, Sonja (1998): Die Auswirkungen der Doppelbelastung durch Familie und Beruf auf das Krankheitsrisiko von Frauen. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 27, Heft 5, 341-357

DiPrete, Thomas; de Graaf, Paul M.; Luijckx, Ruud; Tählin, Michael and Blossfeld, Hans-Peter (1997): Collectivist vs. Individualist Mobility Regimes? Structural Change and Job Mobility in Four Countries. *American Journal of Sociology*, 103, 1, 318-358.

Drobnič, Sonja, Blossfeld, Hans-Peter; Rohwer, Götz (1999): Dynamics of Women's Employment Patterns over the Family Life Course: A Comparison of the United States and Germany. In: *Journal of Marriage and the Family*, Vol. 61, 133-146.

Drobnič, Sonja (1999, im Erscheinen): Effects of Children On Married and Lone Mothers' Employment in the United States and (West) Germany. *European Sociological Review*.

Kurz, Karin (1998): Besprechung zu: Müller, Walter (Hrsg.): Soziale Ungleichheit. Neue Befunde zu Bewußtsein, Strukturen und Politik. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 50, S. 761-762.

Mayer, Karl Ulrich; Blossfeld, Hans-Peter (1998): Berufsstruktureller Wandel und soziale Ungleichheit. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderband zum 50jährigen Jubiläum des Westdeutschen Verlages. Fiedrichs, Jürgen; Mayer, Karl Ulrich; Schluchter, W. (Hrsg.): Soziologische Theorie und Empirie. 235-260.

Müller, Rolf (im Erscheinen): Auf in die Moderne mit traditionellen Strukturen? Zur Beurteilung der Entwicklung bildungsgleicher Partnerschaften. *Zeitschrift für Familienforschung*.

Ostermeier, Marion; Blossfeld, Hans-Peter (1998): Wohneigentum und Ehescheidung. Eine Längsschnittanalyse über den Einfluß gekauften und geerbten Wohneigentums auf den Prozeß der Ehescheidung. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 23, 39-54.

Aufsätze in Sammelbänden und Arbeitspapiere:

Blossfeld, Hans-Peter (1997): Women's Part-Time Employment and the Family Cycle: A Cross-National Comparison. In: Blossfeld, Hans-Peter; Hakim, Catherine (Hrsg.): Between Equalization and Marginalization. Women Working Part-time in Europe and the United States. Oxford University Press. 315-324.

Blossfeld, Hans-Peter (1998): A Dynamic Integration of Micro- and Macro-Perspectives Using Longitudinal Data and Event History Models. In: Blossfeld, Hans-Peter; Prein, Gerald (Hrsg.): Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis. Boulder: Westview Press. 233-246.

Blossfeld, Hans-Peter; Hakim, Catherine (1997): Introduction: A Comparative Perspective on Part-Time Work. In: Blossfeld, Hans-Peter; Hakim, Catherine (Hrsg.): Between Equalization and Marginalization. Women Working Part-time in Europe and the United States. Oxford University Press. 1-21.

Blossfeld, Hans-Peter; Prein, Gerald (1998): The Relationship Between Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis - Past Developments and Future Perspectives. In: Blossfeld, Hans-Peter; Prein, Gerald (Hrsg.): Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis. Boulder: Westview Press. 3-27.

Blossfeld, Hans-Peter; Rohwer, Götz (1997): Part-time Work in West Germany. In: Blossfeld, Hans-Peter; Hakim, Catherine (Hrsg.): Between Equalization and Marginalization. Women Working Part-time in Europe and the United States. Oxford University Press. 164-190.

Blossfeld, Hans-Peter; Timm, Andreas (1997): Das Bildungssystem als Heiratsmarkt. Eine Längsschnittanalyse der Wahl von Heiratspartnern im Lebenslauf. Sfb186 – Arbeitspapier Nr. 43. Bremen.

Blossfeld, Hans-Peter; Timm, Andreas; Dasko, Faith (1997): The Educational System as a Marriage Market. A Longitudinal Analysis of Marriage in the Life Course. Sfb186 – Working Paper No. 46. Bremen.

- Blossfeld, Hans-Peter; Timm, Andreas; Dasko, Faith* (1999 im Erscheinen): The Educational System as a Marriage Market. A Longitudinal Analysis of Marriage Decisions in the Life Course. In: Raub, Werner et al. (Hrsg.): The Management of Durable Relations: Theoretical and Empirical Models for Households and Organisations. Amsterdam: Thela Thesis.
- Drobnič, Sonja* (1997): Generational Differences in Married Women's Employment Careers: The Impact of Household Characteristics. In: Becker Rolf (Hrsg.) Generationen und sozialer Wandel. Generationsdynamik, Generationenbeziehungen und Differenzierung von Generationen. Opladen: Leske + Budrich. 65-87.
- Drobnič, Sonja* (1997): Part-time Work in Central and East European Countries. In: Blossfeld, Hans-Peter; Hakim, Catherine (Hrsg.): Between Equalization and Marginalization. Women Working Part-time in Europe and the United States of America. Oxford University Press. 71-89.
- Drobnič, Sonja* (1997): Employment Policies and Programmes in Slovenia. In: Godfrey, Martin; Richards, Peter (Hrsg.) Employment Policies and Programmes in Central and Eastern Europe. Geneva: International Labour Office. 157-181.
- Drobnič, Sonja; Wittig, Immo* (1997): Part-time Work in the United States of America. In: Blossfeld, Hans-Peter; Hakim, Catherine. (Hrsg.): Between Equalization and Marginalization. Women Working Part-time in Europe and the United States of America. Oxford University Press. 289-314.
- Ernicke, Beate* (1997): Datenaufbereitung aus dem Sozio-ökonomischen Panel: Erwerbsverlauf und Familiendaten. Sfb-Arbeitspapier Nr. 44. Bremen
- Ernicke, Beate* (1997): Veränderungen von Berufsgruppen und Wirtschaftsbereichen. Datenaufbereitung von Makrodaten aus den Mikrozensus 1982 bis 1993. ZUMA - Technischer Bericht Nr. 97/21. Mannheim.
- Kelle, Udo; Kluge, Susann; Sommer, Thorsten* (1998): Integration quantitativer und qualitativer Verfahren in der Lebenslaufforschung. In: Heinz, Walter R.; Dressel, Werner; Blaschke, Dieter; Engelbrech, Gerhard (Hrsg.): Was prägt Berufsbiographien? Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik, BeitrAB 215. Nürnberg: IAB. S. 335-361.
- Kurz, Karin* (1998a): Hausfrau oder Berufsfrau? - Einstellungen zur Rolle der Frau in Ost- und Westdeutschland. In: Braun, Michael; Mohler, Peter Ph. (Hrsg.): Blickpunkt Gesellschaft 4. Opladen: Leske + Budrich. S. 173-220.
- Kurz, Karin* (1998b): Soziale Ungleichheiten beim Erwerb von Wohneigentum. Eine Analyse aus der Lebensverlaufsperspektive. Informationsdienst soziale Indikatoren. Ausgabe 20, S. 5-9.
- Kurz, Karin* (1999): Soziale Ungleichheiten beim Erwerb von Wohneigentum im Lebenslauf. Analysen für die Geburtskohorten 1930, 1940, 1950. Arbeitspapier, Sfb 186, Universität Bremen.

- Müller, Rolf; Sommer, Thorsten; Timm, Andreas* (1999): Nichteheleche Lebensgemeinschaft oder Ehe? Einflüsse auf die Wahl der Partnerschaftsformen beim ersten Zusammenzug im Lebenslauf. Sfb-Arbeitspapier Nr. 53. Bremen
- Müller, Rolf; Voges, Wolfgang* (1998): Exiting Welfare. Multivariate Analysis within Cities. In: Final Report of ESOP (Evaluation of Social Policies at the Lokal Urban Level): Income Support for the Abled Bodied. Brüssel, EG-Kommission XII (TSER).
- Ostermeier, Marion; Blossfeld, Hans-Peter* (1997): Wohneigentum und Ehescheidung. Eine Längsschnittanalyse über den Einfluß gekauften und geerbten Wohneigentums auf den Prozeß der Ehescheidung. Sfb-Arbeitspapier Nr. 45. Bremen
- Steinhage, Nikolei*, (1999 im Erscheinen): Gesundheit, Querschnitt und Prozesse. Kritik der querschnittlichen Gesundheitsforschung und Vorstellung von Alternativen. In: Helmert, Uwe et al. (Hrsg.): Soziale Ungleichheit und Gesundheit in Deutschland. Juventa.
- Timm, Andreas; Blossfeld, Hans-Peter; Müller, Rolf* (1998): Der Einfluß des Bildungssystems auf die Heiratsmuster in Westdeutschland und den USA. Eine vergleichende Längsschnittanalyse der Wahl des ersten Ehepartners im Lebenslauf. In: Heinz, Walter R.; Dressel, Werner; Blaschke, Dieter; Engelbrech, Gerhard (Hrsg.): Was prägt Berufsbiographien? Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik, BeitrAB 215. Nürnberg: IAB. S. 129-166.
- Voges, Wolfgang; Kazepov, Yuri; Müller, Rolf* (1997): Carriere Assistenziali a Bolzano, Milano e Bremen (RFT). In: Kazepov, Yuri; Laffi, Stefano (Hrsg.): La povertà nella Provincia Autonoma di Bolzano Contesti, politiche e dinamiche. Milano, Istituto Elaborando. 73-88.

Ausgewählte noch unveröffentlichte Aufsätze:

- Kurz, Karin* (1999): Klassenlage und Wohneigentum. Analysen aus der Lebensverlaufsperspektive. Universität Bielefeld. (Eingereicht bei soziologischer Fachzeitschrift).

Teilprojekt C1

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts C1

Thema:

Institutionelle Steuerung und individuelle Verarbeitung gesundheitlicher Risikolagen – Ansätze zu einer Lebenslaufpolitik der Krankenkassen? (Institutionelle Regulierung im Wandel – Teil III)

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. Rainer Müller	(GA) (Projektleiter)
Dr. Gerd Marstedt	(GA) (seit 01.08.1991)
Ben Veghte (MA)	(GA) (seit 15.04.1997)
Dipl. Soz. Renate Niedermeier	(EA) (seit 01.01.1997)
Dr. Thomas Schulz	(EA) (seit 15.03.1997)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragsstellung
3. Verlauf der Untersuchung – methodisches Vorgehen
 - 3.1 Experteninterviews und Dokumentenanalysen
 - 3.2 Standardisierte Versichertenbefragung
 - 3.3 Qualitative Interviews
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1 Untersuchungsfeld 1: Neue Steuerungskonzepte und Ansätze einer Lebenslaufpolitik von Krankenkassen
 - 4.2 Untersuchungsfeld 2: Erfahrungen und Erwartungen von Versicherten im Bereich medizinischer Versorgung
 - 4.3 Untersuchungsfeld 3: Die Deutung alternativer Heilmethoden durch chronisch Erkrankte
5. Außenaktivitäten
6. Publikationen

1. Zusammenfassung

Für die zentrale Fragestellung nach einem neuen Selbstverständnis der GKV zeigt sich empirisch über fast alle Kassenarten hinweg, daß nicht nur gegenüber den Versicherten, sondern jetzt auch gegenüber dem Medizinsystem eine neue Funktionswahrnehmung als „Lotse und Versorgungsmanager“ Raum greift. Im Handlungsfeld Gesundheitsförderung versuchte die GKV, eigene präventive Leistungen neben dem Medizinsystem zu etablieren. Neue Zielsetzung ist, auf Inhalte, Qualität und Strukturen der Leistungserbringung innerhalb des Medizinsystems Einfluß zu nehmen. In den z.T. umfassenden Gestaltungsvorhaben der Kassen lassen sich Ansätze einer Lebenslaufpolitik gegenüber Versicherten und Patienten beobachten: Zeitlich langfristige Verläufe von Krankheiten und deren biographische Dimension finden zunehmend Beachtung. Den Individuen werden Optionen eröffnet, etwa durch Nutzung alternativmedizinischer Angebote, Versorgung in Arztnetzen oder Versorgungsketten. Neben dem „gate-keeping“ wird ein durch Aufklärung und Beratung gekennzeichnetes „Lotsen“ der Individuen in alternative Pfade der Risikobearbeitung (etwa in die "alternative Medizin") sichtbar.

Der Zustrom von Versicherten zu dieser Therapie-Variante ist durch recht heterogene Motive gekennzeichnet, besonders bedeutsam ist jedoch die Betroffenheit von chronischer Erkrankung und die in der Schulmedizin als ineffizient oder defizitär erfahrene Therapie. Die Schulmedizin selbst scheint diesen Trend noch zu befördern, da es ihr nicht gelingt, Patienten über die Chronizität der Krankheit aufzuklären. Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Befragungen zeigen, daß sich - unabhängig vom späteren medizinischen Erfolg - die Resonanz auf alternative Medizin vor allem aus ihrem "Zusatznutzen" begründet, der sie positiv von der Schulmedizin abhebt: ökologische Aspekte, Erfahrungen von Ganzheitlichkeit und Selbstbestimmung sowie kommunikative und implizite psychotherapeutische Elemente korrespondieren mit den jeweils vorhandenen biographischen Anforderungsrahmen an medizinische Therapie.

Alternative Medizin wird allerdings von Patienten weniger substitutiv als vielmehr komplementär zur Schulmedizin nachgefragt. Hier deutet sich ein Konflikt an, denn das von Kassen in Modellversuchen avisierte Ziel einer kurz- und mittelfristigen Kostensenkung wird damit verfehlt. Nicht friktionslos dürfte auch die im Bereich der Patientenberatung zu erwartende Konkurrenz zwischen Kassen und anderen Einrichtungen (Verbraucherschützern) verlaufen.

Lebenslaufpolitik ist in der GKV zwar – wie auch in anderen wohlfahrtsstaatlichen Institutionen – beobachtbar, die tatsächlichen Effekte neuer Regulationsmuster sind jedoch zum jetzigen Zeitpunkt weder für die Versicherten und Patienten, noch für das Gesundheitssystem als Ganzes endgültig bestimmbar.

2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung

In der Phase der Antragstellung häuften sich Beobachtungen über Aktivitäten von Krankenkassen, die neue Versorgungs- und Behandlungsformen zum Inhalt hatten, etwa Modellversuche zu alternativer Medizin, zur Versorgung chronisch Kranker, Hausarztmodelle u.ä. Zentrale Fragestellung war, ob sich hier Ansätze einer Lebenslaufpolitik (vgl. Leibfried u.a. 1995) von Krankenkassen erkennen lassen, d.h. Handlungsstrategien, die sich an spezifischen Risikolagen (etwa chronisch Kranker) und zeitlich langfristigen Verläufen von Krankheiten orientieren, die sich auf die Alltagsmilieus von Versicherten beziehen und deren Krankheits- und Inanspruchnahmeverhalten beeinflussen. Um die Bedeutung und Reichweite beurteilen zu können, war auch nach den Motiven der Krankenkassen für solche Konzepte zu fragen: Sind sie überwiegend ökonomisch und wettbewerblich orientiert oder beruhen sie tatsächlich auf einem veränderten gesundheitspolitischen Selbst- und Funktionsverständnis der Krankenkassen?

Aus einer Vielzahl von Studien war überdies bekannt, daß sich das Gesundheitssystem zunehmend mit einem breiten Spektrum unterschiedlicher Bedarfe von Versicherten konfrontiert sieht (vgl. zusammenfassend etwa Wasem/Güther 1998). Alternative Medizin in ihren vielfältigen und heterogenen Erscheinungsformen stellt dabei einen der häufig artikulierten Bedarfe dar (z.B. IKK-Bundesverband 1993; Marstedt u.a. 1993). Hinzu kamen Erkenntnisse über eine wachsende Kritik an den etablierten medizinischen Versorgungsstrukturen, erkennbar etwa an Indikatoren wie dem Zustrom zu Selbsthilfegruppen, dem sog. "Ärzte-Hopping" oder der wachsenden Inanspruchnahme gesundheitlicher Information und Beratung in den Medien. Gleichwohl waren auch erhebliche Forschungsdefizite feststellbar: Die große Zahl der Meinungs-Umfragen zum Thema "medizinische Versorgung" oder "alternative Medizin" begnügt sich in der Regel mit Bewertungen und Zufriedenheitsurteilen, läßt aber Patienten-Motive und -Erwartungen ebenso wie konkrete Erfahrungen in der Regel außen vor. Um hier Wissenslücken zu schließen, wurde eine standardisierte

Versichertenbefragung mit den Schwerpunkten chronische Krankheit, Erfahrungen mit der "Schulmedizin" und mit "alternativer Medizin" realisiert; ergänzend dazu wurden qualitative Interviews mit chronisch erkrankten Teilnehmern an einem Krankenkassen-Modellversuch zur alternativen Medizin durchgeführt.

3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen

3.1 Experteninterviews und Dokumentenanalysen

Die Analyse von Dokumenten der GKV (offizielle Stellungnahmen, Zeitschriften und Informationsmaterial der Kassen, gesundheits- und sozialpolitische Zeitschriften) hatte vorwiegend explorativen Charakter. Im Zentrum standen offene, leitfadengestützte Interviews, die methodisch den Vorschlägen von Meuser und Nagel (1991) zur Durchführung und Auswertung von Experteninterviews folgten.

Da sich die neuen Steuerungskonzepte vielfach noch im Planungs- und Pilotstadium befinden, sollten die Interviewpartner möglichst hochrangige Entscheidungsträger und Programmierer aus Krankenkassenverbänden und Hauptverwaltungen sein. Angefragt wurden sowohl Organisationen, die durch besondere Aktivitäten auffallen als auch solche, die bislang wenig oder nicht aktiv geworden sind.

Der geplante Termin für die Durchführung der Interviews zu Beginn der Projektphase mußte aufgrund der Anfang 1997 bevorstehenden „Neuordnungsgesetze“ auf den Herbst/Winter 1997/1998 verschoben werden. Schließlich wurden zwischen September 1997 und Februar 1998 insgesamt 16 Experten aller Kassenarten befragt. Darunter waren hochrangige Repräsentanten aller Bundesverbände (8 Experten in 6 Interviews), von Hauptverwaltungen bundesweiter bzw. regionaler Ersatzkassen (5 Experten in 4 Interviews) sowie von Landesverbänden und Einzelkassen der sog. Primärkassen (3 Experten in 3 Interviews).

Die Stichprobe erfüllt sowohl in Bezug auf die ausgewählten Organisationen als auch auf die konkreten Personen (berufliche Herkunft und Positionen, Beschäftigungsdauer) das in der qualitativen Sozialforschung bedeutende Kriterium der *Heterogenität* des Materials, das die tatsächliche Varianz im Untersuchungsfeld abdeckt (vgl. Kelle/Kluge 1999). Eine *Repräsentativität* der Stichprobe war nicht angestrebt. Aussagen über Häufigkeiten der gefundenen Wahrnehmungen und In-

terpretationen erlaubt das Material daher nicht, möglich sind allenfalls Relevanzaussagen aufgrund der Tatsache, daß auf der Ebene der Bundesverbände in allen infrage kommenden Organisationen Erhebungen stattfanden.

3.2 Standardisierte Versichertenbefragung

Zielstellung der standardisierten Versichertenbefragung war, die Erfahrungen sowie Ansprüche und Erwartungen von Versicherten hinsichtlich der medizinischen Versorgung zu untersuchen, insbesondere auch in bezug auf alternative und „sprechende“ Medizin, die u.a. in Krankenkassen-Modellversuchen fokussiert werden. Der dazu konzipierte „Fragebogen Gesundheit“ enthielt folgende Aspekte:

- Allgemeine Fragen zur Gesundheit und Umwelt
- Fragen zur persönlichen Gesundheit der Befragten
- Fragen zu Erfahrungen mit Ärzten
- Meinungen und Erfahrungen zu alternativer Medizin
- Fragen zum Gesundheitswesen
- Fragen zur Person (Sozialstatistische Angaben)

Die Stichprobenauswahl erfolgte in Kooperation mit 16 Einwohnermeldeämtern, die nach Bevölkerungsdichte (Großstadt, Kleinstadt, ländliche Region), geographischer Lage (Nord, Süd, Ost, West) und regionaler wirtschaftlicher Situation (Arbeitslosenquote) ausgewählt wurden. Angefordert wurde eine Zufallsstichprobe mit der einzigen Einschränkung einer Altersbegrenzung von 18-75 Jahren.

Dieses Verfahren ergab eine geschichtete Zufallsstichprobe von insgesamt 5750 Personen in der Bundesrepublik Deutschland, denen am 06. Juni 1998 Fragebögen zugeschickt wurden. Um die Rücklaufquote zu optimieren, wurde eine Woche später ein Erinnerungsschreiben versandt. Der Rücklauf betrug nach ca. sechs Wochen 1685 Antworten, dies entspricht einer Quote von 29,3%. Der im Vergleich zur letzten Phase geringere Rücklauf läßt sich vermutlich mit dem Umfang (20 S.) und der Komplexität des Fragebogens sowie mit dem (unter Umständen demotivierenden) Fokus auf Erfahrungen mit Krankheit und Krankheitsversorgung erklären.

Die Stichprobe ist in bezug auf Altersstruktur und Geschlecht repräsentativ für die deutsche Gesamtbevölkerung. Eine - für postalische Befragungen typische - Abweichung ergab sich jedoch im Bildungsniveau (z.B. 31% Hauptschulabschluß vs.

51% laut statistischem Jahrbuch), die ebenfalls auf die Komplexität des Fragebogens zurückgeführt werden kann.

3.3 Qualitative Interviews

Die zentrale Fragestellung der qualitativen Interviews mit chronisch Kranken zielt auf deren Deutungen alternativer Medizin. Aus Gründen der Vergleichbarkeit erfolgte im breiten Spektrum chronischer Krankheit eine Konzentration auf den in den letzten Jahren stark zunehmenden Formenkreis Allergien, Neurodermitis und Asthma. Die Untersuchungsgruppe wurde gesplittet: Die eine Hälfte Befragten nutzt alternative Medizin im Rahmen eines GKV-Modellversuches, die andere Hälfte nutzt überwiegend schulmedizinische Regelleistungen, zum Teil auch selbstfinanzierte Alternativangebote. Die problemzentrierten Interviews (Witzel 1985) wurden zwischen September 1998 und Mai 1999 durchgeführt und variierten in ihrer Zeitdauer zwischen 60 und 160 Minuten. Die ursprünglich angezielte zweimalige Befragung konnte nicht realisiert werden, da sich der Zugang zu an einem Modellversuch teilnehmenden Versicherten über die Krankenkassen als schwierig erwies; Bedenken wurden v.a. hinsichtlich der "Überforschung" von Modellversuchen geäußert.

Der von 1993 bis 1998 laufende Modellversuch von Betriebskrankenkassen in Nordrhein-Westfalen, die schließlich zu einer Forschungsk Kooperation bereit waren, richtete sich an schulmedizinisch atherapierte chronisch Kranke. Erste Evaluationsergebnisse zeigen eine deutliche Verbesserung der Symptomatik der Teilnehmer (vgl. Moebus u.a. 1998). Die am Modellversuch beteiligten Ärzte sind Schulmediziner, die über eine alternativmedizinisch-naturheilkundliche Zusatzqualifikation (Verfahren der Regulationsdiagnostik und-therapie) verfügen.

Die 20 am Modellversuch teilnehmenden Interviewpartner wurden über die mit der wissenschaftlichen Evaluation betrauten Universität Essen gewonnen, die 20 schulmedizinisch versorgten Befragten durch eine direkte Ansprache in mehreren Praxen niedergelassener Fachärzte für Allergologie und Hautkrankheiten im Bundesland Bremen. Alle Befragten sind durchgängig Versicherte in einer GKV und variieren im Alter zwischen 22 und 64 Jahren (Durchschnittsalter 39 Jahre). Knapp

die Hälfte der Befragten ist im mittleren Angestelltenbereich tätig, jeder Fünfte verfügt über einen akademischen Abschluß und jeder Zehnte ist bereits verrentet.

4 Ergebnisse der bisherigen Arbeit

4.1 Untersuchungsfeld 1: Neue Steuerungskonzepte und Ansätze einer Lebenslaufpolitik von Krankenkassen

4.1.1 Verbreitung und Inhalte neuer Steuerungskonzepte in der GKV

Im Verlauf der Beantragung und Durchführung der 3. Forschungsphase haben sich die normativen Grundlagen für die GKV hinsichtlich neuer Steuerungskonzepte mehrfach verändert: Mit der Ausgrenzung der Gesundheitsförderung, im wesentlichen der sog. Primärprävention durch das Beitragsentlastungsgesetz, wurde einerseits eine für das Gesundheitswesen in der letzten Dekade wesentliche Reformoption zerstört (vgl. Braun u.a. 1998, aber auch die Ergebnisse der 2. Phase). Andererseits beinhaltet das 2. Neuordnungsgesetz erstmals Strukturverträge zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern sowie inhaltlich erweiterte Modellvorhaben zur Reorganisation der Versorgungsstrukturen (vgl. Schönbach 1997). Diese neuen Optionen für innovative Handlungsstrategien wurden von der GKV im Untersuchungszeitraum auch in erheblichem Umfang genutzt: Anfang 1998 wurde von 100 (Losse 1998), Ende desselben Jahres bereits von ca. 200 Projekten gesprochen (Klatt 1998). In einer Veröffentlichung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung sind alleine 76 laufende und geplante Vorhaben dokumentiert (KBV 1998).

Bezogen auf die Inhalte neuer Steuerungskonzepte läßt sich resümieren, daß die Krankenkassen versuchen, die problematischen Schnittstellen des gegliederten Gesundheitssystems durch Kooperation und Vernetzung von Leistungserbringern zu verbinden, die Qualität der Versorgung zu sichern und die Inanspruchnahme der Versicherten entsprechend zu lenken. Im Unterschied zu der in der letzten Forschungsphase fokussierten Handlungsstrategie Gesundheitsförderung, mit der vorwiegend junge, gesunde Versicherte angesprochen wurden, wird nun dem Versorgungsprozeß chronisch Kranker mehr Aufmerksamkeit zuteil. Neue Versorgungsstrukturen und neue Leistungen werten darüber hinaus psychosoziale Aspekte der gesundheitlichen Versorgung auf und ermöglichen den Versicherten,

zwischen unterschiedlichen Versorgungsoptionen auszuwählen. Im Zentrum der in Dokumentenanalysen und Experteninterviews ermittelten neuen Steuerungskonzepten stehen Modelle zur Integration der ambulanten Versorgung (Strukturmodelle); daneben werden neue ambulante Leistungen v.a. aus dem alternativmedizinischen Bereich erprobt (Leistungsmodelle). Quer dazu finden sich Projektansätze, welche die Qualitätssicherung der Versorgung fokussieren (Qualitätsmodelle).

Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt bei *Strukturmodellen*, wobei insbesondere *Modelle vernetzter Praxen* (z.B. Betriebskrankenkassen und Techniker Krankenkasse in Berlin oder Ersatzkassen in Schleswig Holstein, vgl. als Überblick KBV 1998) von den Interviewpartnern nahezu einstimmig als der "Königsweg" neuer Versorgungsstrukturen bewertet werden. *Indikationsspezifische Versorgungsprozeßmodelle* (case- und disease-management etwa bei Schlaganfall oder Diabetes) für chronisch Kranke werden ebenfalls von allen befragten Experten als wichtig erachtet und in allen Kassenarten durchgeführt bzw. geplant. Sie enthalten – ähnlich wie die Praxisnetze – den Grundgedanken der Integration und Koordination des Leistungsgeschehens, beziehen sich aber auf einzelne, vor allem chronische Erkrankungen. Dem nach dem Regierungswechsel im September 1998 wieder verstärkt in der Diskussion befindlichen *Hausarztmodell* wurde dagegen in den Experteninterviews kaum gesundheitspolitische Bedeutung beigemessen. Als Hinderungsgründe für ein regional begrenztes Hausarztmodell - einziger Modellversuch ist jener der AOK in Frankfurt/Main - wurden in erster Linie die Blockadehaltung von v.a. Fachärzten, Defizite in der hausärztlichen Qualifikation und die fehlende Akzeptanz der Versicherten bezüglich einer Einschränkung der freien Arztwahl genannt.

Leistungsmodelle, d.h. v.a. Modellversuche zu alternativmedizinischen Leistungen wie Homöopathie und Akupunktur sehen die Experten weniger als Möglichkeit, Versorgungsprobleme zu lösen, vielmehr als nachfrageorientiertes „Trendangebot“, mit dem den Versicherten neue Versorgungsoptionen bereitgestellt werden. Die Projekte, die v.a. von den Innungs- und Betriebskrankenkassen betrieben werden, richten sich zumeist an alle Versicherten. Der Modellversuch, in dem wir Interviews mit Teilnehmern durchführten, wendet sich ausschließlich an chronisch kranke Versicherte, die schulmedizinisch austerapiert sind. An diesem Beispiel

wird deutlich, daß Leistungsmodelle nicht nur „gute Risiken“ attrahieren können, wie von manchen Experten unterstellt wird, sondern auch eine „Negativselektion“ chronisch Kranker plausibel ist.

In einigen Krankenkassen existieren Ansätze zu *Qualitätsmodellen*, die mit Hilfe von Datenanalysen - Krankenkassenroutinedaten oder auch eigens erhobenen Befragungsdaten - die Qualität der medizinischen Leistungserbringung zum Gegenstand machen. Beispiele dafür sind etwa die von der GKV in Niedersachsen finanzierte "Deutsche Mammographiestudie", von einzelnen Kassen in Auftrag gegebene Outcome-Studien oder Projekte zur Qualität der Arzneimittelversorgung (vgl. KBV 1998). Gemessen an der hohen Wertigkeit, die Qualitätssicherung für die befragten Experten einnimmt, sind die berichteten Aktivitäten in diesem Feld als noch defizitär einzuschätzen (vgl. auch Klatt 1998, Kühn 1998, Borgers 1998).

4.1.2 Motivlagen für die Entwicklung neuer Steuerungskonzepte und neue Selbstverständnisse der Krankenkassen

Ein thematischer Schwerpunkt in den Experteninterviews galt der Frage, inwieweit in Organisationen der Gesetzlichen Krankenversicherung ein verändertes Funktions- und Selbstverständnis Raum greift, das nicht nur gesundheitsökonomisch begründet ist und auch nicht allein auf den Organisationserhalt abzielt, sondern den verbesserten Bedarfsbezug und die Qualität medizinischer Versorgung sowie die gewandelten gesundheitsbezogenen Ansprüche der Bevölkerung als Ausgangspunkt für institutionelles Handeln nimmt. Konkretisiert wurde dies mit der Frage nach den organisationsinternen Argumentationen und Motiven bei der Entscheidung für ein Engagement in neuen Steuerungskonzepten sowie nach dem Selbstverständnis der GKV gegenüber dem Medizinsystem und den Versicherten.

Als Resultat der Interviews läßt sich zunächst festhalten, daß keines der von uns hypothetisch formulierten Motive Ökonomie, Wettbewerb, Qualitätssicherung, Versichertenbedarfe für sich alleine wirkt. Stattdessen steht hinter allen Projekten eine besondere Mischung dieser Motive, als weiterer Beweggrund zeichnete sich in den Interviews der Einflußgewinn innerhalb des Gesundheitssystems ab.

Zwar dominieren ökonomische Motive als Impulsgeber – ein Projekt, das sich weder kurzfristig rechnet, noch plausible Annahmen darüber zuläßt, daß es zukünftig zu Einsparungen führen wird, würde heute von keinem Selbstverwaltungsgremium beschlossen werden –, aber eng damit verbunden ist die *Versorgungsqualität als starkes Motiv*. Hinter den meisten Kassenprojekten steht die Leitidee “Rationalisierung statt Rationierung”, d.h. statt mit allgemeinen Leistungseinschränkungen auf den ökonomischen Druck zu reagieren, dort anzusetzen, wo unstrukturierte, ineffiziente, unnütze und letztlich auch für die Versicherten schädliche Leistungen erbracht werden. Qualitätssicherung wird dabei argumentativ nicht nur eng mit dem Motiv Wirtschaftlichkeit verbunden, sondern auch als zentraler Wettbewerbsparameter gesehen. *Wettbewerb ist ein unbestrittenes Motiv mit umstrittener Tragweite*. Vor allem investitionsintensive Projekte folgen nicht allein dem Primat der Ökonomie, da sie sich kaum kurzfristig rechnen und positiv auf die Beitragsätze auswirken könnten. Allerdings dürften sich die tatsächlichen Erträge von wettbewerblichen Überlegungen auf einen kurzfristige Imagegewinn reduzieren, da gute Modelle nachgeahmt werden, innovative Versorgungskonzepte einer Kasse auch den Versicherten anderer Kassen zugute kommen und Projekte zur Qualitätssicherung der Versorgung von chronischen Erkrankungen aus Wettbewerbsicht geradezu kontraindiziert sind. Dies deutet auf einen weiteren Beweggrund für neue Steuerungskonzepte hin: Neben der besseren Positionierung gegenüber der Konkurrenz intendieren die Kassen auch die Profilierung gegenüber der Politik und damit verbunden einen *Einflußgewinn im Gesundheitssystem*. Schließlich sind die *Versicherteninteressen ein weitgehend abgeleitetes Motiv*, v.a. aus dem Qualitäts- und Wettbewerbsmotiv. In den Interviews kommt vielfach zum Ausdruck, daß die Versicherten als “Kunden” von neuen Versorgungsmodellen profitieren sollen. Lediglich einige Leistungsmodelle reagieren ausdrücklich auf den Wunsch von bestimmten Versichertengruppen nach alternativen Heilmethoden - was jedoch nicht zu trennen ist von wettbewerblichen Motiven, über offensive Vermarktung ein entsprechendes “Image” und “gute Risiken” für die Mitgliedschaft zu gewinnen.

Während sich für die Motivstruktur zur Einführung neuer Steuerungskonzepte eine Differenzierung lediglich hinsichtlich einer graduell unterschiedlichen Gewichtung der einzelnen Motive abzeichnet, unterscheiden sich die in den Interviews geäußerten *Selbstverständnisse der GKV gegenüber den Versicherten* deutlich (vgl.

Übersicht 1): Die Wahrnehmung der GKV als „Dienstleistungsunternehmen“ (I) und der Versicherten als Kunden ist eng mit den veränderten Rahmenbedingungen des Kassenhandelns verbunden und in *allen* untersuchten Organisationen präsent. Das darüber hinausgehende Selbstverständnis einiger GKV-Organisationen als „Anwalt“ (II) schließt die Dienstleistungs- und Kundenperspektive mit ein, handlungsleitend wird jedoch der Anspruch auf Interessenvertretung und Verbraucherschutz des eigenen Klientels insbesondere hinsichtlich der Versorgungsqualität. Das in einem weiteren Teil der Kassen vorgefundene Selbstverständnis als „Lotse und Versorgungsmanager“ (III) wiederum ergänzt die Aspekte von Dienstleistung und anwaltschaftlicher Interessenvertretung um die Funktion der Steuerung der Versorgung von Patienten und deren Inanspruchnahme von Leistungen. Dieser Typisierung der unterscheidbaren Deutungsmuster der Experten bezüglich des Verhältnisses Krankenkasse – Versicherte liegt insofern eine Hierarchie von I nach III zugrunde, als die Sichtweise auf die Versicherten zugleich umfassender und spezifischer wird: umfassender, da die Merkmale einer niedrigeren “Stufe” in der jeweils höheren aufgehoben sind, und spezifischer, da der Bezugspunkt sich von allen (potentiellen) Kunden über die (bereits versicherten) Klienten auf die (betroffenen) Patienten verengt.

Übersicht 1: Selbstverständnisse der GKV gegenüber den Versicherten			
	I	II	III
Selbstverständnis der Kasse als	Dienstleister/ Dienstleistungs- unternehmen	Anwalt/ Verbraucher- schutzorganisation	Lotse/ Versorgungs- Manager
Wahrnehmung der Versicherten als	Kunden	Klienten	Patienten
Beratungsentention	Information	Aufklärung	Steuerung
Funktion der Kasse im Verhältnis Versicherte - Leistungserbringer	Vermittlung auf dem Markt der Anbieter	Interessenvertretung bezüglich Versorgungsqualität	Koordinierung der Leistungen und der Inanspruchnahme

Das *Selbstverständnis der GKV gegenüber dem Medizinsystem* läßt sich ebenfalls differenzieren (vgl. Übersicht 2), wenn auch nicht parallel zu den Wahrnehmungen

der Versicherten: Die GKV nimmt gegenüber dem Medizinsystem insgesamt eine eher kritische und selbstbewußte Haltung ein. Nur wenige Experten nehmen die GKV als „Spielball und Kostenträger“ (A) des Systems wahr. Verbreitet ist zumindest das Selbstverständnis als medizinisch kompetenter „Mitspieler in Qualitätsfragen“ (B), der nicht nur über Mengen und Preise, sondern auch über Inhalte und Qualität von Leistungen verhandelt - in möglichst partnerschaftlicher Kooperation mit den Ärzten. Ein weitergehendes Selbstverständnis begreift die Kassen als (potentiellen) „Spielgestalter“ (C), der sich zusätzlich durch Managementkompetenzen auszeichnet und auf Struktur und Arrangement von Leistungen Einfluß nehmen kann – notfalls auch in Konflikt mit (Teilen) der Ärzteschaft. Diese Typisierung ordnet die Sichtweisen des Verhältnisses Krankenkassen – Medizinsystem im Sinne „idealer“ Typen (vgl. Weber 1972, Kelle/Kluge 1999), wobei im empirischen Material sowohl „Prototypen“ vorfindbar sind als auch nicht eindeutig zuordenbare Fälle, da die Übergänge zwischen den Typen gleitend, d.h. die charakteristischen Merkmale mehr oder weniger ausgeprägt sind. Die Typisierung spiegelt in der Richtung von A nach C einen zunehmenden Gestaltungs- und Autonomieanspruch der Krankenkassen im Gesundheitswesen wider.

Übersicht 2: Selbstverständnisse der GKV gegenüber dem Medizinsystem			
	A	B	C
Selbstverständnis als	Spielball und Kostenträger	Mitspieler in Qualitätsfragen	(potentieller) Spielgestalter
Kompetenzen	Verwaltungskompetenz	zusätzlich medizinische Kompetenz	zusätzlich Managementkompetenz
Inhalte der Vertragspolitik	Mengen und Preise der Leistungen	zusätzlich Inhalte und Qualität der Leistungen	zusätzlich Struktur und Arrangement der Leistungserbringung
Verhältnis zu Ärzten	Defensiv-kritische Akzeptanz	Partnerschaftliche Kooperation	Bereitschaft zum Konflikt

Während in der letzten Forschungsphase die Frage nach einem veränderten Funktionsverständnis in der GKV noch mit einem „vorsichtigen ja“ beantwortet wurde, läßt sich nach der vorliegenden Expertenbefragung das „ja“ ausdrücklicher formu-

lieren, wenn auch immer noch eine zeitliche und organisationsabhängige Ungleichzeitigkeit des institutionellen Wandels konstatiert werden muß. Das Selbstverständnis als Lotse und Versorgungsmanager gegenüber den Versicherten bzw. Patienten ist empirisch über (fast) alle Kassenarten hinweg vorzufinden und nicht nur eine marginale Erscheinung. Gewandelt hat sich insbesondere das Selbstverständnis der Krankenkassen gegenüber dem Medizinsystem. Im Handlungsfeld Gesundheitsförderung, das in der letzten Phase als paradigmatisch für den Wandel institutioneller Regulationsmuster fokussiert wurde, versuchte die GKV *eigene* präventive Leistungen *neben* dem Medizinsystem zu etablieren. In dem neuen, in nahezu allen Verbänden vertretenen Anspruch, auf Inhalte, Qualität und Strukturen der Leistungserbringung *innerhalb* des Medizinsystems Einfluß zu nehmen, spiegelt sich ein deutlich weitergehender institutioneller Wandel wider, der bereits eine tendenzielle Machtverschiebung zwischen den Institutionen Medizin und Krankenversicherung beinhaltet, die durch die Gesundheitsreformpläne der Bundesregierung sicherlich weitere Impulse erfährt.

4.1.3 Fazit: Ansätze einer Lebenslaufpolitik der Krankenkassen?

Das Konzept der Lebenslaufpolitik wurde im Teilprojekt vornehmlich unter dem Aspekt des Wandels der institutionellen Steuerung von Lebensläufen durch die sozialstaatlichen Organisationen der Gesetzlichen Krankenversicherung untersucht. Dabei gehen wir von drei wesentlichen Bestimmungselementen von Lebenslaufpolitik aus, die im Kontext der sozialstaatlichen Risikobearbeitung durch Krankenkassen relevant sind: die zeitliche Rahmung der Dauer von Lebenslaufetappen, die Ausweitung individueller Optionen für die Gestaltung konkreter Lebensphasen und das Steuern in neue oder alternative Pfade der Risikobearbeitung.

In diesem Sinne lassen sich sowohl auf der Ebene der tatsächlichen Aktivitäten als auch auf der Ebene der Selbstwahrnehmung im Gesundheitswesen und gegenüber den Versicherten Ansätze einer Lebenslaufpolitik von Krankenkassen beobachten. Allerdings wird diese weniger explizit betrieben, vielmehr ist sie eine - zum Teil durchaus wahrgenommene und erwünschte - Folge vorwiegend anders (ökonomisch, wettbewerblich, machtpolitisch) motivierter Aktivitäten.

Im einzelnen lassen sich für die genannten Bestimmungselemente von Lebenslaufpolitik folgende Ergebnisse festhalten: Hinsichtlich der *zeitlichen Rahmung* der Dauer von Lebenslaufetappen ist der gewandelte institutionelle Umgang mit der zunehmend verbreiteten Risikolage chronischer Erkrankung bedeutsam. Im Kontext neuer Steuerungskonzepte finden zeitlich langfristige Verläufe von Krankheiten und deren biographische Dimension zunehmend Beachtung. Konkrete Beispiele hierfür sind etwa case- und disease-management-Projekte zur Verhinderung negativer Krankheitskarrieren, aber auch die frühzeitige Identifikation von Risikogruppen für chronische Erkrankungen durch Routine- oder Befragungsdaten und entsprechende Präventionsmaßnahmen. Eine *Ausweitung individueller Optionen* für die Gestaltung konkreter Lebensphasen findet sich wiederum insbesondere für die Risikolage chronische Erkrankung. Neben der traditionellen Versorgung werden den Individuen im Rahmen neuer Steuerungskonzepte Optionen eröffnet, etwa die Nutzung alternativmedizinischer Angebote, eine Versorgung in Arztnetzwerken oder speziellen Versorgungsketten. Damit verbunden ist eine *Steuerung* der Inanspruchnahme in *neue oder alternative Pfade der Risikobearbeitung*. Hierunter verstehen wir nicht nur „gate-keeping“ im klassischen Sinne, sondern ein durch Aufklärung und Beratung gekennzeichnetes „Lotsen“ der Individuen durch die Institutionen des Gesundheitswesens, insbesondere in Richtung neuer Versorgungsstrukturen wie etwa alternative oder sprechende Medizin. (vgl. ausführlich dazu Niedermeier 1999)

4.2 Untersuchungsfeld 2: Erfahrungen und Erwartungen von Versicherten im Bereich medizinischer Versorgung

Bereits in der vorhergehenden Forschungsphase hatten die Befragungsergebnisse deutlich gemacht, daß die Ausweitung von Kassenfunktionen auf Informations- und Beratungsleistungen überaus positiv bewertet wird. Darüber hinaus bestanden - insbesondere bei jüngeren Generationen - Erwartungen auch im Hinblick auf gesundheitsökonomische und qualitätssichernde Steuerungs- und Kontrollfunktionen der Krankenkasse. Ziel der Versichertenbefragung dieser Phase war, diese Wahrnehmungsmuster und Erwartungen differenzierter zu erfassen. Darüber hinaus sollten insbesondere Patienten-Erfahrungen im Bereich der ambulanten Versorgung (mit "Schulmedizin" und "alternativer Medizin") näher untersucht werden,

um auf diese Weise für die in den Experteninterviews thematisierten Inhalte der Modellversuche auch subjektive Erfahrungen, Ansprüche und Bewertungen zur Verfügung zu haben. Folgende Ergebnisse sind an dieser Stelle besonders hervorzuheben (vgl. ausführlicher zu den Befunden Veghte 1999, Kahrs 1999).

4.2.1 Kompetenz- und Aufgaben-Profil von Krankenkassen aus der Perspektive der Versicherten

Der Verwerfungsprozeß der für Krankenkassen maßgeblichen Wahrnehmungsmuster und Assoziationen ist derzeit noch keineswegs abgeschlossen, das frühere Image der "Behörde" und bürokratischen Verwaltungseinrichtung noch nicht obsolet. Nach wie vor ist für Krankenkassen die Assoziation "Behörde" die bei Versicherten am meisten genannte. Gleichwohl ist bemerkenswert, daß auch davon inhaltlich und funktional weit entfernte Vergleiche gezogen werden, häufig mit Privatversicherungen, nicht ganz so oft werden Kassen auch in eine Reihe mit Einrichtungen wie Gesundheitsämter oder Kliniken gestellt. Das Image einer Beratungsstelle im Gesundheitswesen oder gar Interessenorganisation taucht hingegen kaum auf. Dieselbe Tendenz weisen die Ergebnisse zur Inanspruchnahme der Kasse als Beratungseinrichtung auf. Hier wird deutlich, daß in unterschiedlichen gesundheitlichen Problemsituationen im Alltag die Kasse nur äußerst selten und für sehr wenige Versicherte die bevorzugte Anlaufstelle ist. Der Arzt und andere Beratungsstellen werden weitaus häufiger als persönliche Präferenz benannt. Gleichwohl akzentuieren fast zwei Drittel der Versicherten, daß sie eine Beratung durch die Kasse auch in medizinischen Fragen für sinnvoll hielten, sofern Kassen sich dazu die notwendige medizinische Kompetenz aneignen.

Diese Ergebnisse implizieren zumindest in gewissem Umfang eine Modifikation unserer Befragungsergebnisse aus der 2. Phase (vgl. dazu Marstedt 1998a, b, c). Die dort sehr dezidierte Funktionszuweisung an die Kasse (Beratungs- und Informationsleistungen in gesundheitsbezogenen Fragen) wird zwar im Urteils-Tenor jetzt nicht gänzlich revidiert, wohl aber an zusätzliche Voraussetzungen geknüpft, insbesondere den Erwerb medizinischer Kompetenz. Mehrere Bedingungen dürften für diesen leichten Kurswechsel der Meinungen maßgeblich sein. Zum einen sind Kassen seit der Revision des § 20 SGB V nur noch sehr begrenzt in der Ge-

sundheitsförderung engagiert, die eine bedeutsame und wahrnehmbare Plattform von Beratung war. Zum zweiten könnten Versicherte Negativerfahrungen mit der Qualität von Beratung durch Kassen gemacht haben. Zum dritten ist in den letzten Jahren eine verstärkte Konkurrenz im Beratungssektor zu beobachten. Unlängst artikulierten Verbraucherschützer ihren Anspruch, die Federführung bei der durch die Gesundheitsreform 2000 gestärkten Patientenberatung zu übernehmen.

Konkurrierende Beratungsangebote und qualitativ unzureichende Beratungsleistungen haben, so läßt sich zusammenfassen, die Anforderungen und Qualitätsstandards der Versicherten erhöht. Krankenkassen genießen keinen Vertrauensvorschuß mehr hinsichtlich gesundheitlicher Information und Beratung. In besonderem Maße gilt dies für jüngere Generationen und für Befragte mit höherem Bildungsniveau, die durchweg häufiger medizinische Kompetenz und Professionalität der Aufgabenerfüllung in der GKV reklamieren.

4.2.2 Erfahrungsmuster und Deutung alternativer Heilmethoden

Obwohl inzwischen eine Reihe von Befragungen zur Inanspruchnahme und Bewertung der sog. "alternativen Medizin" vorliegt (vgl. etwa Institut für Demoskopie Allensbach 1997, IKK-Bundesverband 1993, Marstedt u.a. 1993), sind die Hintergründe für deren anwachsende Attraktivität noch wenig erhellt. Hinweise, daß bei Frauen und Befragten mit höherem Bildungsniveau eine größere Affinität zu alternativer Medizin feststellbar ist, finden sich auch in unseren Befragungsergebnissen. Etwa die Hälfte unserer Untersuchungsgruppe hat bereits persönliche Erfahrungen mit alternativen Heilmethoden gemacht, rund 10% lediglich im Rahmen von Selbstmedikation, rund 40% auch bei einem Heilpraktiker, Arzt mit Zusatzausbildung oder anderen Therapeuten. Dieser sehr große Anteil von Befragten resultiert zu einem gewissen Grad auch aus der besonderen Zusammensetzung unserer Untersuchungsgruppe, in der nahezu jeder Zweite angibt, an einer chronischen Erkrankung zu leiden. Zugleich ist damit ein ganz wesentlicher inhaltlicher Befund angedeutet: Alternative Medizin wird in besonders starkem Maße von chronisch Erkrankten in Anspruch genommen, die - aus unterschiedlichen Gründen - mit der schulmedizinischen Therapie nicht zufrieden sind. Während etwa die

Hälfte der chronisch Erkrankten auch schon bei einem Therapeuten alternative Heilmethoden erprobt hat, sind dies bei nicht chronisch Kranken nur etwa 30%.

Die insgesamt und über eine Vielzahl von Einzelfragen hinweg sehr positive Bewertung alternativer Heilverfahren auch im Sinne einer zukünftigen Inanspruchnahme ist in recht unterschiedlichen Erfahrungen und Bedürfnissen begründet. Zum einen sind hier die Aspekte Ganzheitlichkeit, die Einbeziehung sozialer Kontexte, Selbstbestimmung und die durch Therapie und Therapeut angeregten „Selbstheilungskräfte“ zu nennen, die sich in den Urteilen der Befragten finden und antithetisch die Defizite der Schulmedizin hervorheben. Zum zweiten spielen ökologische Aspekte und eine verstärkte Sensibilität gegenüber körperlichen Signalen eine wesentliche Rolle. Zum dritten schließlich ist der Aspekt der Kommunikation hervorzuheben, den Patienten - wieder in deutlicher Abgrenzung von der Schulmedizin - als Positiverfahrung betonen. Neben der intensiven Anamnese spielt dabei der nahezu doppelt so große Zeitraum, der dem Patienten in einer typischen alternativ-therapeutischen Sprechstunde zur Verfügung steht, eine besondere Rolle. Ähnlich gravierende Unterschiede finden sich auch bei der Bewertung der Qualität der Kommunikation und Information in Einzelaspekten.

Die positive Wahrnehmung alternativer Medizin wird allerdings dadurch relativiert, daß ihr Zuständigkeitsbereich von der großen Mehrheit (80%) deutlich eingeschränkt wird. Sich ausschließlich hierauf zu verlassen, erscheint insbesondere "bei ernsten Erkrankungen" als problematisch und gesundheitlich riskant. Verknüpft man diese Aussage mit unserem eingangs formulierten Befund, daß gerade chronisch Kranke Nachfrager und Interessenten alternativer Heilverfahren darstellen, so liegt die Schlußfolgerung nahe, daß alternative Medizin nur sehr begrenzt als substitutive, hauptsächlich aber als komplementäre Form medizinischer Versorgung nachgefragt wird. Nach unserer Interpretation fühlen sich chronisch Erkrankte - aufgrund der körperlichen Beeinträchtigungen, aber auch aufgrund der Zwänge zum Neu-Arrangement ihres Alltags, zur Redefinition ihres Selbstbildes und ihrer beruflichen und sozialen Rolle - mit den vorwiegend symptomorientierten therapeutischen Angeboten der Schulmedizin nur unzureichend versorgt. Soziale Unterstützung, Problemkommunikation, Anleitungen zu einem selbstbestimmteren Umgang mit Beschwerden sind mit der Krankheit eng verwo-

bene Ansprüche, die aber in der schulmedizinischen ärztlichen Praxis zumeist unerfüllt bleiben.

4.2.3 Chronische Erkrankung: Interpretationsmuster für Ursachen und Therapie-Chancen

Eine Vielzahl empirischer Studien wurden in den letzten Jahren durchgeführt, um Laientheorien über Krankheitsursachen und Formen der Krankheitsbewältigung ebenso wie die subjektive Bedeutung von "Gesundheit" im Alltag und in eigenen biographischen Entwürfen näher zu erhellen. Dabei wurde häufig der Erfahrungshintergrund "Krankheit" nicht weiter differenziert und den jeweiligen Assoziationen der Befragten anheim gestellt. Aus medizinischer Sicht ist der Bedeutungsgewinn chronischer Erkrankungen für Morbidität und Mortalität seit langem bekannt, ebenso wie die Tatsache, daß hier durch medizinische Versorgung nur eine Beschwerdelinderung, jedoch keine Heilung erreicht werden kann. Für Krankenkassen und andere Einrichtungen im Gesundheitswesen war diese Erkenntnis zentrales movens für Präventionskampagnen und Gesundheitsförderung.

Offen geblieben ist bislang allerdings die Frage, inwieweit die Erkenntnis über den besonderen Charakter chronischer Erkrankung auch zum allgemeinen Wissensbestand in der Bevölkerung gehört. Unsere Befragungsergebnisse zeigen, daß die meisten Befragten durchaus den besonderen Charakter chronischer Krankheit erkennen. Für die Mehrzahl der Krankheitsfälle wird angenommen, daß sie nicht völlig heilbar und mit lebenslangen Beeinträchtigungen verbunden sind und dauerhaft medizinischer Behandlung bedürfen. Allerdings ist die Abgrenzung von akuten Erkrankungen nicht scharf. Chronische Krankheit wird eher wahrgenommen im Sinne eines besonders schwerwiegenden und komplizierten Krankheitsbildes mit einer geringen Erfolgsquote der heute verfügbaren medizinischen Therapieformen. Nur 25-40% der Befragungsteilnehmer meinen, daß chronische Erkrankungen ganz überwiegend (die "allermeisten Fälle") nicht heilbar, lebenslang beeinträchtigend und behandlungsbedürftig sind. In Übereinstimmung damit stehen dann auch Einschätzungen über zukünftige Fortschritte der Medizin, die sehr optimistisch geprägt sind: Rund drei Viertel der Befragten glauben, daß auch Krebs durch Fortschritte der Gentechnik in Zukunft heilbar sein wird.

Überraschenderweise zeigen sich in diesen Urteilen so gut wie keine Unterschiede zwischen Betroffenen (chronisch Erkrankten) und nicht chronisch kranken Befragungsteilnehmern, auch dann nicht, wenn man nach Art der chronischen Krankheit unterscheidet und "leichtere" Formkreise (wie allergische Erkrankungen oder Hauterkrankungen) ausschließt. Dies bedeutet, daß die Krankheitserfahrung selbst und auch die im Rahmen der medizinischen Versorgung vermittelten Informationen keine grundlegende neue Erkenntnis und Bewertung des Krankheitscharakters vermitteln. Dies mag zum Teil subjektiven Bewältigungsmustern geschuldet sein, mit Hilfe derer noch Hoffnungen auf eine spätere Heilung aufrecht erhalten werden. Zu einem nicht unerheblichen Teil aber, so ist zu vermuten, ist daran auch die in der ärztlichen Praxis vermittelte (bzw. unterlassene) Information maßgeblich, die offensichtlich Patienten zu wenig oder inhaltlich nicht angemessen über den besonderen Charakter ihrer Krankheit aufklärt. Die so konstituierten Deutungsmuster, die zwar den Schweregrad, nicht aber die Chronizität betonen, sind dann auch ein wesentliches Bestimmungsmoment für die Abwendung von der "Schulmedizin" und eine Suche nach effizienteren Therapieformen.

Der Zustrom zur alternativen Medizin, so zeigen unsere Ergebnisse, ist durch recht unterschiedliche und heterogene Motive gekennzeichnet, unter denen auch diffuse Neugier und zufällige Konstellationen eine Rolle spielen. Besonders bedeutsam ist jedoch die Betroffenheit von einer chronischen Erkrankung und die in der Schulmedizin als ineffizient oder defizitär erfahrene Therapie. Die Schulmedizin selbst scheint diesen Trend noch zu befördern, da es ihr nicht gelingt, Patienten über den chronischen Charakter der Krankheit aufzuklären. Unabhängig vom späteren "rein medizinischen" Erfolg begründet sich die Resonanz auf alternative Medizin aus ihrem "Zusatznutzen", den sie für die Mehrzahl der Patienten innehat, und der sie überaus positiv von der Schulmedizin abhebt. Dieser Zusatznutzen hat für einzelne Patienten recht unterschiedliche Gestalt. Ökologische Aspekte können dabei im Vordergrund stehen, Erfahrungen von Ganzheitlichkeit und mehr Selbstbestimmung oder auch kommunikative Elemente, in deren Rahmen unterschwellige psychotherapeutische Bedürfnisse befriedigt werden.

4.3 Untersuchungsfeld 3: Die Deutung alternativer Heilmethoden durch chronisch Erkrankte

Die finanzielle Ermöglichung einer Inanspruchnahme eines alternativen Medizinangebots durch die Krankenkasse wird von den interviewten chronisch kranken Modellversuchsteilnehmern durchweg positiv bewertet. Ansonsten spielt die gesetzliche Krankenversicherung in den Thematisierungen der Befragten kaum eine Rolle. In der Auseinandersetzung mit der eigenen Erkrankung und dem Therapieverfahren findet sie in der Regel nur marginal Berücksichtigung – etwa im Rahmen von Ängsten hinsichtlich der zeitlichen Befristung des Modellversuchs und der dann wieder sehr problematischen Frage der Kostenübernahme für medizinische Außenseitermethoden. Problematisiert wird von den Interviewten somit vorrangig das Medizinsystem und nicht die Finanzierungsinstitution.

Die Deutungen der durch institutionelle Ermöglichung erfahrenen alternativmedizinischen Ansätze zur Linderung oder Kuration von Krankheit, so läßt sich unser zentraler Befund aus den qualitativen Interviews zusammenfassen, weisen quer durch alle Interviews eine Vielzahl von Komponenten auf (vgl. ausführlicher Schulz 1999) und werden mittels eines präexistierenden biographischen Anforderungsrahmens an medizinische Therapie modelliert, der gerade das gewählte alternative Verfahren individuell als therapeutisch gehaltvoll erscheinen läßt.

4.3.1 Die Kontingenz alternativer Heilverfahren mit biographischen Anforderungsrahmen

Eine zentrale Deutung, die sich bei *allen* Interviewten mit alternativmedizinischer Therapieerfahrung findet, ist die Denkfigur, alternative Medizin versuche, den *Krankheiten auf den Grund* zu gehen und bekämpfe nicht ausschließlich eine oberflächliche Symptomatik, wie es von der Schulmedizin angenommen wird. Wo der Grund der eigenen Erkrankung zu suchen ist, wird von vielen der chronisch Erkrankten vor einem lebensgeschichtlichen Hintergrund angesprochen, der aufgrund der kommunikativen Ausrichtung der alternativmedizinischen Ansätze breite Aufmerksamkeit während der Behandlung genießt. Daraus läßt sich ein *biographischer Anforderungsrahmen* an die medizinische Therapie ableiten, der zumeist schon vor Beginn der Behandlung ausgeprägt war. Dieser Anforderungsrahmen

läßt sich als zentrale biographische Thematik im Zusammenhang mit der Erkrankung und der Therapie beschreiben und findet sich im Interviewmaterial als besonders betonte *zentrale Komponenten der Deutungsmuster alternativer Medizin* wieder. Diese Komponenten der Deutungsmuster werden von den jeweiligen Befragten besonders hervorgehoben und dominieren ihre Schilderungen.

Die biographischen Anforderungsrahmen an die medizinische Therapie und Diagnostik lassen sich anhand der ersten und noch vorläufigen Ergebnisse nach folgenden thematischen Schwerpunkten differenzieren:

- Ökologisch orientierter Anforderungsrahmen
- Spirituell-religiös orientierter Anforderungsrahmen
- Psychotherapeutisch orientierter Anforderungsrahmen
- Utilitaristisch-pragmatisch orientierter Anforderungsrahmen

Ein *ökologisch* orientierter biographischer Anforderungsrahmen setzt die erfahrene paramedizinische Behandlung in ein Verhältnis zur eigenen ökologischen Lebensausrichtung. Die Sanftheit und Natürlichkeit der Medikamente im Rahmen der Therapie werden dabei besonders betont. Eine nicht als chemisch und bedrohlich gedeutete Behandlung stellt dabei schon einen Wert an sich dar: Ein besonderer Therapieerfolg wird nicht unbedingt eingefordert. Ist der Krankheitsprozeß trotz alternativmedizinischer Interventionen nicht besser beeinflussbar als im Rahmen einer früher erfahrenen schulmedizinischen Behandlung, so wird dies nicht zum Nachteil der Außenseitermethode ausgelegt. Die auf naturnahe Ernährung und ökologische Wohnumfeldgestaltung angelegte Lebensführung erfährt in dem gewählten Therapieverfahren eine konsequente Fortentwicklung.

Befragte, die einen *spirituell-religiösen* Anforderungsrahmen hinsichtlich der Therapie ihrer Krankheitssymptomatik aufweisen, finden im alternativmedizinischen Angebot ein Deutungspotential, das ihnen hilft, die Bedeutung ihrer Erkrankung in einem transzendenten Rahmen zu erkennen. Die chronische Krankheit wird von ihnen als Aufgabe verstanden, die sie bewältigen müssen und deren Ursprung in einem vergangenen Leben bzw. vorgeburtlichen Bereich liegt. Die spirituelle Anschlußfähigkeit einer alternativmedizinischen Behandlung wird dabei insbesondere durch Fragmente ostasiatischer Gesundheitsphilosophien gewährleistet. Zudem legen einige der paramedizinischen diagnostischen Methoden ein Deutungsangebot

nahe, das als leicht magisch-okkult beschrieben wird. Im Rahmen der Therapie fühlen sich diese Befragten „ernstgenommen“, so daß ihre spirituell orientierte Thematik in der alternativen Medizin einen Ort hat, an dem sie artikuliert werden kann.

Der *psychotherapeutisch* orientierte biographische Anforderungsrahmen fokussiert insbesondere die Thematisierung biographisch angelegter psychosozialer Konfliktlagen in Zusammenhang mit der chronischen Erkrankung. Die Behandlung wird dabei stark als niederschwelliges Psychotherapieangebot gedeutet, das das Aufsuchen eines psychotherapeutischen Experten in Form eines Psychiaters oder niedergelassenen Psychologen vermeiden hilft. Solche Hilfestellungen werden von nicht wenigen der entsprechend orientierten Befragten als stigmatisierend diskutiert. Das therapeutische Eingehen auf den Bezug zwischen organischem Geschehen und psychischem Befinden in der alternativmedizinischen Behandlung wird als besonders relevant gedeutet. Er wird als entscheidend für das Verständnis der über die Krankheitserfahrung hinausgehenden eigenen Lebenssituation betrachtet.

Befragte, die einen *utilitaristisch-pragmatisch* orientierten biographischen Anforderungsrahmen aufweisen, fordern zunächst einmal eine Linderung der Symptomatik ein und bewerten danach das therapeutische Verfahren. Sie thematisieren ebenfalls die vielfältigen einzelnen Deutungskomponenten alternativer Medizin, bringen aber deutlich ihre im Vordergrund stehende Begeisterung über ihren verbesserten Gesundheitszustand zum Ausdruck. Im Verlauf der Therapie deuten sie höchst unterschiedliche Elemente des paramedizinischen Behandlungskanons als von weitgehend gleichrangiger Relevanz. Die kommunikative Orientierung wird dabei als ebenso wirkungsvoll gedeutet wie die eigene Ernährungsumstellung oder die eingesetzten diagnostischen Methoden. Bei der Entscheidung für ein alternativmedizinisches Verfahren dominierte bei ihnen das Gefühl, „was Neues auszuprobieren“, da bisher bekannte schulmedizinische Therapieversuche nicht erfolgreich waren. Befragte in unserer Studie, die sich ausschließlich schulmedizinisch behandeln lassen und keinerlei Affinität zu alternativmedizinischen Angeboten zu erkennen geben, weisen eine zugespitzt-reduktionistische Variante des utilitaristisch-pragmatischen Anforderungsrahmens auf: Sie wünschen einzig eine Verbes-

serung ihrer Symptomatik. Linderung versprechen sie sich vorrangig von konkreten pharmazeutischen Produkten.

Während der psychotherapeutische, der spirituell-religiöse sowie der ökologisch orientierte biographische Anforderungsrahmen jeweils klare thematische Inhalte aufweisen, die eine sinnstiftende Funktion haben, ist der utilitaristisch-pragmatische dadurch charakterisiert, daß die Anforderung an das therapeutische Verfahren schlicht in der Linderung der Erkrankung liegt. Alternative Medizin wird als sinnvoll erlebt, weil sie als wirkungsvoll eingeschätzt wird.

4.3.2 Hintergründe der wachsenden Popularität und Inanspruchnahme alternativer Medizin

Von schichtspezifischen Ausnahmen abgesehen unterliegt Gesundheit in aller Regel keiner relevanten Thematisierung im Alltagsleben von Nicht-Kranken. (vgl. z.B. Calnan/Williams 1991). So fällt die Phänomenqualität dieses Fraglos-Gegebenseins durch Nichtthematisierung auf: „Gesundheit hat man, solange man nicht an sie denkt“ (Gerhardt 1993, S. 19). Studien zum Gesundheitsbewußtsein, die bei den Befragten explizit eine Reflexion des „Alltagsphänomens Gesundheit“ (Uta Gerhardt) generiert haben, lassen als empirischen Befund ein multidimensionales Spektrum der Verständnisse des Konstrukts Gesundheit zwischen eher reduktionistisch-instrumentell und umfassend-ganzheitlich erkennen (siehe z.B. Herzlich 1973; Faltermaier 1994).

Im Gegensatz zum Zustand der Gesundheit wird im Krankheitsfall die körperliche Verfaßtheit allerdings in vielfältiger Weise alltagsweltlich gedeutet. Bei chronischer Erkrankung wird das körperliche und psychische Befinden aufgrund des langen Zeitraums und der häufigen Bedrohlichkeit der Krankheitserfahrung besonders interpretationsbedürftig. Über die Wahrnehmung einer Symptomatik wird das Fraglos-Gegebene dabei brüchig. Die produzierten Interpretationen von Krankheit lassen dabei Verbindungen zu einer Vielzahl von gesellschaftlichen Sichtweisen von Leidenszuständen und zu ätiologischen Erklärungsmustern erkennen, die von Umweltbelastungen bis zu psychosozialen Stress reichen (z.B. Flick 1991).

Chronische Krankheit, so kann zugespitzt formuliert werden, entfernt sich von der Interpretation als Schadensfall, die von einem mechanistischen Körperbild ableitbar ist. Dies wird anhand der zunehmenden Nachfrage nach alternativmedizinischen Verfahren deutlich. Entsprechend wird von medizinischen Diagnostik- und Therapieverfahren zunehmend mehr erwartet als die Funktionserfüllung in Form einer rein organischen Reparaturinstanz. Patienten formulieren eigene Bedürfnisse und Ansprüche an die medizinische Behandlung. Diese Entwicklung im gesellschaftlichen Handlungs- und Deutungsfeld Gesundheit und Krankheit korrespondiert mit zentralen Ergebnissen der modernen Individualisierungsdiskussion: Biographien folgen stärker der Eigenlogik der Individuen in Auseinandersetzung mit institutionell bereitgestellten Optionen (vgl. z.B. Leisering u.a. 1993).

Aufgrund ihrer kommunikativen Orientierung weist alternative Medizin eine hohe Anschlußfähigkeit für sinnstiftende Lebensthemen auf – und damit auch eine häufig biographisch begründete Attraktivität für chronisch Erkrankte. Zu fragen ist allerdings, inwieweit dadurch einer weiteren Medikalisierung Vorschub geleistet wird. Medikalisierung als kultureller und politischer Prozeß tendiert zu einem Entzug von individueller Selbstbestimmung und wird als effektive und subtile Form der sozialen Kontrolle diskutiert (vgl. z.B. Zola 1975; Bruns 1993). Der unterstellte Entzug von individueller Selbstbestimmung konfliktiert zunächst mit der Vorstellung von Autonomiegewinn im Kontext von Individualisierungstendenzen. Im konkreten Fall alternativer Medizin verweisen chronisch Erkrankte allerdings auf einen Autonomiegewinn durch die Stärkung ihrer Kompetenz, weitgehend unabhängig von pharmazeutischen Produkten mit der jeweiligen Erkrankung umzugehen. Diese Unterstützung der Laienkompetenz bremst eine medizinisch-expertliche Kolonialisierung der Alltagswelt der Betroffenen. Eine Erkenntnis, die auch in Christian von Ferbers (1989) Auseinandersetzung mit der Medikalisierung der Gesellschaft mitschwingt. Er erhofft sich neben einer Stärkung der Selbsthilfebewegung u.a. auch von einem Bedeutungsgewinn der Naturheilkunde eine Abschwächung von Medikalisierungsprozessen, die er auf die Verwissenschaftlichung der Medizin und ihre Arztzentrierung - einhergehend mit einer Verfestigung ihrer Privilegien durch den Sozialstaat - zurückführt. Die subjektiven Deutungen von alternativen Behandlungsmethoden durch die Nachfrageseite im Medizinsystem in Form chronisch erkrankter Patienten verweisen jedenfalls in Richtung

eines Autonomiegewinns. Ermöglichte Selbststeuerung kann somit zu Autonomisierungsprozessen im gesellschaftlichen Deutungs- und Handlungsfeld von Gesundheit und Krankheit führen, die in eine selbstgewählte Verortung in biographisch als sinnvoll erachtete Strukturen überleiten.

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge (Auswahl)

- Marstedt, G.: Institutionelle Regulierung im Wandel. Veränderte Muster der Regulation und Steuerung von Risikolagen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Vortrag bei der Sfb 186 Werkstatt, Universität Bremen, 12.5.1997
- Marstedt, G.: Das Ende der Gesundheitsförderung in der GKV: Die Mähr von den Luxusleistungen und Freizeitvergnügungen auf Kosten der Solidargemeinschaft. Vortrag bei der Tagung „Mythen, Mystifikationen und Stereotype in der aktuellen Gesundheitspolitik“ am Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen, 30.5.1997
- Marstedt, G.: Sozialstaatliche Steuerung von Erwerbsverläufen durch Prävention und Rehabilitation. Vortrag beim IAB-Kontaktseminar „Unterbrochene Erwerbskarrieren und Sozialhilfverläufe in Ost- und Westdeutschland“ des sfb 186, Universität Bremen, 16.9.1997
- Marstedt, G.: Gesetzliche Krankenversicherung im Wandel. Veränderungen von Handlungsparametern, Zielsetzungen und institutionellem Selbstverständnis in Organisationen der GKV. Beitrag zur Jour-Fixe-Reihe „Sozialpolitisches Kolloquium: Forschungsberichte aus dem Zentrum für Sozialpolitik“, Universität Bremen, 19.11.1997
- Marstedt, G.: Qualitätssicherung im Gesundheitswesen durch Information und Beratung. Vortrag beim Gesundheitspolitischen Kolloquium, Universität Bremen, 25.11.1998
- Müller, R.: Gesundheitspolitik in bezug auf längere Lebensarbeitszeit und ältere Arbeitnehmer in Deutschland. Vortrag beim 4. Japanisch-deutschen Seminar über Arbeitsbeziehungen, Universität Bremen, 22.-25.9.1997
- Müller, R.: Qualitätsmanagement bei Dienstleistern im Gesundheits- und Sozialwesen. Vortrag bei der Fachtagung „Ressource, Qualität, Qualitätsmanagement im Gesundheits- und Sozialwesen“ des Magdeburger Qualitätsmanagement Club e.V., 10.11.1997
- Müller, R.: Qualitätssicherung in der Gesundheitspolitik – national und regional. Moderation der Podiumsdiskussion des 2. Kongresses „Umbau oder Abbau im Gesundheitswesen? Finanzierung – Versorgungsstrukturen – Selbstverwaltung“ des Quintessenz Verlags Berlin, Düsseldorf, 24./25.4. 1998

- Müller, R.: Regulating Life Courses between Work and Health Care by Health Insurances in Germany. Vortrag bei der Tagung „Restructuring Work and the Life Course: An International Symposium“, University of Toronto, Kanada, 7.-9.5.1998
- Müller, R.: Gesundheitsprobleme im Lebensverlauf und sozialpolitische Regulierungen. Vortrag bei der 3. Summer School of Public Health im Rahmen der Neuen Hanse Interregio „Relative Gesundheit oder relative Last? Chronisch kranke und alte Menschen in der Wachstumsgesellschaft“, Delmenhorst, 4.9.1998
- Müller, R.: Development of Occupational Health in Europe. Vortrag bei der XI. International Conference „Neoliberalism: Management and Patient-Health Worker Relationship“, Barcelona, 31.5.1999
- Niedermeier, R.; Schulz, T.: Verwalter oder Gestalter des Gesundheitswesens? Anzeichen für veränderte Handlungsstrategien von deutschen Krankenkassen. Beitrag zur Konferenz „Dutch and German Public Sector Reforms“, Amsterdam, 15.5.1998
- Niedermeier, R.: Gesundheitswissenschaften und Gesundheitsmanagement in der GKV. Wissenschaftliche Vorbereitung und Leitung von Seminaren im Rahmen des Fortbildungsstudiums der Innungskrankenkassen, Hagen, Juli 1998 und 1999

5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

Wesentliche Ergebnisse aus der laufenden und aus vorherigen Projektphasen sind in (Lehr-)Veranstaltungen innerhalb und außerhalb der Universität eingeflossen, insbesondere in Seminare des Aufbaustudiengangs „Öffentliche Gesundheit – Gesundheitswissenschaften“ an der Universität Bremen sowie in Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen einzelner Krankenkassen und in Tagungsbeiträge.

6. Publikationen

- Kahrs, M. (1999): Erfahrungsdimensionen alternativer Medizin. Quantitative Befunde zum Laienverständnis. In: Müller/Milles/Marstedt (Hg.)
- Marstedt, G. (1998a): Krankenkassen - die künftige „Verbraucherschutzorganisation in Gesundheitsfragen“? In: Die Betriebskrankenkasse, Jg. 86, Heft 10, S. 506-513
- Marstedt, G. (1998b): Krankenkassen - Die neuen Gesundheitsberater der Risikogesellschaft? In: Marstedt/Müller (Hg.), S. 186-221
- Marstedt, G. (1998c): Gesellschaftlicher Strukturwandel und individueller Bedarf an Gesundheitsförderung und -beratung. In: Müller/Rosenbrock (Hg.), S. 145-170

- Marstedt, G. (1998d): Sozialstaatliche Steuerung von Erwerbsverläufen durch Prävention und Rehabilitation - Zur Veränderung von Handlungsstrategien in der GKV. In: Heinz/Dressel/Blaschke/Engelbrech (Hg.): Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. BeitrAB 215, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, S. 229-243
- Marstedt, G.; Müller, R. (Hg.) (1998): Gesellschaftlicher Strukturwandel als Herausforderung der Gesundheitswissenschaften. Bremerhaven
- Müller, R. (1998a): Feststellung von Berufserkrankung - Bilanzierung eines Arbeitslebens oder kausalanalytische Rekonstruktion von Dosis-Wirkungsbeziehungen? In: Marstedt/Müller (Hg.), S. 152-169
- Müller, R. (1998b): Technologische Entwicklung und Herausforderungen an den Sozialstaat. In: Marstedt/Müller (Hg.), S. 15-41
- Müller, R.; Rosenbrock, R. (1998): Betriebliches Gesundheitsmanagement, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung - Bilanz und Perspektiven. Sankt Augustin
- Müller, R.; Hebel, D.; Beck, R.; Braun, B.; Helmert, U.; Marstedt, G.; Müller, H. (1997): Auswirkungen von Krankengeldkürzungen. Materielle Bestrafung und soziale Diskriminierung chronisch erkrankter Erwerbstätiger. GEK-Edition, Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Bd. 1, Ludwigsburg
- Müller, R.; Milles, D.; Marstedt, G. (Hg.) (1999): Gesundheitskonzepte im Umbruch – Lebenslaufpolitik der Unfall- und Krankenversicherung. Bremerhaven (im Erscheinen)
- Niedermeier, R. (1999): Vom „Verwalten“ zum „Gestalten“? Neue Steuerungskonzepte und gewandeltes Selbstverständnis in der Gesetzlichen Krankenversicherung – Ergebnisse einer Expertenbefragung zur Lebenslaufpolitik von Krankenkassen. In: Müller/Milles/Marstedt (Hg.)
- Niedermeier, R.; R. Last (1997): Betriebliche Gesundheitsförderung durch Krankenkassen - Konzepte und Erfahrungen aus der Weiterbildung von Kassenmitarbeitern. In: Nieder/Susen (Hg.): Betriebliche Gesundheitsförderung. Konzepte und Erfahrungen bei der Realisierung. Bern, S. 125-144
- Schulz, T. (1998): Kulturelle Konstruktion von AIDS. Wissenschaftliche Erkenntnisproduktion und subjektive Deutung. Frankfurt/Main
- Schulz, T. (1999): Alternative Medizin im Deutungsmuster chronisch Kranker. Paramedizinische Bedarfe als Ausdruck von Individualisierungstendenzen im Gesundheitssystem. In: Müller/Milles/Marstedt (Hg.)
- Schulz, T.; Niedermeier, R.; Veghte, B.; Kahrs, M. (1998): Alternative Medizin im Gesundheitssystem. In: Marstedt/Müller (Hg.), S. 222-244
- Veghte, B. (1999): Dissonanz zwischen psychosozialen Bedürfnissen der Versicherten und dem Medizinsystem. Ergebnisse einer quantitativen Befragung. In: Müller/Milles/Marstedt (Hg.)

Teilprojekt C4

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts C4

Thema: „Abstiegskarrieren und Auffangpositionen IV: Erwerbsverläufe und ‚relative Gesundheit‘“

Beteiligte WissenschaftlerInnen:

Prof. Dr. Johann Behrens	(GA) (Projektleiter)
Dr. Thomas Elkeles	(EA)
Dipl.-Soz. Anne Dreyer-Tümmel	(EA)
Dipl.-SozWiss. Detlef Schulz	(EA)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Forschung bei der letzten Antragstellung
3. Fragestellungen und Verlauf der Untersuchungen
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1 Untersuchung individueller Erwerbsverläufe vor der Frühberentung
 - 4.2 Soziale Ungleichheit und Krankheitsfolgen
 - 4.3 Umfang und Struktur gesundheitsbezogener Erwerbsmobilität
 - 4.4 Projektmonographie
5. Außenaktivitäten
 - 5.1 Vorträge (Auswahl)
 - 5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
6. Publikationen
 - 6.1 Veröffentlichungen
 - 6.2 Arbeitspapiere

1. Zusammenfassung

Mit den Untersuchungen der vergangenen beiden Jahre trug das Projekt zu zwei Konzepten des Sfb-Titels bei, nämlich zu dem der Risikolage und zu dem der institutionellen Steuerung; insbesondere konnte zu den Bereichen „Übergangsmuster im Lebenslauf“ und dem Verhältnis von „Institution, Politik und Lebenslauf“ beigetragen werden. Im Mittelpunkt des Projektes standen seit Beginn Zusammenhänge zwischen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Erwerbsverläufen, die im Spannungsfeld von individuellen Handlungsstrategien und individuellen Ressourcen, betrieblichen und institutionellen Politiken sowie sozialstrukturellen Kontextfaktoren analysiert und interpretiert wurden. Das Thema der vergangenen Phase lautete: „Erwerbsverläufe und relative Gesundheit“. Mit dem Konzept der relativen Gesundheit wurde die Hypothese verfolgt, daß Gesundheit weniger eine körperliche Eigenschaft ist, als die Übereinstimmung von Anforderungen und Handlungspotentialen. Die Frage wurde untersucht, ob soziale Rahmenbedingungen, die im Zusammenwirken mit körperlichen Beeinträchtigungen die Teilhabefähigkeit von Individuen am Erwerbsleben und damit Krankheitsfolgen bestimmen, geschlechts- und berufsspezifisch variieren. Die Frage wurde an zum Teil erstmals erschlossenen Verlaufsdatensätzen (10% Stichprobe der Versicherten- und Leistungsdaten der Schwäbisch-Gmünder-Ersatzkasse, deren Daten einer sehr viel weiter reichende Abklärung und Aufbereitung bedurften als ursprünglich geplant) und Querschnittsdatensätzen, die eine berufsspezifische Auswertung aufgrund ihrer hohen Fallzahl erlaubten (Daten der Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP)) Daten des Sozio-ökonomischen Panels untersucht, und die Frage für die Statuspassagen in die Frühberentung und für Statuspassagen innerhalb des Erwerbsverlaufs beantwortet. Die Frage konnte bejaht werden. Berufe erwiesen sich als Ressourcenbündel, die auch bei Mehrfachbelastungen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen in berufstypisch unterschiedlicher Weise Risiken vergrößerten oder abfederten. Auch nach Geschlecht differierten die typischen Verlaufsmuster vor der Statuspassage Frühberentung deutlich. Bei diesem Befund mußte das Projekt aber nicht durchgehend stehen bleiben. Es gelang, den Einfluß des Geschlechts auf Interaktionseffekte der Variablen Geschlecht mit anderen Variablen weitgehend zurückzuführen und damit erst ansatzweise verständlich zu machen.

2. Stand der Forschung bei der letzten Antragstellung

Empirische und theoretische Arbeiten zu Krankheiten und sozialer Ungleichheit befaßten sich überwiegend mit der Ungleichverteilung von Krankheit und Tod (z.B. Townsend/Dawidson (ed.) 1982; Mielck (Hrsg.) 1994). Die wenigen empirischen Arbeiten, die erwerbsverlaufsbezogene Krankheitsfolgen zum Gegenstand hatten, konzentrierten sich überwiegend auf die Untersuchung einzelner Übergänge, einen Meßzeitpunkt und/oder eng definierte Populationen. Verlaufssequenzen während und nach Krankheit – und damit längerfristige Krankheitsfolgen – wurden dagegen kaum untersucht, wenn man von Uta Gerhardts Fallstudie zur beruflichen Wiedereingliederung nach coronarer Bypass-Operation absah, in deren Rahmen Verlaufstypen rekonstruiert wurden (z.B. 1992). Ebenso fanden Interpretationen der Untersuchungsergebnisse im Kontext einer dynamisierten Theorie sozialer Ungleichheit (siehe z.B. Berger/Hradil (Hrsg.) 1990; Berger/Sopp (Hrsg.) 1995) in der Regel nicht statt. Eigene Projektergebnisse zum Übergang in Arbeitslosigkeit hatten aber schon damals gezeigt, daß Krankheit bzw. Arbeitsunfähigkeit nicht für alle Beschäftigten gleichermaßen das Arbeitslosigkeitsrisiko erhöhen, sondern im Zusammenspiel von Krankheits- und Erwerbsverlauf offenbar bestehende Ungleichheitsstrukturen reproduziert werden (siehe Behrens u.a. 1992a, 1993; Behrens/Dreyer-Tümmel 1996; Arrow 1994, 1996).

3. Fragestellungen und Verlauf der Untersuchungen

Anknüpfend an diese Ergebnisse des Projekts sollten die Untersuchungen geschlechts- und berufsgruppenspezifisch erfolgen, d. h. Erwerbsverläufe und Verlaufsfolgen sollten für Männer und Frauen und für InhaberInnen ausgewählter Berufe (bzw. Berufsgruppen) rekonstruiert, beschrieben und verglichen werden. Diesem Vorgehen lag die Annahme zugrunde, daß es sich bei Berufen und „gender“ um sozialstrukturelle Kategorien handelt, entlang deren Anforderung, Belastung und Gelegenheitsstrukturen und damit Risiken und Chancen ungleich verteilt seien.

Im Kontext „relativer“ Gesundheit war dementsprechend davon auszugehen, daß viele soziale Rahmenbedingungen, die im Zusammenwirken von körperlichen Beeinträchtigungen die Teilhabefähigkeit von Individuen am Erwerbsleben und damit Krankheitsfolgen bestimmen, geschlechts- und berufsspezifisch variieren. Für diese geschlechts- und berufsspezifische Analyse wurden erst eine 10 %-

Stichprobe aus den Versicherten- und Leistungsdaten der Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse, deren Daten einer sehr viel weiterreichenden Abklärung und Aufbereitung bedurften als ursprünglich geplant, des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) und Daten der Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP) herangezogen. Jede dieser drei Datenkörper wies komplementäre Stärken und Schwächen auf, die in den folgenden Kapiteln kurz charakterisiert sind. Daher erwies es sich als fruchtbar, alle drei Datenkörper heranzuziehen. So konnten erstmals selbst wahrgenommene Arbeitsbedingungen und differenzierte Berufsgruppen entsprechend den theoretischen Überlegungen herangezogen und ausgewertet werden, und es gelang, den Einfluß der Variablen „Geschlecht“ weitgehend in die ihrem Wirken zugrunde liegenden Interaktionseffekte aufzulösen. Neben der Statuspassage „Frühberentung“ wurden auch Statuspassagen innerhalb des Erwerbsverlaufs in ihren Vorgeschichten und Folgen gesundheitsbezogen transparent gemacht.

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

4.1 Untersuchung individueller Erwerbsverläufe vor der Frühberentung

An individuellen Erwerbsverläufen vor der Frühberentung wird nicht nur die **Begrenztheit von Tätigkeitsdauern**, sondern auch die **Relativität von Gesundheit** - d.h. das Zusammenwirken von körperlichen Beeinträchtigungen und sozialen Rahmenbedingungen in bezug auf Krankheitsfolgen - besonders augenscheinlich: Kann eine berufliche Tätigkeit mit ihrem Anforderungs- und Belastungsprofil aufgrund einer gesundheitlichen Beeinträchtigung nicht mehr fortgesetzt und auch kein (dauerhafter) Wechsel auf einen leidensgerechte(n) Arbeitsplatz realisiert werden, ist die weitere (dauerhafte) Teilhabe am Erwerbsleben infolge der Nicht-Übereinstimmung von Anforderungen und individuellem körperlichen Handlungspotential gefährdet, - unterschiedlich verlaufende - Statuspassagen in die Frührente sind eine häufige Folge.

Auf der Grundlage von Routinedaten der Gmünder Ersatzkasse (GEK) sollten daher - in Ergänzung früherer, vorwiegend multivariater Analysen des Projekts mit AOK-Daten (Behrens/Voges 1990; Behrens/Dreyer-Tümmel 1994) und Daten der Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (siehe dazu die Erweiterung in Abschnitt 4.2 dieses Berichts) - mehrjährige **Verlaufssequenzen vor der (Früh-)Berentung rekonstruiert** sowie **gruppenspezifisch verglichen** werden (zu den Möglichkeiten einer Erwerbsverlaufsforschung mit Krankenkassendaten siehe

Kap.3 in Behrens u.a. 1999). Ziel war es zum einen, die empirische Vielfalt tatsächlicher Verläufe in der Spätphase des Erwerbslebens aufzuzeigen. Zum anderen sollten - im Kontext einer dynamisierten Soziologie sozialer Ungleichheit - Zusammenhänge zwischen Gruppenzugehörigkeiten (besonders „gender“, Beruf) und Verlaufstypen sowie Risikokumulationen im individuellen Verlauf aufgedeckt und Ausgliederungsprozesse gesundheitlich Beeinträchtigter sowie Prozesse der Reproduktion und Verschärfung sozialer Ungleichheit - kurz: die Dynamik der Statuspassage in die Frühberentung - sichtbar gemacht werden.

Dazu wurde die dem Projekt für die Abschlußphase **neu** zur Verfügung stehende **10%-Stichprobe aus dem Versichertenbestand der GEK** (n=122.632), die zum einen ein gegenüber den AOK-Daten erweitertes Beobachtungsfenster aufweist und zum anderen berufs(gruppen)spezifische Analysen besser als die bisherigen Datenbasen erlaubt, übernommen und aufbereitet. Da umfangreiche Datenprüfungen Unvollständigkeiten in den Daten zeigten, mußte dieser Arbeitsschritt im Anschluß an eine erneute Datenziehung durch die GEK noch einmal wiederholt werden. Durch die erneute Ziehung war es einerseits möglich, das Ende des Beobachtungszeitraums von 12/1995 auf 10/1997 hinauszuschieben und darüber hinaus zusätzliche Variablen zu übernehmen. Andererseits führte die zeitliche Verzögerung in Kombination mit der von der DFG beschlossenen Verkürzung der Restlaufzeit des Projektes C4 auf eine 2-jährige Abschlußphase dazu, daß das zunächst beantragte Forschungsprogramm nicht zum Abschluß gebracht werden konnte.

Bis zum Ende der Projektlaufzeit erbrachte die Untersuchung individueller Erwerbsverläufe vor der (Früh-)Berentung für 1.894 Rentner und 550 Rentnerinnen der Berentungsjahrgänge 1994-1996 allerdings folgende zentrale Ergebnisse (siehe dazu sowie zu weiteren Befunden ausführlicher Kap.6 in Behrens u.a. 1999):

Die Verteilung der Untersuchungspopulation nach Rentenzugangsart und **Geschlecht** zeigt deutlich das unterschiedliche Berentungsverhalten von Männern und Frauen, in dem sich nicht zuletzt die Unterschiedlichkeit männlicher und weiblicher Erwerbsverläufe und der daraus resultierenden Rentenansprüche widerspiegelt: Während EU- und BU-Berentungen sowie sonstige Frühberentungen bei Männern der Berentungsjahrgänge 1994-1996 mit Anteilen von 23.1%, 5.2% und 52.8% wesentlich häufiger auftreten als bei Frauen (Anteile: 16.0%, 0.5% und 40.2%), stellen „reguläre“ Altersberentungen ab Vollendung des 63. Lebensjahres für Frauen mit einem Anteil von 43.3% (Männer: 18.8%) die häufigste Rentenzu-

gangsart dar. Auch in bezug auf das Berentungsalter zeigen sich - vor allem bei den „regulären“ Altersberentungen - die geschlechtsbezogenen Unterschiede deutlich: Während 38.2% aller Frauen der Untersuchungspopulation im Alter von 65 Jahren berentet wurden, liegt dieser Anteil für Männer nur bei 4.2%.

In der geschlechtsspezifischen Verteilung der Untersuchungspopulation nach letztem versicherungsrechtlichen Status kommt die **Unterschiedlichkeit männlicher und weiblicher Erwerbs- und Lebensverläufe** ebenfalls deutlich zum Ausdruck: Während Männer überwiegend direkt aus einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit (64.7% der „regulären“ Alters-, 54.3% der EU- und 56.6% der BU-Rentner) oder aus einem unmittelbar erwerbsbezogenen Status, d.h. aus einer Arbeitslosigkeit (insbesondere 77.7% der sonstigen Frührentner) oder aus einer GKV-Mitgliedschaft nach § 192 SGB V (26.3% der EU-, 19.2% der BU-Rentner) heraus berentet werden, trifft dies bei den Frauen der Berentungsjahrgänge 1994-1996 nur in bezug auf EU/BU-Rentnerinnen, die unmittelbar vor Rentenbeginn zu 40.7% sozialversicherungspflichtig beschäftigt und zu je 18.7% arbeitslos oder nach § 192 SGB V krankenversichert waren, sowie für fast die Hälfte der sonstigen Frührentnerinnen zu. Für „reguläre“ Altersrentnerinnen deuten die hohen Anteile jener, die vor Rentenbeginn als Rentenantragstellerinnen (59.2%) oder Hinterbliebenenrentnerinnen (26.1%) gesetzlich krankenversichert waren oder einen in den GEK-Daten nicht dokumentierten Zeitraum aufweisen (5.5%), dagegen darauf hin, daß diese ihr (sozialversicherungspflichtiges) Erwerbsleben zu rund 90% bereits vor Beginn des Rentenbezugs beendet haben und aus einer sog. Familienphase heraus berentet wurden. Gleiches trifft auch für insgesamt 45.7% der Bezieherinnen einer vorgezogenen Altersrente zu.

Die weitere Untergliederung der unmittelbar vor der Berentung abhängig beschäftigten Männer zeigt erneut eine deutliche Korrelation zwischen einer typischen **Sozialschichtvariable** - nämlich der (letzten) beruflichen Stellung - und dem **Frühberentungsrisiko** (siehe dazu auch Abschnitt 4.2 dieses Berichts): Während der Anteil der Arbeiter von 52.8% bei den „regulären“ Altersrentnern über 69.2% bei den sonstigen Frührentnern auf 78.6% bzw. 80.4% bei den EU- und BU-Rentnern zunimmt, nimmt der Anteil der Angestellten wie auch der Anteil der Meister und Poliere ab. Wird allerdings für vollzeitbeschäftigte Männer weiter zwischen Facharbeitern und sonstigen Arbeitern differenziert, so zeigt sich der angedeutete Trend in der Untersuchungspopulation deutlich nur für die letztge-

nannte Gruppe, während der Anteil der Facharbeiter an allen unmittelbar vor der Berentung beschäftigten Männern bei den sonstigen Frührentnern mit 56.7% den höchsten Wert aufweist. Diese Verteilung könnte als ein erstes, noch sehr vages Indiz dafür gedeutet werden, daß Übergänge in die vorgezogene Altersrente unter Nutzung der sog. 59er Regelung vornehmlich bei Facharbeitern zu finden sein könnten.

Ebenso können aus der Untergliederung der unmittelbar vor der Berentung abhängig beschäftigten Männer nach ihrer letzten **beruflichen Tätigkeit** erneut einige Hinweise auf erhöhte Frühberentungsrisiken und begrenzte Tätigkeitsdauern abgeleitet werden (siehe dazu auch Abschnitt 4.2 dieses Berichts; zu den C4-Berufsgruppen siehe Kap.4 in Behrens u.a. 1999). So sind die Anteile an den EU-Rentnern und an den sonstigen Frührentnern für die C4-Berufsgruppe der Schlosser (siehe dazu auch bereits Behrens/Dreyer-Tümmel 1994, Kap.4.1.5.1.1.3) und die GEK-Gruppen der Industriemechaniker, der Elektroniker und Monteure im Elektrobereich und der Zerspanungsmechaniker im Vergleich zu ihren Anteilen an den „regulären“ Altersrentnern überproportional hoch; mit Ausnahme der Elektroniker und Monteure im Elektrobereich trifft dies auch in bezug auf ihren Anteil an den BU-Rentnern zu. Analoge und damit ebenfalls auf begrenzte Tätigkeitsdauern hindeutende Befunde zeigen sich - bei allerdings nur kleinen Fallzahlen - darüber hinaus auch für die GEK-Gruppe der Zahntechniker und für die C4-Berufsgruppe der Metallarbeiter o.n.A.. Dagegen zeigt sich für BKZ 628 'sonstige Techniker' und - bei noch geringeren Fallzahlen - auch für die C4-Berufsgruppe der Lager- und Transportarbeiter (siehe dazu auch bereits Behrens/Dreyer-Tümmel 1994, a.a.O.), die GEK-Gruppe der Edelmetallschmiede sowie BKZ 781 'Bürofachkräfte', BKZ 751 'Unternehmer usw.' und BKZ 682 'Verkäufer' ein gegenläufiger Trend, der ohne Kenntnis der entsprechenden Verweildauern sowohl auf sog. „Endberufe“, die häufig erst in der Spätphase des Erwerbslebens eingenommen werden, wie auch auf relativ belastungsarme Berufe ohne Begrenzung der Tätigkeitsdauer verweisen könnte.

Mehrfährige Verlaufssequenzen vor der Frühberentung lassen sich auf der Grundlage der bereits vorliegenden Befunde zwar noch nicht rekonstruieren. Erste Hinweise auf **typische Verlaufsmuster vor der Frühberentung** (zu typischen weiblichen Wegen in die Altersrente s.o.), die - dem ursprünglichen Forschungsprogramm entsprechend - durch den Einbezug von Verweildauern, weiter zurückliegenden Episoden des Erwerbsverlaufs und - soweit sie die Statuspassage in die

Frührente beeinflussen oder sogar prägen - auch durch Angaben zur Krankengeschichte der untersuchten Personen noch validiert und weiter differenziert werden müssen, lassen sich jedoch bereits ableiten: So erfolgt die Frühberentung aus gesundheitlichen Gründen zwar überwiegend unmittelbar aus dem Erwerbsleben heraus. Allerdings handelt es sich bei der Statuspassage nicht immer um einen abrupten, direkt aus einer - im Idealfall langfristig stabilen - Erwerbstätigkeit heraus erfolgenden Übergang. Vielmehr gehen der Frühberentung in einer Vielzahl von Fällen offenbar zumindest unmittelbar vor Beginn des Rentenbezugs Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit voraus. So haben z.B. die EU- und die BU-Rentner der Untersuchungspopulation vor Beginn des Rentenbezugs zu einem erheblichen Anteil bereits Krankengeld bezogen - entweder im Rahmen eines (zumindest formal) fortbestehenden oder auch nach Beendigung ihres letzten Beschäftigungsverhältnisses -, teilweise ging der EU/BU-Berentung aber auch eine Arbeitslosigkeitsepisode voran (siehe dazu auch bereits Behrens/Dreyer-Tümmel 1994, Kap.4.1.5.1.1.1). Nichtsdestotrotz sind die Verteilungen für Männer wie für Frauen ohne Kenntnis des vorhergehenden Erwerbs- und Erkrankungsverlaufs noch mit einer Vielzahl von sowohl kontinuierlichen als auch diskontinuierlichen Verlaufsmustern vor der Frühberentung einschließlich vielfältiger Formen der Phasenerwerbstätigkeit vereinbar.

4.2 Soziale Ungleichheit und Krankheitsfolgen

In der Berichtsphase waren die Arbeiten auch darauf ausgerichtet, bisherige Arbeiten zu erwerbsverlaufsbezogenen Krankheitsfolgen unter der Fragestellung der Produktion bzw. Reproduktion sozialer Ungleichheit empirisch anzureichern. Im Mittelpunkt standen hierbei erweiterte Analysen mit den Daten der DHP, wengleich diese Frage auch in anderen Arbeitssträngen untersucht wurde. Die bereits in früheren Projektphasen herangezogenen DHP-Daten haben hinsichtlich des Kontextes einer dynamisierten Soziologie sozialer Ungleichheit einen Nachteil, und zwar wurden die DHP-Daten als wiederholte Querschnitte erhoben, so daß Verläufe im Zeitverlauf im engeren Sinne mit diesen nicht betrachtet werden können. Sie haben jedoch den Vorteil, daß es sich um - für Survey-Daten - ungewöhnlich große Fallzahlen handelt. Um diesen Vorteil möglichst weitgehend nutzen zu können, wurde in der Berichtsphase zunächst ein integrierter Datensatz erstellt, der - bis auf den Datensatz der nachträglich zusätzlich erhobenen DHP-

Ost - sämtliche Surveys aller Erhebungswellen einschließlich der Regionalsurveys umfaßt. Es gelang, einen solchen Datensatz mit insgesamt n=55.308 Fällen aufzubauen. Mit diesem konnten mit früheren DHP-Datensätzen bereits durchgeführte Analysen auf größerer Fallzahlbasis überprüft und hinsichtlich kleinerer Subgruppen verfeinert werden. Untersucht wurde das Risiko auf Eintritt von Frühberentung aus gesundheitlichen Gründen, das auch das Konzept begrenzter Tätigkeitsdauer einschloß, bzw. die Chance auf das Erreichen von Altersrente. In diesen Untersuchungen stand nicht die soziale oder arbeitsbedingte Genese gesundheitlicher Einschränkungen oder Krankheit im Mittelpunkt, also die primäre Produktion gesundheitlicher Prozesse und hier auftretender Ungleichheiten. Sondern wir gingen von Personen aus, die gesundheitlich eingeschränkt waren und in diesem Zusammenhang Erwerbsmobilität und die Statuspassage Frühberentung aufwiesen. Zunächst bivariat angestellte Vergleiche von Früh- und Altersrentnern zeigten, daß hier deutliche Unterschiede bei **soziodemographischen Merkmalen** in der Weise bestanden, daß Frührentner einen niedrigeren sozialen Status aufweisen. Bei Frührentnerinnen war dies deutlich schwächer bzw. nicht so eindeutig. Zusammenhangsanalysen mit soziodemographischen Variablen zeigten, daß eine Reihe von Belastungen mit niedrigem sozialen Status zunehmen. Hingegen war die Belastung durch „hohe Verantwortung für Menschen“ bei Inhabern und Inhaberinnen höherer allgemeiner und beruflicher Bildungsgrade und Angehörigen der höchsten Einkommensklasse stärker vertreten. Damit wird verdeutlicht, daß Arbeitsbelastungen konkret in ihrem jeweiligen sozialen und beruflichen Kontext - als mögliche Determinanten für die Risiken zu Frühberentung und für die Chancen auf Altersberentung - zu betrachten sind.

Hinsichtlich des Berufs ließen sich bi- und multivariat einige berufsspezifische Wahrscheinlichkeiten ermitteln, zur Gruppe Frührentner/Frührentnerinnen oder zur Gruppe Altersrentner/Altersrentnerinnen zu gehören. Ergebnisse berufsspezifischer Belastungsvergleiche zwischen Frührentnern/Frührentnerinnen und Altersrentnern/Altersrentnerinnen zeigten erhöhte Belastungsangaben für fast ausnahmslos mindestens ein Item aus den fünf verschiedenen Belastungsbereichen („Arbeitsaufgabe“, „Arbeitsumgebung“, „Arbeitsorganisation“, „Mentale Belastungen“, „Soziale Belastungen“). Dies kann - bei kausaler Betrachtungsweise - als Hinweis gewertet werden, daß kein Beruf einen ausschließlichen Belastungsbereich hat. Insofern scheint eine Belastungskumulation als typisch. Die konkrete Bedeutung ist jedoch jeweils berufsspezifisch zu erschließen, wie weitere Analysen zeigten.

Mittels **multivariater Testverfahren** wurde abschließend ermittelt, welche Variablen die besten Prädiktoren für vorzeitige Berentung bzw. für Chance zur Altersberentung darstellen. Einbezogene abhängige Variablen waren: Geschlecht, Schulabschluß, Berufsausbildung, berufliche Stellung, Krankenversicherung, Branche, starke Belastungen durch verschiedene Arbeitsbedingungen bei der (letzten) Berufstätigkeit sowie monatliches Haushalts-Nettoeinkommen.

Das letztlich resultierende Modell 2 (vgl. Tab.1), das sparsamste Modell unter Berücksichtigung aller Haupt- und Interaktionseffekte, enthält 16 Effekte, die zum 5%-Niveau signifikant sind. Davon sind 8 Haupteffekte und 8 Interaktionseffekte. Sein auffälligster Unterschied gegenüber einem zunächst erhaltenen Modell 1 ist der Fortfall des Haupteffekts Geschlecht, wenn Interaktionseffekte einbezogen werden. Damit wird deutlich und bestätigt sich, daß es nicht das Geschlecht als solches ist, welches Erklärung für Unterschiede bei einer gesundheitsbezogenen Statuspassage sein kann, sondern an das Geschlecht gebundene Merkmale, die nicht nur Bedingung und Ergebnis segmentierter Arbeitsmärkte, sondern offenbar auch von Erwerbskarrieren und den Spielräumen für individuelle Optionen sind.

Darüber hinaus konkretisierten die Ergebnisse der multivariaten Analysen, daß die drei Belastungen „Körperlich schwere Arbeit“, „Hohes Arbeitstempo/Zeitdruck“ sowie „Starke Konkurrenz durch Kollegen“ einen eigenständigen Haupteffekt hinsichtlich der Statuspassage in Frühberentung aus gesundheitlichen Gründen haben. Hingegen hat sich anhand weiterer Haupteffekte gezeigt, daß die Tätigkeit als Angestellte in gehobener beruflicher Stellung vor der gesundheitsbezogenen Statuspassage Frühberentung zu „schützen“ scheint. Somit bestätigt sich, daß soziale Ungleichheit an der Produktion von Statuspassagen beteiligt ist und durch letztere wiederum reproduziert und im Zeitablauf nochmals verstärkt wird. Meßbar war dies in den DHP-Daten für bekannte Sozialschichtvariablen bzw. damit zusammenhängende Merkmale und Effekte.

Die gemessene Stärke der Einflüsse war allerdings nicht groß (Reduktion des Likelihood-Ratio-Index P^2 weniger als 7%). Möglicherweise wurden tatsächliche Abhängigkeiten durch die DHP-Daten nicht in voller Stärke erfaßt. Stärkere Einflüsse wären meßbar, wenn z.B. der Verlauf des gesamten Berufslebens verfolgt werden könnte und nicht nur die Merkmale des letzten Arbeitsplatzes. Eine weitere Erklärung wäre, daß berufsbedingte Einflüsse in starker Form nur in wenigen

Berufen oder bei zahlenmäßig geringen Beschäftigtenanteilen feststellbar sind, so daß sich starke Einzeleffekte in ihrer Wirkung innerhalb einer großen Gesamtdatenbank nivellieren. Hinweise hierfür gibt die Analyse einzelner Berufsgruppen, die für geringe Beschäftigtenzahlen erhebliche Risiken zur Frühberentung nachweisen. Eine eingehende Darstellung dieser Ergebnisse ist vor allem im Kap. 8 des derzeit in Herausgabe befindlichen Projektbuches vorgesehen (Behrens u.a. 1999).

Tabelle 1 : Logistisches Regressionsmodell zur Schätzung des Risikos zur Frühberentung bzw. der Chance zur Altersberentung

Haupt- und Interaktionseffekte	B	S.E.	Sig	R	Exp(B)
Angestellte, umfassende Führungsaufgaben	,4440	,0796	,0000	,0544	1,5589
Angestellte, hochqual. od. leit. Tätigkeit	,4174	,1406	,0030	,0263	1,5180
„E.technik, Feinmechanik, Optik“ Branche	,1646	,0524	,0017	,0283	1,1789
„Verkehr, Bahn, Post“ Branche	-,2600	,0482	,0000	-,0525	,7711
Körperlich schwere Arbeit	-,4029	,0936	,0000	-,0410	,6684
Hohes Arbeitstempo/Zeitdruck	-,0910	,0343	,0080	-,0226	,9130
Starke Konkurrenz durch Kollegen	-,2163	,0609	,0004	-,0329	,8055
Krankenversicherung: „sonstige“		-,1416	,0454	,0018	-,0280
	,8680				
Schulabschluß: „anderer“ und männlich	,3376	,0272	,0000	1,244	1,4016
Unang./einseit. körperliche Beanspruchung					
und ungelernete Arbeiter	,2544	,0311	,0000	,0813	1,2897
Baugewerbe und leitende Angestellte	,1666	,0490	,0007	,0312	1,1813
Körperlich schwere Arbeit und					
Überstunden/lange Arbeitszeit	,1567	,0365	0000	,0409	1,1697
Starke Konzentration und					
Überstunden/lange Arbeitszeit	,0984	,0319	,0020	,0277	1,1034
Haushaltsnettoeinkommen < 2000 DM und					
hohes Arbeitstempo/Zeitdruck	,0845	,0261	,0012	,0295	1,0882
Haushaltsnettoeinkommen unter 2000 DM					
und männlich	-,1020	,0260	,0001	-,0369	,9030
Körperlich schwere Arbeit					
und „Banken-/Versicherungs“ - Branche	-,2823	,0871	,0012	-,0294	,7541
Constant	3756	,1848	,0421		

Frührentner/Frührentnerinnen (n=2776);

Referenzkategorie: Altersrentner/Altersrentnerinnen (n=4653)

Datenbasis: Integrierter Datensatz DHP - NUS, - NBS, - RUS 1984 bis 1991, N = 55.308

4.3 Umfang und Struktur gesundheitsbezogener Erwerbsmobilität

Ergänzend zu den Auswertungen mit den Daten der DHP wurden in verschiedenen Analyseschritten Fragestellungen zu Umfang und Struktur gesundheitsbezogener Erwerbsmobilität durchgeführt. Damit wurde auch hier der Ansatz der Reproduktion sozialer Ungleichheit unter dem Aspekt relativer Gesundheit analysiert. Zudem wurde aber ein Erwerbslebensabschnitt in das Zentrum der Untersuchung gestellt, der sich nicht, wie die Untersuchungen, die in Kap. 4.1 und 4.2 beschrieben wurden, im Wesentlichen auf Statuspassagen vor und bei dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben konzentriert.

Für diese Analysen wurden die Daten des seit 1984 erhobenen Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) benutzt. Damit war u.a. auch Analysen der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer möglich. Die Untersuchung mußte auf die Jahrgänge 1984 (Welle 1) - 1990 (Welle 7) beschränkt bleiben, weil nur für diese Jahre berufliche Mobilität auch mit Antwortkategorien zu gesundheitlichen Gründen erfragt wurde. Die „Startgruppe“ umfaßte alle Befragten, die 1984 regulär vollzeit- oder teilzeiterwerbstätig waren, das 60. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und deren Arbeitswechsel nicht in Nichterwerbstätigkeit mündete (n=926). Die besonders interessierende Untergruppe der Personen mit Erwerbsmobilität aus gesundheitlichen Gründen wurde durch eine Kumulierung der Daten über den gesamten Zeitraum hinweg gebildet (n = 90).

Zunächst war in einem vorgezogenen Untersuchungsschritt bestimmt worden, wie groß der (kumulierte) Anteil an Personen ist, die im Untersuchungszeitraum ihre Arbeitssituation überhaupt und insbesondere aus gesundheitlichen Gründen veränderten und wie sich diese Wechselgründe verteilten. Dabei zeigte sich, daß die angegebenen Gründe für diese Veränderungen vielfältiger Art waren und stark nach dem Geschlecht und dem Alter der Personen variierten. Die überwiegende Mehrheit beruflicher Veränderungen stand jedoch in direktem Zusammenhang mit Ursachen, die in der Erwerbssphäre selbst zu suchen sind. Erwartungsgemäß war gesundheitsbezogene Erwerbsmobilität vor allem in höherem Alter zu finden, allerdings gab es auch einen nicht unbeträchtlichen Anteil von Personen unter 40 Jahren, die ihre Stelle aus gesundheitlichen Gründen aufgegeben haben bzw. hierzu gezwungen waren. Die Annahme eines ausschließlich altersbedingten „Verschleißeffektes“ schien sich insofern nicht zu bestätigen. War die Gruppe mit

gesundheitlich bedingter Erwerbsmobilität bei deutschen Arbeitnehmern nur zu einem Drittel unter 50 Jahre alt, umfaßte diese Altersgruppe bei deutschen Arbeitnehmerinnen rund die Hälfte und bei den ausländischen Arbeitnehmern gar zwei Drittel. Daraus ist – vor dem Hintergrund der jeweiligen Altersstrukturen - ableitbar, daß es bei ausländischen Arbeitnehmern eine verstärkte Tendenz zu gesundheitsbezogener Erwerbsmobilität in jüngerem Alter gab. Daraus ließe sich schließen, daß ganz besonders ausländische Arbeitnehmer von Arbeitsbedingungen betroffen sind die tendenziell eher bereits in einer frühen Phase des Erwerbslebens zu gesundheitsbezogener 'Begrenzung der Tätigkeitsdauer' führen.

Neben Umfang und Struktur der Personengruppe mit gesundheitsbezogener Erwerbsmobilität wurde auch untersucht, wie sich die Situation derer, die überhaupt erwerbstätig blieben, vor und nach der Aufgabe der Stelle aus gesundheitlichen Gründen darstellte. Es zeigte sich, daß die Untersuchungsgruppe erheblich älter als die Vergleichsgruppen war (vgl. Tab. 2). Besonders traf dies für deutsche Männer zu, ausländische Männer waren jünger. Vor dem Wechsel waren die beruflichen Stellungen Facharbeiter, einfache Angestellte und Selbständige gegenüber der Gesamtheit aller Erwerbstätigen überproportional vertreten, mittlere und höhere Angestellte waren unterrepräsentiert, und zwar noch stärker gegenüber allen Arbeitswechslern. Die Arbeitswechsler insgesamt wiesen gegenüber allen Erwerbstätigen mehr mittlere und höhere berufliche Stellungen auf. Der Wechsel akzentuierte dies noch etwas, worin vermutlich berufliche Aufwärtsmobilität zum Ausdruck kommt. Weitere Analysen zu den Ausgangsberufen der Personen mit gesundheitsbezogener Erwerbsmobilität zeigten, daß bei Männern Kfz-Führer und bei Frauen Krankenschwestern jeweils auf Rang 1 standen.

Wenn die Erwerbsverläufe im Zuge gesundheitsbezogener Statuspassagen wieder in Erwerbstätigkeit mündeten, hatte dies häufig negative Folgen für die ökonomische Situation der Wechsler. Das durchschnittliche „Arbeitsnettoeinkommen“ ging nach dem Übergang zurück. Dies ist um so bemerkenswerter, als alle Vergleichsgruppen im Schnitt deutliche Einkommenszuwächse aufweisen konnten. Haushalte, in denen ein Erwerbstätiger aus gesundheitlichen Gründen seine Berufstätigkeit verändern mußte, erfahren also in ökonomischer Hinsicht eine Verschlechterung. Die Folgen gesundheitsbezogener Statuspassagen erstrecken sich damit also nicht nur auf die direkt Betroffenen, sondern haben auch Auswirkungen auf andere Haushalts- und Familienmitglieder. Hinsichtlich der Veränderungen von **Arbeitsbedingungen** sah ein erheblicher Anteil der Personen mit gesundheitsbezogener

Erwerbsmobilität Verbesserungen. 'Verbessert' hatte sich im Zuge von gesundheitsbezogenen Stellenwechseln auch die Arbeitsunfähigkeit. Dies zeigte sich sowohl an der durchschnittlichen Zahl von AU-Tagen vor bzw. nach dem Wechsel und den entsprechenden Anteilen von Personen mit mindestens einer Arbeitsunfähigkeitsphase von über sechs Wochen Dauer. Beide Indikatoren gingen im Rahmen des Wechsels auf einen neuen Arbeitsplatz einerseits zwar drastisch zurück, sie lagen andererseits aber immer sehr deutlich über den entsprechenden Werten der beiden Vergleichsgruppen. Dabei bleibt aber offen, inwieweit dieser Rückgang auf tatsächliche Verbesserungen des Gesundheitszustandes der Erwerbstätigen zurückgeführt werden kann.

Mit diesen Ergebnissen bestätigt sich auch in diesem Untersuchungsschritt eine Produktion und Reproduktion sozialer Ungleichheit bei gesundheitsbedingten Krisen im Erwerbsverlauf. Fanden gesundheitsbezogene Statuspassagen statt, hatte dies überwiegend ungünstige Folgen für den Erwerbsverlauf. Bei demjenigen Drittel der Personen, die nach einem gesundheitsbezogenen Wechsel im Folgejahr erwerbstätig waren, nahm Teilzeitarbeit zu und das Arbeitsnettoeinkommen ab. Hierbei könnte es sich zum Teil um Auffangpositionen handeln. Beim Wechsel in Nichterwerbstätigkeit zeigten sich deutliche Differenzen nach Alter und Geschlecht. Bei Männern dominierten Verläufe, die direkt oder über weitere Übergänge in Nichterwerbstätigkeit mündeten. Gerade für ältere Personen scheinen Auffangpositionen nach gesundheitsbezogenen Wechseln ungenügend zur Verfügung zu stehen.

Tabelle 2: Hintergrund und Folgen von Arbeitswechslern. Merkmale von „Gesundheits-“ und anderen Wechslern : 1984 –1990 (in %)

	Arbeitswechsler aus gesundheitl. Gründen 1984 – 1990 n = 90			Alle Arbeitswechsler 1984 - 1990 n = 926		
	Insg.	bis 1 J. ¹ vor W.	bis 1 J. nach W.	Insg.	bis 1 J. vor W.	bis 1 J. nach W.
Altersgruppen:						
- bis 40 J.	50.6			76.4		
- 41 – 50 J.	10.9			18.1		
- 51 – 59 J.	38.5			5.4		
Erwerbsstatus:		87.8	80.8		88.2	88.8
- vollzeit erwerbstätig		6.2	16.6		7.8	8.7
- teilzeit erwerbstätig		6.0	2.6		4.1	2.4
- sonstiges		17.8	24.9		13.2	14.9
- Facharbeiter		25.9	10.2		19.5	15.6
- einfache Angestellte		13.8	12.9		7.3	8.9
- mittlere Angestellte		14.6	12.5		26.9	26.6
- höhere, leitende Angestellte		2.9	4.6		12.2	13.3
- Beamte		6.9	4.5		11.2	9.7
- Selbständige		17.1	5.5		6.8	7.9
- in Berufsausbildung		-	2.5		0.3	2.8
- (missing)		1.0	33.4		2.6	0.3
Durch den Wechsel haben sich Die Arbeitsbedingungen ...						
- verbessert	37.3			25.2		
- sind gleich geblieben	34.8			36.6		
- verschlechtert	5.5			28.0		
- (missings) ²	(22.5)			(10.2)		
Mittelwerte:						
- Zahl der AU-Tage ³		56.5	28.6		16.5	18.2
- AU über 6 Wochen ³		34.9	8.8		3.1	3.8
- (missings) ²		(36.3)	(57.2)		(58.9)	(56.7)
- Ges. Zufriedenht. ⁴		5.5	5.4		7.3	7.3
- Arbeitsnettoeinkommen in DM		1872.-	1815.-		2029.-	2156.-

1 Die Angaben zu Veränderungen der Erwerbssituation wurde zu jedem Befragungsjahr retrospektiv für das zurückliegende Jahr ermittelt. Jede Angabe zu stattgefundenen Veränderungen kann sich somit auf einen maximalen Zeitraum von bis zu einem Jahr vor bzw. nach der Veränderung beziehen.

2 Die Angaben zu missings wurden in den Kategorien gesondert ausgewiesen, in dem sie relativ umfangreich sind bzw. gruppenspezifisch erheblich variieren

3 Die Angaben zu AU (Arbeitsunfähigkeit) beziehen sich auf einen Zeitraum bis 1988. Später wurden diese Merkmale mit dem SOEP nicht mehr erhoben. Die Angaben zu AU > 6 Wochen in Prozent aller Befragten.

4 Durchschnittswerte auf einer Skala von 0 („ganz und gar unzufrieden“) bis 10 („ganz und gar zufrieden“)

Datenbasis: Integrierte Längsschnittdaten des SOEP: 1984 (Welle 1) bis 1990 (Welle 7); alle Erwerbstätigen unter 60 Jahren (1984).

4.4 Projektmonographie

Im Bewilligungszeitraum ist eine Projektmonographie erarbeitet worden, die unter dem Titel „Relative Gesundheit. Abstiegskarrieren und Auffangpositionen“ demnächst erscheinen wird und folgende Abschnitte beinhalten wird (Inhaltsverzeichnis mit Arbeitstiteln):

- Einleitung und Theorie
- Erwerbsverlaufsforschung mit GKV-Daten
- Belastungs- und tätigkeitsbezogene Berufsklassifizierung auf der Basis von GKV-Daten
- Erwerbsverläufe vor der (Früh-)berentung
- Erwerbsverläufe von Frauen
- Gesundheitsbezogene Statuspassagen - Untersuchungen zur Ermittlung begrenzter Tätigkeitsdauern im Erwerbsverlauf
- „Gatekeeping“ am Beispiel Rückkehr zur Arbeit
- Betrieblicher und sozialpolitischer Umgang mit begrenzter Tätigkeitsdauer
- Rückkehr zur Arbeit nach Rehabilitation

Einige Kapitel liegen bereits als projektinterne Arbeitspapiere vor (vgl. 6.1 Arbeitspapiere).

5. Außenaktivitäten

Aus dem Projekt heraus wurde die gemeinsame Tagung „Gesundheit und Soziale Ungleichheit“ der Sektionen „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ und „Medizinsoziologie“ der DGS vom 19.-20.9.1997 in Nürnberg vorbereitet und durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Tagung sollen in der Reihe Sozialstrukturanalyse (Herausgeber: Stephan Hradil) bei Leske + Budrich veröffentlicht werden.

Projektmitarbeiter beteiligten sich an Tagungen zum Themenkomplex „Evaluation in occupational health services“, die in Rouen, Paris, Birmingham und Venedig stattfanden. Tagungsergebnisse werden noch in 1999 in einem Textbook bei dem Verlag Butterworths and Heynemann erscheinen.

5.1 Vorträge (Auswahl)

„Die Bedeutung des Faktors Gesundheit für Risikolagen im Lebenslauf“. Beitrag zur Tagung „Gesunder Standort mit kranken Menschen? Gesundheitliche Folgen von Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosigkeit“ der Akademie für Sozialmedizin

e.V., Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. am 10.4.1997 in Hannover (Thomas Elkeles)

„Der Zusammenhang zwischen niedrigem Einkommen und Erwerbsunfähigkeitsrisiko – Eine multivariate Analyse mit den Nationalen Gesundheitssurveys der DHP und dem Sozio ökonomischen Panel“. Beitrag zur Gemeinsamen Tagung der Sektionen „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ und „Medizinsoziologie“ der DGS vom 19.-20.9.1997 in Nürnberg (Johann Behrens, Thomas Elkeles, Detlef Schulz)

„Wird der Zusammenhang von niedrigem Einkommen und Erwerbsunfähigkeitsrisiko durch 'wahrgenommene Arbeitsbelastungen' und/oder durch 'relative Gesundheit' verständlicher?“ Beitrag zur wissenschaftlichen Jahrestagung „Sozialmedizin in Theorie und Praxis“ der DGSM vom 29.9.-1.10.1997 in Schwerin (Johann Behrens, Thomas Elkeles u.a.)

„Zur Situation von Langzeitarbeitslosen“. Beitrag zum 3. bundesweiten Kongreß „Armut und Gesundheit“ der Ärztekammer Berlin, MUT, Gesellschaft für Gesundheit mbH, am 6.12.1997 in Berlin (Thomas Elkeles)

„Arbeitslosigkeit macht krank“. Fachvortrag bei der 13. Weddinger Sozial- und Gesundheitskonferenz des Bezirksamtes Wedding von Berlin, Abteilung Soziales und Gesundheit mit Unterstützung der Abteilung Jugend und Bildung am 25.3.1998 in Berlin-Wedding (Thomas Elkeles)

„Empirische Rationierung und Priorisierung in der Sozialmedizin der Rehabilitation“. Beitrag zur gemeinsamen wissenschaftlichen Jahrestagung der DGSM und der DGMS „Bevölkerungsgesundheit – Bevölkerungsentwicklung“ vom 29.9.-1.10.98 in Marburg (Johann Behrens)

„Gesundheitsbedingte Statuspassagen im Erwerbsverlauf“. Beitrag zur gemeinsamen wissenschaftlichen Jahrestagung der DGSM und der DGMS „Bevölkerungsgesundheit - Bevölkerungsentwicklung“ vom 29.9.-1.10.1998 in Marburg (Thomas Elkeles, Johann Behrens u.a.)

„Ungleiche Gesundheit und die Soziologie sozialer Ungleichheit“. Beitrag zum Workshop „Soziale Ungleichheit und Gesundheit“ des Zentrums für Sozialpolitik an der Universität Bremen vom 11.-12.3.1999 (Johann Behrens)

„Erwerbsverläufe vor der (Früh-)Berentung“. Beitrag zum Workshop „Soziale Ungleichheit und Gesundheit“ des Zentrums für Sozialpolitik an der Universität Bremen vom 11.-12.3.1999 (Anne Dreyer-Tümmel)

5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

Einige der zahlreichen derartigen Aktivitäten des Projekts sind bereits unter Punkt 5.1 aufgeführt.

6. Publikationen

6.1 Veröffentlichungen

- Behrens, Johann (1997): Krankheit/Armut: Individualisierung sichernde Lebenslaufpolitiken. (Folgen dynamischer und handlungstheoretischer Untersuchungen für moralische Ökonomien von Gesellschaften mit Sozialstaaten). In: Hradil, S. (Hrsg. im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie): Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996. Frankfurt/New York, 1054-1074
- Behrens, Johann (1998a): Evidence-Based Nursing in Rehabilitation. In: DRV-Schriften, Bd.10, 394-395
- Behrens, Johann (1998b): Interventions in Supply and Demand Factors of Behavioural Change Towards Outcome Management in Occupational Health Services. In: DRV-Schriften, Bd.10, 587-589
- Behrens, Johann (1998c) Empirische Rationalisierung und Priorisierung. In: Das Gesundheitswesen, 60. Jg., H. 8/9: A30
- Behrens, Johann (1999): Neben erotischer Neugier bringt am häufigsten der Markt Fremde zusammen. Aber was, wenn sie zusammen arbeiten müssen? In: Apizsch, U. (Hrsg.): Migration und Traditionsbildung. Opladen (im Erscheinen)
- Behrens, Johann; Ferber, Liselotte von (1997): Folgerungen und Strategien. In: Ferber, L. von; Behrens, J. (Hrsg.): Public-Health-Forschung mit Gesundheits- und Sozialdaten: Stand und Perspektiven. Sankt Augustin, 215-216
- Behrens, Johann; Frenzel-Beyme, Rainer (1997): Berufsrisikoforschung mit Daten der Gesetzlichen Krankenversicherung unter besonderer Berücksichtigung der Mißklassifikation. In: Ferber, L. von; Behrens, J. (Hrsg.): Public-Health-Forschung mit Gesundheits- und Sozialdaten: Stand und Perspektiven. Sankt Augustin, 113-118
- Behrens, Johann; Westerholm, Peter (eds) (1997): Occupational Health Policy, Practice and Evaluation. Kopenhagen/Genf
- Behrens, Johann; Westerholm, Peter; Baranski, Boguslaw (1997): The New Occupational Health and Evaluation Research as its Pathbreaker. In: Behrens, J.; Westerholm, P. (eds): Occupational Health Policy, Practice and Evaluation. Kopenhagen/Genf, 1-3

- Behrens, Johann; Elkeles, Thomas; Schulz, Detlef (1998): Begrenzte Tätigkeitsdauer und relative Gesundheit - Berufe und betriebliche Sozialverfassungen als Ressourcen für Tätigkeitswechsel. In: Heinz, W.R. u.a. (Hrsg.): Was prägt Berufsbiographien? Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik. IAB (BeitrAB 215). Nürnberg, 196-228
- Behrens, Johann u.a. (1999): Relative Gesundheit. Abstiegskarrieren und Aufangpositionen. (im Erscheinen)
- Behrens, Johann; Rabe-Kleberg, Ursula (1999): Wer wacht an Statuspassagen? In: Hoerning, E. (Hrsg.): Biographische Sozialisation. Opladen (im Erscheinen)
- Bormann, Cornelia; Elkeles, Thomas (1997): Gesundheit und gesundheitliche Versorgung von Arbeits- und Langzeitarbeitslosen. In: Weber, I. (Hrsg.): Gesundheit sozialer Randgruppen. Gesundheitliche Probleme gesellschaftlich benachteiligter Gruppen und deren Versorgung. Stuttgart, 99-117
- Dreyer-Tümmel, Anne; Behrens, Johann; Schulz, Detlef (1997a): Erwerbsverlaufsforschung mit Krankenkassendaten. In: Ferber, L. von; Behrens, J. (Hrsg.): Public-Health-Forschung mit Gesundheits- und Sozialdaten: Stand und Perspektiven. Sankt Augustin, 93-113
- Dreyer-Tümmel, Anne; Behrens, Johann; Schulz, Detlef (1997b): Erwerbsverlaufsforschung mit Daten der gesetzlichen Krankenversicherung. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 30.Jg.: 195-207
- Elkeles, Thomas (1997a): Trends in Sports Activities in Elder German People, 1984-1991. In: Huber, G. (ed): Healthy Aging, Activity and Sports. Fourth International Congress Physical Activity, Aging and Sports. Heidelberg, Germany, August 27-31, 1996. Proceedings. Gamburg, 487-492
- Elkeles, Thomas (1997b): Finanzmanagement im Krankenhaus. In: Berliner Ärzte, 34.Jg., Heft 8: 3
- Elkeles, Thomas (1997c): Kritik an der Funktionspflege. In: Büssing, A. (Hrsg.): Von der funktionalen zur ganzheitlichen Pflege. Reorganisation von Dienstleistungsprozessen im Krankenhaus. Göttingen, 49-63
- Elkeles, Thomas (1998a): Arbeitende und Arbeitslose. In: Schwartz, F.W. u.a. (Hrsg.): Das Public-Health-Buch. München/Wien/Baltimore, 516-524
- Elkeles, Thomas (1998b): Qualitätssicherung in der betrieblichen Gesundheitsförderung. Zusammenfassung des Werkstattgesprächs der Gruppe 3. In: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Hrsg.): Betriebliche Gesundheitsförderung und Unternehmenskultur. Workshop vom 13.9.1997. Dortmund/Berlin, 93-96
- Elkeles, Thomas (1999a): Entwicklung der gesundheitspolitischen Perspektiven unter dem Einfluß gegensätzlicher Interessen gesellschaftlicher Gruppierungen. In: Arbeitsgemeinschaft Sozialarbeit in der Dialyse (ASD). IV. Fachtagung Sozialarbeit mit Nierenkranken. Berlin (im Erscheinen)
- Elkeles, Thomas (1999b): Entwicklung von Evaluationskriterien für betriebliche Gesundheitsförderungsmaßnahmen zur Prävention ausgewählter arbeitsbedingter Muskel-Skelett-Erkrankungen. Ergebnisse des Fachgesprächs auf dem Workshop am 10.6.1998. In: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Hrsg.): Entwicklung von Evaluationskriterien für betriebliche Gesundheitsförderungsmaßnahmen zur Prävention ausgewählter arbeitsbedingter Muskel-Skelett-Erkrankungen. Bremerhaven (im Erscheinen)
- Elkeles, Thomas (1999c): Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit und Gesundheit. In: Sozialer Fortschritt, Jg. 48, H. 6, 150-155

- Elkeles, Thomas (1999d): Gesundheits- und Pflegeberichterstattung in Deutschland. Zu Stand und Perspektiven. Eingereicht bei: Pflege – Die wissenschaftliche Zeitschrift für Pflegeberufe
- Elkeles, Thomas; Mielck, Andreas (1997a): Ansätze zur Erklärung und Verringerung gesundheitlicher Ungleichheit. In: Jahrbuch für Kritische Medizin 26 „Soziale Medizin“, Hamburg, 23-44
- Elkeles, Thomas; Mielck, Andreas (1997b): Entwicklung eines Modells zur Erklärung gesundheitlicher Ungleichheit. In: Das Gesundheitswesen. 59.Jg., Heft 3: 137-143
- Elkeles, Thomas; Kirschner, Renate; Kunert, Michael (1998): Armut und Gesundheit bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sekundäranalysen von Daten der „Biogramm-Forschung“. In: Mansel, J.; Brinkhoff, K.-P. (Hrsg.): Armut im Jugendalter. Soziale Ungleichheit, Ghettoisierung und die psychosozialen Folgen. Reihe Jugendforschung. Weinheim/München, 158-172
- Elkeles, Thomas; Bormann, Cornelia (1999): Arbeitslose. In: Bundesvereinigung Gesundheit e.V. (Hrsg.): Gesundheit: Strukturen und Handlungsfelder. Neuwied (im Erscheinen)
- Elkeles, Thomas; Kolleck, Bernd; Schulz, Detlef; Behrens, Johann (1999): Soziale Ungleichheit an gesundheitsbezogenen Statuspassagen – Gesundheitliche Beeinträchtigungen und Erwerbsverläufe. In: Behrens, J. u. (Hrsg.): Ungleiche Gesundheit und die Konstruktion sozialer Ungleichheit. Opladen (im Erscheinen)
- Ferber, Liselotte von; Behrens, Johann (Hrsg.) (1997a): Public-Health-Forschung mit Gesundheits- und Sozialdaten: Stand und Perspektiven. Sankt Augustin
- Ferber, Liselotte von; Behrens, Johann (1997b): Warum ein Memorandum zur Forschung mit Gesundheits- und Sozialdaten, den Routinedaten der Sozialleistungsträger? In: dies. (Hrsg.): Public-Health-Forschung mit Gesundheits- und Sozialdaten: Stand und Perspektiven. Sankt Augustin, 17-25
- Kirschner, Renate; Elkeles, Thomas (1997): Auf schmalem Grad. Befragung von Ärzten zur Sterbehilfe. In: Berliner Ärzte, 34.Jg., H.7:26-28
- Kirschner, Renate; Elkeles, Thomas (1998): Ärztliche Handlungsmuster und Einstellungen zur Sterbehilfe in Deutschland. Eine Repräsentativbefragung unter Ärzten. In: Das Gesundheitswesen, 60.Jg., H.3:247-253
- Lenhardt, Uwe; Elkeles, Thomas; Rosenbrock, Rolf (1997): Betriebsproblem Rückenschmerz. Eine gesundheitswissenschaftliche Bestandsaufnahme zu Verursachung, Verbreitung und Verhütung. Weinheim/München
- Plomp, H. Nico; Verbeek, Jos H.A.M.; Weide, Willeke v.d.; Hulshof, Carel T.J.; Behrens, Johann (1997): Strategies to Prevent Low-Back-Disability in Occupational Health Practice (SPLoH). In: Behrens, J.; Westerholm, P. (eds): Occupational Health Policy, Practice and Evaluation. Kopenhagen/Genf, 43-48
- Schulz, Detlef; Dreyer-Tümmel, Anne; Behrens, Johann (1997): Die Angaben zur beruflichen Tätigkeit in den Daten der gesetzlichen Krankenversicherung - ihr Beitrag zur verlaufsbezogenen Analyse berufsbedingter Belastungen und ihrer Folgen. In: Ferber, L. von; Behrens, J. (Hrsg.): Public-Health-Forschung mit Gesundheits- und Sozialdaten: Stand und Perspektiven. Sankt Augustin, 75-82

- Schulz, Detlef; Behrens, Johann (1998): Unterstützungsleistungen bei Krisen im Erwerbsverlauf: Nicht-verwandschaftliche Hilfen bei längerer Arbeitslosigkeit oder längerer Arbeitsunfähigkeit von deutschen und türkischen Erwerbspersonen. In: Marstedt, G.; Müller, R. (Hrsg.): Gesellschaftlicher Strukturwandel als Herausforderung der Gesundheitswissenschaften. Bremerhaven, 81-102

6.1 Arbeitspapiere

- Behrens, Johann; Dreyer-Tümmel, Anne; Elkeles, Thomas (1998): Gelingen oder Mißlingen von Überbrückung - Krankheitsfolgen als ein sozialpolitischer Indikator
- Dreyer-Tümmel, Anne; Behrens, Johann; Schulz, Detlef (1999): Erwerbsverlaufs-forschung mit Routinedaten der gesetzlichen Krankenversicherung
- Elkeles, Thomas; Schulz, Detlef; Kolleck, Bernd; Behrens, Johann (1998): Gesundheitsbezogene Statuspassagen - Untersuchungen zur Ermittlung begrenzter Tätigkeitsdauer im Erwerbsverlauf
- Schulz, Detlef; Dreyer-Tümmel, Anne; Kocyba, Herrmann (1999): Belastungs- und tätigkeitsbezogene Berufsklassifikation auf der Basis von GKV-Daten

Teilprojekt C5

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojektes C5 (1997-1999)

Titel: „Der Übergang vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase. Reaktionen auf die Einführung neuer sozialrechtlicher Regelungen (II): Altersteilzeit versus Frühverrentung“

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. Winfried Schmähl (GA) (Projektleiter)
Dr. Holger Viebrok (GA/EA) seit 1.11.1997
Dipl.-Vw. Jutta Gatter (GA) bis 31.08.1997
Dipl.-Oec. Rainer George (EA) bis 31.08.1999
Dipl.-Vw. Christiane Oswald (EA)

Inhalt

- 1 Zusammenfassung
- 2 Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung und Ausgangsfragestellung
- 3 Angewandte Methoden
 - 3.1 Quantitative Analyse: Ereignisanalyse/Panelanalyse
 - 3.2 Qualitative Analyse: Betriebsfallstudien
- 4 Ergebnisse und ihre Bedeutung
 - 4.1 Ergebnisse der quantitativen Analysen: Das individuelle Erwerbsverhalten in der Spätphase des Berufslebens
 - 4.2 Ergebnisse der Betriebsfallstudien
- 5 Außenaktivitäten und Vorträge
 - 5.1 Gemeinsamer Workshop der Projekte A4 und C5
 - 5.2 Wissenschaftliche Kontakte
 - 5.3 Vorträge
- 6 Veröffentlichungen
 - 6.1 Bücher
 - 6.2 Artikel in Büchern und Zeitschriften

1. Zusammenfassung

Das Teilprojekt C5 untersucht Reaktionen auf die Einführung neuer sozialrechtlicher Regelungen. In den beiden Projektphasen stand die Frage im Vordergrund, inwieweit der Übergang vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase durch sozialrechtliche Reformen beeinflusst wird, und zwar sowohl im Hinblick auf die Form als auch auf den Zeitpunkt des Überganges. Die erste Phase des Projektes hatte vor allem die Einführung des Teilrentenmodells im Rahmen des Rentenreformgesetzes 1992 zum Gegenstand.

Neben der Untersuchung sozialrechtlicher Anreize für den Ausstieg aus dem Erwerbsleben im Längsschnitt befaßt sich das Projekt in der jetzigen zweiten Phase mit dem Einfluß, den Tarifparteien und Betriebe auf den Zeitpunkt und die Form des Übergangs in die Nacherwerbsphase und damit auf die Lebensverläufe haben. Der Schwerpunkt liegt auf der Einführung des Altersteilzeitgesetzes und der Rolle der Betriebe bei der Umsetzung sozialrechtlicher Regelungen. Das Altersteilzeitgesetz läßt einen frühen Ruhestand bei niedrigeren Kosten für die gesetzliche Rentenversicherung zu und beteiligt Unternehmen an der Finanzierung. Es kann in Form eines Blockmodells (volle Freistellung nach Vollzeitwerbstätigkeit) oder als Teilzeitarbeit über den gesamten Zeitraum umgesetzt werden.

In quantitativen Auswertungen des Sozioökonomischen Panels wurde untersucht, welche Faktoren den Austritt aus dem Erwerbsleben beeinflussen. In Betriebsfallstudien wurden Arbeitgeber zu ihrer Personalpolitik gegenüber älteren Arbeitnehmern befragt.

Die Analyse der individuellen Erwerbsverläufe am Ende des Berufslebens mit Hilfe von Daten des Sozioökonomischen Panels ergab unter anderem, daß sozialrechtliche Pfade in den Ruhestand, aber auch starke geschlechtsspezifische Unterschiede wirksam sind. Vor allem aus dem individuellen Gesundheitszustand und aus der Arbeitskräftenachfrage bzw. der Personalpolitik des Betriebes ergeben sich Einschränkungen des individuellen Handlungsspielraumes.

Diese empirischen Hinweise werden durch die Ergebnisse der Betriebsfallstudien entscheidend ergänzt: Danach besteht sowohl bei Arbeitnehmern als auch bei Arbeitgebern eine starke Präferenz für einen frühestmöglichen Ausstieg aus dem Er-

werbsleben und damit auch für das Blockmodell bei der Altersteilzeit. Aus betrieblicher Sicht werden „Frühverrentungen“ zur Personalreduzierung, zum Personalumbau und zum Personalaustausch genutzt. Daran wird sich voraussichtlich auch bei der weiteren Verteuerung des Vorruhestandes durch die allmählich eingeführten Rentenabschläge wenig ändern.

2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung und Ausgangsfragestellung

In den beiden bisherigen Förderphasen wurden die Reaktionen im Erwerbsverhalten älterer Arbeitnehmer auf veränderte sozialrechtliche Rahmenbedingungen untersucht. In der ersten Phase des Projektes stand die Einführung des Teilrentenmodells im Rahmen des Rentenreformgesetzes 1992 im Zentrum, das als sogenanntes „spätes Gleitmodell“ auf eine Verlängerung der Erwerbsphase abzielte (Schmähl/George/Oswald 1996, George/Oswald 1997).

Die Teilrentenregelung wurde in der Praxis nur vergleichsweise selten umgesetzt. Die erste Projektphase hatte (unter anderem mit einer Befragung von Antragstellern von Voll- und Teilrenten) deutlich gezeigt, daß mehrere Gründe einer Flexibilisierung und Verlängerung der Lebensarbeitszeit entgegenstehen (vgl. Oswald/George/Viebrok 1996). So setzte das Sozialrecht insgesamt eher widersprüchliche Anreize, indem es den frühen Ruhestand mit Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung finanziell unterstützte und gleichzeitig mit der Teilrente Anreize zur Verlängerung der Erwerbsphase gab. Die Präferenzen vieler älterer Arbeitnehmer (weniger von Selbständigen) sprachen eher für eine vorzeitige und vollständige Beendigung der Erwerbsphase.

Aber auch wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Unternehmen waren offenbar von entscheidender Bedeutung. Frühverrentungen können zur Erfüllung personalwirtschaftlicher Aufgaben beitragen, die im Zuge von Arbeitsmarktproblemen, branchenspezifischen Strukturkrisen, Produkt- und Prozeßinnovationen, Rationalisierungsprozessen sowie konjunkturell bedingten Absatzschwierigkeiten entstehen können (Rosenow und Naschold 1994: 211ff.). Die Umbrüche im Zuge der deutschen Einigung hatten zu Beginn der ersten Projektphase zu einer deutlichen Abnahme der Arbeitskräftenachfrage geführt. Schon in der eigenen Erhebung unter

Rentenantragstellern hatte sich diese Entwicklung frühzeitig in Gestalt einer starken Nutzung der „Altersrente wegen Arbeitslosigkeit“ abgezeichnet.

Erwerbsbiographien werden also (neben individuellen Faktoren) sowohl durch staatliche Sozialpolitik (sozialrechtliche Regelungen) als auch durch betriebliche Personalpolitik beeinflusst, wobei beide zum Teil unterschiedliche Ziele verfolgen, aber in vielfältiger Weise miteinander verzahnt sind. Es war das Ziel im Berichtszeitraum, diese Verzahnung herauszuarbeiten und jene Faktoren zu erschließen, die schließlich zur Frühverrentung führen.

Deshalb wurde der Einfluß gesetzlicher Regelungen auf das Arbeitskräfteangebot und auf das betriebliche Handeln hinsichtlich älterer Arbeitnehmer untersucht. Die Schwerpunkte der Arbeit bezogen sich auf eine Analyse von Erwerbsverläufen vor dem Übergang in den Ruhestand sowie auf unternehmerische Reaktionen auf die (Wieder-) Einführung einer Altersteilzeitregelung zum frühen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, die in Verbindung mit einer Verschärfung der Regelungen zum Rentenzugang über Arbeitslosigkeit stand. Daten des SOEP sollten zum Verständnis der Wahl von Pfaden aus der Erwerbstätigkeit beitragen und die Faktoren erschließen, die für Männer und Frauen das individuelle Erwerbsverhalten beeinflussen. Betriebsfallstudien sollten das Wissen über betriebliche Handlungslogiken vertiefen.

3. Angewandte Methoden

Zur Erforschung der Verzahnung sozialrechtlicher und betrieblicher Einflußfaktoren wurden qualitative und quantitative Methoden empirischer Sozialforschung genutzt. Die Untersuchung des Einflusses der sozialrechtlichen und anderer Variablen erfolgte mit Längsschnittdaten des Sozioökonomischen Panels, wobei in einer Dissertation, die im Zusammenhang mit der Projektfragestellung entsteht, auch ein internationaler Vergleich mit den Austrittsmustern in Großbritannien vorgenommen wird. Dieser Vergleich bezieht zusätzlich Daten der British Household Panel Study (BHPS) ein. Die Untersuchung des Einflusses der betrieblichen Personalpolitik auf die Spätphase des Erwerbslebens hatte dagegen Expertengespräche in Unternehmen zur Grundlage. Eine zweite Dissertation befaßt sich in diesem Zu-

sammenhang mit der Rolle interner Arbeitsmärkte für den betrieblichen Umgang mit älteren Arbeitnehmern.

3.1 Quantitative Analyse: Ereignisanalyse/Panelanalyse

Die quantitative Untersuchung des Erwerbsverhaltens von Männern und Frauen in der Spätphase ihres Arbeitslebens konzentrierte sich auf die Auswertung der Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP).¹ Neben deskriptiven Auswertungen über die Beschäftigung älterer Erwerbstätiger und einer Darstellung der Ausstiegspfade in die Nacherwerbsphase wurde der Übergang vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase hauptsächlich mit Methoden der Ereignisanalyse untersucht. Soweit dies möglich war, wurden für die britisch-deutsche Vergleichstudie (vgl. dazu Oswald 1999b) entsprechende Datensätze vorbereitet und vergleichbare Schätzungen durchgeführt. Ergänzend dazu wurden Daten der eigenen, in den Jahren 1994 bis 1996 erhobenen Stichprobe von Rentenantragstellern herangezogen.²

3.2 Qualitative Analyse: Betriebsfallstudien

Die Untersuchung der betrieblichen Personalpolitik im Hinblick auf ältere Arbeitnehmer und ihr Ausscheiden aus dem Betrieb wurde mit Hilfe von Betriebsfallstudien durchgeführt. Betriebsfallstudien stellen einen nützlichen Zugang zur Erforschung von betrieblichen Strategien und Handlungsmustern dar, zumal repräsentative Datensätze mit struktur- und entscheidungsrelevanten Variablen über Betriebe nicht erhältlich³ und nur sehr schwer in eigener Regie zu erheben sind.

¹ Erste Auswertungen der IAB-Beschäftigtenstichprobe hatten Beschränkungen des Datenumfanges deutlich gemacht. Siehe dazu auch die thematisch ähnliche, aber auf Männer bezogene Untersuchung von Wübbecke (1999) auf der Grundlage der IAB-Stichprobe von 1975 bis 1990.

² Die Repräsentativität der Stichprobe wurde zu Beginn des Berichtszeitraumes durch die Statistik des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (im Hinblick auf parallel erhobene Merkmale) bestätigt.

³ Mit dem IAB-Betriebspanel liegt zwar ein ausführliches Berichtssystem zu den Nachfragerstrukturen des Arbeitsmarktes vor, das jedoch bisher nicht zur wissenschaftlichen Nutzung durch IAB-externe Wissenschaftler zugänglich gemacht wurde.

Ein wichtiges Kriterium für die Auswahl der befragten Unternehmen stellte die Branchenzugehörigkeit dar, da die Zugehörigkeit zu einem Wirtschaftszweig die wirtschaftlichen, technologischen und personalwirtschaftlichen Voraussetzungen von Unternehmen prägt. Wirtschaftszweige kennen in der Regel typische Berufe, die bestimmte Qualifikationen der Mitarbeiter voraussetzen und die eine dazu passende Arbeitsorganisation der Unternehmen erforderlich machen. Es wurden sowohl Unternehmen des produzierenden Gewerbes als auch des Dienstleistungssektors ausgewählt. Darüber hinaus stellt die Betriebsgröße einen zentralen Bestimmungsfaktor der Personalpolitik dar.

Basierend auf den genannten Auswahlkriterien konnte die in Übersicht 1 wiedergegebene Struktur der Unternehmensstichprobe realisiert werden.

Übersicht 1: Struktur der Unternehmensstichprobe

	Dienstleistungssektor	Anzahl	Produzierendes Gewerbe	Anzahl
Großunternehmen (über 200 Mitarbeiter)	Banken	3	Chemieunternehmen	3
	Krankenkassen	2	Maschinenbau	2
	Krankenversicherung	1	Automobilbau	2
Kleinere Unternehmen (bis 200 Mitarbeiter)	Banken	3	Chemieunternehmen	3
	Pflegedienste	2	Maschinenbau	1
Summe		11		11

Die Stichprobe zeichnet sich u.a. dadurch aus, daß für fast alle Unternehmen Tarifverträge zum Altersteilzeitgesetz abgeschlossen wurden. Dadurch wurde es möglich, die betriebliche Umsetzung dieser neuen sozialrechtlichen Regelung zum Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu untersuchen.

Die Betriebsfallstudien beruhen in erster Linie auf leitfadengestützten Interviews mit personalverantwortlichen Managern oder Geschäftsleitungen. Als ergänzende Hintergrundinformationen konnten in einigen Unternehmen auch Betriebsräte befragt werden. Darüber hinaus wurden anhand eines Fragebogens personalpolitisch relevante Strukturdaten der Unternehmen erhoben und schriftliche Begleitmaterialien (Geschäftsberichte, Betriebsvereinbarungen, Personalleitlinien usw.) ausge-

wertet. Auswahl der Unternehmen, Entwurf der Leitfäden und Auswertungen wurden in Abstimmung mit dem Projekt A4 vorgenommen.

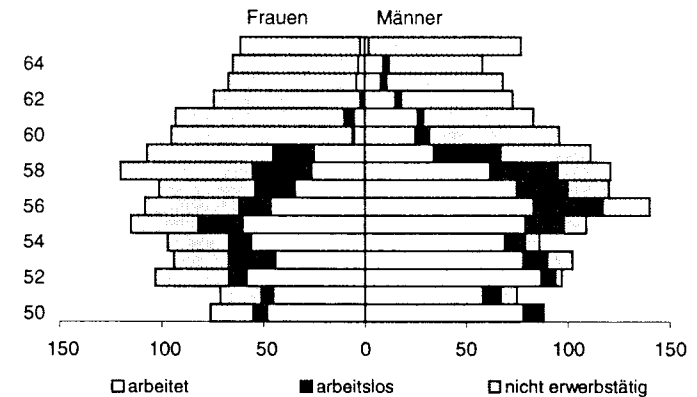
4. Ergebnisse und ihre Bedeutung

4.1 Ergebnisse der quantitativen Analysen: Das individuelle Erwerbsverhalten in der Spätphase des Berufslebens

4.1.1 Erwerbsbeteiligung im Querschnitt

Die in den Jahren 1994 bis 1995 durchgeführte Befragung von Rentenantragstellern hatte ergeben, daß in vielen Fällen ein frühzeitiger Ruhestandszeitpunkt und selten ein gleitender Übergang in den Ruhestand angestrebt wird. Die Auswertung ergab auch, daß das Teilrentenmodell der gesetzlichen Rentenversicherung überwiegend für Selbständige und höhere Angestellte in Frage kam (George/Oswald 1997 und 1999). Ein großer Teil der Vollrentner gab weiter an, die Erwerbstätigkeit schon vor dem Beantragen einer Altersrente beendet zu haben. Dies war Ausgangspunkt der Auswertungen auf Basis des Sozioökonomischen Panels (SOEP).

Übersicht 2: Erwerbsbeteiligung der 50-65-jährigen im SOEP 1997



Übersicht 2 zeigt im Querschnitt den aktuellen Erwerbsstatus der 50- bis 65jährigen in der Stichprobe von 1997 nach den Definitionen des SOEP⁴. Es ist offensichtlich, daß nach dem 60. Lebensjahr die Erwerbsbeteiligung gering ist, die Arbeitslosigkeit dagegen – gerade bei den Männern – schon ab dem 55. Lebensjahr deutlich ansteigt. Dies wird auch durch die Anwendung der 59er Regelung mitverursacht, die aus einer Verknüpfung von Leistungen der Arbeitslosenversicherung frühestens ab 57 1/3 Jahren mit der vorgezogenen Altersrente ab 60 besteht und für voll erwerbsfähige Männer im Jahre 1997 den einzigen Weg eröffnete, eine Rente ab 60 zu erhalten. Die Ergebnisse weisen auf die insgesamt hohe Bedeutung sozialrechtlicher Pfade in den Ruhestand hin, deren Einfluß auch im Längsschnitt untersucht wurde.

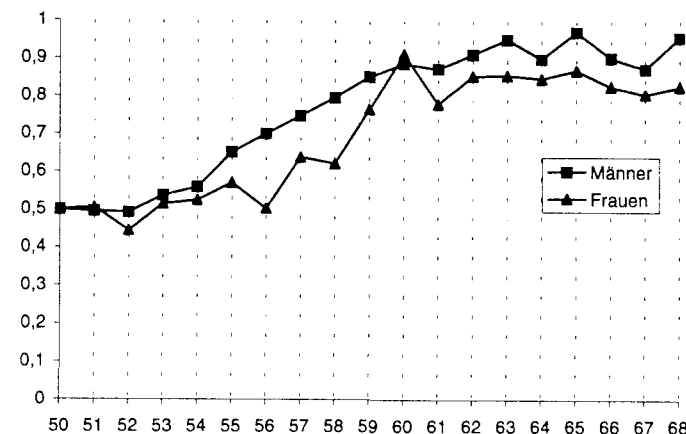
4.1.2 Längsschnittanalyse zum Ausscheiden aus dem Erwerbsleben

Um den Übergang in die Nacherwerbsphase im Längsschnitt zu untersuchen, wurden Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Westdeutschland aus der SOEP-Stichprobe ausgewählt, die im Alter von 50 oder zum Zeitpunkt der ersten Beobachtung (wenn diese später liegt) erwerbstätig sind. Das Erwerbsverhalten dieser Personen wurde bis zum ersten Ausscheiden aus dem Erwerbsleben verfolgt (längstens bis zum Erreichen des 68. Lebensjahres). Da sich das Erwerbsverhalten von Männern und Frauen auch in der Spätphase des Berufslebens stark unterscheidet, wurden getrennte Modelle für Männer und Frauen geschätzt.

Übersicht 3 zeigt die Wahrscheinlichkeiten (Hazardraten, vgl. Blossfeld 1995) des ersten Übergangs aus der Erwerbstätigkeit in eine Phase der Nicht-Beschäftigung. Deutlich ist zu erkennen, daß die Übergangswahrscheinlichkeiten in die Nicht-Erwerbstätigkeit von Frauen im Alter von 60 – der bisher geltenden besonderen Altersgrenze für Frauen in der Rentenversicherung – besonders groß sind. Auch bei Männern sind die Hazard-Raten bei den Altersgrenzen der Rentenversicherung 60, 63 und 65 – allerdings nur wenig – höher als in den anderen Altersstufen.

⁴ Das Merkmal „Arbeitslosigkeit“ ergibt sich als Antwort auf die Frage „Sind Sie arbeitslos gemeldet?“ im SOEP.

Übersicht 3: Hazardraten des Austritts aus dem Erwerbsleben



Datengrundlage: SOEP 1984 bis 97

Ein deutsch-britischer Vergleich (Oswald 1999b) ergibt darüber hinaus, daß nicht allein institutionelle Regelungen den Übergang in den Ruhestand determinieren. Ebenso wie bei Übergängen in Arbeitslosigkeit und andere Nichterwerbstätigkeit sind auch Arbeitsplatz-, Gesundheits- und Familienfaktoren von großer Bedeutung.

In vielen ökonomischen Untersuchungen wird der Übergang in den Ruhestand als eine individuelle Arbeitsangebotsentscheidung im Lebenszyklus aufgefaßt (Killingsworth 1983). Während in theoretischen Untersuchungen des individuellen Ruhestandsverhaltens die Anreize und Restriktionen durch sozialversicherungsrechtliche Regelungen detailliert ausgearbeitet werden können (z.B. Viebrok 1997), müssen sie für die empirische Analyse stark vereinfacht werden. Als vereinfachte ökonomische Variable wurde hier das logarithmierte Netto-Einkommen ausgewählt. Während hohes Einkommen bei Männern das erwartete Vorzeichen aufweist (d.h. zur Verlängerung der Erwerbstätigkeit führt), jedoch nicht signifikant ist, verlassen Frauen mit höherem Netto-Einkommen signifikant später den Arbeitsmarkt, sei es in Arbeitslosigkeit oder Nicht-Erwerbstätigkeit. Dies steht im

Einklang mit zahlreichen empirischen Erkenntnissen, die Frauen eine stärkere Reaktion auf Lohnsätze attestieren. Zugleich ergänzt dies die Ergebnisse von Wübbecke (1999), indem auch das Erwerbsverhalten von Frauen berücksichtigt wird.

Viele ökonomische Studien gehen davon aus, daß Arbeitnehmer ihr Arbeitsangebot auf dem Arbeitsmarkt auch realisieren können. Die Arbeitslosenquote und die seit den 70er Jahren angestiegene Nutzung der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit zeigen allerdings die deutlichen Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt. Anhaltspunkte für die Bedeutung der Arbeitskräftenachfrage ergeben sich aus einem Vergleich mit Selbständigen und aus der Einbeziehung des Überganges in Arbeitslosigkeit. Schätzungen ergaben für Selbständige einen späteren Austritt aus dem Erwerbsleben (Oswald 1999b) und bestätigten damit die Querschnittsergebnisse der Befragung von Rentenantragstellern (George/Oswald 1999).

Die Ergebnisse der Längsschnittanalysen zeigen, daß bei Männern ein hohes Bildungsniveau mit einer geringeren Austrittswahrscheinlichkeit, also einer längeren Erwerbsphase verknüpft ist.

Übersicht 4: Dieser Zusammenhang läßt sich bei Frauen allerdings nicht nachweisen. Neben dem ausgeprägten Einfluß der Altersgrenze von 60 Jahren für Frauen in der gesetzlichen Rentenversicherung ist als Ursache zu vermuten, daß Frauen nach einem Wiedereinstieg im Anschluß an eine Erwerbsunterbrechung häufiger Tätigkeiten ausüben, die nicht ihrem Qualifikationsniveau entsprechen. Die Unterschiede können dann auch durch eine geringere Nachfrage nach solchen Arbeitskräften hervorgerufen werden (vgl. dazu auch Abschnitt "Bestimmungsgründe für Frühverrentungen" weiter unten).

Übersicht 4: Multinomiales Logitmodell zum Übergang aus Erwerbstätigkeit

Abhängig Beschäftigte	Männer		Frauen	
	In Arbeitslosigkeit	In Ruhestand (o.ä.)	In Arbeitslosigkeit	In Ruhestand (o.ä.)
Alter 55-57	0,993 ***	0,834 ***	0,772 ***	0,194
Alter 58-59	1,461 ***	1,728 ***	0,716 **	1,014 ***
Alter 60-62	1,477 ***	2,828 ***	-0,254	3,109 ***
Alter 63-68	-0,092	4,325 ***	0,522	2,814 ***
Log. Nettoeinkommen	0,014	-0,080	-0,263 **	-0,229 **
10 Jahre und mehr im Betrieb	-0,352 **	-0,177	-0,315	0,113
Betrieb bis zu 200 Mitarbeiter	0,178	-0,040	0,664 **	0,069
Betrieb mehr als 2000 Mitarbeiter	0,425 ***	0,294 **	0,582 *	0,280
Dienstleistungsbranche	-0,816 ***	0,039	-0,928 ***	0,217
Schwerbehindert	0,202	1,104 ***	-0,246	0,783 ***
Hochschulabschluß	-0,043	-0,769 ***	-0,593	-0,512
Kein beruflicher Abschluß	0,104	0,062	-0,510 **	0,250
Ausländische Staatsang.	0,169	-0,299 *	0,250	-0,258
Gesundheitsprobleme (Selbsteinschätzung)	0,415 ***	0,882 ***	0,669 ***	0,820 ***
Partner ist erwerbstätig	-0,049	-0,178	-0,177	-0,338 **
Partner im Haushalt	-0,008	0,147	0,158	0,307 *
Beamte(r)	-1,833 ***	0,534 ***	-0,221	-0,145
Teilzeitarbeit (Selbsteinschätzung)	-0,201	1,387 ***	-0,179	0,529 ***
	-3,853 ***	-3,904 ***	-1,556	-2,528 ***
Anzahl Übergänge	273	446	101	279
Log Likelihood	-2295,86		-1155,47	
Anzahl Beobachtungen	7038 (1379 Personen)		3217 (689 Personen)	
χ^2 (36)	1005,29		465,73	
Pseudo R ²	0,1796		0,1677	
Referenzkategorien: Alter 50-54, Betrieb mit 201-2000 Mitarbeitern, berufliche Ausbildung				

*, **, *** signifikant auf dem 1%, 5%, 10% Niveau

Die Kovariablen in der Untersuchung decken zum einen demographische Variablen, Bildungsabschlüsse, Charakteristika der aktuellen Arbeitsstelle sowie den Gesundheitszustand und den Familienstand ab. Geschätzt werden multinomiale Logit-Modelle im Sinne diskreter Hazard-Ratenmodelle (vgl. Yamaguchi 1991: 16). Erwerbstätige Personen bleiben in der Stichprobe bis zum ersten Ausscheiden aus dem Erwerbsleben oder bis zum Ende des Beobachtungszeitraums, wobei es sich dann um rechtszensierte Episoden handelt.

Eine lange Betriebszugehörigkeit vermindert für Männer in der Stichprobe die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden, was sich mit der Wirkung von Kündigungsschutzregelungen erklären läßt. Auch ältere Männer und Frauen, die in Dienstleistungsbranchen beschäftigt sind, werden seltener arbeitslos.

Arbeitnehmer in großen Betrieben werden nach den Ergebnissen häufiger arbeitslos. Dies steht auf den ersten Blick im Gegensatz zu Aussagen der Segmentations-theorie, wonach Arbeitsplätze in Großbetrieben als Arbeitsplätze in internem Arbeitsmärkten gelten, die vergleichsweise sicher sind (Sengenberger 1987: 154f.). Allerdings wurden Frühverrentungsmaßnahmen unter Nutzung von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung vor allem in Großbetrieben durchgeführt. Die zugrunde liegenden Zusammenhänge wurden in den Betriebsfallstudien ausführlich untersucht (siehe unten).

Einen hohen Einfluß auf das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben haben Behinderungen oder Gesundheitsprobleme. Schwerbehinderte scheiden eher in den Ruhestand aus. Dies spiegelt zum Teil sozialrechtliche Gegebenheiten wider: Berufs- und Erwerbsunfähige bzw. Schwerbehinderte haben bereits mit 60 einen Anspruch auf Altersrente. Männer und Frauen mit gesundheitlichen Beschwerden gehen allerdings nicht nur eher in Rente als gesunde, sondern haben auch eine höhere Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden.

Familien- und Haushaltszusammenhänge spielen vor allem für das Erwerbsverhalten von Frauen eine bedeutende Rolle (vgl. die Ergebnisse in den Teilprojekten B1 und B6). Dabei ist in der beobachteten Altersgruppe weniger das Vorhandensein von Kindern im Haushalt als das Zusammenleben mit einem Partner und dessen Erwerbsstatus entscheidend. Aufgrund einer höheren Familienorientierung erwartet man von Frauen eine geringere Erwerbsneigung. So favorisieren Frauen in einer Partnerschaft auch einen früheren Erwerbsaustritt. Dieser Effekt kehrt sich jedoch um, wenn der Partner selbst erwerbstätig ist. Für Männer sind die Wirkungsrichtungen der Partnernvariablen zwar ähnlich, aber nicht signifikant.

Die Rolle von Haushaltszusammenhängen wird noch in der laufenden Projektphase in einem Workshop zum Thema „Retirement in a Household Context“ gemeinsam mit dem Teilprojekt B6 näher untersucht.

4.2 Ergebnisse der Betriebsfallstudien

4.2.1 Die Frühverrentungsstrategien der Unternehmen

Die Ergebnisse der Experteninterviews zeigen, daß die befragten Unternehmen nach dem Ausmaß und der Art der Nutzung von Frühverrentung unterschieden werden können. Dabei ergeben sich folgende Typen:

- Frühverrentung als
 - kontinuierliche Frühverrentung oder
 - problemgeleitete Frühverrentung;
- keine Frühverrentung.

Einige der Unternehmen nutzen Möglichkeiten zur Frühverrentung regelmäßig als normalen Ruhestandspfad (*kontinuierliche Frühverrentung*), auch wenn keine dringende Notwendigkeit zum Personalabbau gegeben ist. Frühverrentung dient dann der Verbesserung der Produktivität, der Verjüngung der Altersstruktur oder der Erhöhung der Fluktuationsrate. Dies trifft insbesondere auf die Großunternehmen der Chemie- und Automobilindustrie zu.

Manche Unternehmen verstehen Frühverrentung überwiegend als Interventionsinstrument der Personalwirtschaft, um auf wirtschaftliche Notlagen reagieren zu können (*problemgeleitete Frühverrentung*). Diese Beschreibung trifft auf die Mehrzahl der befragten Unternehmen zu, so auf die kleinen Unternehmen und ein großes Unternehmen der Chemieindustrie, die meisten Unternehmen der Metallbranche, die großen Kreditinstitute und ein privates Krankenversicherungsunternehmen. Frühverrentung mit Abfindungsleistungen wird für eine regelmäßige Anwendung als zu teuer erachtet und daher vor allem zum „sozialverträglichen“ Personalabbau genutzt.

Eine weitere Gruppe von Unternehmen nutzt *keine Frühverrentungsinstrumente*: Die Pflegedienste existieren erst seit wenigen Jahren, so daß keine Übergänge in den Ruhestand zu verzeichnen sind. Wegen der gesundheitlichen Belastung werden kürzere Betriebszugehörigkeitsdauern erwartet. Krankenversicherungsträger in der Stichprobe lehnen Frühverrentung ab, da diese mit der finanziellen Belastung anderer Sozialversicherungszweige einhergeht.

Die befragten Personalleiter bzw. Vorstände der kleinen Kreditinstitute lehnen es ab, Mitarbeiter frühzeitig zu verrenten, da es für ältere Mitarbeiter weiterhin produktive Einsatzmöglichkeiten gebe.

Obwohl Frühverrentungen über alle Branchen hinweg angewendet werden, so ließen sich doch im Sample einige Muster in den verfolgten Strategien feststellen. Die *kontinuierliche Nutzung von Frühverrentungen* zeigte sich nur in Großunternehmen. Ursache hierfür dürften die hohen Kosten von Frühverrentungsprogrammen sein. *Problemgeleitete Frühverrentung* war in Unternehmen aller Branchen und auch in kleineren Unternehmen zu verzeichnen. Sie steht den Unternehmen für Personalanpassungen in besonderen Situationen zur Verfügung. Durch eine entsprechende finanzielle Ausstattung können Anreize für die Mitarbeiter gesetzt werden, aus dem Unternehmen auszusteigen. Nach dem Erreichen der Personalanpassungsziele können die Frühverrentungsangebote zurückgezogen oder es kann deren finanzielle Attraktivität verringert werden. Die Unternehmen, die *keine Frühverrentungen* vornahmen, wurden bisher nicht mit dringenden Personalabbaubedarfen konfrontiert, da die wirtschaftliche Entwicklung durch positive Wachstumsraten gekennzeichnet war.

4.2.2 Bestimmungsgründe für Frühverrentungen

Eine frühzeitige Beendigung der Erwerbsphase kann bei Überkapazitäten zur Reduzierung der Belegschaftszahlen genutzt werden. Qualitative Anpassungen zielen hingegen auf die Veränderung der Strukturen der Belegschaft ab. Dabei soll insbesondere eine Lücke zwischen den Kenntnissen und Fähigkeiten der Belegschaftsmitglieder und den Anforderungen an sie geschlossen werden. Frühverrentungen können diese Aufgabe unterstützen, wenn sich durch den Personalaustausch eine Verbesserung der Qualifikationsstruktur der Belegschaft ergibt. Instrumente dieser Art können auch als externalisierende Anpassungsmaßnahmen beschrieben werden, da sie Anpassungsprobleme durch einen Austausch mit dem externen Arbeitsmarkt bewältigen wollen. Internalisierende Strategien streben dagegen eine Erfüllung der personalwirtschaftlichen Aufgaben mit der vorhandenen Belegschaft an.

Übersicht 5: Personalabbaubedarfe und Frühverrentungsstrategien

Frühverrentungstyp:	Entwicklung des Personalbestandes			
	zunehmend	etwa konstant	leicht abnehmend	stark abnehmend
Kontinuierliche Frühverrentung	–	–	–	2 Chemie 3 Metall 1 Bank
Problemgeleitete Frühverrentung	–	1 Bank	2 Chemie 1 Metall 1 Bank 1 Krankenversicherung	2 Chemie
Keine Frühverrentung	2 Pflegedienste	1 Metall 1 Bank	2 Banken 2 Krankenkassen	–

Frühverrentungen sind nach den Ergebnissen vorrangig als *Personalabbauinstrument* zu verstehen. Obwohl auch Verbesserungen der Personalstruktur durch einen Personalaustausch erzielt werden können, zeigt sich in den Fallstudien ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Notwendigkeit von Personalreduzierungen und der Nutzung von Frühverrentung (vgl. Übersicht 5). Den stärksten Personalabbau hatte das verarbeitende Gewerbe zu verzeichnen, das 1992/93 einen erheblichen Einbruch in der ökonomischen Entwicklung erlitten hat. Der dadurch initiierte Personalabbau wurde durch die nahezu vollständige Ausschöpfung aller Frühverrentungspotentiale bewältigt, was sich in einigen Unternehmen durch die Reduzierung des Frühverrentungsalters auf bis zu 55 Jahren ausdrückte.

Eine wichtige Ursache für Maßnahmen zur Veränderung der *Zusammensetzung der Belegschaft*, insbesondere hinsichtlich der Strukturmerkmale Alter und Qualifikation, stellt der in nahezu allen befragten Unternehmen zu verzeichnende Anforderungs- und Qualifikationswandel dar. Neue Produktionskonzepte im verarbeitenden Gewerbe sowie eine stärkere Vertriebsorientierung und Produktinnovationen im Dienstleistungssektor führen zu höheren Anforderungen an die Mitarbeiter. Während früher manuelle Fertigkeiten oder Fachkenntnisse einzelner Bereiche des Arbeitsfeldes gefragt waren, benötigen Arbeitnehmer heute eher abstrakte Fähigkeiten, die einen flexiblen Einsatz der Mitarbeiter ermöglichen. Die Anpassung

sung an die gewandelten Anforderungen versuchen solche Unternehmen durch einen Austausch von älteren Mitarbeitern ohne Berufsausbildung durch jüngere Mitarbeiter mit fachbezogener Berufsausbildung zu bewältigen.

Leistungsdefizite im Sinne des Defizitmodells des Alterns wurden in den Befragungen in Unternehmen nicht bestätigt. Auch die Senioritätsentlohnung spielte in der Wahrnehmung der befragten Personalmanager kaum eine Rolle, da altersbedingte Lohnerhöhungen dort nur in den ersten Berufsjahren vorgenommen werden. So läßt sich eine Lücke zwischen Arbeitsproduktivität und Entlohnung, die einen ökonomischen Frühverrentungsanreiz für die Unternehmen böte, schwer begründen.

In einigen Industrieunternehmen wird eine homogene Altersstruktur als wünschenswert erachtet. Die Möglichkeiten einer Personalstrukturplanung werden jedoch aufgrund zahlreicher Unsicherheiten als unzureichend und Frühverrentungsmaßnahmen als zu teuer für die Verfolgung von bloßen Altersstrukturzielen angesehen.

4.2.3 Ursachen für die Dominanz von Frühverrentungsstrategien

Personalanpassungsziele qualitativer und quantitativer Art lassen sich durch eine Vielzahl personalwirtschaftlicher Instrumente erreichen, so daß erklärungsbedürftig ist, wie die Dominanz der Frühverrentung bei externalisierenden Maßnahmen entsteht und welche Rolle internalisierende Politiken spielen. Eine Hauptthese ist, daß Frühverrentungen in Unternehmen mit *internen Arbeitsmärkten* ein optimales externalisierendes Instrument für Personalanpassungen größeren Ausmaßes darstellen.

Trotz der Vielfalt möglicher Personalanpassungsmaßnahmen zeigen die Unternehmen in der Stichprobe keine große Varianz in der Anwendung der Instrumente. Zwar nutzen alle Unternehmen je nach Anpassungsbedarf nahezu die ganze Bandbreite an Anpassungsoptionen, doch zeigen sich kaum unternehmensspezifisch unterschiedliche Problemlösungsansätze. Alle Unternehmen wählen jene Instrumente zuerst, die die geringsten Eingriffe in bestehende Arbeitsverhältnisse erfordern. Es werden also zunächst die Flexibilitäts- und Fluktuationspotentiale ausgeschöpft, ehe das Ausscheiden von Mitarbeitern durch finanzielle Anreize (oder gar

Entlassung) verursacht wird. Dies wird insbesondere auch mit den hohen Kosten der gesetzlichen und tarifvertraglichen Schutzvorschriften begründet.

Doch lassen sich auch Hinweise dafür finden, daß die Unternehmen einen erweiterten Kostenbegriff zugrunde legen, da neben direkten Anpassungs- und Entlassungskosten auch indirekte Folgekosten der Maßnahmen berücksichtigt werden. Frühverrentungsmaßnahmen sind zwar dadurch gekennzeichnet, daß sie hohe direkte Kosten (Abfindungszahlungen, Vorruhestandsgeld etc.) verursachen, dafür aber geringe Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit interner Arbeitsmärkte haben, die durch langfristige Arbeitsverhältnisse mit ausgeprägten Vertrauensbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gekennzeichnet sind. Die hohen Kosten werden in Kauf genommen, um die Vertrauensbeziehungen nicht zu zerstören. Frühverrentungen sind in diesen Unternehmen ein Ausdruck einer auf die gesamte Betriebzugehörigkeitsdauer ausgerichteten Personalpolitik.

4.2.4 Bedeutung für die Lebenslaufgestaltung der Arbeitnehmer

Frühverrentungsmaßnahmen vergrößern für Arbeitnehmer scheinbar die Optionen im Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand, da das Spektrum an möglichen Altersgrenzen erweitert wird und im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes auch die Möglichkeit der Teilzeitarbeit vorgesehen ist. Ob diese Freiheitsgrade tatsächlich verwirklicht werden können, kann jedoch nur vor dem Hintergrund der Beschäftigungssituation im Unternehmen beurteilt werden. Zwar sind ältere Arbeitnehmer durch gesetzliche und tarifvertragliche Schutzvorschriften vergleichsweise gut vor Entlassungen geschützt, doch kann ein gewisser Ausgliederungsdruck auch auf ältere Mitarbeiter ausgeübt werden. Da die älteren Arbeitnehmer in den befragten Unternehmen nahezu ausschließlich die Option zur frühzeitigen Beendigung der Erwerbstätigkeit nutzten, traten keine wesentlichen Interessenkonflikte zwischen Belegschaft und Unternehmensleitungen zutage.

Das Interesse der Arbeitnehmer an einer frühzeitigen Beendigung der Erwerbstätigkeit ist vor allem auf die Möglichkeit der Reduzierung von beruflichen Belastungen zurückzuführen. Dabei ist nicht nur die Erleichterung von physisch belastenden Arbeitsbedingungen von Bedeutung, sondern vor allem auch die Möglichkeit, dem Anpassungsdruck einer sich wandelnden Arbeitswelt zu entfliehen. Zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen werden für ältere Mitarbeiter angesichts der

zunehmenden Dynamik der Arbeitswelt immer wichtiger, erhöhen aber auch den Druck auf ältere Arbeitnehmer.

4.2.5 Betriebliche Umsetzung des Altersteilzeitgesetzes

Ebenso wie die sozialrechtliche Option der Teilrente kann auch das Altersteilzeitgesetz in der Praxis wenig zu einem schrittweisen Übergang in den Ruhestand beitragen (vgl. auch Oswald 1999a). Vielmehr deutet die Umsetzung des Altersteilzeitgesetzes auf den Gebrauch der Altersteilzeit als Ersatz für Frühverrentungen als personalwirtschaftliches Instrument hin. Dies zeigt sich darin, daß zuerst die Branchen mit intensiver Frühverrentungsnutzung die Altersteilzeit in Tarifverträgen festlegten. Eine solche tarifvertragliche Regelung ist Voraussetzung für die Nutzung der Altersteilzeit als sogenanntes Blockmodell über einen längeren Zeitraum als 3 Jahre, wodurch die Fortsetzung der Frühverrentungspraxis mit Hilfe des Altersteilzeitgesetzes erst ermöglicht wird. Der Anreiz zur tarifvertraglichen Einigung über die Eckpunkte der Altersteilzeit führte bereits zu einer Institutionalisierung der Frühverrentung, die durch 59er Regelungen nicht möglich war, weil diese oft in die Nähe eines Mißbrauchs der Arbeitslosenversicherung rückten und kein Recht auf eine solche Regelung geltend gemacht werden konnte.

Die Altersteilzeit enthält die Möglichkeit, sie auch als Teilzeitmodell zu praktizieren, wodurch ein schrittweiser Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand zumindest theoretisch ermöglicht wird. In einigen Unternehmen des Dienstleistungssektors wurde diese Option auch angeboten, aber nur von wenigen Mitarbeitern genutzt.

5. Außenaktivitäten und Vorträge

5.1 Gemeinsamer Workshop der Projekte A4 und C5

Am 22. und 23. April 1999 wurde gemeinsam von den Projekten A4 und C5 eine Tagung „Generationenaustausch im Betrieb“ durchgeführt. Ziel der Tagung war es, eine Zwischenbilanz der - in Deutschland zunehmend Beachtung findenden - dynamischen Austauschprozesse von Generationen im Betrieb zu ziehen. Dabei konnte die hohe Bedeutung der für den Sfb zentralen Lebensverlauf-Perspektive verdeutlicht werden. Vertreter unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen stellten empirische Ergebnisse und theoretische Überlegungen zu betrieblichen Ein-, Auf- und Ausstiegen im Kontext demographischer, betrieblicher, rechtlicher

und arbeitsmarktlicher Strukturen vor. Referenten waren u.a. Stefan Bender, Christoph Behrend, Friederike Behringer, Hans Dietrich, Thomas Hinz, Achim Huber, Annegret Köchling, Burkart Lutz, Werner Nienhüser, Joachim Rosenow und Werner Sesselmeier. Die Teilprojekte A4 und C5 wollen im Rahmen ihrer Arbeiten zu kohortenspezifischen Effekten im Lebensverlauf die Kooperationen mit den genannten Forschern intensivieren.

Zu den Gästen der Tagung, die bundesweit starken Anklang fand, gehörten neben Vertretern der Wissenschaft auch Praktiker aus Verbänden, Beratungsinstituten und Großunternehmen. Die Tagungsbeiträge werden in überarbeiteter und integrierter Form veröffentlicht (George/Struck 1999).

5.2 Wissenschaftliche Kontakte

Jutta Gatter und Winfried Schmähel: Mitarbeit im internationalen Projekt „Ageing at work: Firms employment strategies and public policy“, geleitet von Prof. Anne-Marie Guillemand, CEMS-EHESS, Paris. 1998 Länderbericht Deutschland (bisher unveröffentlicht).

Holger Viebrok und Winfried Schmähel: Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Ageing & Work“ des von der Europäischen Kommission finanzierten internationalen Projektes „COST A13: Changing Labour Markets, Welfare Policies and Citizenship.“ 1999 Koautoren des Länderberichtes Deutschland (zusammen mit Christina Teipen, Berlin, bisher unveröffentlicht).

Holger Viebrok: Mitarbeit im international vergleichenden Projekt „Invalidity pensions: European developments on invalidity at working age. Trends and their Causes, Policies and their Effects“, geleitet von Ch. Prinz, Wien, im Auftrag des Schweizer Bundesamtes für Sozialversicherung. 1999 Länderbericht Deutschland (wird 1999 veröffentlicht).

5.3 Vorträge

Jutta Gatter

The Johns Hopkins University, American Institute for Contemporary German Studies, Vortrag: „Further vocational training in the light of demographic change“, Washington D.C., USA, 18.6.1997.

Universität Bremen und Hanns Martin Schleyer-Stiftung, 4. Universitätsseminar „Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis“: „Veränderungen in der Arbeitswelt - die betriebliche Perspektive“, Vortrag: „Weiterbildung bei alternden Belegschaften“, Etelsen, 7.11.1997.

Rainer George

Universität Bremen, Sfb 186, Workshop „Generationenaustausch im Betrieb“: *Einführung in die Tagung*, 22.4.1999.

Christiane Oswald

Konferenz der „European Society for Population Economics“, Vortrag „*Patterns of Labour Market Exit in the UK and in Germany*“, Amsterdam, 4.-6.6.1998.

Winfried Schmähl

BASF Ludwigshafen, Tagung „75 Jahre Sozialberatung der BASF“, Vortrag: „Soziales Engagement von Unternehmen im Spannungsfeld zwischen staatlichen Pflichtaufgaben und Eigenverantwortung der Mitarbeiter“, Ludwigshafen, 1.10.1997.

Universität Bremen und Hanns Martin Schleyer-Stiftung, 4. Universitätsseminar „Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis“: „Veränderungen in der Arbeitswelt - die betriebliche Perspektive“, wissenschaftliche Vorbereitung und Durchführung des Seminars, Einführungsreferat, Etelsen, 6./7.11.1997.

Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), Sozialpolitisches Kolloquium „Wandel der Arbeitswelt - Folgerungen für die Sozialpolitik“, wissenschaftliche Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung; Vortrag: „*Arbeit - Basis für die soziale Sicherung in der Zukunft*“, Berlin, 27./28.11.1997.

University of Toronto, Tagung „Restructuring Work and the Life Course: An International Symposium“, Vortrag: „*Changing Working Patterns and the Public-Private Mix in Social Security*“, Toronto, Kanada, 8.5.1998.

62. Deutscher Juristentag, Vortrag: „Veränderung des Übergangs vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase in Deutschland - Empirische Befunde, Aufgaben und Änderungsvorschläge“, Bremen, 23.9.1998.

Holger Viebrok

Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Vortrag: „*'Mauerblümchen' Teilrente - Sozialpolitische Innovation zum falschen Zeitpunkt?*“, Würzburg, 2.9.1997.

Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik und Kooperationsbereich Universität-Arbeiterkammer (KUA), Deutsch-japanisches Seminar in Zusammenarbeit mit dem Aichi-Institute for Labour Problems, Nagoya, Japan, Vortrag: „*Der Übergang in den Ruhestand in Deutschland*“, Bremen, 23.9.1997.

Universität Bremen und Hanns Martin Schleyer-Stiftung, 4. Universitätsseminar „Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis“: „Veränderungen in der Arbeitswelt - die betriebliche Perspektive“, Vortrag: „*Ökonomische Ansatzpunkte zur Unterstützung lebensphasenorientierter Arbeitszeitmodelle*“, Schloß Etelsen, 7.11.1997.

Institut für interdisziplinäre Gerontologie und angewandte Sozialethik, Vortragsreihe „Hält der Generationenvertrag?“, Vortrag: „*Der Generationenvertrag in einer sich wandelnden Arbeitslandschaft*“, Marburg, 15.12.1997.

Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik, Jour-fixe Reihe „Sozialpolitisches Kolloquium: Forschungsberichte aus dem Zentrum für Sozialpolitik“, Vortrag: „*Flexibilität und das Risiko: Variabilität der Arbeitszeit aus individueller ökonomischer Sicht*“, Bremen, 24.6.1998.

6. Veröffentlichungen

6.1 Bücher

George, Rainer; Struck, Olaf (Hrsg.): *Generationenaustausch im Unternehmen*. Erscheint voraussichtlich 1999; München/Mehring.

Viebrok, Holger 1997: *Das Arbeitsangebot im Übergang von der Beschäftigung in den Ruhestand. Eine Analyse der Arbeitsanreize durch sozialrechtliche Regelungen in der Spätphase des Erwerbslebens*. Frankfurt a. M.: Lang.

Schmähl, Winfried (Hrsg.) 1999: *Betriebliche Sozial- und Personalpolitik*, Frankfurt a. M. et al.: Campus.

6.2 Artikel in Büchern und Zeitschriften

Gatter, Jutta 1999: „Personalpolitik bei alternder Bevölkerung – Probleme und erste Lösungsansätze“, in: Winfried Schmähl (Hrsg.): *Betriebliche Sozial- und Personalpolitik*, Frankfurt a. M. et al.: Campus, 163-194.

Gatter, Jutta 1997: „Continuing Training in an Aging German Economy“, American Institute for Contemporary German Studies, The John Hopkins University, *Policy Papers*, 4, Washington, D.C.

George, Rainer 1998: „Die Arbeitsmarktposition Behinderter in der Bundesrepublik Deutschland“, *Arbeit und Sozialpolitik*, 52, 7/8, 52-62.

- George, Rainer; Oswald, Christiane 1997: „Der Weg vom Erwerbsleben in den Ruhestand in der Bundesrepublik Deutschland: Chancen für schrittweise Übergänge?“ *Arbeit und Sozialpolitik*, 51, 36-44.
- George, Rainer; Oswald, Christiane 1999: „Modelle zum schrittweisen Übergang in den Ruhestand in der Bundesrepublik Deutschland“, in: W. Schmähl (Hrsg.): *Betriebliche Sozial- und Personalpolitik*, Frankfurt a. M. et al.: Campus, 195-219.
- Oswald, Christiane 1999a: „Altersteilzeit: Nur ‚Früh pensionierung mit Vorlaufzeit‘?“, *Zeitschrift für Sozialreform*, 45, 3, 199-221.
- Oswald, Christiane 1999b: *Patterns of Labour Market Exit in Germany and the UK*. Erscheint als Arbeitspapier in der Reihe des Sfb 186.
- Schmähl, Winfried 1997: „The Public-private Mix in Pension Provision in Germany: The Role of Employer-based Pension Arrangements and the Influence of Public Activities“, in: Martin Rein; Eskil Wadensjö (Hrsg.), *Enterprise and the Welfare State*, Cheltenham, UK; Lyme; US: Edward Elgar, 99-148.
- Schmähl, Winfried 1998: „Wie sollte der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand rechtlich gestaltet werden?“, in: Ständige Deputation des Deutschen Juristentages (Hrsg.): *Verhandlungen des zweiundsechzigsten Deutschen Juristentages*, München: Beck.
- Schmähl, Winfried 1999: „Sozialpolitisches Handeln von Unternehmen zwischen staatlichen Pflichtaufgaben und Eigenverantwortung der Mitarbeiter“, in: Winfried Schmähl (Hrsg.): *Betriebliche Sozial- und Personalpolitik*, Frankfurt a. M. et al.: Campus, 13-40.
- Schmähl, Winfried 1999: „Arbeit - Basis für die soziale Sicherung der Zukunft“, in: Winfried Schmähl, Herbert Rische (Hrsg.), *Wandel der Arbeitswelt - Folgerungen für die Sozialpolitik*, Baden-Baden: Nomos, 189-226.
- Viebrok, Holger 1997: „Opfer und Opfergrenzen: Einkommens- und Arbeitsanreizeffekte von Vorschlägen zur Reform der Invaliditätsrenten“, *Zeitschrift für Sozialreform*, 43, 3, 227-251.
- Viebrok, Holger 1998: „Der Übergang in den Ruhestand als mehrstufiger Entscheidungsprozeß“, in: Walter R. Heinz, Werner Dressel, Dieter Blaschke, Gerhard Engelbrech (Hrsg.): *Was prägt Berufsbiographien? Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik*, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 215, Nürnberg: IAB.
- Viebrok, Holger 1999a: „Finanzielle Aspekte einer lebensphasenorientierten Verteilung der Arbeitszeit“, in: Winfried Schmähl (Hrsg.): *Betriebliche Sozial- und Personalpolitik*. Frankfurt a. M. et al.: Campus, 220-249.

- Viebrok, Holger 1999b: „Alles zu seiner Zeit? Ökonomische Aspekte einer Neuverteilung der Arbeitszeit im Lebenszyklus“, in: Johann Behrens, Martina Morschhäuser, Holger Viebrok, Eberhard Zimmermann: *Länger erwerbstätig – aber wie?* Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 173-212.

Teilprojekt D1

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts D1

Thema: Risikobiographie im historischen Wandel des Sozialversicherungssystems

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

PD Dr. Dietrich Milles	(GA) Projektleiter
Dr. Lars Kaschke	(EA)
Dr. Monika Sniegs	(EA) bis 31.12.1998

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei der Antragstellung
3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1 Sozialversicherungsverfahren im sozialen Wandel
 - 4.2 Risikobiographie und gesellschaftspolitische Konstellation
 - 4.3 Handlungschancen und -typen in Sozialversicherungsverfahren
 - 4.4 Entpolitisierung der institutionellen Steuerung
 - 4.5 „Weibliche“ Risiken in Versicherungsverfahren
5. Außenaktivitäten
6. Publikationen

1. Zusammenfassung

Wird angenommen, daß vom Ende des 19. Jahrhunderts an eine Mischung aus wenig effektiven Leistungen und ausgeprägter Sozialdisziplinierung etabliert war, die lediglich durch wirtschaftliches Wachstum und nationalen Bedeutungszuwachs gestützt schien, überrascht die historische Stabilität des deutschen Sozialversicherungssystems. In den Forschungen des Teilprojekts D1 wurde jedoch zum einen eine deutlich bessere Leistungsstruktur der Sozialversicherung nachgewiesen, zum anderen eine prozedurale Ethik, die soziale Integration als Aushandlung der Zumutungen und Bedarfe im Erwerbslebenslauf ermöglichte.

In einer Kombination von konflikttheoretischen und modernisierungstheoretischen Ansätzen, die auf einen politisch-institutionellen Ansatz konvergieren, wurden Risikobiographie und Sozialversicherungsverfahren im gesellschaftlichen Wandel von Weimarer Republik zu Nationalsozialismus und den beiden deutschen Nachkriegsstaaten untersucht. Festgestellt wurde, daß zwar eine Öffnung zu lebenslaufbezogenen Anpassungs- und Lernprozessen in den Sozialversicherungsverfahren angelegt war, diese jedoch während der NS-Zeit verbaut wurde. Zwar war keine deutlich restriktive Verfahrenspraxis oder effektive Vorverlagerung der Leistungsvergütung in die Verantwortung der Individuen nachzuweisen, allerdings griff eine Entpolitisierung der Verfahren.

Der mit der Unfall- und Invaliditätsversicherung als Überbrückung und Bruch organisierte Übergang in die Erwerbsunfähigkeit (Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit oder Verrentung) wirkte sozialintegrativ durch die Artikulation und Aushandlung unzumutbarer industrieller Pathogenität im Arbeiterleben. Diffuse Gerechtigkeitsvorstellungen während des Nationalsozialismus blockierten diese Bedeutung der Risikobiographie und verdrängten den Bezug auf Lebenslauf und Lebenswelt. Der gleichzeitig von allen Akteuren verstärkte Rückgriff auf formale und rechtliche Regelungen behinderte organisatorische Lernprozesse in einer Phase, in der sozioökonomische Veränderungen und sozialpolitisches Durcheinander solche Lernprozesse erforderten. So finden wir eine merkwürdige entpolitisierte Vergesellschaftung, in der die Bedeutung der Sozialversicherung anwuchs, ihre Funktionsfähigkeit jedoch zugleich in einem wichtigen Aspekt abgebaut wurde.

2. Stand der Kenntnisse bei der Antragstellung

In der Diskussion über die wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungstypen wurde neben der Divergenz auch die Konvergenz nationaler Sozialpolitiken herausgestellt (de Swaan 1993, Kosonen 1990/91). Die Begründung und die Bedeutung dieser Entwicklung wird allerdings nach wie vor kontrovers diskutiert: von der moderaten Hoffnung auf europäische Angleichung bis zur Angst vor „Refeudalisierung“ (Butterwege 1999) und in alternativen Ansätzen durch Theorien der Sozialökonomie, des Neomarxismus, der Machtressourcen, der Modernisierung oder der Globalisierung (Schmidt 1998: 19). Die Forschungen in dem Teilprojekt sollten die Erklärungskraft der alternativen Ansätze prüfen.

Ausgehend von der Frage, ob „im 21. Jahrhundert die Rücknahme der sozialen Erregenschaften früherer Epochen“ drohe, wurde in diesen Kontroversen Ausbau und Stabilität des deutschen Sozialversicherungssystems betont (Ritter 1986: 4). Diese Tradition wiederum wurde vor allem mit dem Nationalsozialismus gegensätzlich interpretiert. Zum einen wird die Diskontinuität in den Mittelpunkt gestellt, wobei auf die Qualität nationalsozialistischer Disziplinierung und rassistischer Selektion verwiesen wird. Zum anderen wird die Kontinuität in den Mittelpunkt gestellt, wobei auf die unangetastete Grundstruktur und das Fehlen einer eigenständigen Sozialpolitik (mitsamt der Spannung zwischen ideologischer Deklamation und praktischem Weitermachen) verwiesen wird (Schmidt 1998: 62). Angesichts dieser Diskussion wurde in dem Teilprojekt D1 eine modifizierte Kontinuitäts-These zugrundegelegt. Demnach wurde angenommen, daß die Einbindung vor allem medizinischer Gutachter in die Grundstruktur der Sozialversicherung ein Durchgreifen nationalsozialistischer Positionen verhinderte, daß aber gerade diese Bindung unter der Brisanz gesellschaftspolitischer Entwicklungen entpolitisiert wurde.

Eine „Entpolitisierungstendenz“ wurde bislang für die Sozialpolitik in der Nachkriegsphase konstatiert (Alber 1982: 164). Eine „Verrechtlichung“ war in den frühen Diskussionen als Strukturmerkmal sozialpolitischer Entwicklung erkannt und problematisiert worden (v. Ferber, Kaufmann 1977). Während der Verlust sozialpolitischer Steuerung beklagt wurde, galt als Stärke des Bismarckschen Systems, daß seine Leistungen keine Alimentation von Bedürfnissen und Benachteiligungen aus Steuermitteln, sondern durch Erwerbsarbeit begründete und rechtlich garan-

tierte Ansprüche darstellten. In dem Teilprojekt D1 wurde die Spannung aufgegriffen, die zwischen der Zielsetzung sozialer Gerechtigkeit und den Institutionen der Steuerungsstruktur besteht. Anknüpfend an Überlegungen John Rawls wird der Gerechtigkeitsbegriff als zentral angesehen, wobei die Vor- und Nachteile zu reflektieren sind (Pies, Leschke 1995: 2). Denn diffuse Gerechtigkeitsbegriffe, wie die des Nationalsozialismus, können gerade jenes Zivilisationspotential der modernen Gesellschaft zerstören, das durch richtig verstandene Gerechtigkeit zur Geltung kommt. Daher wird Verfahrensgerechtigkeit und nicht Ergebnissgerechtigkeit als entscheidend angenommen. Verfahrensgerechtigkeit ist eine prozedurale, Regeln voraussetzende Kategorie, wobei sich dies primär auf Handlungen und allenfalls sekundär auf den institutionellen Handlungsrahmen beziehen. Rawls macht den Vorschlag, Gerechtigkeit gesellschaftstheoretisch als Fairneß zu begreifen, sozialpolitisch als Verfahren zu einer situativen Übereinkunft, und methodisch als „Vermeidung“ oder „Faktum des vernünftigen Pluralismus“. Im Teilprojekt D1 wurde gerade im Spannungsfeld von Erwerbsfähigkeit (Gesundheit und Arbeit) überprüft, ob soziale Integration ohne übergeordnete Konzeption des Guten organisiert werden kann.

In der juristischen Diskussion des regulativen Rechts ist auf die „Wiedergewinnung des Politischen“ aus der Reflexionsfähigkeit der Individuen verwiesen worden (Eder 1990: 158f). Verteilungsgleichheit, Gerechtigkeit und Teilhabe sollen in einer „prozeduralistischen Ethik“ entwickelt werden, die den beteiligten und betroffenen Akteuren Raum zur Repräsentation und Aushandlung gibt. Auch in der sozialphilosophischen Diskussion ist die Prozeduralisierung der Ethik als Vermittlung natürlicher Ausstattungen und gesellschaftlich ermöglichter Selbstverwirklichung herausgestellt worden (Honneth 1994). Im Teilprojekt D1 wurde davon ausgegangen, daß die Teilhabe der Betroffenen und der Ärzte in Sozialversicherungsverfahren, als Experten der primären Problemlagen wie als Vertreter der Solidargemeinschaft, eine solche Prozeduralisierung ermöglicht.

Selbsterzeugung gesundheitlicher Problemlagen durch gesundheitliche Versorgung ist neuerdings wieder stärker im Blick. Was früher am Beispiel der traumatischen Neurose diskutiert wurde, steht als „moral hazard“ auf der Tagesordnung (Simon 1995). Der Zusammenhang zwischen Bedarf und Bedürfnissen, die Heilungsversprechen und technischen Möglichkeiten der medizinischen Versorgung, die Neu-

definition versorgungsrelevanter Krankheitsbilder etc. sind unter dem Druck der Gesundheitsreform problematisiert worden. Erkannt wurde das Dilemma, daß den Erwartungen der Bürger mit bloßen Appellen nicht beizukommen ist. Effektive Steuerungsmöglichkeiten wurden in gesundheitspolitischen Reformmaßnahmen ausgemacht, die auf eine „Öffnung“ hin zu Prozeduren der Diskussion und Bearbeitung von Problemlagen zielen (Blanke 1996). Im Teilprojekt D1 wurde die These in den Mittelpunkt gestellt, daß die Sozialversicherungsverfahren historisch eine solche „Öffnung“ darstellten. Im Zusammenspiel von neuer sozialpolitischer Verantwortlichkeit in den Einrichtungen der Sozialversicherung und bei den Gatekeepern wurde zudem die Chance gesehen, die prozedurale Kompetenz der Sozialversicherungsträger zu erhöhen und in Richtung auf ein „unkonventionelles Organisationslernen“ zu entwickeln (Wiesenthal 1995).

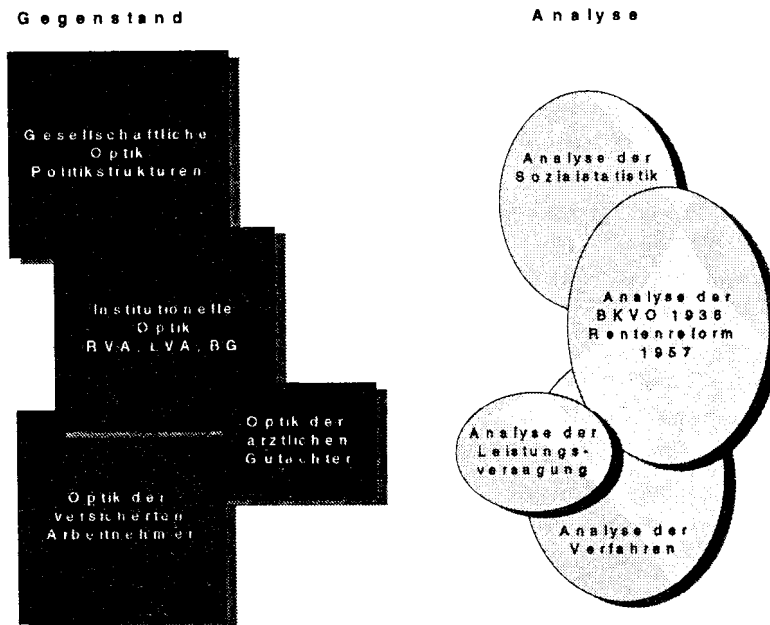
3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen

Das Projekt verwendet in seinen Forschungen zur Stabilität der Sozialversicherung einen erweiterten sozialgeschichtlichen Strukturbegriff (Giddens), der im Bereich der Geschichtswissenschaft in jüngster Zeit für die historische Institutionenforschung wiederholt eingefordert worden ist (Welskopp 1998). Historische Strukturen werden im Projekt nicht als Bestandteile einer von der Mikroebene subjektiver Handlungen unabhängigen Makrodimension von Geschichte erforscht, sondern vielmehr als *„relativ dauerhafte soziale Beziehungsgefüge zwischen Akteuren, die mit charakteristischen Macht-, Deutungs- und Normierungsressourcen ausgestattet sind“*. (Welskopp 1998: 39ff) Dementsprechend konzentriert sich die Projektarbeit bei der Untersuchung der Ursachen für die erstaunliche Stabilität der Sozialversicherung auf die spezifischen sozialen Beziehungen der Akteure, insbesondere das *„Einbringen von Lebenswelt-Elementen in die Sphäre bürokratischer Organisationen“* (v.d.Loo, v.Reijen, 1992), wie es in den Handlungsmustern der Rentenerwerbender oder in der Beziehung zwischen Betroffenen und Experten (von Anträgen bis ärztlichen Gutachten) zum Ausdruck kommt.

Daß *„historische Prozesse nicht nur als mechanische Bewegungen sondern als Ergebnis der Handlungen Vieler“* (Welskopp 1998: 183) zu verstehen sind, lenkt den Blick auf Organisationen und Institutionen. Die Institutionen „Invalidenversicherung“ und „Unfallversicherung“ wurden nicht als anonymer Monolith analysiert, sondern als vielgliedriges Gebilde mit einer differenzierten Binnenstruktur.

Letzterer oblag neben allgemeinen administrativen Aufgaben die Koordinierung der innerhalb der Institution fortlaufenden Interaktionen der verschiedenen Akteure, vor allem im Rahmen der als Aushandlungsprozeß gestalteten Rentenverfahren. Ausgehend von Rentenverfahren erforscht das Projekt die Ausbildung und Differenzierung institutioneller Steuerungsmechanismen als *"Vernetzung und Hierarchisierung von Mikrokontexten zu größeren, gesellschaftlich relevanten Interaktionskontexten"*. (Welskopp 1998: 184).

Schaubild 1: Methodische Anlage



Die Forschungsarbeit erfolgte in der Projekttradition auf Mikro-, Meso- und Makroebene. Sie verband qualitatives und quantitatives Vorgehen. Auf der Makroebene wurden gesellschaftspolitische Veränderungen von der Weimarer Republik über den Nationalsozialismus bis zum Aufbau der deutschen Nachkriegsstaaten analysiert. Auf der Mesoebene wurden Aktivitäten und Diskussionen der Sozial-

versicherungsinstanzen (Behörden und Sozialversicherungsträger, wie Berufsgenossenschaften, Landesversicherungsanstalten, Reichsversicherungsamt) untersucht. Auf der Mikroebene wurden Akten des Reichsversicherungsamtes (und der Landesgewerbeärzte) analysiert, in denen betroffene Arbeitnehmer ihre Ansprüche artikulierten, ärztliche Gatekeeper begutachteten und Entscheidungen getroffen wurden.

Die Analyse wurde so angelegt, daß auf der Makroebene vor allem die Daten der Sozialversicherung, auf der Mesoebene wichtige Einschnitte wie die Dritte Berufskrankheitenverordnung von 1936, auf der Mikroebene die vergleichbaren Rekurssakten des RVA und des Bundessozialgerichts, zusätzlich die breiter angelegten Akten der Landesgewerbeärzte in Bremen und Sachsen zugrundegelegt wurden. Damit war auch ein unmittelbarer Fortgang der Untersuchungen der vorherigen Projektphase möglich.

Den Schwerpunkt der Projektarbeit bildete in allen Forschungsphasen die systematische Auswertung von Sozialversicherungsakten. Ausgewertet wurden aus den Beständen des Bundesarchivs "Reich und DDR" in Koblenz, bzw. Berlin-Lichterfelde (R89, Nr. 22732-22845, Nr. 23001-23029, Nr. 23156-23301):

- in der I. Projektphase (1990-1993) die Rekurssakten zu den Berufskrankheiten (Unfallversicherung) in den Jahren 1929-33,
- in der II. Projektphase (1993-1996) die Revisionsakten zur Invalidenversicherung für die Jahre 1913-1934,
- in der III. Projektphase (1997-1999) die Rekurssakten zu den Berufskrankheiten (Unfallversicherung) in den Jahren 1933-45, ergänzend Rekurssfälle aus der Unfallversicherung und Revisionsfälle aus der Invalidenversicherung,

darüber hinaus ein knapper Bestand von Versorgungs- und Rentenbeschwerden aus Mecklenburg aus den Jahren 1947-1949 (Mecklenburgisches Landeshauptarchiv, Ministerium für Sozialwesen, Nr. 2280) sowie Berufskrankheiten-Akten des Landesgewerbeärztes Bremen aus den Jahren 1945-59 (Staatsarchiv Bremen, 4,96/1).

Von diesen Akten wurde jeweils der formale Vorgang für jedes Verfahren erhoben und die ausführlicheren Verfahren nebst ärztlichen Gutachten in den aussagefähigen

gen Teilen kopiert. Zur Verfügung stehen damit aus den Beständen des RVA ca. 2000 Einzelfälle, die in ihrer Ausführlichkeit erlauben, Aussagen über Rolle, Selbstverständnis und Verhalten der verschiedenen am Verfahren beteiligten Akteure zu treffen, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung von Verhaltensmustern, Argumentationstypen und Handlungsspielräumen über die Zeit. Im Blickwinkel standen dabei vor allem die sozialen Beziehungen zwischen Betroffenen (Rentenbewerbern) und Experten (ärztliche Gutachter).

In der I. Projektphase wurde die Verfahrensstruktur grundsätzlich analysiert, wobei von der Logik der Unfallversicherung (Haftpflcht- und Kausalitätslogik) ausgegangen wurde. Die besondere Bedeutung des Aushandlungsprozesses wurde erkannt und anhand der Berufskrankheiten wurde untersucht, wie neue Risikolagen in die institutionelle Steuerung durch das Sozialversicherungssystem eingepaßt wurden. Hierbei zeigte sich die zentrale Rolle der ärztlichen Gutachter, aber auch die verschiedenen Argumentationstypen der Rentenbewerber.

In der II. Projektphase wurde die Datenbasis hin zur Invalidenversicherung erweitert. Die Genese des Aushandlungsprozesses in der Invalidenversicherung im Vergleich zu den Berufskrankheitenverfahren zeigte eine Grundstruktur, die vor allem in der Etablierungsphase der deutschen Sozialversicherung um die Jahrhundertwende und in der Weimarer Republik sozialpolitische Handlungschancen ermöglichte. Es konnten Handlungstypen der Rentenbewerber und der Ärzte in den Verfahren aufgezeigt werden, die der Bearbeitung sekundärer Risiken in Unfall- und Invalidenversicherung folgten.

In der III. Projektphase wurden die bisherigen Hypothesen im sozialen Wandel untersucht. Die als Aushandlungsprozeß angelegten Verfahren ermöglichen Handlungstypen, die sich zwar gegenüber den politischen und gesellschaftlichen Brüchen 1918 und 1933 als weitgehend resistent erwiesen, dies allerdings mit einer Entpolitisierung bewerkstelligten. Die strukturell angelegte Möglichkeit, den Zusammenhang von primären und sekundären Risiken als Problem sozialer Gerechtigkeit (Verfahrensgerechtigkeit) zu bearbeiten, wurde bereits während des Nationalsozialismus auf rechtliche Regelung und Rechtsauslegung reduziert - ein Trend, der sich nach 1945 im Zusammenhang des „Kalten Krieges“ bruchlos fortsetzte.

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

Die bisherige methodische Anlage in der Mischung aus quantifizierenden Auswertungen der Sozialversicherungsstatistiken, sozialgeschichtlichen Verlaufsanalysen und Fallanalysen hat sich bewährt.

Theoretisch stand der soziale Wandel im Mittelpunkt, der vor allem in den gesellschaftspolitischen Veränderungen von Weimarer Republik über Nationalsozialismus zu den beiden Nachkriegsstaaten zu beurteilen war. Sozialökonomische Erklärungsansätze fassen zwar wichtige Veränderungen wie z.B. die Notverordnung von 1931, können aber ebensowenig wie neomarxistische Ansätze die Modifikation von Bedarfen im Rahmen institutioneller Steuerung erklären. Modernisierungstheoretische Ansätze können zwar das Anwachsen von Sicherungsbedürfnissen erklären, nicht aber die Stabilität und Effektivität solidargemeinschaftlicher Steuerungen. Der Machtressourcen-Ansatz gewichtet zwar die „dekommodifizierende“ Bedeutung der Sozialpolitik, vernachlässigt jedoch die historischen Auseinandersetzungen und komplexen Anpassungszwänge der Institutionen. Daher wurde ein erweiterter politisch-institutionalistischer Ansatz entwickelt, mit dem die erklärungskräftigen Bestandteile integriert, auf die Bedeutung der Institutionen und auf die politische Gestaltung abgehoben wird (Schmidt 1998: 19).

Im Teilprojekt D1 wurde dieser politisch-institutionalistische Erklärungsansatz aufgegriffen, aber seinerseits in eine Kombination konflikttheoretischer und modernisierungstheoretischer Ansätze eingebunden. Demnach (Milles 1999b) wurden theoretisch drei wirksame Entwicklungskräfte angenommen:

1. Entwicklungen, die von einem sozialpolitischen Problemdruck ausgehen (konflikttheoretischer Ansatz);
2. Entwicklungen, die von gesellschaftlichen Bedingungen öffentlicher Willensbildung und politischer Regelung ausgehen (politisch-institutionalistischer Ansatz);
3. Entwicklungen, die von endogenen und legitimationsbedingten Handlungszwängen ausgehen (modernisierungstheoretischer Ansatz).

Anstelle übergeordneter Theoriebildung oder alternativer Festlegung wurde in dem Teilprojekt mit dieser theoretischen Kombination gearbeitet, wobei angenommen

wird, daß gesellschaftspolitische Konstellationen danach unterschieden werden können, wie stark konflikttheoretisch, bzw. modernisierungstheoretisch zu erklärende Entwicklungen auf politisch-institutionalistisch zu erklärende Entwicklungen konvergieren. Diese theoretische Annahme wurde vor allem anhand der besonderen Bedeutung nationalsozialistischer Sozialpolitik entwickelt.

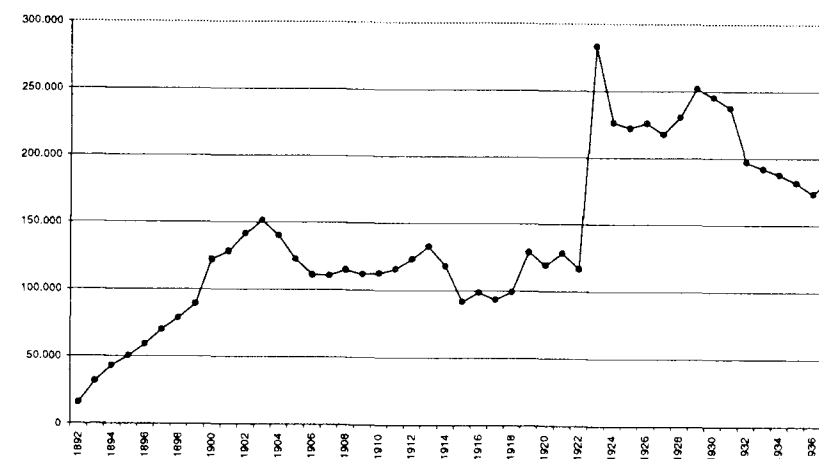
4.1. Sozialversicherungsverfahren im sozialen Wandel

Der soziale Wandel wurde vor allem als sozioökonomische und gesellschaftspolitische Bedingung der Sozialversicherungsverfahren begriffen und im Übergang zum Nationalsozialismus, in den institutionellen Entwicklungen während des Nationalsozialismus und in der Sozialpolitik der Nachkriegszeit untersucht. Zunächst wurde die Frage nach Pressionen und Repressionen gegenüber Rentenbewerbern und Rentempfängern gestellt, weil so strukturelle oder politische Aspekte von Sozialdisziplinierung erkannt werden sollten. Doch das Organisations- und Leistungsgefüge der drei klassischen Zweige der Sozialversicherung, Unfall-, Kranken- und Rentenversicherung erfuhr während des Dritten Reichs keine einschneidenden Veränderungen (Schmidt 1998: 73), an denen eine sozialpolitische Strategiediskussion ähnlich der „Bereisung“ zum Beginn des Jahrhunderts sich entzündet hätte. Die wenigen nennenswerten Neuerungen betrafen die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Handwerker und die Einrichtung einer "Abteilung Krankenversicherung" bei den Landesversicherungsanstalten zur besseren Koordination der erheblich intensivierten Zusammenarbeit mit den Trägern der Krankenversicherung. Mangels vorliegender qualitativer Quellenbestände zur Durchführung des Rentenverfahrens in erster Instanz, läßt sich die Frage, inwiefern im III. Reich der Zugang zur Rente systematisch erschwert wurde, derzeit nicht definitiv von den betroffenen Arbeitnehmern aus beantworten.

Allerdings ermöglicht die in Fortführung der in den vorangegangenen Förderungsphasen begonnenen systematischen Aufarbeitung der Rentenzahlen der Versicherungsträger und die vorgenommene Auswertung der Eckdaten ausgewählter Träger der Unfall- und Invalidenversicherung einen quantitativen Überblick (Kaschke, Sniegs 2000).

Schaubild 2

Bewilligte Invalidenrenten in Deutschland, 1892-1937



In Schaubild 2 werden die Zusammenhänge zwischen bewilligten Invalidenrenten und gesellschaftspolitischen Veränderungen (Invaliditätsversicherungsnovelle 1900, Bereisung ab 1903, 1. Weltkrieg, Übernahme der Altersrenten 1922) deutlich. Den mit Abstand ausgeprägtesten Einschnitt im Zeitraum von 1924 bis 1932 zeigen die Rentenzahlen im Zusammenhang der Weltwirtschaftskrise und danach in den Jahren 1931 und 1932, als diverse Notverordnungen den Zugang zur Rente deutlich erschwerten. Bei der Invalidenversicherung fiel die Zahl der Neuanträge, die in den vorangegangenen Jahren stetig gestiegen war, 1932 um 19%. In gleichem Umfang nahm die Zahl der anerkannten Renten ab (-17%).

In den Jahren unter nationalsozialistischer Herrschaft ergeben sich dagegen keine gravierenden Einschnitte. Die Zahl der Neuanträge und der bewilligten Invalidenrenten sank reichsweit bis 1936 sukzessive weiter ab, um 1937 und vor allem 1938 wieder anzusteigen. Mit 239.472 bewilligten Renten im "Altreich" blieb das Jahr 1938 immer noch um fast genau 20.000 hinter dem Wert für 1928 zurück. Die Rentenanträge bewegten sich 1936/38 auf einem Niveau, das um ca. 17% niedriger lag als 1926/28. Dieses niedrigere Rentenniveau wurde von drei Faktoren bestimmt. Erstens blieben die Notverordnungen bis Ende 1937 in Kraft. Zweitens

sank die Zahl der Rentenanträge mit den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Drittens schließlich hatte der überdurchschnittlich hohe Zugang an Rentenempfängern zwischen 1926 und 1931 zur Folge, daß zahlreiche Versicherte die sonst erst einige Jahre später Rente erhalten hätten, als potentielle Neurentner ausfielen (Schewe, Zöllner 1957: 46). Das niedrigere Rentenniveau von 1936/38 kann somit nur in einem geringen Maße auf eine restriktive Vorprüfung bzw. Bearbeitung der Rentenanträge durch die Rechtsberatungsstellen und die LVAen zurückgeführt werden. Gegen die Annahme einer strengeren Bearbeitung der Rentenanträge durch die LVAen spricht darüber hinaus, daß die Zahl der abgelehnten Anträge ab 1933 in erheblich schärferem Maße fiel als die Zahl der Neuanträge bzw. der Anerkennungen: Zwischen 1933 und 1937 halbierte sich die Zahl der abgelehnten Anträge, während die Zahl der Neuanträge nur um 16%, die der bewilligten Renten sogar nur um 3% zurückging. Dementsprechend stieg der Anerkennungsquotient von 1933 bis 1937 von 70,11 auf 82,18% und lag damit um 5% über den Spitzenwerten der Weimarer Jahre, d.h. *im* Verfahren verbesserte sich die Chance auf Rentenbewilligung. Im übrigen nahm die Zahl der Rentenziehungen von 1936 an ab, d.h. gerade zum Zeitpunkt der einsetzenden Hochkonjunktur, bis 1938 ist hier ein Rückgang von ca. 40% zu verzeichnen. Während des Nationalsozialismus finden wir also, trotz aller ideologischen Bemühungen, keine deutlichen Anzeichen für restriktive Verfahrenspraxis oder eine „Vorverlagerung“ der Leistungsversagung in die Verantwortung des Individuums

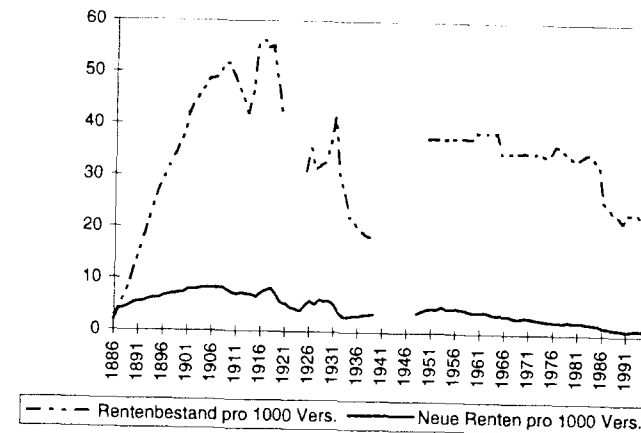
Vergleichbares gilt für die Unfallversicherung. Hier führte die Notverordnung vom 8.12.1931, die die Rentenzahlung für alle Erwerbsminderungen von unter 20% aussetzte, schlagartig zum Wegfall von 37% des Rentenbestands, während der Neuzugang ab 1932 um 25-35% niedriger ausfallen mußte. Diese Margen sind stets zu berücksichtigen, wenn die Rentenzahlen in der Unfallversicherung zwischen Weimarer Republik und Drittem Reich verglichen werden.

Ein Vergleich der Zahlen für die Jahre 1926/28 und 1936/38 ergibt einen Anstieg der Relation Versicherte pro laufender Rente von 1 Rente auf 31 Versicherte zu 1 Rente auf 52 Versicherte oder um 72% und einen Anstieg der Relation Versicherte pro neubewilligter Rente von 1 Rente auf 171 Versicherte zu 1 Rente auf 285 Versicherte, d.h. um 67%. Geht man jedoch davon aus, daß ohne die Notverordnung vom 8.12.1931 das Niveau der Durchschnittswerte für 1936/38 für den Rentenbe-

stand um 40% und für den Neuzugang um 30% höher anzusetzen wäre, ergibt sich eine Relation von 1:31,5 bzw. 1:173, diese Werte decken sich fast genau mit den Durchschnittswerten von 1926/28.

Schaubild 3

Der Rentenbestand und die neubewilligten Renten in Relation zur Zahl der Versicherten in der Unfallversicherung 1886-1995



Anhand der Rentenzahlen kann daher mit der gebotenen Vorsicht konstatiert werden, daß das Regime gegenüber Rentenbewerbern und Rentenempfängern keine "Rentenquetsche" betrieb. Das niedrige Rentenniveau der 1930er Jahre kann bruchlos mit dem Fortwirken der Bestimmungen der Notverordnungen und der sich ständig verbessernden Arbeitsmarktlage erklärt werden. Die ideologischen und finanziellen Belastungen der Sozialversicherung in den 1930er Jahren zeigen sich als Determinanten der Sozialpolitik in der nahtlosen Fortsetzung des mit den Notverordnungen eingeschlagenen Sparkurses. Das Regime initiierte keine konkreten Maßnahmen, um das Rentenniveau noch unter den mit den Notverordnungen erreichten Stand zu drücken. Daher müssen historische Aufarbeitungen, die von einfachen Mechanismen der Sozialdisziplinierung ausgehen, deutlich korrigiert werden. Die wichtigen Elemente nationalsozialistischer Sozialpolitik können nicht einfach an Leistungen und Fallzahlen gemessen werden.

4.2. Risikobiographie und gesellschaftspolitische Konstellationen

Die äußere Stabilität des Sozialversicherungssystems lenkt den Blick auf die inneren Mechanismen. Die Sozialversicherungsverfahren organisieren den biographischen Übergang in die Erwerbsunfähigkeit. Die Risikobiographie wurde als Kern dieses Statuspassagenmanagements erkannt (Milles 1997).

Die zum Ende des 19. Jahrhunderts anwachsenden Berufskrankheiten mit spezifischer Ursache, aber chronischem Verlauf (vor allem Vergiftungen) wurden in Sozialversicherungsverfahren verhandelt. Die Sozialversicherungsverfahren prägten hierbei die typisch deutsche Gewichtung der Risikobearbeitung nach dem Bedarfsprinzip, wobei Maßnahmen der sozialen Sicherung von der eingetretenen Schädigung aus, vor allem durch ärztliche Begutachtung, begründet werden mußten. Die Risikobiographie strukturierte Zumutungen und Anreize für eine gesellschaftliche Leistungsbereitschaft. Die Sozialversicherungsverfahren festigten Normalitätsannahmen über Arbeitsleistungsverpflichtung und Sozialleistungsansprüche. Festzustellen ist ein Wechselverhältnis von juristisch-statischen Grundannahmen, der konstitutionsbedingten Leistungsvarianz sowie der altersbedingten Lebensleistungskurve (Milles 1997). Die Risikobiographie wurde in der nationalsozialistischen Sozialpolitik sukzessive umfunktioniert. Ihre Überbrückungsfunktion wurde diskreditiert und ihre Bruchfunktion formalisiert.

Das deutsche Modell der Sozialversicherung unterstellte anfänglich lebenslanges Arbeiten und die Aufgabe, gesellschaftlich zugemutete Gesundheitsbelastungen und -schädigungen zu überbrücken (Behrens 1997). Krankheit wurde als Zwischenstatus konzipiert und mit dem Heilungsversprechen der Medizin verbunden. Gleichzeitig wurde präventive Sorge institutionalisiert, so daß gesundheitliche Risiken (Zumutbarkeiten) in einem produktiven Rahmen verbleiben (Unfallverhütung). Im Lebensverlauf des Erwerbstätigen wurde durch die Brückenfunktion der Leistungen (Rückführung in das Arbeitsleben) zugleich die Arbeitspflicht betont.

Dieses Modell wurde um die Jahrhundertwende modifiziert. Die Altersgrenze der Invaliditäts- und Altersversicherung (1889) wurde als „Bruch“ (gesetztes Ende der geforderten Arbeitspflicht) und Legitimation höherer Arbeitsintensität (Belastung) während des Arbeitslebens eingeführt. Neben dem festgestellten „Leistungsknick“

im „Berufsschicksal“ der ArbeitnehmerInnen formierte der zugestandene Bruch (Übergang in die Alters- und Invaliditätsrente) die Problematik der selbstinduzierten Begründungen für solchen Bruch in Form der durch Sozialversicherung hervorgerufenen und ermöglichten Krankheit (Rentenneurose, Schimanski 1996).

Die Sozialversicherungsverfahren, in denen vor allem Betroffene als Antragsteller und Ärzte als Experten auftraten, wurden vor allem während der Weimarer Republik ausgebaut, um Elemente des Zwischenstatus (Krankenbehandlungen usw.) und des Bruchs (Vollrente) auszuhandeln. Insbesondere wurden der Arbeitswillen als Voraussetzung des „Bruchs“ (Kriegs-, Renten-, traumatische Neurosen) geprüft sowie die zumutbare Arbeitsbelastung als Voraussetzung für den sukzessiven „Bruch“ (Minderung der Erwerbsfähigkeit) in Verfahren.

Im historisch-sozialen Wandel des Nationalsozialismus erfolgte jedoch eine Demontage der Überbrückung mitsamt der Aushandlungs-Chance zugunsten von Entpolitisierung und Verrechtlichung des Bruchs. Auf dem Hintergrund der historisch-gesellschaftlichen Konstellation wurde die Arbeitspflicht ideologisch verallgemeinert und politisch entleert. An die Stelle der Aushandlung in Sozialversicherungsverfahren trat der Rückzug in Rechtsauslegung. Die biographische Dimension (Zumutung im Arbeitsleben, gesellschaftlich anerkannter Bedarf) wurde ausgeblendet.

4.3. Handlungschancen und -typen in Sozialversicherungsverfahren

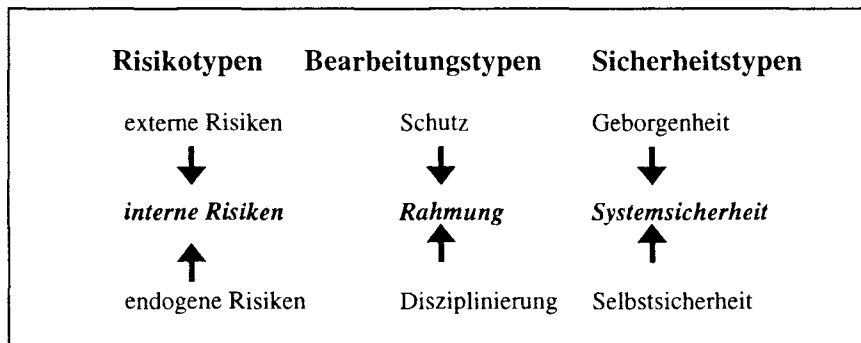
In dem Teilprojekt werden typische Handlungsstrategien ausgemacht, die in den verschiedenen Instanzen (untere Verwaltungsbehörde bis zum Reichsversicherungsamt) modifiziert werden. Die konstruierten Risikobiographien ermöglichten die institutionalisierte Aushandlung von Übergangsmustern.

Die Berufskrankheitenverfahren wiesen mit der für den Nachweis einer Berufskrankheit unabdingbaren risikobiographiespezifischen Rekapitulation weiter Abschnitte des Berufslebens der Rentenbewerber einen ausgesprochenen Aushandlungscharakter und damit eine Dimension auf, die den eigentlichen Unfallvorgängen in der Regel fehlte. Zudem bestand auf dem Gebiet der erst seit 1925 entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten in den 1930er Jahren ein bereites Feld an regelungsbedürftigen Fragen. So brachten die 1933 noch nachwirkende II. sowie die 1936 erlassene III. Berufskrankheiten-Verordnung zahlreiche neue auslegungsfä-

hige Bestimmungen, aber auch die den verschiedenen Berufskrankheiten zugrundeliegenden Krankheitsbilder und -verläufe waren keineswegs eindeutig festgelegt. Insgesamt ist für den Bereich der Berufskrankheiten im gewählten Untersuchungszeitraum ein gegenüber den anderen Versicherungszweigen deutlich höherer Bedarf an Anpassungs- und Lernvorgängen zu konstatieren.

Diese Anpassungs- und Lernvorgänge waren als Zusammenhänge von Risikolagen, Bearbeitungstypen und Sicherungskonzeptionen strukturiert. Ihre Struktur war so angelegt, daß die verschiedene Ausprägungen auf Systemsicherheit konvergieren. Von außen kommende und endogene Risiken wurden demnach auf eine innere, systemisch zu bearbeitende Logik orientiert.

Schaubild 4: Normalisierung des industriegesellschaftlichen Umgangs mit Gesundheitsrisiken



Mit diesem Grundmuster können die Auswirkungen spezifischer gesellschaftspolitischer Konstellationen analysiert und gefragt werden, ob und wie Lern- und Anpassungsprozesse in der institutionellen Steuerung auszumachen sind.

a) Zur Entwicklung der Beziehung Arzt - Antragsteller im gesellschaftspolitischen Kontext des III. Reichs

Die Untersuchung der Berufskrankheitenverfahren ergab, daß die ärztlichen Gutachter wenig Profil zeigten. Kritische Anmerkungen zu den medizinischen Grundlagen der Rechtsprechungspraxis des RVA blieben die Ausnahme und sind fast

ausschließlich von anerkannten Fachkapazitäten mit entsprechender Autorität vorhanden (z.B. in einer ausgedehnten Fachkontroverse über die Tuberkulose als Berufskrankheit in den Jahren 1938/39 anhand von Röntgenbildern).

Die Position der Gutachter als Anwalt des Patienten und Interessenvertreter der Sozialversicherungsträger wurde ab 1933 schwieriger. Auch die Gutachter sahen sich dem Druck des Regimes ausgesetzt, das ihrige zur "Gesundung" des deutschen Volkes beizutragen und nach Simulanten zu suchen. In der Regel wurde diesem Druck auf der Ebene der Rekursverfahren offensichtlich durch ein Ausweichen (Dethematisierung) in die besonders detaillierte Erörterung der medizinischen Sachverhalte begegnet. Dagegen finden sich so gut wie keine Gutachten, in denen der ärztliche Experte dem Rentenbewerber gegenüber explizit die Normen des Regimes vertrat (Unterstellung von fehlendem Arbeitswillen, erkennbar höhere physiologisch begründete Leistungszumutungen). Auch während der NS-Zeit blieb also die Grundstruktur der Normalisierung industrieller Pathogenität bestehen, in der Ärzte und Betroffene den Übergang von primären (ungerichteten) zu sekundären (in der Sozialversicherung anerkannten) Risiken nebst entsprechender Regulierung verhandelten

Die Differenzierung von primären und sekundären Risiken erlaubte, in der institutionellen Regulierung wechselweise auf tatsächliche Leiden oder anerkannte Krankheitsbilder zu rekurrieren. Die betroffenen Arbeitnehmer hatten hierbei den aktiven Part, der in Artikulation der Risiken und Betreiben der Verfahren den Aushandlungsprozeß in Gang setzte, während medizinische Gutachter die versicherungsförmige Vergesellschaftung der Risiken betrieben (Milles 1999b).

b) Argumentationstypen der Rentenbewerber

Die Rentenverfahren in der Unfall- und Invalidenversicherung waren um die Risikobiographie organisiert. Der in den Berufskrankheitenverfahren zu führende Nachweis verband Elemente aus der Invaliden- und der Unfallversicherung. Zur Debatte stand hier vor allem die Bilanzierung weiter Teile des Arbeitslebens. Der relevante Zeitraum war in den Berufskrankheitenverfahren damit ähnlich weit gezogen wie in den Invalidenrentenverfahren, zusätzlich wurde aber der kausale Bezug zwischen Arbeitsbedingungen und den bei den Rentenbewerbern bestehenden Verschleiß- bzw. Krankheitserscheinungen hervorgehoben. Der Nachweis einer

Berufskrankheit im Instanzenzug stellte somit die höchsten Anforderungen an Versicherungsträger, ärztliche Gutachter und Behörden (Milles 1995, 1998a)

Schaubild 5: Multiple Funktion der Risikobiographie in Sozialversicherungsverfahren



In der ersten Instanz konnte der Rentenbewerber seine Handlungschancen -Benennung von Zeugen zum Nachweis bestimmter Arbeitsbedingungen, Einforderung medizinischer und chemischer Gutachten- noch relativ frei nutzen, bzw. allgemein Erfahrung im Umgang mit der "Institution Sozialversicherung" sammeln. In seinen Argumenten legte sich der Rentenbewerber allerdings auf bestimmte Positionen fest, die bei einer Ablehnung seines Antrags in den folgenden Instanzen lediglich modifiziert werden konnten. Erfolgsaussichten hatten in der Berufungs- und in der Rekursinstanz vor allem die Versicherten, die den Reduktions- und Konkretisierungsprozeß des Verfahrens nachvollzogen und mit einer Argumentation im

Sinne des Gesetzes aufwarteten, d.h. ihr Rentenbegehren als Inanspruchnahme der rechtlich vorgesehenen Leistungen darstellen konnten. Berufungen oder Rekurse, die nur mit der akuten materiellen Notlage des Rentenbewerbers oder der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit begründet wurden, waren wenig aussichtsreich und wurden vom RVA erst gar nicht angenommen, da sie keinen gesetzlich zulässigen Rekursgrund darstellten (Milles 1998c).

Die Arbeit dieser Projektphase hat zu einer Weiterentwicklung des anhand der vorliegenden Einzelfälle aus Kaiserreich und Weimarer Republik erarbeiteten Schemas zu den Handlungsdimensionen der Rentenbewerber in Sozialversicherungsverfahren geführt (Schaubild 6). Die Häufigkeit des Auftretens der einzelnen Argumentationstypen und die Kombinationen verschiedener Typen verweisen auf den für das Rentenverfahren im Dritten Reich charakteristischen Gegensatz zwischen zunehmender Entpolitisierung und diffusen Gerechtigkeitsvorstellungen. Die Entpolitisierung der Verfahren ist an folgenden Indikatoren ablesbar:

1. Weitverbreiteter Verzicht der Rentenbewerber auf persönliche Vertretung problematischer Ansprüche (Persönliche Vertretung nur in 25 von 238 ausgewerteten Rekursfällen, persönliche Einlassungen in weiteren 81 Fällen). Während die Übertragung der Vertretung an Arbeitersekretäre etc. eine Politisierung des Verfahrens bedeutete, waren die Rechtsberatungsstellen der Deutschen Arbeitsfront (DAF) Agenten der Entpolitisierung.
2. Die Rentenbewerber formulieren ihren Anspruch überwiegend als Inanspruchnahme rechtlichen Regelungen (Die Typen c und d machen 54, d.h. knapp zwei Drittel der Fälle aus, in denen der Rentenbewerber seinen Anspruch in eigenen Worten begründete).
3. Der mit knapp 25% deutlich über vergleichbaren Werten der Weimarer Republik (unter 10%) liegende Anteil an Artikulationsformen, in denen der Antragsteller im weitesten Sinne soziale Gerechtigkeit von der Gesellschaft einforderte (Typ f), zeigt, daß die entsprechenden Parolen des Regimes auf fruchtbaren Boden fielen.

Schaubild 6: Handlungsdimensionen in Sozialversicherungsverfahren

A. Risiko <i>Artikulation einer Risikolage</i> Ausprägungen durch	B. Antrag <i>Verhandlung eines Bedarfes</i> Ausprägungen durch	C. Entscheidung <i>Regulation des Anspruchs</i> Modifikation durch	D. Berufung/Rekurs <i>Regulation der Problematisierung</i> Modifikation durch
a) Ausrichtung nach fremden Vorgaben b) Ausrichtung nach interner Arbeitspflicht c) Wahrnehmung rechtlicher Regelungen d) Forderung nach biographischem Risikoausgleich e) Hilferuf bei akuter Notlage f) Einforderung (sozialer) Gerechtigkeitspflicht	* Sozialisation, Kultur, Region * soziale Unterstützung, Beratung * sozialer Status, Ansprüche an Teilhabe * Qualität der subjektiven u. sozialen Betroffenheit * subjektive Widerständigkeit, Querulanz * sozialpolitische Überzeugung	<ul style="list-style-type: none"> Anweisungen befolgen, Untersuchungsergebnisse akzeptieren (Konformismus) biographische Bilanzierung der Betroffenheit (Ritual u. Innovation) Bestehen auf Inanspruchnahme der Sozialversicherung 	<ul style="list-style-type: none"> erzwingenes Handeln funktionales Handeln eigensinniges Handeln
Auseinandersetzung mit Arbeitspflicht	Auseinandersetzung mit Sicherungsversprechen	Auseinandersetzung mit Problematisierungen	Auseinandersetzung mit Zielsetzungen

Die vorgenommene Trennung in die einzelnen Argumentationstypen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich in der Argumentation der Rentenbewerber vielfach mehrere Typen verbanden, im Vordergrund stand hierbei im Gegensatz zur Weimarer Republik die Kombination von Argumenten, die auf die Inanspruchnahme rechtlich vorgesehener Leistungen abzielten mit der Forderung nach einer gerechten Verbescheidung des Rentengesuchs. Inhaltlich zeigt sich bei den Typen a, b, c und d keine besondere Abweichung von den Argumentationsmustern der Weimarer Republik. Im Mittelpunkt stand nach wie vor der Verweis auf die Resultate der vorliegenden ärztlichen Gutachten, bzw. allgemeiner auf den Stand der medizinischen Wissenschaft

Dagegen sind erhebliche quantitative und qualitative Verschiebungen bei der Argumentation der Rentenbewerber, die im weitesten Sinne soziale Gerechtigkeit einforderten, festzustellen. Dies betrifft in einem gewissen Umfang Aktivisten der NS-Bewegung, die z.B. als „alter Pg. und SS-Mann“ eine bevorzugte Behandlung erwarteten, oder die eine im Dienst für die Partei erlittene Schädigung reklamierten. Es nahmen aber vor allem als "Normalbürger" anzusprechende Rentenbewerber die NS-Propaganda beim Wort, die versprach, daß Rentenanträge künftig nicht mehr streng nach den Buchstaben des Gesetzes, sondern nach Würdigkeit und Bedürftigkeit des Antragstellers zu entscheiden seien. Mit dem "neuen" Staat im Rücken schwangen sich nicht wenige Rentenbewerber zu einer selbstbewußten Haltung auf gegen "jedwede Institution, die ein erwiesenes Recht durch langwierige Prozesse sabbotiert" und sich daher „bewußt außerhalb der wahren Volksgemeinschaft und gegen unseren Führer" stellten. Der Begriff "Volksgemeinschaft" wurde hier als Synonym einer gerechten Gemeinschaft gesetzt und gegen die Behörden gerichtet, die sich in ihrer Rechtsprechung am "Geist nationalsozialistischen Empfindens" orientieren sollten.

In der Behandlung dieser Rentenbegehren kam dem RVA seine 1933/34 ausgearbeitete institutionelle Politikstrategie zugute. Die Forderungen nach einer nationalsozialistisch inspirierten Umwertung der Leistungsbemessungsgrundlagen wurden dethematisiert, das Verfahren auf die Frage nach dem Vorliegen einer Berufskrankheit im Sinne des Gesetzes reduziert. In keinem der vorliegenden Einzelfälle zeigt sich ab 1934 ein sichtbares Eingehen des RVA auf die von den Rentenbewerbern vorgebrachten Gerechtigkeitsvorstellungen.

4.4. Entpolitisierung der institutionellen Steuerung

In der Analyse, wie weit die Entwicklung der sozialen Sicherung vom herrschenden Typ des politischen Regimes abhängig ist, wurde eine weitreichende Entpolitisierung der Rentenverfahren festgestellt, die sich in einer strikten Ausrichtung an den Buchstaben des Gesetzes sowie den Urteilen der vorgelegten ärztlichen Gutachten äußerte.

Entpolitisierung ist hierbei als Entleerung der Bezüge zu Lebenslauf und Lebenswelt sowie als formale Bestimmung subsidiärer Sicherung in den Aushandlungen und Entscheidungen zu verstehen. Entpolitisierung ist ein Strukturmerkmal der Sozialversicherungsverfahren, das in den multiplen Funktionen der Risikobiographie angelegt war. In dem Spannungsverhältnis, das die Akteure in Sozialversicherungsverfahren während des Nationalsozialismus repräsentierten, erhielt sie allerdings eine neue Qualität.

Der diffuse Bezug auf das Volksganze als Hüter des allgemeinen Gutes „Gesundheit“ suggerierte eine Vergesellschaftung, die ihrerseits jedoch ohne demokratisch-politische Basis blieb. Sie wurde verschleiert durch juristische Festlegungen, in denen die politischen Formen stabil blieben, ihrerseits jedoch nicht an Diskurse über individuelle Bedürfnisse und gemeinschaftliche Bedarfe im Lebenslauf rückgebunden waren. Dies ist im Teilprojekt mit dem Begriff „entpolitierte Vergesellschaftung“ gefaßt worden.

Die Entproblematisierung der Rentenverfahren im III. Reich blendete weitgehend die vom Rentenbewerber regelmäßig eingebrachten Orientierungen aus, die bis dahin eine institutionell angelegte Quelle progressiver Unruhe bildeten, und so büßten die Verfahren die in ihnen möglichen Problemorientierungen und Politisierungsmöglichkeiten zugunsten einer verstärkten Orientierung an gesetzlichen Bestimmungen ein. Die Verfahren hatten es ursprünglich zugelassen, daß die sozialen Lebensbedingungen des einzelnen Rentenbewerbers in die Normalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse eingingen. Nach 1933 reduzierte sich das Rentenverfahren jedoch auf einen Verwaltungsakt, der zwar auf Initiative des Antragstellers hin Behandlung der Besonderheiten des Einzelfalls weiterhin zuließ, einen Einfluß derselben auf die Entscheidungsgrundlagen der Institution jedoch tendentiell ausschloß.

Eine Ursache dürfte in den mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten einsetzenden ideologischen Angriffen zu erblicken sein, die einen Vorrang ideologisch bestimmter Kriterien der "Würdigkeit" bei der Entscheidung über Rentenanträge und ein entsprechendes Initiativrecht untergeordneter Instanzen in der Sozialversicherung postulierten. Das RVA konnte diese Vorstöße, die seine Autorität zu unterminieren drohten, aus naheliegenden Gründen nicht direkt zurückweisen, fing diese aber erfolgreich ab, indem eine strikt an den Buchstaben des Gesetzes ausgerichtete Verfahrenspraxis postuliert und unter Verweis auf entsprechende Äußerungen nationalsozialistischer Juristen wie Roland Freisler abgesichert wurde (Kaschke 1999). Dem Rentenbewerber wiederum bot ein strikt an den Buchstaben des Gesetzes ausgerichtetes Vorgehen die Möglichkeit, einer Auseinandersetzung mit der vom Regime ausgehenden Forderung, jederzeit alles für die Volksgemeinschaft zu geben, soweit wie möglich aus dem Wege zu gehen.

Auch dem Regime kam die Entpolitisierung der Verfahren, die einen geregelten Verwaltungsablauf garantierte, entgegen. Diverse Notverordnungen hatten in den verschiedenen Versicherungszweigen bereits vor der Machtergreifung die Versicherungsleistungen gekürzt und den Zugang zu ihnen erschwert. Weitere Einschnitte waren kaum noch durchsetzbar, andererseits aber auch Leistungserhöhungen weder mit der wirtschaftlichen Lage noch mit den politischen Zielsetzungen und ideologischen Vorstellungen der NSDAP vereinbar, ganz abgesehen davon, daß die Sozialversicherung innerhalb der Problemkreise, mit denen sich die Nationalsozialisten nach der Machtergreifung befassen mußten, eine nachrangige Stellung einnahm.

Nach 1933 erfolgten keine tiefgreifenden Eingriffe des Organisations- und Leistungsgefüge der Sozialversicherung. Dies galt auch für die Rentenverfahren. Schließlich blieben mit den zentralen Definitionen wie denen von "Krankheit", "Invalidität" oder "Unfall" auch die Grundlagen auf denen über die Bewilligung von Leistungen entschieden wurde, formell unangetastet. Weitreichende Änderungen hätten sich für die gesamte Sozialversicherung erst mit dem von der DAF konzipierten "Versorgungswerk des deutschen Volkes" ergeben, das jedoch kriegsbedingt über erste Planungsstadien nicht hinauskam.

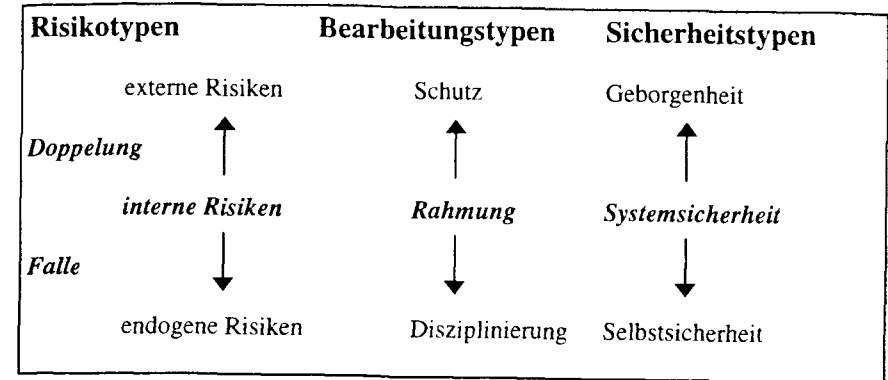
4.5. „Weibliche“ Risiken in Versicherungsverfahren

Die ‚doppelte Vergesellschaftung‘ (Becker-Schmidt 1987) der Frauen erfolgte durch Erwerbs- und Reproduktionsarbeit und somit der Ausnutzung ihrer Arbeitskraft sowohl als Ware, als auch unentgeltlich im Reproduktionsbereich. Die Entwertung ‚weiblicher‘ Leistungsfähigkeit durchzog Entstehung und Etablierung des deutschen Sozialstaats, der weiblichen Arbeitskräften gegenüber als paternalistisches Schutzverhältnis konzipiert worden war.

Bei Berufskrankheiten ist ein auffälliger Anstieg des Frauenanteils zwischen der ersten Verordnung 1925 und der zweiten, erweiterten Verordnung zu beobachten (Schnell 1998). Diese Zunahme beruhte auf der Einbeziehung der Infektionskrankheiten im Bereich der Krankenpflege. Bei der Auswertung der Einzelfallakten konnte anhand dieses spezifisch ‚weiblichen‘ Gesundheitsrisikos nachgewiesen werden, daß die (ohnehin nur unzureichend erfaßten) beruflichen Risikolagen von weiblichen Arbeitnehmerinnen im Sozialversicherungsverfahren zusätzlich diskriminiert wurden. Weibliche Versicherte wurden seitens der medizinischen Gutachter, aufgrund ‚konstitutioneller Varianz‘, als körperlich abweichend gekennzeichnet und in Hinblick auf ihre politische Mündigkeit, soziale Partizipationsfähigkeit und psychische Verfassung als Abweichung betrachtet. Die retrospektive Bilanzierung biographischer Risiken von erwerbstätigen Frauen wurde durch das defizitorientierte sozialpolitische Leitbild bedeutend erschwert. Die medizinisch flankierte und weitgehend entpolitisierte Bedarfsregulierung wurde zudem durch das konkrete Machtgefälle zwischen den männlichen Experten und den betroffenen Frauen belastet. Trotz der scheinbar geschlechtslos entworfenen Risikodefinitionen und Zumutbarkeitsannahmen, war die sozialpolitische Problembearbeitung in der deutschen Sozialversicherung durchgängig genderized (Schnell 1999).

Die Grundstruktur sozialpolitischen Umgangs mit industrieller Pathogenität erhielt eine entscheidende geschlechtsspezifische Umpolung: statt konvergierender Normalisierung wurden weibliche Risiken als Doppelung und als Falle konzipiert: „Weibliche“ Krankheitsrisiken konnten konstitutionsbedingt als besonders wirksame Belastung oder als Schwäche erkannt und entsprechend mit spezifischen Schutzmaßnahmen oder Abwehr von (neurotischer) Anfälligkeit bearbeitet werden.

Schaubild 7: Normalisierung des industriegesellschaftlichen Umgangs mit „weiblichen Risiken“



5. Außenaktivitäten

Im Teilprojekt D1 arbeiteten zunächst drei, dann zwei Wissenschaftler auf 1,5 Stellen. Zwei Promotionen konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Eine Stud. Hilfskraft bearbeitete mit ihrer ausgezeichneten Magistraarbeit eine selbständige Fragestellung. Diese Ergebnisse sind publiziert oder zur Publikation angenommen. Die Kooperationen mit medizingeschichtlichen Instituten in Granada, Oxford und Düsseldorf, mit medizinsoziologischen Instituten in Twente und Groningen wurden in Arbeitstreffen gepflegt.

Referat Dietrich Milles zum Kontaktseminar des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und Sfb 186, September 1997

Referat Dietrich Milles zum Workshop „Risikokommunikation in den Medien“ (Int. Biometrische Gesellschaft) am 1./2.10.1997 in Bremen

Referat Lars Kaschke zur Konferenz "Vom bloßen Unterhaltszuschuß zur dynamischen Rente: Geschichte der Altersversicherung in Deutschland" vom 14.-16.10.1998 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer.

6. Publikationen

- Kaschke, Lars (1998): Kommission für Rentenquetsche? Die Rentenverfahren in der Invalidenversicherung und die "Bereisung" der Landesversicherungsanstalten, 1901-1911. Diss. phil., Bremen
- Kaschke, Lars (1999a): Eine versöhnende und beruhigende Wirkung? Zur Funktion der Rentenverfahren in der Invaliditäts- und Altersversicherung im Kaiserreich. Berlin (im Erscheinen)
- Kaschke, Lars (1999b): Entpolitisierung als Handlungschance? Zur Ambivalenz der versicherungsförmigen Bearbeitung sozialer Risiken im III. Reich In: Marstedt, Gerd; Milles, Dietrich; Müller Rainer (Hrsg.): Gesundheitskonzepte im Umbruch - Lebenslaufpolitik der Unfall- und Krankenversicherung. Bremerhaven
- Kaschke, Lars (2000): Nichts als "Bettelgelder"? Wert und Wertschätzung der Alters- und Invalidenrenten im Kaiserreich. In: Historische Zeitschrift 271.
- Marstedt, Gerd; Milles, Dietrich; Müller Rainer (Hrsg.) (1999): Gesundheitskonzepte im Umbruch - Lebenslaufpolitik der Unfall- und Krankenversicherung. Bremerhaven
- Milles, Dietrich (1997): What are Occupational Diseases? Risk and Risk Management in Industrial Medicine in Germany, 1880-1920.- In: Roger Cooter; Bill Luckin (eds.): Accidents in History. Injuries, Fatalities and Social Relations.- Amsterdam pp. 179-195
- Milles, Dietrich (1998a): Übergang in die Invalidität als Bilanzierung gesundheitlicher Belastungen im Lebensverlauf. Historische Tendenzen.- In: Walter R. Heinz u.a. (Hrsg.): Was prägt Berufsbiographien? Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik.- Nürnberg S. 244- 264
- Milles, Dietrich (1998b): Die Physiologie als Grundlage ärztlicher Gutachten bei der Etablierung der deutschen Sozialversicherung.- In: Philipp Sarasin; Jakob Tanner (Hrsg.): Physiologie und industrielle Gesellschaft.- Frankfurt/M. S. 369-397
- Milles, Dietrich (1998c): Historisch gewachsene Fallstricke in den Berufskrankheitenverfahren.- In: Peter Rosenau u.a. (Bearb.): Betriebliche Gesundheitsförderung. Prävention-Recht der Berufskrankheiten. Regionale Gewerkschaftsblätter Heft 7.- Braunschweig 1998, S.21-29
- Milles, Dietrich 1998d): Prozedurale Ethik und Risikokommunikation in Sozialversicherungsverfahren. In: Petra Gurn; Olaf Mosbach-Schulz (Hrsg.): Risikokommunikation in den Medien.- Bremen: Universität, S. 37-42

- Milles, Dietrich (1999a): „Arbeiterschicksal“ im „klinischen Blick“. Primäre und sekundäre Risiken in arbeitsmedizinischer Begutachtung. In: Marstedt, Gerd; Milles, Dietrich; Müller Rainer (Hrsg.) (1999): Gesundheitskonzepte im Umbruch - Lebenslaufpolitik der Unfall- und Krankenversicherung. Bremerhaven: Wirtschaftsverl
- Milles, Dietrich (1999b): Akuter Fall und gesichertes Wissen Berufskrankheiten und Statuspassagenmanagement in der hundertjährigen deutschen Sozialversicherung.-Weinheim (im Ersch.)
- Schimanski, Werner (1997): Vorwerfbarkeit und Leistungsversagung. Historisch-vergleichende Studie zur Leistungsversagung wegen vorwerfbarer Handlungen in der Sozialversicherung. Bremerhaven
- Schnell, Christiane (1998): „Weibliche Risiken“ in Sozialversicherungsverfahren 1928-1937. Die Bedeutung von „Geschlecht“ für die Anerkennung von Bedarfen am Beispiel der Berufskrankheiten. MA. Bremen
- Schnell, Christiane (1999): Geschlechtliche Risiken in Berufskrankheitenverfahren am Beispiel der Tuberkulose. In: Marstedt, Gerd; Milles, Dietrich; Müller Rainer (Hrsg.) (1999): Gesundheitskonzepte im Umbruch - Lebenslaufpolitik der Unfall- und Krankenversicherung. Bremerhaven: Wirtschaftsverl
- Sniegs, Monika (1998): Statistik als Steuerungsinstrument in der historischen Entwicklung der Invaliditäts- und Altersversicherung 1889-1911. Diss. rer. pol. Bremen 1998
- Sniegs, Monika und Kaschke, Lars (2000): Kommentierte Statistiken zur Sozialversicherung in Deutschland von ihren Anfängen bis in die Gegenwart. Abt. I, Bd. 1: Die Invaliditäts- und Altersversicherung im Kaiserreich (1891-1913). Berlin (angen.)

Teilprojekt D3

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts D3

Thema: Sozialhilfekarrieren IV: Sozialhilfedynamik zwischen Lebenslaufpolitik und gesellschaftlichem Strukturwandel

Beteiligte WissenschaftlerInnen:

Prof. Dr. Stephan Leibfried	(GA, Projektleiter)
PD Dr. Lutz Leisering	(GA, Projektleiter ab April 1997)
PD Dr. Wolfgang Voges	(GA, Projektleiter bis März 1997)
Dr. Elmar Rieger	(GA ab 8/98)
Dr. Ralf Bohrhardt	(EA)
Dr. Petra Buhr	(EA bis 9/98)
Dipl.-Soz. Christine Hagen	(EA)
Dipl.-Soz. Heike Niemann	(EA)
Dipl.-Soz.päd. Uwe Schwarze	(EA ab 10/98)

Inhalt

1. Zusammenfassung
2. Kenntnisstand bei der letzten Antragstellung und Ausgangsfragestellung
3. Verlauf der Untersuchung – methodisches Vorgehen
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1 Internationaler Vergleich von Sozialhilfedynamik
 - 4.2 Bewältigungshandeln von Sozialhilfebeziehenden (qualitatives Panel)
 - 4.3 Sozialhilfedynamik im sozialen Wandel (Kohortenvergleich)
 - 4.4 Sozialhilfedynamik im Ost-West Vergleich
 - 4.5 Institutionen- und Verwaltungsanalysen
 - 4.6 Soziologische Theorie und Theorie der Sozialpolitik
5. Außenaktivitäten
 - 5.1 Vorträge, Medienbeiträge u.a.
 - 5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
 - 5.3 Politikberatung
6. Schriften (nur laufende Berichtsperiode)
 - 6.1 Veröffentlichungen
 - 6.2 Unveröffentlichte Manuskripte

1. Zusammenfassung

Thema der 4. Projektphase waren Armutskarrieren zwischen staatlicher Lebenslaufpolitik und sozioökonomischem Strukturwandel. Im Mittelpunkt stand dabei die Verlaufsdynamik sozialer Risikolagen im Spannungsfeld zwischen staatlichen Institutionen und Politiken der Lebenslaufregulierung. Diesen Veränderungen wurde in vier Vergleichsdimensionen nachgegangen: (1.) in einem internationalen Vergleich von Sozialhilfedynamiken in vier Wohlfahrtsstaaten, (2.) einem Vergleich des Bewältigungshandelns von Sozialhilfebeziehenden im qualitativen Längsschnitt (qualitatives Panel: 1995–1997), (3.) einem historischen Vergleich zweier Antragskohorten (80er vs. 90er Jahre) sowie (4.) einem Ost-West-Vergleich im fortgeschrittenen Vereinigungsprozeß (Kooperation mit Teilprojekt YE2 in Halle/Saale, seit 1999 in der Einzelförderung, DFG-Geschäftszeichen: OL 61/3-1). Die verschiedenen Arbeiten wurden zu einer ersten englischsprachigen Synthese auf dem Stand März 1999 zusammengeführt (vgl. Leisering/Leibfried 1999).

2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung und Ausgangsfragestellung

Im Bereich des internationalen Vergleichs von Armut wurde bis Mitte der 90er Jahre primär mit *Querschnittsdaten* unterschiedlicher Herkunft, wie sie etwa innerhalb der Luxembourg Income Study zur Verfügung standen, gearbeitet. Vergleichende dynamische Betrachtungen von Armutsprozessen – z.B. zwischen verschiedenen Zeiträumen oder unterschiedlichen Regionen – waren meist nur innerhalb einzelner Länder, vor allem den USA, bekannt (vgl. Leisering/Leibfried 1999: 14f.). Vor diesem Hintergrund betrat das Projekt im Berichtszeitraum gleich in doppelter Weise wissenschaftliches Neuland: es erschloß erstmals (a) Daten einheitlicher Herkunft und hoher Validität, nämlich prozeßproduzierte Daten der Sozialhilfeverwaltung, für einen internationalen Vergleich von Armutsprozessen und tat dies (b) in einem einheitlichen *Längsschnitt*design. Die Kernfrage unseres Vergleichs galt dem Zusammenhang von individuellen Armutskarrieren und unterschiedlichen Lebenslaufregimes: Wie beeinflussen nationale Wohlfahrtsregime und Mindestsicherungen die individuelle Sozialhilfedynamik (Häufigkeit und Dauer von Bezugsepisoden)?

In den qualitativen Analysen von Coping in der vorherigen Projektphase wurde die für das Projekt wesentliche Verlaufsperspektive auf der Grundlage retrospektiver

Interviews verfolgt. Im Berichtszeitraum sollte ein qualitatives Panel methodisch weiterführen. Auf seiner Grundlage können die Wirkungen langanhaltender Belastungen von kurzfristigen Einwirkungen unterschieden sowie Veränderungen von Copingstrategien analysiert werden.

Mangels geeigneter Daten gab es in Deutschland bis zum Berichtszeitraum kaum systematische, auf Primärdaten gegründete Vergleiche des Wandels von Sozialhilfedynamik im historischen Vergleich. Lediglich eine Studie zeigte für die Stadt Bielefeld eine Zunahme von Kurzzeitbezug in den 80er Jahren. Diese Forschungslücke sollte durch einen Vergleich zweier Antragskohorten von Bremer Sozialhilfebeziehenden geschlossen werden, die aufgrund ihres jeweils knapp sechsjährigen Beobachtungsfensters (1983 beobachtet bis 1989 vs. 1989 beobachtet bis 1994) für die 80er bzw. die 90er Jahre stehen können. Kernfrage war hier: Wie hat sich der Bezug von Sozialhilfe von den 80ern auf die 90er Jahre verändert und wie läßt sich diese Veränderung bzw. Nicht-Veränderung erklären (vor allem in bezug auf Umfang und Zusammensetzung der Sozialhilfeklientel sowie die Dauer und Verlaufsstruktur des Hilfebezugs)?

Für den Vergleich von Deutungsmustern, Handlungsorientierungen und Bewältigungsstrategien von Sozialhilfebeziehenden in Ost- und Westdeutschland konnte primär auf eigene, begrenzt auch auf andere Untersuchungen zurückgegriffen werden. Im Mittelpunkt der Untersuchung sollten stehen: Unterschiede im Bereich von Stigmatisierung, von subjektiven Zeitorientierungen und biographischen Gestaltungsprozessen.

3. Verlauf der Untersuchung – methodisches Vorgehen

Die Untersuchung konnte weitgehend entsprechend der Ankündigung durchgeführt werden, ergänzt um vorbereitende Institutionen- und Verwaltungsanalysen (siehe unter 4.5) und die Ausarbeitung grundlagentheoretischer Konzepte („Max Weber“; siehe unter 4.6, 2. Absatz). Gewisse Änderungen ergaben sich im Bereich des internationalen Vergleichs. Für die USA wurde nicht, wie ursprünglich geplant, auf Umfragedaten der Panel Study of Income Dynamics (PSID) zurückgegriffen, deren Grundgesamtheit sich über die gesamten Vereinigten Staaten erstreckt. Als Ergebnis einer nach der letzten Antragstellung weiter fortgesetzten Datenrecherche konnten wir vielmehr auf prozeßproduzierte Verlaufsdaten der regionalen Sozialhilfeverwaltungen in Alameda und Los Angeles County zurück-

greifen, die weitaus angemessener für einen Vergleich mit unseren eigenen Daten sind. Diese wurden uns allerdings erst kurz nach Beginn der laufenden Projektphase zugänglich (vgl. Bohrhardt/Leibfried 1999a). Entsprechend wechselte die Kooperation von Prof. Greg Duncan, dem besten Kenner des PSID, zu Prof. Rosina Becerra, die bereits intensiv mit den von uns verwendeten Daten gearbeitet hatte. Darüberhinaus wurde auch Großbritannien auf der Ebene eines ‚Vergleichs von Ergebnissen‘ mit in den Vergleich einbezogen (vgl. Hilker/Leisering 1999; Leisering/Walker 1999).

Für die quantitativen Studien zum Verhältnis von Sozialhilfe und Arbeitsmarkt sowie, damit verbunden, zum Vergleich von West- und Ostdeutschland wurde mit Markus Gangl vom Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialpolitik kooperiert (vgl. Gangl 1997a,b, 1998, 1999). Wolfgang Voges schied 1997 aus dem Projekt aus, blieb ihm aber insbesondere durch dem Projekt zugeordnete Arbeitspapiere zum internationalen Vergleich (Voges/Kazepov 1998; Voges/Gustafsson/Steinhage 1999; usf.) verbunden. Zusätzlich kam Elmar Rieger in das Projekt, der ebenfalls – mit eher theoretisch orientierter Perspektive – am internationalen Vergleich mitarbeitete. Lutz Leisering, Co-Projektleiter in der IV. Phase, erhielt zum Wintersemester 1999/2000 einen Ruf an die Universität Bielefeld.

Eine Entwicklung zwischen den Berichtszeiträumen der III. und IV. Phase sei hier nachgetragen: Andreas Weber schied mit Auslaufen der vorangehenden Förderungsphase unerwartet aus dem Projekt aus und legte nicht weniger unerwartet die für den Berichtszeitraum geplante größere Monographie zum Kohortenvergleich bereits Ende 1996 als Dissertationsmanuskript vor (Weber 1996). Entsprechend wird unter 4.3 und 6.2 auch auf diese Arbeit Bezug genommen.

Für den qualitativen Untersuchungsteil des Projektes wurde das 1995 begonnene qualitative Panel fortgesetzt. Nach intensiver Panelpflege konnten von 72 Interviews der ersten Welle 40 problemzentrierte Zweitinterviews realisiert werden. Ein Vergleich mit allen Erstantragsstellenden der Monate April und Mai 1995 konnte zeigen, daß die wesentlichen in der Sozialhilfe vertretenen sozialen Gruppen in unserem Sample vertreten sind. Zu jedem Interview wurden ausführliche Postskripte erstellt. Das in der vorigen Phase entwickelte differenzierte Regelwerk zur Einzelfallanalyse wurde in Zusammenarbeit mit dem Hallenser Kooperationsprojekt YE2 weiterentwickelt. Auf dieser Basis wurden Einzelfallanalysen durchge-

führt. Diese führten aufgrund der Zusammenführung der Ergebnisse aus beiden Wellen (1995, 1997) zu einer Analyse des subjektiv erlebten und bewältigten Verlaufs durch die Sozialhilfe bzw. aus ihr heraus – auch im Ost-West-Vergleich.

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

Die meisten Ergebnisse der Projektarbeit sind breit in einschlägigen Publikationen dokumentiert worden (siehe unter 6.1). Einen umfassenden neueren Überblick zum Arbeitsstand insgesamt bietet die monographisch Darstellung von Lutz Leisering und Stephan Leibfried: ‚Time and Poverty in Western Welfare States. United Germany in Perspective‘, Cambridge University Press, August 1999. Der folgende Überblick kann sich also auf eine Skizze der Ergebnisse anhand der vorliegenden Publikationen beschränken.

4.1 Internationaler Vergleich von Sozialhilfedynamik

Der internationale Vergleich der zeitlichen Dimension von Armut und Sozialhilfe (vgl. zunächst Leisering/Leibfried 1999: 47-53, passim) wurde in vier separaten Vergleichsstudien durchgeführt, in denen die Verhältnisse in Deutschland jeweils mit denen in einem anderen Land (Schweden, USA, Italien, Großbritannien) kontrastiert wurden. Vorbereitet wurde dieser Vergleich durch den englischsprachigen Band von Leisering und Walker (1998). Eine Systematisierung und Zusammenschau der Ergebnisse ist für die Abschlußphase (2000-2001) in einem weiteren englischsprachigen Band geplant (zum Zuschnitt siehe die Arbeitsgliederung im Fortsetzungsantrag).

Zunächst wurde die Sozialhilfedynamik im Kontext ihrer institutionellen Rahmenbedingungen in Deutschland mit derjenigen in *Schweden* verglichen. Anschließend an die Vorarbeiten von Gustafsson und Voges (1998) konnte Petra Buhr (1998b, 1999b) zu unserer Überraschung zeigen: Das Sozialhilfeprofil in Schweden, einem Prototypen des ‚sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats‘, ist weit ausgeprägter als in Deutschland, einem ‚konservativen Wohlfahrtsstaat‘ – und das nicht erst seit den 90er Jahren. Nicht nur liegt die Sozialhilfequote in Schweden seit den 60er Jahren deutlich höher als in Deutschland. Vielmehr scheinen schwedische Hilfebeziehende auch größere Schwierigkeiten zu haben als deutsche, die Sozialhilfe *dauerhaft* wieder zu verlassen: Zwar ist die Dauer einzelner Bezugszeiträume in Schweden kürzer als in Deutschland, es besteht aber ein weitaus höheres Rück-

fallrisiko. Insoweit ist die ‚Armutsfestigkeit‘ des schwedischen Wohlfahrtsstaats geringer als häufig angenommen wird. Folgt man der allgemeinen Diskussion über wohlfahrtsstaatliche Regime, hätte ein anderes Bild nahegelegen: Deutschland hätte sich weit mehr und weit nachhaltiger auf Sozialhilfe verlassen müssen als Schweden.

Die von Uwe Schwarze in Schweden durchgeführte ExpertInnenbefragung ergab, daß die zunächst zentralstaatlichen Beschäftigungsmaßnahmen (*beredskapsarbete*) seit Mitte der 90er Jahre in eine kommunale Arbeits- und Beschäftigungspolitik überführt werden – wobei den Kommunen in Schweden allerdings ein anderer Status zukommt als im föderalistischen Deutschland. Diese kommunalen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (*arbetsmarknadspolitiska åtgärder*) waren zunächst allgemein auf die Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen und auf gering Qualifizierte zugeschnitten. Ende der 90er Jahre werden diese policies jedoch verstärkt als ein besonderes Angebot an Sozialhilfebeziehende entwickelt, um Wege aus dem Bezug zu ermöglichen. Neu ist für Schweden auch die direkte Verbindung von Arbeitsmarktpolitik und Sozialarbeit, die im Rahmen dieser Kommunalisierung hergestellt wird. Der kommunale Sozialdienst nimmt darin direkt die für ihn neue Funktion der „Aktivierung“ und „Motivierung“ der arbeitsfähigen Klientel wahr. Da insbesondere stigmatisierende Elemente der schwedischen Sozialhilfe für diejenigen abgeschafft werden sollen, für die keine Optionen zum Ausstieg aus der Sozialhilfe mehr bestehen, findet neben der ausgesprägten „Rehabilitationsfunktion“ der schwedischen Sozialhilfe zunehmend auch eine „Versorgungsfunktion“ immer größere fachpolitische Akzeptanz. Weiterhin offen ist die Frage, welchen Einfluß diese neuen institutionellen Arrangements sowie bestimmte institutionelle Handlungsorientierungen und -muster auf die Bezugsdauer unterschiedlicher Gruppen in der Sozialhilfe haben. Dieser Frage soll im Drei-Städte-Vergleich der Abschlußphase genauer nachgegangen werden.

Wolfgang Voges und Kollegen (1999) wiesen auf eher ähnliche Ausgangslagen bei einer Gruppe von Sozialhilfebeziehenden in Deutschland und in Schweden hin, bei *den Einwandernden*. Ein Vergleich wird zwar in Deutschland durch einen Umstand kompliziert, der in Schweden nicht ins Gewicht fällt: Zu den Deutschen zählen, so die grundgesetzliche Ausgangslage, auch die AussiedlerInnen deutschen Ursprungs aus Osteuropa. Sie stehen der deutschen Gesellschaft aber meist weit fremder gegenüber als es die ‚resident foreigners‘ tun (vgl. Leisering/Leibfried

1999: 68f., 189, 226, 244f.). Gerade ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre hat diese Gruppe der Zuwandernden in Deutschland besonderes Gewicht gehabt. Wie in Deutschland selbst (vgl. Leisering/Leibfried 1999: 31f., 68-70, 72, 226-230, 244f.) zeigt sich bei einem solchen Vergleich aber, daß – bei einer Betrachtung der Sozialhilfeabhängigkeit – der Grundunterschied nicht der zwischen ‚AusländerInnen‘ und ‚Deutschen‘ (oder ‚Schweden‘) ist. In der Gruppe der ‚AusländerInnen‘ ist vielmehr zu differenzieren zwischen *resident foreigners*, also schon lange im Inland Wohnhaften, die ein geringes Sozialhilferisiko haben, und erst *vor kurzem Eingewanderten*, die einem hohen Sozialhilferisiko ausgesetzt sind. ‚Resident foreigners‘ sind insoweit eher wie normale Inländer zu betrachten. Allerdings, die Autoren weisen darauf hin: Das hohe Sozialhilferisiko jüngst Eingewanderter dürfte sich im Zeitablauf und in der Generationsfolge erheblich verringern, insbesondere wenn man die rechtlichen Hindernisse entfernen würde, die heute einer legalen Arbeitsaufnahme im Wege stehen.

Der Vergleich von Sozialhilfedynamik in Deutschland mit dem Bezug vergleichbarer Leistungen in den USA (Bohrhardt/Leibfried 1999a; Rieger/Leibfried 1998a) erbrachte ähnlich überraschende Ergebnisse. Anders als nach der ‚Generositäthese‘ zu erwarten, verblieben deutsche Alleinerziehende oder Familien mit einem arbeitslosen Elternteil weniger lange und weniger kontinuierlich im Sozialhilfebezug als die amerikanische Vergleichspopulation im dortigen AFDC Programm (*Aid for Families with Dependent Children*). Der ‚liberale Wohlfahrtsstaat‘ produziert offensichtliche eine stärkere Abhängigkeit von staatlich finanzierten Sozialleistungen als es seine ‚konservative‘ Variante tut, obwohl letzterer generösere Leistungen bietet. Der Grund hierfür dürfte insbesondere im unterschiedlichen Bildungsprofil der jeweils auf staatliche Unterstützung angewiesenen Personen zu finden sein, ferner in der Existenz eines breiten Niedriglohnsektors in den USA sowie im gleichzeitigen Fehlen eines umfassenden Krankenversicherungsschutzes, wodurch eine Unterbrechung des AFDC-Bezugs mit einem so in Deutschland nicht gegebenen existentiellen Risiko verbunden ist. Der ‚liberale Wohlfahrtsstaat‘ läßt schließlich mit seiner stärkeren Abhängigkeit von steuerfinanzierten Sozialleistungen die bundespolitische Flucht aus der Sozialhilfe in die ausgebaute negative Einkommenssteuer für die *working poor* attraktiv werden. Allgemein hat das verschärfte Risiko materieller Unversorgtheit insofern weitere Konsequenzen, als die große Arbeitsmarktabhängigkeit jede weitere Handelsliberalisierung als Bedro-

hung von Arbeitsplätzen erscheinen läßt und damit diese Liberalisierung einfacher abzubremsen ist (Rieger/ Leibfried 1998b).

Als notwendige Rahmung für den empirischen Vergleich wurden in der das Teilprojekt tragenden Abteilung des Zentrums für Sozialpolitik mehrere Untersuchungen zur Veränderung der Sozialhilfepolitik in den USA fertiggestellt (Gebhardt/ Jacobs 1997; Gebhardt 1998, 1999).

Ein Vergleich der Sozialhilfedynamik in Deutschland mit derjenigen in *Italien* (Voges/Kazepov 1998) machte zunächst auf den stark regionalisierten bzw. kommunalisierten Charakter des italienischen Mindessicherungsprogramms (*minimo vitale*) aufmerksam. Der Vergleich von Dauer und Kontinuität des Bezuges in beiden Ländern erbrachte jedoch den Befund: Unterschiede in den lokalen Wohlfahrtsregimen üben keinen signifikanten Einfluß auf die Dynamik im Bezug sozialer Mindestsicherungsleistungen aus.

Im Zuge des Vergleichs der Sozialhilfedynamik in Deutschland und *England* (Leisering/Walker 1999) wurde auch ein analytischer Rahmen für die komparative Analyse von Sozialhilfedynamik entwickelt, der sowohl die Aspekte und Korrelate der Dynamik sozialer Problemlagen im Wohlfahrtsstaat systematisiert als auch ein Mehrebenen-Erklärungsmodell formuliert, das in vereinfachter Form auch in der Schwedenstudie (Buhr 1999) verwendet wurde. Inhaltlich bestätigten sich in Großbritannien erwartungsgemäß die Grundbefunde einer Verzeitlichung von Armut und Sozialhilfebezug. Hauptunterschied waren die erheblich höheren Bezugszeiten in Großbritannien, die teilweise auf strukturelle Unterschiede der beiden Wohlfahrtsstaaten zurückgeführt werden können, vor allem auf die geringere Ausprägung vorgeordneter, höherrangiger Sicherungssysteme in Großbritannien (Sozialversicherung).

Allerdings zeigte sich auch, daß die Verursachungsstruktur der Bezugsdynamik zu komplex ist, um auf Unterschiede zwischen ‚großen‘ Wohlfahrtstypen rückführbar zu sein. Allgemeine *Wohlfahrtsstaatstypologien* wie etwa die von Esping-Andersen (1990, 1999) erwiesen sich entsprechend als nur begrenzt brauchbar (Rieger 1998). Relativiert wurden auch solche Typologien, die speziell auf die Stellung der Sozialhilfe im Wohlfahrtsstaat (Eardley u.a. 1996) abstellen (Buhr 1997, 1999a). Die neueste Phase der armutspolitischen Entwicklung in Großbritannien konnte nur auf der Policy-Ebene untersucht werden, da sich der Datenzugang als zu schwierig erwies.

Früher als in Deutschland wurde in Großbritannien das Konzept eines aktiven Wohlfahrtsstaats vorangetrieben (Hilkert/Leisering 1999).

4.2 Bewältigungshandeln von Sozialhilfebeziehenden: Gewinnen und Verlieren im Strukturwandel der 90er Jahre (qualitatives Panel)

Die Analysen des qualitativen Panels zielten auf die Frage: Wie entstehen und verändernden sich unterschiedliche Formen des Copings (Bewältigungshandeln) im Zeitverlauf? Aus soziologischer Perspektive impliziert Coping nicht nur psychologisches und emotionales, sondern vor allem auch soziales bzw. sozioökonomisches Verarbeitungs- und Problemlösungshandeln.

Die Analyse von Sozialhilfeverläufen hinsichtlich der Herausbildung von Bewältigungsstrategien konnte zeigen, daß der Großteil der Beziehenden die unterschiedlichen subjektiven Problemlagen aktiv bewältigt und auch über die Zeit hinweg aktive Copingstrategien beibehält. Lediglich bei einigen Beziehenden reduziert sich auf den Sozialhilfeausstieg zielendes oder problemlösendes Coping auf reine Alltagsbewältigung. Objektive sowie subjektive Ausgrenzungsprozesse sind in diesen Fällen zu beobachten. Der Erwerbsbereich spielt hier eine zentrale, aber nicht die alleinige Rolle. Teilbereiche wie soziale Netzwerke und Familie bestimmen die fließenden Grenzen bzw. Übergänge zwischen Inklusion und Exklusion mit (Hagen/Niemann 1999; Leisering 1997c, 1999b).

Die empirische Arbeit führte zu einer soziologischen Spezifizierung des Copingbegriffs. Gezeigt werden konnte, daß Sozialhilfebeziehende mit unterschiedlichen, sich im Laufe der Zeit verändernden Belastungen konfrontiert sind. Bewältigung zielt auf das individuell wahrgenommene Problem und ist durch Relevanzsetzungen in der Sozialhilfe-Situation geprägt. Unterschiedliche Probleme erfordern je eigene Copingstrategien, die flexibel an die jeweilige Situation anzupassen sind und mit den (gegebenen und wahrgenommenen) Handlungsspielräumen abgestimmt werden müssen. Ziel kann die Kontrolle des Problems sein oder aber die aktive Beseitigung der Ursache für die Problemlage. Es finden sich aber auch Strategien, die auf die Vermeidung antizipierter Probleme ausgelegt sind.

In welchem Zusammenhang Copingstrategien mit strukturellen Einbindungen, Statuskonfigurationen, Geschlecht und Persönlichkeitsmerkmalen stehen, bleibt zentrales Anliegen des weiteren Untersuchungsprozesses.

Die Auswertungen des qualitativen Panels haben zu einem weiteren zentralen Ergebnis geführt. Die Mehrzahl der Befragten konnten innerhalb von zwei Jahren die Sozialhilfe verlassen. Dies bestätigt die Befunde der quantitativen Erhebungen zum hohen Anteil von Kurzzeitbeziehenden in der Sozialhilfe. Das Verlassen der Sozialhilfe wird aus institutionentheoretischer Perspektive als Erfolg bewertet, denn hiermit ist die institutionelle Erwartung an eine vorübergehende Unterstützung erfüllt. Aus subjektiver Perspektive wird ein solcher Verlauf aber nicht immer als erfolgreich wahrgenommen. Es zeigte sich, daß subjektiver Erfolg bzw. Mißerfolg auf der Basis der biographischen Orientierungen und Lebensentwürfe interpretiert werden muß. Entscheidend für die biographische Bilanzierung ist die jeweilige Statuskonfiguration der Betroffenen. Dieser Befund führt die bisherigen Ergebnisse des Projektes hinsichtlich der individuell unterschiedlichen Deutung des Langzeitbezugs fort.

Überschuldung ist ein maßgeblicher Faktor, der Armuts- und Sozialhilfekarrieren beeinflusst und Wege aus der Armut erschwert. Sie kann sowohl als „Ursache“ als auch als „Folge“ einer Armutskarriere verstanden werden. Vor diesem Hintergrund wurde beispielhaft dem Problemfeld Überschuldung in der laufenden Projektphase Aufmerksamkeit geschenkt. Im Anschluß an die früheren Projektarbeiten von Monika Ludwig zum Begriff der Armutskarriere wurde der Begriff der ‚Schuldnerkarriere‘ in die Fachdiskussion der Überschuldungsforschung eingeführt (Leisering u.a. 1999; Schwarze 1999a,b).

4.3 Sozialhilfedynamik im sozialen Wandel (Kohortenvergleich)

Für den Vergleich zweier Antragskohorten (1983 [beobachtet bis 1989] vs. 1989 [beobachtet bis 1994]) wurde ihr jeweiliger historischer und sozialstruktureller Kontext systematisch aufgearbeitet und die Analysen durch die Anwendung komplexerer multivariater Übergangsmodelle sowie Multi-Episoden-Modelle methodisch verfeinert (Weber 1996). Insgesamt bestätigte sich der Befund der letzten Phase, daß sich der soziale Wandel von den 80er zu den 90er Jahren für einzelne Problemgruppen und soziodemographische Merkmale als sehr heterogen erweist: Bezüglich verschiedener Teildimensionen der Zeitlichkeit von Sozialhilfebezug und bezüglich unterschiedlicher Untergruppen der Klientel gibt es gegenläufige Trends, wodurch sich im Gesamtbild nur wenig an Veränderung erkennen läßt (Buhr/Weber 1998a,b).

Die in enger Kooperation mit dem Teilprojekt entstandenen und vom diesem unterstützten Arbeiten von Markus Gangl (1997a,b, 1998, 1999) bestätigen anhand einer Analyse von Arbeitsausstiegen ebenfalls für beide Kohorten frühere Befunde: Mit einer komplexen Modellierung von Arbeitsmarktprozessen (*matching theory*) ließ sich weder die rational choice-Hypothese negativer Anreizwirkungen durch die Sozialhilfe infolge mangelnden Lohnabstands noch die These einer mit fortschreitendem Bezug zunehmenden Abhängigkeit der Beziehenden (*Demoralisierung, welfarization*) bestätigen. Die unterschiedlichen arbeitsmarktbezogenen Opportunitätsstrukturen in den beiden Antragskohorten hatte überraschenderweise keinen Einfluß auf Arbeitsausstiege; nur saisonale Einflüsse in beiden Kohorten waren identifizierbar.

Der weitere Stand des Vergleichs dieser zwei Antragskohorten findet sich zusammengefaßt bei Leisering und Leibfried (1999: 225-230).

4.4 Sozialhilfedynamik im Ost-West Vergleich

Strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen den neuen und den alten Bundesländern ließen sich hinsichtlich der durchschnittlichen Sozialhilfedauer finden (ausführlich Leisering/Leibfried 1999: 230-235): in beiden Teilen Deutschlands überwiegt der kurzzeitige Bezug von Sozialhilfe. Die massenhafte Ausbreitung von Diskontinuitätsverfahren im Vergleich zu Westdeutschland (insbesondere auf Grund der prekären Arbeitsmarktsituation) stellte sich aber als das Hauptproblem im ostdeutschen Transformationsprozeß heraus (Buhr/Gangl/Rentzsch 1998). Die Auswertungen der beiden Wellen der qualitativen Längsschnittstudien zeigten unterschiedliche Problemdeutungen und Bewältigungsstrategien ost- und westdeutscher Sozialhilfebeziehender. Analysen der ersten Interviews mit den ostdeutschen Sozialhilfebeziehenden ergaben, daß hier – anders als in den alten Bundesländern – wenig alternative Lebensgestaltungswünsche verwirklicht werden und die Orientierung am erwerbszentrierten Normallebenslauf auch bei Frauen ungebrochen fortbesteht. Insbesondere fallen die höheren Erwartungen an den bundesrepublikanischen Sozialstaat auf, die sich vor allem in dem Anspruch äußern, dieser solle einen arbeitsbezogenen Lebenslauf herstellen – eine Forderung, die aus strukturellen Gründen nicht universal erfüllbar ist. Solche Erwartungen knüpfen an Orientierungen an, die aus DDR-Zeiten fortleben.

Unter Einbezug der zweiten Welle des qualitativen Panels zeigte sich ebenfalls, daß DDR-spezifische Orientierungen hinsichtlich eines erwerbszentrierten Normallebenslaufs fortwirken – und zwar unabhängig von persönlichen Krisen oder von der strukturbedingten Erfahrung, daß die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt nicht durch aktives Handeln erreicht werden kann. Wird die Kluft zwischen Orientierung und Realität zu groß, so kann es zu Enttäuschungen und zu Leidenswegen kommen. Dabei wird der massenhafte Ausschluß von Menschen aus dem Arbeitsmarkt zumeist nicht als kollektives Schicksal erlebt. Vielmehr führt das Erleben von andauernder Arbeitslosigkeit oder von Abstiegsprozessen oft dazu, das eigene Schicksal als individuelles wahrzunehmen – ein Phänomen, das für Westdeutschland schon lange festgestellt wurde und sich auch in den Interviews mit westdeutschen Sozialhilfebeziehenden widerspiegelt. Die erlebten Enttäuschungen und individuellen Leidensgeschichten führten bisher aber nicht zu einer Verringerung des aktiven Bemühens, auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Bis auf wenige Ausnahmen konnte auch keine Abkehr von sozialen Netzwerken festgestellt werden.

4.5 Institutionen- und Verwaltungsanalysen

In Armutspolitik und -verwaltung werden seit Mitte der 90er Jahre Veränderungen diskutiert und teilweise auch durchgeführt, die wesentliche Befunde der dynamischen Armutforschung in Politik umsetzen und in einigen Fällen auch direkt durch sie angeregt wurden: Die Einsicht in die Dynamik von Armut legt eine ‚dynamische‘, lebensverlaufbezogene Sozialpolitik nahe; der bzw. die ‚aktive KlientIn‘ erfordert eine *aktivierende Politik* (Leisering/Walker 1998b, Leisering/Leibfried 1999: Kap. 11). Das entsprechende Modell eines aktiven bzw. aktivierenden Sozialstaats läßt sich international beobachten. Für Großbritannien (Hilkert/Leisering 1999) und Deutschland (Leisering/Buhr/Gangl 1997) konnte dieser potentiell folgenreiche Wandel der Sozialpolitik und -verwaltung, der in der Abschlußphase des Sfb im Vordergrund stehen wird, bereits in Grundzügen analysiert werden.

Die Sozialhilfe entwickelt sich von einem traditionellen Fürsorgesystem zu einer modernen, klientInnenbezogenen Dienstleistung: *vom Verwalten zum Gestalten*. Damit wird Armutspolitik zu Lebenslaufpolitik. Motor dieses Wandels sind Dienstleistungsstrategien auf der lokalen Sozialstaatsebene, während die in der öffentlichen Debatte im Vordergrund stehenden zentralstaatlichen Veränderungen durch recht-

liche Regulierungen und Setzung monetärer Anreize von geringerer Tragweite zu sein scheinen. Von besonderer Bedeutung ist die zunehmende Nutzung von Wissen als Ressource der Sozialverwaltung (Leisering 1999e), wozu auch die explizite Verwendung verlaufsbezogener Sozialhilfeanalysen in der neuesten Armutsbericht-erstattung zählt (für Groß-Gerau vgl. Hilkert 1998). In der neuen, ausstiegsorientierten Sozialhilfepolitik deuten sich Konvergenzen fiskalischer und sozialpolitischer Zielvorstellungen an.

4.6 Soziologische Theorie und Theorie der Sozialpolitik

Die Sozialhilfe ist politisch umstritten und wissenschaftlich im Kreuzfeuer. Zur Kritik ihrer (mangelnden) Effektivität kommt die Kritik ihrer Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft: sie erzeuge *disincentives* zur Erwerbsarbeit und sie untergrabe die soziale Integration, weil ihre Leistungen Alternativen zur Mitgliedschaft im Familienverband bereitstelle. Bei dieser Kritik handelt es sich zunächst um ein Problem sozialwissenschaftlicher Theorie und Methode, weil damit die Frage der Möglichkeit einer kausalen Zurechnung bestimmter Ergebnisse – unrealisiert bleibende Ziele und unbeabsichtigte Nebenfolgen – auf die jeweilige Art und Weise der *Organisation* der Sozialhilfe in den Mittelpunkt rückt.

Entsprechend wurden die verschiedenen *Wirkungen* der Sozialpolitik in entwickelten Wohlfahrtsstaaten als Bezugspunkt sozialwissenschaftlicher Forschung und Theoriebildung konzipiert (Rieger 1998). Ein Schwerpunkt lag hier auf der empirischen Untersuchung neuer Handlungsmöglichkeiten für Regierungen im Bereich der Außen- und Handelspolitik (Rieger/Leibfried 1998b; Rieger 1999a,d). Ein erster Vergleich deutscher und U.S.-amerikanischer Sozialhilfepolitik zeigte den kritischen Beitrag des Sozialhilfesystems für die Bereitschaft der Bevölkerung, sich auf die Risiken offener Weltmärkte einzulassen. Ein zweiter, zunächst mehr methodisch-theoretisch orientierter Schwerpunkt war die Rekonstruktion der Theorie der Sozialpolitik Max Webers (Rieger 1999b). Dabei steht der Entwurf einer *Handlungstheorie* im Vordergrund, die *Strukturereffekte* der Sozialpolitik erklären will. Von besonderer Bedeutung sind hier jene allokativen oder motivationalen Wirkungen der Sozialpolitik, die über ihre angestrebten Zielwirkungen hinausgehen. Diese Theorie interessiert sich nicht nur für die *Finalität* der Sozialpolitik, im Sinne der Veränderung von Lebenslagen, sondern auch für ihre *Kausalität*.

Dies eröffnet neue Möglichkeiten für die empirische Erforschung der meist negativ bewerteten Folgewirkungen einer bestimmten Sozialhilfepraxis (Rieger 1999c).

Gesellschaftstheoretisch konnte ferner gezeigt werden, daß die Dynamik im Bereich Armut und Sozialhilfe als Indikator für die spezifische Dynamik hochmoderner Gesellschaften verstanden werden kann (Leisering/Walker 1998a,c). Als ein Beitrag zur *Individualisierungsdebatte* konnte anhand der Handlungsorientierungen von Sozialhilfebeziehenden insbesondere die These von Giddens und Beck bestätigt werden, daß in hochmodernen Massengesellschaften auch in Personenkreisen, die sich in sozial beengten Lebensverhältnissen befinden, Prozesse der Individualisierung zu beobachten sind (Leisering 1997b). Besonders anschaulich wurde dieser Befund bei alleinerziehenden Frauen, die Sozialhilfe teilweise als Ressource im Rahmen einer individuellen Lebensplanung benutzen (Buhr 1998c). Auch Arme und Sozialhilfebeziehende können und müssen als Handelnde angesehen werden und haben teil an dem, was Giddens anhand der Kategorien *agency* und Reflexivität beschreibt. Insoweit es sich um eine verzeitlichte Form von Individualisierung vor dem Horizont individueller Lebensplanungen handelt, hat das Projekt auch einen Beitrag zur Lebenslaufforschung geleistet (Leisering/Leibfried 1999).

Zudem hat das Teilprojekt einen Beitrag zur Konzeptualisierung von Sozialpolitik als *Lebenslaufpolitik* geleistet (Leisering/Leibfried 1999, Kapitel 2; Leisering/Müller/Schumann 1998). Im Zuge einer wachsenden Individualisierung auch in sozialen Problemgruppen und einer gleichzeitigen Ausprägung des aktivierenden, lebenslanggestaltenden Eingreifens der Sozialpolitik wird Sozialpolitik zur Lebenslaufpolitik. Dies wurde für die lokale Sozialpolitik am Beispiel der Sozialhilfe gezeigt, aber auch für die Sozialarbeit, die sich insbesondere infolge der Entgrenzung sozialer Problemlagen von einem randgruppenorientierten Hilfesystem zu einem Instrument der Lebenslaufsteuerung entwickelt, und zwar im Hinblick auf Risiken im Lebenslauf, die auch Mitglieder der Kerngesellschaft betreffen können (Leisering 1997a).

Ferner hat das Teilprojekt einen Beitrag zur Theorie des *Sozialstaats* geleistet. Ulrich Beck hat das "individualistische Mißverständnis der Individualisierungsthese", also die Unterstellung eines freischwebenden Individuums, kritisiert und demgegenüber darauf bestanden, daß Individualisierungsprozesse durch Vorgaben "sekundärer" Institutionen bedingt sind, insbesondere durch den Wohlfahrtsstaat. Das Individualisierungstheorem wird bei Beck daher vor allem dazu benutzt, die deutsche, sozial-

staatliche Variante von Individualisierung zu beschreiben (Leisering 1997b, 1999g). Der Individualisierungsschub, den Beck im Nachkriegsdeutschland ausmacht, ist wesentlich durch die beispiellose Expansion des Sozialstaats angetrieben worden (Leisering 1999a,f). Auch die Zukunft des Projekts Sozialstaat ist mit dem weiteren Fortgang des Individualisierungsprozesses verknüpft (Leisering 1999d, vgl. auch 1997d, 1998).

Schließlich wurden Beiträge zur Diskussion über soziale Ausgrenzung (*soziale Exklusion*) geleistet. Zur Zeit der Gründung des Projekts und in seinen ersten Jahren wurden die hier untersuchten sozialen Problemlagen in der Öffentlichkeit wie in der Wissenschaft noch unter dem Stichwort ‚Armut‘ thematisiert. Seit Mitte der 90er Jahre hat jedoch der aus der europäischen Diskussion übernommene Begriff ‚soziale Ausgrenzung‘ oder ‚soziale Exklusion‘ diesen Platz eingenommen. Vor dem Hintergrund vor allem der qualitativen Ergebnisse des Teilprojekts wurde ein begriffskritischer Beitrag zu dieser Debatte geleistet (Leisering 1997c). Hinzu kam ein diskurskritischer Beitrag (Leisering 1999b), der politische und wissenschaftliche Verwendungen des Exklusionsbegriffs unterscheidet und einer kritischen Prüfung unterzieht (vgl. auch Hagen/Niemann 1999; Leisering/Leibfried 1999, Kap. 10).

Der Exklusionsbegriff ist nicht zuletzt ein Vehikel, um auf neue soziale Spaltungen und Ungleichheiten aufmerksam zu machen, die jenseits herkömmlicher Schicht- und Klassenungleichheiten an Bedeutung gewinnen. In diesem Zusammenhang wurde der aktuelle Wandel sozialer Gerechtigkeitsvorstellungen in der deutschen Gesellschaft aus der Perspektive der empirischen Gerechtigkeitsforschung analysiert (Leisering/Motel 1997; Leisering 1999c).

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge, Medienbeiträge u.a.

Ralf Bohrhardt

Arbeitslose SozialhilfeempfängerInnen – eine amorphe Masse? Diversifizierung der Zielgruppen, Strukturen und Bedarfe; Vortrag auf dem Fachgespräch des Verbandes Bremer Beschäftigungsträger zur sozialpädagogischen Arbeit mit Arbeitslosen unter dem Thema „Gesülze“ – oder effiziente Personaldienstleistung? Sozialpädagogik auf dem Prüfstand“ am 16.12.1997 in Bremen (zusammen mit Christine Hagen).

Leben in Armut – Armut im Leben. Individuelle und gesellschaftliche Dimensionen von Armut im zeitlichen Verlauf; Vortrag auf der Ferienakademie des Cusanuswerks unter dem Thema "Gemacht, gefürchtet, gesucht. Armut in Deutschland" am 5.3.1998 in Oberwesel.

Sozialfall Familie. Zur wachsenden Armut von Familien im Sozialstaat; Kurzvortrag auf den 3. Schweriner Wissenschaftstagen unter dem Thema "Armut – die Herausforderung. Welche Strategien entwickeln Wissenschaft und Politik?" am 19.6.1998 in Schwerin.

Different Welfare Systems as Contexts of Delinquency. A Comparison between Germany and the US; Vortrag auf der Fachtagung des Sonderforschungsbereiches 186 der Universität Bremen "Cross National Analysis of Societal Contexts of Delinquency: Education, Vocational Training, Entry in the Labor Market" am 9.7.1998 in Bremen.

Interview zum Thema "Arme Ausländer" in der Sendung "Daheim in der Fremde" am 19.9.1998, Radio Bremen 2.

Das doppelte Dilemma nicht-"normalfamiliärer" Lebensformen. Oder: Zur wachsenden Armut von Kindern im Wohlfahrtsstaat; Vortrag auf der Frühjahrstagung des Zentrums für Kindheits- und Jugendforschung der Universität Bielefeld unter dem Thema "Postmoderne Familienkindheit? Anforderungen, Risiken, Chancen" am 25.2.1999 in Bielefeld.

Zur Dynamik von Armut im Wohlfahrtsstaat. Institutionelle Steuerung und individuelle Handlungsstrategien; Vortrag im Rahmen des Seminars "Neuere Studien zur sozialen Ungleichheit in der Diskussion" am 14.7.1999 an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Armut in der Wohlstandsgesellschaft – wenn Lebensverhältnisse krank machen; Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Gesundheitsforum 1999. Armut im Überfluß – Gesundheit als Privileg?“ der Volkshochschule Bremen und des Senators für Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales und Umweltschutz des Landes Bremen am 12.10.1999 in Bremen (zusammen mit Annelie Keil).

Petra Buhr

Dynamik von Armut. Eine Bilanz nach zehn Jahren dynamischer Armutsforschung; Vortrag im Rahmen eines Forschungskolloquiums am 1.7.1997 an der Universität Konstanz.

"Nicht immer – aber öfter als erwartet". Arbeitsaufnahme als Weg aus der Sozialhilfe; Vortrag auf dem Kontaktseminar des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 15. bis 19.9.1997 in Bremen (zusammen mit Markus Gangl).

Ist Armut weiblich? Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen am 23.9.1997 in Bremen (zusammen mit Christine Hagen und Heike Niemann).

Armutsbetroffenheit von Frauen; Vortrag beim Bremer Frauenclub am 10.11.1997.

Dynamik von Armut – Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfe; Vortrag im Rahmen der Vorbereitungs-AG „Armut in Deutschland – Reichtum in Deutschland“ des SPD Unterbezirks Bremen-Stadt am 12.11.1997 in Bremen.

Armut in Bremen – Dauer und Bedeutung von Sozialhilfe im Leben von Menschen.; Vortrag beim SPD Ortsverein Bremen-Westend am 17.11.1997.

Längsschnittanalysen bei der Erforschung von Risiken im Lebensverlauf. Erfahrungen aus dem Sonderforschungsbereich 186; Vortrag im Rahmen der Längsschnitt-Werkstatt Berlin-Brandenburg am 8.6.1998 in Berlin (zusammen mit Gerald Prein).

Christine Hagen

Unterbrochene Erwerbskarrieren und Sozialhilfeverläufe in Ost- und Westdeutschland; Vortrag auf dem Kontaktseminar des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 15. bis 19.9.1997 in Bremen (zusammen mit Heike Niemann und Johanna Mierendorff).

Ist Armut weiblich?; Vortrag auf einer Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Bremen am 23.9.1997 (zusammen mit Petra Buhr und Heike Niemann).

Arbeitslose SozialhilfeempfängerInnen – eine amorphe Masse? Diversifizierung der Zielgruppen, Strukturen und Bedarfe; Vortrag auf dem Fachgespräch des Verbandes Bremer Beschäftigungsträger zur sozialpädagogischen Arbeit mit Arbeitslosen unter dem Thema "„Gesülze“ – oder effiziente Personaldienstleistung? Sozialpädagogik auf dem Prüfstand" am 16.12.1997 in Bremen (zusammen mit Ralf Bohrhardt).

Frauen und Armut; Vortrag im Rahmen der 10. Bremerhavener Frauenwoche am 10.3.1998 (zusammen mit Heike Niemann).

Dynamische Armutsforschung; Vortrag im Rahmen der Fachtagung "Armut in den Kommunen" – Sozialberichterstattung als Instrument einer sozialen Großstadtstrategie am 24.4.1998 in Köln (zusammen mit Bernhard Hilbert).

Sozialhilfebezug als Indikator für soziale Ausgrenzung? Befunde einer qualitativen Längsschnittuntersuchung; Vortrag auf der Herbstkonferenz des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung und der Längsschnittwerkstatt Berlin-Brandenburg "Polarisierung von Berufs- und Lebenschancen. Bekommt Deutschland seine 'underclass'?" vom 30. September bis 2.10.1998 in Berlin (zusammen mit Heike Niemann).

Stephan Leibfried

Globalization and the Welfare State; Walter Friedländer-Memorial Lecture, University of California, School of Social Welfare, Berkeley, CA, USA, 21.4.1997.

European Integration and National Welfare States; Vortrag am Center for Advanced Studies in the Behavioral Sciences, Stanford, CA, USA, 22.5.1997.

Weltmarkt und Wohlfahrtsstaat; Vortrag auf dem Kolloquium aus Anlaß der Emeritierung von Franz-Xaver Kaufmann unter dem Thema „Soziologie und Sozialpolitik“, Zentrum für interdisziplinäre Forschung, Universität Bielefeld, 9.10.1997.

Weltmarkt und Wohlfahrtsstaat; Eröffnungsvortrag am Wissenschaftskolleg zu Berlin am 28.10.1997 in Berlin.

Management of Welfare, Co-Referat auf der Konferenz des Großbritannienzentrums „The Future of the Welfare State: British and German Perspective“ an der Humboldt-Universität zu Berlin vom 17. bis 18.11.1997.

Der Wohlfahrtsstaat zwischen 'Integration' und 'Desintegration': Europäische Union, nationale Sozialpolitiken und Globalisierung; Vortrag am Europäischen Zentrum für Staatswissenschaften und Staatspraxis in Berlin am 3.12.1997.

Social Limits of Globalization; European Social Policy; Vorträge auf der Tagung des Remarque Institutes „The New Political Economy and the Welfare State“ an der New York University in New York City, USA, vom 30. bis 31.1.1998.

Sozialhilfe und 'Globalisierung': Die nationale politische Thematisierung von Sozial(hilfe-) Politik in Deutschland und den USA; Vortrag auf dem Kolloquium des DFG-Schwerpunkts „Regulierung und Restrukturierung der Arbeit in den Spannungsfeldern von Globalisierung und Dezentralisierung“ an der Universität Erlangen vom 6. bis 7.2.1998.

Globalisation and the Welfare States; Vortrag auf der Bath Easter School, European Research Institute, University of Bath, England, am 14.4.1998.

Women, Labour Market Participation, and the Welfare State in Germany and the EU; Kommentar zum Vortrag von Mary Daly auf der Konferenz des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung: "The Adjustment of National Employment and Social Policy to Economic Internationalization" auf Schloß Ringberg vom 17. bis 20.2.1999.

Interview über den Sfb 186 anläßlich der Bilanz zur DFG-Jahrestagung in Bremen in der Sendung "Wissenschaft im Fallturm" am 27.6.1999, Radio Bremen 2 und 3.

Time and Poverty: Towards a New Picture of Poverty and Social Exclusion; Vortrag auf der 2. Konferenz des Economic and Social Research Committee an der University of Bristol vom 1. bis 3.7.1999.

Lutz Leisering

Was ist neu an den sich derzeit entwickelnden Ungleichheitsformen? Vortrag auf der Tagung der Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Hamburg vom 21. bis 22.3.1997.

Armut in Deutschland. Neue Strategien braucht das Land; Interview für „Der Artikulator“, abgedruckt in Ausgabe Nr. 58, 1997, S. 20-22.

Individualisierung sozialer Ungleichheit; Vortrag im Rahmen der Sfb-Werkstatt, Universität Bremen, am 7.4.1997.

Wege aus der Schuldenfalle. Ergebnisse einer soziologischen Studie; Vortrag vor dem Förderverein Schuldenberatung am 18.4.1997 in Bremen.

Sozialpolitik als Wissenschaft – Ansätze aus soziologischer Perspektive; Vortrag im Rahmen der Reihe "Bausteine für eine Theorie der Sozialpolitik – Ansätze aus unterschiedlichen Disziplinen", des Zentrums für Sozialpolitik der Universität Bremen am 4.6.1997.

Times of Poverty – Life Courses in the Welfare State; Vortrag auf dem Europäischen Soziologentag vom 27. bis 30.8.1997 in Colchester, England.

Requisites of a New Generational Contract; Vortrag auf der Tagung "The Future of the Welfare State – British and German Perspectives" vom 17. bis 18.11.1997 an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Time and Agency in the Study of Social Exclusion; Vortrag am Norwegian Trade Union Center for Social Science and Research (FAFO) am 4.3.1998 in Oslo.

Folgen des Wohlfahrtsstaats – zum Verhältnis von Wohlfahrtsstaat und Sozialstruktur; Vortrag an der Universität-Gesamthochschule Kassel am 22.5.1998.

Herausforderungen des Sozialstaats – Deutungen der aktuellen Sozialstaatskrise; Vortrag auf der Tagung "Aufstieg und Fall des Sozialstaates. Oder: Wie der Sozialstaat zum Fall wurde" der Evangelischen Akademie Loccum vom 5. bis 7.6.1998.

Exklusion, underclass, Polarisierung – eine soziologische Sondierung; Vortrag auf der Herbstkonferenz des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung und der Längsschnittwerkstatt Berlin-Brandenburg "Polarisierung von Berufs- und Lebenschancen. Bekommt Deutschland seine 'underclass'?" vom 30.9. bis 2.10.1998 in Berlin.

Steuerungsphilosophien in der Sozialhilfe; Vortrag auf der Tagung "Sozialhilfe effektiv steuern – zwischen Wunsch und Wirklichkeit" des PROSOZ-Instituts Herten vom 6. bis 8.10.1998 in Herten.

Kulturen des Wissens – zur Theorie-Praxis-Relation in der kommunalen Sozialpolitik; Vortrag an der Universität-Gesamthochschule Duisburg am 11.12.1998.

Wohlfahrtsstaat und Individualisierung; Vortrag an der Universität Trier am 18.1.1999.

Der Sozialstaat in der "zweiten Moderne". Ambivalenzen und Zukunftsperspektiven des neuzeitlichen Individualisierungsprozesses; Vortrag auf der Tagung "Der Sozialstaat zwischen 'Markt' und 'Hedonismus'?" vom 24. bis 26.2.1999 an der Katholischen Universität Eichstätt.

Heike Niemann

Unterbrochene Erwerbskarrieren und Sozialhilfeverläufe in Ost- und Westdeutschland; Vortrag auf dem Kontaktseminar des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 15. bis 19.9.1997 in Bremen (zusammen mit Christine Hagen und Johanna Mierendorff).

Ist Armut weiblich?; Vortrag auf einer Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Bremen am 23.9.1997 (zusammen mit Petra Buhr und Christine Hagen).

Frauen und Armut; Vortrag im Rahmen der 10. Bremerhavener Frauenwoche am 10.3.1998 (zusammen mit Christine Hagen).

Sozialhilfebezug als Indikator für soziale Ausgrenzung? Befunde einer qualitativen Längsschnittuntersuchung; Vortrag auf der Herbstkonferenz des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung und der Längsschnittwerkstatt Berlin-Brandenburg "Polarisierung von Berufs- und Lebenschancen. Bekommt Deutschland seine 'underclass'?" vom 30.9. bis 2.10.1998 in Berlin (zusammen mit Christine Hagen).

Elmar Rieger

Zur Notwendigkeit einer Reform des EU-Vertrags; Vortrag anlässlich einer deutsch-französischen Initiative zur Vorbereitung der EU-Regierungskonferenz im Februar 1999, veranstaltet von Notre Europe (Jacques Delors Forschungsinstitut) im Oktober 1998.

Wolfgang Voges

The Evaluation of Income Support Policies at the Local Urban Level: Theoretical and Methodological Issues; Vortrag auf dem 33. Weltkongress für Soziologie vom 7.-11.7.1997 in Köln (zusammen mit Chiara Saraceno).

Statistische Grundlagen der Analyse von Sozialhilfeverläufen; Vortrag im Rahmen des Seminars "Armutskarrieren in Bremen und Südtirol" des Amtes für Senioren und Sozialspengel vom 12. bis 13.6.1997 in Bozen (zusammen mit Rolf Müller).

Die gesellschaftliche Bedeutung von Armut; Vortragsreihe im Rahmen der Villigster Sommeruniversität vom 25.-29.8.1997 in Villigst (zusammen mit Andreas Weber).

5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

Über Vorträge auf herausgehobenen Kongressen und Konferenzen für Soziologie im In- und Ausland hat sich das Teilprojekt mit seinen Ergebnissen der Kritik gestellt und zur Weiterführung des Fachdiskurses beigetragen (siehe unter 5.1; vgl. u.a. Buhr/Leisering/ Leibfried 1997, Leisering 1997c). Das Teilprojekt diente ferner als Modell für weitere Studien – z.T. im Ausland (Stelzer-Orthofer 1997), z.T. auch auf gesamt-europäischer Ebene (ESOP 1998). Das Teilprojekt ist darüberhinaus auch von der Sozialverwaltung in seiner Bedeutung für die Neugestaltung der Praxis gewürdigt worden (Nahr 1999) und hat zur Fortbildung im Rahmen des IAB-Kontaktseminars mit zwei Vorträgen beigetragen (siehe unter 5.1; vgl. Buhr/Gangl/Rentzsch 1998).

5.3 Politikberatung

Petra Buhr: Mitglied der sozialpolitischen Grundsatzkommission der SPD (1997); Stellungnahme als Expertin vor der Kinderkommission des Deutschen Bundestages (1997); *Lutz Leisering*: Mitglied der Grundsicherungskommission der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen (1997); Mitglied der Rentenkommission der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen (1997, 1999); Mitglied der Kommission "Arbeit für alle – neue Initiativen der Beschäftigungsförderung" der CDU-Bundestagsfraktion (1997); Sozialpolitischer Berater der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen (1999); Berater des Sozialsenators, Land Bremen; *Stephan Leibfried*: Beratungstätigkeit innerhalb der Bremer Sozialverwaltung und im Bereich der Bundesverwaltung in Sachen Sozialhilfe reform und Armutsberichterstattung.

6. Schriften

6.1 Veröffentlichungen

- Bohrhardt, Ralf (1999): Das Doppelte Dilemma nicht-"normalfamiliärer" Lebensformen. Oder: Zur wachsenden Armut von Kindern im Wohlfahrtsstaat, in: Angelika Engelbert, Alois Herlth, Jürgen Mansel und Christian Palentien (Hrsg.), "Postmoderne" Familienkindheit? Anforderungen, Risiken, Chancen, Opladen: Leske + Budrich (im Erscheinen).
- Bohrhardt, Ralf und Stephan Leibfried (1999a): Child Poverty Dynamics: Germany versus the USA. Welfare Receipt of Families with Single or Unemployed Parents, Arbeitspapier des Sonderforschungsbereichs 186, Bremen: Universität Bremen (im Erscheinen).
- Bohrhardt, Ralf und Stephan Leibfried (1999b): Kinderarmut, in: Brockhaus Enzyklopädie, Jahrbuch 1998, Leipzig/Mannheim: Brockhaus, S. 191.
- Büchel, Felix, Joachim Frick und Wolfgang Voges (1997): Der Sozialhilfebezug von Zuwanderern in Westdeutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 49, S. 272-290.
- Buhr, Petra (1997): Sozialhilfe im internationalen Vergleich. Ein Rezensionessay, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 77, 12, S. 384-390.
- Buhr, Petra (1998a): Armut durch Kinder – zur Logik der Benachteiligung von Familienarbeit im Sozialstaat, in: Andreas Netzler, Michael Opielka (Hrsg.), Neubewertung der Familienarbeit in der Sozialpolitik, Opladen: Leske + Budrich, S. 71-83.
- Buhr, Petra (1998b): Armut im Wunderland? Wege in die und aus der Sozialhilfe in Schweden und Deutschland, Arbeitspapier Nr. 51 des Sonderforschungsbereichs 186, Bremen: Universität Bremen.

- Buhr, Petra (1998c): Armutskarrieren von Frauen, in: Lisa Böckmann-Schewe und Anne Röhrig (Hrsg.), *Frauen und Armut in Deutschland. Dokumentation der Tagung vom 21./22. November 1996*, Berlin: Berlin-Brandenburg Institut für Sozialforschung und sozialwissenschaftliche Praxis e.V., S. 17-26.
- Buhr, Petra (1998d): Übergangsphase oder Teufelskreis? Dauer und Folgen von Armut bei Kindern, in: Andreas Klocke und Klaus Hurrelmann (Hrsg.), *Kinder und Jugendliche in Armut*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 72-86.
- Buhr, Petra (1998e): Verschwimmende Grenzen. Wo fängt Armut an und wann hört sie auf?, in: Frank Hillebrandt, Georg Kneer und Klaus Kraemer (Hrsg.), *Verlust der Sicherheit? Lebensstile zwischen Multioptionalität und Knappheit*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 26-51.
- Buhr, Petra (1998f): Zur Dynamik von Armut – Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug, in: Prosoz Institut Hertens, Verein für Sozialplanung (Hrsg.), *Kostenexplosion in der Hilfe zum Lebensunterhalt. Politische und administrative Lösungswege*, Hertens: Prosoz Institut (VSOP -Dokumentation Nr. 5), S. 19-28.
- Buhr, Petra (1999a): Social Assistance in OECD Countries. Volume I: Synthesis Report; Volume II: Country Reports. A study carried out on behalf of the Department of Social Security and the OECD by the Social Policy Research Unit. Tony Eardley, Jonathan Bradshaw, John Ditch, Ian Gough, Peter Whiteford (Review essay), in: *European Sociological Review*, 15, S. 125-134.
- Buhr, Petra (1999b): Vorbild Schweden? Armut und Sozialhilfe in unterschiedlichen Wohlfahrtsstaaten, in: *Leviathan*, 27, S. 218-237.
- Buhr, Petra und Lutz Leisering (1997): Stichwort "Armutsdynamik", in: *Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge* (Hrsg.), *Fachlexikon der sozialen Arbeit*, Vierte vollständig überarbeitete Auflage, Frankfurt a.M.: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, S. 75.
- Buhr, Petra und Andreas Weber (1998a): Long-term Reciprocity of Social Assistance in Germany: the Eighties versus the Nineties, in: Hans-Jürgen Andreß (Hrsg.), *Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective*, Aldershot usw.: Ashgate, S. 315-329.
- Buhr, Petra und Andreas Weber (1998b): Social Assistance and Social Change in Germany, in: Lutz Leisering und Robert Walker (Hrsg.), 1998, S. 183-198.
- Buhr, Petra, Markus Gangl und Doris Rentzsch (1998): Wege aus der Sozialhilfe – Wege in den Arbeitsmarkt? Chancen zur Überwindung des Sozialhilfebezuges in Ost- und Westdeutschland, in: Walter R. Heinz, Werner Dressel, Dieter Blaschke und Gerhard Engelbrech (Hrsg.), *Was prägt Berufsbiographien? Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik*, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 215), S. 219-316.

- Buhr, Petra, Lutz Leisering und Stephan Leibfried (1997): Armutsbilder zwischen Statik und Dynamik – Empirische Sozialpolitikforschung als soziologisches Lehrstück, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.), *Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1996 in Dresden, Bd. II: Sektionen, Arbeitsgruppen, Roren, Fedor-Stepun-Tagung*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 867-870.
- Gangl, Markus (1997a): Der Arbeitsmarkt als Weg aus der Sozialhilfe. Eine empirische Analyse auf der Grundlage der Bremer Längsschnitt-Stichprobe von Sozialhilfeakten, Arbeitspapier Nr. 47 des Sonderforschungsbereichs 186, Bremen: Universität Bremen.
- Gangl, Markus (1998): Sozialhilfebezug und Arbeitsmarktverhalten. Eine Längsschnittanalyse der Übergänge aus der Sozialhilfe in den Arbeitsmarkt, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 27, S. 212-232.
- Gangl, Markus (1999): Arbeitsmarktchancen von Sozialhilfebeziehern in West- und Ostdeutschland, in: Felix Büchel, Martin Diewald, Peter Krause, Antje Mertens und Heike Solga (Hrsg.), *Zwischen drinnen und draußen. Soziale Ausgrenzung am deutschen Arbeitsmarkt*, Opladen: Leske + Budrich (im Erscheinen).
- Gebhardt, Thomas (1998) (ZeS): Arbeit gegen Armut. Die Reform der Sozialhilfe in den USA, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gebhardt, Thomas und Herbert Jacobs (1997) (ZeS): Amerikanische Verhältnisse? Sozialhilfe in den USA und in Deutschland: Ein Vergleich aus historischer, institutioneller und rechtlicher Perspektive, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, 43, S. 597-634.
- Gustafsson, Björn und Wolfgang Voges (1998): Contrasting Welfare Dynamics: Germany and Sweden, in: Lutz Leisering und Robert Walker (Hrsg.), 1998, S. 243-261.
- Hagen, Christine und Heike Niemann (1999): "Arbeit könnte da ´ne ganze Menge helfen..." Schattierungen sozialer Ausgrenzung im qualitativen Längsschnitt, in: Felix Büchel, Martin Diewald, Peter Krause, Antje Mertens und Heike Solga (Hrsg.), *Zwischen drinnen und draußen. Soziale Ausgrenzung am deutschen Arbeitsmarkt*, Opladen: Leske + Budrich (im Erscheinen).
- Leibfried, Stephan (1997a): Welfare in der Systemkonkurrenz, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 42, S. 1184-1187.
- Leibfried, Stephan (1997b): Der Wohlfahrtsstaat zwischen "Integration" und "Desintegration": Europäische Union, nationale Sozialpolitiken und Globalisierung", *ZeS-Arbeitspapier Nr. 15/97*, Bremen: Zentrum für Sozialpolitik
- Leibfried, Stephan (1998a): Die soziale Dimension der europäischen Integration, in: Hans Pfaffenberger und Franz Hamburger (Hrsg.), *Studien zur Vergleichenden Sozialpolitik und Internationalen Sozialarbeit*, 18, S. 27-46
- Leibfried, Stephan (1998b): Sozialstaat am Scheideweg. Über innere und äußere Gründe des Verhaltens wohlfahrtsstaatlicher Arrangements, in: *Soziologische Revue*, 21, S. 427-438.

- Leibfried, Stephan (1999): Nationaler Wohlfahrtsstaat, Europäische Union und "Globalisierung". Erste Annäherungen, in: Jutta Allmendinger und Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Hrsg.), *Soziologie des Sozialstaates*, München: Juventa (im Erscheinen).
- Leibfried, Stephan und Paul Pierson (1997a): Halbsouveräne Wohlfahrtsstaaten. Soziale Sicherung in der europäischen Mehrebenen-Politik, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 42, S. 1457-1467.
- Leibfried, Stephan und Paul Pierson (1997b): Die soziale Dimension im Mehr-Ebenen-System der Europäischen Union, in: Hans-Wolfgang Platzer (Hrsg.), *Sozialstaatliche Entwicklung in Europa und die Sozialpolitik der Europäischen Union: Die soziale Dimension im EU- Reformprogramm*, Baden-Baden: Nomos, S. 77-92.
- Leibfried, Stephan und Paul Pierson (1998a): Etats Providence semi-souverains élaborer des politiques sociales dans une Europe multi-niveaux, in: dies. (Hrsg.), *Les Politiques Sociales Europeennes. Entre integration et fragmentation*, Paris: L'Harmattan, S.47-87.
- Leibfried, Stephan und Paul Pierson (1998b): Halbsouveräne Wohlfahrtsstaaten: der Sozialstaat in der Europäischen Mehrebenen-Politik, in: dies. (Hrsg.), *Standort Europa. Europäische Sozialpolitik*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 58-99.
- Leibfried, Stephan und Paul Pierson (1999): *Social Policy*, in: Helen und William Wallace (Hrsg.), *Policy-Making in the European Union*, 4. Aufl., Oxford: Oxford University Press (im Erscheinen).
- Leibfried, Stephan, Rainer Müller, Winfried Schmähl und Manfred G. Schmidt (1998): Thesen zur Sozialpolitik in Deutschland, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, 44, 8, S. 525-569 (zuerst erschienen als ZeS-Arbeitspapier Nr.5/98).
- Leisering, Lutz (1997a): Identitätsprobleme der Sozialarbeit – Folgen sozialer "Entgrenzung" von Armut, in: Hans-Uwe Otto und Siegfried Müller (Hrsg.), *Armut im Sozialstaat. Gesellschaftliche Analysen und sozialpolitische Konsequenzen*, Darmstadt/Neuwied: Luchterhand, S. 245-264.
- Leisering, Lutz (1997b): Individualisierung und "sekundäre Institutionen" – der Sozialstaat als Voraussetzung des modernen Individuums, in: Ulrich Beck und Peter Sopp (Hrsg.), *Individualisierung und Integration. Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus?*, Opladen: Leske und Budrich, S. 143-159.
- Leisering, Lutz (1997c): "Soziale Ausgrenzung" – zur handlungstheoretischen Fundierung eines aktuellen sozialpolitischen Diskurses, in: Stefan Hradil (Hrsg.), *Differenz und Integration, Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden, 7.-11.10.1996*, Frankfurt/New York: Campus, S. 1039-1053.
- Leisering, Lutz (1997d): Wohlfahrtsstaatliche Dynamik als Wertproblem, in: Karl Gabriel, Alois Herlth und Karl-Peter Strohmeier (Hrsg.), *Modernität und Solidarität, Festschrift für Franz-Xaver Kaufmann*, Freiburg i.Br.: Herder, S. 251-273.
- Leisering, Lutz (1998): Sozialstaat und Individualisierung, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), *Die Individualisierungs-These*, Opladen: Leske + Budrich, S. 65-78.
- Leisering, Lutz (1999a): Der deutsche Sozialstaat, in: Everhard Holtmann (Hrsg.), *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag (im Erscheinen).

- Leisering, Lutz (1999b): "Exklusion" – eine soziologische Sondierung, in: Felix Büchel, Martin Diewald, Peter Krause, Antje Mertens und Heike Solga (Hrsg.), *Zwischen drinnen und draußen – Soziale Ausgrenzung am deutschen Arbeitsmarkt*, Opladen: Leske und Budrich (im Erscheinen).
- Leisering, Lutz (1999c): Eine Frage der Gerechtigkeit – Armut und Reichtum in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte, B18/99, 30. April, S. 10-17.
- Leisering, Lutz (1999d): Der Sozialstaat in der "zweiten Moderne". Ambivalenzen und Zukunftsperspektiven des neuzeitlichen Individualisierungsprozesses, in: Siegfried Lamnek (Hrsg.), *Der Sozialstaat zwischen ‚Markt‘ und ‚Hedonismus‘?*, Opladen: Leske und Budrich, S. 75-92.
- Leisering, Lutz (1999e): Wissenskulturen im lokalen Sozialstaat. Wissen als Steuerungsressource in der Reform der Sozialhilfeverwaltung, in: Heiner Brülle und Claus Reis (Hrsg.), *Sozialhilfe effektiv steuern – zwischen Wunsch und Wirklichkeit*, Neuwied: Luchterhand (im Erscheinen).
- Leisering, Lutz (1999f): The German Welfare Regime, in: Pete Alcock und Gary Craig (Hrsg.), *International Social Policy: Welfare Regimes in the Developed World*, London: Macmillan (im Erscheinen).
- Leisering, Lutz (1999g): Herausforderungen des Sozialstaats – Deutungen der aktuellen Sozialstaatskrise, in: Jörg Calließ (Hg.), *Aufstieg und Fall des Sozialstaates. Oder: Wie der Sozialstaat zum Fall wurde*. Loccumer Protokolle 24/98, S. 120-140.
- Leisering, Lutz und Petra Buhr (1997): Artikel "Armutsdynamik", in: *Fachlexikon der sozialen Arbeit*, 4. überarb. A., Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.), Frankfurt a.M.: Eigenverlag, S. 75.
- Leisering, Lutz und Stephan Leibfried (1999): *Time and Poverty in Western Welfare States. United Germany in Perspective*, Cambridge: Cambridge University Press (im Erscheinen).
- Leisering, Lutz und Andreas Motel (1997): Voraussetzungen eines neuen Generationenvertrags, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 42, S. 1213-1224.
- Leisering, Lutz und Wolfgang Voges (1997): Secondary Poverty in the Welfare State. Do Social Security Institutions Create Their Own Clients? An Application of Longitudinal Analysis, in: Nico Keilman, Jan Lyngstad, Hilde Bojer und Ib Thomsen (Hrsg.), *Poverty and Economic Inequality in Industrialized Western Countries*, Oslo: Scandinavian University Press, S. 205-232.
- Leisering, Lutz und Robert Walker (Hrsg.) (1998a): *The Dynamics of Modern Society. Policy, Poverty and Welfare*, London: Policy Press.
- Leisering, Lutz und Robert Walker (1998b): Making the Future: From Dynamics to Policy Agendas, in: dies. (Hrsg.), S. 265-285.
- Leisering, Lutz und Robert Walker (1998c): *New Realities: The Dynamics of Modernity*, in: dies. (Hrsg.), S. 3-16.
- Leisering, Lutz, Petra Buhr und Markus Gangl (1997): Kleine Revolution, in: *Die Mitbestimmung* 43, S. 39-42.

- Leisering, Lutz, Stephan Leibfried, Petra Buhr und Markus Gangl (1997): Wege uit de sociale bijstand: mythen, vaststellingen en mogelijkheden, in: Jan Vranken, Dirk Geldorf und Gerard van Menxel (Hrsg.), Armoede en sociale uitsluiting. Jaarboek 1997, Leuven/Amersfoort: Acco, S. 273-286.
- Leisering, Lutz, Monika Ludwig, Ute Traiser und Uwe Schwarze (1999): Wege aus der Schuldenfalle. Eine soziologische Untersuchung von Schuldnerkarrieren, München: Oldenbourg (in Vorbereitung).
- Prein, Gerald und Petra Buhr (1998): Does welfare lead to dependency? Effectiveness and undesirable side-effects of welfare institutions, in: Gabi Flösser und Hans-Uwe Otto (Hrsg.), Towards more democracy in social services. Models of culture and welfare, Berlin/New York: de Gruyter, S. 75-89.
- Rieger, Elmar (1998): Soziologische Theorie und Sozialpolitik im entwickelten Wohlfahrtsstaat, in: Stephan Lessenich und Ilona Ostner (Hrsg.), Welten des Wohlfahrtskapitalismus, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 59-89.
- Rieger, Elmar (1999a): Global Capitalism and the Politics of Social Policy Reform in Germany and the United States, Working Paper, Washington: American Institute for Contemporary German Studies (im Erscheinen).
- Rieger, Elmar (1999b): Zur "Theorie" der Sozialpolitik und des Wohlfahrtsstaats. Der Beitrag Max Webers, Arbeitspapier 14/99 des Zentrums für Sozialpolitik, Bremen: Universität Bremen.
- Rieger, Elmar (1999c): Die Realitäten der Armuts- und Sozialhilfepolitik. Zur Empirie und Theorie sozialwissenschaftlicher Forschung, Arbeitspapier des Sonderforschungsbereiches 186, Bremen: Universität Bremen (im Erscheinen).
- Rieger, Elmar und Stephan Leibfried (1997): Die sozialpolitischen Grenzen der Globalisierung, in: Politische Vierteljahresschrift, 38, S. 771-796.
- Rieger, Elmar und Stephan Leibfried (1998a): Wirtschaftliche Globalisierung und Sozialpolitik – Zur Analyse einer Wechselbeziehung am Beispiel der USA, sfb(186)-report, Nr. 7, S. 1-10.
- Rieger, Elmar und Stephan Leibfried (1998b): Welfare State Limits to Globalization, in: Politics & Society, 26, S. 363-390.
- Rieger, Elmar und Stephan Leibfried (1999): Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik in Ostasien. Der Einfluß von Religion im Kulturvergleich, in: Gert Schmidt und Rainer Trinczek (Hrsg.), Globalisierung. Ökonomische und soziale Herausforderungen am Ende des 20. Jahrhunderts (Sonderband 13 der Sozialen Welt), Baden-Baden: Nomos, S. 407-493 (im Erscheinen).
- Schwarze, Uwe (1999a): Die Schuldnerberatung in unterschiedlichen Verläufen von Schuldnerkarrieren. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung mit Folgerungen für Beratungspraxis und Verbraucherinsolvenzverfahren, in: Informationen – Informationsdienst der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung, 14, 2, S. 40-55.
- Schwarze, Uwe (1999b): Schuldnerkarrieren: Institutionelle Problembearbeitung zwischen Sozialberatung und Finanzmanagement. Ergebnisse einer empirischen Analyse zu Wegen aus Armut und privater Überschuldung, Arbeitspapier des Sonderforschungsbereiches 186, Bremen: Universität Bremen (im Erscheinen).

- Schwarze, Uwe (1999c): Familienbiographie und Überschuldung: Grundlagen der Schuldnerberatung mit Familien, in: Kinderschutz aktuell, 8/99 (im Erscheinen).
- Schwarze, Uwe und Stephan Leibfried (1999): Sozialhilfe, in: Brockhaus Enzyklopädie, Jahrbuch 1998, Leipzig/Mannheim: Brockhaus, S. 303-304.
- Voges, Wolfgang und Andreas Farwick (1997): Wohnquartier und Sozialhilfebedürftigkeit. Zum Einfluß von Nachbarschaften auf Armutsdynamiken, in: Sfb (186)-report Nr. 6, S. 11-16.
- Voges, Wolfgang und Yuri Kazepov (1998): Welfare Regimes and Welfare Use. Social Assistance Patterns as an Outcome of Minimum Income Support Policies in German and Italian Cities, Arbeitspapier Nr. 52 des Sonderforschungsbereiches 186, Bremen: Universität Bremen.
- Voges, Wolfgang und Andreas Weber (1997): Sozialhilfe im Strukturwandel. Auswirkungen von Zuwanderung, Arbeitsmarkt und gewandelten Haushaltsstrukturen, in: Irene Becker und Richard Hauser (Hrsg.), Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfüntel-Gesellschaft?, Frankfurt/New York: Campus, S. 135-159.
- Voges, Wolfgang, Björn Gustafsson und Nikolei Steinhage (1999): Immigration and Welfare Use. Social Assistance as Integration Support in Germany and Sweden, Arbeitspapier des Sonderforschungsbereiches 186, Bremen: Universität Bremen (im Erscheinen).
- Walker, Robert and Lutz Leisering (1998): New Tools: Towards a Dynamic Science of Modern Society, in: Leisering/Walker 1998a, S. 17-33.
- Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung (mit Stephan Leibfried, Frider Meyer-Krahmer, Martin Baethge u.a.) (1998): Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg, Bonn: Dietz.
- Zwick, Michael M. (1997): "panta rhei". Fluktuation und Strukturwandel der Sozialhilfeklientel, in: Siegfried Müller und Ulrich Otto (Hrsg.), Armut im Sozialstaat. Gesellschaftliche Analysen und sozialpolitische Konsequenzen, Neuwied: Luchterhand, S. 49-94.

6.2 Unveröffentlichte Manuskripte

- Gangl, Markus (1997b): Der Arbeitsmarkt als Abgangschance aus dem Sozialhilfebezug. Individuelle und strukturelle Determinanten in dynamischer Sicht, Diplomarbeit, Universität Mannheim: Fakultät für Sozialwissenschaften.
- Gebhardt, Thomas (1999) (ZeS): Von den USA lernen? Neue Ansätze zur Arbeitsmarktintegration von Sozialhilfeempfängern, Abschlußbericht, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Hilkert, Bernhard und Lutz Leisering (1999): Umdenken in der Sozialhilfe in Großbritannien – Tony Blairs "New Deal". Abschlußbericht für die Anglo-German Foundation, Bremen: Universität Bremen.
- Jürgens, Olaf (1998): Sozialhilfedynamik von 'able bodied' in Deutschland, Italien und Schweden, Diplomarbeit, Universität Bremen: Studiengang Soziologie.

Teilprojekt D3
Leibfried/Leisering u.a.

- Leisering, Lutz und Robert Walker (1999): *Social Assistance Dynamics: Anglo-German Similarities and Disparities*, revised draft, Bremen: Universität Bremen und Loughborough: University of Loughborough.
- Rieger, Elmar (1999d): *Welfare State Institutions, Trade and Economic Performance in Historical Perspective*, unv. Ms., Florenz: Europäisches Hochschulinstitut.
- Schumann, Karl, Lutz Leisering und Rainer Müller (1998): *Institutionenpolitik und Lebenslauf*, unv. Ms., Bremen: Universität Bremen.
- Weber, Andreas (1996): *Sozialhilfe im Sozialstrukturellen Wandel. Sozialhilfeempfänger in den 80er Jahren*, Dissertation, Bremen: Universität Bremen [im Bericht zur III. Phase nicht enthalten; siehe Pkt. 3].

Teilprojekt YE2

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojektes YE2

Thema: „Sozialhilfedynamik in den neuen Bundesländern“

Beteiligte Wissenschaftler(innen):

Prof. Dr. Thomas Olk (GA) Projektleiter

Dr. Johanna Mierendorff (EA)

Dr. Doris Rentzsch (EA)

Projektlaufzeit: 1997-1998

Inhalt

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung
3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen
4. Ergebnisse
 - Ergebnis 1
 - Ergebnis 2
 - Ergebnis 3
 - Ergebnis 4
 - Ergebnis 5
 - Ergebnis 6
5. Vorträge und andere Außenaktivitäten
6. Publikationen

1. Zusammenfassung

Im Forschungsprojekt werden Prozesse sozialer Transformation in den neuen Bundesländern unter dem Aspekt damit einhergehender sozialer Ungleichheit und Armut untersucht. Erstens wurde untersucht, wie sich im fortschreitenden Einigungsprozeß eine Bevölkerungsgruppe formiert und differenziert, die staatlicher Unterstützung durch Sozialhilfe bedarf. Zweitens wurde analysiert, ob und wie sich individuelle Orientierungen und Handlungsstrategien von Sozialhilfeempfänger(inne)n im Zeitverlauf verändern. In Verbindung mit dem Teilprojekt D3 wurde ein Ost-West-Vergleich durchgeführt.

Die Ergebnisse der Projektarbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Zum quantitativ untersuchten Teil (Aktanalyse):

1. Mit Richtung des weiteren Transformationsverlaufs wurde die Datenausgangsbasis für Kohortenanalysen ostdeutscher Sozialhilfeempfänger um zwei Jahrgänge erweitert und damit empirische Voraussetzungen dafür geschaffen, daß insgesamt vier Sozialhilfejahrgänge im Verlaufe von 58 Monaten im Längsschnitt untersucht werden können.

2. Die begonnene Auswertung der Längsschnittdaten lieferte sowohl Informationen über die sozio-demographischen, ursächlichen und zeitdynamischen Kohortenstrukturen der zwei neuerhobenen halleischen Sozialhilfejahrgänge (1992, 1993), als auch Hinweise auf Kohortenbesonderheiten und erste Anhaltspunkte für Entwicklungstrends im Rahmen der insgesamt erhobenen vier halleischen Sozialhilfejahrgänge (1990, 1991, 1992, 1993).

Zur qualitativen Befragung (Panel):

Etwa die Hälfte der in der ersten Welle des qualitativen Panels befragten Interviewpartner(innen) wurden erneut hinsichtlich des weiteren Sozialhilfeverlaufs bzw. der Zeit danach befragt. Anhand des Datenmaterials konnte eine Typologie über die „Verläufe in der Sozialhilfe“ erstellt werden. Die Auswertungen deuten daraufhin, daß der Ausstieg aus der Sozialhilfe häufig nicht mit einer wesentlichen Verbesserung der Lebenssituation verbunden ist, sondern die Personen in diskontinuierliche und prekäre Lebenslagen münden. Als weiteres gibt es Hinweise darauf, daß im Zeitverlauf auch bei anhaltenden Diskontinuitäts Erfahrungen die Orientierung auf Erwerbsarbeit sowie ein aktives Bewältigungshandeln aufrechterhalten bleiben.

2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung

Der Diskurs über die soziale Entwicklungen in Ostdeutschland wird im wesentlichen von der Annahme einer „nachholenden“ Modernisierung mitbestimmt. Diese These besagt, daß der in den neuen Bundesländern stattfindende Transformationsprozeß zu einem bekannten Vorbild bzw. Ziel führen wird - der modernen bürgerlichen Gesellschaft -, d.h. einer institutionell durch Konkurrenzdemokratie, Markt-

wirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und kulturellen Pluralismus geprägten Gesellschaft, in der die breite Bevölkerung in Form einer Wohlstandsgesellschaft mit Massenkonsum an den Erträgen der gesellschaftlichen Arbeit beteiligt ist (vgl. Geißler 1993, Zapf 1994, Zapf/Habich 1996). Es wird dabei von einer weitgehenden Anpassung an die sozialstrukturellen Muster der westdeutschen Gesellschaft ausgegangen.

Neben diesen Theorieansätzen gab es von Beginn an Stimmen, die eine differenziertere Position zum ostdeutschen Transformationsprozeß einnahmen und vor allem entsprechende empirische Forschungen forderten. Einige Sozialwissenschaftler(innen) verwiesen vor allem auf die erheblichen Unterschiede im westdeutschen Modernisierungsprozeß der Nachkriegszeit und den radikalen Umbruch in Ostdeutschland in der „Nachwendezeit“, auf die westlichen Folgen von östlichem Wandel, die sogenannten „Rückwirkungen“ (Klein 1994), sowie auf das Problem der zeitlichen Abkopplung zwischen „Institutionenbildung“ in den neuen Bundesländern einerseits und gewachsener individueller Lebenserfahrung und biographischer Identitätsformung andererseits (vgl. Lepsius 1991). Insbesondere aus mikrosoziologischer Perspektive wurde betont, daß mit dem Wandel der institutionellen Rahmenbedingungen Lebensverlaufsmuster und subjektive Orientierungen bzw. Handlungsstrategien nicht gleichförmig wechseln (Etrich 1993, Hradil 1992, Joas/Kohli 1993, Koch 1992, Kollmorgen 1994, Kreckel 1993, Woderich 1992). In Untersuchungen zu ostdeutschen Lebensverläufen nach der Wende wurde z.B. auf Stabilitäten verwiesen, die zusammen mit strukturellen sowie individuell erlebten Umbrüchen eine stark differenzierende Wirkung auf Lebenschancen mitbestimmen (Diewald/Sørensen 1996). Aus dieser Sicht, die stärker von einer theoretisch „offenen“ Entwicklungsperspektive des Transformationsprozesses ausgeht, wurden deshalb mehr empirische Analysen gefordert, die sowohl die Ankunfts- als auch die Herkunftsgesellschaft mit einbeziehen (Lutz 1995), und aus denen dann ex post theoretische Schlußfolgerungen oder gar neue theoretische Gebäude („Theorien der Transformation“) entstehen könnten (Kollmorgen 1996).

Das seit 1994 bestehende halleische Sozialhilfeprojekt zielte von Anfang an auf eine empirisch begründete Beantwortung der Frage, ob im Bereich der registrierten Armut Ostdeutschlands eine Entwicklung im Sinne einer „nachholenden Modernisierung“ im Vergleich zu Westdeutschland zu beobachten sei bzw. um welche Prozesse es sich handelt, sofern im „untersten Segment“ sozialer Ungleichheit ein davon abweichender originärer sozialer Wandel feststellbar ist. Letzteres wäre

gleichbedeutend sowohl mit einem inhaltlichen Abweichen - und damit im Gegensatz zum „Anpassen“ - als auch mit einem anders gerichteten bzw. intendiertem Agieren von Akteuren, d.h. der intervenierenden Subjekte dieses spezifischen sozialen Wandels.

Auch in dieser, auf das Ungleichheitsgefüge der ostdeutschen Transformationsgesellschaft ausgerichteten Frage gab es zum Zeitpunkt der letzten Antragstellung „Befürworter“ und „Skeptiker“ hinsichtlich einer stattfindenden „nachholenden“ Modernisierung. So identifizierte Geißler (1996b, 290) die in den neuen Bundesländern entstandene soziale Ungleichheit hinsichtlich ihrer groben Konturen bereits als „Verwestlichung der ostdeutschen Ungleichheitsstruktur“, mit der nach und nach ein Muster nach dem wohlfahrtsstaatlichen Westmodell mit seinen Vor- und Nachteilen entstehe. Er bezeichnete das als die allgemeine Linie und schloß dabei die Entwicklung einiger ostdeutscher Strukturbesonderheiten nicht aus, die vom westdeutschen Muster abweichen. Anhand von Auswertungen des Wohlfahrtssurveys verwies Habich (1996, 164 ff) auf große Ähnlichkeiten hinsichtlich der in Ost und West anzutreffenden Problemgruppen der Armut (kinderreiche Familien, Arbeitslose, Ein-Elternfamilien u.a.) und auch hinsichtlich der fehlenden Kumulation von Benachteiligungen (relativ viele Personen sind in einem Bereich, aber nur wenige in mehreren Bereichen gleichzeitig benachteiligt).

Die nach der Wende angewachsenen Zahlen der amtlichen Sozialhilfestatistik sind aber gewiß ein Indiz dafür, daß der ostdeutsche Transformationsverlauf mit einem Anstieg der Armut einherging (Hauser 1995). Allerdings verwies die empirisch analysierte durchschnittliche Armutsbetroffenheit der ostdeutschen Bevölkerung bereits zu Beginn und auch im Verlaufe der Übergangsphase im engeren Sinne, d.h. während der Transformation des politisch-rechtlichen und ökonomischen Ordnungsgefüges, darauf, daß die Einkommensarmut in Ostdeutschland noch weit unter dem westdeutschen Niveau lag (sowohl gemessen an den „relativen“ Armutsquoten auf Basis des ostdeutschen Äquivalenzeinkommens wie auch hinsichtlich der durchschnittlichen Sozialhilfedichten). Als ein gravierender Unterschied zur zeitgleichen Entwicklung in Westdeutschland war indes eine hohe Veränderungsdynamik in der ostdeutschen Armutsbetroffenheit festzustellen (z.B. bei der 50%-relativen Armut: von 1990 - 100% ein Anstieg bis 1995 auf 226% des anfänglichen Niveaus; oder bei der Betroffenheit von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt von 1990 - 100% ein Anstieg bis 1995 auf 219% des Ausgangsniveaus).

Hinsichtlich der Erklärung der hinter dieser Entwicklung stehenden Abstiegsprozesse in Ostdeutschland lagen zum Zeitpunkt der letzten Antragstellung vor allem auch erste Erkenntnisse aus der vorangegangenen Forschungsphase unseres halle-schen Sozialhilfeprozesses vor. Am Beispiel zweier unmittelbar zu Beginn des gesellschaftlichen Umbruchs zugegangener Sozialhilfekohorten der großstädtischen Untersuchungsregion Halle/S. konnten erste wesentliche Dimensionen der Veränderungsdynamik auf individueller Ebene aufgedeckt werden. Es konnte empirisch nachgewiesen werden,

erstens, daß einige soziale Gruppen in den Jahren 1990 und 1991 ein erhöhtes Sozialhilfe-Risiko hatten (alle Altersgruppen unter 40 Jahren, Ein-Elternfamilien, Familien mit Kindern, alleinlebende Ledige oder Geschiedene),

zweitens, aus welchen ursächlichen Zusammenhängen heraus Sozialhilfe beantragt wurde (überwiegend infolge von Arbeitslosigkeit, aber auch infolge unzureichender Erwerbseinkommen, familiärer u.a. Kontexte),

drittens, wie dauerhaft individuelle Lebensverläufe im Verlaufe eines (fast) fünf-jährigen Transformationszeitraums (d.h. bis Ende 1995) von Sozialhilfebedingungen begleitet wurden (überwiegend „kurzzeitig“, d.h. bis zu einem Jahr und relativ selten „langfristig“), sowie

viertens, welche Gründe zu einer Beendigung des Sozialhilfebezuges geführt hatten (überwiegend war es das „Einsetzen vorrangiger Sozialleistungen“, relativ selten war es eine „Arbeitsaufnahme“).

Ein erster Versuch, anhand dieser Ergebnisse zur Bestätigung oder Ablehnung der These von der „nachholenden“ Modernisierung in diesem untersuchten spezifischen Bereich sozialer Ungleichheit beizutragen, konzentrierte sich auf eine Gegenüberstellung einiger ausgewählter hallescher Befunde mit entsprechenden Erkenntnissen der Bremer Armutsforschung. Hierbei ergab sich ein insgesamt differenziertes, dabei teilweise sehr übereinstimmendes Bild für Ost und West. So zeigte sich z.B., daß der Anteil nichtdeutscher HLU-Antragsteller(innen) in den ersten Jahren der Transformation im Osten bedeutend niedriger lag, daß ostdeutsche Frauen entschieden häufiger als westdeutsche in der Funktion einer „Haus-haltvorstehenden“ den HLU-Antrag stellten, daß ostdeutsche Ein-Elternfamilien ein höheres HLU-Risiko hatten als westdeutsche - was für Familien mit Kindern gleichfalls zutrifft. Hinsichtlich der HLU-Dauer stimmten die Ergebnisse zwischen Ost und West darin überein, daß in beiden Untersuchungsregionen der Anteil von Kurzzeitbezieher(inne)n dominierte und ein langfristiger HLU-Bezug nur relativ

begrenzt festzustellen war. Was die Ursachen der Beantragung oder Beendigung einer Sozialhilfeunterstützung anbetraf, so waren vor allem graduelle Unterschiede hinsichtlich der Häufigkeit des Auftretens der hauptsächlichen Gründe festzustellen: In Ostdeutschland war z.B. „Arbeitslosigkeit“ noch häufiger die Ursache einer Sozialhilfebeantragung und das „Einsetzen vorrangiger Sozialleistungen“ als Beendigungsursache gleichfalls noch häufiger als in Westdeutschland anzutreffen. Eine „Arbeitsaufnahme“ war dagegen im ostdeutschen Kontext weit seltener die Ursache für eine Beendigung der Armutssituation auf der Ebene der Sozialhilfe (Rentzsch/Buhr 1996).

Einerseits geben diese aus dem Vergleich gewonnenen ersten analytischen Erkenntnisse einige Anhaltspunkte dafür, daß Armutsprozesse im Verlaufe der ostdeutschen Transformation nicht vollkommen durch zeitgleich festgestellte westliche Merkmale oder Mechanismen prädestiniert sind. Daraus läßt sich schließen, daß neben dem Transfer der Institution „Sozialhilfe“ weitere Sonderkonditionen wirken, die den weiteren Verlauf ostdeutscher Transformation und Armut entscheidend mitbestimmen. In erster Linie ist hier die außerordentlich prekäre Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland zu nennen, die für einen Großteil der erwerbsfähigen Bevölkerung keinen „Normalerwerbsverlauf“ zuläßt. Damit ist die Moderne in Form einer Arbeitsgesellschaft mit relativ stabilen erwerbsverlaufbezogenen Strukturen, die auch soziale Sicherheit ermöglichen, für viele Ostdeutsche nicht erreichbar. Vielmehr scheint in Ostdeutschland ein Prozeß der Entstandardisierung moderner Erwerbsverläufe durch massenhafte Diskontinuität um sich zu greifen (vgl. Mutz 1995, 207) und reichlich unsichere Lebenslagen zur Folge zu haben. Zu den Sonderkonditionen zählt aber auch die (zeitlich befristete) Einführung und Wirksamkeit neuer sozialpolitischer Instrumente, wie Sozialzuschläge im Rahmen der Renten- und Arbeitslosenversicherung bzw. die erweiterte Anwendung von AB-Maßnahmen oder anderen Formen subventionierter Arbeitsförderung. Auch spielen sozialstrukturelle Besonderheiten Ostdeutschlands eine Rolle, wie z.B. ein höherer Anteil erwerbstätiger Ehepartner(innen), oder auch Alleinerziehender oder auch nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit Kindern. Ein wesentlicher sozialstruktureller Unterschied ist der in den neuen Bundesländern nach wie vor geringere Ausländeranteil,

Andererseits veranschaulichen insbesondere die zeitdynamischen Befunde zur durchschnittlichen Sozialhilfedauer, daß bereits in den ersten Transformationsjahren in der Inanspruchnahme dieser sozialen Leistung strukturelle Gemeinsamkeiten

in Ost und West existierten. Ob sich vor dem Hintergrund dieser Zeitstrukturen im ostdeutschen Transformationsverlauf eine größere Schicht dauerhaft ausgegrenzter herausbilden könnte, war zum Zeitpunkt der Antragstellung eine offene Frage. Sowohl hinsichtlich der im weiteren Transformationsverlauf wirkenden ostdeutschen Sonderkonditionen, als auch der ost-west-gemeinsamen Entwicklungstrends im Bereich der Institution Sozialhilfe bestand zum Zeitpunkt der letzten Antragstellung vor allem weiterer Forschungsbedarf.

Seitens der qualitativen Armutsforschung in den neuen Bundesländern, die sich jedoch überwiegend auf die sozialen Problemgruppen der Alleinerziehenden und Arbeitslosen konzentrierte (Großmann/Huth 1995, Kronauer/Vogel 1995, Mädje/Neusüß 1996, Mutz 1995), gab es zum Zeitpunkt der letzten Antragstellung auch auf der Ebene der Akteure erste Hinweise für eine Modifizierung der These von einer „nachholenden“ Modernisierung. Forschungsergebnisse, die aus dieser Perspektive Thesen zur Spezifik der ostdeutschen Modernisierung stützen konnten, lagen jedoch zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht in ausreichendem Maße vor, so daß auch in diesem Bereich erheblicher Forschungsbedarf bestand.

Eine Reihe von Sozialwissenschaftler(inne)n sieht eine wesentliche Ursache für die Eigendynamik des ostdeutschen Modernisierungsprozesses in den „Resistenzen“ und Stabilitäten, die auf der Ebene der Akteure bestehen (vgl. Kronauer/Vogel 1995, Mädje/Neusüß 1996, Wehrich 1993). So bestätigen erste qualitative Studien sowie eigene Befunde aus der ersten Panelwelle die Annahme, daß auch bei längeren Erfahrungen mit Armutsprozessen oder mit der Sozialhilfe individuelle Orientierungen und Handlungsstrategien vorherrschen, die sich in der DDR herausgebildet haben und die nicht umstandslos zu den neuen bundesrepublikanischen Rahmenbedingungen „passen“. Weitere Ergebnisse aus der ersten Forschungsphase weisen u.a. daraufhin, daß im Vergleich zu Westdeutschland nur wenige der befragten Sozialhilfeempfänger(innen) „Lebensgestaltungswünsche“ in der Sozialhilfe verwirklichen und die Orientierung am erwerbszentrierten Normallebenslauf nach wie vor ungebrochen fortbesteht. Aus institutionentheoretischer Perspektive wurde in einigen Publikationen die These diskutiert, daß in den neuen Bundesländern das bundesrepublikanische System sozialer Sicherung unter legitimatorischen Druck gerät, da die DDR-spezifischen Erwartungen an eine staatliche erwerbszentrierte Sozialpolitik (Sicherheit im Erwerbsverlauf) nicht erfüllt werden, sondern diskontinuierliche Erwerbsverläufe lediglich sozialstaatlich aufgefangen werden. Diese staatliche Garantie bleibt in den neuen Bundesländern subjektiv aber weiter-

hin Inbegriff sozialer Sicherheit. Eigene empirische Ergebnisse aus der ersten Welle des qualitativen Panels wiesen ebenfalls auf eine solche Haltung zum Sozialstaat hin.

Diese Thesen von Stabilität und Wandel von Orientierungen und Handlungsstrategien vor dem Hintergrund biographischer und alltäglicher Erfahrungen sollten anhand der Fortsetzung des qualitativen Panels näher überprüft werden. Insgesamt lag diesem Forschungsziel die Annahme zugrunde, daß der größte Teil der Sozialhilfeempfänger(innen) die Sozialhilfe verlassen wird und somit in eine bessere Lebenslage übergeht - die quantitativen Ergebnisse unserer Sozialamtsaktenanalysen hinsichtlich des Verlassens der Sozialhilfe legten eine solche Vermutung nahe. Hierbei stellte sich die Frage, inwieweit sich ein abgeschlossener Sozialhilfebezug auf die weitere Biographie auswirkt. Wir gingen jedoch grundsätzlich von der Annahme aus, was insbesondere auch die Bremer Sozialhilfestudie zeigte (Buhr 1995), daß sowohl der lang- als auch der kurzfristige Bezug von Sozialhilfe weitreichende Auswirkungen auf den weiteren Biographieverlauf haben kann.

Angesichts des beschriebenen Forschungsstandes wurde im Projekt zum einen die 1994 begonnene quantitative Längsschnittstudie fortgeführt, die einmalig für die neuen Bundesländer eine zeitkontinuierliche Beobachtung des Sozialhilfeverlaufs ermöglicht. Zum anderen wurde das qualitative Panel mit dem Ziel fortgesetzt, die subjektiven Verarbeitungs- und Orientierungsmuster sowie die Bewältigungsstrategien von Sozialhilfeempfänger(inne)n zu erfassen und zu analysieren. Der Einsatz der Paneltechnik sollte sicherstellen, daß spezifische Deutungen und Orientierungen der ostdeutschen Sozialhilfeklientel auch im Zeitverlauf beobachtbar sind sowie daß Unterschiede und Übereinstimmungen zu westdeutschen Mustern sichtbar werden.

Das Projekt verfolgte im wesentlichen drei Forschungsziele:

1. Die retrospektive Analyse von individuellen Sozialhilfeverläufen seit Einführung der Institution Sozialhilfe in Ostdeutschland sowie die Aufdeckung der Aufschichtung der Sozialhilfeklientel anhand von 5 Zugangskohorten (1990-1994).
2. Die Untersuchung der Stabilität bzw. des Wandels der subjektiven Orientierungen und des Bewältigungshandelns von ostdeutschen Sozialhilfeempfänger(inne)n im Verlauf von drei Jahren sowie deren Auswirkungen auf die Biographie.

3. Ost-West-Vergleich zentraler Befunde mit dem Bremer Kooperationsprojekt „Sozialhilfekarrieren“ (Sfb 186 der Universität Bremen).

3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen

In der zweiten Förderphase wurden im Rahmen der Halleschen Längsschnittstudie zur Sozialhilfebedürftigkeit (HLS) drei empirische Erhebungen durchgeführt:

- (1) Zwei Sozialamts-Erhebungen zu Sozialhilfeverläufen (Zugangskohorte 1992: 7-8/1997; Zugangskohorte 1993: 12/1997-1/1998);
- (2) Qualitative Interviews mit halleschen Sozialhilfeempfänger(inne)n, die bereits 1994 zum ersten Mal befragt worden waren.

Stand der Erhebung:

- (1) Gegenstand der Sozialamts-Erhebungen sind repräsentative Stichproben von Sozialhilfeakten, die aus der in der ersten Förderphase bestimmten Grundgesamtheit („dem halleschen Sozialamt erstmals zugegangene Antragsteller(innen)“) für die Jahre 1992 (N = 5507) und 1993 (N = 3736) gezogen wurden. Für die Zugangskohorte 1992 wurde - wie im Forschungsantrag geplant - eine 5%-Stichprobe erhoben (276 Akten). Infolge einer beträchtlichen Anzahl von Fehlakten (19,6%), die vor allem auf Archivierungsdefizite im Amt zurückgeht, verringerte sich das Sample der Antragstellenden, die eine laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (des weiteren HLU) beantragten, in dieser Zugangskohorte auf eine relativ kleine Fallzahl (n = 158). Deshalb wurde - um weiterhin möglichst detaillierte Auswertungen vornehmen zu können - für die kleinere Zugangskohorte 1993 wiederum auf eine 10%-Stichprobe zurückgegriffen. Durch dieses modifizierte erhebungstechnische Vorgehen kann bei der Auswertung der Zugangskohorte 1993 von einer hinreichend großen Fallzahl ausgegangen werden (nach Abzug der Fehlakten - 14,2% - umfaßt das Sample der HLU-Antragstellenden n = 197). Damit verbundene extensivere Projektaktivitäten im Sozialamt hatten allerdings zur Folge, daß die letzte geplante Erhebung (Zugangskohorte 1994) in der laufenden Projektzeit nicht realisiert werden konnte.
- (2) Für den qualitativen Untersuchungsansatz wurden im Herbst 1997 - also genau drei Jahre nach der ersten Befragung - Sozialhilfeempfänger(inne)n, die 1994 zum ersten Mal nach der Wende Sozialhilfe bezogen hatten, ein zweites Mal interviewt. 36 problemzentrierte Interviews mit stark narrativen Erzählaufforderungen konnten

durchgeführt werden, womit die Beteiligung an der Befragung im Rahmen der erwarteten Panelmortalität lag (50% der angeschriebene Population, vgl. Ludwig 1996b). Die Interviews liegen vollständig transkribiert vor.

Forschungsziel und Methode:

Analyse der Differenzierung und Formierung der ostdeutschen Sozialhilfeklientel

Die hierbei zugrunde gelegte Methode orientierte sich grundsätzlich an dem bereits in der ersten Förderphase praktizierten Verfahren der Aktenanalyse im halleischen Sozialamt. Sie stützt sich auf eine Längsschnitterfassung und -auswertung von ereignisorientierten Daten aus Sozialhilfeakten; das hierfür durch das Bremer Kooperationsprojekt entwickelte Verfahren wurde im Teilprojekt YE2 auf die Situation der neuen Bundesländer übertragen.

Der Vorzug von kontinuierlich erfaßten Mikrodaten aus Akten besteht darin, daß sowohl die Ausgangssituation einer HLU-Antragstellung, wesentliche Veränderungen/Ereignisse während des Sozialhilfebezuges als auch inhaltliche und zeitliche Dimensionen der Beendigung der Sozialhilfebedürftigkeit auf der Ebene des individuellen Lebensverlaufs erfaßt werden können. Hinzu kommt, daß die prozeßproduzierten Daten in den Akten eine relativ sichere Informationsquelle bieten und mit der Aktenanalyse retrospektiv auf Individualdaten zurückgegriffen werden kann, die den Antragstellenden, seine eventuelle Haushaltsgemeinschaft sowie deren Lebenssituation im Zeitablauf charakterisieren. Allerdings enthalten Sozialhilfeakten kaum Informationen über Tätigkeiten und subjektive Bewertungen oder Formen der Bewältigung der Lage durch die Sozialhilfeempfangenden selbst. Auch werden wichtige persönliche Merkmale, wie ihr Bildungs-, Qualifikations- oder Gesundheitspotential, kaum oder sehr unzureichend erfaßt.

Das Erhebungsverfahren selbst wurde mit Hilfe von formalisierten Erhebungs- sowie Dateneingabebögen sowie einem Codeplan durchgeführt, die aus der ersten Erhebungsphase voll übernommen wurden. Insgesamt sind 556 Sozialhilfeakten über einen 58monatigen Zeitverlauf erhoben worden. In der Erhebung der Zugangskohorten 1992 und 1993 betraf das jeweils 158 bzw. 197 HLU-Fälle außerhalb von Einrichtungen.

Die Daten dieser Erhebungen wurden mit Hilfe von Methoden der uni- und bivariaten Statistik ersten Auswertungen unterzogen. Der Auswertungsschwerpunkt lag

zum einen bei Einzelanalysen der neu erhobenen und zum anderen bei einer vergleichenden Analyse aller erhobenen halleischen Zugangskohorten.

Rekonstruktion der subjektiv wahrgenommenen und verarbeiteten Verläufe in der Sozialhilfe sowie der veränderten Orientierungs- und Bewältigungsmuster

Für den qualitativen Untersuchungsteil des Projekts wurde das 1994 begonnene qualitative Panel fortgesetzt. Nach einer intensiven Panelpflege (persönliches Anschreiben und Informationsblatt über bisherige Forschungsergebnisse) beteiligten sich von den 76 erstmals befragten Sozialhilfeempfänger(inne)n in der zweiten Welle 36 Personen. Dies entspricht der gängigen Annahme über eine 50%ige Panelmortalität bei Wiederholungsbefragungen. Da sehr unterschiedliche Gruppen von Sozialhilfeempfänger(inne)n teilgenommen haben (Alter, Geschlecht, Familienstand, Bildungsstatus), konnte ein theoretisch gesättigtes Sample hergestellt werden, auf dessen Basis die Durchführung einer Idealtypenbildung möglich ist (vgl. Gerhardt 1986, Ludwig 1996a, 93). Die Interviews wurden nach der problemzentrierten Methode (Witzel 1995) geführt. In enger Kooperation mit dem Bremer Sozialhilfeprojekt wurde ein Interviewleitfaden entwickelt (Themenbereiche: Verlauf in den letzten drei Jahren, individuelle Probleme, institutionelle Probleme, finanzielle Probleme, Reaktionen der Umwelt, Sozialhilfebilanz, Wege aus der Sozialhilfe; Leitfaden s. Anhang). Durch die Anlage des Leitfadens konnten sowohl die Besonderheiten der ostdeutschen Situation von Sozialhilfeempfänger(inne)n erfaßt werden, als auch die Vergleichbarkeit der Datensätze sichergestellt werden. Die Interviews wurden in beiden Projekten zeitgleich durchgeführt.

Die Auswertung der Interviews erfolgte gemäß der idealtypischen Strukturanalyse nach Gerhardt (1986), die sowohl in der ersten Förderungsphase des halleischen Projekts als auch schon früher im Bremer Kooperationsprojekt (vgl. Ludwig 1996a) erfolgreich eingesetzt worden war (vgl. 3.). Hierfür wurde das in der ersten Phase entwickelte differenzierte Regelwerk zur Einzelfallanalyse bezogen auf die forschungsleitende Frage nach Sozialhilfeverläufen weiterentwickelt. Auf der Basis des Regelwerks wurden Einzelfallanalysen erstellt, die in der Zusammenführung der Ergebnisse der ersten und zweiten Befragung zu einer analytischen Bewertung des subjektiv erlebten und bewältigten Verlaufs durch bzw. aus der Sozialhilfe heraus führten. Mittels einer fallvergleichenden Kontrastierung konnte eine (vorläufige) Typologie von Sozialhilfeverläufen erstellt werden, in der typische

ostdeutsche Grundmuster der Bewertung und Bewältigung von Sozialhilfeverläufen herausgearbeitet wurden.

Die Auswertung des qualitativen Materials setzte sich mit drei Fragestellungen auseinander:

- (a) Welche Verläufe haben sich innerhalb von drei Jahren bei den Befragten vollzogen, wie wurden diese erlebt und bewertet? Welche Wege durch die bzw. aus der Sozialhilfe heraus lassen sich charakterisieren, und welche Bewältigungsstrategien wurden realisiert? Gibt es Zusammenhänge zwischen dem Verlassen der Sozialhilfe und spezifischen Bewältigungsformen? In welchem Verhältnis stehen die Muster der Bewältigung zu den unterschiedlichen objektiven Gelegenheitsstrukturen und subjektiven Orientierungen?
- (b) Des Weiteren wurde untersucht, ob die subjektiven DDR-geprägten Orientierungen, deren Fortwirken wir in der ersten Befragung festgestellt hatten, auch im fortschreitenden Transformationsprozeß sowie im individuellen Umgang mit der Institution Sozialhilfe bzw. den neuen Problemlagen im System sozialer Sicherung aufrechterhalten werden oder ob sie sich im Zeitverlauf verändern. Wie prägen verschiedene Orientierungsmuster den Umgang mit der individuellen Problemlage bzw. der Sozialhilfesituation allgemein und welchen Einfluß haben sie auf das Bewältigungshandeln?
- c) Als drittes Forschungsziel stand die Frage im Mittelpunkt, ob bzw. inwieweit individuelle, aus DDR-Zeiten fortbestehende Erwartungen an eine staatliche Lebenslaufpolitik, die für berufliche Kontinuität bürgt, aufrechterhalten werden und die Wahrnehmung des Bezugs von Sozialhilfe sowie die Akzeptanz des bundesrepublikanischen Sozialversicherungsstaates prägen.
- Alles in allem geht es in den drei Fragestellungen um das sich im Zeitverlauf verändernde wechselseitige Verhältnis von Biographie, biographischen Orientierungen, objektiven Gelegenheitsstrukturen und individuellen Bewältigungsstrategien. Der angestrebte Ost-West-Vergleich wurde durch die Entwicklung gemeinsamer Erhebungs- und Analyseinstrumente sowie durch die Ausarbeitung eines gemeinsamen handlungstheoretischen Ansatzes zum sozio-ökonomischen Coping (vgl. 3.) vorbereitet. Nach Voranschreiten der Einzelfallanalysen und Fallkontrastierungen im verbleibenden Förderzeitraum (2. Halbjahr 1998) werden vergleichende Analysen durchgeführt werden.

4. Ergebnisse

Ergebnis 1: Erweiterung der Längsschnittdatenbasis für ostdeutsche Sozialhilfeverläufe auf insgesamt vier Zugangskohorten

In Analogie zu den bereits aus der ersten Förderphase vorliegenden Längsschnitt-Datensätzen für die Sozialhilfeszugänge der Jahre 1990 und 1991 in Halle/S. wurden die unmittelbar daran anschließenden Jahrgänge 1992 und 1993 erhoben, so daß nunmehr insgesamt vier aufeinanderfolgende Zugangskohorten von Sozialhilfeantragsteller(inne)n in Längsschnittperspektive vorliegen. Diese umfangreiche Informationsbasis ermöglicht eine zeitkontinuierliche Analyse sowohl der Sozialhilfeantragstellungen und des zeitlichen Bezugsverlaufs als auch der Ursachen des Eintretens und der Beendigung von Sozialhilfebezugszeiten innerhalb und zwischen vier Zugangskohorten. Infolge der ereignisorientierten Erfassung der Längsschnittdaten ist diese Informationsbasis insbesondere dafür geeignet, die außerordentlich hohe Veränderungsdynamik in der Nachwendezeit am Beispiel solcher individuellen Lebensverläufe zu dokumentieren, die infolge von Einkommensarmut mit der Institution der Sozialhilfe in Berührung kamen.

Die Daten liegen in Form von vier Datenfiles vor, die sich in ihrer Struktur gleichen und jeweils einen 58monatigen Zeitraum seit dem Zugangsjahr - für jede Zugangskohorte getrennt - ereignisorientiert erfassen. Die Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Jahrgängen ist dadurch gewährleistet, daß alle Datenfiles auf einem einheitlichen Erhebungsdesign beruhen. Geringfügige Abweichungen zwischen den Variablen der vier Datenfiles gehen auf den Versuch zurück, bei der Erhebung der verschiedenen Jahrgänge zusätzlich einige spezifische Aspekte mitzuverfolgen. Für 1990 und 1991 betraf das z.B. die angestrebte Erfassung eines eventuellen früheren Bezuges von Sozialfürsorge, die für 1992 und 1993 nicht mehr möglich war; demgegenüber wurde in den zuletzt erhobenen Zugangskohorten eine differenziertere Erhebung der Bestandteile des Haushaltsbudgets (Einkommensmix) und des Anteils des HLU-Zahlbetrages am HLU-Bedarf vorgenommen.

Bei einer Gegenüberstellung der Kohortenanalysen verschiedener Jahrgänge ist zu berücksichtigen, daß die Antragstellungen im Hinblick auf den absoluten Umfang beträchtliche Differenzen aufwiesen (1990 - 1677 Pers., 1991 - 6520 Pers., 1992 - 3736 Pers., 1993 - 3736 Pers., 1994 - 3578 Pers.). Gemessen an der halleischen Bevölkerung gab es 1990 - 1,1%, 1991 - 2,2%, 1992 - 1,8%, 1993 - 1,3% Sozialhilfeantragstellungen. Hinzu kommen Strukturunterschiede in den Antragstellungen der

einzelnen Jahrgänge hinsichtlich der drei möglichen Arten von Sozialhilfe - laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HLU), (nur) einmalige Beihilfen oder Hilfe in besonderen Lebenslagen. Im Zusammenhang mit einer Einschätzung der ostdeutschen Sozialhilfeentwicklung anhand von Umfang und Struktur der vorhandenen Datenfiles ist deshalb zu berücksichtigen, daß diese sich ausschließlich auf HLU-Antragstellungen beziehen und damit in den einzelnen Jahrgängen gleichzeitig einen unterschiedlicher Anteil an allen Sozialhilfeantragstellungen repräsentieren (1990 - 85,9%, 1991 - 51,9%, 1992 - 71,2% und 1993 - 61,4%). Eine Folge davon ist, daß die einzelnen Datensätze das jeweilige Armutspotential in Form von Sozialhilfeabhängigkeit sehr unterschiedlich repräsentieren. Bereits diese, die Inhalte der Datenfiles rahmende Unterschiedlichkeit zwischen den erhobenen Zugangskohorten, ist als ein erster wichtiger Befund in Richtung vorhandener Unterschiede zwischen den untersuchten Jahrgängen zu werten (hierzu vgl. weiterhin Ergebnis 3).

Ergebnis 2: Empirische Befunde zur Differenzierung der ostdeutschen Sozialhilfeklientel anhand der Zugangskohorten 1992 und 1993

In der zweiten Forschungsphase bestand ein Arbeitsschwerpunkt im Erheben und Auswerten von Längsschnittdaten für die Jahrgänge 1992 und 1993. Die vorhandenen empirischen Befunde geben weitere Anhaltspunkte für die Beantwortung der (bereits im Gliederungspunkt 1 genannten) Fragestellungen:

- (1) welche sozialen Gruppen in den Jahren 1992 und 1993 ein erhöhtes HLU-Risiko hatten.
- (2) aus welchen ursächlichen Zusammenhängen heraus 1992 und 1993 HLU beantragt wurde,
- (3) wie dauerhaft individuelle Lebensverläufe in einem (fast) fünfjährigen Zeitabschnitt (d.h. für die Zugangskohorte 1992 bis Ende 1996, für 1993 bis Ende 1997) im fortschreitenden Transformationsprozeß unter Bedingungen stattfanden, die durch ein Existenzminimum nach den Regelungen des BSHG bestimmt waren sowie
- (4) welche wesentlichen Gründe zu einer Beendigung des Sozialhilfebezuges geführt haben.

Zu (1): Im Vergleich mit der sozio-demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung zeigte sich, daß in beiden analysierten Jahrgängen

- nichtdeutsche Antragstellende deutlich überproportional HLU bezogen;

- weibliche Antragstellende unter- und männliche folglich überrepräsentiert waren;
- die bis 40jährigen deutlich über-, die darüberliegenden Altersgruppen hingegen deutlich unterrepräsentiert waren; (das höchste Risiko, von laufender sozialer Unterstützung zu leben, hatten in beiden Jahrgängen die 21-30jährigen);
- die Ledigen und Geschiedenen/getrennt Lebenden ein auffallend höheres HLU-Risiko als die Verheirateten und Verwitweten hatten;
- Alleinerziehende und alleinstehende Männer stark überproportional Sozialhilfe beantragten, alleinstehende Frauen und insbesondere Paare hingegen unterproportional.

Was das Zusammenleben mit und ohne Kinder anbetrifft, so war festzustellen, daß nur im Jahre 1993 Familien mit Kindern verstärkt Sozialhilfe beantragten. Für das Zugangsjahr 1992 war hingegen ein außergewöhnlich hoher Anteil - mehr als ein Drittel der Kohorte - durch Zuwanderung (vor allem Asylbewerber oder -berechtigte, Aussiedler, Bosnienflüchtlinge) zu erklären. Da der damit verbundene hohe Anteil Nichtdeutscher in keiner weiteren untersuchten Kohorte anzutreffen ist, sind strukturelle Vergleiche zwischen dieser Zugangskohorte und allen anderen nur bei Beachtung dieser Besonderheit möglich.

Zu (2): Die Hauptursachen der HLU-Antragstellung in der Zugangskohorte 1992 sind vor allem „Arbeitslosigkeit“ (44,9%) und „Zuwanderung“ (34,8%). Mit relativ großem Abstand folgen „familiäre Kontexte“ (8,8%). Alle anderen Arten von Ursachen - auch „unzureichendes Erwerbseinkommen“ und im Unterschied zu den Zugangskohorten 1990 und 1991 waren indes relativ selten vertreten. Es ist hervorzuheben, daß bei Befunden dieser Kohorte insbesondere der hohe Anteil von Zuwanderern ins Gewicht fällt, der z.B. gleichzeitig bewirkt, daß eine Verursachung durch Arbeitslosigkeit im Vergleich zu den anderen Jahrgängen als selteneres Risiko erscheint.

In der Zugangskohorte 1993 sind vor allem folgende Hauptursachen festzustellen: „Arbeitslosigkeit“ (51,3%), „familiäre Kontexte“ (14,7%), „Zuwanderung“ (11,2%) sowie eine „besondere soziale Situation“ (8,1%). Bei Befunden dieses Jahrgangs ist folglich vor allem ein gewachsenes Sozialhilfe-Risiko im Zusammenhang mit Familienproblemen und Schwangerschaft/Geburt sowie einem Anwachsen von schwierigen sozialen Lagen im Falle von Verschuldung, Verlust der Wohnung, Nichtsehaftigkeit u.a. festzustellen.

Zu (3): Hinsichtlich der Dauer des HLU-Bezuges war in den Zugangskohorten 1992 und 1993 eine sehr ähnliche und aus vorhergehenden Längsschnittanalysen bereits bekannte Grundstruktur zu erkennen: ein relativ hoher Anteil bezog nur kurzzeitig, d.h. bis zu einem Jahr Sozialhilfe und ein relativ geringer Anteil war langfristig, d.h. drei Jahre und länger, im Sozialhilfebezug. Die Kategorie der mittelfristig, d.h. länger als ein Jahr und weniger als drei Jahre, im Bezug Stehenden, hatte - anders als vermutet (vgl. Olk/Rentzsch 1997) - nicht an relativem Gewicht gewonnen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Strukturierung der Dauer des Sozialhilfeverlaufs in den Zugangskohorten 1992 und 1993 nach „Kurz“ (K), „Mittel“ (M), „Lang“ (L) (%)

	K	M	L	gesamt
<i>DAUER DER 1. HLU-EPISODE</i>				
Zugang 1992	74,1	19,0	7,0	100
Zugang 1993	75,1	14,7	10,2	100
<i>BRUTTODAUER</i>				
Zugang 1992	52,5	25,9	21,5	100
Zugang 1993	48,7	21,8	29,4	100
<i>NETTODAUER</i>				
Zugang 1992	63,9	23,4	12,7	100
Zugang 1993	64,0	20,3	15,7	100

Zu (4): Angesichts der hauptsächlichen Beendigungsursachen für Sozialhilfeverläufe ist den Befunden zunächst voranzustellen, daß ein bestimmter (im Vergleich mit den ersten Längsschnittuntersuchungen angewachsener) Teil der Zugangskohorten - 1992 (16,5%) und 1993 (18,7%) - am Ende des Beobachtungszeitraums weiterhin Sozialhilfe bezog (sogenannte Rechtszensierung).

Für den Jahrgang 1992 waren vor allem folgende Beendigungsursachen relevant: „vorrangige Sozialleistungen“ (26,6%), „keine weitere Vorsprache“ (22,2%), „Abschiebung/Rückkehr ins Heimatland/Fortzug“ (15,8%) und „Arbeitsaufnahme“ (6,3%). Wie die Rangfolge zeigt, wirkte sich der außergewöhnlich hohe Anteil der nichtdeutschen Teilklientel in diesem Zugangsjahr vor allem auch auf eine relativ häufige Sozialhilfebeendigung infolge von Rückführung oder ein im Sozialamt unbekanntes weiteres Fernbleiben von Zuwanderern aus.

Die hauptsächlichen Beendigungsursachen des Jahrgangs 1993 wiesen folgende Rangfolge auf: „vorrangige Sozialleistungen“ (30,3%), „Arbeitsaufnahme“ (16,6%) sowie „keine weitere Vorsprache“ (16,2%) und - relativ seltener - „privater Unterhalt“ (5,6%), wobei hier vor allem das Einsetzen/die Erhöhung privater Unterhaltsleistungen festzustellen waren. Hierbei ist der anzumerken, daß der Anteil von Bezugsbeendigungen infolge von Arbeitsaufnahme im Vergleich zu den früheren Kohorten angewachsen ist. Möglicherweise deutet dies auf zunehmende Rückkehrmöglichkeiten arbeitsloser Sozialhilfebezieher(innen) auf den Arbeitsmarkt hin, was in weiteren Untersuchungen zu überprüfen wäre.

Ergebnis 3: Erste Analyseergebnisse zur Formierung und Aufschichtung der 1990 bis 1993 zugegangenen ostdeutschen Sozialhilfeklientel

Bei einer ersten Gesamtanalyse der bislang verfügbaren Auswertungsergebnisse über den ostdeutschen Sozialhilfeverlauf anhand von vier Zugangskohorten standen folgende drei Aspekte im Vordergrund:

- die Aufdeckung von gemeinsamen Merkmalen des Sozialhilferisikos und -bezuges in allen vier untersuchten Kohorten,
- die Feststellung von Besonderheiten/Kohorteneffekten in den einzelnen Zugangskohorten sowie den Merkmalen ihres Sozialhilfeverlaufs und
- das Aufspüren von eventuell vorhandenen Entwicklungstrends hinsichtlich des Sozialhilferisikos und -bezuges im Verlaufe des Transformationsprozesses.

Die wesentlichen Befunde der durchgeführten Analysen sind nachfolgend in zusammengefaßter Form wiedergegeben. Hierbei wird in der Reihenfolge der drei genannten Analyseaspekte vorgegangen.

Für alle untersuchten Zugangskohorten zutreffende Befunde sind:

- Nichtdeutsche, Erwachsene im Alter zwischen 18 und 40 Jahren, Einzel-Elternfamilien, alleinstehende Männer sowie Ledige und Geschiedene/getrennt Lebende hatten ein überproportional hohes Risiko der Sozialhilfebeantragung.
- Der häufigste Grund einer Sozialhilfebeantragung war „Arbeitslosigkeit“, der häufigste Grund der Beendigung des Sozialhilfebezuges hingegen „vorrangige Sozialleistungen“.
- Überwiegend betrug die Dauer des Sozialhilfebezuges nicht länger als ein Jahr und überwiegend erfolgte die Antragstellung einmalig, d.h. vorherrschend war ein kontinuierlicher Sozialhilfebezug.

- Durchschnittlich hatten alleinstehende Männer (Ausnahme 1992) und Ein-Elternfamilien (Ausnahme 1990) die längsten Sozialhilfebezugszeiten. *Als sozio-demographische, ursächliche und zeitdynamische Kohortenbesonderheiten stellten sich heraus:*

1990 sozio-demographische Merkmale: ein ca. 5%iger Anteil von ehemaligen Sozialfürsorgeempfänger(inne)n, ein sehr geringer Anteil Nichtdeutscher, ein überproportional hoher Anteil von weiblichen Antragstellerinnen, ein sehr hoher Anteil Geschiedener und ein relativ hoher Anteil Verheirateter, der höchste Anteil von Ein-Elternfamilien sowie Familien mit Kindern;
ursächliche Merkmale: „Arbeitslosigkeit“ - häufigster Grund der Beantragung, „Arbeitsaufnahme“ - seltenster Beendigungsgrund;
zeitdynamische Merkmale: höchster Anteil von Langzeitbezieher(inne)n, höchster Anteil von ununterbrochenen Sozialhilfeverläufen;

1991 sozio-demographische Merkmale: keine
ursächliche Merkmale: „unzureichendes Erwerbseinkommen“ - vergleichsweise häufig vorkommende Beginnursache, „Erhöhung des Erwerbseinkommens“ - vergleichsweise häufig vorkommender Beendigungsgrund;
zeitdynamische Merkmale: geringster Anteil von Langzeitbezieher(inne)n;

1992 sozio-demographische Merkmale: höchster Anteil nichtdeutscher Antragsteller(innen), Lediger, alleinstehender Männer sowie von Familien ohne Kinder;
ursächliche Merkmale: „Zuwanderung“ als vergleichsweise häufigste und „Arbeitslosigkeit“ als vergleichsweise seltenste Beginnursache;
zeitdynamische Merkmale: keine

1993 sozio-demographische Merkmale: höchster Anteil alleinstehender Frauen;
ursächliche Merkmale: „Familie/Schwangerschaft/Geburt“ als vergleichsweise häufigster Grund der Sozialhilfebeantragung, „Arbeitsaufnahme“ als relativ häufiger Grund der Bezugsbeendigung;
zeitdynamische Merkmale: höchster Anteil von Kurzzeitbezieher(inne)n, höchster Anteil von wiederholten Sozialhilfebeantragungen.

Erste Anhaltspunkte für Entwicklungstrends und damit für dynamische Veränderungen im Transformationsverlauf liefern folgende Befunde:

In der 21-30jährigen Bevölkerung nahm die Beantragung von Sozialhilfe an Häufigkeit zu. Der Tendenz nach hat sich die Beantragung von Sozialhilfe infolge von „Arbeitslosigkeit“ etwas verringert und infolge von „Zuwanderung“ und einer „be-

sonderen sozialen Situation“ etwas verstärkt. Auch haben die Beendigungsgründe „vorrangige Sozialleistungen“, „Erhöhung des Erwerbseinkommens“ und „keine weitere Vorsprache“ tendenziell etwas ab-, „Arbeitsaufnahmen“ hingegen etwas zugenommen. Diese ersten Anzeichen für Veränderungen im Transformationsverlauf bedürfen weiterer empirischer Überprüfung und lassen zum jetzigen keinesfalls Zukunftsprognosen zu.

Hinsichtlich der zeitstrukturellen Beschaffenheit der Zugangskohorten deutet sich eine Zunahme von Kurzzeitbezug, gleichzeitig aber auch (unter Ausklammern des „besonderen“ Jahrgangs 1990) ein Anstieg von Langzeitbezug an. Außerdem ist eine (leicht) ansteigende Häufigkeit von Mehrfachbeantragungen von Sozialhilfe festzustellen.

Ergebnis 4: Typologie von Verlaufs- und Bewältigungsformen in der Sozialhilfe

Auf der Grundlage einer in der ersten Welle erstellten Typologie, die vier unterschiedliche Formen von zeitdynamischen Orientierungen zum einen in bezug auf den eigenen Lebenslauf, zum anderen in bezug auf Erwartungen an den neuen Sozialstaat umfaßten, konnte in der zweiten Welle der weitere Verlauf des Sozialhilfebezugs sowie die Entwicklung von Bewältigungsformen adäquat bewertet und in Bezug zu ihrer biographischen Entstehungsgeschichte gestellt werden. Die Analyse der zweiten Panelwelle zielte auf die Frage nach der subjektiven Deutung und Bewertung von Sozialhilfeverläufen sowie nach den sich im Zeitverlauf herausbildenden und verändernden unterschiedlichen Formen des sozio-ökonomischen Copings (zum Copingbegriff ausführlich im Arbeitsbericht, der im Zusammenhang mit dem Antrag auf Einzelförderung erstellt wurde, 1998). Auf der Basis von Tiefenanalysen (kleines Sample: 10 Fälle) sowie von Kurzanalysen der verbleibenden Einzelfälle ist eine Idealtypenbildung hinsichtlich der Verlaufsmuster in der Sozialhilfe vorgenommen worden.

Die Typenbildung fand auf dem Hintergrund der in der Transformationsforschung verbreiteten These statt, daß der gesellschaftliche und institutionelle Umbruch in Ostdeutschland für die Individuen zu erheblichen Umstellungsproblemen und Anpassungsanforderungen führte, da die unter dem neuen Institutionensystem und dem neuen „Lebenslaufregime“ erforderlichen Kompetenzen quer stehen zu der in der DDR-Gesellschaft vorherrschenden Orientierungen auf „Arbeit“ und dem damit verbundenen Erfahrungswissen. (hierzu ausführlich Kohli 1994, 33, 38).

Die sich in der ersten Durchsicht der Interviews bestätigende theoretische Annahme, daß Arbeit und die Integration in einen Betrieb eine zentrale Bedeutung in den Lebensentwürfen und Deutungsmustern der ostdeutschen Männer und Frauen hatte, war einer der wesentlichen Bezugspunkte für die Tiefenanalysen sowie das zentrale das Ordnungsprinzip der hier präsentierten Typen, die in der folgenden Tabelle dokumentiert sind (ausführlich hierzu Arbeitsbericht 1998).

	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Typ 5
Beginnursache /Ausgangssituation	Selbst gewählte Übergangsphase im Lebenslauf (Familiengründung, Bildungsphase)	Lebenskrise und nachfolgende Arbeitslosigkeit	Nicht selbstverschuldeter Verlust der Arbeit	Keine eigenständige Einkommenssicherung aufgrund von Kindererziehung oder Krankheit (Arbeitslosigkeit)	SH nach längerer Abstiegs Spirale aus dem Arbeitsmarkt (ALG - ALHI)
Bewertung der SH	Legitimierter Rechtsanspruch in Zeiten biographischen Umbruchs / Übergangsphase	Moratorium bis zur Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit	„Alimentation“: problematisch, da sie dem normativen Bild vom selbsterhaltenden Individuum entgegensteht	Legitimierter Rechtsanspruch in (z.T. gesellschaftlich produzierter) Notlage	Teufelskreis, Ausgrenzungsgefühle
Zugrundeliegende normative Vorstellung	Fokus auf Entfaltung der Persönlichkeit - Arbeit nur eine Lebenssphäre der Persönlichkeit	Überkommene normative Vorstellung vom Normalerwerbsverlauf, Eigenwert der Arbeit	Überkommene normative Vorstellung vom Normalerwerbsverlauf, Eigenwert der Arbeit	Arbeiten, um (gut) zu leben. Orientierung am „bequemen“ Leben	Abkehr von Orientierung am Normalerwerbsverlauf. Orientierung am „ordentlichen Armen“
Bezugsbeginn	Zukunft wird als offen und gestaltbar angesehen, auch unter restriktiven Bedingungen. Bewältigungshandeln zielt auf die Realisierung des Bildungs- oder Familienwunsches, auf die Entfaltung der Persönlichkeit	Ziel: Überwindung der Krise. Aktives Bewältigungshandeln bezogen auf die Überwindung der Lebenskrise, nachgeordnet auf die Rückkehr in den Arbeitsmarkt	Bewertung der Zukunft als offen und des eigenen Handelns als erfolgreichende Ressource. Bewältigungshandeln bezogen auf Reintegration in den 1. Arbeitsmarkt	Gegenwart steht im Vordergrund, indifferente Haltung gegenüber der Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Ziel ist die Aufrechterhaltung eines sorgen-freien Lebens. Kein aktives Bewältigungshandeln bezogen auf das Verlassen der Sozialhilfe	Resignation, sozialer Rückzug. Keine Erwartungen an Zukunft. Im Vordergrund steht die Stabilisierung des Alltags unter Mangelbedingungen. Kein Bewältigungshandeln hinsichtlich der Rückkehr auf den Arbeitsmarkt, sondern nur bezogen auf den Alltag
Verlauf	Verlassen der SH. Nicht generell eigenständige Einkommenssicherung über Erwerbsarbeit, da die Übergangsphase andauert oder Einstieg in das Erwerbssystem noch nicht realisiert werden konnte	Überwindung der Krise, teilweise Integration in den 1. oder 2. Arbeitsmarkt bzw. Umstellungsmaßnahmen	In der Regel Verlassen der SH, aber keine Wiederherstellung des Normalerwerbsverlaufs (ABM, Umschulung, vorgeordnete Sicherungssysteme)	Verlassen der SH z.T. aufgrund institutioneller „Aktivität“. Einnichtung und Etablierung in gesellschaftlichen Nischen außerhalb des Erwerbssystems (Familie, Frührente, SH + z.B. Ehrenamt)	Ergreifen von Erwerbschancen, wenn Optionen herangetragen werden. Teilweise Verlassen der SH, z.T. Rückkehr in die SH oder Verbleib. Insgesamt prekärer, unsicherer Verlauf in der Nähe der SH
Bewertung des Verlaufs	Pos. Bilanzierung des Verlaufs, da durch Sicherungssysteme der Bildungs- oder Familiengedanke realisierbar bleibt. Dauer ist kein Mißerfolg. Passung zw. norm. Vorstellung und Realität	Posi. Bewertung des Verlaufs, auch wenn Erwerbsverlauf nicht wieder hergestellt, da Krise bewältigt wurde. Verlassen der SH Zeichen für die Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit. Passung zw. Zielen und Realität.	Negative Bilanzierung des Verlaufs, da Ziel und Ergebnis nicht übereinstimmen. Keine Passung von normativen Vorstellungen und Realität. Aber: keine Reduktion der Aktivität = Leidensweg	Indifferente Haltung zum Verlassen der SH. Verlauf wird positiv bilanziert, solange bequemes Leben in Nische möglich ist	Indifferente Bewertung des Verlaufs, da nichts erwartet wird. Abfinden mit der Realität. Jedoch insgesamt resignative Einschätzung eigener Lebenslage

*Ergebnis 5: Vergleich der Typen - erste Befunde über Orientierungen, Deutungsmuster und Bewältigungsstrategien ostdeutscher Sozialhilfeempfänger(innen)
Fortbestehen DDR-spezifischer Orientierungen*

In bezug auf die eingangs gestellte Annahme über das Fortbestehen DDR-spezifischer Orientierungen bezüglich des erwerbszentrierten Normalerwerbsverlaufs zeigt sich, daß in den Typen 2 und 3, den zahlenmäßig am stärksten besetzten Gruppen, DDR-spezifische Orientierungen hinsichtlich eines erwerbszentrierten Normallebenslaufs fortwirken und sowohl die Deutungen als auch die Bewältigungsmuster erheblich prägen - unabhängig, ob die Sozialhilfe als vorübergehend akzeptiertes Moratorium in einer Lebenskrise oder aber als fremdbestimmter Eingriff in die eigene Biographie begriffen wird. Weder persönliche Krisenerfahrungen noch strukturbedingte Erfahrungen, daß die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt trotz ausgesprochen aktiven Handelns verschlossen bleibt, konnten diese tief in der Biographie verankerten Orientierungen aufweichen. In den Fällen, in denen eine große Diskrepanz zwischen Orientierungen und Realisierungsmöglichkeiten besteht, resultieren daraus während des Sozialhilfebezugs oder in angrenzenden armutsnahen Lebenslagen jedoch erhebliche individuelle Leidensprozesse, die an der Brechung des angestrebten Lebensentwurfs entstehen. Das Fortleben DDR-spezifischer Orientierungen trifft aber keinesfalls für das gesamte Sample zu.

In drei weiteren Typen scheinen solche DDR-spezifischen Orientierungen entweder nie entwickelt worden zu sein oder aber sich aufgrund von extremen Mißerfolgserfahrungen (während des Sozialhilfeverlaufs oder zuvor) „aufgeweicht“ zu haben (Typ 1, 4, 5). Der Bezug von Sozialhilfe wird hier nicht als staatliche Alimentation, sondern als legitimes Recht angesehen, wenn auch unterschiedliche Zeitperspektiven pro Typ bestehen. Während Typ 4 und 5 sich weitgehend aus dem Arbeitsmarkt dauerhaft zurückziehen und Erwerbsarbeit im Lebensentwurf nur noch eine untergeordnete Rolle spielt, entwickelt lediglich Typ 1 ein ganz neues Verhältnis von Arbeit - Familie - Kultur. Der Bezug von Sozialhilfe scheint in diesem Typ am unproblematischsten, weil Lebenschancen und eigene Zukunftsperspektiven auch über den Verlauf von drei Jahren und trotz mangelnder Integration in den Arbeitsmarkt nicht als beschnitten erlebt werden. Inwieweit sich solche vom Normallebenslauf entfernenden Orientierungen Lebensentwurfsmustern in Westdeutschland angleichen, oder aber ob diese eine eigene Form aufgrund der biographischen Erfahrungen herausbilden, bleibt im weiteren Forschungsprozeß zu

überprüfen. Weiterhin stellt sich die Frage, ob eine bestimmte Personengruppe beginnt, in der Sozialhilfe eigene Lebensgestaltungswünsche zu realisieren. Sowohl im Fortleben DDR-geprägter Orientierungen als auch in deren „Aufweichung“ bzw. in der Neuorientierung wird der Zusammenhang von biographischen Erfahrungen und offenen Zukunftsperspektiven deutlich. Orientierungen entwickeln und verändern sich in diesem Wechselverhältnis (genauer hierzu Mierendorff 1998a).

Diskrepanz objektiven Erfolgs und subjektiver Bewertung des Verlaufs durch die und aus der Sozialhilfe heraus

Der kontrastierende Vergleich von Verläufen hat zu einem weiteren zentralen Ergebnis geführt. Fast alle Befragten der fünf Typen haben drei Jahre nach dem Sozialhilfebezugsbeginn die Sozialhilfe wieder verlassen. Hier spiegeln sich die Befunde der quantitativen Längsschnittstudie hinsichtlich der unterdurchschnittlichen Verbreitung von Langzeitbezug in allen vier untersuchten Kohorten (s.o.). Aus institutionentheoretischer Perspektive kann dies als Erfolg bewertet werden, denn mit dem Ausstieg aus der Sozialhilfe ist sowohl die institutionelle Erwartung an eine nur vorübergehende Unterstützung gewahrt, als auch im ungleichheitstheoretischem Sinne ein Aufstieg vollzogen, da eine größere Nähe zum Arbeitsmarkt u.U. wieder hergestellt ist. Aus subjektiver Perspektive wird ein solcher Verlauf aber keineswegs zwangsläufig als erfolgreich wahrgenommen. Die Fallanalysen haben verdeutlicht, daß subjektiver Erfolg und Mißerfolg auf der Basis der Ursprungsorientierungen und Lebensentwürfe interpretiert werden muß. Da wir es in unserem Sample mit einem Vorherrschen von DDR-spezifischen Orientierungen bezogen auf die Rückkehr in das Erwerbsleben zu tun haben, wird der Ausstieg aus der Sozialhilfe, der nicht zurück auf den ersten Arbeitsmarkt führt, von einer großen Anzahl von Betroffenen eher negativ bewertet. Nur in den Fällen, in denen Erwartungen nicht explizit auf die Wiederherstellung der unterbrochenen Erwerbsbiographie zielen, wird auch das längere Verbleiben in der Sozialhilfe bzw. eine auch nach dem Bezug instabile, armutsnahe Lebenssituation nicht unbedingt negativ bewertet. Mit diesem Befund bestätigen sich die Ergebnisse des westdeutschen Kooperationsprojekts hinsichtlich der individuell unterschiedlichen Deutung von Langzeitbezug (Buhr 1995). Die Dauer scheint zwar insgesamt ein wesentlicher Faktor in der subjektiven Bewertung der Sozialhilfe und des Verlaufs zu sein, der aber dennoch keine Schlüsse auf eine einheitliche Wahrnehmung der Sozialhilfe

zuläßt. Die Bedeutung von Dauer und Verläufen bleibt zentrales Anliegen der weiteren Auswertungen.

Spezifische Formen des Bewältigungshandelns im Zeitverlauf

Ein weiteres forschungsrelevantes Ergebnis hat die Analyse von Verläufen in der Sozialhilfe hinsichtlich der Herausbildung und Modifizierung von Bewältigungsstrategien erbracht. Generell ist festzustellen, daß wir es über alle Typen hinweg überwiegend mit sehr aktiven Bemühungen hinsichtlich der Bewältigung der unterschiedlichen subjektiv definierten Problemlagen zu tun haben - Annahmen über die vorherrschende Hängemattenmentalität von Sozialhilfeempfänger(inne)n oder deren Rückzug aus sozialen Zusammenhängen (vgl. hierzu Kronauer/Vogel 1998, 344; Lompe 1987) scheinen sich - ebenso wie im westdeutschen Kooperationsprojekt - nicht zu bestätigen (Leisering 1997). Lediglich im Typ 5, bei dem es zu einer Kumulation von biographisch schwierigen Lebensereignissen, mangelnden Kompetenzen hinsichtlich der Lösung von Problemen, geschlossenen Gelegenheitsstrukturen sowie daraus resultierenden fehlenden Zukunftsperspektiven kommt (vgl. Mierendorff 1998a), ist der Wunsch nach Ausstieg aus der Sozialhilfe bzw. aktives auf den Ausstieg bezogenes Bewältigungshandeln reduziert und auf die Bewältigung des Alltags beschränkt. In allen anderen Typen trifft dies nicht zu. Zu unterscheiden ist jedoch hinsichtlich der Zielrichtung des aktiven Bewältigungshandelns. Ist z.B. in Typ 2 die Bewältigung der akuten Lebenskrise primäres Ziel und der Ausstieg aus der Sozialhilfe nachgeordnet, richtet sich in Typ 3 das Handeln konkret auf die baldige Rückkehr in den Arbeitsmarkt, d.h. auf die Wiederherstellung des erwerbszentrierten Lebensentwurfs. Bewältigung zielt also auf das individuell wahrgenommene Problem und wird durch die Relevanzsetzungen in der Sozialhilfesituation geprägt.

Über die Zielrichtung von Bewältigungshandeln hinaus sind drei Formen von Bewältigungsmustern festzustellen, die sich im Zeitverlauf herausbilden.

- a) problemvermeidendes Bewältigungshandeln,
- b) langfristiges strategisches Bewältigungshandeln und
- c) Reaktion auf ein akutes bzw. eskalierendes Problem.

Wie die Herausbildung solcher Formen mit gegebenen Gelegenheitsstrukturen und Persönlichkeitsmerkmalen zusammenhängen, muß im weiteren Untersuchungsprozeß geklärt werden.

Ergebnis 6: Publikationen zum Ost-West-Vergleich

Zentrale Befunde der Halleschen Längsschnittanalysen wurden mit analogen Ergebnissen des Bremer Kooperationsprojektes verglichen und im Rahmen dreier Publikationen behandelt: Rentzsch, Doris/Buhr, Petra (1996): Im Osten nichts Neues? Sozialhilfeverläufe in Ost- und Westdeutschland im Vergleich. (Arbeitspapier 41). Bremen: Universität, Sfb 186; Olk Thomas/Rentzsch, Doris (1997): Armutsverläufe - erste Ergebnisse einer Kohortenanalyse Hallenser Sozialhilfeempfänger(innen). In: Becker, I./Hauser, R. (Hrsg.): Einkommensverteilung und Armut in Deutschland. Frankfurt a.M. ; New York: Campus, S. 161-184; sowie Buhr, Petra/Gangl, Markus/Rentzsch, Doris (1998): Wege aus der Sozialhilfe - Wege in den Arbeitsmarkt? Chancen zur Überwindung des Sozialhilfebezugs in Ost- und Westdeutschland. In: Heinz, W. R./Dressel, W./Blaschke, D./Engelbrech, G. (Hrsg.): Was prägt Berufsverläufe? - Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. (BeitrAB 215). Nürnberg, S. 291-316.

5. Vorträge und andere Außenaktivitäten

Thomas Olk

Armutskolloquium der Hans-Böckler Stiftung „Einkommensverteilung und Armut in den alten und neuen Bundesländern“, 06.12.96, Frankfurt a.M. (zusammen mit D. Rentzsch)

„Kinder in Armut und Sozialpolitik“, Vortrag auf der Tagung „Armut und soziale Ungleichheit im Kindes- und Jugendalter“. Bielefeld, 2/97

Tagung „Soziale Gerechtigkeit, Sozialstaat und Innovation“, Bielefeld, 19.-21.06.97

Arbeitstagung „Soziale Gerechtigkeit“, Mönchengladbach, 19./20.6.97

Vortrag auf den „IV. Armutstagen in Magdeburg“, veranstaltet vom Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Fachhochschule Magdeburg in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund Landesverband Sachsen-Anhalt, der Hans-Böckler-Stiftung und WiGWaM e.V. Magdeburg 13.11.97

Vortrag auf der Tagung „4. Offenes Forum der National Coalition“, Berlin, 06.03.98

„Arbeitsmarktbedingte Ungleichheit und Sozialhilfedynamik in Ostdeutschland - Grenzen aktiver Bewältigungsstrategien.“ Vortrag auf der Tagung „Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik“ der Sektionen Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik. Dresden 28.3.1998. (Zusammen mit J. Mierendorff / D. Rentzsch)

Johanna Mierendorff

Kinder in der Armutsdiskussion. Posterpräsentation auf der Jahrestagung der Sektion Kindheit der DG S. Arnoldshain 9.5.1997

- Reichtum und Armut - ihre soziale Dimension in den neuen Bundesländern. Eröffnungsvortrag auf der Tagung „Zu reich für unser Sozialsystem - Armut in Ostdeutschland“ der Evangelischen Akademie Meißen. Meißen 30.5.1997
- Unterbrochene Erwerbskarrieren und Sozialhilfe (II) - Zeitperspektiven von Sozialhilfeempfänger(inne)n und deren Entstehungszusammenhänge - erste Ergebnisse des Hallenser qualitativen Panels. Vortrag auf dem IAB-Kontaktseminar des Sonderforschungsbereichs 186 der Universität Bremen. Bremen 19.9.1997
- Stellungnahme zur Anhörung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Existenzsicherung von Kindern“. Bonn 29.10.1997
- Wer sind die Armen? Ergebnisse aus der Halleschen Längsschnittstudie. Vortrag für den Tag der Forschung des Fachbereichs Erziehungswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle 14.1.1998
- Children's Situation and Social Exclusion in Germany. Stellungnahme auf dem internationalen Meeting of Experts „Childhood Social Exclusion“ der OECD. Paris 22.1.1998
- Arbeitsmarktbedingte Ungleichheit und Sozialhilfedynamik in Ostdeutschland - Grenzen aktiver Bewältigungsstrategien. Vortrag auf der Tagung „Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik“ der Sektionen Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik. Dresden 28.3.1998. (Zusammen mit T. Olk / D. Rentzsch)
- Das Armutsrisiko von Kindern in Ostdeutschland - aktuelle Forschungsergebnisse und politische Gegenstrategien. Vortrag auf dem Forum „Kinder am Rande der Armut“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Taucha 7.4.1998
- Soziale Grundsicherung für Kinder und Jugendliche. Vortrag auf der Fachtagung „Armut von Kindern und Jugendlichen“ der „Falken“ - Bildungs- und Freizeitwerk NRW. Duisburg 6.6.1998
- Doris Rentzsch
- Dynamische Armutsforschung in Ostdeutschland - Dauer und Ursachen von Sozialhilfeverläufen im sozialpolitischen Kontext. Vortrag in der Sektion Sozialpolitik auf dem 28. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Dresden 10/1996
- Armutsverläufe - erste Ergebnisse einer Kohortenanalyse Hallenser Sozialhilfeempfänger(innen). Vortrag auf dem Kolloquium der Hans-Böckler-Stiftung „Einkommensverteilung und Armut in den alten und neuen Bundesländern“. Frankfurt a.M. 6.12.1996 (Zusammen mit T. Olk)
- Sozialhilfedynamik in den neuen Bundesländern unter sozio-demographischem Aspekt. Vortrag zu den „IV. Armutstagen in Magdeburg“, veranstaltet vom Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Fachhochschule Magdeburg in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund Landesverband Sachsen-Anhalt, der Hans-Böckler-Stiftung und WiGWaM e.V. Magdeburg 14.11.1997
- Einige Grundaussagen über die ostdeutsche Sozialhilfedynamik. Vortrag für den Tag der Forschung des Fachbereichs Erziehungswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle/Saale 14.1.1998

- Arbeitsmarktbedingte Ungleichheit und Sozialhilfedynamik in Ostdeutschland. Vortrag auf der Tagung „Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik“ der Sektionen „Sozialpolitik“ und „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ der DGS. Dresden 27.3.98 (Zusammen mit T. Olk/J. Mierendorff)
- Arme Kinder in Ostdeutschland. Vortrag zum Gesprächskreis „Arbeit und Soziales“ der AG Armut der SPD-Bundestagsfraktion, der Friedrich-Ebert-Stiftung und des SJD - Die Falken. Bonn 4.6.1998

6. Publikationen

- Mädje, E. (zus. mit L. Leisering) (1996): Armut im vereinigten Deutschland - Umbruch und Kontinuität. In: Clausen, L. (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 903-915.
- Mädje, E./Olk, T. (1998): Disruption and Continuity in Life Courses. Poverty in Unified Germany. In: Leisering, L./Leibfried, S.: Time, Life & Poverty. Social Assistance Dynamics in the German Welfare State. Cambridge: Cambridge University Press, S. 249-281.
- Mädje, E./Olk, T. (zus. mit L. Leisering) (1995): Lebensläufe zwischen Umbruch und Kontinuität. Armut im vereinten Deutschland. In: Leibfried, S./Leisering, L./Buhr, P./Ludwig, M./Mädje, E./Olk, T./Voges, W./Zwick, M.: Zeit der Armut. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 238-267.
- Mierendorff, J. (1997): Stellungnahme zur Anhörung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Existenzsicherung von Kindern“ am 29.10.1997, Halle. (Veröffentlichung voraussichtlich 1998).
- Mierendorff, J. (1998a): Subjektive Zeitperspektiven und Umgang mit prekären Situationen - Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger im gesellschaftlichen Umbruch Ostdeutschlands. In: Heinz, W. R./Dressel, W./Blaschke, D./Engelbrech, G. (Hrsg.): Was prägt Berufsverläufe? - Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. (BeitrAB 215). Nürnberg, S. 317-332.
- Mierendorff, J. (1998b): Reiches Land - arme Kinder? Plädoyer für eine kindorientierte Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In: Basler Magazin der Basler Zeitung, Nr. 6, 14.2.1998, S. 15.
- Olk, T. (zus. mit Adalbert Evers) (1996): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Olk, T./Mädje, E. (1993): Sozialhilfedynamik in den neuen Bundesländern. Erstantrag (1994-1996). In: Sfb 186 „Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf.“ Institutionelle Steuerung und individuelle Handlungsstrategien. Finanzierungsantrag für die dritte Forschungsphase 1994 - 1996. Bremen: Sfb 186, S. 725-768.

- Olk, T./Mierendorff, J. (1998a): Kinderarmut und Sozialpolitik - Zur politischen Regulierung von Kindheit im modernen Wohlfahrtsstaat. In: Mansel, J./Neubauer, G. (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit im Kindes- und Jugendalter. Opladen: Leske + Budrich, S. 230-268.
- Olk, T./Mierendorff, J. (1998b): Existenzsicherung von Kindern - zur sozialpolitischen Regulierung von Kindheit im Bundesdeutschen Sozialstaat. In: ZSE 1, Jg. 18, S. 38-52.
- Olk, T./Rentsch, D. (1994): Zur Transformation von Armut in den neuen Bundesländern. In: Riedmüller, B./Olk, T. (Hrsg.): Grenzen des Sozialversicherungsstaates. (Leviathan Sonderheft 14). Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 248-274.
- Olk, T./Rentsch, D. (1996): Kommunale Armutspolitik in Ostdeutschland - Armutslagen und Strategien ihrer Bekämpfung in ausgewählten Kommunen im Land Sachsen-Anhalt. In: Häußermann, H./Neef, R. (Hrsg.): Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 219-247.
- Olk, T./Rentsch, D. (1997): Armutsverläufe - erste Ergebnisse einer Kohortenanalyse Hallenser Sozialhilfeempfänger(innen). In: Becker, I./Hauser, R. (Hrsg.): Einkommensverteilung und Armut in Deutschland. Frankfurt a.M. ; New York: Campus, S. 161-184.
- Olk, T./Rentsch, D. (1998): Kinder in ostdeutschen Armutshaushalten. In: Klocke, A./Hurrelmann, K.: Kinder und Jugendliche in Armut. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 85-111.
- Olk, T. (zus. Mit B. Riedmüller (1994): Grenzen des Sozialversicherungsstaates oder grenzenloser Sozialversicherungsstaat? Eine Einführung. In: Riedmüller, B./Olk, T. (Hrsg.): Grenzen des Sozialversicherungsstaates. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 9-33.
- Olk, T./Mädje, E./Rentsch, D. (1996a): Arbeits- und Ergebnisbericht für die erste Forschungsphase (1994-1996). In: Sonderforschungsbereich 186: Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf. Institutionelle Steuerung und individuelle Handlungsstrategien. Juli 1994 - Juli 1996. Bremen: Universität, Sfb 186.
- Olk, T./Mädje, E./Rentsch, D. (1996b): Sozialhilfedynamik in den neuen Bundesländern. Fortsetzungsantrag für die zweite Forschungsphase (1997-1998). In: Sfb 186: Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf. Institutionelle Steuerung und individuelle Handlungsstrategien. Finanzierungsantrag für die dritte Forschungsphase 1994 - 1996. Bremen., Sfb 186, S. 341-361.
- Rentsch, D. (1997): Dynamische Armutforschung in Ostdeutschland - Dauer und Ursachen von Sozialhilfeverläufen im sozialpolitischen Kontext. In: Rehberg, K.-S. (Hrsg.): Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1996 in Dresden. Band II. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 561-567.

- Rentsch, D. (zus. mit P. Buhr) (1996): Im Osten nichts Neues? Sozialhilfeverläufe in Ost- und Westdeutschland im Vergleich. (Arbeitspapier 41). Bremen: Sfb 186.
- Rentsch, D. (zus. mit P. Buhr und M. Gangl) (1998): Wege aus der Sozialhilfe - Wege in den Arbeitsmarkt? Chancen zur Überwindung des Sozialhilfebezugs in Ost- und Westdeutschland. In: Heinz, W. R./Dressel, W./Blaschke, D./Engelbrech, G. (Hrsg.): Was prägt Berufsverläufe? - Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. (BeitrAB 215). Nürnberg, S. 291-316.
- Rentsch, D. (zus. P. Buhr und A. Weber) (1998): Increasingly Dynamic? The Impact of Social Change on Social Assistance Dynamics. In: Leisering, L./Leibfried, S.: Time, Life & Poverty. Social Assistance Dynamics in the German Welfare State. Cambridge: Cambridge University Press, S. 281-295.

Teilprojekt Z

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts Z: Bereich Methoden und EDV

Thema: Forschungsbegleitende Methodenentwicklung in der Biographie- und Lebenslaufforschung

Beteiligte Wissenschaftler/innen

Prof. Dr. Karl F. Schumann	(GA) Projektleiter
Dr. Heinz-Günter Micheel	(GA) seit 01.08.1997
Dr. Udo Kelle	(GA) bis 30.09.1997
Dr. Gerald Prein	(GA) bis 31.05.1997
Dr. Susann Kluge	(EA)
Dipl.-Sozialwiss. Diane Opitz	(EA) seit 01.02.1998
Dipl.-Soz. Thorsten Sommer	(EA) bis 30.11.1997

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der forschungsbegleitenden Methodenentwicklung zu Beginn der laufenden Phase
3. Kooperationsbeziehungen zu Teilprojekten
4. Ergebnisse
 - 4.1 Qualitative Methodenentwicklung
 - 4.1.1 Bilanzierung der qualitativen Methodenentwicklung am Sfb 186
 - 4.1.2 Verlaufstypologien auf der Grundlage qualitativen Datenmaterials
 - 4.1.3 Theoriegeleitete und längsschnittorientierte Kodierung von Ereignissequenzen in biographischen Mikropanels
 - 4.2 Quantitative Methodenentwicklung
 - 4.2.1 Explorative Methoden für standardisierte Längsschnittdaten
 - 4.2.2 Entwicklung von Methoden zur dynamischen Analyse von Ordinaldaten
 - 4.3 Archivierung der Sfb-Daten
 - 4.3.1 Personen- und Datenschutzkonzept
 - 4.3.2 Das Datenbanksystem „QBiQ“
 - 4.3.3 Informations-Datenbankanwendung / Online-Katalog
5. Außenaktivitäten
 - 5.1 Vorträge u.a.
 - 5.2 Beitrag zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
6. Publikationen in der laufenden Berichtsperiode
 - 6.1 Monographien
 - 6.2 Artikel, Aufsätze
 - 6.3 Arbeitspapiere und bislang unveröffentlichte Manuskripte

1. Zusammenfassung

Der Bereich Methoden und EDV des Sfb berät die empirisch arbeitenden Teilprojekte in methodischen und methodologischen Fragen und entwickelt in enger Zusammenarbeit mit den Projekten verallgemeinerungsfähige Ansätze und Verfahren („forschungsbegleitende Methodenentwicklung“).

Um die Methodenentwicklung am Sfb 186 im Bereich *qualitativer Verfahren* der Lebenslaufforschung zu bilanzieren, hat der Methodenbereich bereits in der laufenden Phase damit begonnen, die bislang entwickelten methodischen Konzepte zu integrieren und zu systematisieren. Dazu wurden zwei Publikationen erstellt, in denen die vom Methodenbereich entwickelten Strategien und Verfahren für die Erhebung und Auswertung qualitativer Daten detailliert erläutert werden: qualitatives Sampling, computergestützte Kodierung, Verfahren für Fallvergleich und Fallkontrastierung, Regeln für eine empirisch begründete Typenbildung etc. Aufgrund des qualitativen Paneldesigns vieler Sfb-Projekte konnten darüber hinaus methodische Konzepte und Strategien zur theoriegeleiteten und längsschnittorientierten Kodierung qualitativen Datenmaterials sowie zur Bildung von komplexen Verlaufstypologien erprobt und weiterentwickelt werden.

In bezug auf die *quantitative Methodenentwicklung* hat sich der Bereich Methoden in der vierten Förderungsphase vor allem mit Problemen explorativer Verfahren für Längsschnittdaten beschäftigt. Dabei standen zwei Problemstellungen im Vordergrund: Zum ersten wurde die Methode zur empirisch begründeten Klassifikation von Ereignissequenzen in standardisierten Längsschnittdaten anhand des Optimal-Matching weiter erprobt und entwickelt, mit der in der dritten Förderungsphase begonnen wurde. Zum zweiten wurde ein Verfahren entwickelt, das den Vergleich von explorativen Typologien aus verschiedenen Stichproben erlaubt. Dies Verfahren ermöglicht, Typologien zum einen im Längsschnitt und zum anderen von einander unabhängigen Stichproben zu vergleichen. Als weiteres wurden zur dynamischen Modellierung standardisierter Längsschnittdaten Modelle für ordinale abhängige Variablen in der Lebenslaufforschung erprobt und weiterentwickelt.

Schließlich wurden bereits wichtige Vorarbeiten für die *Archivierung* der qualitativen und quantitativen Sfb-Daten geleistet: Es wurde ein umfangreiches Personen- und Datenschutzkonzept entwickelt, das verschiedene Anonymisierungsstrategien sowie detaillierte Bedingungen für die Weitergabe der Daten beinhaltet, und ein Datenbanksystem programmiert („QBiQ“), mit dem die qualitativen und quantitativen Daten der Sfb-Projekte gemeinsam verwaltet werden können. Außerdem wurde eine Datenbankanwendung entwickelt, auf deren Basis Informationen über das archivierte Datenmaterial in der Form eines Katalogs über das Internet abrufbar sein werden.

2. Stand der forschungsbegleitenden Methodenentwicklung zu Beginn der laufenden Phase

Um die Wechselwirkungen zwischen den Momenten objektiver Sozialstrukturen und den subjektiven Handlungsorientierungen und Deutungsmustern der Akteure möglichst optimal untersuchen zu können, haben viele Teilprojekte des Sfb sowohl quantitative als auch qualitative Verfahrensweisen angewendet und auf verschiedenen Ebenen des Forschungsprozesses miteinander verknüpft. Die Anwendung und Kombination der verschiedenen Verfahrensweisen im Längsschnitt hat jedoch zu einer Reihe von methodischen und methodologischen Problemen geführt, die bisher in der Literatur nur wenig behandelt wurden. In enger Kooperation mit den empirisch arbeitenden Teilprojekten hat der Methodenbereich deshalb in den vergangenen Förderungsphasen verallgemeinerungsfähige Konzepte und Ansätze entwickelt, die sich auf den Bereich *qualitativer Sozialforschung*, auf das Gebiet *statistischer Verfahren zur Analyse von Längsschnittdaten* und die *Integration von qualitativen und quantitativen Verfahren* beziehen.

Der Stand der forschungsbegleitenden Methodenentwicklung am Sfb im Bereich der *qualitativen Lebenslaufforschung* beruht auf Vorarbeiten des Methodenbereichs in den bisherigen Förderungsphasen. Dabei sind zunächst Verfahren des „theoretical“ und „selective sampling“ (Glaser/Strauss 1998; Schatzman/Strauss 1973) weiterentwickelt und kriteriengeleitete Stichprobenpläne konstruiert und eingesetzt worden (Prein/Kelle/Kluge 1993; Prein/Kluge/Kelle 1994), um typischen Validitätsproblemen bei der qualitativen Stichprobenziehung zu begegnen. Die systematische Berücksichtigung sozialstruktureller Randbedingungen beim Sampling führte zum Aufbau umfangreicher qualitativer Mikropanels. Um diese Datenmengen systematisch und nachvollziehbar auswerten zu können, wurden computergestützte Verfahren der qualitativen Datenanalyse erprobt (Tesch 1990; Fielding/Lee 1991; Kuckartz 1992; Miles/Huberman 1994) und komplexe EDV-gestützte Textdatenbanksysteme und Retrievalalgorithmen (weiter-)entwickelt und eingesetzt (Kelle/Prein/Bird 1995; Kelle 1994, 1996b, 1996c). Da die thematische Kodierung des Datenmaterials eine Grundvoraussetzung für den Einsatz EDV-gestützter Verfahren darstellt, wurden verschiedene Verfahren des „achsialen“ und „selektiven Kodierens“ (Glaser 1978; Strauss/Corbin 1990) für die theoriegeleitete und intersubjektive Auswertung qualitativer Daten erprobt (Seidel/Kelle 1995;

Kelle 1996a). Dabei wurden jenseits naiv induktivistischer Konzepte (vgl. Glaser/ Strauss 1998; Glaser 1992) wissenschaftstheoretische Grundlagen von Methodologien empirisch begründeter Theoriebildung erarbeitet (Kelle 1995, 1996a, 1998a) und zur Entwicklung von Strategien genutzt, mit deren Hilfe die vielfach in qualitativen Studien intuitiv gehandhabte Einbeziehung heuristisch-analytischer Rahmenkonzepte expliziert und systematisiert werden kann. In der dritten Förderungsphase wurden Verfahren der Typenbildung auf der Basis qualitativer Textdaten (vgl. u.a. Gerhardt 1986, 1991; Kuckartz 1988, 1995) in Kooperation zwischen Methodenbereich und Teilprojekten erprobt und Konzepte für eine empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Längsschnittforschung entwickelt, die sich für die Analyse großer qualitativer Samples eignen. Hierzu wurden die grundlegenden Begriffe und Verfahrensschritte der Typenbildung geklärt sowie die Vor- und Nachteile einer computergestützten Typenbildung, wie Kuckartz (1988, 1995) sie vorschlägt, eingehend untersucht (vgl. jetzt Kluge 1999).

Auf dem Gebiet der *quantitativen Sozialforschung* hat sich der Bereich Methoden bis zum Beginn der laufenden Förderphase zum einen sehr intensiv mit Verfahren zur Analyse von Längsschnittdaten und zum anderen mit Inferenzstrategien für komplexe multivariate Verfahren befaßt. Zur explorativen Untersuchung von Ereignissequenzen in standardisierten Längsschnittdaten wurden Methoden zur empirisch begründeten Klassifikation von Längsschnittdaten erprobt (Erzberger/Prein 1997a). Im Rahmen der Anwendung von hierarchischen Clusterverfahren wurden Algorithmen anhand des Optimal Matching (vgl. Sankoff/Kruskal 1983; Abbott/Hrycak 1990) an verschiedenen Datensätzen eingesetzt, um die Anwendungsmöglichkeiten und Grenzen dieser Techniken im Rahmen der Sequenzmusteranalyse zu prüfen. Des Weiteren wurden auf dem Gebiet zur Analyse von Längsschnittdaten Fragen zur kausalen Modellierung bearbeitet. Es ging dabei um Probleme der Modelladäquanz von Standardverfahren der Ereignisanalyse bzw. die Prüfung von voraussetzungsärmeren Alternativen. In diesem Kontext wurden sowohl explorative Herangehensweisen als auch Panelmodelle und diskrete Modelle der Event History Analysis erprobt. Außerdem wurde eine Reihe von Arbeiten zu Inferenzstrategien für komplexe multivariate Modelle vorgelegt, die das Risiko von Fehlern zweiter Art berücksichtigen. In diesem Zusammenhang wurden Algorithmen zur Berechnung der Teststärke bei der multivariaten Analyse kategorialer

Daten entwickelt (Kelle/Prein 1994; Prein/Kelle 1994; Prein/Kluge/Kelle 1994). Ein besonderes Augenmerk galt dabei Validitätsbedrohungen bei der vergleichenden Analyse von Datensätzen (Kelle/Prein 1995).

Außerdem wurden in den vergangenen Förderungsphasen methodologische und wissenschaftstheoretische Konzepte zur *Integration qualitativer und quantitativer Methoden* (vgl. u.a. Denzin 1977; Devereux 1978; Barton/Lazarsfeld 1984; Fielding/Fielding 1986; Flick 1991) auf ihre Brauchbarkeit für das Sfb-Forschungsprogramm untersucht (Prein/Kelle/Kluge 1993) und Konzepte zu einer handlungstheoretischen Fundierung einer solchen Methodenintegration entwickelt (Kelle/Lüdemann 1995, 1996).

Für die computergestützte *Archivierung* qualitativen Datenmaterials liegt in Deutschland bislang kein allgemeingültiges Konzept vor, weil diese Daten – wenn überhaupt – nur thematisch begrenzt und dezentral gesammelt werden. In Großbritannien sind hingegen von den MitarbeiterInnen des nationalen „Qualitative Data Archival Resource Centre“ der Universität von Essex, das 1994 gegründet worden ist, allgemeine Grundlagen für die Archivierung qualitativer Daten erarbeitet worden (Corti/Foster/Thompson 1995; Corti/Thompson 1998). Diese können aufgrund der unterschiedlichen datenschutzrechtlichen Bestimmungen in beiden Ländern jedoch nur teilweise auf deutsche Verhältnisse übertragen werden.

3. Kooperationsbeziehungen zu Teilprojekten

Das Konzept der forschungsbegleitenden Methodenentwicklung erfordert eine enge Kooperation des Methodenbereichs mit den empirisch arbeitenden Teilprojekten des Sfb. Diese Kooperation wurde in der laufenden Förderungsphase vor allem durch die methodische Beratung der Teilprojekte, die gemeinsame (Weiter-)Entwicklung von methodischen Ansätzen und Verfahren sowie die Zusammenarbeit in einer Arbeitsgruppe zur *Verbindung qualitativer und quantitativer Verfahren* in der Lebenslaufforschung realisiert. Dabei ergaben sich in einigen Bereichen intensive Arbeitsvorhaben, um sowohl Lösungen für spezifische methodische Fragestellungen als auch für die Archivierung und Anonymisierung der Sfb-Datensätze zu erarbeiten. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Methodenintegration werden in der nächsten Phase in einer gemeinsamen Publikation mit den

Teilprojekten A1, A3, A4, B1 und D3 veröffentlicht (siehe Fortsetzungsantrag, 3.5.2.1).

Im Bereich der *qualitativen Methodenentwicklung* wurde sehr eng mit den Projekten A1, A3 und D3 kooperiert, um Vorgehensweisen für eine theoriegeleitete und längsschnittorientierte Kodierung der biographischen Mikrodaten zu erproben und Verfahren zu erarbeiten, mit denen die Stabilität der in den ersten Phasen gebildeten Typen anhand des Datenmaterials der späteren Erhebungswellen überprüft und schließlich komplexe Verlaufstypologien konstruiert werden können, die sich auf den gesamten Beobachtungszeitraum beziehen. In Zusammenarbeit mit dem Teilprojekt A3 wird dabei zur Zeit das vom Methodenbereich programmierte Datenbanksystem „QBiQ“ weiterentwickelt, um die Aufbereitung der qualitativen Paneldaten für Längsschnittanalysen zu verbessern.

Der Bereich Methoden kooperierte mit den *quantitativ* arbeitenden Teilprojekten – neben der beratungsorientierten Zusammenarbeit – schwerpunktmäßig in bezug auf Probleme der Analyse mit standardisierten Längsschnittdaten. Es wurde sehr eng mit den Teilprojekten A1, A3, B1 und D3 bei der Entwicklung und Erprobung von explorativen Methoden mit standardisierten Längsschnittdaten zusammengearbeitet. Mit den Teilprojekten A3 und B6 wurden intensiv Fragen zur dynamischen Modellierung strukturkausaler Prozesse mit standardisierten Längsschnittdaten bearbeitet.

Für die *Archivierung* der qualitativen Daten mußte ein umfangreiches Personen- und Datenschutzkonzept erarbeitet werden, um zum einen die Gefahr der Re-Identifikation für die befragten Personen zu minimieren und zum anderen die archivierten Daten vor unerlaubtem Zugriff zu sichern. Insbesondere bei der Erarbeitung der Anonymisierungsstrategien hat der Methodenbereich sehr eng mit den Teilprojekten des Sfb zusammengearbeitet, um einerseits zu untersuchen, wo die spezifischen Risiken liegen, also welche Informationen in den Interviews z.B. zu einer Re-Identifikation führen könnten, und andererseits verschiedene Anonymisierungsstrategien zu erarbeiten und zu erproben.

4. Ergebnisse

4.1 Qualitative Methodenentwicklung

4.1.1 Bilanzierung der qualitativen Methodenentwicklung am Sfb 186

Die bisherigen Ergebnisse der forschungsbegleitenden Methodenentwicklung am Sfb im Bereich qualitativer Lebenslaufforschung sind in der laufenden Phase in zwei Publikationen gebündelt worden, die sich schwerpunktmäßig verschiedenen Verfahren des Fallvergleichs und der Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung (Kelle/Kluge 1999) sowie der Bildung von Typen und Typologien widmen (Kluge 1999). Darüber hinaus werden in den Publikationen forschungslogische und methodologische Grundlagen der qualitativen Sozialforschung diskutiert und am Sfb entwickelte Strategien der qualitativen Datenerhebung und -auswertung anhand von Beispielen aus der Forschungspraxis der Sfb-Projekte veranschaulicht bzgl. qualitatives Sampling, Einsatz EDV-gestützter Verfahren, Kodierung qualitativen Datenmaterials, Fallvergleich und Fallkontrastierung sowie die Konstruktion empirisch begründeter Typologien.

In Abgrenzung zu induktivistischen Modellen des Forschungsprozesses (Glaser/Strauss 1998; Glaser 1992), bei denen zentrale Kategorien und Konzepte quasi von selber aus dem Datenmaterial emergieren sollen, werden wissenschaftstheoretisch begründete Modelle *empirisch begründeter Theoriebildung* herausgestellt, bei denen theoretisches Vorwissen und empirisches Beobachtungswissen methodisch kontrolliert verknüpft werden (Kelle 1995, 1996a, 1998a). Die zentrale Bedeutung theoretischen Vorwissens besteht dabei weniger in der Formulierung präziser und empirisch gehaltvoller Hypothesen, sondern vielmehr in der „theoretischen Sensibilisierung“ für relevante Aspekte des Datenmaterials durch empirisch gehaltlose, heuristische Rahmenkonzepte.

Unter der Prämisse, daß sozialstrukturelle Kontextbedingungen das soziale Handeln ebenso beeinflussen wie die Deutungsmuster und Handlungsorientierungen der Akteure, ist die Variabilität der sozialstrukturellen Bedingungen auch bei der Auswahl der Untersuchungseinheiten systematisch zu berücksichtigen. Dabei kann die Heterogenität des Untersuchungsfeldes sowohl mit Methoden des „*theoretischen*“ und „*selektiven Sampling*“ (Schatzman/Strauss 1973; Glaser/Strauss 1998;) – die jedoch ein sehr offenes Untersuchungsdesign erfordern – als auch durch die

Konstruktion von qualitativen Stichprobenplänen erfaßt werden. Liegen – wie in den Sfb-Studien – Ergebnisse aus quantitativen Untersuchungen vor, kann dieses Vorwissen hinsichtlich relevanter struktureller Einflußgrößen im untersuchten Handlungsfeld auf jeden Fall genutzt werden, um kriteriengeleitete Stichprobenpläne beim Sampling einzusetzen (siehe u.a. Ludwig 1996; Schumann u.a. 1996; Struck-Möbbeck u.a. 1996; Dietz u.a. 1997; Erzberger 1998) und auf diese Weise *theoretisch relevante Verzerrungen* zu vermeiden (Kelle/Kluge/Prein 1993).

Die systematische Berücksichtigung sozialstruktureller Randbedingungen durch eine kriteriengeleitete Stichprobenziehung führt u.U. zu sehr umfangreichen qualitativen Samples, die nur mit Hilfe EDV-gestützter Verfahren angemessen strukturiert werden können (Kelle 1994, 1997b; Kelle/Prein/Bird 1995). Werden diese Verfahren eingesetzt und komplexe Kategoriensysteme verwendet, kann z.B. auf jeder Stufe des Auswertungsprozesses auf relevante Textpassagen zurückgegriffen werden. Durch die systematische Analyse der großen Stichproben wird zudem die interne Validität der qualitativen Auswertungsergebnisse erhöht (Kelle/Laurie 1995; Prein 1996; Kelle 1998b).

Da EDV-gestützte Verfahren auf der thematischen Kodierung des Datenmaterials – also der Zuordnung von Textsegmenten zu Kategorien – beruhen, hat sich der Methodenbereich bereits in den ersten Förderungsphasen mit den Problemen *qualitativer Kodierung* befaßt (Kelle 1994; Seidel/Kelle 1995). Bei der interpretativen Analyse großer Mengen qualitativen Textmaterials hängt die Güte der Auswertung und ihrer Ergebnisse sowohl von der Sorgfalt ab, mit der das Material kodiert wird, als auch von dem verwendeten Kategorienschema. Die Mehrzahl der Sfb-Projekte hat dabei in Zusammenarbeit mit dem Methodenbereich Kategorien- bzw. Kodierschemata zunächst mit Hilfe heuristisch-analytischer Rahmenkonzepte und auf der Basis empirischen Datenmaterials entwickelt und „dimensionalisiert“ und schließlich bei der Strukturierung und vergleichenden Analyse qualitativen Datenmaterials eingesetzt (Kelle/Kluge 1999).

Die systematische Kontrastierung von Fällen ist für die deskriptive Gliederung eines Untersuchungsfeldes unverzichtbar, wenn das Forschungsziel in der Beschreibung, Analyse und Erklärung sozialer Strukturen besteht. Nur über den Vergleich und die Kontrastierung von Fällen gelangt man zu einer validen und

methodisch kontrollierten Beschreibung und Erklärung dieser Strukturen (vgl. Gerhardt 1986; Strauss/Corbin 1990; Glaser/Strauss 1998). Dabei müssen Ähnlichkeiten und Unterschiede sowohl auf Einzelfallebene als auch fallübergreifend identifiziert und Methoden und Techniken des Fallvergleichs auf verschiedenen Ebenen des Auswertungsprozesses eingesetzt werden (vgl. Kelle/Kluge 1999).

Trotz des zentralen Stellenwerts von Typisierungs- und Klassifizierungsverfahren in der qualitativen Sozialforschung, finden sich in der neueren Literatur nur wenige allgemeine und systematische Abhandlungen zur Typenbildung (vgl. Gerhardt 1986, 1991; Kuckartz 1988, 1995). Um Regeln für eine *empirisch begründete Typenbildung* zu formulieren, wurden daher die methodologischen und erkenntnistheoretischen Grundlagen qualitativer und quantitativer Verfahren der Typenbildung erarbeitet und so die formalen Schritte des Prozesses der Typenbildung aus einheitswissenschaftlicher Perspektive entwickelt (vgl. Kluge 1999). Unterschieden wird dabei zwischen vier Grundstufen der Typenbildung, die mit Hilfe verschiedener Auswertungsmethoden und -techniken realisiert werden können: (1) Erarbeitung relevanter Vergleichsdimensionen, (2) Gruppierung der Fälle, (3) inhaltliche Zusammenhangsanalyse und Typenbildung sowie (4) Charakterisierung der gebildeten Typen (s. auch Kelle/Kluge 1999).

4.1.2 Verlaufstypologien auf der Grundlage qualitativen Datenmaterials

In den vergangenen Förderungsphasen sind in den Einzelprojekten des Sfbs verschiedene Typologien anhand des qualitativen und quantitativen Datenmaterials – teilweise querschnittsorientiert, teilweise längsschnittorientiert – entwickelt worden. Um die Bildung der meist sehr komplexen Typologien systematisch und nachvollziehbar zu gestalten, hat der Methodenbereich bereits in der letzten Förderungsphase die methodologischen und erkenntnistheoretischen Grundlagen qualitativer und quantitativer Verfahren der Typenbildung erarbeitet und die formalen Schritte des Typenbildungsprozesses aus einheitswissenschaftlicher Perspektive herausgearbeitet (siehe Kelle 1997a, 1998a; Kluge 1999). Vor allem die Integration der verschiedenen Typologien zu *längsschnittorientierten Verlaufstypologien* hat in der laufenden Phase eine Reihe weiterer methodologischer und methodischer Probleme aufgeworfen, die der Methodenbereich in Kooperation mit den Teilprojekten bearbeitet hat.

Die Bildung von Typen stellt grundsätzlich einen sehr komplexen und vielschichtigen Prozeß dar, der sich aus mehreren Stufen – Erarbeitung von relevanten Vergleichsdimensionen, Gruppierung der Fälle, Analyse inhaltlicher Sinnzusammenhänge und Typenbildung, Charakterisierung der gebildeten Typen – und innerhalb dieser Stufen aus weiteren Einzelschritten zusammensetzt, die sich gegenseitig bedingen (siehe ausführlich Kluge 1999). Bei der Typenbildung handelt es sich daher weniger um einen linearen, als vielmehr um einen reziproken Prozeß. Das Datenmaterial wird dabei mit Hilfe von einzelfallorientierten und fallvergleichenden Auswertungsschritten hinsichtlich einer Vielzahl von Fragestellungen und Themen – immer wieder – analysiert, die zunächst zu unterschiedlichen Gruppierungen und verschiedenen Typen führen. Erst in einem späteren Auswertungsschritt werden diese thematisch (noch) begrenzten Typologien miteinander verknüpft, um die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Aspekten einer Fragestellung zu untersuchen. So sind z.B. im Teilprojekt A3 (Dietz u.a. 1997) die Berufsverläufe der Jugendlichen und ihr delinquentes Verhalten zunächst gesondert analysiert worden, bevor die Verbindungen zwischen den beiden Themen untersucht wurden. Und im Teilprojekt D3 wurden zunächst die verschiedenen Lebensverläufe und Hilfskonzepte von SozialhilfeempfängerInnen typisiert, bevor die beiden Themenbereiche zu einer Typologie von Armutskarrieren miteinander verbunden wurden (Ludwig 1996).

Obwohl die *zeitliche* Dimension oft schon bei der Typologisierung der einzelnen Themenbereiche berücksichtigt wird, indem z.B. Berufs- oder Lebensverläufe untersucht werden, gestaltet sich die Bildung von *Verlaufstypologien* in den Teilprojekten des Sfb sehr kompliziert, weil (1.) nicht nur die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Themenbereichen (wie Delinquenz und Berufsverlauf) bzw. zwischen den bereits entwickelten Typologien zu diesen Themenbereichen, sondern (2.) auch zwischen den verschiedenen zeitlichen Verläufen und Veränderungen dieser Teilaspekte analysiert werden müssen.

Bei der Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten für die Konstruktion komplexer Verlaufstypologien durch den Methodenbereich zeigte sich zunächst, daß das bereits von Barton (1955) und Lazarsfeld (1937; sowie Lazarsfeld/Barton 1951) vorgestellte „Konzept des Merkmalsraums“ nicht nur eine systematische Gruppierung der untersuchten Fälle ermöglicht, sondern in erweiterter Form auch genutzt

werden kann, um verschiedene (Teil-)Typologien methodisch geregelt miteinander zu verbinden (siehe ausführlich Kluge 1999, S. 144 ff, 218 ff, 270 ff).

In Zusammenarbeit mit Teilprojekten des Sfb wurden darüber hinaus verschiedene Wege evaluiert, qualitative und quantitative Verfahrensweisen bei der Typenbildung miteinander zu verbinden. So wurde im Teilprojekt A1 versucht, eine *qualitative* Typologie zu *Berufsbiographischen GestaltungsModi* (BGM) (Witzel/Kühn 1999) mit Hilfe der standardisierten Daten zu rekonstruieren. Die Analysen führten zur Entwicklung einer eigenständigen Typologie „*Berufsbiographischer Orientierungsmuster*“ (Schaeper 1998), die sich nur ansatzweise mit der qualitativen Typologie deckt, da die BGM mit den standardisierten Daten nur bruchstückhaft operationalisiert werden konnten und sich viele der Befragten nach den vier Jahren, die zwischen der dritten qualitativen Interviewwelle und der vierten Welle des quantitativen Panels liegen, in anderen Lebenssituationen befinden (s. Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts A1).

Da der *Beobachtungszeitraum* einen zentralen Faktor für die Konstruktion von Verlaufstypologien darstellt, müssen auch die von den Sfb-Projekten konstruierten qualitativen Typologien nach der Erhebung weiterer Interviewwellen erneut überprüft und ggf. modifiziert werden. So wurde z.B. im Teilprojekt A1 nach den Erstinterviews eine Typologie *Berufsbiographischer GestaltungsPrinzipien* konstruiert (BGP; vgl. Mönlich/Witzel 1994; Heinz/Witzel 1995; Witzel 1996). Die jungen Erwachsenen konnten jedoch den einzelnen Typen aufgrund der relativ kurzen Berufs- und Arbeitsmarkterfahrungen – sie waren ca. ein halbes Jahr nach dem Ende der Ausbildung befragt worden – nicht immer eindeutig zugeordnet werden. Nach der Erhebung weiterer Befragungswellen konnten schließlich mehrere berufsbiographische Stationen (Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Wehr- und Zivildienst, Fachhochschule, etc.) erfaßt und damit die Existenz, Konstanz und die möglichen Veränderungen der zunächst entwickelten BGP überprüft und zur Typologie *Berufsbiographischer GestaltungsModi* (BGM) weiterentwickelt werden vgl. Witzel/Kühn 1999). Auch im Teilprojekt A3 wird bei der Endauswertung der fünf qualitativen Panelwellen in der Abschlußphase überprüft, inwieweit die in den ersten Phasen konstruierten Typen (vgl. Dietz u.a. 1997, S. 247 ff) beibehalten werden können oder in welchen Bereichen Modifikationen notwendig sind, indem z.B. zusätzliche Verlaufstypen gebildet oder ein-

zelne Typen kombiniert werden müssen. Aufgrund des Längsschnittansatzes der beiden Teilprojekte mit drei (A1) bzw. fünf (A3) Panelwellen kann die Stabilität der gebildeten Typen über einen sehr langen Zeitraum überprüft werden.

4.1.3 Theoriegeleitete und längsschnittorientierte Kodierung von Ereignissequenzen in biographischen Mikropanels

Die Erhebung großer qualitativer Samples in mehreren Wellen führte in den Sfb-Projekten zu umfangreichen qualitativen Mikropanels. Um die Auswertung dieser Datenmengen systematisch und nachvollziehbar zu gestalten – und z.B. bei den Analysen jederzeit auf relevante Textpassagen zurückgreifen zu können –, wurden vom Methodenbereich bereits in den vergangenen Förderungsphasen computergestützte Verfahren und komplexe Retrievalalgorithmen (weiter-)entwickelt und von den Teilprojekten eingesetzt. Dabei erfolgte die Kodierung und Analyse des Datenmaterials jedoch in erster Linie querschnittsorientiert. Da bisherige Ansätze, die vorrangig der Erfassung hierarchischer oder komplexer logischer Strukturen dienen (vgl. Richards/Richards 1995; Ragin 1995), nur bedingt genutzt werden konnten, um Verlaufstypologien die einen großen Beobachtungszeitraum umfassen, zu konstruieren, mußten komplexere Datenbankstrukturen und Kodierschemata entwickelt werden, die eine *verlaufsorientierte* Analyse des Datenmaterials über die verschiedenen Erhebungswellen hinweg ermöglichten (Kelle 1997a, 1997b, 1997c). Um die zeitliche Struktur der berufsbiographischen Gestaltungsweisen junger Erwachsener zu erfassen, wurde z.B. im Teilprojekt A1 ein komplexes Kodierschemata entwickelt (Kühn/Witzel 1998), mit dem das Datenmaterial sowohl hinsichtlich berufs- und familienbiographischer Orientierungen thematisch indiziert als auch zeitlich strukturiert werden konnte, indem die verschiedenen beruflichen Optionen der Befragten nach Stationen geordnet und entsprechend kodiert wurden. Zur besseren Vergleichbarkeit der Fälle wurde bei den einzelnen Stationen darüber hinaus noch unterschieden (und entsprechend kodiert), ob es sich jeweils um Aspirationen, Realisationen oder Bilanzierungen bzgl. der jeweiligen Option bzw. Station handelt (s. BARB-Schema: Witzel 1999; Witzel/Kühn 1999; Kelle/Kluge 1999). Mit Hilfe dieser komplexen Kodierstruktur ist es schließlich möglich gewesen, die berufsbiographischen Verläufe der Befragten detailliert und differenziert zu erfassen.

Die vom Teilprojekt A1 entwickelten Lösungswege für die computergestützte Kodierung qualitativer Paneldaten werden zur Zeit vom Methodenbereich in Kooperation mit dem Teilprojekt A3 überprüft, ggf. ergänzt und anschließend systematisiert und verallgemeinert (s. Fortsetzungsantrag, 3.5.4.2). Da das Teilprojekt A3 die jungen Erwachsenen insgesamt *fünfmal* qualitativ befragt hat, werden für die Kodierung zudem gegenwärtig Lösungswege entwickelt, um Aussagen, die die Befragten hinsichtlich desselben Ereignisses – jedoch zu verschiedenen Erhebungszeitpunkten – gemacht haben, auch zeitlich zuordnen zu können. Um die Aufbereitung der qualitativen Paneldaten für Längsschnittanalysen zu verbessern, wird außerdem das Datenbanksystem „QBiQ“, das vom Methodenbereich für die Aufbereitung und Archivierung der quantitativen und qualitativen Sfb-Daten programmiert wurde (s. 4.3.2), zur Zeit weiterentwickelt.

4.2 Quantitative Methodenentwicklung

4.2.1 Explorative Methoden für standardisierte Längsschnittdaten

Der Bereich Methoden hat sich in der vierten Förderungsphase intensiv mit Problemen explorativer Verfahren für standardisierte Längsschnittdaten befaßt. Zwei Problemstellungen standen dabei im Vordergrund. Zum ersten wurden Methoden zur empirisch begründeten Klassifikation von Längsschnittdaten erprobt; zum zweiten wurde ein Verfahren entwickelt, das den Vergleich von explorativen Typologien aus verschiedenen Stichproben ermöglicht.

Seit der dritten Förderungsphase beschäftigt sich der Bereich Methoden intensiv mit Verfahren zur explorativen Untersuchung von Ereignissequenzen in standardisierten Längsschnittdaten. Es wurden entsprechende Methoden zur empirischen Klassifikation von Längsschnittdaten erprobt und weiterentwickelt; dies ist insbesondere in enger Kooperation mit den Teilprojekten D3, B1 und A3 erfolgt. Im Rahmen der Anwendung von hierarchischen Clusteranalysen wurden Algorithmen anhand des Optimal Matching (vgl. Sankoff/Kruskal 1983; Abbott/Hrycak 1990) eingesetzt: Bereits in der dritten Förderungsphase waren erste Ansätze zur Klassifikation von Verlaufsinformationen mittels des Optimal-Matching-Verfahrens entwickelt worden. Hierzu wurden diese Methoden zunächst auf die Analyse von Sozialhilfeverläufen (in Kooperation mit dem Teilprojekt D3) sowie von Erwerbsverläufen (in Kooperation mit dem Teilprojekt B1) angewandt. Eine Bilanz dieser

Umsetzungen gibt der Beitrag von Erzberger und Prein (1997a), in dem die generelle Anwendbarkeit zwar gezeigt werden kann, jedoch auch spezifische Probleme ausgewiesen werden: Diese liegen neben Fragen der ex-ante-Gewichtung von Statusdifferenzen sowie der kausalen Interpretierbarkeit vor allem darin, daß bei der Anwendung dieser Techniken die Unabhängigkeit der Zustandsinformationen zu verschiedenen Zeitpunkten vorausgesetzt wird. Eine solche Annahme ist bei der Analyse von Sequenzen in anderen (insbesondere natur-)wissenschaftlichen Disziplinen unproblematisch; sie wirft aber insbesondere dort Fragen auf, wo der Verbleib in bestimmten Zuständen (etwa: Erwerbstätigkeit) analysiert werden soll. Um dieses Problem partiell umgehen zu können, wurde der in Anlehnung an Abbott/Hrycak (1990) entwickelte Algorithmus in der laufenden Förderungsphase dahingehend modifiziert, daß Einfüge-, Lösch- und Substitutionskosten in Abhängigkeit von der Position innerhalb einer Episode definiert werden konnten (etwa: 3. Monat innerhalb eines „Erwerbsspiels“). Dieser modifizierte Algorithmus wurde wiederum im Teilprojekt A3 sowohl zur Exploration von Erwerbs- als auch von Delinquenzverläufen erfolgreich angewandt (vgl. Matt/Prein/Schumann 1998; Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts A3).

Außerdem wurde ein Verfahren entwickelt, das den Vergleich von explorativen Typologien aus verschiedenen Stichproben ermöglicht: So kann man Typologien zum einen im Längsschnitt und zum anderen aus von einander unabhängigen Stichproben (Ost-West-Vergleich; Cross-National Studies) vergleichen. Die Vergleichbarkeit von Typologien im Längsschnitt und aus von einander unabhängigen Stichproben stellt allgemein ein methodisches Problem der empirischen Sozialforschung dar. Um eine Vergleichbarkeit zu erreichen, wird bisher methodisch so verfahren, daß anhand von Ähnlichkeiten Typen aus verschiedenen Stichproben miteinander verglichen werden. Dieses Verfahren ist letztendlich nicht zulässig. Empirische Typisierungen werden in der empirischen Praxis überwiegend anhand von Clusteranalysen wahrgenommen. Generell können in verschiedenen Stichproben anhand von Clusteranalysen zwar mehr oder weniger ähnliche, aber nicht identische Typologien identifiziert werden. So lassen sich Veränderungen im Zeitverlauf oder Unterschiede aus von einander unterschiedlichen Stichproben nicht eindeutig interpretieren. Einen Ausweg aus diesem Dilemma zeigt ein – im Bereich Methoden entwickelter – methodischer Ansatz (Micheel 1999a) auf.

Dieser Ansatz bietet die Möglichkeit, identische Typologien mit Hilfe eines Reproduktionsverfahrens zu bilden, so daß die geforderten Voraussetzungen der Vergleichbarkeit erfüllt sind. Bei diesen Verfahren ist anzumerken, daß eine sinnvolle Reproduktion nur dann möglich ist, wenn sie auf der Grundlage einer eindeutigen sehr trennscharfen Clusterlösung stattfindet. Eindeutige trennscharfe Clusterlösungen lassen sich, dies wurde anhand von Analysen mit verschiedenen Datensätzen erprobt, aus einer Kombination von hierarchischen Clusteranalysen nach der Ward-Methode und eines anschließenden iterativen Verfahrens nach dem Varianz-Kriterium entsprechend der Ward-Methode (Increase in Sum of Squares) erzielen. Ein häufig auch nicht beachtetes Problem ist die Bedingung der Orthogonalität der Variablen, die in eine Clusteranalyse eingehen. Um diese Bedingung zu erfüllen, sollten die Variablen mit einer Hauptkomponentenanalyse orthogonalisiert werden (vgl. Kaufman 1985). Typologien, die anhand des hier beschriebenen Verfahrens gebildet werden, lassen sich in drei Schritten reproduzieren:

1. Erstens erfolgt die Schätzung der Hauptkomponentenwerte der Variablen, die in eine Clusteranalyse eingehen, durch eine multiple Regressionsrechnung. Mit den geschätzten Regressionskoeffizienten und den entsprechenden z-transformierten Variablen lassen sich für die anderen Stichproben Hauptkomponentenwerte nach dem ursprünglichen Hauptkomponenten-Modell ermitteln.
2. Um in einem zweiten Schritt eine Clusterlösung zu reproduzieren, werden für die zu reproduzierende Clusterlösung Maximum-Likelihood-Schätzwerte der Hauptkomponentenwerte mit einer multinominalen logistischen Regression berechnet.
3. Für eine hypothetische Stichprobe wird nun in einem dritten Schritt unter Anwendung der Schätzgleichung eines multinominalen Logit-Modells mit den reproduzierten Hauptkomponentenwerten und den Maximum-Likelihood-Schätzwerten eine Typologie reproduziert.

In bezug auf die Maximum-Likelihood-Schätzmethode ist anzumerken, daß Maximum-Likelihood-Schätzer nicht nur viele positive Eigenschaften haben (vgl. Greene 1990, S. 118/119; Micheel 1994, S. 139), sondern auch eine sehr ungünstige: Das ist die Nicht-Existenz von Schätzwerten bei Redundanz (vgl. Albert/Anderson 1984). Eindeutige trennscharfe Clusterlösungen bedeuten auch immer, daß es aufgrund von Redundanz keine wahren Maximum-Likelihood-Schätzer gibt. Dies ist aber – wie die bisherigen Analysen mit verschiedenen Datensätzen

zeigen – für die Reproduktion kein Problem: Man kommt dennoch zu Schätzungen, die die exakten Wahrscheinlichkeiten wiedergeben. Die Schätzwerte sollte man aber nicht interpretieren, denn es sind keine „besten“ Schätzwerte, auch lassen sie sich nicht inferenzstatistisch überprüfen.

4.2.2 Entwicklung von Methoden zur dynamischen Analyse von Ordinaldaten

Im Fortsetzungsantrag zur Förderphase 1997-1999 war vorgesehen, in Kooperation mit dem Teilprojekt A3 Methoden zur dynamischen Modellierung stetiger abhängiger Variablen zu entwickeln. In bezug auf Hannan/Schömann/Blossfeld (1990) und Petersen (1988) sollten diese Verfahren im Rahmen von Analysen zur Delinquenzentwicklung erprobt und weiterentwickelt werden. Eine Inspektion der Datenqualität im Projekt A3 legte nahe, für die Informationen zur selbstberichteten Delinquenz statt Intervallskalen- nur Ordinalskalenqualität vorauszusetzen. Da diese Informationen zudem nur auf Jahresbasis vorliegen, wurde der Ansatz verfolgt, diskrete Ereignisanalysen auf der Basis ordinaler logistischer Regressionsmodelle zu schätzen (vgl. Greene 1990, S. 703-707; Ronning 1991, S. 55-60). Die Schätzungen erfolgten mit einem allgemeinen Modul zur Maximum-Likelihood-Schätzung des Statistikprogramms TDA 6.2 (siehe Rohwer/Pötter 1998). Die Anwendung dieses Verfahrens im Rahmen von Analysen des Teilprojekts A3 (vgl. Prein/Seus 1999a, 1999b) zeigen, daß dies ein vielversprechender Weg zur Weiterentwicklung dynamischer Analyseverfahren im Rahmen der empirischen Soziologie darstellt.

4.3 Archivierung der Sfb-Daten

Da in vielen Sfb-Projekten qualitative und quantitative Daten im Rahmen von Panelstudien *kombiniert* erhoben wurden, liegen einmalige Längsschnittstudien mit einem sehr großen Beobachtungsfenster von bis zu zehn Jahren vor. Um beide Datenarten *gemeinsam* und *computergestützt* archivieren und für Sekundär- und Reanalysen zur Verfügung stellen zu können, hat der Methodenbereich bereits in der laufenden Phase (1.) ein *Personen- und Datenschutzkonzept* (Kluge/Opitz 1999b, 1999c, 1999d) sowie (2.) ein multifunktionales *Datenbanksystem* mit dem Namen „QBiQ“ (sprich wie im Engl. für cubic [ˈkjuːbɪk]) entwickelt (Kluge/Opitz 1998; 1999a, 1999c). Außerdem wurde (3.) eine *Informations-Datenbank-*

anwendung erarbeitet, die Informationen über die archivierten Daten über das Internet zur Verfügung stellen wird (Kluge/Opitz 1999c).

4.3.1 Personen- und Datenschutzkonzept

Da es sich bei den qualitativen Interviews aufgrund der zahlreichen biographischen Lebensereignisse, die von den Befragten geschildert werden, um sehr sensibles Datenmaterial mit vielen personenbezogenen Angaben handelt, wurde ein umfangreiches *Personen- und Datenschutzkonzept* (Kluge/Opitz 1999b, 1999c, 1999d) entwickelt und mit dem Datenschutzbeauftragten der Universität eingehend erörtert. Unter Berücksichtigung gesetzlicher Regelungen (Datenschutzgesetze des Bundes und des Landes Bremen) und forschungsethischer Aspekte (siehe Ethik-Kodex der DGS und des BDS 1998) wurde ein *Anforderungskatalog* für die Archivierung und Weitergabe der verbalen Sfb-Daten erarbeitet, der durch den Einsatz verschiedener Anonymisierungsstrategien sowie detaillierter und abgestufter Zugangsbedingungen zu den Daten bzw. für die Weitergabe der Daten einen optimalen Personen- und Datenschutz gewährleisten soll:

- *Forschungszweck und Anonymisierung*: Die biographischen Interviews dürfen auf jeden Fall nur zu Forschungszwecken und soweit wie möglich anonymisiert archiviert und weitergegeben werden (siehe auch § 40 Bundesdatenschutzgesetz). Da die Befragten in qualitativen Interviews verschiedene Lebensereignisse und -umstände sehr differenziert beschreiben, genügt das Löschen zentraler Personenangaben (Namen, Orte, Jahresangaben etc.) in der Regel nicht, um eine Reidentifikation der Personen zu verhindern. Daher müssen ggf. auch längere Textpassagen gelöscht werden (z.B. zum delinquenten Verhalten der vom Teilprojekt A3 befragten Jugendlichen) oder einzelne Fälle bzw. alle Interviews einer Befragung von der Archivierung ausgeschlossen werden. So wird z.B. der Großteil der ExpertInnen-Interviews nicht archiviert, weil die befragten Personen aufgrund besonderer beruflicher Positionen sehr schnell re-identifiziert werden könnten. Für die konkrete Anonymisierung von Namen, Orten etc. in den Texten hat der Methodenbereich außerdem differenzierte Regeln ausgearbeitet, um Informationsverluste zu vermeiden (siehe Kluge/Opitz 1999b, 1999c, 1999d)

- *Einwilligung*: Soweit möglich wird die Einwilligung der Befragten mit der Archivierung und Weitergabe nachträglich eingeholt, um das vom Grundgesetz garantierte Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu gewährleisten (BVerfGE 65, S. 43). Auf diese Weise wird gesichert, daß die Befragten frei entscheiden können, wer über ihre umfassenden Lebensgeschichten verfügen darf (vgl. Ethik-Kodex der DGS und des BDS 1998).
- *Weitergabe*: Die Weitergabe der Daten wird sehr restriktiv gehandhabt, und es wird fallweise entschieden, an wen das Datenmaterial herausgegeben wird. Daher müssen InteressentInnen einen *schriftlichen Einzelantrag* stellen, in dem detailliert angegeben wird, wer die Herausgabe der Daten, für welches Forschungsprojekt (Name, LeiterIn, Thema) und zu welchem Zweck beantragt. Der Methodenbereich hat für diesen Zweck bereits ein entsprechendes Formular entworfen (siehe Kluge/Opitz 1999c).
- Von den zukünftigen DatennutzerInnen soll außerdem eine *schriftliche* Zusicherung eingeholt werden, daß die üblichen *Datenschutzbestimmungen* und evtl. weitere Bedingungen, die das datengebende Projekt festlegt, eingehalten werden. Von Bedeutung sind dabei vor allem die folgenden Punkte: Verwendung nur für Forschungszwecke und nur zum schriftlich vereinbarten Zweck, d.h. einem konkreten Forschungsvorhaben; keine Weitergabe des Datenmaterials an Dritte; Rückgabe oder Vernichtung der Unterlagen bei Beendigung des Forschungsvorhabens; Verpflichtungen gelten für alle Mitglieder der Forschungsgruppe etc. Auch für diesen Zweck hat der Methodenbereich entsprechende Formulare entworfen (siehe Kluge/Opitz 1999c).

Sehr hilfreich für die Erarbeitung dieses Personen- und Datenschutzkonzepts war die gute Zusammenarbeit mit Louise Corti vom britischen „Qualitative Data Archival Resource Center“ der Universität von Essex sowie mit Heiner Legewie vom Berliner ATLAS-Archiv. Nach intensiven Diskussionen mit den MitarbeiterInnen dieser Archive in Essex und Berlin soll die Zusammenarbeit durch Aufenthalte von Louise Corti und Heiner Legewie am Sfb fortgesetzt und vertieft werden. Für die institutionelle Organisation des Bremer Archivs war außerdem der Gastaufenthalt von Nigel Fielding am Sfb im Februar 1999 sehr konstruktiv, der Mitglied im Gutachtergremium des britischen Qualidata-Archivs ist.

4.3.2 Das Datenbanksystem „QBiQ“

Der Bereich Methoden und EDV hat in der laufenden Phase ein multifunktionales *Datenbanksystem* mit dem Namen „QBiQ“ (s.o.) entwickelt (Kluge/Opitz 1998, 1999a, 1999c), um (1.) auch die qualitativen Daten *computergestützt* archivieren

und (2.) auswerten zu können und (3.) die qualitativen und quantitativen Daten *gemeinsam* zu verwalten. Außerdem (4.) enthält „QBiQ“ spezielle Optionen für die Verwaltung von *Panel*daten und (5.) erleichtert den Datenaustausch zwischen verschiedenen Datenbanksystemen durch entsprechende Schnittstellen.

1. Die Archivierung und Weitergabe qualitativer Interviewtranskripte im Papierformat ist sehr aufwendig. Mit „QBiQ“ ist es hingegen möglich, auch die verbalen Daten in einem einheitlichen Format abzuspeichern und ihre Lagerkapazitäten um ein Vielfaches zu reduzieren. Von den elektronisch gespeicherten Daten können außerdem sehr viel schneller Kopien für Sekundär- und Reanalysen erstellt werden als von den Papierausdrücken der Interviewtranskripte.
2. Mit „QBiQ“ können die qualitativen Daten jedoch nicht nur archiviert, sondern auch für weitere Analyseschritte aufbereitet werden, weil das Datenbanksystem über die üblichen Grundfunktionen gängiger Textdatenbanksysteme – wie WinMAX, ATLAS/ti, NUD.IST, The Ethnograph etc. – verfügt (Kodierung, Erstellen verschiedener Textretrievals, Textsuche etc.)
3. Das Kürzel „QBiQ“ verdeutlicht bereits den Doppelcharakter des Datenbanksystems, mit dem sowohl *qualitative* („Q...“) als auch *quantitative* („...Q“) Daten archiviert und verwaltet werden können („Bi.“ = zweifach, doppelt). Die Archivierung in *einer gemeinsamen* Datenbank erleichtert es erheblich, beide Datenarten für die Analyse der speziellen Forschungsfragen der Sfb-Projekte aufeinander zu beziehen und miteinander zu verbinden.
4. Da die Panelstruktur der in den Sfb-Projekten erhobenen Datensätzen mit „QBiQ“ erfaßt werden kann, können z.B. *alle* Äußerungen eines Befragten zu einem Thema über die Erhebungswellen hinweg – also auch wenn sie in verschiedenen Interviews enthalten sind – *gemeinsam* herausgefiltert und entsprechend gekennzeichnet werden.
5. Da die Sfb-Projekte mit sehr unterschiedlichen Datenbanksystemen wie The Ethnograph, MAX.txt, NUD.IST oder WinMAX gearbeitet haben, ist es für die Archivierung und Weitergabe der Datensätze von zentraler Bedeutung, daß die qualitativen Daten mit allen Informationen (also Codes, Kodierungen, Memos, Variablen) in „QBiQ“ importiert und für Sekundär- und Reanalysen auch in andere Formate exportiert werden können. Durch die Programmierung weiterer Schnittstellen wird das seit langem bestehende Problem des Datenaustausches *zwischen* den verschiedenen Textdatenbanksystemen in „QBiQ“ weitgehend gelöst werden, so daß man von den verschiedenen Formaten dieser Systeme relativ unabhängig ist. Durch die Exportmöglichkeit der Datensätze ist es außerdem möglich, besondere Funktionen, die nur von

einzelnen Textanalyse-Systemen angeboten werden, zu nutzen (wie z.B. das Anlegen von Kodierfamilien und das Erstellen von Netzwerkstrukturen in ATLAS/ti) und verschiedene Methoden zu kombinieren.

4.3.3 Informations-Datenbankanwendung / Online-Katalog

Für die Dokumentation der archivierten Daten wurde eine *Informations-Datenbankanwendung* in der Form eines Katalogs entwickelt, die über das Internet verfügbar sein wird, um sich schnell und umfassend über das archivierte Datenmaterial informieren zu können (Kluge/Opitz 1999c). Außerdem ist es auf diese Weise möglich, den gesamten Forschungsprozeß sehr systematisch und übersichtlich zu dokumentieren. Die Datenbankanwendung wird u.a. Informationen zu den Forschungszielen und zum Forschungsbereich des jeweiligen Projekts, zur Stichprobenkonstruktion, zur Art der Erhebung und zu den Erhebungsinstrumenten, zum Rücklauf, zu den Auswertungsmethoden, zu den Dokumentationsmaterialien und über die Zugangsbedingungen in der Form von schriftlichen Kurzbeschreibungen sowie eine Liste der Publikationen enthalten.

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge

- Heinz-Günter Micheel: Das „Eigenwert größer Eins-Kriterium“ als „Stopping-Rule“ bei Hauptkomponenten- und Faktorenanalysen: quick and dirty, sophisticated. Vortrag auf der Empirie-Tagung der Sektion Sozialarbeit/Sozialpädagogik der DGfE am 18./19. Juni 1999 in Haus Neuland bei Bielefeld
- Heinz-Günter Micheel: Gewalt und soziale Ungleichheit. Entwicklung und Erklärungsmuster von Gewaltakzeptanz junger Menschen im Transformationsprozeß. Vortrag auf der Tagung „10 Jahre nach der Wende. Bilanz der gesellschaftlichen Transformation in den neuen Bundesländern“ der Sektion „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ der DGS am 14./15. Mai 1999 an der TU Chemnitz
- Susann Kluge, Diane Opitz: Die Archivierung qualitativer Interviewdaten am Sfb 186 der Universität Bremen. Vortrag auf der 2. Jahrestagung der Arbeitsgruppe „Methoden der qualitativen Sozialforschung“ der DGS am 7./8. Mai 1999 am DJI in München
- Susann Kluge, Diane Opitz: Analyse und Archivierung von Biographie- und Lebensverlaufsdaten mit dem Datenbanksystem „QBiQ“. Vortrag auf dem 29. Kongreß der DGS vom 14.-18. September 1998 in Freiburg i.Br.

- Udo Kelle: Validitätskonzepte und Validierungsstrategien für die Qualitative Sozialforschung? Vortrag auf der Sektionstagung der Sektion „Methoden der empirischen Sozialforschung“ auf dem 29. Kongreß der DGS vom 14.-18. September 1998 in Freiburg i.Br.
- Kirsten Hanssen, Heinz-Günter Micheel, Sabine Wagenblass: Eine modelltheoretische Analyse zur empirischen Bestimmung von Gewaltakzeptanz. Vortrag auf der Empirie-Tagung der Kommission Sozialarbeit/Sozialpädagogik der DGfE am 17./18. Juni 1998 in Haus Neuland bei Bielefeld
- Gerald Prein, Petra Buhr: Längsschnittanalysen bei der Erforschung von Risiken im Lebensverlauf. Vortrag auf der Längsschnittwerkstatt Berlin-Brandenburg, 8. Juni 1998, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin
- Udo Kelle: Integration qualitativer und quantitativer Methoden - methodologische Modelle und Metaphern. Vortrag auf der Frühjahrssitzung der AG „Methoden der qualitativen Sozialforschung“ der DGS in Frankfurt/M., 8. Mai 1998
- Susann Kluge: Kodierungsprozesse in der qualitativen Datenanalyse. Beispiele aus der Forschungspraxis. Vortrag gehalten auf dem Workshop „Computergestützte Analyse qualitativer Daten“, WinMAX-BenutzerInnen-Treffen 1997 am 30. September/1. Oktober 1997 an der Freien Universität Berlin
- Udo Kelle, Susann Kluge, Thorsten Sommer: Integration quantitativer und qualitativer Verfahren in der Lebenslauforschung. Vortrag auf dem „IAB-Kontaktseminar“ vom 15.-19. September 1997 am Sfb 186 der Universität Bremen
- Udo Kelle, Kate Bird: The Application of Computer-aided Methods in Qualitative Life Course Research. Vortrag gehalten auf der Konferenz „SOFTSTAT '97“ in Heidelberg, 3.-6. März 1997

5.2. Beitrag zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

Organisation von Tagungen

Der Methodenbereich des Sfb organisiert die erste gemeinsame Tagung der Sektion „Methoden der empirischen Sozialforschung“ der DGS und der AG „Methoden der qualitativen Sozialforschung“ der DGS zum Thema „Validitätsfragen in der quantitativen und qualitativen Sozialforschung“, die vom 15. bis 16. Oktober 1999 in Bremen stattfinden wird.

Kontakte zu anderen Arbeitsgruppen

Es bestehen intensive Arbeitskontakte zum *CAQDAS-Project* an der Universität Surrey (Leitung: Prof. Nigel Fielding), das Methodenentwicklung im Bereich qualitativer Sozialforschung leistet. Im Rahmen dieser Arbeitskontakte war Prof. Nigel Fielding im Februar 1999 als Gastwissenschaftler in Bremen.

Zwecks Archivierung der qualitativen und quantitativen Sfb-Daten bestehen – teilweise sehr intensive – Arbeitskontakte zum britischen „*Qualitative Data Archival Research Centre*“ der Universität von Essex (Louise Corti), zum Datenarchiv des *Murray Research Center* des Radcliffe College (Prof. Annemette Sørensen), zum *Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, Köln (Horst Weinen), zum *Atlas-Archiv für Technik, Lebenswelt und Alltags-Sprache*, Berlin (Prof. Dr. Dr. Heiner Legewie, Dr. Katja Mruck), zum *Archiv „Deutsches Gedächtnis“*, Hagen (Almut Leh), zur *Ulmer Textbank* (Dr. Erhard Mergenthaler), zum qualitativen *Datenarchiv Verbatim*, Frankreich (Dominique Le Roux, Hazel Ranninger). Um sich über die Arbeit des britischen Qualidata-Archivs der Universität von Essex sowie des Berliner Atlas-Archivs ausführlich zu informieren und Probleme der Archivierung und Anonymisierung qualitativer Daten eingehend zu diskutieren, waren Susann Kluge und Diane Opitz zudem für einige Tage in Colchester und Berlin.

Für die Programmierung von Schnittstellen im Datenbanksystem „QBiQ“ bestehen Arbeitskontakte zu den Entwicklern der Textdatenbanksysteme WinMAX (Prof. Dr. Udo Kuckartz, Marburg) und ATLAS/ti (Dr. Thomas Muhr, Berlin).

Susann Kluge ist Mitglied im Beirat der im Frühjahr 1999 neugegründeten Online-Zeitschrift „*Forum qualitative Sozialforschung*“ (Redaktion: Jarg Bergold, Franz Breuer, Katja Mruck). Zudem ist sie verantwortlich für die Herausgabe von Band 3 zur Archivierung qualitativer Daten, der im September 2000 erscheinen wird.

Es bestehen sehr enge Kooperationen zum *Institut für Interdisziplinäre Gerontologie* der Hochschule Vechta (Dr. Udo Kelle) und zur *Arbeitsgruppe Sozialarbeit/ Sozialpädagogik der Fakultät für Pädagogik*, Universität Bielefeld (Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Uwe Otto, Kirsten Hanssen, Sabine Wagenblass). Weiterhin bestehen regelmäßige Arbeitskontakte zum *Institut für Erziehungswissenschaft*, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald (Prof. Dr. Franz Prüß, Dr. Franz Bettmer), zum *ZUMA*, Mannheim (Dr. Jürgen Hoffmeyer-Zlotnik, Heike Wirth), zur Abteilung Jugend und Jugendhilfe des *Deutschen Jugendinstitut*, München (Dr. Christian Lüders, Dr. Mike Seckinger, Eric van Santen) und zum *Institut zur Erforschung sozialer Chancen*, Köln (Dr. Petra Frerichs).

6. Publikationen in der laufenden Berichtsperiode

6.1 Monographien

- Blossfeld, Hans-Peter; Prein, Gerald (1998): *Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis*. Westview: Boulder, Colorado
- Kelle, Udo; Kluge, Susann (1999): *Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*. Opladen: Leske und Budrich

Kluge, Susann (1999): *Empirisch begründete Typenbildung. Zur Konstruktion von Typen und Typologien in der qualitativen Sozialforschung*. Opladen: Leske und Budrich

Mariak, Volker; Kluge, Susann (1998): *Zur Konstruktion des ordentlichen Menschen. Normierungen in Ausbildung und Beruf*. Frankfurt/Main: Verlag der Gesellschaft zur Förderung arbeitsorientierter Forschung und Bildung e.V. (G.A.F.B.)

6.2 Artikel, Aufsätze

- Brüggemann-Helmold, Katrin; Micheel, Heinz-Günter; Olk, Thomas; Otto, Hans-Uwe; Schmidt, Mathias (1997): *Lebenslagen und soziale Unterstützungssysteme – Herausforderung für die Jugendhilfe. Zur Situation junger Menschen und ihrer Familien in Sachsen-Anhalt*. In: Hauser, Richard; Olk, Thomas (Hg.): *Soziale Sicherheit für alle?* Opladen: Leske und Budrich, S. 221-263
- Erzberger, Christian; Kelle, Udo (1998): *Qualitativ vs. Quantitativ? Wider den Traditionalismus methodologischer Paradigmen*. In: *Soziologie* (3), S. 45-54
- Erzberger, Christian; Prein, Gerald (1997a): *Optimal-Matching-Technik: Ein Analyseverfahren zur Vergleichbarkeit und Ordnung individuell differenter Lebensverläufe*. In: *ZUMA-Nachrichten*, Nr. 40, Jg. 21, S. 52-80
- Erzberger, Christian; Prein, Gerald (1997b): *Triangulation: Validity and Empirically-based Hypothesis Construction*. In: *Quality and Quantity*, Vol. 31, No. 2, S. 141-154
- Hanssen, Kirsten; Micheel, Heinz-Günter; Wagenblass, Sabine (1998): *Jugendgewalt als komplexes Phänomen. Eine modelltheoretische Analyse zur empirischen Bestimmung von Gewaltakzeptanz*. In: *Neue Praxis*, 28. Jg., Heft 6, S. 556-577
- Kelle, Udo (1997a): *Computer-aided Methods for Typification in Qualitative Social Research*. In: Klar, R.; Opitz, O. (Hg.): *Classification and Knowledge Organization*. Berlin; Heidelberg; New York: Springer Verlag, S. 342-354
- Kelle, Udo (1997b): *Computer-assisted Analysis of Qualitative Data*. London School of Economics: *Papers in Social Research Methods (Qualitative Series no. 4)*
- Kelle, Udo (1997c): *Theory Building in Qualitative Research and Computer Programs for the Management of Textual Data*, *Sociological Research Online*, 2 (2), <<http://www.socresonline.org.uk/socresonline/2/2/1.html>>
- Kelle, Udo (1997d): *Konzepte der Theoriengenesse und der Theorientransition bei Karl Popper*. In: Meleghy, T.; Heyt, F.D. (Hg.): *Der Einfluß der Wissenschaftstheorie von Sir Karl Popper auf die Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*. Sonderheft der Zeitschrift „*Angewandte Sozialforschung*“

- Kelle, Udo (1997e): Capabilities for Theory Building and Hypothesis Testing in Software for Computer-aided Qualitative Data Analysis. In: ESRC Data Archive Bulletin, No. 65 (Mai)
- Kelle, Udo (1998a): Empirisch begründete Theoriebildung. Zur Logik und Methodologie qualitativer Sozialforschung. 2. Aufl., Weinheim: Deutscher Studienverlag (1. Aufl., 1994)
- Kelle, Udo (2000): Computer-assisted Analysis. Erscheint in: Bauer, M.; Gaskell, G. (Hg.): Procedures of Qualitative Research. London: Sage
- Kelle, Udo; Erzberger, Christian (1999): Integration qualitativer und quantitativer Methoden: methodologische Modelle und ihre Bedeutung für die Forschungspraxis. Erscheint in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 51 (3)
- Kelle, Udo; Kluge, Susann; Sommer, Thorsten (1998): Integration qualitativer und quantitativer Verfahren in der Lebenslaufforschung. In: Heinz, Walter R., u.a. (Hg.): Was prägt Berufsbiographien? Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beitr. AB 215, Nürnberg, S. 335-361
- Kelle, Udo; Lüdemann, Christian (1998): Bridge Assumptions in Rational Choice Theory: Methodological Problems and Possible Solutions. In: Blossfeld, Hans-Peter; Prein, Gerald (Hg.): Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis. Westview: Boulder, Colorado, S. 112-125
- Kluge, Susann; Opitz, Diane (1999a): Analyse und Archivierung von Biographie- und Lebensverlaufdaten mit dem Datenbanksystem „QBiQ“. In: Schwengl, Hermann (Hg.): Grenzenlose Gesellschaft? 29. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Freiburg 1998. Kongreßband II, Sektionen, Arbeitsgruppen, ad-hoc-Gruppen, Foren, Pfaffenweiler: Centaurus Verlag
- Kluge, Susann; Opitz, Diane (1999b): Die Archivierung qualitativer Daten. Forschungsethik und Datenschutz als Barrieren von Sekundäranalysen? Erscheint in: Soziologie, Mitteilungsblatt der DGS, Heft 4
- Matt, Eduard; Prein, Gerald; Schumann, Karl F. (1998): Delinquenz und Berufsbildung: Illegale Drogen als Risiko beim Übergang in das Erwerbsleben. In: Heinz, Walter R., u.a. (Hg.): Was prägt Berufsbiographien? Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 215, Nürnberg, S. 169-195
- Prein, Gerald (1998): Modeling Rational Action: A Longitudinal Approach. In: Blossfeld, Hans-Peter; Prein, Gerald (Hg.): Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis. Westview: Boulder, Colorado, S. 247-257
- Prein, Gerald; Seus, Lydia (1999a): „Müßiggang ist aller Laster Anfang“? Beziehungen zwischen Erwerbslosigkeit und Delinquenz bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Soziale Probleme, Heft 1 (im Druck)

- Prein, Gerald; Seus, Lydia (1999b): The Devil Finds Work for Idle Hands to Do“. The Relationship between Unemployment and Delinquency. In: Clarke, A.; Fielding, N.; Witt, R. (Hg.): The Economic Dimensions of Crime. Houndmills Basingstoke: MacMillan (im Druck)

6.3 Arbeitspapiere und bislang unveröffentlichte Manuskripte

- Hansen, Kirsten; Micheel, Heinz-Günter; Wagenblass, Sabine (1999): Gewaltbereite Jugend? Manuskript, Universität Bielefeld/Universität Bremen (zur Veröffentlichung eingereicht)
- Kelle, Udo (1998b): Validitätskonzepte und Validierungsstrategien für die Qualitative Sozialforschung? Manuskript
- Kluge, Susann; Opitz, Diane (1998): Analyse und Archivierung von Biographie- und Lebensverlaufdaten mit dem Datenbanksystem „QBiQ“. Manuskript
- Kluge, Susann; Opitz, Diane (1999c): Computergestützte Archivierung von Biographie- und Lebensverlaufdaten mit „QBiQ“. Forschungsethische Aspekte und gesetzliche Grundlagen. Manuskript (wird im Herbst 1999 als Arbeitspapier des Sfb 186 der Universität Bremen erscheinen)
- Kluge, Susann; Opitz, Diane (1999d): Die Archivierung qualitativer Interviewdaten am Sfb 186 der Universität Bremen. Manuskript
- Micheel, Heinz-Günter (1999a): Gewalt und soziale Ungleichheit. Entwicklung und Erklärungsmuster von Gewaltakzeptanz junger Menschen im Transformationsprozeß. Manuskript, Universität Bremen
- Micheel, Heinz-Günter (1999b): Das „Eigenwert größer Eins-Kriterium“ als „Stopping-Rule“ bei Hauptkomponenten- und Faktorenanalysen: quick and dirty, sophisticated. Manuskript, Universität Bremen

3. Literaturverzeichnis

3. Literaturverzeichnis

Die von den Mitgliedern des Sfb 186 im Berichtszeitraum veröffentlichte Literatur ist bei den Teilprojekten aufgeführt. In diesem Verzeichnis werden Sfb-Veröffentlichungen nur dann aufgeführt, wenn projektübergreifend zitiert wird.

- Abbot, A. (1992): From Causes to Events. In : Sociological Methods & Research, Vol. 20, pp. 428-455
- Abbott, A. (1995): Sequence Analysis: New Methods for Old Ideas. In: Annual Review of Sociology 21, pp. 91-113
- Abbott, A.; Hrycak, A. (1990): Measuring Resemblance in Sequence Data: An Optimal Matching Analysis of Musicians' Careers. In: American Journal of Sociology, Vol. 96, No. 1 (Juli 1990), pp. 144-185
- Alber, J. (1982): Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der theoretische Sozialversicherung in Westeuropa. Frankfurt a.M./New York
- Albert, A.; Anderson, J.A. (1984): On the Existence of Maximum Likelihood Estimates in Logistic Regression Models. In: Biometrika 71, pp. 1-10
- Alex, L; Stooß, F. (Hrsg)(1996): Berufsreport. Der Arbeitsmarkt in Deutschland – das aktuelle Handbuch. Berlin
- Allmendiger, J. (1990): „Der Übergang in den Ruhestand von Ehepaaren. Auswirkungen individueller und familiärer Lebensverläufe“. In K.-U. Mayer (Hrsg.): Lebensverläufe und sozialer Wandel. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 31, S. 272-303
- Arnold, D. 1970: Dimensional Sampling. In: American Sociologist 5, pp. 147-150
- Arrow, J.O. (1994): The Influence of Health on Unemployment in Germany: A Duration Model. In: R.V. Burkhauser; G.G. Wagner (eds.): Proceedings of the 1993 International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung. Heft 1 / 2, pp. 133-138
- Arrow, J.O. (1996): Estimating the Influence of Health as a Risk Factor on Unemployment: A Survival Analysis of Employment Durations for Workers Surveyed in the German Socio-economic Panel (1984-1990). In: Social Science and Medicine, Vol.42, No.12, pp. 1651-1659
- Badura, B.; Feuerstein, G. (1994): Systemgestaltung im Gesundheitswesen. Zur Versorgungskrise der hochtechnisierten Medizin und den Möglichkeiten ihrer Bewältigung. Weinheim
- Baldwin, P.M. (1990): The Politics of Social Solidarity: Class Bases of European Welfare State. Cambridge
- Barta, H. (1983): Kausalität im Sozialrecht. 2 Bände. Berlin
- Barton, A.H. (1955): The Concept of Property-Space in Social Research. In: P.F. Lazarsfeld; M. Rosenberg (eds.): The Language of Social Research. New York/London, pp. 40-53

- Barton, A.H.; Lazarsfeld, P.F. (1984): Einige Funktionen von qualitativer Analyse in der Sozialforschung. In: Chr. Hopf; E. Weingarten (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung. 2. Aufl., Stuttgart: Klett-Cotta, S. 41-89 (1. Aufl.: 1979; Quelle: Frankfurter Beiträge zur Soziologie I. Frankfurt a.M., 1955, S. 321-361)
- Becker, G.S.; Landes, E.; Michael, R. (1977): An Economic Analysis of Marital Instability. In: Journal of Political Economy, 85, pp. 1141-1187
- Becker-Schmidt, R. (1987): Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung: Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften. In: Unterkircher; Wagner (Hrsg.): Die andere Hälfte der Gesellschaft. Wien, S. 10-25
- Behrens, J. (1997): Krankheit/Armut. Individualisierung sichernde Lebenslaufpolitiken. In: S. Hradil (Hrsg.): Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Frankfurt a.M./New York, S. 1054-1073
- Behrens, J.; Arrow, J.A.; Dorenburg, U.; Dreyer-Tümmel, A. (1992): Gesundheitsberichterstattung und Beschäftigtenmobilität: Welchen Beitrag kann die multivariate Analyse von GKV-Daten zur Identifizierung der Bedingungen beruflicher Labilisierung leisten? In: U. Laaser; F.W. Schwartz (Hrsg.): Gesundheitsberichterstattung und Public health in Deutschland. Berlin etc., S. 379-392
- Behrens, J.; Dreyer-Tümmel, A. (1996): Abstiegskarrieren und Auffangpositionen. Zur Abbildung des sozialen Schicksals von vorübergehend Arbeitsunfähigen in GKV-Daten. In: Kritische Übergänge. Statuspassagen und sozialpolitische Institutionalisierung. Frankfurt/New York, S. 188-226
- Behrens, J.; Dreyer-Tümmel, A. (unter Mitarbeit von H. Kocyba, J.O. Arrow und D. Schulz) (1994): Indikatoren der Rehabilitationsbedürftigkeit aus Routinedaten der gesetzlichen Krankenversicherung. Band 1 der Schriftenreihe „Qualitätsmanagement und psychosoziale Kompetenz“ des Instituts für Supervision, Institutionsberatung und Sozialforschung. Frankfurt
- Behrens, J.; Dreyer-Tümmel, A.; Müller, R. (1993): Überbrückung oder Statuspassage: Krankheitsfolgen als ein sozialpolitischer Indikator. In: L. Leisering; B. Geissler; U. Mergner; U. Rabe-Kleberg (Hrsg.): Moderne Lebensläufe im Wandel. Beruf - Familie - Soziale Hilfen - Krankheit. Weinheim, S. 201-220
- Behrens, J.; Voges, W. (1990): Labilisierende Berufsverläufe und der vorzeitige Übergang in den Ruhestand. In: W. Dressel; W.R. Heinz; G. Peters; K. Schober (Hrsg.): Lebenslauf, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 133. Nürnberg, S.201-219
- Berger, P.A. (1990): Ungleichheitsphasen. In P.A. Berger; S. Hradil (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Göttingen, S. 319-350
- Berger, P.A. (1991): Von Bewegungen in zur Beweglichkeit von Strukturen. In: Soziale Welt 42, S. 68-92
- Berger, P.A. (1995): Mobilität, Verlaufsvielfalt und Individualisierung. In P.A. Berger; P. Sopp (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, S. 65-84
- Berger, P.A.; Hradil, S. (Hrsg.)(1990): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Sonderband 7 der Sozialen Welt. Göttingen
- Berger, P.A.; Sopp, P (1995): Dynamische Sozialstrukturanalysen und Struktur-erfahrungen. In P.A. Berger; P. Sopp (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, S. 9-26
- Berger, P.A.; Sopp, P. (Hrsg.)(1995): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen
- Bertram, H. (1991): Soziale Ungleichheit, soziale Räume und sozialer Wandel. München: DJI-Arbeitspapier Nr. 17
- Bielenski, H.; Brinkmann, C.; Kohler, B. (1997): Beteiligung an Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik. In: H. Bielenski u.a. (Hrsg.): Der Arbeitsmarkt Ostdeutschlands im Umbruch. Nürnberg, S. 108-119
- Blanke, B. (1996): Gesundheit im Sozialstaat. Einige „provokative“ Bemerkungen zur Öffnung der Diskussion. In: Soziale Sicherheit 2, S. 52-58
- Blossfeld, H.-P. (1985): Bildungsexpansion und Berufschancen. Frankfurt
- Blossfeld, H.-P. (1989): Kohortendifferenzierung und Karriereprozeß. Frankfurt
- Blossfeld, H.-P. (1989): Zur Repräsentativität der SfB-3 Lebensverlaufsstudie – Ein Vergleich mit Daten aus der amtlichen Statistik. In: K.-U. Mayer; E. Brückner: Lebensverläufe und Wohlfahrtentwicklung, Materialien aus der Bildungsforschung Nr. 35. Berlin, S. 99-121
- Blossfeld, H.-P.; Huinink, J. (1991): Human Capital Investments or Norms of Role Transitions? How Women's Schooling and Career Affect the Process of Family Formation. In: American Journal of Sociology 97, pp. 143-168
- Blossfeld, H.-P.; Jaenichen, U. (1993): Bildungsexpansion und Familienbildung. In A. Diekmann; S. Weick (Hrsg.): Der Familienzyklus als sozialer Prozeß. Berlin, S. 165-193
- Blossfeld, H.-P.; Rohwer, G. (1995): Techniques of Event History Modeling. Mahwah
- Böltken, F. (1976): Auswahlverfahren. Stuttgart
- Boos, M. (1993): Fallstudienmethodik. In F. Becker; A. Matin (Hrsg.): Empirische Personalforschung. München, S. 33-46
- Borgers, D. (1998): Evidenzen einer chronischen Medizin. Evidence-based Medicine (EBM), Mega-Trials, Numbers Needed to Treat als Vollendung einer rationalen Individualmedizin? In: Jahrbuch für Kritische Medizin 29. Standardisierungen in der Medizin. Hamburg, S. 6-22
- Born, C., Krüger H., Lorenz-Meyer, D. (1996): Der unentdeckte Wandel. Annäherung an das Verhältnis von Struktur und Norm im weiblichen Lebenslauf. Berlin
- Bourdieu, P. (1981): Klassenschicksal, individuelles Handeln und das Gesetz der Wahrscheinlichkeit. In: P. Bourdieu: Titel und Stelle. Über die Reproduktion sozialer Macht. Frankfurt a.M., S. 169-225

- Braun, B.; Kühn, H.; Reiners, H. (1998): Das Märchen von der Kostenexplosion. Populäre Irrtümer zur Gesundheitspolitik. Frankfurt a.M.
- Brüderl, J.; Klein, T. (1991): Bildung und Familiengründung: Institutionen- versus Niveaueffekt. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17, S. 323-335
- Bruns, G. (1993): Ordnungsmacht Psychiatrie? Psychiatrische Zwangseinweisungen als Soziale Kontrolle. Opladen
- Buchmann, M.; Sacchi, S. (1995): Zur Differenzierung von Berufsverläufen. In P.A. Berger; P. Sopp (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, S. 49-64
- Buhr, Petra (1995): Dynamik von Armut. Opladen
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1961)(Hrsg): Die Lehrlinge und Anlernlinge in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1960/61. Beilage zum Heft 11/1961 der 'Arbeits- und sozialstatistischen Mitteilungen'. Bonn
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1971)(Hrsg): Auszubildende in Lehr- und Anlernberufen in der Bundesrepublik Deutschland 1970. Beilage zum Heft 12/71 der 'Arbeits- und sozialstatistischen Mitteilungen'. Bonn
- Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (1991/92)(Hrsg): Grund und Strukturdaten. Bonn
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (1996/97)(Hrsg): Grund und Strukturdaten. Bonn
- Burkart, G. (1994): Die Entscheidung zur Elternschaft. Eine empirische Kritik von Individualisierungs- und Rational-Choice-Theorien. Stuttgart
- Butterwege, C. (1999): Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik. Opladen
- Calnan, M.; Williams, S. (1991): Style of Life and the Salience of Health. In: Sociology of Health and Illness, Jg. 13, pp. 506-529
- Corti, L.; Foster, J.; Thompson, P. (1995): Archiving Qualitative Research Data. In: Social Research Update, Issue 10, <http://www.soc.surrey.ac.uk/sru/SRU22.html>. University of Surrey
- Corti, L.; Thompson, P. (1998): Are You Sitting on Your Qualitative Data? Qualidata's Mission. In: Int. J. Social Research Methodology, Vol. 1, No. 1, pp. 85-89
- Crasmöller, B. (1996): Wirkungen strafrechtlicher Sozialkontrolle jugendlicher Kriminalität. Pfaffenweiler
- Cyba, E. (1993): Überlegungen zu einer Theorie geschlechtsspezifischer Ungleichheiten. In: Frerichs; Steinrück (Hrsg.): Soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnisse. Opladen, S. 33-49
- Denzin, N.K. (1977): The Research Act. A Theoretical Introduction to Sociological Methods. New York etc.
- Devereux, G. (1978): Ethnopschoanalyse. Die komplementaristische Methode in den Wissenschaften vom Menschen. Frankfurt a.M.
- Dietz, G.-U.; Matt, E.; Schumann, K.F.; Seus, L. (1997): „Lehre tut viel ...“: Berufsbildung, Lebensplanung und Delinquenz bei Arbeiterjugendlichen. Münster
- Diewald, M.; Solga, H. (1997): „Nach dem Sturm folgte zwar Ruhe ...“. In: S. Schenk (Hrsg.): Ostdeutsche Erwerbsverläufe zwischen Kontinuität und Wandel. Opladen, S. 153-277
- Diewald, M.; Sørensen, A. (1996): Erwerbsverläufe und soziale Mobilität von Frauen und Männern in Ostdeutschland. Makrostrukturelle Umbrüche und Kontinuitäten im Lebensverlauf. In: M. Diewald; K.-U. Mayer (Hrsg.): Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Strukturwandel und Mobilität im Transformationsprozeß. Opladen, S. 63-88.
- Dillman, D.A. (1983): Mail and Other Self-Administered Questionnaires. In: H.P. Rossi (ed.): Handbook of Survey Research. New York, pp. 359-378
- Eardley, T., Bradshaw, J.; Ditch, J.; Gough, I.; Whiteford, P. (1996): Social Assistance in OECD Countries, Volume I: Synthesis Report, Volume II: Country Reports. A study carried out on behalf of the Department of Social Security and the OECD by the Social Policy Research Unit. London
- Eder, K. (1990): Prozedurales Recht und Prozeduralisierung des Rechts. In: D. Grimm (Hrsg.): Wachsende Staatsaufgaben - sinkende Steuerungsfähigkeit des Rechts. Baden-Baden, S. 155-195
- Erzberger, C. (1998): Zahlen und Wörter. Die Verbindung quantitativer und qualitativer Daten und Methoden im Forschungsprozeß. Weinheim
- Erzberger, C.; Prein, G. (1997): Optimal-Matching-Technik: Ein Analyseverfahren zur Vergleichbarkeit und Ordnung individuell differenter Lebensverläufe. In: ZUMA-Nachrichten, Nr. 40, S. 52-80
- ESOPO (1998): Abschlußbericht des Projektes „Evaluation of Social Policies at the Local Urban Level: Income Support for the Able Bodied“. Brüssel
- Esping-Andersen, G. (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge
- Esping-Andersen, G. (1999): Social Foundations of Postindustrial Economies. Oxford
- Esser, H. (1990): Habits, frames and rational choice. Die Reichweite der Theorie der rationalen Wahl. In: Zeitschrift für Soziologie 19, S. 231-247
- Ethik-Kodex der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) und des Berufsverbandes Deutscher Soziologen (BDS). In: Soziologie, 1998, Heft 4, S. 79-85
- Ettrich, F. (1993): „Modernisierung ohne Entwicklung“ - Transformation als „Überlagerung“? In: BISS public H. 11
- Evers, A. (1993): Umgang mit Unsicherheit. Zur sozialwissenschaftlichen Problematisierung einer sozialen Herausforderung. In: G. Bechmann (Hrsg.): Risiko und Gesellschaft. Grundlagen und Ergebnisse interdisziplinärer Risikoforschung. Opladen, S. 339-374
- Faltermaier, T. (1994): Gesundheitsbewußtsein und Gesundheitshandeln. Weinheim

- Farrall, S.; Bowling, B. (1999): Structuration, Human Development and Desistance from Crime. In: *British Journal of Criminology*, 2, pp. 253-268
- Farrington, D.P.; Osborn, S.G.; West, D.J. (1978): The Persistence of Labelling Effects. In: *British Journal of Criminology*, 3, pp. 277-284
- Ferber, C. v.; Kaufmann, F.X. (Hrsg.)(1977): *Soziologie und Sozialpolitik*. Opladen
- Fielding, N.G.; Fielding, J.L. (1986): *Linking Data. Qualitative Research Methods*. Vol. 4. Beverly Hills etc.
- Fielding, N.G.; Lee, R.M. (1991): *Using Computers in Qualitative Research*. London
- Fischer Homberger, E. (1979): *Krankheit Frau*. Bern/Stuttgart/Wien
- Fitzenberger, B.; Prey, H. (1998): Beschäftigungs- und Verdienstwirkungen von Weiterbildungsmaßnahmen im ostdeutschen Transformationsprozeß. In F. Pfeiffer; W. Pohlmeier (Hrsg.): *Qualifikataion, Weiterbildung und Arbeitsmarkterfolg*. Baden-Baden, S. 39-95
- Flick, U. (1991): Triangulation. In: U. Flick u.a. (1991): *Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*. München, S. 432-424
- Flick, U. (Hrsg.)(1991): *Alltagswissen über Gesundheit und Krankheit. Subjektive Theorien und soziale Repräsentationen*. Heidelberg
- Freedman, D.; Thornton, A.; Camburn, D.; Alwin, D.; Young-DeMarco, L. (1988): The Life History Calender: A Technique for Collecting Retrospective Data. In: *Sociological Methodology*, Vol.18, pp. 37-68
- Geissler, B.; Oechsle, M. (1994): Lebensplanung als Konstruktion: Biographische Dilemmata und Lebenslauf-Entwürfe junger Frauen. In: U. Beck; E. Beck-Gernsheim (Hrsg.): *Risikante Freiheiten*. Frankfurt a.M., S. 139-167
- Geißler, R. (1993): Sozialer Umbruch als Modernisierung. In: ders. (Hrsg.): *Sozialer Umbruch in Ostdeutschland*. Opladen, S. 63-91
- Geißler, R. (1996a): *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung*. Opladen
- Geißler, R. (1996b): Von der realsozialistischen zur sozialstaatlichen Struktur der sozialen Ungleichheit. Umbrüche im ostdeutschen Ungleichheitsgefüge. In: M. Diwald; K.-U. Mayer (Hrsg.): *Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Strukturwandel und Mobilität im Transformationsprozeß*. Opladen, S. 289-303
- Gerhardt, U. (1986): *Patientenkarrieren. Eine medizinsoziologische Studie*. Frankfurt a.M.
- Gerhardt, U. (1991): Typenbildung. In: U. Flick u.a. (Hrsg.): *Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*. München, S. 435-439
- Gerhardt, U. (1992): Frühberentung und Handlungsrationalität. Zur Statusdynamik der Rehabilitation der Arbeiter nach koronarer Bypassoperation. In: *Soziale Welt*, 43.Jg., S. 422-448
- Gerhardt, U. (1993): *Gesundheit – ein Alltagsphänomen. Konsequenzen für Theorie und Methodologie von Public Health*. WZB-Paper P93-206. Wissenschaftszentrum Berlin
- Glaser, B.G. (1978): *Theoretical Sensitivity. Advances in the Methodology of Grounded Theory*. Mill Valley (CA)
- Glaser, B.G. (1992): *Emergence vs. Forcing. Basics of Grounded Theory Analysis*. Mill Valley (CA)
- Glaser, B.G.; Strauss, A.L. (1998): *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*. Bern/Göttingen/Toronto/Seattle (erstmalig 1967 erschienen unter dem Titel „The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research“, New York)
- Greene, H. W. (1990): *Econometric Analysis*. New York
- Großmann, H.; Huth, S. (1995): Sozialhilfeabhängigkeit Alleinerziehender als Folge des gesellschaftlichen Umbruchs. In: H. Bertram; S. Hradil; G. Kleinhenz (Hrsg.): *Sozialer und gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern*. Berlin, S. 159-187
- Habich, R. (1996): *Problemgruppen und Armut. Zur These der Zwei-Drittel-Gesellschaft*. In: W. Zapf; R. Habich (Hrsg.): *Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität*. Berlin, S. 161-185
- Hannan, M. T.; Schömann, K.; Blossfeld, H.-P. (1990): Sex and Sector Differences in the Dynamics of Wage Groth in the Federal Republic of Germany. In: *American Sociological Review*, Vol. 55 (Oktober), pp. 694-713
- Hausen, K (1993): *Geschlechtshierarchie und Arbeitsteilung. Zur Geschichte ungleicher Erwerbchancen von Männern und Frauen*. Göttingen
- Hauser, R. (1995): *Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik Deutschland - ein Überblick*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B31-32, S. 3-13
- Heintz, B.; Nadai, E.; Fischer, R.; Ummel, H, (1997): *Ungleich unter Gleichen. Studien zur geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes*. Frankfurt a.M.
- Heinz, W.R.; Witzel, A. (1995): *Das Verantwortungsdilemma in der beruflichen Sozialisation*. In: E.-H. Hoff; L. Lappe (Hrsg.): *Verantwortung im Arbeitsleben*. Weinheim, S. 99-113
- Hentschel, V. (1983): *Geschichte der deutschen Sozialpolitik (1880-1980). Soziale Sicherung und kollektives Arbeitsrecht*. Frankfurt a.M.
- Herzlich, C. (1973): *Health and Illness: A Social Psychological Analysis*. London
- Hilkert, B. (1998): *Armut und prekärer Wohlstand. Erster Bericht zur Einkommensarmut und Sozialhilfebedürftigkeit der Kreisstadt Groß-Gerau*. Groß-Gerau

- Hoff, E.-H. (1992): Arbeit, Freizeit und Persönlichkeit. Heidelberg
- Hompesch, R.; Kawamura, G.; Reindl, R. (Hrsg.)(1996): Verarmung – Abweichung – Kriminalität. Bad-Godesberg
- Honnegger, C. (1996). Die Ordnung der Geschlechter – die Wissenschaft des Menschen und das Weib: 1750-1850. Frankfurt a.M.
- Honneth, A. (Hrsg.)(1994): Pathologie des Sozialen. Frankfurt a.M.
- Hradil, S. (1992): Die „objektive“ und die „subjektive“ Modernisierung. Der Wandel der westdeutschen Sozialstruktur und die Wiedervereinigung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B29-30
- Huinink, J. (1994): Wandel der Familienbildung. In: Soziologische Revue, Sonderheft 3, S. 148-153
- Huinink, J. (1997): Vergleichende Familienforschung. In L. Vaskovics (Hrsg.): Familienleitbilder und Familienrealitäten. Opladen, S. 308-325
- IKK-Bundesverband (1993): Akzeptanz von Naturheilverfahren. Ergebnisse einer bundesweiten Repräsentativ-Befragung im Auftrag des IKK Bundesverbandes (durchgeführt vom Institut für Markt- und Werbeforschung IMW Köln). Bergisch Gladbach (unveröffentlichtes Manuskript)
- Institut für Demoskopie Allensbach (1997): Wichtigste Erkenntnisse aus der Studie Naturheilmittel 1997 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Joas, H.; Kohli, M. (1993): Der Zusammenbruch der DDR: Fragen und Thesen. In: dies. (Hrsg.): Der Zusammenbruch der DDR. Frankfurt a.M., S. 7-28
- Kalton, G. (1983): Introduction to Survey Sampling. Beverly Hills/London/New Delhi
- Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) (1998): Projekte zur Weiterentwicklung der ambulanten Versorgung im Überblick. Eine Dokumentation der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. KBV Kontext Nr. 9
- Kaufman, R.L. (1985): Issues in Multivariate Cluster Analysis. Some Simulations Results. In: Sociological Methods and Research, Vol. 13 (May), pp. 467-486
- Kelle, U. (1994): Computergestützte Kategorisierung verbaler Daten. In: F. Faulbaum (Hrsg.): SOFTSTAT '93. Advances in Statistical Software 4. Stuttgart/Jena/New York, S. 369-376
- Kelle, U. (1995): Theories as Heuristic Tools in Qualitative Research. In: I. Maso; P.A. Atkinson; S. Delamont; J.C. Verhoeven (eds.): Openness in Research. The Tension between Self and Other. Assen, pp. 33-50
- Kelle, U. (1996a): Die Bedeutung theoretischen Vorwissens in der Methodologie der Grounded Theory. In: A. Böttger; R. Strobl (Hrsg.): Wahre Geschichten? Zu Theorie und Praxis qualitativer Interviews. Baden-Baden, S. 23-47
- Kelle, U. (1996b): Computer-aided Qualitative Data Analysis: An Overview. In: C. Züll; J. Harkness; J.H.P. Hoffmeyer-Zlotnik (eds.): Text Analysis and Computers. ZUMA-Nachrichten Spezial, Band 1. Mannheim, pp. 33-63
- Kelle, U. (1996c): Computer-aided Qualitative Data Analysis in Germany. In: Current Sociology. Journal of the International Sociological Association. Vol. 44, No. 3 (Winter 1996), pp. 225-241
- Kelle, U.; Kluge, S. (1999): Vom Einzelfall zum Typus. Opladen
- Kelle, U.; Kluge, S.; Prein, G. (1993): Strategien der Geltungssicherung in der qualitativen Sozialforschung. Zur Validitätsproblematik im interpretativen Paradigma. Bremen: Arbeitspapier des Sfb 186, Nr. 24
- Kelle, U.; Laurie, H. (1995): Computer Use in Qualitative Research and Issues of Validity. In: U. Kelle; G. Prein; K. Bird, K. (eds.): Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice. London, pp. 19-28
- Kelle, U.; Lüdemann, Ch. (1995): „Grau, teurer Freund ist alle Theorie...“. Rational Choice und das Problem der Brückenannahmen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 47 (2), S. 249-267
- Kelle, U.; Lüdemann, Ch. (1996): Theoriereiche Brückenannahmen? Eine Erwiderung auf Siegwart Lindenberg. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 48 (3), S. 542-546
- Kelle, U.; Prein, G. (1994): Validitätsprobleme bei der statistischen Modellbildung mit kleinen Stichproben in der Lebenslaufforschung. In: G.C. Fischer (Hrsg.): Qualitätskriterien der ambulanten medizinischen und pflegerischen Versorgung im Alter. Gamburg, S. 34-38
- Kelle, U.; Prein, G. (1995): Threats for validity bei der vergleichenden Analyse von Datensätzen. Ein Vorschlag zur Lösung inferenzstatistischer Probleme. In: Angewandte Sozialforschung, 19 (3), S. 239-248
- Kelle, U.; Prein, G.; Bird, K. (eds.)(1995): Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice. London
- Killingsworth, M.R. (1983): Labor Supply. Cambridge
- Klatt, S. (1998): Die Reformierung der ambulanten Versorgung. Zu Stand und Chancen gesetzlicher Modellvorhaben in der Bundesrepublik. In: Jahrbuch für Kritische Medizin 30. Zwischenzeiten. Hamburg, S. 67-84
- Klein, D. (1994): Rückwirkungen - Über westliche Folgen von östlichem Wandel. Berlin: Humboldt-Universität. Manuskript
- Koch, Th. (1992): Chancen und Risiken von Modellen der „getrennten“ Entwicklung der beiden Gesellschaften in Deutschland. Königsweg oder Sackgasse für das Gewinnen der inneren Einheit? In: BISS public H. 9.
- Kohli, M. (1981): Wie es zur „biographischen Methode“ kam und was daraus geworden ist. Ein Kapitel aus der Geschichte der Sozialforschung. In: Zeitschrift für Soziologie 3, Jg. 10, S. 273-293
- Kollmorgen, R. (1994): Zwischen Institutionentransfer und kulturellem Eigensinn: Theoretische Ansätze der Transformationsforschung in der Diskussion. Bericht über eine Tagung der KSPW am 7. und 8. Mai 1993. In: Berliner Journal für Soziologie 4, S. 433-434

- Kollmorgen, R. (1996): Schöne Aussichten? Eine Kritik integrativer Transformationstheorien. In: R. Kollmorgen; R. Reißig; J. Weiß (Hrsg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Opladen, S. 281-332
- Konetzke, G.W. u.a. (1984): Berufskrankheiten - Gesetzliche Grundlagen zur Meldung, Begutachtung und Entschädigung. Berlin (DDR)
- Konietzka, D. (1997): Verberuflichung und Destandardisierung. Stabilität und Wandel der Ausbildungserfahrungen und Berufsintegration der Kohorten 1919-21 bis 1959-61 in der Bundesrepublik Deutschland. Dissertation
- Kosonen, P. (1990/91): European Welfare State Models. Vonverging Trends. In: International Journal of Sociology, pp. 81-110
- Kreckel, R. (1993): Geteilte Ungleichheit im vereinten Deutschland. In: R. Geißler (Hrsg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen
- Kreher, S. (1995): Familieneinmündung und Familienbildung in der Generationenfolge. In: H. Bertram (Hrsg.): Das Individuum und seine Familie. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter. Opladen, S. 223-292
- Kreibich, H. u.a. (1999): Arbeitsmedizin im Osten Deutschlands 1945-1990. Berlin (IMG Heft 21)
- Kronauer, M.; Vogel, B. (1995): Arbeitslos im gesellschaftlichen Umbruch. In: H.-J. Andreß (Hrsg.): Fünf Jahre danach. Zur Entwicklung von Arbeitsmarkt und Sozialstruktur im vereinten Deutschland. Berlin/New York, S. 139-162
- Kronauer, M.; Vogel, B. (1998): Spaltet Arbeitslosigkeit die Gesellschaft? In: P.A. Berger; M. Vester: Alte Ungleichheiten - Neue Spaltungen. Opladen, S. 333-350
- Krüger, H. (1999): Social Change in Two Generations. Employment Patterns and Their Costs for Family Life. In: V.W. Marshall; W.R. Heinz; H. Krüger; A. Verma (eds.): Restructuring Work and the Life Course. Toronto (im Erscheinen)
- Kuckartz, U. (1988): Computer und verbale Daten: Chancen zur Innovation sozialwissenschaftlicher Forschungstechniken. Frankfurt a.M. etc.
- Kuckartz, U. (1992): Textanalyse-systeme für die Sozialwissenschaften. Stuttgart/Jena/New York
- Kuckartz, U. (1995): Case-oriented Quantification. In: U. Kelle; G. Prein; K. Bird (eds.): Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theory, Methods and Practice. London, pp. 158-166
- Kuckartz, U. 1995: Qualitative Datenanalyse mit WinMax. Berlin
- Kühn, H. (1994): Wettbewerb im Gesundheitswesen. Zur Rationalität der Reformdebatte. Jahrbuch für kritische Medizin Bd. 22, S. 7-28
- Kühn, H. (1998): Industrialisierung der Medizin? Zum politisch-ökonomischen Kontext der Standardisierungstendenzen. In: Jahrbuch für Kritische Medizin 29. Standardisierungen in der Medizin. Hamburg, S. 34-52
- Kühn, Th.; Witzel, A. (1998): Bericht über die Erstellung der Datenbank biographischer Gestaltungsweisen (unveröffentl. Manuskript). Bremen
- Labisch, A. (1992): Homo Hygienikus. Gesundheit und Medizin in der Neuzeit. Frankfurt a.M.
- Lampert, H.; Bossert, A. (1992): Sozialstaat Deutschland. Entwicklung-Gestalt-Probleme. München
- Lauterbach, W. (1998): Multilokalität später Familienphasen. In: Zeitschrift für Soziologie. Jg. 27, Heft 2, S. 113-132
- Lauterbach, W.; Lüscher, K. (1996): Erben und die Verbundenheit der Lebensverläufe von Familienmitgliedern. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 48(1), S. 66-95
- Lazarsfeld, P.F. (1937): Some Remarks on the Typological Procedures in Social Research. In: Zeitschrift für Sozialforschung. VI. Jg., S. 119-139
- Lazarsfeld, P.F.; Barton, A.H. (1951): Qualitative Measurement in the Social Sciences. Classification, Typologies, and Indices. In: D. Lerner; H.D. Lasswell (eds.): The Policy Sciences. Stanford, pp. 155-192
- Lechner, M. 1998: Mikroökonomische Evaluationsstudien. In F. Pfeiffer; W. Pohlmeier (Hrsg.): Qualifikation, Weiterbildung und Arbeitsmarkterfolg. Baden-Baden, S. 13-38
- Leibfried, S., Leisering, L.; Buhr, P.; Ludwig, M.; Mädje, E.; Olk, T.; Voges, W.; Zwick, M. (1995): Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat. Frankfurt a.M.
- Leisering, L. (1997): „Soziale Ausgrenzung“ - Zur handlungstheoretischen Fundierung eines aktuellen sozialpolitischen Diskurses. In: S. Hradil (Hrsg.): Differenz und Integration. Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996. Frankfurt a.M./New York, S. 1039-1053
- Leisering, L.; Geissler, B.; Mergner, U.; Rabe-Kleberg, U. (Hrsg.)(1993): Moderne Lebensläufe im Wandel. Beruf – Familie – Soziale Hilfen – Krankheit. (Status Passages and the Life Course, Vol. IV). Weinheim
- Lempert, W. (1966): Die Konzentration der Lehrlinge auf Lehrberufe in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz und in Frankreich 1950 bis 1963. Eine statistische Untersuchung. Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. Studien und Berichte Nr. 7. Berlin
- Lepsius, R.M. (1991): Ein unbekanntes Land. Plädoyer für soziologische Neugierde. In: B. Giesen; C. Leggewie (Hrsg.): Experiment Vereinigung. Berlin, S. 71-76
- Lerman, R.I. (1996): Building Hope, Skills and Careers: Creating a Youth Apprenticeship System. In: I. Garfinkel, J. Hochschild; S. McLanahan (eds.): Social Policies for Children. Washington, S. 136-172
- Lompe, K. (1987): Die Realität der neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion. Regensburg
- Loo, H. v.d.; W. v. Reijen (1992): Modernisierung. Projekt und Paradox. München

- Losse, G. (1998): Die NOGs und ihre Folgen – 3. Teil. Modellieren oder strukturieren? Neue Versorgungsformen auf dem Vormarsch. In: Die Ortskrankenkasse, Jg. 76, Heft 23-24, S. 51-52
- Lüdtke, A. (Hrsg.)(1991): Herrschaft als soziale Praxis. Göttingen
- Ludwig, M. (1996a): Armutskarrieren. Zwischen Abstieg und Aufstieg im Sozialstaat. Opladen
- Ludwig, M. (1996b): Coping. Herkunft des Begriffs und Perspektiven für die Armutsforschung (unveröff. Manuskript). Bremen: Sfb 186
- Lundman, R.J. (1984): Prevention and Control of Juvenile Delinquency. New York
- Lutz, B. (1995): Systemtransformation und „Lebensarrangements“ – Chancendifferenzierung in Ostdeutschland. Festvortrag auf dem Symposium „Lebenslaufpolitik - Institutionen und Statusmanagement“ des Sonderforschungsbereichs 186 der Universität Bremen. Bremen
- Lutz, B. 1995: Arbeitsmarktforschung im Rahmen der KSPW. In SAMF-Arbeitspapier 1995-4, S. 13-37
- Lutz, B. 1997: Arbeit und Betriebe. Berliner Journal für Soziologie 7, S. 435-443
- Lynch, L.M. (1993): The Economics of Youth Training in the United States. In: The Economic Journal, Vol. 103, pp. 1292-1302
- Mädje, E.; Neusüß, C. (1996): Frauen im Sozialstaat. Frankfurt a.M./New York
- Marstedt, G.; Last, R.; Wahl, W.B.; Müller, R. (1993): Gesundheit und Lebensqualität. Ergebnisbericht zu einer Untersuchung des Zentrums für Sozialpolitik über Arbeit, Freizeit, Gesundheit und Krankheit im Land Bremen, herausgegeben von der Angestelltenkammer Bremen. Bremen
- Mayer, K.-U. (1994): Vereinigung soziologisch. Berliner Journal für Soziologie 7, S. 307-321
- Mayer, K.-U. (1995): Gesellschaftlicher Wandel, Kohortenungleichheit und Lebensverläufe. In P.A. Berger; P. Sopp (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, S. 27-48
- Meuser, M.; Nagel, U. (1991): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: D. Garz; K. Kraimer (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen, S. 441-471
- Micheel, H.-G. (1994): Diversion als Ausweitung sozialer Kontrolle. Eine empirische Studie. Mit einer Einführung in diskrete Ergebnis-Modelle. Berlin
- Mielck, A. (Hrsg.)(1994): Krankheit und soziale Ungleichheit. Ergebnisse der sozialepidemiologischen Forschung in Deutschland. Opladen
- Miles, M.B.; Huberman, A.M. (1994): Qualitative Data Analysis. An Expanded Sourcebook. (2. Aufl.). London
- Moebus, S.; Hirche, H.; Jöckel, K.-H. (1998): Naturmedizin und Therapiekosten: Erste Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie. Erste Ergebnisse einer Langzeitbeobachtungsstudie zur Erprobungsregelung nordrhein-westfälischer Betriebskrankenkassen. Naturamed 13.Jg., Heft 1, Sonderdruck, S. 1-8
- Mönnich, I.; Witzel, A. (1994): Arbeitsmarkt und Berufsverläufe junger Erwachsener. Ein Zwischenergebnis. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 14 (3), S. 263-278
- Müller, K.; Plicht, H. (1997): Entwicklung und Struktur der AFG-finanzierten beruflichen Weiterbildung. In H. Bielenski u.a. (Hrsg.): Der Arbeitsmarkt Ostdeutschlands im Umbruch. Nürnberg, S. 160-191
- Müller, W. (1978): Klassenlage und Lebenslauf. Mannheim
- Mutz, G. (1995): Erwerbsbiographische Diskontinuitäten in West- und Ostdeutschland. Eine Systematisierung ungleichheitsrelevanter Deutungsmuster. In: P.A. Berger; P. Sopp (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, S. 205-235
- Nahr, H. (1999): Der schwierige Umgang mit dem 'Verlauf von Armut'. Die Bremer Armutsstudie und ihre Bedeutung für die Sozialverwaltung, in: sozialhilfe-report, Nr. 14, hrsg. von der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales der Freien und Hansestadt Hamburg
- National Research Council - Panel on High Risk Youth (1993): Losing Generations. Adolescents in High Risk settings. Washington
- Nauck, B. (1995): Regionale Milieus von Familien in Deutschland nach der politischen Vereinigung. In: B. Nauck; C. Onnen-Isemann (Hrsg.): Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung. Neuwied/Kriftel/Berlin, S. 91-121
- Nave-Herz, R. (1987): Bedeutungswandel von Ehe und Familie? In: H.J. Schulze; T. Mayer (Hrsg.): Familie: Zerfall oder neues Selbstverständnis? Würzburg, S. 18-27
- Nienhüser, W. (1998): Ursachen und Wirkungen betrieblicher Personalstrukturen. Stuttgart
- Nolte, P. (1996): 1900. Das Ende des 19. und der Beginn des 20. Jahrhunderts in sozialgeschichtlicher Perspektive. In: GWU 47, S. 281-300
- Osterman, P. (1995): Is there a problem with the youth labor market, and if so, how should we fix it? In K. McFate; R. Lawson & Wilson; W. Julius (eds.): Poverty, inequality, and the future of social policy. New York, pp. 387-414
- Oswald, Ch.; George, R.; Viebrok, H. (1996): Die Teilrente: Zukunftsweisende sozialpolitische Innovation oder nur ein Alibi? In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 29. Jg. Heft 5, S. 343-351
- Paternoster, R.; Iovanni, L. (1989): The Labeling Perspective and Delinquency: An Elaboration of the Theory and an Assessment of the Evidence. In: Justice Quarterly, 6. Jg., pp. 359-394

- Petersen, T. (1988): Analyzing Change over Time in a Continuous Dependent Variable: Specification and Estimation of Continuous State Space Hazard Rate Models. In: *Sociological Methodology*, 18, pp. 137-164
- Pies, I.; Leschke, M. (Hrsg.)(1995): John Rawls' politischer Liberalismus. Tübingen
- Piore, J. (1978): Lernprozesse, Mobilitätsketten und Arbeitsmarktsegmente. In W. Sengenberger (Hrsg.): *Der gespaltene Arbeitsmarkt*. Frankfurt, S. 67-98
- Pischner, R.; Wagner, G. (1992): „Zwei Aspekte der Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand“. In: R. Hujer; H. Schneider; W. Zapf (Hrsg.): *Herausforderungen an den Wohlfahrtsstaat im strukturellen Wandel*. Frankfurt a.M./New York
- Prein, G. (1996): Interpretative Methodologie und Computer. Kann EDV-gestützte Datenverwaltung Validitätsprobleme qualitativer Forschung lösen? In: A. Böttger; R. Strobl (Hrsg.): *Wahre Geschichten? Zu Theorie und Praxis qualitativer Interviews*. Baden-Baden, S. 93-110
- Prein, G.; Kelle, U. (1994): Estimation of Beta-error in Multivariate Modelling with Small Samples. In: F. Faulbaum (ed.): *SOFTSTAT '93 - Advances in Statistical Software 4*. Stuttgart, pp. 559-566
- Prein, G.; Kelle, U.; Kluge, S. (1993): Strategien zur Integration quantitativer und qualitativer Auswertungsverfahren. Bremen: Arbeitspapier des Sfb 186, Nr. 19
- Prein, G.; Kluge, S.; Kelle, U. (1994): Strategien zur Sicherung von Repräsentativität und Stichprobenvalidität bei kleinen Samples. Bremen: Arbeitspapier des Sfb 186, Nr. 18, 2. Aufl. (1. Aufl.: 1993)
- Ragin, Ch. (1995): Using Qualitative Comparative Analysis to Study Configurations. In: U. Kelle; G. Prein; K. Bird (eds): *Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice*. London, pp. 177-189
- Richards, T.; Richards, L. (1995): Using Hierarchical Categories in Qualitative Data Analysis. In: U. Kelle; G. Prein; K. Bird (eds): *Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice*. London, pp. 80-95
- Rieger, E. (1992): *Die Institutionalisierung des Wohlfahrtsstaates*. Opladen
- Ritter, G.A. (1986): Entstehung und Entwicklung des Sozialstaats in vergleichender Perspektive. In: *Historische Zeitschrift* Bd. 243, S. 1-90
- Roberts, K.; Clark, S.C.; Wallace, C. (1994): Flexibility and Individualisation: a Comparison of Transitions into Employment in England and Germany. In: *Sociology* 28, pp. 31-51
- Rohwer, G.; Pötter, U. (1998): *TDA User's Manual*. Manuskript, Universität Bochum
- Ronning, G. (1991): *Mikroökonomie*. Berlin/Heidelberg
- Rosenow, J.; Naschold, F. (Hrsg.)(1994): *Die Regulierung von Altersgrenzen: Strategien von Unternehmen und die Politik des Staates*. Berlin
- Sampson, R.J.; Laub, J.H. (1997): A Life Course Theory of Cumulative Disadvantage and the Stability of Delinquency. In: T. Thornberry (ed.): *Developmental Theories of Crime and Delinquency*. New Brunswick, pp. 133-161
- Sankoff, D.; Kruskal, J.B. (eds.)(1983): *Time Warps, String Edits, and Macromolecules: The Theory and Practice of Sequence Comparison*. London/Amsterdam/Don Mills/Sydney/Tokyo
- Schaeper, H. (1998): *Rekonstruktion der Berufsbiographischen Gestaltungsmodi*. Unveröff. Manuskript. Bremen
- Schatzman, L.; Strauss A.L. (1973): *Field Research. Strategies for a Natural Sociology*. Englewood Cliffe
- Schewe, D.; Zöllner, D. (1957): *Die vorzeitige Invalidität in der sozialen Rentenversicherung. Umfang, Entwicklung und Bestimmungsgründe*. Berlin, S. 33, 36, 40-1, 46
- Schmähel, W.; George, R.; Oswald, C. (1996): Gradual Retirement in Germany. In L. Delsen; G. Reday-Mulvey (eds.): *Gradual Retirement in the OECD Countries*. Aldershot, pp. 69-93
- Schmidt, M.G. (1998): *Sozialpolitik. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich*. Opladen
- Schönbach, K.-H. (1997): *Strukturverträge und Modellvorhaben in der GKV. In: Arbeit und Sozialpolitik, Jg. 51, Heft 11-12, S. 64- 71*
- Schumann, K.F.; Dietz, G.-U.; Gehrman, M.; Kaspras, H.; Struck-Möbbeck, O. (1996): *Private Wege der Wiedervereinigung. Die deutsche Ost-West-Migration vor der Wende*. Weinheim
- Segert, A.; Zierke, I. (1997): *Sozialstruktur und Milieuerfahrungen. Empirische und theoretische Aspekte des alltagskulturellen Wandels in Ostdeutschland*. Opladen
- Seidel, J.; Kelle, U. (1995): Different Functions of Coding in the Analysis of Textual Data. In: U. Kelle; G. Prein; K. Bird (eds): *Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice*. London, pp. 52-61
- Sengenberger, W. (1987): *Struktur und Funktionsweise von Arbeitsmärkten: Die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich*. Frankfurt a.M. et al.
- Simon, F.B. (1995): *Die andere Seite der Gesundheit. Ansätze einer systematischen Krankheits- und Therapietheorie*. Heidelberg
- Staudt, E.; Voß, P. (1994): *Der Zweite Arbeitsmarkt. QUEM-Report 18*
- Steinhöfel, M.; Stieler, B.; Trügel, A. (1992): *Veränderungen der betrieblichen Personalstrukturen im Transformationsprozeß*. Halle
- Stelzer-Orthofer, C. (1997): *Armut und Zeit. Eine sozialwissenschaftliche Analyse zur Sozialhilfe [in Österreich]*. Opladen
- Strauss, A.L.; Corbin, J. (1990): *Basics of Qualitative Research. Grounded Theory Procedures and Techniques*. Newbury Park/London/New Delhi

- Struck-Möbbeck, O.; Rasztar, M.; Sackmann, R.; Weymann, A.; Wingers, M. (1996): Gestaltung berufsbiographischer Diskontinuität. Bewältigungsstrategien von ostdeutschen Berufs- und Hochschulabsolventen im Transformationsprozeß. Bremen: Arbeitspapier des Sfb 186, Nr. 38
- Sudman, S. (1976): Applied Sampling. New York, San Francisco, London
- Swaan, A. de (1993): Der sorgende Staat. Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung in Europa und den USA der Neuzeit. Frankfurt a.M.
- Szydlik, M. (1999): Erben in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Verhältnis von familialer Solidarität und sozialer Ungleichheit. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 51(1), S. 80-104
- Tesch, R. (1990): Qualitative Analysis: Analysis Types and Software Tools. London/Philadelphia
- Tölke, A. (1991): Partnerschaft und Eheschließungen – Wandlungstendenzen in den letzten fünf Jahrzehnten. In: H. Bertram (Hrsg.): Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen. Opladen, S. 113-158
- Townsend, P.; Davidson, N. (Hrsg.)(1982): Inequalities in Health. The Black Report. Harmondsworth
- Vaskovics, L.A.; Rost, H. (1995): Junge Ehepaare in den alten und den neuen Bundesländern. Ein Vergleich. In: B. Nauck; N.F. Schneider; A. Tölke (Hrsg.): Familie und Lebenslauf im gesellschaftlichen Umbruch. Stuttgart, S. 137-153
- Vaskovics, L.A.; Rupp, M. (1995): Partnerschaftskarrieren. Entwicklungspfade nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Opladen
- Viebrok, H. (1997): Das Arbeitsangebot im Übergang von der Beschäftigung in den Ruhestand. Eine Analyse der Arbeitsanreize durch sozialrechtliche Regelungen in der Spätphase des Erwerbslebens. Frankfurt a.M.
- von Ferber, C. (1989): Medikalisierung – ein zivilisatorischer Prozeß oder eine sozialpolitische Fehlleistung. In: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 35, S. 632-642
- Walter, M. (1995): Jugendkriminalität. Eine systematische Darstellung. Stuttgart/München
- Warr, M. (1998): Life-Course Transitions and Desistance from Crime. In: Criminology, 2, pp. 183-216
- Wasem, J.; Güther, B. (1998): Das Gesundheitssystem in Deutschland: Einstellungen und Erwartungen der Bevölkerung. Eine Besatndsaufnahme. DELPHI. Studienreihe zur Zukunft des Gesundheitswesens. Karlsruhe
- Weber, M. (1972, 1921): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. 5. Auflage. Tübingen
- Wehrich, M. (1993): Lebensführung im Wartestand. Stabilität und Veränderung im ostdeutschen Alltag. In: K. Jurczyk; M.S. Rerrich (Hrsg.): Die Arbeit des Alltags. Beiträge zu einer Soziologie der alltäglichen Lebensführung. Freiburg, S. 210-234
- Welskopp, T. (1998) Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft. In: G&G 24, S. 173-198
- Wiener, B. (1995): Wegweiser zu den Arbeitsmarktdaten Sachsen-Anhalt. Magdeburg (Forschungsbeiträge zum Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt, Bd. 8)
- Wilson, W.J. (1996): When Work Disappears. Chicago
- Wirtschaft und Statistik 1 (1986): Besuch von Krankenpflegeschulen (Fritz Joachim Weiß), S. 57-61
- Witzel, A. (1985): Das problemzentrierte Interview. In: G. Jüttemann (Hrsg.): Qualitative Forschung in der Psychologie. Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder. Weinheim/Basel, S. 227-258
- Witzel, A. (1996): Auswertung problemzentrierter Interviews: Grundlagen und Erfahrungen. In: R. Strobl; A. Böttger (Hrsg.): Wahre Geschichten? Zur Theorie und Praxis qualitativer Interviews. Baden-Baden, S. 49-76
- Witzel, A. (1999): Analysemodelle berufsbiographischen Handelns. Bremen, Arbeitspapier des Sfb 186 (im Erscheinen)
- Witzel, A.; Kühn, Th. (1999): Berufsbiographische Gestaltungsmodi. Orientierungs- und Handlungsmuster beim Übergang in das Erwerbsleben. Bremen, Arbeitspapier des Sfb 186 (im Erscheinen)
- Woderich, R. (1992): Wider das Gleichheitsgebot, Perspektivenwechsel im Systemvergleich? In: BISS public H. 9
- Wübbecke, Ch. (1999): Der Übergang von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in den Rentenbezug zwischen sozialpolitischer Steuerung und betrieblichen Interessen. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 32. Jg. Heft 1, S. 102-117
- Yamaguchi, K. (1991): Event History Analysis. Newbury Park
- Yin, R. (1987): Case Study Research. Beverly Hills
- Zapf, W. (1994): Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Soziologische Aufsätze 1987 bis 1994. Berlin
- Zapf, W.; Habich, R. (1996): Die sich stabilisierende Transformation - ein deutscher Sonderweg. In: dies. (Hrsg.): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. Berlin, S. 329-350
- Zola, I. (1975): In the Name of Health and Illness: On Some Socio-Political Consequences of Medical Influence. In: Social Science and Medicine, Jg. 9, S. 83-87